

Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964
Band 4: Außenpolitik nach der Kuba-Krise

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 88/4

Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964

Gespräche, Aufzeichnungen und
Stellungnahmen

Band 4: Außenpolitik nach der
Kuba-Krise
(Dezember 1962 bis Oktober 1964)

Herausgegeben von
Gerhard Wettig

in Zusammenarbeit mit Horst Möller,
Michail Prosumenschtschikow, Peter Ruggenthaler,
Natalja Tomilina, Aleksandr Tschubarjan, Matthias Uhl
und Hermann Wentker

im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin
und aufgrund einer Empfehlung der Gemeinsamen
Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte
der deutsch-russischen Beziehungen

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Gefördert aus den Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen.

ISBN 978-3-11-046211-1
e-ISBN (PDF) 978-3-11-046464-1
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-046243-2
ISSN 0481-3545

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Titelbild: Chruschtschow an Grenzübergangsstelle Friedrichstraße vor Schlagbaum winkend, 17. 1. 1963; Ausschnitt aus Bundesarchiv, Bild 183-B0120-0010-055 / Fotograf: o. Ang.

Einbandgestaltung: hauser lacour

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

© Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	IX
Einleitung	1
Chronologie	9
Dokumente	17
1. Gespräch Chruschtschows mit dem kanadischen Botschafter Arnold Smith am 28. November 1962	17
2. Gespräch Chruschtschows mit dem finnischen Ministerpräsidenten, Ahti Karjalainen, am 22. Februar 1963	36
3. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Botschafter, Humphrey Trevelyan, am 4. März 1963	42
4. Gespräch Chruschtschows mit dem kubanischen Führer, Fidel Castro, am 3. Mai 1963 in Sawidowo	47
5. Gespräch Chruschtschows mit dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Berthold Beitz, am 14. Mai 1963	54
6. Gespräch Chruschtschows mit dem schwedischen Außenminister, Torsten Nilsson, am 17. Mai 1963	69
7. Gespräch Chruschtschows mit dem kubanischen Führer, Fidel Castro, am 24. Mai 1963	83
8. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 10. Juni 1963	84
9. Gespräch Chruschtschows mit der Delegation der Großen National- versammlung der Türkei am 12. Juni 1963	109
10. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 14. Juni 1963	116
11. Chruschtschows Rede auf dem Empfang zu Ehren des Ersten Sekretärs der SED, Walter Ulbricht, zu dessen 70. Geburtstag am 30. Juni 1963	126
12. Ansprache Chruschtschows beim Besuch der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland am 1. Juli 1963	135

13. Gespräch Chruschtschows mit dem westdeutschen Geistlichen Hans-Martin Helbich am 4. Juli 1963	144
14. Gespräch Chruschtschows mit dem stellvertretenden Minister- präsidenten und Außenminister Belgiens, Paul Henri Spaak, am 8. Juli 1963	147
15. Gespräch Chruschtschows mit dem französischen Botschafter in der UdSSR, Maurice Dejean, am 16. Juli 1963	169
16. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 23. Juli 1963	184
17. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Außenminister, Lord Home, am 5. August 1963	192
18. Gespräch Chruschtschows mit dem Vizepräsidenten des Bundestages der BRD, Thomas Dehler, am 4. September 1963	196
19. Gespräch Chruschtschows mit dem dänischen Außenminister, Per Haekkerup, am 20. November 1963 in Kiew	203
20. Gespräche Chruschtschows mit dem finnischen Präsidenten, Urho Kekkonen, am 2. und 3. Dezember 1963	209
21. Gespräch Chruschtschows mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister, Valéry Giscard d'Estaing, auf dessen Bitte am 27. Januar 1964 in Kiew	216
22. Gespräch Chruschtschows mit dem Botschafter Frankreichs in der UdSSR, Maurice Dejean, am 7. Februar 1964	226
23. Gespräche Chruschtschows mit dem dänischen Ministerpräsidenten, Jens Otto Krag, während seines Aufenthalts in der UdSSR vom 19. bis 28. Februar 1964	232
24. Bemerkungen Chruschtschows zum Instruktionsentwurf für das Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Italiens, notiert am 2. Mai 1964	264
25. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 30. Mai 1964	268
26. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 2. Juni 1964	292
27. Bemerkungen Chruschtschows zum Entwurf einer vertraulichen Botschaft an den Präsidenten der USA, Lyndon B. Johnson, diktiert am 3. Juni 1964	307
28. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 11. Juni 1964	313

29. Stellungnahmen Chruschtschows während des Besuchs in Dänemark vom 16. bis 21. Juni 1964	335
30. Chruschtschows Rede auf der Versammlung des Außenpolitischen Instituts im Volkshaus in Oslo am 30. Juni 1964	352
31. Gespräch Chruschtschows mit dem niederländischen Außenminister, Joseph Luns, am 8. Juli 1964	359
32. Gespräch Chruschtschows mit dem Außenminister von Groß- britannien, Richard Austen Butler, am 28. Juli 1964	368
Abkürzungsverzeichnis	381
Dokumenten- und Literaturverzeichnis	383
Personenregister	395

Vorwort

Die Dokumentation „Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964“, deren letzter Band hiermit vorgelegt wird, geht auf eine Anregung aus dem Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, RGANI) zurück. Natalja Tomilina und ihr Stellvertreter, Michail Prosumenschschikow, haben sich nach der Deklassifizierung wichtiger Unterlagen zur auswärtigen Politik der UdSSR in der Chruschtschow-Zeit an die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen mit der Überlegung gewandt, dass die Publikation einschlägiger Dokumente geeignet wäre, die internationale Forschung über diesen wichtigen Zeitabschnitt des kalten Krieges zu stimulieren. Die Anregung wurde von den Ko-Vorsitzenden der Kommission, Horst Möller und Aleksandr Tschubarjan, aufgegriffen und fand die Unterstützung auch der anderen Mitglieder. Das Projekt wurde sofort in die Planung aufgenommen, zu deren Durchführung ich den Auftrag erhielt. Das Deutsche Sekretariat der Kommission, das bis Januar 2014 beim Bundesministerium des Innern ressortierte und danach an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien übergegangen ist, hat aus dem für die Kommission bestimmten Etat die notwendigen Sachmittel zur Verfügung gestellt.

Die Dokumentation wurde unter der Ägide des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) erstellt, dessen Direktor – zunächst Horst Möller und später Andreas Wirsching – die Veröffentlichung in das Institutsprogramm aufnahm sowie die Beantragung und Verwaltung der erforderlichen Mittel durch das IfZ veranlasste. Die finanzielle Betreuung des Projekts lag in den Händen von Ingrid Morgen bzw. ihrer Nachfolgerin Christine Ginzkey und hinsichtlich der jeweils sich ergebenden praktischen Fragen vor allem von Hildegard Maisinger, die jedes Mal zu rascher Hilfe bereit war, wenn Unklarheiten und Schwierigkeiten entstanden. Der Leiter der Berliner Abteilung des IfZ, Hermann Wentker, und seine Mitarbeiterinnen Hannelore Georgi (bis Mitte 2013), ihre Nachfolgerin Ute Eichhorn sowie Manuela Starosta und Gabriele Tschacher haben mich bei vielen Gastaufenthalten stets bereitwillig unterstützt. Die Übersetzungen der russischen Dokumente im vorliegenden Band wurden von Lothar Kölm angefertigt. Margrit Breuer hat den gesamten Text abschließend durchgesehen und verschiedene Hinweise dazu gegeben. Vor allem aber beruht der Band auf der unermüdlichen, zuverlässigen und fachkundigen Mitwirkung von Anna Kim und zwischendurch kurzzeitig von Larisa Strese-Gassiev, die mir im Hunsrück aus Berlin Unterlagen und Informationen übermittelt und sich tatkräftig an den editorischen Arbeiten beteiligt haben. Im IfZ wurde die Publikation von Magnus Brechtken und seiner Sekretärin Petra Bamberg vorbereitet. Aufseiten des Oldenbourg Verlags, der seit Anfang 2013 mit De Gruyter verbunden ist, hat

Gabriele Jaroschka die Drucklegung übernommen. Allen Genannten sei an dieser Stelle herzlich für ihren Beitrag zum Erscheinen des Bandes gedankt.

Kommen, im Mai 2016

Gerhard Wettig

Einleitung

Anders als vielfach vermutet worden ist,¹ hatte Chruschtschow, als er sich in der zweiten Julihälfte 1961 zum Bau der Mauer in Berlin entschloss, noch nicht den Plan fallen lassen, am Ende des Jahres den Rückzug der Westmächte aus der Stadt zu erzwingen. Nach wie vor wollte er mit dem – notfalls einseitig nur mit der DDR abzuschließenden – Friedensvertrag die rechtliche Grundlage dafür schaffen und danach die erforderlichen Aktionen einleiten. Erst im Oktober gab er diese Absicht auf, nachdem die amerikanische Seite zu erkennen gegeben hatte, dass sie sich durch seine Drohungen nicht mehr beeindrucken ließ. Aufgrund ihrer neuen Satellitenaufklärung wusste sie, dass er bluffte. Sie hatte eine haushohe global-strategische Überlegenheit und musste daher einen nuklearen Konflikt weit weniger fürchten als die UdSSR, der dann eine totale Zerstörung bevorstehen würde.² Dabei zeigte sich, dass sie Chruschtschows ständig wiederholte Äußerungen gegenüber westlichen Gesprächspartnern ignorierte, die Westeuropäer wären im Kriegsfall der Vernichtung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen ausgesetzt und seien daher „Geiseln“ in seiner Hand, um derentwillen es die USA nicht auf eine Konfrontation ankommen lassen könnten.³ Seine bisherige Einschüchterungspolitik wirkte nicht mehr. Ihre Fortsetzung war zum unannehmbaren Risiko geworden. Chruschtschow sah sich zu der Erklärung vom 17. Oktober veranlasst, er bestehe nicht auf dem Termin für den Abschluss des Friedensvertrages.⁴

Trotzdem hielt er weiter an seinem Ziel fest. Deswegen griff er zu, als ihm Fidel Castro im ausgehenden Frühjahr 1962 zugestand, einen Teil seiner – in sehr großer Zahl verfügbaren – Mittelstreckenraketen auf Kuba zu stationieren und so das globale Kräfteverhältnis gegenüber der westlichen Führungsmacht grundlegend zu verändern. Da diese nuklearen Flugkörper der UdSSR von dort aus entscheidende politische, wirtschaftliche und militärische Zentren der USA erreichen konnten, sollten dadurch die fehlenden interkontinentalen Kapazitäten wettgemacht und die Amerikaner einer Bedrohung ausgesetzt werden, die sie zum Rückzug aus Berlin nötigen würden. Chruschtschow war sich des Ge-

¹ Siehe etwa Gottfried Niedhart, Ost-West-Konflikt und Deutsche Frage 1949-1969, in: Oliver Bange / Bernd Lemke (Hg.), Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990, München 2013, S. 32.

² John C. Ausland, Kennedy, Khrushchev, and the Berlin Crisis 1961-1964, Oslo 1996, S. 14.

³ Chruščëv ging davon aus, dass die europäischen Verbündeten wegen ihrer totalen Verwundbarkeit das Risiko eines Krieges unbedingt scheuen und deswegen ihren Einfluss in Washington in diesem Sinne geltend machen mussten, siehe u. a. Chruščëv im Gespräch mit dem britischen Botschaft Roberts, 29. 5. 1961, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 259. Gegenüber den Amerikanern bezeichnete er die Westeuropäer ausdrücklich als Geiseln, so im Gespräch mit Sulzberger, 5. 9. 1961, ebd., S. 436.

⁴ Pravda, 18. 10. 1961.

lingens sicher und ließ seit dem Frühsommer mehrfach verlauten, dass seine Bereitschaft zur Hinnahme die westliche Präsenz in der Stadt bald zu Ende sein werde. Gelegentlich deutete er sogar den Zeitpunkt an: Ab Mitte November – dem geplanten Endtermin des Raketendislozierung auf der Karibikinsel – sollte es so weit sein.⁵

Die vorzeitige Entdeckung der im Bau befindlichen Abschussrampen auf Kuba seitens der Amerikaner und Kennedys Entschlossenheit, keine sowjetischen Kernwaffen in nächster Nähe zu dulden, schufen eine neue Lage. Chruschtschow sah sich veranlasst, auf die Stationierung zu verzichten und die Raketen in die UdSSR zurückzunehmen. Fidel Castro war empört über diesen „Verrat“. Als ein in heiklen außenpolitischen Missionen bewährtes Mitglied der Kremelführung wurde Anastas Mikojan nach Havanna entsandt, konnte aber den aufgebrachten „Máximo Lider“ nur wenig beruhigen.⁶ Die westliche Hoffnung, dass Chruschtschow jetzt auch in Berlin einen Rückzieher mache, erfüllte sich nicht. Er gab sich zwar verständigungsbereit, doch die von ihm angedeuteten Lösungsmöglichkeiten liefen auf die Durchsetzung der bisherigen Forderungen in verschleierte Form hinaus. Sein Vorschlag etwa, westliche Truppen für eine gewisse Zeit zusammen mit Einheiten anderer Länder als Polizisten unter UNO-Kommando im Westteil der Stadt zu stationieren,⁷ bedeutete, dass den Westmächten nicht nur ein Verfallsdatum ihrer Präsenz auferlegt, sondern auch eine sofortige Aufgabe ihrer Rechte und Zuständigkeiten zugemutet wurde. Überdies konnten die Vereinten Nationen, in denen die UdSSR als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates jede Entscheidung durch ihr Veto zu verhindern in der Lage war, West-Berlin keinesfalls vor östlichem Druck schützen. Mithin hätte die DDR dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre Macht auf die Stadt auszudehnen und sie, wie Chruschtschow bereits ausdrücklich ins Auge gefasst hatte,⁸ am Ende ihrem Territorium einzuverleiben. Damit wäre schon vor dem späteren vollständigen Abzug des westlichen Personals das Ziel erreicht worden, den Westeuropäern den Eindruck zu vermitteln, dass die USA nicht mehr für ihren Schutz eintraten, und dadurch die

⁵ Chruščëv im Gespräch mit Gorbach und Kreisky, 29. 6. 1962, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 577; Chruščëv im Gespräch mit U Thant, 28. 8. 1962, ebd., S. 600; Chruščëv im Gespräch mit Kroll, 11. 9. 1962, RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 171; Pokončič' s politikoj provakacii. Zjavlenie TASS, in: Pravda, 12. 9. 1962; Chruščëv an J. F. Kennedy, o. D. [28. 9. 1962], in: Foreign Relations of the United States 1961–1963, Bd. XV, S. 338; Telegram From the Embassy of the United States to the Department of State [über Gespräch mit Chruščëv], 16. 10. 1962, ebd., S. 359–361; Memorandum of Conversation [Kennedy – Gromyko], 18. 10. 1962, ebd. S. 371.

⁶ Die wesentlichen Dokumente in den russischen Archiven zu der Krise sind nach wie vor nicht freigegeben, so dass sie nicht in diesen Band aufgenommen werden konnten. Einen gewissen Ersatz bieten die von Anastas Mikojan privat aufbewahrten Unterlagen, deren Schwerpunkt auf der anschließenden Auseinandersetzung zwischen dem Kreml und Kuba liegt: Sergo Mikoyan, *The Soviet Cuban Missile Crisis. Castro, Mikoyan, Kennedy, Khrushchev, and the Missiles of November*, ed. by Svetlana Savranskaya, Washington/DC – Stanford/CA 2012.

⁷ Gerhard Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau*, München 2006, S. 253–258.

⁸ Wie zuvor ging es im Kern darum, dass West-Berlin in eine vom Westen – den Westmächten und der Bundesrepublik – völlig getrennte Freie Stadt zu verwandeln, die ohne Schutz und Unterstützung von außen dastünde und hinsichtlich ihrer – gleichwohl als frei bezeichneten – Zugänge der vollen Kontrolle der DDR unterliegen sollte. Damit wäre die Stadt dem SED-Regime wehrlos ausgeliefert gewesen. Chruščëv sah daher voraus, dass sie sich um Aufnahme in die DDR bemühen werde, so im Gespräch mit Ulbricht am 2. 11. 1962, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 487, und gegenüber Gorbach und Kreisky am 29. 6. 1962, ebd., S. 588.

politische Grundlage zu unterminieren, die dem Zusammenhalt in der NATO zugrunde lag.⁹

Nachdem Chruschtschow erneut mit dem Versuch gescheitert war, die amerikanische Seite militärisch einzuschüchtern, war er auch diesmal nicht zum Verzicht auf seine Absicht bereit. Bis zum Ende seiner Herrschaft im Kreml betonte er bei Gesprächen über die globalen Beziehungen stets, dass die Deutschland- und Berlin-Frage der entscheidende Angelpunkt von allem sei und dass daher die dortige Lage durch Abschluss des Friedensvertrags in seinem Sinne „normalisiert“ werden müsse. Er sah zwar seine voll aufrechterhaltenen Forderungen als dringlich an, gab aber seine frühere Ungeduld auf, weil er der Ungunst des Kräfteverhältnisses inne geworden war. Die damit gegebene innere Spannung wurde für ihn erträglich durch die feste Überzeugung, dass sich das gesteckte Ziel auf jeden Fall früher oder später erreichen lasse, weil der Sozialismus gesetzmäßig weltweit siegen werde. Solange die UdSSR noch nicht stark genug war, sich voll durchzusetzen, erschien es jedoch angebracht, nicht länger alle sonstigen Vereinbarungen mit dem Westen von der vorherigen Regelung der deutschen Angelegenheiten abhängig zu machen. Das war dem Kreml seit der Berlin-Krise teuer zu stehen gekommen, weil er sich damit selbst blockiert hatte. Diese Haltungsänderung machte insbesondere den Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser möglich. In Bezug auf Berlin verlagerte sich der Akzent von der Forderung nach Abzug der westlichen Besatzungsmächte auf den Protest gegen die „westdeutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten West-Berlins“, das den Status einer „selbständigen“ bzw. „besonderen politische Einheit“ habe und daher auch real in eine solche umgewandelt werden müsse. Die angebliche Fremdbestimmung sei zu beseitigen durch Lösung der Bindungen an die Bundesrepublik. Das zielte darauf ab, der vom Umland isolierten Stadt die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lebensfähigkeit zu entziehen.

Unausgesprochen bestritt die UdSSR damit zugleich das westliche Recht, über ihre Sektoren zu bestimmen, denn die Westmächte hatten das dortige Engagement der westdeutschen Seite autorisiert und sogar gefordert. Nur wenn ihnen die Berechtigung dazu fehlte, waren die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik illegitim. Die Tatsache, dass die Sowjetunion sich letzten Endes weiter gegen die rechtliche Grundlage der westlichen Präsenz in der Stadt und des Zugangs zu ihr wandte, macht deutlich, dass der Kreml nach der Kuba-Krise seinen Standpunkt nicht grundlegend, sondern nur taktisch geändert hatte. Damit stimmt überein, dass der Abschluss des Friedensvertrags, mithin die Aufhebung der Besatzungsrechte in Berlin, nach wie vor zur unbedingt zu erfüllenden Forderung erklärt wurde, um die, wie es hieß, bedrohlich gewordene Lage zu entschärfen. Zugleich wollte die Führung in Moskau in Anbetracht dessen, dass sie vorerst nicht auftrumpfen konnte, gegenüber den Westmächten die Aggressivität

⁹ N. S. Chruščëv, *Za novye pobedy kommunističeskogo dviženija. K itogam Soveščanija kommunističeskich i rabočich partij* (Grundsatzreferat am 6. 1. 1961), in: *Kommunist*, 1/1961, S. 21f; Chruščëv im Gespräch mit Ulbricht, 31. 3. 1961, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 112; Ausführungen Chruščëvs auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 26. 5. 1961, ebd., S. 155; Chruščëv im Gespräch mit Ho Chi Minh, 17. 8. 1961, ebd., S. 407.

ihres Standpunkts verschleiern. Daher gab sie sich den falschen Anschein, sich auch in deren Interesse gegen die – angebliche – Verletzung des alliierten Rechts durch die Bundesrepublik zur Wehr zu setzen.¹⁰

Chruschtschow vermochte seine Politik auch in der neuen Form nicht durchzusetzen. Zwar konnte er die SED-Führung dazu nötigen, ihre Hoffnung auf baldige Herstellung ihrer vollen Souveränität in und um Berlin aufzugeben, aber mit dem Bemühen, die Westmächte mürbe zu machen, hatte er keinen Erfolg. In den Verhandlungen mit den USA stießen seine Vorschläge auf Ablehnung, und der an den West-Berliner Zugangswegen ausgeübte Druck blieb ohne Wirkung. Weder die vom 10. Februar bis Ende März 1963 wiederholt unter Hinweis auf Manöver sowjetischer Luftstreitkräfte erklärte Sperrung der westlichen Luftkorridore und die dabei inszenierten Beinahe-Zusammenstöße noch das Bemühen, die Verfügungsgewalt über den militärischen Berlin-Verkehr der Westmächte durch das Bestehen auf einseitig oktroyierten Abfertigungsmodalitäten zu demonstrieren, machten den erhofften Eindruck. Die UdSSR sah sich in beiden Fällen dazu veranlasst, ihre Aktion aufzugeben, ohne irgendetwas erreicht zu haben.¹¹

Nachdem das Bemühen, die Lage in Berlin durch Pressionen zu verändern, keinen Erfolg gehabt hatte, hoffte Chruschtschow auf einen politischen Durchbruch in Bonn. Der Wechsel von Adenauer zu Erhard Mitte Oktober 1963 schien die Möglichkeit dazu zu bieten, weil der neue Bundeskanzler sein Amt gegen den Willen seines in Moskau missliebigen Vorgängers angetreten hatte und wegen seiner Vergangenheit als Wirtschaftsminister als Verkörperung des westdeutschen ökonomischen Interesses galt, das vermeintlich eine enge Zusammenarbeit mit der UdSSR erforderte, weil, wie ihm in Erinnerung an die Zeit der Weimarer Republik schien, die deutsche Industrie auf den Osthandel angewiesen sei. Wie er ständig argumentierte und ernstlich glaubte, war die Bundesrepublik im Westen mit Konkurrenten konfrontiert, die sie niederzuhalten suchten, während sich ihr im Osten eine ökonomische Partnerschaft biete, in der jede Seite bei der anderen das finden würde, was sie brauche.¹² Demnach war die bisherige Westbindung dem starrsinnigen Adenauer zuzuschreiben, der sich gegen alle Überlegungen des wahren Staatsinteresses durchgesetzt hatte. Von Erhard als wirtschaftlich denkendem Kanzler erhoffte Chruschtschow, dass er sich einer Herauslösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Lager nicht verschließen werde. Um die Bereitschaft dazu zu befördern, wollte er ein Zeichen setzen mit der Botschaft, dass die Kooperation mit den sozialistischen Ländern auch politische Vorteile verspreche.

Die Gelegenheit dazu bot sich in Berlin. Seit dem ausgehenden Sommer 1963 hatte das Oberhaupt der westlichen Teilstadt, Willy Brandt, mehrfach die Absicht bekundet, sich um praktikable Zwischenlösungen zur Milderung der Folgen des Mauerbaus zu bemühen. Auf östlicher Seite notierte man mit Befriedigung, dass der als scharfer Widersacher betrachtete Politiker mit dem SED-Regime zu

¹⁰ Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 258–264.

¹¹ Ebd., S. 265–273.

¹² Siehe etwa Predloženiija N. S. Chruščeva po podgotovke pamjatnoj zapiski poslu FRG v Sovetskom Sojuze G. Krollju o rešenii germanskogo voprosa i dal'nejšem razvitii otnošenij meždju SSSR i FRG, 11. 12. 1961, in: Venskij val's cholidnoj vojny. Vokrug vstreči N. S. Chruščeva i Dž. F. Kennedi v 1961 godu v Vene, Moskau 2011, S. 634–641.

verhandeln bereit war. Dieser wollte sich aber von vornherein auf „technische Kontakte“ beschränken, also eine staatliche Anerkennung der anderen Seite ausschließen. Da die DDR darauf bestand, kamen keine Verhandlungen zustande.¹³ Daher war es eine Überraschung, als diese am 5. Dezember auf einmal einwilligte. Die Haltungsänderung ging auf sowjetische Einflussnahme zurück, die auch die politischen Ergebnisse der Gespräche ab 11. Dezember bestimmte. Die DDR, der große finanzielle Vorteile zugestanden wurden, verzichtete auf ihre Anerkennungsforderung, indem sie das fehlende Einvernehmen über die verwendeten Amts- und Dienstbezeichnungen hinnahm, und war auch damit einverstanden, dass das Personal ihrer Ausgabestellen in West-Berlin als Postbedienstete firmierte, weil die Westmächte die Tätigkeit von DDR-Staatsorganen in ihren Sektoren verboten hatten. Auf dieser Basis wurde am 17. Dezember ab dem folgenden Tag bis zum 4. Januar 1964 die Genehmigung von Besuchen im Ostteil der Stadt vereinbart. In dieser Zeit wurden 700 000 Passierscheine ausgegeben, die 1,3 Millionen West-Berlinern die Zusammenkunft mit Verwandten und Freunden jenseits der Mauer ermöglichten.¹⁴

Ungeachtet des Interesses an einem Politikwechsel in Bonn, hielt Chruschtschow daran fest, dass West-Berlin als ein separates staatsähnliches Gebilde zu gelten habe. Daher wollte er den Eindruck vermeiden, dass er den Bindungen an die Bundesrepublik in irgendeiner Weise zustimme. Das erschien umso mehr angebracht, als ihm immer wieder Zweifel daran kamen, ob sich die politische Haltung des Kabinetts Erhard tatsächlich in der erwarteten Richtung entwickelte. Daher verweigerte die UdSSR im Januar 1964 der westdeutschen Seite den Abschluss eines Handelsvertrags mit einer entsprechenden Berlin-Klausel. Da sie jedoch die ungehinderte Fortsetzung des Warenverkehrs für äußerst wichtig erachtete, schlug sie vor, diesen bis auf Weiteres im Rahmen der bisherigen Vereinbarungen fortzuführen. Damit vermied der Kreml die erneute Anerkennung der Bindungen, ohne dass die Bundesregierung das Vertragsverhältnis wegen Nicht-einbeziehung West-Berlins beendete.

Nachdem Ulbricht in Moskau wiederholt darauf gedrungen hatte, dass die UdSSR endlich mit ihren erklärten Absichten in der Berlin- und Deutschland-Politik Ernst machen müsse, schloss Chruschtschow am 12. Juni 1964 einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ mit der DDR. Beide Seiten verpflichteten sich, „unbeirrt für die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkriegs, für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrags und die Normalisierung der Lage in Westberlin ein[z]utreten“. Diese Formulierungen entsprachen zwar den sowjetischen Stellungnahmen in den Jahren der akuten Berlin-Krise, doch fehlten die konkretisierenden Forderungen nach Aufhebung der Präsenz- und Zugangsrechte der Westmächte sowie uneingeschränkte Anerkennung der DDR-Souveränität und der Zweistaatlichkeit in Deutschland. Stattdessen sicherten sich die Vertragspartner gegenseitig zu, sie würden „Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten“. Das schuf

¹³ Gerhard Kunze, Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989, Berlin 1999, S. 70–72.

¹⁴ Ebd., S. 84–132; Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 276f.

für die Sowjetunion ebenso wenig klare Verbindlichkeiten wie die generelle Zusage, die Ziele der DDR in Deutschland und Berlin zu unterstützen.¹⁵ Wie etwa das darüber mit Ulbricht am Vortag geführte Gespräch erkennen lässt, das in diesem Band wiedergegeben ist, suchte Chruschtschow mit dem Vertrag die SED-Führung zufrieden zu stellen. Dabei machte er keine Zusagen, die über die Beistandsverpflichtung im Warschauer Pakt hinausgingen.

Die sowjetische Hoffnung auf eine Änderung der Bonner Haltung erhielt neue Nahrung, als am 11. Juni ein westdeutscher Korrespondent, Heinz Lathe, im Kreml wegen einer Reise von Chruschtschows Schwiegersohn Aleksej Adshubej in die Bundesrepublik anfragte. Das geschah aus eigenem Antrieb, doch die sowjetische Führung glaubte, dass es sich um einen Auftrag von Bundeskanzler Erhard handelte, und ließ durch einen Mittelsmann ausrichten, Chruschtschow habe die Reise persönlich für notwendig erklärt, weil man „unbedingt mit Bonn sprechen“ müsse. Als Termin komme erst der nächste Monat in Frage. Adshubej kam vom 20. Juli bis 1. August in die Bundesrepublik, um für den in Aussicht genommenen Besuch seines Schwiegervaters das politische Terrain zu erkunden. Wenn ihn Spitzenpolitiker und Wirtschaftsführern auf die Wiedervereinigung ansprachen, verwies er auf die Möglichkeit von Verhandlungen mit der DDR, von denen freilich nach Lage der Dinge kein Erfolg zu erwarten war. Bei Streitfragen in unmittelbarem Verhältnis zur UdSSR stellte er ein pragmatisches Verhalten in Aussicht. Das begrenzte Ausmaß des sowjetischen Eingehens auf Wünsche der westdeutschen Seite ließ seine Bemerkung erkennen, dass eine Einbeziehung West-Berlins in die bilateralen Handels- und Kulturbeziehungen denkbar wäre. Die Aussage, sein Land benötige einen freien Rücken gegenüber dem künftig atomar bewaffneten China und sei sich des dafür erforderlichen Preises bewusst, weckte jedoch in Bonn die Hoffnung auf substanzielle Zugeständnisse. Bei Bundeskanzler Erhard warb Adshubej für ein bilaterales Gipfeltreffen, ohne Entgegenkommen anzudeuten. Die Antwort, kein Thema dürfe ausgeschlossen werden, auch die Vereinigung nicht, quittierte er mit dem Hinweis, man solle von diesem Problem absehen. Dem Bemühen um bessere Beziehungen sei die bestehende Lage zugrunde zu legen. Hinsichtlich der deutschen Einheit müsse man sich an die DDR wenden. Falls man sich ihr gegenüber weiter verweigere, würde viele Jahre lang Frost herrschen.¹⁶

Die Hoffnungen in Bonn und Moskau, die jeweils eigenen Ziele bei der anderen Seite zu erreichen, waren offensichtlich illusionär, wurden aber weiter aufrechterhalten. Sie hatten keinen Test der Wirklichkeit mehr zu bestehen, weil Chruschtschow am 14. Oktober 1964 gestürzt wurde. Seine außenpolitische Abschlussbilanz war negativ. Die im November 1958 eingeleitete und mit großen Anstrengungen und Risiken immer wieder erneuerte politische Offensive gegen den Westen hatte zu nichts geführt. Zwar hatte dieser vor der Kuba-Krise mehr-

¹⁵ Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 12. 6. 1964, in: Hans-Heinrich Mahnke (Hg.), Beistands- und Kooperationsverträge der DDR, Köln 1982, S. 101–106.

¹⁶ Siehe vor allem Daniel Kosthorst, Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adshubej-Mission 1964, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2/1996, S. 257–293.

fach Konzessionsbereitschaft bekundet, doch wollte sich der Kremlchef lediglich auf Scheinkompromisse einlassen. Das wäre auf eine Kapitulation der Westmächte in Berlin hinausgelaufen mit der Folge, dass die politische Grundlage der atlantischen Allianz und der Westbindung der Bundesrepublik erschüttert worden wäre. Der Versuch, die westliche Seite durch massive Einschüchterung zur Aufgabe ihrer Position in der Stadt zu veranlassen, war in der Kuba-Krise endgültig gescheitert. Seitdem war alles weitere darauf abzielende Bemühen genauso aussichtslos wie die Appelle zum Verlassen der NATO, die Chruschtschow an Politik und Öffentlichkeit in Westeuropa – zuletzt bei seinen Besuchen in Dänemark und Norwegen vom Frühsommer 1964 – richtete. Angesichts des fortgesetzten Scheiterns hoffte der Kremlchef nach Adenauers Rücktritt im Spätherbst 1963, die Westdeutschen mit – freilich nur minimalen – Schritten des Entgegenkommens zum Verlassen des westlichen Lagers zu bewegen. Das musste scheitern: Eine als „Normalisierung“ firmierende Festigung der Zweistaatlichkeit und des SED-Regimes war, selbst wenn im Zusammenhang damit einige Folgen der nationalen Teilung und der Berliner Mauer gemildert wurden, auch für überzeugte Gegner Adenauers und seiner Politik wenig attraktiv.

Wenn es nicht um offizielle Stellungnahmen mit genau festgelegtem Inhalt ging, die zumeist auf vorangegangenen Beschlüssen des ZK-Präsidium der KPdSU beruhten, formulierte Chruschtschow aus dem Augenblick heraus. Damit eröffnen die Gespräche, die er führte, exzellente Einblicke in sein Denken und Handeln und damit zugleich in die Außen- und Sicherheitspolitik der UdSSR, die von ihm seit Anfang 1955 bis zu seiner Absetzung im Oktober 1964 entscheidend bestimmt wurde. Neue Erkenntnisse ergeben sich auch zur Haltung der Personen, mit denen er redete. Vor allem ist interessant, wie sich westliche Politiker zu zentralen Streitpunkten, etwa zur deutschen Frage, äußerten. Dabei sind oft erhebliche Abweichungen von der Position festzustellen, die der Betreffende bei anderen Gelegenheiten bezog.

Chruschtschow war ein hervorragender Kommunikator, der mit Menschen verschiedenster Lebensbereiche und Meinungen gerne redete und dabei seinen Vorstellungen und Absichten frei und spontan Ausdruck gab. Er wusste nicht nur seine Auffassungen stets mit plausibel erscheinenden Argumenten zu vertreten, sondern sich auch mit relativ einfachen Worten verständlich zu machen sowie sich meistens gut auf die Haltung des jeweiligen Gegenübers einzustellen. Er war zutiefst davon überzeugt, dass das sozialistische System der UdSSR und ihrer Gefolgschaftsstaaten der politischen Ordnung des Westens überlegen sei, vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Er benutzte die genormte parteiamtliche Phraseologie nur, wenn es in besonderen Fällen offiziell geboten war. Normalerweise redete er in der Umgangssprache, streute häufig populäre Wendungen und gelegentlich sogar humoristische Bemerkungen ein. Es finden sich auch letzte Reste einer religiösen Sozialisation, die man bei einem überzeugten Kommunisten nicht erwarten würde. Die frei formulierte Rede hatte zur Folge, dass er gelegentlich seine Sätze nicht zu Ende führte oder anders fortsetzte, als er sie begonnen hatte. Das zeigt sich in den Protokollen nur selten, denn die Gespräche wurden nicht stenografisch festgehalten, sondern üblicherweise von den Dolmetschern – meist Diplomaten – hinterher anhand der notierten Stichworte nieder-

geschrieben. Danach gingen diese Aufzeichnungen, von denen nur die allerwichtigsten von Chruschtschow oder einem Beauftragten nochmals durchgesehen wurden, anderen Führungsmitgliedern im Kreml zur Kenntnisnahme und Orientierung zu.

Wenn Chruschtschow in voller Fahrt redete, standen ihm seine Aussagen zuweilen so unmittelbar vor Augen, dass er unversehens vom Präteritum ins Präsens wechselte. Zudem gebrauchte er manchmal Pronomen, ohne das gemeinte Substantiv vorher genannt zu haben. Das war insbesondere dann der Fall, wenn er sich mit Feinden im Westen auseinandersetzte, denn er hatte den fundamentalen System- und Machtkonflikt mit ihnen so sehr verinnerlicht, dass er an nichts anderes dachte und daher die Benennung des gemeinten Subjekts wegließ. Auf die Protokollanten geht zurück, dass Kommunisten, deren Äußerungen aufgezeichnet wurden, oft ausdrücklich als Genossen gekennzeichnet wurden. Die dabei verwendete Abkürzung wird in der deutschen Übersetzung mit „Gen.“ wiedergegeben.

Noch einige Bemerkungen zur formalen Gestaltung. Unterstreichungen im Original werden übernommen. Bei Auslassungen und sonstigen Unklarheiten werden zur Erleichterung des Verständnisses erläuternde bzw. ergänzende Zusätze in eckiger Klammer eingefügt. Wenn sich im Text wenig bekannte Abkürzungen finden, werden sie durch die Vollbezeichnungen ersetzt. Soweit in den erläuternden Anmerkungen um Wörter und Sätze aus deutschen Texten zitiert werden, wird, soweit erforderlich, die Schreibweise der heutigen Orthographie angepasst. Um dem Leser die Lautung der russischen und bulgarischen Namen nahe zu bringen, richtet sich ihre Wiedergabe in den Dokumententexten nach den – weitgehend am Erfordernis einer phonetischen Wiedergabe orientierten – Regeln des Duden. Abweichend davon werden der stimmhafte und der stimmlose Zischlaut voneinander unterschieden (sh gegenüber sch). In den Fußnoten wird zur Klarstellung der originalen Namensform die im Deutschen übliche wissenschaftliche Transkription verwendet. Im Namensregister werden beide Schreibweisen nebeneinander angegeben.

Im Russischen lassen sich die vertrauliche Anrede „ihr“ und die Höflichkeitsform „Sie“ sprachlich nicht voneinander unterscheiden. Daher geht, wenn Chruschtschow mit mehreren Menschen redet, aus dem Text nicht hervor, welche Anredeform er verwendet. Soweit seine Präferenz im gegebenen Fall nicht bekannt ist, werden der Übersetzung ins Deutsche folgende generell üblichen Usancen zugrunde gelegt: Im persönlich engen Kreis kommunistischer Führer nannte man sich üblicherweise „du“, während sonst auch unter Genossen die Anrede „Sie“ galt; bei allgemeinen Bezugnahmen auf das Kollektiv bzw. die Großgruppe des Gegenübers hieß es oft „ihr“.

Um Inhalt und Kontext der Dokumente für eine breite Leserschaft zu erschließen, werden die Annotationen als Fußnoten direkt unter das jeweilige Dokument gesetzt. Damit jedes Dokument für sich allein verständlich ist, werden diese Erläuterungen erneut hinzugefügt, wenn sie zuvor schon unter einem anderen Dokument stehen. Varianten im russischen Text eines Dokuments, die durch handschriftliche Änderungen (Streichung, Hinzufügung oder Umformulierung) der maschinenschriftlichen Fassung der entstanden sind, finden in den Annotationen nur so weit Berücksichtigung, wie sie die Aussage verändern.

Chronologie

22. Oktober 1962

John F. Kennedy erklärt den Amerikanern in einer Fernsehansprache, dass die UdSSR auf Kuba Atomraketen stationiert, welche die Sicherheit der USA massiv bedrohen. Das soll unbedingt verhindert werden. Damit beginnt die Kuba-Krise. Die USA sind der UdSSR global-strategisch enorm überlegen: 230 gegen 42 Langstreckenraketen, 1400 gegen 155 Langstreckenbombern, 5000 gegen 300 Nuklearsprengköpfe. Der Einschüchterungseffekt hat – nicht zuletzt aufgrund der vorzeitigen Entdeckung der Raketen durch die Amerikaner – versagt, und Chruschtschow muss sich die Frage stellen, was passieren würde, falls die Krise zum Krieg eskalieren sollte: Dann hat die Sowjetunion auch unter Einbeziehung der auf Kuba bereits einsatzfähigen Raketen mit weit größerer Vernichtung zu rechnen als die westliche Führungsmacht. Kennedy trifft die Entscheidung, auf die Herausforderung nicht mit einem Angriff gegen Kuba zu reagieren, weil zu erwarten ist, dass die dortigen Raketen durch einen Präventivschlag nicht vollständig auszuschalten sind und dass West-Berlin im Kriegsfall sofort verloren wäre. Stattdessen befiehlt er eine Seeblockade, um der UdSSR klar zu machen, dass die Verbindung zur Raketenbasis in der Karibik nicht aufrechtzuerhalten ist.

23. bis 27. Oktober 1962

Entgegen der amerikanischen Erwartung, dass die sowjetische Seite mit verstärktem Druck auf West-Berlin antworten werde, hält sich Chruschtschow dort zurück, um nicht noch einen weiteren Krisenbrennpunkt zu haben. Auch wegen Kuba will er es nicht zur Konfrontation kommen lassen. Daher sollen die auf den Weg dorthin befindlichen Raketentransportschiffe abdrehen. Die Atom-U-Boote in der Karibik erhalten strikte Anweisung, nur im Falle eines direkten feindlichen Angriffs militärisch zu reagieren. Zugleich sucht sich der Kremlchef dem Verlangen nach Verzicht auf Raketenstationierung zu entziehen, nimmt eine schwankende Haltung ein oder stellt Gegenforderungen.

28. Oktober 1962

Chruschtschow gibt nach. Kennedy honoriert den Stationierungsverzicht mit der Garantie, Kuba künftig niemals anzugreifen, und nachträglich zusätzlich mit der Bereitschaft, im kommenden Sommer die amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzuziehen. Der Abzug soll nach außen hin nicht als Gegenleistung, sondern als eine unabhängig getroffene Entscheidung erscheinen. Die Vereinbarung beendet die Kuba-Krise. Fidel Castro ist aufgebracht über den Abzug der sowjetischen Raketen und schickt einen wütenden Brief nach Moskau.

7. November 1962

Chruschtschow gibt gegenüber ausländischen Journalisten die Erklärung ab, der UdSSR gehe es nicht um die Ausdehnung ihrer Macht auf West-Berlin. Vielmehr wolle sie den Frieden gewährleisten, den die Stadt in ihrer gegenwärtigen Gestalt bedrohe. Er nannte keinen Termin für den Abschluss des Friedensvertrags, der nach seiner Ansicht erforderlich war, sondern meinte, dass die Zeit dafür heranreifen werde. Zugleich betonte er das Interesse an Schritten zur Einstellung der Kernwaffenversuche und an einer Beschränkung der Rüstungen.

22. November 1962

Chruschtschow hat ein ihm eng verbundenes Führungsmitglied, Anastas Mikojan, nach Kuba entsandt mit dem Auftrag, die dortige Führung zu besänftigen. Während seines dreiwöchigen Aufenthalts auf der Insel sieht dieser die sowjetische Seite heftigen Vorwürfen ausgesetzt. In einem vierstündigen Gespräch mit Fidel Castro und „Che“ Guevara muss er sich anhören, die UdSSR habe Kuba verraten. Dieses habe ein Risiko übernommen und gedacht, das sozialistische Lager würde das auch umgekehrt tun. Man habe sich auf einen Nuklearkrieg für den Fall eines Angriffs auf die UdSSR vorbereitet. Diese sei aber ihrerseits nicht bereit, Kuba entsprechenden Beistand zu leisten. Zudem sei die vorzeitige Entdeckung der Raketen auf das unvorsichtige Verhalten des sowjetischen Personals zurückzuführen. Es gelingt Mikojan nicht, seine Gesprächspartner zu beschwichtigen.

28. November 1962

Der sowjetische Botschafter in London, Soldatow, unterbreitet dem britischen Außenminister Lord Home einen als Kompromiss bezeichneten Vorschlag zu West-Berlin. Nachdem die UdSSR schon früher Konzessionen gemacht habe, sei sie jetzt zu einer Übereinkunft über die Frage der Streitkräfte in der Stadt bereit. Würde die Fahne der Besatzungsmächte, die real die Fahne der NATO sei, durch die Fahne der UNO ersetzt, könnten die westlichen Truppen zusammen mit den Einheiten anderer Ländern als Polizisten unter UNO-Kommando für eine gewisse Zeit dort verbleiben. Die Vereinten Nationen könnten dann „gewisse internationale Verpflichtungen“ gegenüber West-Berlin übernehmen; ihr Sitz könnte dorthin verlegt werden. Am gleichen Tag formuliert der amerikanische Außenminister Dean Rusk Instruktionen für die Fortsetzung des Gesprächs mit der sowjetischen Seite. Als vorrangiges Ziel wird genannt eine „Regelung in Berlin zu Bedingungen, welche die Stadt frei und funktionsfähig erhält“. Im Blick darauf soll alles genutzt werden, was dazu führen könnte, etwa Chruschtschows Idee, dass die Westmächte vielleicht unter UNO-Fahne in Berlin bleiben könnten.

14. Dezember 1962

Chruschtschow gibt Botschafter Pjotr Abrassimow vor dessen Abreise nach Ost-Berlin neue Instruktionen zur Berlin-Politik nach der Kuba-Krise. Er will die direkte Konfrontation mit den USA vermeiden und wendet sich daher vor allem gegen die „westdeutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten

West-Berlins“. Als Angelpunkt des Bemühens, die Stadt aus dem Lager des Westens herauszubringen, dienen fortan in erster Linie Proteste gegen ihre Bindung an die Bundesrepublik. Dahinter steht die Absicht, die Lebensfähigkeit West-Berlins zu erschüttern, ohne dass die Präsenz- und Zugangsrechte der Westmächte unmittelbar in Frage gestellt werden. Dem veränderten Vorgehen liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Stadt ohne die finanzielle und administrative Unterstützung des westdeutschen Staates nicht überleben kann.

14. Januar 1963

Der französische Staatspräsident de Gaulle legt sein Veto ein gegen die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

15. bis 21. Januar 1963

In Ost-Berlin findet der VI. Parteitag der SED statt, auf dem es primär um die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR geht. Chruschtschow erklärt, dass der Abschluss des deutschen Friedensvertrags nicht mehr das gleiche Problem darstelle „wie vor den Schutzmaßnahmen an der Grenze zwischen der DDR und West-Berlin“, fasst dabei aber keine Abstriche von bisherigen Zielen ins Auge, sondern hält kompromisslos an ihrer Durchsetzung fest. SED-Chef Walter Ulbricht zufolge ist davon auszugehen, dass sie „nicht in einem Zug“ erreicht werden. Daher sieht er für die „Umwandlung Westberlins in eine friedfertige, neutrale Stadt“ eine „schrittweise Regelung“ vor. Zwischen beiden deutschen Staaten solle eine Konföderation gebildet werden, der sich das „besondere Gebiet Westberlin“ anschließen könne. Er sagt den künftigen Sieg des Sozialismus in Deutschland voraus, den man durch friedlichen ökonomischen, politischen und geistigen Wettbewerb erreichen werde.

22. Januar 1963

Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle schließen den Elysée-Vertrag, der die Bundesrepublik und Frankreich eng miteinander verbindet.

23. Januar 1963

Chruschtschow fordert auf einer Kundgebung in West-Berlin, die „gegenwärtige unsichere und explosive Lage“, in welche die Stadt wegen ihres „Missbrauchs“ als „NATO-Stützpunkt“ geraten sei, müsse ein Ende finden, und tritt dafür ein, dass es dort zu einer „Ablösung der NATO-Truppen durch Verbände der UNO“ kommt. Das wäre nach seiner Darstellung eine „zusätzliche Garantie dafür, dass die Westberliner selbst frei ihr Leben einrichten“ könnten. Die UdSSR würde sich nicht einmischen.

10. Februar 1963

Zum ersten Mal in der Geschichte der Alliierten Luftsicherheitszentrale kündigt der Vertreter der UdSSR Manöver der sowjetischen Luftstreitkräfte im Bereich der Luftkorridore an, die den Westmächten für den Verkehr nach West-Berlin zur Verfügung stehen, und verlangt, dass zur angegebenen Zeit keine Flüge stattfinden. Die westliche Seite protestiert, besteht auf ihrem Recht und setzt die

Flüge unbeirrt fort. Das wiederholt sich in den folgenden Wochen immer wieder. Dabei kommt es wiederholt zu Beinahe-Zusammenstößen mit sowjetischen Kampfflugzeugen, doch dies erschüttert nicht die westliche Entschlossenheit zur Behauptung der Luftkorridore.

17. Februar 1963

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin wird die harte Linie des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt gegenüber den sowjetischen Forderungen eindrucksvoll bestätigt: Seine Partei, die SPD, erhält einen Stimmenanteil von 61,9%, während die SED nur 1,4% erreicht.

30. März 1963

Die UdSSR beendet die Manöver ihrer Luftstreitkräfte im Bereich der Luftkorridore. Der über eineinhalb Monate dauernde sowjetische Versuch, die Zuständigkeit der Westmächte für den Flugverkehr nach West-Berlin in Frage zu stellen, ist fehlgeschlagen.

10. Juni 1963

Mit der Begründung, dass ein Krieg zwischen Ost und West angesichts der zu erwartenden allgemeinen Vernichtung sinnlos wäre, setzt sich Präsident Kennedy in einer Rede in der American University in Washington/DC für die Herstellung eines „echten Friedens“ auf der Basis wechselseitiger Toleranz und der friedlichen Regelung von Streitigkeiten ein. Im Blick hält er nicht nur Maßnahmen der Rüstungskontrolle für notwendig, die schrittweise zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung führen sollen, sondern wirft auch das Stichwort der Beendigung des kalten Krieges in die Diskussion.

15. Juni 1963

In einem von „Prawda“ und „Iswestija“ veröffentlichten Journalistengespräch begrüßt Chruschtschow die Ausführungen Kennedys und stimmt insbesondere der Ansicht zu, dass der kalte Krieg ein Ende finden müsse, vermisst aber eine klare Aussage zu der Frage, ob der amerikanische Präsident auch die Quellen des kalten Krieges beseitigen wolle. Als solche bezeichnet er vor allem das Deutschland- und Berlin-Problem, bei dem der Eindruck entstehe, als wollten die USA es nicht lösen, sondern auf ihrem alten Standpunkt beharren. Chruschtschow erklärt, die UdSSR werde dieses Problem auf jeden Fall lösen, würde dies aber lieber gemeinsam mit den Westmächten tun. Als weitere Quellen des kalten Krieges nennt er die amerikanischen Militärstützpunkte in anderen Ländern, durch welche die Sowjetunion und die anderen sozialistische Staaten eingekreist würden. Kennedys Worten müsse als Tat die Liquidierung aller Stützpunkte im Ausland folgen. Um den kalten Krieg zu beenden, hätten sich die USA aus Europa und Asien zurückzuziehen.

18. Juli 1963

Außenminister Andrej Gromyko erörtert mit einer DDR-Delegation das Vorgehen in der Berlin-Frage. Er lehnt es ab, sofort die Beseitigung der „Überreste des

Zweiten Weltkriegs“, also die Aufhebung der westlichen Besatzungsrechte, ins Auge zu fassen, und ist auch nicht bereit, das Bemühen auf die „Durchbrechung der Hallstein-Doktrin“, also auf das Ziel der Anerkennung der DDR, auszurichten. Es könne augenblicklich nur um die Durchsetzung der Forderungen gehen, die den Westmächten nicht als Provokation erscheinen würden: eine bessere Bezahlung der ostdeutschen Dienstleistungen für die Garnisonen in West-Berlin und veränderte Modalitäten beim Zutritt westlicher Militärs und Amtspersonen nach Ost-Berlin. Aber auch dabei sei Vorsicht erforderlich.

25. Juli 1963

Die USA, die UdSSR und Großbritannien schließen ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Dabei werden auf Betreiben der beiden westlichen Vertragsbeteiligten die unterirdischen Tests ausgeklammert mit der Begründung, dass sie sich ohne Inspektionen vor Ort nicht zuverlässig feststellen lassen.

5. August 1963

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser wird abgeschlossen. Das Verbot bezieht sich nicht auf die unterirdischen Versuche, weil hinsichtlich der Überprüfung kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Während die USA und Großbritanniens auswärtige Inspektionen vor Ort forderten, um in Verdachtsfällen zu einem zuverlässigen Urteil zu gelangen, wollte die UdSSR nur seismographische Messungen zulassen, und erklärte, dass auf dieser Grundlage etwaige Zweifelsfragen geklärt werden könnten.

30. August 1963

Die Regierungen in Washington und Moskau einigen sich auf die Einrichtung eines „heißen Drahts“. Die politischen Führer beider Seiten sollen eine spezielle Telefonleitung erhalten, die ihnen bei Bedarf, vor allem im Fall einer Krise, eine sofortige Kommunikation ermöglicht.

10. Oktober bis 5. November 1963

Die sowjetischen Behörden an den Transitstrecken nach West-Berlin machen amerikanischen Militärkonvois mehrfach Schwierigkeiten auf dem Weg nach bzw. von West-Berlin, sehen sich aber, als diese stets beharrlich und ausdauernd auf der Durchfahrt bestehen, zum Nachgeben veranlasst. Damit scheitert ein weiterer Versuch, die Bindung der Stadt an den Westen zu lockern.

15. Oktober 1963

Adenauer tritt zurück; der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard wird Bundeskanzler. Chruschtschow hofft, dass der Regierungswechsel in Bonn die Bundesrepublik näher an die UdSSR heranzuführen wird.

22. November 1963

Kennedy wird ermordet. Als Nachfolger wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson vereidigt.

11. Dezember 1963

Der Stellvertretende Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Alexander Abusch, bietet dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt Verhandlungen über Passierscheine an, um den West-Berlinern Besuche im Ostteil der Stadt zu ermöglichen.

12. bis 17. Dezember 1963

Die Beauftragten des [West-]Berliner Senats und der DDR-Regierung verhandeln erfolgreich über die Ausgabe von Passierscheinen zum Besuch Ost-Berlins vom 18. Dezember 1963 bis zum 4. Januar 1964. In dieser Zeit werden 700 000 Passierscheine ausgegeben, die 1 300 000 West-Berlinern das Wiedersehen mit Verwandten und Freunden im Ostteil der Stadt ermöglichen.

21. Januar 1964

Nachdem der Handelsvertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Ende 1963 ausgelaufen ist, weil wegen der Streitfrage der Einbeziehung West-Berlins (für das nach sowjetischer Auffassung die westdeutsche Seite nicht tätig werden darf) keine Verlängerung zustande gekommen ist, wird auf Vorschlag der sowjetischen Regierung der Warenverkehr bis auf Weiteres im Rahmen der bisherigen Vereinbarungen fortgesetzt.

19. bis 28. Februar 1964

Der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag besucht an der Spitze einer Delegation die Sowjetunion und führt in dieser Zeit mehrere Gespräche mit Chruschtschow.

7. März 1964

Chruschtschows Enttäuschung über die Bonner Politik findet Ausdruck in einer Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, in der die Bundesrepublik als der „aggressivste und abenteuerlichste Staat in Europa“ bezeichnet wird und vom „revanchistisch-militaristische[n]“ Programm seiner Regierung die Rede ist.

11. März 1964

Der kurz zuvor aus Moskau nach Bonn zurückgekehrte sowjetische Botschafter Andrej Smirnow erklärt im Bundeskanzleramt, Chruschtschow habe „großes Interesse“ am Verhältnis zur Bundesrepublik, und verliest eine „persönliche Botschaft“ des Kremlchefs, die den Wunsch nach verbesserten Beziehungen und den Vorschlag enthält, ein „Zusammentreffen [...] auf verschiedenen Ebenen jenseits der diplomatischen Kanäle zu organisieren. Der dabei durchgeführte Meinungsaustausch solle keinem „Veto“ unterliegen und könne auch dann von Nutzen sein, „wenn es nicht gelänge, sofort eine Lösung dieser oder jener Fragen zu finden“.

9. April 1964

Von der Möglichkeit einer Annäherung zwischen Moskau und Bonn aufgeschreckt, sucht DDR-Chef Ulbricht die sowjetische Führung auf einen scharfen

Gegenkurs festzulegen. Vor allem bemüht er sich um eine gemeinsame Erklärung des Warschauer Pakts „gegen die revanchistischen Forderungen Bonns“ mit dem Ziel, die westdeutsche Seite mit dem Verlangen nach definitiver Anerkennung der bestehenden Grenzen unter Druck zu setzen. Zugleich sollen Schritte „zur weiteren Durchbrechung der Hallstein-Doktrin“ eingeleitet und eine „Konferenz der vier Mächte zu Fragen der Sicherung des Friedens in Deutschland“ ins Auge gefasst werden. Er selbst wolle Erhard in einem offenen Brief dazu auffordern, „eine Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten und in Westberlin gegen die atomare Aufrüstung und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik“ zu akzeptieren.

14. bis 16. Mai 1964

Nachdem die UdSSR Ulbrichts Vorschläge vom 9. April kühl mit der Erklärung beantwortet hat, dass eine Vier-Mächte-Konferenz auf einen „späteren Zeitpunkt“ verschoben werden solle, und bezüglich der Volksbefragung zu bedenken gegeben hat, Bonn könnte versuchen, auch über freie Wahlen abstimmen zu lassen und darüber eine breite Diskussion zu entfachen, sprechen in Moskau Wladimir Semjonow und Otto Winzer miteinander. Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagt zwar eine eingehende Prüfung der Ost-Berliner Wünsche zu, macht aber eindeutig klar, dass der Vorschlag einer Volksabstimmung nicht in Betracht kommt, und lässt sich auch durch den Einwand nicht umstimmen, dass sich damit kein Risiko verbinde, weil die Bundesregierung mit Sicherheit ablehnen würde. Zur Frage der DDR-Anerkennung erklärt er Winzer, die „Politik des gegenseitigen Beispiels“, die von den beiden Großmächten verfolgt werde, sei derzeit wichtiger als die „Anerkennung eines Staates“. Die Forderung nach schärferen Reaktionen auf die westdeutsche Berlin-Politik wies er zurück mit dem Hinweis, es sei nicht zweckmäßig, „ständig offizielle Proteste abzugeben“.

11. Juni 1964

Ein westdeutscher Korrespondent in Moskau erhält auf die Anfrage, ob Chruschtschows Schwiegersohn Aleksej Adshubej die Bundesrepublik besuchen wolle, eine bejahende Antwort, doch könne die Reise erst im kommenden Monat stattfinden.

12. Juni 1964

Die UdSSR schließt mit der DDR einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“. Dessen Wortlaut und Chruschtschows Stellungnahmen halten daran fest, dass West-Berlin als selbständiges, von der Bundesrepublik getrenntes staatsähnliches Gebilde zu behandeln sei. An baldige Aktionen zur Durchsetzung dieses Standpunkts im Westen ist offensichtlich nicht gedacht.

13. Juni 1964

Chruschtschow empfängt den westdeutschen Botschafter Horst Groepper, der ihn am 4. Juni unter Hinweis auf die am 11. März bekundete Gesprächsbereit-

schaft um einen Termin gebeten hat. Die Erwartung, dass die Bundesregierung nunmehr zu Änderungen ihrer Politik bereit sei, wird abermals enttäuscht. Die von Groepper verlesene Stellungnahme enthält nach wie vor alle von der UdSSR abgelehnten westdeutschen Standpunkte. Chruschtschow lässt seiner Empörung freien Lauf. Eine heftige Verstimmung in Bonn ist die Folge.

16. bis 21. Juni 1964

Chruschtschow weilt zu einem Staatsbesuch in Dänemark.

26. Juni bis 4. Juli 1964

Chruschtschow weilt zu einem Staatsbesuch in Norwegen.

20. Juli bis 1. August 1964

Adshubej bereist die Bundesrepublik. Wenn in den Gesprächen mit Spitzenpolitikern und Wirtschaftsführern die Rede auf die Frage der Wiedervereinigung kommt, weist er darauf hin, dass darüber Verhandlungen mit der DDR geführt werden könnten. Bei den Streitfragen mit der UdSSR stellt er eine pragmatische Behandlung der Probleme in Aussicht. Bei Erhard plädiert er für ein bilaterales Gipfeltreffen, ohne irgendwie von den bisherigen Standpunkten abzurücken.

24. September 1964

Die DDR-Regierung und der West-Berliner Senat schließen das 2. Passierscheinabkommen, das den Einwohnern der westlichen Teilstadt in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober Besuche in Ost-Berlin ermöglicht.

14. Oktober 1964

Chruschtschow wird seiner Ämter enthoben. Leiter des Ministerrates wird Aleksej Kossygin; an die Spitze der KPdSU tritt Leonid Breschnew.

Dokumente

1. Gespräch Chruschtschows mit dem kanadischen Botschafter A[rnold] Smith am 28. November 1962

Smith bringt gegenüber N. S. Chruschtschow seinen Dank dafür zum Ausdruck, dass er sich bereit erklärt hat, ihn zu einem Gespräch zu empfangen, und sagt, dass er in einigen Tagen für zwei Monate nach Kanada abreisen wird, um sich mit seiner Regierung zu beraten und Urlaub zu machen. Vor der Abreise möchte er gern mit N. S. Chruschtschow die Ansichten über einige Fragen der internationalen Lage und der sowjetisch-kanadischen Beziehungen austauschen, zumal er, der Botschafter, nach der Ankunft in Kanada mit Premierminister Diefenbaker zusammentreffen wird. Der Botschafter sagte weiter, dass die Erfolge, welche die Sowjetunion in der Wirtschaft und beim technischen Fortschritt im Vergleich zu der Zeit seines letzten Aufenthalts in der Sowjetunion errungen hat, ihn nachhaltig beeindruckt haben. Smith erläuterte, dass er während des Krieges als Mitglied der kanadischen Mission in der UdSSR gewesen und im Dezember 1945 von dort abgereist ist. Noch augenfälliger sind seiner Ansicht nach die Veränderungen und Fortschritte, die in psychologischer Hinsicht erreicht wurden. Als er, der Botschafter, zum ersten Mal in der Sowjetunion war, hätten unter den Russen Angst und Misstrauen geherrscht. Jetzt sei diese innere Angst aus dem Leben der sowjetischen Gesellschaft verschwunden. Nach seiner Meinung sind diese Veränderungen in erheblichem Maße dank der Initiative von N. S. Chruschtschow erreicht worden. Da N. S. Chruschtschow so viel unternommen habe, um die Ängste und Verdächtigungen in der sowjetischen Gesellschaft zu beseitigen, kann nach Auffassung des Botschafters sowohl seitens des Westens als auch der Sowjetunion ebenso etwas getan werden, um die auf internationaler Ebene bestehenden Ängste und Gefahren zu beseitigen. Smith sagte weiter, Kanada sei der Initiator für die Schaffung der NATO gewesen, denn es habe 1947 diese Idee vorgeschlagen. Ein ganzes Jahr sei erforderlich gewesen, um die Regierung der Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass die Gründung der NATO ihren Interessen entspreche.¹⁷ Kanada verfüge über langjährige Erfahrungen in den Be-

¹⁷ Wie Präsident Roosevelt Stalin Anfang Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta erklärt hatte, wollten sich die USA so wie nach dem Ersten Weltkrieg wieder aus Europa zurückziehen, nachdem der militärische Sieg errungen war. Angesichts der Gefahr, dass nach den 1944/45 von der Roten Armee besetzten Ländern auch die Demokratien im Westen des Kontinents sowie die Westzonen Deutschlands dem Kommunismus anheim fallen würden, entschloss sich die Regierung in Washington zunächst im Juni 1947 zu dem – von Stalin als politische Kriegserklärung betrachteten – Marshall-Plan. Angesichts der nunmehr offen feindseligen Haltung der UdSSR gegenüber Westeuropa, die man dort schon als akute Bedrohung empfand, noch bevor die Konfrontation mit der sowjetischen Blockade West-Berlins den Höhepunkt erreichte, entbrannte in den USA eine Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der traditionellen isolationistischen

ziehungen zu den Vereinigten Staaten. Als Deutschland 1914 den Ersten Weltkrieg entfesselt habe, seien drei Jahre nötig gewesen, um die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass sie zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie eingreifen müssten. 1939, als der Zweite Weltkrieg ausbrach, seien zweieinhalb Jahre erforderlich gewesen, bis sich die Vereinigten Staaten darüber klar geworden seien, die gemeinsamen Interessen des Westens zu verteidigen. Daher habe sich Kanada nach dem Zweiten Weltkrieg bemüht, die Vereinigten Staaten von der Notwendigkeit zu überzeugen, den gemeinsamen Interessen der Verteidigung von Freiheit und Demokratie den Vorrang einzuräumen. Dabei habe sich die kanadische Regierung ausschließlich von defensiven Motiven leiten lassen.

Anschließend äußerte der Botschafter die Ansicht, die Überwindung der beiderseitigen Angst und des gegenseitigen Misstrauens in den Beziehungen zwischen Ost und West könne dazu beitragen, die wichtigsten internationalen Probleme zu lösen. Der britische Botschafter [Sir Frank] Roberts habe ihm, Smith, von seinem Gespräch mit N. S. Chruschtschow bei seiner Verabschiedung erzählt. Dieses Gespräch habe sowohl bei Smith als auch bei der kanadischen Regierung die Hoffnung aufkommen lassen, dass ein Fortschritt bei der Lösung der internationalen Probleme erzielt werden könne. Im heutigen Gespräch wolle er zwei Fragen ansprechen, welche die Beziehungen zwischen der UdSSR und Kanada betreffen. Außer um diese zwei Fragen gehe es ihm um den Meinungsaustausch über die wichtigsten internationalen Probleme: die Abrüstung, die Verhinderung eines Überraschungsangriffs, die Einstellung der Kernwaffenversuche [und] das Problem der gegenseitigen Bedrohung in Deutschland. Kanada und die Sowjetunion, sagte der Botschafter weiter, sind Nachbarn, die sowohl in Bezug auf die geographischen und klimatischen Bedingungen als auch auf die von ihnen zu bewältigenden technischen Probleme Vieles gemeinsam haben. Die kanadische Regierung wolle gern gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen der UdSSR und Kanada herstellen und ausbauen. Zugleich sei bei der Lösung von Problemen in den sowjetisch-kanadischen Beziehungen natürlich der Umstand von entscheidender Bedeutung, wie man die wichtigsten internationalen Probleme löse. Daher wolle er, der Botschafter, die Probleme der sowjetisch-kanadischen Beziehungen im Gesamtzusammenhang der wichtigsten internationalen Probleme betrachtet sehen.

Chruschtschow fragt den Botschafter, ob er lieber seine Ansicht zu den grundlegenden internationalen Fragen vortragen oder die Auffassung der sowjetischen Regierung zu diesen Problemen hören möchte.

Orientierung (aufseiten der Republikaner) und den (bei den Demokraten tonangebenden) Verfechtern des Standpunkts, man dürfe nicht so wie 1919 Europa sich selbst überlassen und damit dem Verderben überantworten. Entscheidend dafür, dass die letztere Auffassung sich durchsetzte, war der Entschluss des führenden republikanischen Politikers, Arthur H. Vandenberg, der als Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen im Senat eine Schlüsselstellung einnahm, in dieser Frage die demokratische Regierung zu unterstützen. Am 11. Mai 1948 bewog er den Senatsausschuss zur Annahme einer entsprechenden von ihm zusammen mit Außenminister George C. Marshall und dessen Staatssekretär Robert A. Lovett ausgearbeiteten Entschließung. Mit 82 gegen 13 Stimmen nahm der Senat am 11. Juni 1948 die „Vandenberg Resolution“ an, die von da an die Grundlage der amerikanischen Politik bildete und am 4. April 1949 zum Abschluss des Nordatlantikvertrags führte.

Smith sagt, dass er selbstverständlich gern die Meinung N. S. Chruschtschows zu den grundlegenden internationalen Problemen hören möchte. Er, der Botschafter, beabsichtige selbstverständlich, im Gespräch spezielle Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen anzusprechen, er wolle aber vor allem die Meinung N. S. Chruschtschows zu Problemen hören wie Abrüstung, Einstellung der Kernwaffenversuche, Regelung der deutschen Frage, Beseitigung der Gefahr eines Überraschungsangriffs und schließlich Behebung der Ursachen der internationalen Spannung.

Chruschtschow sagt, dass er zu Beginn über die innere Lage der Sowjetunion sprechen möchte, weil der Botschafter sie angesprochen hat. Wir sind mit den in unserer Wirtschaft erzielten Erfolgen sehr zufrieden. Das kürzliche Plenum des ZK der KPdSU hat Beschlüsse gefasst, welche die Voraussetzungen für eine noch schnellere Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft schaffen werden. Als seinerzeit der Sieben-Jahr-Plan über die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR verabschiedet wurde, machte man im Westen ein großes Geschrei, dieser Plan sei zum Scheitern verurteilt, dies sei Phantasterei usw. Nunmehr sehen alle dieses „Scheitern“. Möge uns Gott, wie man so sagt, noch mehr von solchem „Scheitern“ geben. Man kann nicht sagen, im Westen seien dumme Leute in eine dumme Lage geraten. Nein, kluge Leute sind in eine dumme Lage geraten. Sie sind so erbost und hassen alles Fortschrittliche so sehr, dass sie das Gewünschte für wahr halten, und sie wollen an einem gesunden Organismus Gebrechen sehen, die es da gar nicht gibt.

Smith bemerkt, er persönlich habe immer Erfolge der sowjetischen Wirtschaft erwartet und sei nunmehr froh darüber, dass die Sowjetunion diese Erfolge erzielt.

Chruschtschow weist darauf hin, dass Churchill den baldigen Untergang der Sowjetmacht prophezeit hat. Jetzt sähen alle, was diese Prophezeiungen taugten. Anschließend geht N. S. Chruschtschow auf die Probleme der sowjetischen Landwirtschaft ein und sagt, dass auf diesem Gebiet seinerzeit große Fehler gemacht worden seien. Diese Fehler seien nicht auf gewisse falsche theoretische Leitlinien zurückzuführen, sondern liegen an Stalins persönlichen Eigenheiten. Stalin hatte kein Verständnis für die Bauern und mochte sie nicht. Die Zeit Lenins und die Zeit Stalins sind absolut verschiedene Perioden. Die Lage zur Zeit Lenins unterschied sich weithin von der Lage danach zur Zeit Stalins. Wenn man die positive Seite Stalins benennen will, kann man sagen, dass er ein treuer Marxist war. Die Methoden, die er anwandte, waren aber für einen Marxisten nicht akzeptabel und fügten unserer Sache großen Schaden zu. W[ladimir] I[ljitsch] Lenin hatte in seinem Testament¹⁸ mit verblüffender Genauigkeit auf alle Charakterzüge Stalins hingewiesen, die dann auf schlimmste Weise zutage getreten sind. Stalins Führungsmethoden unterminierten die Landwirtschaft. Benediktow, der damalige Minister für Landwirtschaft, legte Stalin kurz vor seinem Tod einen

¹⁸ Die kritischen Äußerungen über Stalin in seinem politischen Testament wurden nach seinem Tod vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Bericht vor, in dem die Situation in der Landwirtschaft recht deutlich beleuchtet wurde. Das ließ Stalin aufhören, und er schlug die Bildung einer Kommission vor, die Vorschläge zur Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft ausarbeiten sollte. Diese Kommission konnte selbstverständlich nicht von Nutzen sein, denn Stalin hätte sich, wenn sie Maßnahmen zur tatsächlichen Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft vorgeschlagen hätte, mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden erklärt. N. S. Chruschtschow erzählt weiter, dass Stalin ihn zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt habe. Die Kommission legte Stalin schließlich höchst bescheidene Vorschläge zur Prüfung vor, die nicht geeignet waren, die Lage in der Landwirtschaft grundlegend zu verbessern. Stalin hielt aber sogar diese Vorschläge für zu radikal und nahm Ergänzungen vor, die darauf hinausliefen, die Steuern der Bauern zu erhöhen, und zwar bis zu Beträgen, die über den Wert ihrer gesamten damaligen Produktion sogar einschließlich des Stallmists hinausgingen. Das war der Fieberwahn eines Wahnsinnigen. Es ist nicht auszudenken, womit das alles geendet hätte, wenn Stalin nicht der Tod erteilt hätte. Die Kommission gab den Bericht am Samstag bei Stalin ab, am Sonntag wurde er krank und nach drei Tagen starb er.¹⁹ Die Lage in der Landwirtschaft war damals katastrophal. Wir begannen damit, die Lage in Ordnung zu bringen, doch wir konnten uns dieser Aufgabe erst zuwenden, als wir Berija beseitigt hatten.²⁰ Berija war ein Abenteurer und Mörder. Er war kein Kommunist. Er war nicht einmal ein anständiger Mensch. Im Westen hält man freilich alle Kommunisten für unehrenhafte Menschen.

Smith lacht und sagt, dass er einige Kommunisten kenne, die ehrenwerte Leute seien.

Chruschtschow erzählt dem Botschafter, wie sich die Aufgabe, Neuland zu erschließen, ergeben hatte und erfüllt wurde.²¹ Im Westen hätten viele dies als ein Phantasterei abgetan, die sowjetischen Kommunisten verspottet und gesagt, dabei werde nichts herauskommen.

Smith bemerkt, dass es in Kanada ein paar Leute gegeben habe, die sich ähnlichen Spott erlaubt hätten, da Kanada vor ähnlichen Problemen gestanden habe, Neuland zu erschließen, und den Kanadiern seien solche Probleme bekannt.

Chruschtschow fährt fort, das Neuland habe sich nicht nur völlig amortisiert, sondern werfe auch schon Gewinn ab. Bei der Bewältigung eines so großen Problems hätten sich Fehler selbstverständlich nicht vermeiden lassen, doch diese Fehler würden jetzt korrigiert. Zudem sei es so, dass die Methoden Stalins das

¹⁹ Stalin starb am 5. März 1953.

²⁰ Am 26. Juni 1953 wurde Lavrentij Berija von seinen Führungskollegen auf einer Sitzung des ZK-Präsidiums in einer handstreichartigen Aktion verhaftet. Außer den vielen Verbrechen, die er im Zusammenhang mit Stalins terroristischem Vorgehen verübt hatte, wurde ihm – was man für noch schlimmer hielt – „Verrat am Sozialismus“ vorgeworfen. Im Dezember wurde er mit dieser Begründung in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und zusammen mit führenden Geheimpolizeifunktionären aus seinem Umfeld hingerichtet.

²¹ Auf Chruschtschows Anordnung wurden weite Steppengebiete unter den Pflug genommen. In den ersten Jahren gab es hohe Ernteerträge, doch die anschließende Erosion des Bodens führte später zum Misserfolg.

Denken vieler unserer Funktionäre stark geprägt hätten. Sie hätten so lange an der Seite Stalins gearbeitet, dass sie sich unweigerlich an seine Methoden gewöhnt und die Probleme der Landwirtschaft nicht richtig erkannt hätten. Das war auch der Grund, wieso wir nach dem Tod Stalins zunächst recht zaghaft daran gegangen sind, die Fehler in der Landwirtschaft zu beheben, und wir haben dies nicht [etwa] deswegen gemacht, weil wir sie nicht abstellen wollten, sondern deswegen, weil Stalin unser Verständnis von der Landwirtschaft geprägt hat. Das bezieht sich insbesondere auf die Mitarbeiter unserer Planungsorgane, die sich ein derart mechanisches Routinedenken angeeignet hatten, dass sie sich davon nicht sofort befreien konnten. Das Wichtigste, was die Landwirtschaft braucht, sind Technik, Düngemittel, Chemikalien. Kurz gesagt, es werden Kapitalinvestitionen benötigt. In den allernächsten Jahren werden wir die USA einholen und überholen. Denn es ist doch überhaupt kein Geheimnis, warum die USA in ihrer Landwirtschaft solche Erfolge erzielt haben. Wir schätzen [William J.] Hearst sehr,²² doch wir haben Tausende eigener Hearsts. Wieso sind denn unsere Hearsts schlechter als der amerikanische? Die Schlüssel zum Erfolg in der Landwirtschaft haben wir in der Tasche. Diese Schlüssel sind Geld und Kapitalinvestitionen. Wir sind in der Lage, Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft zu tätigen, und daher haben wir keine Zweifel am Erfolg unserer Pläne.

Smith bemerkt, dass nach seiner Ansicht auch die materiellen Anreize und die Motivation der Beschäftigten von großer Wichtigkeit sind.

Chruschtschow stimmt ihm zu und sagt, unser Verständnis von materiellen Anreizen sei unterschiedlich. Im Westen verstehe man das als kapitalistischen Gewinn, bei uns aber als angemessenen Lohn plus moralische Werte. Unser System der materiellen Anreize hat seine Überlegenheit gegenüber dem amerikanischen System am Beispiel der Entwicklung der Rakettenindustrie bewiesen. Auf diesem Gebiet haben wir die Vereinigten Staaten überholt. Als wir unseren ersten Sputnik starteten,²³ behaupteten die Amerikaner tatsächlich, sie würden uns in fünf Jahren eingeholt haben. Nun sind aber schon fünf Jahre vergangen, und die Amerikaner haben uns trotzdem nicht eingeholt. Man muss darauf hinweisen, dass der heutige Kapitalismus nicht mehr das ist, was er einst bei seiner Geburt war.²⁴ Damals war der Kapitalist zugleich auch Organisator der Produktion. Heute aber ist der Kapitalismus zum Monopolkapitalismus geworden. Die Besitzer der Produktionsmittel sind nicht mehr die Organisatoren der Produktion. Sie beauftragen damit Leute, die als Lohnarbeiter die Produktion organisieren. In dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaft. In der sozialistischen Gesellschaft wird ein Teil

²² William J. Hearst war ein sehr bekannter und erfolgreicher amerikanischer Viehhalter, den Chruschtschow während seines USA-Aufenthalts im September 1959 in Iowa besuchte und von dessen Großbetrieb er außerordentlich beeindruckt war.

²³ Im Oktober 1957 schickte die UdSSR den ersten Erdsatelliten ins All.

²⁴ Nach der marxistisch-leninistischen Doktrin verkörperte der Kapitalismus, als er die Feudalordnung ablöste, den Fortschritt der Menschheit. Als dann jedoch der Sozialismus aufgekommen sei, habe dieser die Rolle des fortschrittlichen Systems übernommen und den Kapitalismus zur rück-schrittlichen Kraft gemacht.

der Mitglieder der Gesellschaft für die Organisation der Produktion abgestellt und erhält dafür einen angemessenen Lohn. Wir haben aber ein höheres Niveau der Organisation der Produktion. Eben deswegen haben wir die Vereinigten Staaten bei der Entwicklung der Verteidigungstechnik überholt.

Smith sagt, es wäre besser, der Landwirtschaft größere Aufmerksamkeit zu schenken und dafür die Ausgaben für die Rüstungsausgaben zu reduzieren.

Chruschtschow stimmt ihm zu und spricht weiter über die Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU. Die Beschlüsse des Plenums geben uns eine bessere Möglichkeit, die Parteikader und alle Arbeitskräfteressourcen vernünftig einzusetzen. In der Sowjetunion ist auch auf dem Gebiet der weiteren Demokratisierung des gesamten Lebens in unserem Land viel getan worden, d. h. die Werktätigen werden in größerem Ausmaß in die Leitung des Staates einbezogen, die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen im Land ist noch mehr gestärkt worden.

Im Westen prophezeit man jetzt, dass Bildung, der wirtschaftliche Fortschritt und die Demokratisierung zum Zusammenbruch der sowjetischen Gesellschaft führen werden und dass wir uns selbst das Grab schaufeln. Aber nur Wahnsinnige können darauf hoffen. Wenn man im Westen da von einer „Gefahr“ spricht, werden wir auf eine „solche Gefahr“ noch schneller zugehen, wir werden die kommunistische Gesellschaft aufbauen. Das ist unser höchstes Ideal. Wenn man im Westen so dumm ist, dass man das nicht begreift, ist das möglicherweise für uns sogar von Vorteil. Je dümmer unsere Gegner sind, desto besser für uns.

Smith bemerkt, dass im Westen nicht alle so dumm sind.

Chruschtschow sagt, er bedauert den Tod von Dulles, da Dulles ein kluger Gegner war. Deswegen habe er, bemerkt N. S. Chruschtschow scherzhaft, den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A[ndrej] A. Gromyko, angewiesen, nach Washington zu reisen und Dulles die letzte Ehre zu erweisen.

Smith gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich der Demokratisierungsprozess in der Sowjetunion fortsetzen möge.

Chruschtschow antwortet, dass Sozialismus und Demokratie nicht voneinander zu trennen sind.²⁵

Smith äußert die Ansicht, in dem Maße, wie sich die sozialistische Gesellschaft bei gleichzeitiger Liberalisierung weiter festigen werde, würden sich der Sozialismus und der Kapitalismus einander immer mehr annähern. Er, *Smith*, sei in dieser Hinsicht Optimist.

Chruschtschow sagt, eine Annäherung werde zweifellos stattfinden, aber nicht in der Weise, wie der Botschafter es verstehe. Die Sache sei die, dass die Westmächte und ihre führenden Politiker jetzt gezwungen seien, in ihrer Politik die Exis-

²⁵ Nach marxistisch-leninistischer Auffassung hatte der Sozialismus prinzipiell in jedem Fall als die bessere, vollkommene Demokratie zu gelten, denn, wie es hieß, bestimmte auf seiner Basis das arbeitende Volk nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse.

tenz der sozialistischen Länder zu berücksichtigen. Der amerikanische Präsident Kennedy sei ein sehr geschickter Demagoge. Er formuliere seine Reden sehr geschickt und spiele mit dem Volk. In seiner Wahlkampfreden habe er soziale Fragen aufgegriffen, die weite Teile des amerikanischen Volkes interessieren. Er könne diese Fragen natürlich nicht lösen und werde sie auch nicht lösen, sei jedoch gezwungen, sie als Köder für das Volk einzusetzen. N. S. Chruschtschow ergänzt, dass er, wenn er Kennedy als einen Demagogen bezeichne, dies nicht in einem schlechten Sinne meine. Und überhaupt ist dies nicht für die Presse bestimmt.

Smith sichert N. S. Chruschtschow zu, dass er den Vertretern der Presse nichts davon mitteilen werde.

Chruschtschow geht sodann zu Fragen der internationalen Lage über. Der Abschluss eines deutschen Friedensvertrages²⁶ stellt das wichtigste internationale Problem dar. Wenn der Friedensvertrag abgeschlossen sein wird, sind damit die Quelle der Spannungen in Europa und die Gefährdung des Friedens beseitigt. Dieses Problem ist künstlich geschaffen worden von jenen, die an der Aufrechterhaltung der Spannungen und an der Aufrechterhaltung der Gefährdung des Friedens interessiert sind. Sehen wir uns an, wer an der Aufrechterhaltung dieser anomalen Lage in Deutschland interessiert ist. Es ist nicht Kanada und auch nicht England, nicht einmal die USA sind es. Es sind Adenauer und de Gaulle. Kanada, England und die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen zwar offiziell Adenauer und de Gaulle, aber je lauter sie das verkünden, desto überzeugender beweisen sie damit, dass sie diese gar nicht unterstützen wollen. Man fragt sich, warum denn Adenauer und de Gaulle gegen den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland sind? Adenauer ist der Führer der revanchistischen, aggressiven und militaristischen Kräfte Westdeutschlands. Die Revanchisten reden bisher noch nicht von der Revision der Grenzen. Sie reden jetzt von der Wiedervereinigung Deutschlands, worunter sie die Einverleibung der DDR verstehen. Für sie ist das die erste Etappe. Die zweite Etappe wird in der Forderung nach einer Revision der Grenzen Deutschlands bestehen,²⁷ und in der dritten Etappe werden sie versuchen, die Weltherrschaft zu erringen. Zwischen Hitler und Adenauer gibt es im Grunde genommen keinen Unterschied. Es sind nur zwei verschiedene Arten von Nazis, die unterschiedlichen Epochen angehören. Aber sowohl der eine als auch der andere repräsentiert die nazistischen revanchistischen Kräfte.

De Gaulle wendet sich gleichfalls gegen einen Friedensvertrag mit Deutschland, wenn auch aus anderen Gründen. Seine Haltung erklärt sich aus seinem Größenwahn. Frankreich für sich allein bietet ihm nicht die Möglichkeit, so eine Größe zu erreichen. Er fürchtet sich vor Deutschland und will keine Wiederver-

²⁶ Seit November 1958 forderte Chruščëv einen Friedensvertrag mit Deutschland, das heißt mit beiden Staaten, der die Besatzungsrechte, vor allem das Recht der Westmächte auf Präsenz in West-Berlin und auf den Zugang dorthin, aufheben würde. West-Berlin sollte auf dieser Grundlage den Status einer „Freien Stadt“ erhalten, die jedoch faktisch – vor allem aufgrund der Kontrolle ihrer Zugangswege seitens der DDR – völlig von der DDR abhängig sein würde.

²⁷ Gemeint ist insbesondere die Inbesitznahme der Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße, deren Annexion durch die UdSSR und Polen Stalin 1945 verfügte.

einigung Deutschlands.²⁸ Gleichzeitig will de Gaulle aber, weil er an Größenwahn leidet, seine Träume mit der Hilfe Westdeutschlands verwirklichen. Er kann das nicht erreichen, wenn er sich nur auf die Ressourcen Frankreichs stützt und weiter nur französischer Präsident bleibt. Als erste Etappe auf dem Weg zur Größe möchte er die Führungsrolle in Europa übernehmen und danach die Führungsrolle in der ganzen Welt. Zu diesem Zweck will de Gaulle Westdeutschland und Adenauer an Frankreich binden. Aber wie kann er das machen? Nur über den Kampf gegen einen Friedensvertrag mit Deutschland. Der Kampf gegen einen Friedensvertrag ist das Kettenglied, welches de Gaulle und Adenauer verbindet. Zugleich aber will de Gaulle keinen Krieg entfesseln. De Gaulle versteht, das Ergebnis dieses Krieges wäre die Zerstörung sowohl Frankreichs als auch Deutschlands.

Danach sagt N. S. Chruschtschow, dass sich Adenauer jetzt über die „Standfestigkeit“ freue, welche die Vereinigten Staaten in der Kuba-Frage gezeigt hätten. Aber Adenauer sollte sich vielleicht nicht über diese „Standfestigkeit“ und über den Abzug der sowjetischen Raketen von Kuba freuen. Denn diese Raketen werden in Europa gegen Adenauer aufgestellt werden. Die 42 Raketen, die von Kuba abgezogen worden sind, sind mehr als genug, um Westdeutschland zu vernichten, falls die Imperialisten einen Krieg entfesseln sollten, und für Frankreich bleibt dann auch noch etwas übrig.

Die Vereinigten Staaten, England, Kanada und andere Mitgliedsländer der NATO unterstützen jetzt Adenauer, aber nicht deswegen, weil das ihren Interessen entspricht, sondern deswegen, weil sie sich Westdeutschland erhalten wollen als militärische Faust, als starke Militärmacht, die sich dann zum Kampf gegen die Sowjetunion einsetzen lässt. In einem gewissen Sinne sind diese Staaten jetzt in die Abhängigkeit von Westdeutschland geraten, weil sie es an sich binden wollen. Im Kriegsfall wollen sie dann mit dem Blut der Deutschen bezahlen.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland verschafft der Sowjetunion keinerlei Vorteile. Dabei verliert und gewinnt niemand etwas. Welche Vorteile hätte denn eigentlich die Sowjetunion von dem Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland? Wir wollen lediglich den Stand der Dinge, so wie er sich entwickelt hat, festschreiben. Das Vernünftigste wäre, dies in eine juristische Form zu fassen und den bestehenden Stand der Dinge zu legitimieren. Wie Kennedy gesagt hat, haben frühere Regierungen uns als Erbe das Problem West-Berlin hinterlassen. Wir haben lange darüber nachgedacht, wie das Problem West-Berlin zu lösen ist. Unter juristischem Gesichtspunkt wäre es logisch, West-Berlin als eigenständige Einheit aufzulösen und es in den Bestand der DDR aufzunehmen, weil es sich im Zentrum der DDR auf seinem Territorium befindet. Doch wir haben vorausgesehen, dass es in so einem Fall Schwierigkeiten geben wird. Eine Schwierigkeit würde darin bestehen, dass West-Berlin eine kapitalistische Ordnung besitzt, und im Falle der Einbeziehung in die DDR müsste diese kapitalistische Ordnung beseitigt werden. Aber wir wollen keinen Landerwerb. Wir wollen West-Berlin nicht in die DDR eingliedern. Wir brauchen das nicht. Denn das würde nicht das

²⁸ Im Gespräch mit Chruščëv am 25. März 1960 äußerte sich der französische Staatspräsident anders, siehe Dokument Nr. 26 in Band 2 (S. 307–323, hier S. 315–317, 318, 321, 322).

Kräfteverhältnis zwischen Ost und West verändern, aber das Ansehen der sozialistischen Länder in den Augen der Weltöffentlichkeit mindern. Eben aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, West-Berlin in eine Freie Stadt zu verwandeln. Der kanadischen Regierung ist sicher bekannt, dass die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Verhandlungen über die deutsche Frage führen.²⁹ Zu fast allen Fragen wurden bereits Übereinkünfte erzielt. Zur Frage West-Berlins ist sozusagen eine halbe Übereinkunft erzielt worden. Nur in einem Punkt ist es nicht gelungen, sich zu einigen, und zwar im Hinblick auf den Verbleib der Truppen der Westmächte in West-Berlin. Die Sowjetunion hat in dieser Frage Zugeständnisse gemacht und sich mit einer befristeten Präsenz von Streitkräften der Organisation der Vereinten Nationen in West-Berlin einverstanden erklärt. Jetzt sind wir mit den Amerikanern nicht darüber verschiedener Ansicht, ob in West-Berlin Truppen verbleiben sollen, sondern darüber, wessen Truppen dort verbleiben sollen. Es geht um die nationale Zugehörigkeit der Truppen, die befristet in West-Berlin stationiert werden.³⁰ Wir haben diese Frage gründlich geprüft, und wir wissen nicht, was sich noch vorschlagen ließe, um das West-Berlin-Problem zu lösen. Denn was wir vorschlagen, ist der vernünftigste Ausweg aus der bestehenden Lage.

Smith fragt, was mit befristeter Stationierung von Truppen in West-Berlin gemeint ist. Die Interpretation dieser Frage bereitet im Westen Schwierigkeiten. Wie stellt sich die sowjetische Regierung den befristeten Verbleib von Truppen in West-Berlin konkret vor? Um welche Frist handelt es sich? Wenn man im Westen darüber spricht, sagte der Botschafter weiter, dass West-Berlin von großer strategischer Bedeutung ist, so ist nicht die Stadt an sich gemeint. Es geht darum, dass die NATO-Mitgliedsländer seinerzeit die feierliche Verpflichtung eingegangen sind, die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins zu verteidigen. Wenn sich die Westmächte jetzt von den Garantien lossagten, die sie der Bevölkerung West-Berlins gegeben haben, werde das ihrer Position großen psychologischen Schaden zufügen. Westdeutschland und viele andere Länder würden das Vertrauen in die Entschlossenheit der Westmächte verlieren, ihre Freiheit zu verteidigen und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.³¹ Eben darin bestehe für die Westmächte die große strategische Bedeutung West-Berlins.

Chruschtschow fragt *Smith*, gegen wen die Westmächte die Bevölkerung West-Berlins verteidigen wollten.

Smith antwortet: gegen Ulbricht.

²⁹ Obwohl in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen von Herbst 1961 bis Herbst 1962 in den entscheidenden Fragen keinerlei Annäherung erzielt worden war und das, was die UdSSR anbot, sich bei näherer Betrachtung als faktisch bedeutungslos erwiesen hatte, hielt Präsident Kennedy an der Absicht fest, eine Übereinkunft zu erzielen.

³⁰ Am Rand der Seite befindet sich eine nicht lesbare handschriftliche Einfügung.

³¹ Nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für die westeuropäischen NATO-Staaten insgesamt war die Verteidigung der Freiheit West-Berlins das Unterpfand dafür, dass die amerikanischen Verbündeten, vor allem die USA, unter allen Umständen und in der dann erforderlichen Weise für sie gegen die vonseiten der UdSSR drohende Gefahr eintreten würden. Hätte diese Erwartung ihre Rechtfertigung verloren, wäre der atlantischen Allianz die Grundlage entzogen worden.

Chruschtschow sagt, man müsse doch seine Haltung nicht auf eigene Schlussfolgerungen, sondern auf reale Fakten gründen. Ich kann mir doch beispielsweise einbilden, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass Botschafter Smith mich angreifen will. Was nun, soll ich mich auf den Botschafter stürzen und ihn würgen? Angeblich hat sich der japanische Kaiser einmal plötzlich auf den französischen Botschafter gestürzt und ihn gewürgt. Es heißt auch, dass der Kaiser wahnsinnig gewesen sei. Die Staaten sollten aber ihre Politik nicht auf Prinzipien aufbauen, von denen sich Wahnsinnige leiten lassen.

Smith lacht und erklärt sich damit einverstanden.

Chruschtschow weist darauf hin, dass die Sowjetunion vorgeschlagen hat, West-Berlin zu einer Freien Stadt zu machen, und sich damit einverstanden erklärt hat, den freien Zugang und die Freiheit ihrer Verbindungen zu allen Staaten zu garantieren.³² Der fehlende Wille der Westmächte, ihre Haltung in Bezug auf die Stationierung ihrer Truppen in West-Berlin aufzugeben, führt unweigerlich zu dem Gedanken, dass sie das in böser Absicht tun. Denn das ist die einzige Frage, bei der wir jetzt aneinandergeraten und die zum Konflikt führen kann. Warum wollen die Westmächte West-Berlin als ihre Militärbasis behalten? Warum wollen sie die jetzige anomale Lage nicht beseitigen? Wäre es denn nicht vernünftig, das Hauptquartier der UNO nach West-Berlin zu verlegen?³³ Denn dies wäre wohl eine sehr gute Garantie für die Freiheit und Unabhängigkeit West-Berlins.

Die deutsche Frage ist zwar nicht direkt mit der Abrüstungsfrage verknüpft, doch solange die deutsche Frage nicht gelöst ist, so lange wird man auch keine greifbaren Ergebnisse beim Abrüstungsproblem erzielen. Es ist doch so, wenn wir an die deutsche Frage denken, denken wir vor allem an die Streitkräfte der zwei Lager, die sich dort gegenüberstehen. Wer wird sich aber damit einverstanden erklären, unter [solchen] Bedingungen abzurüsten, wenn die deutsche Frage nicht entschieden ist, wenn die Waffen noch gebraucht werden könnten? Welcher Dummkopf kann sich damit einverstanden erklären?

Gegen einen deutschen Friedensvertrag und gegen die Normalisierung der Lage in West-Berlin wenden sich nur Leute, die an der Aufrechterhaltung der Spannungen interessiert sind und die keine Abrüstung wollen. Falls im Westen einige Leute hoffen, dass die Sowjetunion nach der Kuba-Krise ihre Entschlossenheit aufgibt, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und die Lage in West-Berlin zu normalisieren, dann kennen sie uns schlecht. Deutschland ist nicht Kuba. Im Verlauf der Kuba-Krise wurde ein vernünftiges Abkommen erzielt. Wir haben die Verpflichtungen erfüllt, die wir eingegangen sind. Falls die andere Seite die Verpflichtungen nicht erfüllt, die sie übernommen hat, kann uns

³² Die UdSSR war zwar bereit, sich an einer vertraglichen Garantie zu beteiligen, die West-Berlin das Recht zum Verkehr mit allen Ländern zubilligte, bestand aber auf einer durch nichts eingeschränkten freien Verfügung der DDR über ihr gesamtes Territorium, mithin auch über die West-Berliner Zugangswege. Wie beides miteinander in Übereinstimmung gebracht werden sollte, blieb offen, weil bindende Festlegungen für die DDR abgelehnt wurden.

³³ Das war einer der Vorschläge, die Chrusčev unterbreitete, welche die Präsenz der Westmächte in West-Berlin als unnötig erscheinen lassen. Stets kam es ihm darauf an, der DDR die Möglichkeit zu geben, West-Berlin aufgrund ihrer geographisch beherrschenden Position unter Druck zu setzen, ohne dass sich daraus ein direkter Konflikt mit den USA entwickelte.

das in eine höchst unangenehme Lage zurückversetzen. Ist es denn etwa von Bedeutung, an welchem Ort die Raketen stehen? Eine Umstellung der Plätze von Summanden ändert an der Gesamtsumme nichts. Alle Raketen sind auf ein Ziel gerichtet unabhängig davon, ob sie auf Kuba oder auf unserem Territorium stationiert sind.³⁴ Von einem beliebigen Punkt aus erreichen sie das Ziel mit dem gleichen Erfolg. Die Amerikaner haben Polaris-Raketen und U-Boote mit Atom-antrieb. Solche Raketen werden bei uns anders genannt, aber das ändert nichts an ihrer Bestimmung. Wir haben auch Atom-U-Boote.³⁵ Während der Kuba-Krise befanden sich diese Boote unweit der Küste der Vereinigten Staaten, und man kann mit Sicherheit sagen, dass sie nicht dort waren, um Thunfisch zu fangen. Amerikanische Kriegsschiffe haben einige dieser Boote bemerkt. Alles das ist keine Drohung, aber man muss die Lage der Dinge realistisch einschätzen.

Smith fragt, ob er den britischen Botschafter Roberts richtig verstanden habe, dass N. S. Chruschtschow im Gespräch mit letzterem gesagt habe, die sowjetische Regierung wäre mit der Stationierung von englischen, amerikanischen und französischen Truppen einverstanden, wenn sie nicht als Besatzungstruppen bezeichnet werden würden, sondern dort unter der Flagge der UNO stünden.

Chruschtschow antwortet, dass A. Smith Roberts vielleicht richtig verstanden habe, doch er, Chruschtschow, habe das nie zu Roberts gesagt. Die Sowjetunion hat in Bezug auf West-Berlin einige Varianten vorgeschlagen. Sie hat vorgeschlagen, dort befristet gemischte Truppen zu belassen und in diese Truppen neben den Truppen der Westmächte auch sowjetische Streitkräfte aufzunehmen. Die andere von uns vorgeschlagene Variante sah vor, in West-Berlin Truppen sowohl sozialistischer als auch nicht-sozialistischer Länder unter der Flagge der UNO zu stationieren. Wir haben auch die Möglichkeit zugestanden, in West-Berlin Truppen neutraler Staaten unter der Flagge der Organisation der Vereinten Nationen zu stationieren. Anschließend erzählt N. S. Chruschtschow *Smith*, dass er kürzlich im Gespräch mit dem Präsidenten der amerikanischen Firma Westinghouse Electric, [William E.] Knox, von diesem gefragt wurde, warum sich denn die Sowjetunion nicht mit der Stationierung von Truppen Indiens, Pakistans und anderer neutraler Staaten einverstanden erkläre? Wir antworteten Knox: Wir sind damit einverstanden, er solle aber seinen ihm schon seit 25 Jahren bekannten

³⁴ Das traf zwar insoweit zu, als sich die nukleare Vernichtungskraft der UdSSR nicht änderte, doch war es ein entscheidender Unterschied, ob Raketen, über welche die Sowjetunion verfügte, nur Länder auf dem eurasischen Kontinent, namentlich Westeuropa, bedrohten, oder sich gegen die USA richteten. Der Tatbestand, dass die UdSSR fast ausschließlich Mittelstreckenraketen besaß, die Nordamerika nicht zu erreichen vermochten und daher im global-strategischen Kräfteverhältnis nicht zählten, hatte Chruschtschow zur Stationierung seiner Nuklearsysteme auf Kuba veranlasst. Wie er im Spätsommer und Herbst wiederholt zu erkennen gegeben hatte, verband er damit die Erwartung, dass er die Regierung in Washington dann mit Hilfe der dadurch gewonnenen Bedrohungskapazität unter Druck setzen und zum Nachgeben in der Berlin-Frage nötigen könne. Auf diese Aussicht musste er verzichten, als er sich während der Kuba-Krise zum Rückzug seiner Mittelstreckenraketen veranlasst sah.

³⁵ Die mit Nuklearwaffen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote beeindruckten mit ihrer Quantität wie Qualität die USA kaum und bildeten kein Gegengewicht gegen das global-strategische Arsenal der Amerikaner. In dem Bewusstsein, die weit schwächere Seite zu sein, hatte Chruschtschow in der Kuba-Krise nachgegeben, und das war auch der Grund für die forcierte sowjetische Nuklearrüstung in der folgenden Zeit.

Freund Dean Rusk³⁶ dazu überreden, dass er sich damit einverstanden erklärt. Das Beispiel von Knox zeigt, dass alle vernünftigen Leute verstehen, dass unsere Vorschläge in Bezug auf West-Berlin vernünftig sind, und sie nicht begreifen können, wovor sich die Westmächte fürchten, warum sie sich nicht mit der Stationierung von UNO-Truppen in West-Berlin einverstanden erklären. Man könnte dort schweizerische und schwedische Truppen und Truppen anderer Staaten stationieren. Darüber könnte man sich leicht verständigen.

Wovor fürchten sich die Westmächte? Die Sowjetunion braucht West-Berlin nicht. Wozu, zum Teufel, brauchen wir 2 Mio. West-Berliner? Unser Bevölkerungszuwachs beträgt jährlich 3,5 Mio. Menschen, und China fügt zu seiner Bevölkerung jährlich 16 bis 17 Mio. Menschen hinzu. West-Berlin ist auch im Hinblick auf das wirtschaftliche Potenzial für uns ohne Wert. Allein unsere jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion übersteigt um ein Vielfaches sein gesamtes Potenzial. West-Berlin verbleibt jetzt als einziger unmittelbarer Berührungspunkt [im Verhältnis zwischen Ost und West]. Wenn das Besatzungsregime in West-Berlin beseitigt wird, werden wir keine weiteren derartigen Berührungspunkte mehr haben, die zum Konflikt führen könnten. Es bleiben nur die ideologischen Differenzen übrig, doch Ideen brodeln in den Köpfen der Menschen. Sie können nicht als Basis für Konflikte dienen. Die Lösung dieses Problems würde die Atmosphäre reinigen, so dass man an die Lösung der Abrüstungsprobleme gehen könnte. Das Kuba-Problem befindet sich jetzt auf dem Weg der Regelung. Die Wahlen in den Vereinigten Staaten sind vorbei.³⁷ Deswegen wird die sowjetische Regierung die Frage der Regelung des deutschen Problems auf den Tisch bringen und den Friedensvertrag mit Deutschland einseitig abschließen, falls die Westmächte unsere vernünftigen Vorschläge dennoch ablehnen sollten.³⁸ Sicher wird das erneut zu einer Temperaturerhöhung führen, und keiner kann sagen, bis zu welcher Grenze die Temperatur ansteigen wird. Man spricht [im Westen] von Standfestigkeit, aber man muss auch daran denken, dass die Standfestigkeit einer Seite unweigerlich die Standfestigkeit der anderen Seite hervorruft.

Smith stimmt diesen Worten zu.

Chruschtschow fährt fort, dass ein Beispiel noch nichts darüber aussagt, ob man es an anderer Stelle wiederholen kann. Jeder, der sich auch nur einigermaßen in der Militärstrategie auskennt, begreift, dass Kuba für die Sowjetunion nicht als Militärbasis für eine Invasion in die Vereinigten Staaten dienen konnte und nicht dienen kann, allein schon deswegen, weil es 6500 Meilen von der Sowjetunion entfernt ist. Die Raketen, die von der Sowjetunion auf Kuba stationiert worden

³⁶ Außenminister der USA.

³⁷ Anfang November 1961 hatten in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat stattgefunden.

³⁸ Chruschtschow hatte seit Sommer 1959 wiederholt den einseitigen Abschluss des Friedensvertrags, gegebenenfalls allein mit der DDR, angedroht. Die Westmächte erklärten daraufhin stets, dass dies der UdSSR prinzipiell frei stehe. Dabei könnte sie freilich nicht über westliche Rechte verfügen. Demnach durfte sie genau das nicht tun, worauf es ihr ankam. Da die Westmächte diesen Vorbehalt mit der Erklärung verbanden, dass sie sich in diesem Fall mit allen Mitteln zur Wehr setzen würden, entschloss sich Chruschtschow nie dazu, mit seiner Drohung Ernst zu machen.

waren, waren, um die Terminologie von Dulles zu benutzen, nur ein Instrument der Abschreckung. Sie waren dazu bestimmt, eine Invasion Kubas durch die Vereinigten Staaten zu verhindern. Sie waren eine Art Spaten, mit dessen Hilfe den Vereinigten Staaten das Grab gegraben werden sollte für den Fall, dass sie den Entschluss gefasst hätten, uns das Grab zu graben. Solche Spaten haben jetzt beide Seiten.

Smith stimmt zu und fragt, zu welchem Zweck wir uns denn gegenseitig das Grab graben sollten?

Chruschtschow antwortet, dass wir den Westmächten genau diese Frage stellen. Gebe Gott, dass wir unsere Spaten zerbrechen und wegwerfen können.

Smith äußert die Ansicht, dass die West-Berlin-Frage vor allem eine Frage des Vertrauens ist. Wäre es nicht zweckmäßig, sich über die Aufrechterhaltung des Status quo oder über eine Regelung von der Art zu verständigen, bei der keiner Schaden nimmt?

Chruschtschow macht klar, dass der Status quo dazu ganz und gar nicht geeignet ist. Was würde die Aufrechterhaltung des Status quo bedeuten? Das würde bedeuten, die anomale Lage und die Überreste des Zweiten Weltkrieges aufrechtzuerhalten. Was könnte vernünftiger sein als unsere Vorschläge? Es gibt Westdeutschland. Man muss seine Grenzen festschreiben und mit ihm einen Friedensvertrag abschließen. Es gibt die DDR: Man muss auch die Grenzen der DDR festschreiben, indem man mit ihr einen Friedensvertrag abschließt. Es gibt West-Berlin: Man muss seine Position festschreiben, indem man es in eine unabhängige Freie Stadt umwandelt. Und danach müssen beide Deutschlands und West-Berlin in die UNO aufgenommen werden.³⁹

Smith sagt, nach seiner Ansicht ließen sich die Grenzfragen relativ leicht entscheiden. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, das Problem der Garantien für den freien Zugang nach West-Berlin zu lösen. Der Botschafter weist darauf hin, dass Kanada darum bemüht ist, an der Lösung des deutschen Problems mitzuwirken, und dafür die Konsultationen nutzt, die zwischen den NATO-Mitgliedsländern ziemlich oft stattfinden und an denen sich Kanada beteiligt.

Chruschtschow erinnert an sein Gespräch mit [Paul-Henri] Spaak und bemerkt, dass die Regierung Belgiens allem Anschein nach bereit wäre, an der Lösung dieses Problems mitzuwirken.⁴⁰ Italien befinde sich ebenfalls auf dem Weg zu einer vernünftigen Haltung in dieser Frage. [Harold] Macmillan ist ein vernünftiger Mann, denkt aber leider eines und sagt etwas anderes.⁴¹ Die englischen Labour-Politiker unterstützen jedoch in bedeutendem Ausmaß die sowjetischen Vor-

³⁹ Der letzte Satz ist handschriftlich eingefügt.

⁴⁰ Dieses Gespräch fand am 19. September 1961 statt. Zum Inhalt siehe die Wiedergabe des sowjetischen Protokolls in Band 3 auf S. 446–470.

⁴¹ Mit dieser Bemerkung spielte Chruščëv darauf an, dass der britische Premierminister zwar persönlich zum Nachgeben bereit war, aber mit Rücksicht auf die Verbündeten, vor allem die USA, ihrer ablehnenden Haltung zustimmte.

schläge.⁴² Holland, Norwegen, Dänemark, Island gerieten durch ein Missverständnis in die NATO und sie wären über eine Regelung des deutschen Problems froh. Gegen eine Regelung wenden sich Westdeutschland und Frankreich. Sie werden von den Vereinigten Staaten unterstützt, die das aus Gründen ihres internationalen Prestiges tun. Die anderen NATO-Länder unterstützen ihre Verbündeten. Träten sie jedoch mit größerer Entschiedenheit für eine friedliche Regelung des deutschen Problems ein, würden wohl kaum ihre Regierungschefs darüber Streit beginnen. Mit dem Vorschlag, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, bieten wir an, dieses Problem zu lösen, ohne dem Prestige einer der Seiten Schaden zuzufügen. Wenn der Friedensvertrag die Grundlage der Regelung bildet, werden bei einer derartigen Normalisierung der Lage das Prestige und die moralische Autorität weder bei den Westmächten noch bei der Sowjetunion Schaden nehmen.

Smith sagt, dass die kanadische Regierung die Existenz von zwei Deutschlands de facto anerkennt und nicht beabsichtigt, diesen Tatbestand mit Gewalt zu ändern. Gehe es jedoch darum, mit der DDR einen Friedensvertrag abzuschließen, entstehe für die Westmächte das Problem, über das er bereits gesprochen habe, nämlich das Problem des Vertrauens der West-Berliner und der Bevölkerung der anderen Westmächte in die Garantien der NATO. Die Westmächte hätten seinerzeit zusammen mit der Sowjetunion erklärt, dass ihr Ziel in der Wiedervereinigung Deutschlands bestehe. Wie könnten denn die Westmächte jetzt darauf eingehen, die DDR anzuerkennen?

Chruschtschow antwortet, dass die Wiedervereinigung Deutschlands eine Angelegenheit des deutschen Volkes ist und dass die Deutschen sie [diese Frage] selbst lösen müssen.⁴³ Was die Westmächte betrifft, so hat sich Churchill zu Beginn des Krieges dafür ausgesprochen, Deutschland aufzuteilen.⁴⁴

Smith ist damit einverstanden und fügt hinzu, die Amerikaner hätten gleichzeitig ihren Plan, den Morgenthau-Plan, zur Aufteilung Deutschlands vorgelegt. Dieser Plan wäre angenommen worden, wenn sich nicht Stalin gegen eine Aufteilung Deutschlands gewendet hätte.⁴⁵

⁴² Chruschtschow konnte sich dabei auf seinen Gedankenaustausch berufen nicht nur mit Vertretern des linken Flügels, Conny Zilliacus und Tom Driberg, sondern auch mit dem „Außenminister“ im Labour-Schattenkabinett, Harold Wilson. Als dieser freilich, inzwischen Parteivorsitzender, 1964 die Wahlen zum Unterhaus gewonnen hatte und Premierminister geworden war, setzte er die bisherige Politik fort.

⁴³ Seit der Pariser Außenministerkonferenz der Vier Mächte im Sommer 1949 vertrat die UdSSR stets den Standpunkt, dass sich die Behörden bzw. Regierungen Ost- und Westdeutschlands über den Zusammenschluss einigen müssten.

⁴⁴ Diesen Standpunkt hatte der britische Premierminister auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 revidiert und war gegenüber Stalin, der damals noch am Ziel der staatlichen Zerstückelung festhielt, für die Behandlung des in Besatzungszonen aufgeteilten Landes als Einheit eingetreten.

⁴⁵ Der im August 1944 formulierte Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der außer der staatlichen Zerstückelung Deutschlands auch dessen Umwandlung in ein de-industrialisiertes Agrarland vorsah, war in Washington von Anfang an heftig umstritten und wurde niemals amtliche Politik, denn sogar Präsident Franklin D. Roosevelt, der für einen harten Kurs eintrat, akzeptierte ihn nicht. Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 vertrat er wie Churchill gegenüber Stalin die Ansicht, Deutschland solle nach seiner Besetzung als Einheit behandelt werden. Stalin änderte seine Deutschland-Politik Ende März 1945, als er dem sowjetischen Vertreter

Chruschtschow sagt, dass Stalin natürlich eine Dummheit gemacht hat. Offensichtlich war er gegen eine Aufteilung Deutschlands, weil er hoffte, dass ganz Deutschland sozialistisch werden würde. Andernfalls wäre seine Haltung schwer zu verstehen. Wir hätten es ebenfalls gern, wenn ganz Deutschland sozialistisch wäre, und in dieser Hinsicht haben wir keine Differenzen mit Stalin. Das Leben hat aber gezeigt, dass dies zurzeit nicht realistisch ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands müssen die Deutschen selbst in die Hand nehmen, und im Friedensvertrag mit Deutschland muss das Recht der Deutschen festgestellt werden, dieses Problem selbst zu lösen. Was uns betrifft, müssen wir die bestehende Lage der Dinge fixieren. De Gaulle wendet sich gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands. Er fürchtet sich vor dieser Wiedervereinigung.⁴⁶ Wir haben vor Adenauer keine Angst, und wir fürchten die Wiedervereinigung Deutschlands nicht, weil wir stärker sind als Westdeutschland und ebenso als Frankreich, Italien und England zusammen, und das ist keine Prahlerei. De Gaulle hat im Gespräch mit mir an einer Stelle gesagt, fährt N. S. Chruschtschow fort, gegenwärtig bestehe die Lage, dass in der Welt zwei Staaten am mächtigsten sind: die UdSSR und die USA, und das müsse man berücksichtigen.

Smith stimmt zu.

Chruschtschow verweist darauf, dass die Sowjetunion in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht von Jahr zu Jahr immer stärker wird. Womit rechnen denn die Westmächte? Wenn wir das deutsche Problem heute nicht lösen, wird das in einem Jahr oder in zwei Jahren wahrscheinlich zu höchst beklagenswerten Ergebnissen führen. Der Abschluss eines Friedensvertrages bietet die Möglichkeit, dieses Problem ohne jeden Schaden für das Prestige der Westmächte zu lösen. Der Abschluss des Friedensvertrages ist doch der natürliche Schritt nach der Beendigung eines Krieges. Der freie Zugang nach West-Berlin wird garantiert werden, aber das wird sich nicht auf den Transport militärischer Materialien und auf Truppenverschiebungen zur Auswechslung und Versorgung der Besatzungstruppen in West-Berlin beziehen.

Gewisse Leute sprechen davon, dass man den Zugang der Besatzungstruppen nach West-Berlin durch Krieg sichern müsse. Aber es ist doch allen klar, dass sich die Sowjetunion in diesem Raum in einer strategisch viel günstigeren Lage befindet. West-Berlin ist durch das Territorium der DDR, auf dem sich sowjetische Truppen befinden, von der BRD getrennt. Für friedliche Transporte wird der Zugang nach West-Berlin jedoch frei sein. Wir werden für den Handel und für die Gütertransporte Westberlins keine Hindernisse errichten. Wir werden nicht die Dummheit wiederholen, die seinerzeit Stalin gemacht hat, als er gegen West-Berlin eine Wirtschaftsblockade verhängte. Für den Fall, dass die Westmächte zur Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin nicht bereit sind, kommt

in der „European Advisory Commission“, Botschafter Fëdor Gusev, die Weisung übermitteln ließ, die Forderung der staatlichen Teilung Deutschlands fallen zu lassen.

⁴⁶ Dem widersprechen die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten gegenüber Chruschtschow am 24. März 1960, siehe die Wiedergabe des sowjetischen Gesprächsprotokolls in Band 2 (Dokument Nr. 26).

eine Charakterprobe ins Spiel. Eine Charakterprobe ist jedoch heutzutage die dümmste Art des Wettbewerbs.

Smith sagt, dass er damit völlig einverstanden ist. Man solle nicht über einen Wettbewerb in diesem gefährlichen Bereich nachdenken, sondern darüber, wie sich der Friede bewahren lasse, denn im Kriegsfall werde es niemanden mehr geben, mit dem man in Wettbewerb treten könnte.

Chruschtschow bemerkt, dass die UdSSR und Kanada im letzten Krieg Verbündete waren, und es gibt keinen Grund, weswegen sie gegeneinander Krieg führen müssen.

Smith stimmt zu.

Chruschtschow sagt, dass er im Gespräch mit F[rank] Roberts erklärt hat, dass es sich für uns nicht lohnt, wegen der Flagge Krieg zu führen, der die in Berlin stationierten Truppen unterstehen. Daraus hat Roberts offenbar den Schluss gezogen, die Sowjetunion wäre mit der Stationierung amerikanischer, französischer und englischer Truppen in West-Berlin einverstanden, wenn sie der Flagge der UNO unterstünden; das ist aber eine falsche Schlussfolgerung. Er, Chruschtschow, habe damals Roberts die Bedeutung seiner Worte zur Flagge der UNO nicht dechiffriert, denn er sei davon ausgegangen, dass Roberts über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und über die von der Sowjetunion den Amerikanern zur Prüfung vorgelegten Vorschläge informiert gewesen sei. Doch Roberts war allem Anschein nach über diese Vorschläge nicht informiert.

Smith bemerkt, Roberts habe den Eindruck gehabt, in der Haltung der Sowjetunion in dieser Frage sei ein neues Element aufgetreten.

Chruschtschow weist darauf hin, dass die Haltung der sowjetischen Regierung in Bezug auf die Stationierung von Truppen in West-Berlin von den sowjetischen Vertretern in den Unterredungen mit Rusk und Kennedy dargelegt wurde, und daran hat sich nichts geändert. Die Sowjetunion hat mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Westens in dieser Frage große Zugeständnisse gemacht. Weiter können wir nicht gehen.

Danach geht N. S. Chruschtschow auf die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche ein und verweist darauf, dass wir bei Zustimmung der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs zu einem Kernwaffenversuchsverbot bereit wären, ein derartiges Abkommen über die Einstellung dieser Versuche zu unterzeichnen. Die Sowjetunion hat sich jetzt damit einverstanden erklärt, ein bestimmtes Element der internationalen Inspektion zuzulassen, um es der amerikanischen Regierung zu erleichtern, ein Abkommen über den Atomteststopp zu unterzeichnen und dieses Abkommen im Kongress durchzubringen. Wir sind damit einverstanden, dass auf dem Territorium der Sowjetunion zwei bis drei automatische Stationen eingerichtet werden, zu denen die internationalen Kontrolleure unter der Bedingung Zutritt haben könnten, dass sie dafür sowjetische Flugzeuge benutzen und einige andere Vorsichtsmaßnahmen beachten. Was das Abrüstungsproblem betrifft, so hat Außenminister A. A. Gromyko auf der diesjähri-

gen Sitzung der UNO-Vollversammlung die sowjetischen Vorschläge zu dieser Frage unterbreitet, jedoch haben wir bis jetzt keinerlei Kommentare der Westmächte zu unseren Vorschlägen erhalten.

N. S. Chruschtschow weist weiter darauf hin, dass es ebenfalls erforderlich ist, die Chinesische Volksrepublik zur Organisation der Vereinten Nationen zuzulassen und die amerikanischen Truppen von Taiwan abzuziehen.⁴⁷ Es lässt sich doch nicht als normal bezeichnen, dass Island mit einer Bevölkerung von 136 000 Menschen eine Stimme in der UNO hat, China aber mit einer Bevölkerung von 650 Mio. Menschen nicht an der Arbeit der UNO teilnimmt und dort über keine Stimme verfügt.

Smith sagt, dass so eine Lage tatsächlich nicht normal ist.

Chruschtschow sagt, dass er einige Worte sagen möchte zu einer ausgesprochen kanadischen Angelegenheit. Die kanadische Regierung hat eine unvernünftige Haltung eingenommen, als sie es ablehnte, kubanischen Flugzeugen auf dem Weg [von der UdSSR] nach Kuba Zwischenlandungen auf kanadischem Territorium zu gestatten. Kuba hat diese Flugzeuge erworben, doch keine Genehmigung für den Überflug kanadischen Territoriums erhalten, und es bleibt ihm jetzt nichts anderes übrig, als auf diese Genehmigung zu warten. Eine solche Haltung [Kanas] ist nicht vernünftig. Die kanadische Regierung hat früher in der Kuba-Frage eine weitaus nüchternere Haltung eingenommen, als sie dem Bestreben der Vereinigten Staaten Widerstand leistete, eine Wirtschaftsblockade gegen Kuba zu verhängen, und den Handel mit Kuba fortsetzte. Es wäre vernünftiger, wenn die kanadische Regierung so eine Haltung weiterhin zeigen und auch jetzt beibehalten würde. Die hinterhältige Haltung, welche die Vereinigten Staaten einnehmen, darf man nicht unterstützen. Sie wird zu nichts Gutem führen.

Smith fragt, um welche Flugzeuge es sich handelt, um sowjetische oder um kubanische.

Chruschtschow wiederholt, dass es sich um Flugzeuge handelt, die Kuba von der Sowjetunion gekauft hat.

Smith bittet um Klarstellung, wofür diese Flugzeuge eingesetzt werden sollen. Ist das so zu verstehen, dass sie für den regulären Fluglinienbetrieb zwischen der UdSSR und Kuba eingesetzt werden?

Chruschtschow antwortet, dass er die Details dieser Frage nicht kennt, dass es aber, soweit er sieht, darum geht, diese Flugzeuge für den regulären Fluglinienbetrieb zwischen Kuba und Prag einzusetzen.

⁴⁷ Als die chinesischen Kommunisten 1949 auf dem Festland die Kuomintang besiegten, wichen diese auf die Insel Taiwan aus. Der Angriff des kommunistischen Nordkorea gegen Südkorea am 25. Juni 1950 veranlasste die USA nicht nur zur militärischen Intervention, sondern auch zur Schutzgarantie für Taiwan, die durch die Stationierung amerikanischer Soldaten auf der Insel und ein Veto gegen die Aufnahme Chinas in die UNO bekräftigt wurde. Daran änderte sich auch nach dem Ende des Korea-Kriegs im Sommer 1953 nichts, zumal zwischen den Amerikanern auf einer Seite und Nordkorea sowie China (das inzwischen auf Stalins Betreiben hin in den Krieg eingegriffen hatte) nur ein Waffenstillstand zustande kam, der Kriegszustand mithin fort dauerte.

Smith legt dar, dass die Botschaft Kanadas in Moskau mehr als zehn Tage auf eine Erklärung vom Außenministerium der UdSSR gewartet hat, ob es sich um sowjetische oder um kubanische Flugzeuge mit sowjetischer Besatzung handele. Erst am Freitag oder Samstag sei die Antwort gekommen, und an die kanadische Regierung erging [daraufhin] die Bitte, die kubanischen Flugzeuge durchzulassen. Somit sei die Verzögerung damit zu erklären, dass das Außenministerium der UdSSR zehn Tage lang die Anfrage der kanadischen Botschaft nicht beantwortet habe. Die kanadische Regierung habe auf die Bitte, die kubanischen Flugzeuge durchzulassen, keine negative Antwort gegeben. Er, der Botschafter, wisse nicht, wie die Antwort ausfallen werde. Es könne sein, dass sie negativ ausfalle, gegenwärtig werde die Frage noch geprüft; und die Verzögerung sei nicht von kanadischer Seite verschuldet worden.

Anschließend bittet A. Smith darum, das Problem der Benutzung einer Telex-Leitung durch die kanadische Botschaft in Moskau ansprechen zu dürfen. Smith erklärt, dass die kanadische Regierung jetzt Maßnahmen ergreift, um die Verbindungen ihrer Botschaften mit dem Zentrum zu verbessern. Zu diesem Zweck habe sich die Botschaft an die sowjetischen Behörden mit der Bitte gewandt, ihr eine Telex-Leitung zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt sei ihr das aber nicht gestattet worden, obgleich den Botschaften verschiedener Staaten, so denen Italiens, Norwegens, Dänemarks und anderer Länder, sowohl neutralen [Ländern] als auch Verbündeten Kanadas in der NATO, die Benutzung von Telex-Leitungen zugestanden wurde. Offensichtlich liege hier eine Diskriminierung gegenüber der kanadischen Botschaft vor. Es sei schwer zu verstehen, wieso das geschehe, was dagegen spreche, der kanadischen Botschaft eine Telex-Leitung zur Verfügung zu stellen, und wem das nütze. Offensichtlich gebe es hier ein bürokratisches Hindernis.

Chruschtschow antwortet, dass er mit dieser Frage nicht vertraut ist und nicht sagen kann, womit die Ablehnung der sowjetischen Behörden zu erklären ist, der Bitte der kanadischen Botschaft nachzukommen.

Smith sagt, er versteht natürlich, dass N. S. Chruschtschow über solche Details nicht im Bilde sein kann, er, der Botschafter, hoffe aber darauf, dass Maßnahmen ergriffen werden, um den Sachverhalt zu klären und diese Angelegenheit positiv zu regeln.

Chruschtschow antwortet, er werde die Anweisung erteilen, diese Frage zu prüfen.

Smith äußert die Ansicht, dass die Kuba-Krise eindrücklich die große Bedeutung einer schnellen und zuverlässigen Verbindung zwischen den Staaten gezeigt hat. Die Regierungen sollten die Möglichkeit haben, sich untereinander rechtzeitig zu verständigen und entsprechende Informationen und Mitteilungen zu übermitteln.

Chruschtschow stimmt zu.

Smith sagt, seit seiner Ernennung zum Botschafter Kanadas in der UdSSR hat er alles getan, um den Kulturaustausch zwischen Kanada und der UdSSR zu er-

weitem und die kanadisch-sowjetischen Handelsbeziehungen auszubauen. Bei den Kulturbeziehungen seien einige Erfolge errungen worden, und er hoffe, dass künftig auf diesem Gebiet noch größere Erfolge möglich sein werden. Er könne mit Befriedigung feststellen, dass in der vergangenen Woche in Moskau eine kanadische Handelsdelegation gewelt habe, um zu überprüfen, wie weit das sowjetisch-kanadischen Handelsabkommen erfüllt wurde. Die Verhandlungen seien zu Ende gegangen mit der Unterzeichnung eines Protokolls, in dem der Wunsch zum Ausdruck kam, die Laufzeit des sowjetisch-kanadischen Handelsabkommens zu verlängern und die Meistbegünstigung sowie andere gegenseitige Vergünstigungen zu gewähren. Er, der Botschafter, meint, dass dieses Protokoll eine gute Grundlage bietet für die Verhandlungen im Januar/Februar 1963 über die Verlängerung des im April 1963 auslaufenden sowjetisch-kanadischen Handelsabkommens.

Chruschtschow antwortet, dass sich die sowjetische Regierung für die allseitige Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Kanada einsetzt.

Smith teilt mit, dass er nach seiner Rückkehr aus Kanada gern die nördlichen Gebiete der Sowjetunion aufsuchen will. Dabei gehe es nicht um geschlossene Gebiete oder um Gebiete von strategischer Bedeutung, sondern um die Gebiete, die von den Regionen der Arktis nicht weit entfernt sind. Er wolle sich dort mit den Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen vertraut machen, um all das mit dem zu vergleichen, was in den entsprechenden Gebieten Kanadas gemacht wird. Er werde sich selbstverständlich an das Außenministerium der UdSSR mit der entsprechenden Bitte wenden und hoffe, dass man ihm bei der Realisierung dieser Reise Unterstützung gewähre. Er möchte wiederholen, dass es sich nicht um Regionen des Hohen Nordens, sondern um subarktische Regionen handele.

Chruschtschow sagt dem Botschafter, dass er seine Absicht begrüßt und ihm rät, sich mit warmer Kleidung zu versorgen.

Smith äußert die Bitte, noch eine Frage stellen zu dürfen, die zwar unwichtig sei, aber in gewissem Umfang die Politik berühre, obwohl sie eher humanitärer Natur sei. Es handele sich um einige hundert Familien, von denen ein Teil in Kanada und der andere in der Sowjetunion lebe. Viele dieser Menschen hätten den Wunsch geäußert, aus Kanada zu ihren Verwandten in die UdSSR zu übersiedeln, und seien bereits in die UdSSR zurückgekehrt. Zugleich hätten einige hundert Leute den Wunsch, nach Kanada zu übersiedeln. Im Juni dieses Jahres sei dem Außenminister der UdSSR A. A. Gromyko ein Aide-Mémoire der kanadischen Regierung überreicht worden, welches die Bitte enthielt, diesen sowjetischen Bürgern, die den Wunsch hätten, nach Kanada auszureisen, Unterstützung zu gewähren. Unter den Personen, die so einen Wunsch geäußert hätten, gebe es viele betagte Personen, und es gebe auch einige Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, d.h. es seien Leute, welche die Sowjetunion nach ihren Gesetzen als sowjetische Staatsbürger betrachte, Kanada aber als kanadische Staatsbürger. Die kanadische Regierung wäre der sowjetischen Regierung sehr verbunden, wenn sie es für möglich hielte, die Ausreise dieser Menschen nach Kanada zu befördern.

Chruschtschow sagt, seine Meinung in dieser Sache sei wie folgt: Wer auszureisen wünsche, solle fahren. Er fügt hinzu, er werde die Weisung erteilen, diese Frage zu prüfen.

Smith dankt N. S. Chruschtschow und sagt, die kanadische Regierung habe ihn beauftragt, der sowjetischen Regierung ihre Auffassung zur Kenntnis zu bringen, dass es notwendig sei, die Organisation der Vereinten Nationen zu stärken. Nach Auffassung der kanadischen Regierung habe die UNO in der Kuba-Frage und in einigen anderen Fällen einen nützlichen Beitrag zur Beilegung der aufgetretenen Differenzen geleistet. Die kanadische Regierung habe die UNO bei ihren verschiedenen Operationen stets moralisch und materiell unterstützt. Sie meine, dass die UNO auch weiterhin gestärkt werden müsse, da diese Organisation eine nützliche Rolle spielen kann, um internationale Streitpunkte beizulegen.

Chruschtschow antwortet, dass die sowjetische Regierung ebenfalls die Haltung einnehme, dass es notwendig sei, die Organisation der Vereinten Nationen zu stärken, und in dieser Hinsicht stimme sie mit der Auffassung der kanadischen Regierung überein.

Smith dankt N. S. Chruschtschow für das Gespräch. Er spricht ebenso der sowjetischen Regierung seinen Dank aus für die Aufmerksamkeit, die ihm in der Sowjetunion zuteil wurde, und sagt, er hoffe, dass die sowjetische Regierung ihm nach seiner Rückkehr aus Kanada auch weiterhin solche Aufmerksamkeit erweisen werde.

Beim Gespräch war der stellv. Außenminister der UdSSR,
Ja[kow] A. Malik, anwesend
Die Unterredung dauerte 1 Stunde und 20 Minuten
Aufgezeichnet von Ju[rrij] Pawlow
Von Chruschtschow nicht durchgesehene Aufzeichnung
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 569, Bl. 104-131

2. Gespräch Chruschtschows mit dem finnischen Ministerpräsidenten, Ahti Karjalainen, am 22. Februar 1963

Karjalainen dankte N. S. Chruschtschow für den herzlichen Empfang in Moskau.

Danach kam Karjalainen von sich aus auf die letzte Tagung des Nordischen Rates in Oslo zu sprechen. Karjalainen informierte darüber, dass er (Karjalainen) auf der Grundlage des Gesprächs N. S. Chruschtschows mit dem Präsidenten Finnlands [Urho] Kekkonen über ein eventuelles Treffen im Norden Finnlands von N. S. Chruschtschow mit dem Premierminister Norwegens, [Einar] Gerhardsen, und mit dem Premierminister⁴⁸ Schwedens, [Tage] Erlander, mit dem er

⁴⁸ Anders als in diesem Dokument angegeben, lautete die Amtsbezeichnung der Regierungschefs von Norwegen und Schweden nicht Premierminister, sondern Ministerpräsident.

(Karjalainen) diesen Winter [darüber] einen Briefwechsel gehabt hat. Das habe jedoch nicht zu direkten Ergebnissen geführt. Die Frage bezüglich der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bei der Erschließung des Polargebietes sei sogar auf die Tagesordnung der Tagung des Nordischen Rates gesetzt worden. Darüber habe es einen Meinungsaustausch gegeben. Gerhardsen und Erlander hätten erklärt, sie seien zur Zusammenarbeit bereit, falls es konkrete Fragen gebe, die auf Ministerebene zu erörtern seien. Wie ich verstanden habe, sagte Karjalainen, sind sie zu einem Treffen auf Ministerebene bereit, aber zu einem Treffen der Premierminister sind sie im jetzigen Stadium nicht bereit. Als ich mit Gerhardsen und Erlander sprach, fuhr Karjalainen fort, teilte ich ihnen mit, dass ich nach Moskau fahre und dass es dort Gespräch darüber gibt.

Chruschtschow dankte Karjalainen für diese Information und bemerkte, er habe, als er (N. S. Chruschtschow) gegenüber Kekkonen von einem Treffen im Norden Finnlands gesprochen habe, dabei gemeint, dies könnte nicht nur zur Zusammenarbeit in der Polarregion führen, sondern auch zu einer guten Atmosphäre im Norden Europas. N. S. Chruschtschow erläuterte, dass Norwegen derzeit weiterhin Mitglied in der NATO bleibt. Wir möchten Norwegen nicht vorschlagen, aus der NATO auszutreten, doch bringt die NATO Norwegen gar nichts außer einer Belastung des Budgets. Zugleich vergiftet es die politische Atmosphäre. Wenn wir aber im Norden ein Klima des Vertrauens hätten, würde das die Grundlage für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit schaffen und anderen Staaten als Beispiel dienen.

In den 15 Jahren der Mitgliedschaft Norwegens in der NATO hat sich die Lage in der Welt verändert. Diese Veränderungen haben sich auch auf die Ansichten einiger Politiker ausgewirkt. So habe sich bei ihm (N. S. Chruschtschow) im Verlaufe der letzten Gespräche mit Spaak⁴⁹ nicht der Eindruck bestätigt, dass Spaak Angst vor der Sowjetunion habe. Spaak fürchte sich vielmehr vor den Amerikanern und den Westdeutschen; er habe die Sorge, Westdeutschland könnte einen Krieg entfesseln. Ein Treffen im Norden Finnlands könnte dazu beitragen, das Verständnis dafür zu wecken, dass die friedliche Koexistenz notwendig ist. Allem Anschein nach habe sich Gerhardsen noch nicht von einer gewissen Last befreit. Gerhardsen sei im Grunde ein gutmütiger Mann, zeige aber bei der Verwirklichung dessen, was er innerlich vertritt, keine Beharrlichkeit. Offenbar erlaube ihm dies die Lage nicht. In Bezug auf Erlander sagte N. S. Chruschtschow, er kenne ihn weniger und deswegen falle es ihm schwer, über seine Ansichten ein Urteil abzugeben.

N. S. Chruschtschow betonte, der grundlegende Gedanke eines Treffens im Norden Finnlands bestehe eben in dem, was er oben dargelegt habe, und das würde sich auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen auswirken. Wir würden sehr gern die Ansicht von Gerhardsen und Erlander hören, um danach unsere Beteiligung an der nordischen Zusammenarbeit zu richten. N. S. Chruschtschow erinnerte daran, dass als Ergebnis des ersten Treffens mit Gerhardsen die UdSSR mit Norwegen einen Vertrag abgeschlossen hat, und die Norweger ein Wasser-

⁴⁹ Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister Belgiens, vorher Generalsekretär der NATO (1957 bis 1961).

kraftwerk für die Sowjetunion bauen. Und das geschah nicht deswegen, bemerkte N. S. Chruschtschow, weil wir nicht in der Lage wären, es selbst zu bauen. Auch Finnland baut für uns ein Wasserkraftwerk. Wir könnten es auch selbst bauen, doch die Sowjetunion wollte gegenüber Finnland eine freundliche Geste machen. Ein Treffen im Norden Finnlands würde für alle nordischen Länder von Nutzen sein.

Karjalainen sagte, das Ziel des Treffens im Norden Finnlands sei sowohl von ihm als auch von Kekkonen⁵⁰ sofort richtig verstanden worden. *Karjalainen* sicherte zu, er werde sich bemühen, die Sache voranzubringen, jedoch seien, wie er bemerkte, Gerhardsen und Erlander vorsichtig. Die Antworten von Gerhardsen und Erlander an *Karjalainen* in Bezug auf das Treffen im Norden Finnlands seien zwischen Gerhardsen und Erlander abgestimmt worden. Die Frage sei [jetzt] gestellt und bleibe auf der Tagesordnung, resümierte *Karjalainen*.

Chruschtschow sagte, ihm sei der „ketzerische Gedanke“ gekommen, sich mit Kekkonen und *Karjalainen* zu einem Treffen an der sowjetisch-finnischen Grenze zu verabreden. Das könnte wie ein Stimulus auf Gerhardsen wirken. N. S. Chruschtschow ergänzte, er schlage weder Datum noch Ort konkret vor, doch denke er daran, zwei bis drei Tage miteinander zu verbringen und bei Unterbringung in Zelten oder in Eisenbahnwagen auf die Jagd oder zum Angeln zu gehen.

Karjalainen fragte nach, ob N. S. Chruschtschow den nördlichen Teil der sowjetisch-finnischen Grenze meine.

Chruschtschow antwortete, er meine tatsächlich den nördlichen Teil der sowjetisch-finnischen Grenze und nicht Helsinki.

Karjalainen, der diese Idee als interessant bezeichnete, versprach, sie Kekkonen zu unterbreiten. *Karjalainen* sagte, dafür könnte ein Besuch der Baustelle des Tuloma-Wasserkraftwerks eine gute Gelegenheit bieten.

Chruschtschow sagte zu *Karjalainen*, er (N. S. Chruschtschow) habe, als er im Herbst vergangenen Jahres im Norden der Sowjetunion war, daran gedacht, Gerhardsen davon in Kenntnis zu setzen, habe das aber nicht getan, weil das Ziel der Reise militärischer Art gewesen sei und Gerhardsen dadurch in eine unangenehme Situation hätte gebracht werden können. Anfangs, ergänzte N. S. Chruschtschow, dachte man daran, überhaupt nichts über diese Reise verlauten zu lassen, weil diese Reise völlig unerwartet unternommen worden war und die Begleitpersonen aus Militärs bestanden. Diesmal könnte man anders verfahren. Zeit zum Überlegen gebe es [genug], weil die Angelegenheit nicht eile, doch könnte sie zu einem Bausteinchen für ein gutes Haus werden.

N. S. Chruschtschow spricht davon, dass in der Welt gegenwärtig ein Wertewandel stattfinde. Die Raketentechnologie habe jetzt einen derartigen Entwick-

⁵⁰ Präsident Urho Kekkonen betrieb ebenso wie *Karjalainen* eine Außenpolitik, die sich zur Gewährleistung einer weitgehenden Unabhängigkeit im Innern, vor allem zur Aufrechterhaltung der freiheitlich-demokratischen Ordnung, an die UdSSR anlehnte.

lungsstand erreicht, dass die Militärstützpunkte auf fremden Territorien ihre Bedeutung verlören.⁵¹ Die Räumung von Raketenstützpunkten, etwa in der Türkei,⁵² bedeute aber, ausländische Territorien von amerikanischen Truppen zu befreien. Auch wenn sich die Länder vor 15 Jahren die Anwesenheit von amerikanischen Truppen gewünscht hätten, so wären jetzt Türken, Italiener und andere (nicht nur die Völker, sondern auch die Regierungen) froh, wenn es diese Stützpunkte nicht gäbe. Auch England weine [ihnen] keine Tränen nach. Die Lage habe sich geändert. Immer mehr verbreite sich die Gewissheit, dass die Sowjetunion keinen Krieg will. Die Präsenz ausländischer Truppen auf fremden Territorien biete den Ländern keine Garantie, dass sie vor der Vernichtung bewahrt würden. England war seinerzeit als insulare Macht nicht erreichbar. Nunmehr seien aber nicht nur England, sondern sogar die USA mit Raketen zu erreichen. Darum ruhe die Welt auf einem Pulverfass. Ausländische Militärstützpunkte böten den Ländern keinerlei Garantien, eher im Gegenteil. Es wäre gut, wenn Norwegen, Dänemark und Island, die der NATO aufgrund eines Missverständnisses⁵³ beigetreten sind, mit diesem Militärbündnis Schluss machen würden. Aber das sei eine andere Sache. N. S. Chruschtschow sagte, er habe die Absicht, über diese Frage mit Premierminister⁵⁴ Krag bei dessen Besuch in der Sowjetunion in diesem Jahr zu sprechen.

Karjalainen bemerkte, Krag sehe seinem Besuch in der UdSSR mit großem Interesse entgegen.

Karjalainen ging über zu anderen Fragen und berührte das Problem der Nutzung von Grenzgewässern (Flüsse und Seen, durch welche die finnisch-sowjetische Grenze verläuft), er sagte, dass Finnland sehr gern die Rede auf den Abschluss eines entsprechenden Vertrags über die Nutzung dieser Gewässer und ihrer Wasserenergie brächte. Die Finnen interessiere insbesondere das Gebiet Kuusamo. Karjalainen erinnerte daran, dass in Finnland bereits eine entsprechende Kommission diese Frage untersucht hat, bisher aber nicht allzu gründlich. Jetzt wäre es erwünscht, dazu die prinzipielle Ansicht der Sowjetunion zu erfahren.

Chruschtschow sagte, dass er mit dem Problem der Wasserressourcen dieses Gebietes nicht vertraut ist, die Sowjetunion jedoch immer bereit sei, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, und wenn die finnische Seite Ideen habe, so wären wir bereit, sie zu erörtern. N. S. Chruschtschow bemerkte, dass dieses Gebiet, soweit er sich erinnere, arm an Wasserressourcen sei und die Sowjetunion aus diesem Grund Atomkraftwerke baue. N. S. Chruschtschow sicherte Karjalainen zu, Gen. [Pjotr] Neporoshnij⁵⁵ damit zu beauftragen, diese Frage zu untersuchen.

⁵¹ Chruščëv hatte dabei die enorme Steigerung der Reichweiten im Auge, die keine Stationierung der Raketen in der Nähe des gegnerischen Gebietes mehr erforderten.

⁵² Kennedy hatte Chruščëv bei Abschluss der Kuba-Krise zugesichert, die Raketen aus der Türkei abzuziehen. Nach außen hin gehörte das freilich nicht zu den getroffenen Vereinbarungen.

⁵³ Gemeint ist die Wahrnehmung, von der UdSSR bedroht zu sein.

⁵⁴ Auch der dänische Regierungschef hieß offiziell Ministerpräsident.

⁵⁵ Minister für Energiewirtschaft.

Karjalainen bemerkte, dass auch er persönlich für diese Frage nicht zuständig sei, doch eine finnische Kommission sei mit ihrer Untersuchung befasst; er bitte, darauf zurückkommen zu dürfen, wenn die Sache ausgearbeitet sei.

Chruschtschow versprach noch einmal, diese Frage von Gen. Neporoshnij klären zu lassen, und bemerkte, wir könnten diesen Bereich nicht kennen, weil wir hinsichtlich des Baus von Wasserkraftwerken an „Größenwahn“ leiden würden (wenn es um weniger als eine Million Kilowatt gehe, lohne die Beschäftigung damit nicht). Im Zusammenhang mit dieser Bemerkung informierte N. S. Chruschtschow *Karjalainen* über den Bau von Elektrizitätskraftwerken in der UdSSR und die weiteren Planungen.

Karjalainen sagte, die Kapazitäten der Grenzflüsse, von denen die Rede ist, seien nicht groß, hätten aber für Finnland große Bedeutung.

Karjalainen ging nicht auf Fragen des finnisch-sowjetischen Handels ein, da sie schon gestern erörtert worden seien. *Karjalainen* wandte sich dem Aufbau eines Hüttenwerkes in Finnland zu und sagte, in diesem Fall rede er nicht so sehr als Premierminister Finnlands⁵⁶, sondern als Vorstandsvorsitzender der Aktiengesellschaft „Rautaruuki“. Hinsichtlich des Baus des Hüttenwerks übergab *Karjalainen* N. S. Chruschtschow ein Aide-Mémoire.

Chruschtschow versprach *Karjalainen*, das Aide-Mémoire zu prüfen und zu beantworten, möglicherweise noch während *Karjalainens* Aufenthalt in der UdSSR. N. S. Chruschtschow nutzte die Gelegenheit, um *Karjalainen* von den sowjetischen Erfahrungen beim Bau von Wasserkraftwerken und Hüttenwerken in der UdSSR und im Ausland zu berichten.

Karjalainen äußerte Zufriedenheit über die Arbeit der sowjetischen Fachleute bei der Errichtung des Hüttenwerks in Finnland und die von der UdSSR gelieferten Anlagen.

Chruschtschow sagte zu *Karjalainen*, er (N. S. Chruschtschow) möchte ihm eine heikle Frage zum Raketenerwerb seitens der finnischen Armee stellen. In den Gesprächen mit Präsident Kekkonen sei darüber geredet worden, dass die finnische Seite die UdSSR gebeten hat, ihr einige Arten von Waffen zu verkaufen, dabei hat es aber Schwierigkeiten gegeben, die sich aus dem Friedensvertrag mit Finnland ergaben. Daraufhin ist vereinbart worden, in dieser Frage Kontakt zu England aufzunehmen. Die Engländer bestehen nicht auf den Wortlaut des Vertrages. Das ist gut. Wir verfügen jedoch über Informationen, dass die finnische Armee Verhandlungen mit den Engländern über den Kauf von Waffen führt. Angesichts dieser Lage fühlen wir uns gekränkt. Wir wollen Finnland aber unsere Waffen nicht aufdrängen, um seinen Haushalt nicht zu belasten, wenn aber Finnland die Absicht hat, in England Waffen zu kaufen, ist das für uns einigermaßen unverständlich, zumal wir den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 haben.⁵⁷

⁵⁶ Der finnische Regierungschef war ebenfalls nicht Premierminister, sondern Ministerpräsident.

⁵⁷ Am 6. April 1948 hatte sich Finnland unter dem Eindruck der Unsicherheit seiner Lage gegenüber der UdSSR zu einem Vertrag mit dieser über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegen-

Karjalainen bestätigte, dass die Frage in der Tat heikel ist, und sagte, Präsident Kekkonen habe mit dem Botschafter der UdSSR in Finnland A[leksej] W. Sacharow gesprochen und ihm erläutert, worum es dabei geht. Finnland habe seinerzeit darauf verzichtet, Boden-Luft-Raketen zu kaufen, später aber, als die Frage geregelt war, Jagdflugzeuge mit Bordraketen gekauft. In England seien für einen unbedeutenden Betrag lediglich Panzerabwehrraketen gekauft worden. Was die Boden-Luft-Raketen betrifft, habe Finnland deswegen auf den Kauf verzichtet, weil die dafür erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung gestanden hätten. Die Engländer hätten zur Bedingung gemacht, Finnland müsse, falls es Waffen in der UdSSR kaufe, auch welche von England kaufen, das aber hätte den Staatshaushalt noch mehr belastet. Wir sind froh, resümierte *Karjalainen*, dass die UdSSR Verständnis dafür gezeigt hat.

Chruschtschow wollte sich bei *Karjalainen* vergewissern, ob ihm unsere Haltung verständlich sei.

Karjalainen sagte, dass er unseren Standpunkt verstehe und froh darüber sei, dass N. S. Chruschtschow diese Frage zur Sprache gebracht habe, weil dies *Karjalainen* die Möglichkeit geboten habe, den Standpunkt der finnischen Seite darzulegen.

Beim Gespräch waren anwesend: von sowjetischer Seite der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR A[ndrej] A. Gromyko, der Botschafter der UdSSR in Finnland A. W. Sacharow und der Dolmetscher L. N. Gogol; von finnischer Seite der Botschafter Finnlands in der UdSSR J[orma] Vanamo und der Dolmetscher K[ustaa] Loikkanen.

Die Aufzeichnung der Unterredung fertigte der 3. Sekretär der Abteilung für die skandinavischen Länder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an.

Aufgezeichnet von L. N. Gogol
Aufzeichnung von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 587, Bl. 94-100

seitige Hilfe“ veranlasst gesehen. Darin verpflichtete es sich zu bewaffnetem Widerstand für den Fall, dass es von Deutschland oder dessen Verbündeten – faktisch gemeint waren die USA und die Westmächte – angegriffen werde oder dass über finnisches Territorium ein Angriff gegen die UdSSR erfolge. Falls notwendig, hatte Finnland in Moskau um militärische Unterstützung nachzusuchen (Text in: Helmuth Stoecker, Hg., Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, [Ost-]Berlin 1968, S. 447-448). Der Vertrag wurde in der Zeit des kalten Krieges nach Ablauf immer wieder erneuert.

3. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Botschafter, Humphrey Trevelyan, am 6. März 1963 (Auszüge)

Zu Beginn seines Antrittsgesprächs gibt Trevelyan seiner Freude Ausdruck, in der UdSSR als Botschafter Großbritanniens zu sein, und bringt die Absicht zum Ausdruck, alles nur Mögliche zu tun, um die Zusammenarbeit beider Länder bei der Regelung wichtiger internationaler Probleme zu fördern. Danach werden vor allem Fragen der bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen besprochen.

Anschließend spricht *Chruschtschow* die Frage des Abschlusses des Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten an und betont, dass die Lage in West-Berlin als Spannungsherd im Zentrum Europas diene. Das ist ein Eiterherd, der entfernt werden muss. Wem nützt die jetzige Lage in West-Berlin? Auf jeden Fall weder England noch Frankreich. Die Vereinigten Staaten brauchen es ebenfalls nicht. Zwar schließt Frankreich ein Bündnis mit Westdeutschland,⁵⁸ doch warum tut es das? Frankreich will Westdeutschland, seine schwachen Seiten zur Erreichung seiner „Größe“ in Europa nutzen. West-Berlin ist [dabei] eine Art Splitter [im Fleisch des französischen Körpers]. Es ist notwendig, diesen Splitter herauszuziehen und den Spannungsherd zu liquidieren. Faktisch ist West-Berlin zu einem politischen Spekulationsobjekt geworden.

Trevelyan sagt, dass dies wirklich so ist.

Chruschtschow fragt, was [denn] die Sowjetunion bei einer Regelung der Lage in West-Berlin gewinnt und was die Westmächte verlieren. Schließlich verliert hier keiner etwas, und keiner gewinnt etwas. West-Berlin kann das Kräfteverhältnis nicht verändern.⁵⁹ Wer braucht die zwei Millionen Bewohner West-Berlins? Wir brauchen sie nicht. Man müsste sie nur ernähren. Mögen sie für sich leben, ohne uns.

Das einzige Mittel, die Lage in West-Berlin zu normalisieren, ist der Abschluss eines Friedensvertrags. Es heißt, wir würden einen Anschlag auf die Freiheit West-Berlins verüben. Aber das ist Unsinn. Das ist eine Lüge, und die, die davon reden, wissen am allerbesten, dass es eine Lüge ist. Keiner verübt einen Anschlag auf die Freiheit West-Berlins. Diese Freiheit ließe sich nach Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland weit besser gewährleisten. In diesem Fall würden das Recht auf Zutritt nach West-Berlin und die Verbindungen West-Berlins mit

⁵⁸ Am 22. Januar 1963 wurde zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ein – meist als Elysée-Vertrag bezeichneter – Freundschafts- und Kooperationsvertrag abgeschlossen, der nicht nur allgemein eine enge Verbindung zwischen beiden Ländern schuf, sondern auch in der damaligen Situation Bundeskanzler Adenauer Rückhalt bot im Konflikt mit Kennedy, der in der Berlin-Frage zu sehr weitgehenden, in Bonn als allzu riskant angesehenen Zugeständnissen an die UdSSR neigte, und den Bemühungen von Staatspräsident de Gaulle um die führende Rolle in Westeuropa größeres Gewicht verlieh.

⁵⁹ Intern äußerte sich Chruschtschow wiederholt anders: Falls der Westen Berlin aufgäbe, würde die NATO „ruiniert“ werden. Er war sich dessen bewusst, dass der Wille und die Fähigkeit der USA zur Verteidigung West-Berlins für die westeuropäischen Verbündeten das Unterpfand dafür waren, dass die amerikanische Führungsmacht unter allen Umständen bereit sein würde, sich auch im Falle ihrer Bedrohung voll zu engagieren. Ihm war klar, dass dies die Grundlage war, ohne welche die atlantische Allianz nicht fortbestehen würde.

der Außenwelt durch internationale Garantien gewährleistet werden.⁶⁰ Das stabilisiert die Lage und beseitigt den Spannungsherd im Zentrum Europas.

Weiter weist N. S. Chruschtschow darauf hin, bis zur Errichtung der „Berliner Mauer“ hätte man noch sagen können, dass nach Unterzeichnung des Friedensvertrags die Sowjetunion mehr Vorteile gewänne als die Westmächte, doch jetzt, da diese Mauer, das heißt eine feste Grenze zwischen West- und Ost-Berlin, errichtet ist, ist die Lage anders. Die Westmächte haben von der Unterzeichnung des Friedensvertrags mehr als die Sowjetunion. In der Tat gibt uns die bestehende Lage in West-Berlin die Möglichkeit, nach Belieben mit unserem Stiefelabsatz den Westmächten auf den Schwanz zu treten.

Trevelyan lacht und stimmt diesen Worten zu.

Chruschtschow sagt, dass dies tatsächlich so ist. Man kann etwa folgendes Beispiel nehmen: Die Eisenbahnbrücken werden mit der Zeit marode. Es kann doch sein, eine der Eisenbahnbrücken der Hauptverkehrswege, die West-Berlin mit Westdeutschland verbinden, ist marode, und wir führen eineinhalb Jahre lang eine Reparatur durch. Das wäre doch möglich.

Die Westmächte ziehen mithin mehr Vorteil aus der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland. Auf's Ganze gesehen, gewinnt jedoch die gesamte Welt, weil der Gefahren- und Spannungsherd liquidiert sein wird. Die Regelung dieser Frage würde es erlauben, zur Lösung anderer wichtiger Probleme und vor allem zur Lösung des Abrüstungsproblems überzugehen. Wenn es nicht sofort möglich sein wird, sich über die allgemeine Abrüstung zu verständigen, könnte man zunächst eine Teilreduzierung der Rüstung vereinbaren. Man kann sich auch über die Kontrolle einigen. Wir sind für Kontrolle, wir haben das auch schon früher gesagt.⁶¹ Wir haben seinerzeit vorgeschlagen, dass die Westmächte ihre Kontrolleure zu unseren in Deutschland stationierten Truppen schicken. Die Sowjetunion würde ihrerseits ihre Kontrolleure zu den Truppen der Westmächte in Westdeutschland schicken. Das würde jeder Seite die Möglichkeit geben, sich darüber Gewissheit zu verschaffen, dass die andere Seite keinen Überraschungsangriff vorbereitet.

Trevelyan sagt, dass er nicht ganz verstanden hat, von welchem Vorschlag die Rede ist. Wie es scheint, bezieht sich das auf die Vorschläge der Sowjetunion zu den Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs, zur Einrichtung von Kontrollposten auf Flugplätzen, Eisenbahnknotenpunkten usw.?

⁶⁰ Der Friedensvertrag mit den Deutschen sollte nach Chruščëvs Absicht die besatzungsrechtlichen Befugnisse beseitigen, mit denen die Westmächte ihre Präsenz in West-Berlin begründeten und für sich und die Stadt das Recht auf Zugang in Anspruch nahmen. Nach sowjetischer These diente die aufgrund des Friedensvertrags vorgesehene Konstituierung West-Berlins als Freie Stadt der Befreiung ihrer Bewohner vom Joch des westlichen Besatzungsregimes. Die ins Auge gefassten internationalen Garantien sollten das Recht der – dann souveränen – DDR auf Festlegung der für den Transit (einschließlich des Flugverkehrs) über ihr Territorium geltenden Bestimmungen ausdrücklich nicht einschränken.

⁶¹ Der westliche Vorwurf an die Adresse der UdSSR lautete, dass sie sich einer wirksamen Kontrolle widersetze. Der Grund dafür war, dass die sowjetischen Vorschläge entweder als nicht wirkungsvoll betrachtet wurden oder mit dem unrealistischen Gedanken eines totalen allgemeinen Waffenverzichts gekoppelt waren.

Chruschtschow bestätigt das und sagt, dass die Sowjetunion auch jetzt [noch] bereit ist, über solche Maßnahmen eine Einigung zu erzielen. Doch dazu muss zunächst der Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben werden. Sonst sei an irgendwelche Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage und an Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs⁶² nicht zu denken. Die Lage in West-Berlin steckt voller ernster Gefahren. Falls die Temperatur des Feuers immer mehr ansteigt und der Dampfdruck sich immer mehr erhöht, kann es schließlich zur Explosion kommen. Doch wenn es zur Explosion kommt, ist es für jede Verständigung zu spät.

Danach bemerkt N. S. Chruschtschow, dass es die Vereinigten Staaten Westdeutschland jetzt zur Aufgabe machen, die Zahlenstärke der westdeutschen Streitkräfte bis auf 700 000 Mann zu bringen.⁶³ Die Leiter des Pentagon entwickeln jetzt die Theorie vom Einsatz der konventionellen Streitkräfte.⁶⁴ Hieß es früher noch, dass die Zahlenstärke der konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion die Zahlenstärke der konventionellen Streitkräfte der Westmächte übertreffe, so gebe es jetzt, wie einige verantwortliche Mitarbeiter des Pentagons erklären, eine andere Situation.

Trevelyan sagt, das sei durchaus möglich.

Chruschtschow betont, selbst wenn das so wäre, würde uns das nicht beunruhigen. Die Zeiten sind vorbei, als die Infanterie die Schlacht entschieden hat. Wir vergrößern jetzt unsere nuklearen Raketenstreitkräfte, welche die entscheidenden Faktoren im Krieg sein werden. Die Anzahl der Divisionen entscheidet den Kriegsausgang schon nicht mehr. Wenn es mehr Divisionen gibt, gibt es mehr Kanonenfutter. Jetzt sollte man nicht an die Zahl der Divisionen denken, sondern daran, wie sich ein neuer Krieg verhindern lässt. Zur Entfesselung eines Krieges bedarf es keines großen Verstandes, aber es ist eine große Kunst, und ein großes Können ist erforderlich, um es nicht bis zum Krieg kommen zu lassen.

Weiter weist N. S. Chruschtschow darauf hin, dass England seinerzeit die am höchsten entwickelte Industriemacht war. Es war allen anderen Ländern voraus, da es zuerst den Weg des Kapitalismus beschritten hatte. Russland, wo die Feudalordnung viel später beseitigt wurde, blieb in seiner Entwicklung hinter

⁶² Die NATO war – nicht zuletzt angesichts des sowjetischen Offensivkonzepts in Mitteleuropa – besonders daran interessiert, die Möglichkeit von Überraschungsangriffen auszuschalten.

⁶³ Den Beschlüssen über den militärischen Aufbau in der Bundesrepublik lag die Sollziffer von ca. 500 000 Mann zugrunde. Diese Zahl wurde nie überschritten.

⁶⁴ Die Kennedy-Administration hatte die vom Gedanken der nuklearen Abschreckung bestimmte „Strategie der massiven Vergeltung“ durch die „Strategie der flexiblen Erwidern“ ersetzt und damit den konventionellen Streitkräften mehr Bedeutung beigemessen. In dem – nicht mehr für unwahrscheinlich gehaltenen – Fall, dass die durch die Kernwaffen hergestellte Abschreckung versage und die UdSSR zusammen mit ihren Verbündeten angreife, wollte man nicht vor der fatalen Alternative stehen, entweder den totalen Nuklearkrieg beginnen zu müssen oder auf wirksame Verteidigung zu verzichten. Deswegen sollten es mehr konventionelle Verbände geben, die den Feind so lange abzuwehren imstande sein würden, bis er zur Beendigung der Aggression bereit sei. Nur falls abzusehen wäre, dass der Angriff nicht abgewehrt werden könne, sollte ein gestufter Ersteinsatz von Kernwaffen erfolgen. In den westeuropäischen Ländern, vor allem aufseiten des Frontstaates Bundesrepublik, fürchtete man, dass die Aussicht auf nukleare Zurückhaltung die sowjetische Führung nicht hinreichend abschrecke und dass man deswegen mit Krieg und Vernichtung auf dem eigenen Territorium rechnen müsse, während Nordamerika kein nukleares Zerstörungsrisiko habe.

der Englands zurück. Jetzt aber erringt die Sowjetunion, die zuerst in der Welt den Weg des Aufbaus des Sozialismus beschritten hat, große Erfolge in ihrer Entwicklung, und das ist natürlich, weil der Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus die fortschrittlichere Gesellschaftsordnung ist. Genau das entscheidet den Ausgang des Wettbewerbs zwischen den beiden Systemen.

Danach geht N. S. Chruschtschow auf die „Theorie“ McNamaras ein und sagt, dass alle Überlegungen McNamaras⁶⁵ bezüglich der unterschiedlichen Etappen eines modernen Krieges – angeblich werden in der ersten Etappe nur konventionelle Streitkräfte zum Einsatz kommen – Märchen sind. Im Kriegsfall werden sämtliche Nuklearsprengköpfe eingesetzt werden, über welche die Seiten verfügen. Wenn die Sowjetunion genötigt wird, einen Schlag zu führen, wird das ein nuklearer Raketenschlag mit ungeheurer Sprengkraft sein. Nach so einem Schlag wird es für den Gegner nichts mehr zu erwidern geben. Man redet von Atom-U-Booten mit Polaris-Raketen. Aber werden die Engländer viel Freude daran haben, wenn nach der völligen Zerstörung ihres Landes die Polaris-Raketen einen Schlag gegen die Sowjetunion führen?

Trevelyan lacht und sagt, dass er sich persönlich nur in dem alleinigen Fall freuen könnte, wenn er sich nämlich in diesem Moment nicht in England, sondern in einem Atom-U-Boot befinden würde.

Chruschtschow kommt auf den Friedensvertrag mit Deutschland zurück und weist darauf hin, dass sich sowohl de Gaulle als auch Eisenhower wie auch Eden in den Unterredungen mit ihm, Chruschtschow, beunruhigt über die Gefahr einer Wiedergeburt des Militarismus in Deutschland geäußert haben. De Gaulle sagte direkt, er will keine Wiedervereinigung Deutschlands.⁶⁶ Nur Adenauer braucht die Aufrechterhaltung der Spannungen im Zentrum Europas und insbesondere in West-Berlin.

Trevelyan fragt, warum man denn die Lage nicht so lassen kann, wie sie jetzt besteht?

Chruschtschow beantwortet die Frage mit einer Gegenfrage. Er fragt den Botschafter, ob er denn tatsächlich diesen Spannungsherd weiter bestehen lassen will, der die Atmosphäre vergiftet und die Gefahr eines neuen Krieges birgt.

Trevelyan sagt, er will selbstverständlich die Lage normalisieren, die beiden Seiten jetzt gewisse Unbequemlichkeiten bereitet. Die britische Regierung hofft jedoch, dass dies auf friedlichem Wege, auf dem Verhandlungswege geschehen wird. Sie ist insbesondere froh über die bevorstehende Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur Regelung der Probleme eines deutschen Friedensvertrages und West-Berlins.

Chruschtschow weist darauf hin, dass wir jetzt den Verhandlungen mit den Amerikanern über diese Frage ziemlich skeptisch gegenüberstehen. Es ist schwer zu sagen, aus welchen Motiven die amerikanische Regierung diese Verhandlungen

⁶⁵ Verteidigungsminister Robert McNamara war der Autor der „Strategie der flexiblen Erwidern“.

⁶⁶ Im Gespräch mit Chruščev am 25. März 1960 äußerte sich der französische Staatspräsident anders, siehe Dokument Nr. 26 in Band 2 (S. 307–323, hier S. 315–317, 318, 321, 322).

führt. Es entsteht der Eindruck, als sei sie nicht ernsthaft gewillt, ein Abkommen zu erreichen, und führe die Verhandlungen aus innenpolitischen Erwägungen und anderen Überlegungen, keinesfalls aber mit dem Ziel, zu einem Abkommen mit der Sowjetunion zu gelangen. Die amerikanische Regierung will offenbar die bestehende Spannung in West-Berlin aufrechterhalten.

[...]

Im folgenden Gespräch ging es vor allem um Fragen der nuklearstrategischen Balance, Rüstung und Abrüstung. Auch in dieser Hinsicht erhob Chruschtschow den Vorwurf, dass die Westmächte an einer Übereinkunft nicht ernstlich interessiert seien, betonte nochmals, die Verständigung hänge von der vorherigen Unterzeichnung des geforderten Friedensvertrages ab, und erklärte, diesen werde er unter allen Umständen abschließen. Danach gab der britische Botschafter zu erkennen, dass in dieser Frage unbedingt eine Verständigung erzielt werden müsse.

Trevelyan kommt auf die Frage der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zurück und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass diese Verhandlungen zur Regelung des West-Berlin-Problems führen. Die britische Regierung unterstützt, wie kürzlich [Premierminister Harold] Macmillan erklärt hat, die Ansicht, dass man dieses Problem auf friedlichem Wege, mittels Verhandlungen lösen muss.

Chruschtschow hebt hervor, dass Macmillan zwar auch von einer Regelung des West-Berlin-Problems mittels Verhandlungen redet, dass er aber de Gaulle den Hof macht, der sich gegen Verhandlungen wendet. Kennedy redet ebenfalls von Verhandlungen, macht aber Adenauer den Hof. Diese beiden Alten [de Gaulle und Adenauer] können die ganze Sache verderben.

Trevelyan sagt, dass nach Ansicht der Engländer die NATO das beste Mittel ist, um Westdeutschland im Zaum zu halten. Die sowjetische Regierung ist nicht dieser Ansicht, aber es ist so. Wenn es die NATO auf einmal nicht mehr gäbe, würde die sowjetische Regierung das wahrscheinlich bedauern.

Chruschtschow weist darauf hin, es wäre falsch zu meinen, dass die NATO wirklich eine derartige Rolle spielt. Schließlich darf man doch nicht denken, wenn es die NATO nicht gäbe, würde Adenauer einen Krieg gegen die Sowjetunion anfangen. Adenauer weiß sehr gut, dass ein Krieg Westdeutschland ins Verderben führen würde. Gegenwärtig hat die Zerstörungsgewalt ein solches Ausmaß erreicht, dass ein Krieg eine Katastrophe für die Menschheit wäre. Trotzdem wird das Wettrüsten fortgesetzt. Vor kurzem haben die Wissenschaftler der Sowjetunion ein neues System nuklearer Raketenwaffen vorgeschlagen. Und obwohl das bisherige alte System gut genug ist, ist das neue noch besser, und man muss offenbar das alte durch das neue ersetzen. Man weiß nicht, wohin das führt, wenn das Wettrüsten nicht beendet wird.

Trevelyan stimmt dem zu und sagt, dass seinerzeit Churchill⁶⁷ diesen Gedanken gut zum Ausdruck gebracht hat. Churchill sagte, angesichts dessen, dass die ther-

⁶⁷ Nach seiner ersten Zeit an der Spitze Großbritanniens während des Zweiten Weltkriegs war Sir Winston Churchill nochmals von 1951 bis 1954 Premierminister. In dieser Zeit bemühte er sich vergeblich um Ost-West-Vereinbarungen zur Beseitigung der Gefahr eines Nuklearkrieges.

monukleare Waffe die gesamte Menschheit mit Vernichtung bedrohe, würde er, wenn er Gott wäre, sich darum bemühen, die Menschheit von dieser Waffen zu befreien.

Abschließend versicherte Trevelyan Chruschtschow, dass er während seines Aufenthalts in der Sowjetunion alle Anstrengungen darauf richten wird, entschieden und klar die Auffassungen seiner Regierung zu allen Fragen darzulegen, wie es seine Pflicht ist, und seine Regierung genau und objektiv über den Standpunkt der sowjetischen Regierung und über die Lage in der Sowjetunion zu informieren. In diesem Zusammenhang erinnert er sich an einen Vorfall, der in China während seines dortigen Aufenthalts in den Jahren 1954/55 stattfand. Bei einer seiner Zusammenkünfte mit [Regierungschef] Chou En-Lai habe dieser ihm gesagt: „Sie informieren Ihre Regierung genau und objektiv über unseren Standpunkt, und Sie informieren uns ebenso genau über den Standpunkt der englischen Regierung.“ Das sei seiner Ansicht nach die Basis der Diplomatie, und er werde sich mit aller Kraft darum bemühen.

Chruschtschow wünscht dem Botschafter Erfolg bei seiner auf die Entwicklung der englisch-sowjetischen Beziehungen ausgerichteten Tätigkeit.

Trevelyan dankt für das Gespräch.

Aufgezeichnet von Ju[rii] Pawlow
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 554,
Bl. 9–13, 20–21 (Auszüge), 1–21 (Volltext)

4. Gespräch Chruschtschows mit dem kubanischen Führer, Fidel Castro, am 3. Mai 1963 in Sawidowo

Castro teilte N. S. Chruschtschow mit, dass der Botschafter Kubas in Algerien, Jorge Sergera, in Moskau eingetroffen ist, der ihm [*Castro*] nachdrücklich rät, nach dem Aufenthalt in der Sowjetunion Algerien zu besuchen.

F. *Castro* sagte, er habe sich seinerseits bei der Abreise aus Havanna auf einen Besuch bei Ben Bella⁶⁸ eingestellt, und deswegen habe er in seine Delegation in erheblichem Umfang Hilfspersonal aufgenommen: Sicherheits- und medizinisches Personal, Dolmetscher usw.

F. *Castro* sagte, er habe verschiedene Gründe, nach Algerien zu reisen. Die Gründe seien folgende: Er habe Ben Bella bei dessen Besuch auf Kuba fest versprochen, Algerien bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu besuchen;

⁶⁸ Der Sozialist Ahmed Ben Bella (1916–2012) hatte 1954 in Kairo die algerische Nationale Befreiungsfront (Front de libération nationale, FLN) gegründet und damit den Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes gegen Frankreich eingeleitet. 1956 wurde er von französischen Agenten aus einem marokkanischen Flugzeug heraus verhaftet. Als Staatspräsident Charles de Gaulle 1962 die Unabhängigkeit akzeptierte, kam Ben Bella frei, kehrte nach Algerien zurück, setzte sich gegen seinen Rivalen Benyoucef Khedda durch und wurde der erste Präsident.

– er, Fidel Castro, meine, die Reise der kubanischen Delegation nach Algerien würde die Position der Regierung Ben Bellas stärken und ihr helfen, eine Reihe innerer Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus dem Problem der Konsolidierung der revolutionären Kräfte Algeriens ergäben;

– Castro meint, er hat Algier dafür zu danken, dass es Kuba erhebliche moralische Unterstützung und zudem einige besondere Dienste erwiesen hat. Castro sagte, dass Ben Bella ihm insbesondere behilflich gewesen sei, algerische Pässe für einige lateinamerikanische Revolutionäre zu besorgen, die dann mit diesen Pässen in Länder des lateinamerikanischen Kontinents illegal zu dortiger Tätigkeit ausgereist sind.

Zudem bemerkte F. Castro, seiner Ansicht nach sei es erforderlich, alles Erdenkliche zu tun, um Ben Bella aus dem bürgerlichen arabischen Nationalismus herauszulösen und ihn als Gegengewicht zum Kurs Nassers aufzubauen, der die arabische Welt auf antikommunistischer Grundlage vereinigen wollte.⁶⁹ F. Castro sagte direkt, man müsse die zwei Tendenzen in der nationalen Befreiungsbewegung der Araber, die Bewegung von Nasser und die Bewegung von Ben Bella, aufeinanderprallen lassen und dabei dessen [Ben Bellas] Bewegung so gut wie möglich unterstützen.

F. Castro bemerkte, man müsse Ben Bella nachdrücklich raten, eine algerische Volksmiliz nach dem Vorbild der kubanischen zu schaffen, um nicht ständig der Gefahr eines möglichen Militärputsches ausgesetzt zu sein, denn das sei eine durchaus reale Gefahr, wenn man die persönlichen Ambitionen einiger Offiziere der algerischen Armee und die Umtriebe der imperialistischen Geheimdienste berücksichtige.

F. Castro sagte, dass Kuba im Rahmen seiner Möglichkeiten Algerien nach Kräften Hilfe leiste. Kuba habe seinerzeit Zucker als Geschenk für notleidende Algerier geliefert; derzeit halte sich eine vom Minister für das Gesundheitswesen geleitete Gruppe von 35 bis 40 Ärzten in Algerien auf. Diese Gruppe wird in Algerien unentgeltlich arbeiten, die Bevölkerung medizinisch versorgen und zugleich dabei helfen, das staatliche Gesundheitswesen Algeriens aufzubauen.

Chruschtschow erklärte seine volle Zustimmung zur Einschätzung der algerischen Revolution durch F. Castro. Er sagte aber, die Reise nach Algerien sei ein sehr gefährliches Unternehmen, dessen Risiko wohl kaum die möglichen Ergebnisse dieser Reise rechtfertige.

N. S. Chruschtschow berichtete von dem Zwischenfall, der sich auf der Reise von L[eonid] I. Bresnnew⁷⁰ zum offiziellen Besuch einiger afrikanischer Länder ereignet hatte, als sein Flugzeug von Jagdflugzeugen beschossen und er nur dank eines Zufalls nicht abgeschossen wurde.

⁶⁹ Der ägyptische Oberst Gamal Abdel Nasser (1918–1970) stürzte 1952 zusammen mit General Nagib König Faruk und wurde Regierungschef, während Nagib als Präsident an die Spitze trat. Bei Auseinandersetzungen über den richtigen Weg des Landes wandte sich Nasser 1954 gegen Nagib, setzte ihn ab und wurde Präsident. Er schaltete die Kommunisten aus und verfolgte, nicht zuletzt unter dem Eindruck der politischen Konfrontation mit Israel, einen panarabisch-nationalistischen Kurs.

⁷⁰ Leonid Il'ič Brežnev (1906–1982), Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, von 1964 bis 1982 sowjetischer Parteichef.

N. S. Chruschtschow bemerkte weiter, dass die innere Lage Algeriens gegenwärtig nicht so gefestigt ist, dass die Regierung mit Sicherheit sagen kann, sie habe alle feindlichen Elemente unter Kontrolle und könne nicht garantieren, dass Terroranschläge gegen den Führer des revolutionären Kuba verhindert würden. In diesem Zusammenhang machte N. S. Chruschtschow Castro darauf aufmerksam, dass vor nur wenigen Tagen, Mitte April, in Algier der Außenminister Algeriens⁷¹ ermordet wurde, „und wenn“, sagte N. S. Chruschtschow, „im Land die eigenen Minister umgebracht werden, wie kann es dann eine Garantie für Politiker geben, die das Land besuchen“. Man muss im Auge behalten, dass Ihr Name, Ihre Persönlichkeit jetzt nicht nur Kuba gehören, sondern Teil der internationalen kommunistischen Bewegung sind. Man muss weiter die Tatsache im Auge behalten, dass derzeit die Geheimdienste aller imperialistischen Staaten Jagd auf Sie machen. Von den zuständigen Organen der UdSSR und Kubas ist Ihre Reise hierher mit dem einzigen Ziel organisiert worden, die ausländischen Geheimdienste zu desorientieren, zu verwirren und ihnen keine Informationen zu Ihrem Flug zu liefern, der faktisch geheim erfolgt ist. Eben darum haben Sie den Wunsch geäußert, dass Ihre Abreise nach Kuba unter Beachtung der elementaren Erfordernisse der Geheimhaltung organisiert werden muss. Wir sind mit diesem Wunsch einverstanden und halten ihn für vernünftig und richtig. Hingegen ist es nicht möglich, eine Reise von Ihnen nach Algier unter Berücksichtigung der gleichen Bedingungen und Erfordernisse durchzuführen, unter denen Ihre Reise in die UdSSR und Ihre Abreise aus der UdSSR erfolgten. Erstens müssen den Regierungen der kapitalistischen Länder, die Ihr Flugzeug überfliegen wird, die Namen der Passagiere mitgeteilt werden. Und das heißt, dass Sie in der Luft der Gefahr eines wahrscheinlichen oder möglichen provokativen Aktes seitens ausländischer Geheimdienste ausgesetzt sein werden. Zudem gibt es in Algerien selbst, wo sich der Aufbau des Sicherheitsdienstes noch in einem frühen Stadium befindet und die Regierung die Lage noch nicht voll unter Kontrolle hat, keine Gewähr dafür, dass gerade dieser Besuch von den ausländischen Geheimdiensten nicht dazu genutzt werden wird, einen terroristischen Anschlag auf Sie zu verüben. In so einem Fall werden sowohl wir als auch Sie sehr unvorteilhaft dastehen. Die Imperialisten aber werden uns auslachen und sagen: Es ist uns lange nicht gelungen, einen Terrorakt auf kubanischem Territorium zu organisieren, es ist Castro gelungen, seine Reise in die UdSSR vor uns geheim zu halten, aber nun hat sich dafür uns in Algerien eine gute Gelegenheit ergeben. Sie werden uns auslachen und sagen: Die Russen sind dumm, sie haben die Reise von F. Castro in ihr Land so gut organisiert, jetzt aber liefern sie F. Castro direkt in die Fänge der Agenten unserer Geheimdienste aus, als sie ihn nach Algerien haben reisen lassen.

Ich denke, sagte N. S. Chruschtschow, unter Berücksichtigung all dieser Umstände sollten Sie Ihre Reise nach Algerien noch einmal überdenken.

Castro bemerkte, er habe auch einen speziellen Auftrag der algerischen Regierung, welche die Kubaner bitte, als Vermittler beim Erwerb sowjetischer Waffen

⁷¹ Der algerische Außenminister Mohammed Khemisti wurde Anfang Mai 1963 ermordet.

für die algerische Armee tätig zu werden und er, Castro, würde dieses Thema gern mit Ben Bella persönlich erörtern. Außerdem sei es ihm [Castro] in persönlicher Hinsicht Ben Bella gegenüber sehr unangenehm, denn er habe ihm den Besuch in Algerien ziemlich konkret zugesagt, und jetzt sehe er nicht, wie er aus dieser heiklen Situation herauskommen könne.

Chruschtschow sagte, in solchen Fällen könne man manchmal zu einem Mittel greifen wie der Übermittlung eines persönlichen Schreibens. Genossen aus der Delegation könnten extra nach Algier entsandt werden, um sich mit Ben Bella zu treffen, ihm das Schreiben zu übergeben und mit ihm zu sprechen. Und ich bin mir sicher, sagte N. S. Chruschtschow, dass Ben Bella als Revolutionär und Ihr Freund die Gründe richtig verstehen wird, die Sie dazu bewogen haben, diese Reise zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht anzutreten.

Castro sagte, er stimme den von N. S. Chruschtschow dargelegten Überlegungen insgesamt zu, und unter Berücksichtigung all dieser Begleitumstände wolle er nochmals darüber nachdenken, auf die Reise nach Algerien zu verzichten.

Dann berichtete F. Castro N. S. Chruschtschow von Informationen, die Jorge Sergera⁷² ihm mitgeteilt hat. Insbesondere habe dieser davon gesprochen, dass die Regierung Ben Bella der Aufstandsbewegung in der portugiesischen Kolonie Angola⁷³ jetzt recht energisch hilft. Sie schickt Waffen, Geld und Medikamente, nimmt die Führer der Partisanenbewegung bei sich auf und bildet sie militärisch aus.

Er berichtete, dass in Algerien zudem der Unmut über die Politik Frankreichs auf dem Gebiet der atomaren Wettrüstung sehr schnell zunimmt. Die algerische Regierung hat, wie Ben Bella gesagt habe, die Absicht, künftig jede Explosion einer französischen Nuklearbombe in der Sahara mit neuen Wirtschaftsmaßnahmen zu beantworten, die sich gegen die französischen Interessen richten. Wahrscheinlich werde einer der ersten Schritte sein, die gesamte Erdölindustrie Algeriens, die bislang französischen Monopolen gehört, zu verstaatlichen. Die Verstaatlichung werde nach der Wiederaufnahme der Nukleartests durchgeführt werden.

F. Castro sagte weiter, Ben Bella habe angeblich eine gewisse Unzufriedenheit mit dem sowjetischen Botschafter in Algier zum Ausdruck gebracht, der nach Ansicht Ben Bellas ein unnötig förmlich auftretender Beamter, ein steifer Politiker und ein Mann ist, dem die Fähigkeit abgehe, rasch und leicht Kontakt zu Leuten der neuen Gruppe aufzunehmen, die in Algerien nach dem Sieg der nationalen Befreiungsbewegung an die Macht gekommen sind.

⁷² Kubanischer Botschafter in Algerien.

⁷³ Die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (FNLA) konstituierte sich 1958. Nach einer Revolte von Baumwollpflückern und den anschließenden gewaltsamen Unruhen in der Hauptstadt Luanda begannen 1961 bewaffnete Aktionen gegen Regierungsposten und Bauernhöfe weißer Kolonisten. Die erst wenige tausend Mann zählenden Kämpfer gegen die portugiesische Herrschaft gingen brutal gegen die Weißen und ihre einheimischen Helfer vor und verschonten auch Frauen und Kinder nicht. Damit riefen sie eine Gegenoffensive der Kolonialmacht hervor, die sie zwar in Bedrängnis brachte, aber nicht auszuschalten vermochte.

Auch teilte F. Castro mit, dass Ben Bella dem kubanischen Botschafter Jorge Sergera gesagt hat, die Ermittlungen im Fall des Mörders des algerischen Außenministers hätten ergeben, dass der Mörder einige Tage vor dem Anschlag mit dem TASS-Korrespondenten⁷⁴ in Algier zusammengetroffen sei. Diese Information habe Ben Bella bei einer von ihm selbst durchgeführten Vernehmung erhalten. Die algerische Regierung beabsichtige aber nicht, sie zu veröffentlichen, weil es sich nicht ausschließen lasse, dass dies ein Manöver der imperialistischen Geheimdienste ist, um damit einen Keil in die Beziehungen zwischen Algerien und der UdSSR zu treiben. Es sei aber zu berücksichtigen, dass es dies offensichtlich gegeben hat, und die sowjetische Regierung sollte sich darauf einstellen.

Chruschtschow sagte, er werde sich mit der Frage befassen und die Angelegenheit klären, wobei er nochmals betonte, dass es nicht sinnvoll sei, angesichts solcher Bedingungen nach Algerien zu reisen. Es sagte zudem, F. Castro könne im persönlichen Schreiben an Ben Bella zu seiner abschließenden Reiseentscheidung diesem mitteilen, seiner Bitte um sowjetische Waffen werde entsprochen. „Möge dies“, bemerkte N. S. Chruschtschow scherzhaft, „unser beider Preis für die Absage Ihrer Reise nach Algerien sein. Das bereitet uns natürlich zwar einige Kosten, aber dafür bleibt uns das Wichtigste unbeschadet erhalten, nämlich Ihr Kopf, auf den die Chefs der imperialistischen Geheimdienste offenbar eine große Summe ausgesetzt haben“.

Castro bat N. S. Chruschtschow um seine Meinung hinsichtlich der künftigen politischen Entwicklung des afrikanischen Kontinents, wobei er bemerkte, dass er selbst die Perspektiven eines raschen politischen Fortschritts⁷⁵ bei einer Reihe von afrikanischen Staaten sehr kritisch beurteile, von denen nach Castros Ansicht Algerien womöglich das revolutionärste Land im besten Sinne des Wortes sei. Es sei ein Land, auf das man sich stützen könne, und es sei zu hoffen, dass diese Revolution unter bestimmten Umständen und mit einer gewissen Hilfe sehr gute Ergebnisse erzielen könne.

Chruschtschow sagte, dass die in den letzten Jahren stürmisch verlaufende Befreiung der afrikanischen Länder nicht immer die gewünschten Ergebnisse erbracht hat. Dabei hätten viele Faktoren eine Rolle gespielt: die große Erfahrung der Kolonialmächte, denen es darum gehe, ihre Lakaien an der Spitze der jungen afrikanischen Staaten zu belassen, der von ihnen geschürte Rassenstreit, die organisatorische Schwäche der fortschrittlichen Kräfte usw. Im Ergebnis all dessen scheint es mir, sagte N. S. Chruschtschow, dass Afrika als Kontinent noch ein langer Entwicklungsweg im politischen Sinne bevorsteht; die afrikanischen Völker müssen erst noch herausfinden, welche ihrer politischen Führer ihre Interessen vertreten, und wer die Marionetten und Speichellecker der imperialistischen Mächte sowie die Verteidiger der Interessen der eigenen „schwarzen“ Bourgeoisie sind. Sie müssen sich ebenso erst noch davon überzeugen, dass nicht alle Weißen Ausbeuter und nicht alle Schwarzen Ausgebeutete sind, und dass es auch unter

⁷⁴ TASS war die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur.

⁷⁵ Nach sowjetischer Auffassung konnte von einer fortschrittlichen Orientierung generell nur so weit die Rede sein, wie man glaubte, dass die Entwicklung auf das sozialistische System zulaufe.

den Negern Werktätige und eine Bourgeoisie gibt. Ihnen steht noch der Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus im schlimmsten Sinne des Wortes und gegen politische Prostituierte vom Schlage eines Sékou Touré⁷⁶ usw. bevor.

Mit einem Wort kann man also sagen, dass die Befreiung [der afrikanischen Völker] leicht gewesen ist, aber es wartet auf sie ein schwerer Kampf, und es stehen ihnen soziale Kämpfe bevor. Das ist eine unausweichliche Etappe, und Afrika wird sie durchstehen.

Castro brachte sein völliges Einverständnis mit der Ansicht N. S. Chruschtschows über die politische Zukunft Afrikas zum Ausdruck und dankte ihm für seine Meinung.

Chruschtschow berichtete von der umfangreichen Wirtschaftshilfe, welche die Sowjetunion den jungen afro-asiatischen Ländern erweist, die gerade erst den langen Weg des wirtschaftlichen Fortschritts beschritten haben. Dabei betreiben wir aber, bemerkte N. S. Chruschtschow, eine sehr vorsichtige Politik, damit unsere Feinde auf keinen Fall sagen können, dass wir uns mit unserer wirtschaftlichen Hilfe in das innere Leben des einen oder anderen Landes einmischen oder gar mit unserer Hilfe politischen Druck auf seine Regierung ausüben. Wir leisten wirtschaftliche Hilfe ohne politische Vorbehalte und zu günstigen Bedingungen und haben dabei das aufrichtige Bestreben, ihnen zu helfen, auf die Beine zu kommen.

N. S. Chruschtschow berichtete, die Sowjetunion halte generell an der Politik der völligen Nichteinmischung in die wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten fest, so sind zum Beispiel alle Konzessionen aufgelöst worden, welche die Sowjetunion früher einmal in anderen Ländern besaß; die Sowjetunion übernimmt nicht die Verwaltung der Bauwerke, die von unseren Fachleuten in den Ländern des afro-asiatischen Blocks errichtet werden wie beispielsweise Assuan⁷⁷ und Bhilai⁷⁸ usw.; alle gemischten Gesellschaften sind aufgelöst, deren Entstehung Stalin seinerzeit forciert hatte und die wir dann liquidiert haben.

Castro bemerkte in diesem Zusammenhang, es sei zwischen Kuba und der Sowjetunion eine Zeitlang offenbar aus Unachtsamkeit führender sowjetischer Politiker zu einem kleinen Missverständnis gekommen, das sich darauf zurückführen lasse, dass die sowjetische Seite in der Vorbereitungsphase zum Bau des Fischereihafens in Havanna im entsprechenden Vertrag vorschlug, als Baustellenleiter einen sowjetischen Verwalter zu ernennen. Ich, sagte *Castro*, wandte mich damals gegen diesen Punkt des Dokuments und berief mich darauf, dass es bei einer derartigen Regelung der Verwalterfrage zu unerwünschten Konflikten zwischen den kubanischen Arbeitern und dem sowjetischen Verwalter (aufgrund ihrer

⁷⁶ Ahmed Sékou Touré wurde Präsident von Guinea, als dieses Land 1958 von Frankreich die Unabhängigkeit erhielt. Er war ein heftiger Gegner des französischen Staatspräsidenten de Gaulle und hatte bei der Abstimmung über angebotene Zugehörigkeit zur locker strukturierten Union française sich für das ablehnende Votum eingesetzt, wofür dann auch die Bevölkerungsmehrheit gewonnen wurde.

⁷⁷ Für den Bau des Assuan-Staudamms erhielt der ägyptische Präsident Nasser 1956 sowjetische Unterstützung.

⁷⁸ Im indischen Bhilai errichtete die UdSSR ein großes Stahlwerk.

Nationalität und Staatsangehörigkeit) kommen könne. Ich habe mich beharrlich dagegen gewandt und mich um die Ernennung eines kubanischen Genossen zum Verwalter bemüht, für den es einfacher, natürlicher und leichter ist, mit den kubanischen Arbeitern Probleme zu lösen, welcher Art sie auch sein mögen.

Chruschtschow bemerkte, dies habe in der Tat nur wegen einer gewissen Unachtsamkeit seitens der führenden Genossen geschehen können, denn die generelle Linie der sowjetischen Regierung in dieser Frage sei, auf keinen Fall Führungsposten mit sowjetischen Fachleuten zu besetzen. Sie sollen bauen, nicht aber die Baustelle administrativ leiten.

Zum Abschluss des Gesprächs sagte *F. Castro* zu Nikita Sergejewitsch [*Chruschtschow*], er würde ihm gerne seine Meinung über Sukarno⁷⁹ mitteilen.

F. Castro sagte, Sukarno habe auf ihn bei seinem Besuch auf Kuba einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht. Ihm, *Castro*, sei aufgefallen, dass Sukarno an keiner einzigen Errungenschaft der kubanischen Revolution interessiert war, er habe kein einziges Mal eine Kooperative oder ein Volksgut besucht [und] keine Neubauten Kubas [oder] Schulen besichtigen wollen. Er beschränkte sich vielmehr auf eine rein touristische Reise durch das Land, und die Kubaner seien etwas gekränkt gewesen, dass der führende Politiker eines großen Landes seinen Besuch so gestaltete, als wäre er ein bloßer Tourist.

Zudem habe das ständige und demonstrative Geschwätz Sukarnos über Frauen, seine Verhältnisse mit ihnen usw. einen unangenehmen Eindruck hinterlassen. Seine Lüsterheit gehe auf die Nerven.

Chruschtschow bemerkte, dass wir Sukarno als führenden Politiker vor allem deswegen unterstützt haben und weiter unterstützen, weil es in Indonesien gegenwärtig keine andere Führerpersönlichkeit gebe, die den allgemeinen Kurs Sukarnos⁸⁰ mit mehr Ernst realisieren oder eine radikalere revolutionäre Politik durchsetzen könnte. Zu Sukarno wäre die einzige Alternative wohl Nasution⁸¹,

⁷⁹ Als führender Politik der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung gegen die niederländische Kolonialmacht hatte sich Achmed Sukarno in den 1930er Jahren dazu veranlasst gesehen, ins Exil zu gehen. Nach der Eroberung seines Landes durch Japan kehrte er dorthin zurück und arbeitete mit den – die nationalen Bestrebungen unterstützenden – Besatzungsbehörden zusammen. Nach der japanischen Kapitulation proklamierte er zusammen mit Mohammed Hatta die Unabhängigkeit. Die niederländische Regierung war zu deren Anerkennung nicht bereit und schickte Truppen, sah sich aber dazu 1949 aufgrund ihrer Niederlage gezwungen, und Sukarno wurde der erste Präsident des neuen Staates.

⁸⁰ Damit war die Politik der Blockfreiheit gemeint, zu deren führenden Vertretern Sukarno gehörte und von der sich Chruschtschow nicht nur die Schwächung des westlichen Einflusses in der Dritten Welt, sondern auch ein allmähliches Einschnwenken der zum blockfreien Lager gehörenden Länder auf das Sowjetsystem versprach.

⁸¹ General Abdul Haris Nasution war der Held des Unabhängigkeitskrieges von 1945 bis 1949. Im August 1950 geriet er mit Sukarno in Streit, weil er die Streitkräfte zum Zweck ihrer Modernisierung verkleinern wollte, während sich der Präsident dagegen wandte, um die Posten seiner politischen Klienten nicht zu gefährden. Am 17. September 1952 startete Nasution einen Putsch, den Sukarno jedoch durch eine Massenmobilisierung der Bevölkerung zum Scheitern brachte. Der General wurde entlassen. Als nach der Wiederwahl des Präsidenten 1955 große Unruhe im Land herrschte, sah sich dieser im November dazu veranlasst, Nasution wieder als Chef der Streitkräfte einzusetzen. In dieser Eigenschaft schlug dieser eine Rebellion, die der US-Geheimdienst CIA aus Sorge über den im Lande wachsenden kommunistischen Einfluss unterstützt hatte, blutig nieder. Am 22. Juni 1962 wurde der General erneut seines Amtes enthoben.

der jedoch ein offenkundiger Lump sei. In dieser Hinsicht sei Sukarno das weit-aus kleinere Übel, und man müsse ihn unterstützen.

N. S. Chruschtschow berichtete ausführlich, welche diplomatische Unterstützung die Sowjetunion den Indonesiern im Kampf um die Rückgewinnung von Westirien⁸² und in anderen Fragen erwiesen hat und weiter erweist. Er erzählte von der besonderen Hilfe, welche die UdSSR leistet (Ausbildung von U-Boot- und Flugzeugbesatzungen usw.). Alles das tun wir, bemerkte N. S. Chruschtschow, im Namen des indonesischen Volkes und Indonesiens, das wir gegen die Imperialisten unterstützen. Sollte es einen besseren, seriöseren und wirkungsmächtigeren Politiker als Sukarno geben, werden wir diesen Sohn des indonesischen Volkes unterstützen.

Sie haben richtig bemerkt, dass Sukarno ein Schürzenjäger und Schauspieler ist. Was für ein Führer zum Teufel ist er denn! Doch muss man, ich wiederhole, die Umstände berücksichtigen und die Gründe unserer Unterstützung für Sukarno richtig verstehen.

Der Botschafter der UdSSR auf Kuba,
A[leksandr] I. Aleksejew, war bei dem Gespräch zugegen.
Aufgezeichnet von N[ikolaj] S. Leonow
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 573, Bl. 45-55

5. Gespräch Chruschtschows mit dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Berthold Beitz, am 14. Mai 1963

Chruschtschow: Was haben Sie Gutes aus Bonn mitgebracht, Herr Beitz?

Beitz: Vor meiner Abreise hat der Außenminister der BRD, [Gerhard] Schröder, in einer Rede gesagt, er würde eine Entwicklung des Handels mit den Ländern Osteuropas begrüßen.⁸³ [Alfried] Krupp [von Bohlen und Halbach] und ich⁸⁴ verfolgen seit langem diese Linie. Ich denke, dass sich auch andere Mitglieder unserer Regierung schließlich auf einen derartigen Standpunkt stellen werden.

⁸² Die Westhälfte der Insel Neuguinea hatte zusammen mit dem benachbarten Indonesien zum Kolonialreich der Niederlande gehört und war 1949 dessen neuem Staat zugeschlagen worden, hatte aber eine Bevölkerung ohne Gemeinsamkeit mit den Indonesiern. Diese fühlte sich daher einer Fremdherrschaft unterworfen. Ein Aufstand hatte zum Ende des indonesischen Regimes geführt, doch war die Regierung in Djakarta nicht zur Anerkennung des damit geschaffenen Zustandes bereit und schickte Truppen, um die aufständische Provinz zurückzuerobern.

⁸³ Diesem ersten Hinweis auf die Umorientierung des Außenministers, der Ende 1961 sein Amt angetreten hatte, folgte Ende Mai 1963 in der Abtei Maria Laach eine Beratung mit einem kleinen Kreis von Mitarbeitern über neue Wege in der Ostpolitik. Die Beteiligten waren sich einig, dass zwar die auf östlicher Seite geforderte Anerkennung der DDR nicht in Betracht komme, aber die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten anzustreben sei, denn der Handel würde zur Annäherung und zu besserem gegenseitigen Verständnis führen. Auf dem 11. Bundesparteitag der CDU in Dortmund vom 2. bis 5. Juni 1963 stellte Schröder seine Thesen vor und stieß bei vielen Delegierten auf heftigen Widerstand. Außensten des Koalitionspartners FDP und der sozialdemokratischen Opposition dagegen fand er Beifall.

⁸⁴ Alfried Krupp von Bohlen und Halbach war der Enkel und Nachfolger des gleichnamigen Firmengründers, Berthold Beitz der Bevollmächtigte und faktische Leiter der Firma.

Adenauer wird gehen,⁸⁵ und unter dem neuen Kanzler werden sich wahrscheinlich Gelegenheiten ergeben, eine neue Etappe in unseren Beziehungen einzuleiten.

Chruschtschow: Unsere Beziehungen mit Bonn befinden sich seit langem in keinem funktionsfähigen Zustand. Ich denke, dass der Kanzler das auch so sieht und begreift, aber jetzt kann er nichts mehr daran ändern.

Gestatten Sie mir, meine Gedanken ganz aufrichtig darzulegen. Wie Sie sie aufnehmen und wie Sie mit dem umgehen, was ich sagen werde, ist dann Ihre Sache.

Lassen Sie uns die Situation analysieren, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Welche Haltung hat die Regierung der BRD eingenommen und zu welchen Ergebnissen hat die Politik geführt, die von ihr betrieben wurde? Für eine derartige Haltung gab es angesichts der Bedingungen, die nach dem Krieg entstanden waren, durchaus Gründe und Rechtfertigungen. Damit will ich nicht sagen, dass ich die Politik Bonns für richtig halte. Gegenwärtig ist es sogar für die Vertreter dieser Politik offensichtlich, dass sie ein völliges Fiasko erlitten hat.

Was meine ich damit konkret? Der Krieg war beendet. Deutschland hatte eine Niederlage erlitten. Unter den Alliierten setzte eine Umgruppierung der Kräfte ein. Einige Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition, Gegner Deutschlands im Krieg, wurden zu Verbündeten Westdeutschlands. Das Ergebnis war die Spaltung Deutschlands, es entstanden zwei deutsche Staaten. Wir werden jetzt nicht untersuchen, was die Ursache dafür war, wer diese Spaltung angefangen hat – darum geht es [hier] nicht. Doch die Existenz zweier Deutschlands ist eine vollendete Tatsache. Die Bonner Regierung, an deren Spitze Adenauer steht, hat sogleich Kurs genommen auf die Schaffung eines vereinigten kapitalistischen deutschen Staates. Und das ist verständlich, auch wenn wir andere politische Ansichten haben als Adenauer. Ich denke, auch Adenauer wundert es nicht, dass wir gern ein anderes Deutschland sehen würden, weil wir die Schaffung eines sozialistischen Deutschlands für eine gute Entscheidung halten. Das ist gesetzmäßig [so].⁸⁶

Westdeutschland konnte nicht einmal im Traum daran denken, dass es ihm gelingen wird, seine Ziele im Alleingang zu verwirklichen, deswegen nahm es Kurs auf eine Annäherung an seine ehemaligen Gegner im Westen und schloss mit ihnen ein Bündnis. Wir haben dafür Verständnis. Vom Standpunkt Adenauers gesehen, gab es keinen anderen Ausweg, besonders wenn man sein Ziel berücksichtigt – die Wiedervereinigung Deutschlands durch Schlucken der DDR. Adenauer hat begriffen, dass damit nur dann zu rechnen ist, wenn man sich auf Stärke⁸⁷ stützt. Und dazu war die Unterstützung seitens der USA, Englands und Frankreichs nötig. Adenauer hat gehofft, wenn er von der Position der Stärke aus

⁸⁵ Nachdem die CDU bei den Bundestagswahlen im Herbst 1961 die zuvor erzielte absolute Mehrheit nicht mehr erreicht hatte, war der Bundeskanzler auf einen Koalitionspartner angewiesen. Die FDP, deren Wahlkampf mit der Forderung geführt worden war, Adenauer (damals schon fast 86 Jahre alt) müsse sein Amt abgeben, hatte in den Verhandlungen die Zusage seines Rücktritts nach zwei Jahren – also im Herbst 1963 – durchgesetzt.

⁸⁶ Gemeint ist, dass die Unterschiedlichkeit der beiderseitigen Standpunkte auf historischer Gesetzmäßigkeit beruhe.

⁸⁷ Das hier von Chruschtschow verwendete Wort *sila* bedeutet Stärke, Macht (im Sinne von Durchsetzungsfähigkeit) oder auch Gewalt (als Mittel der Durchsetzung von Zielen).

agiere, könne er die Sowjetunion zum Zurückweichen sowie zum Verzicht auf die Unterstützung der DDR nötigen und auf diese Weise erreichen, dass die DDR liquidiert und von Westdeutschland geschluckt wird.

Beitz: Adenauer ist klug genug, um nicht bei der Verwirklichung dieses Ziels auf die Anwendung von Gewalt⁸⁸ zu setzen.

Chruschtschow: Mitunter machen auch kluge Leute Dummheiten. Ich denke aber, dass dies von seiner Seite keine Dummheit war. Es ist zu berücksichtigen, dass in den ersten Nachkriegsjahren die Vereinigten Staaten die einzige Nuklearmacht waren und eine reale Macht⁸⁹ bildeten, mit der man rechnen musste. Stalin hat damit gerechnet.

So waren die Verhältnisse, die nach dem Krieg entstanden waren. Die weitere Entwicklung hat zu der jetzigen Lage geführt. Jetzt begreift Adenauer bereits, dass in der heutigen Zeit die Politik aus der Stärke⁹⁰ heraus ihren Sinn verloren hat, vor allem wenn man sich das Endergebnis einer derartigen Politik, die Folgen eines Krieges für Deutschland, vor Augen hält. Adenauer hat seinerzeit zur Verteidigung gegen unsere Vorwürfe, seine Regierung betreibe eine Politik der Revanche und des Krieges, gesagt, er sei nicht wahnsinnig und begreife, dass im Falle des Ausbruchs eines Krieges der Untergang Westdeutschlands besiegelt wäre.

Beitz: So denkt außer Adenauer auch die deutsche Bevölkerung zu 95 Prozent.

Chruschtschow: Ich will damit betonen, wie sich die Meinungen ändern. Zuerst gab es diese Ansicht von der Kriegsgefahr noch nicht. Sie ist erst später entstanden.

Als die USA und Frankreich wegen der Kernwaffen im Streit miteinander lagen, haben die Amerikaner argumentiert, es sei sicherer, wenn die Kernwaffen in den Händen der USA seien und die anderen Länder nicht darüber verfügten. Das sei eine bessere Garantie dafür, dass nicht durch Zufall ein Krieg ausbricht. Die Franzosen legten den Standpunkt von de Gaulle dar und antworteten, sie begriffen ihre Lage genau so gut wie die Amerikaner und seien sich dessen bewusst, dass im Kriegsfall Frankreich zugrunde gehen würde. Dies zeigt, dass sich jetzt sowohl de Gaulle als auch Macmillan und Fanfani der Kriegsgefahr bewusst sind. Ich nenne sie, weil sie die Regierungschefs sind. Aber dieser Gefahr ist sich auch die Mehrheit der vernünftigen Menschen bewusst.

Beitz: Als ich auf die 95 Prozent der Deutschen hingewiesen habe, bin ich davon ausgegangen, dass die restlichen 5 Prozent nicht fähig sind, vernünftig zu denken.

Chruschtschow: Deswegen spreche ich vom völligen Scheitern der Politik, die das Ziel verfolgt, die DDR aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszureißen, die DDR als Staat zu liquidieren und eine einheitliche kapitalistische Macht dadurch

⁸⁸ Im russischen Originaltext: *sila*.

⁸⁹ Im russischen Originaltext: *sila*.

⁹⁰ Im russischen Originaltext: *sila*.

zu schaffen, dass man sich auf Gewalt⁹¹ und Verbündete stützt, die diese Politik unterstützen und das Ziel verfolgen, das sozialistische Lager zu schwächen.

Die Führer Westdeutschlands haben sich auch darauf verlassen, dass die DDR nicht mit den inneren Schwierigkeiten fertig wird und zusammenbricht.

Man muss sagen, dass die BRD und die DDR nach dem Krieg unterschiedlichen Bedingungen unterlagen. Die Schwerindustrie und die Energiewirtschaft waren hauptsächlich in Westdeutschland konzentriert. Die Industrie der DDR brauchte westdeutsche Kohle, Metall [und] Werkbänke. Die BRD hat von ihren westlichen Verbündeten, vor allem von den USA, viel Hilfe bekommen. Die amerikanischen Monopole haben sich am Krieg bereichert und ihre Industrie entwickelt. Nach dem Ende des Krieges standen sie vor der Aufgabe, die Industrie und den Absatzmarkt neu zu gestalten. Der Marshall-Plan wurde ausgearbeitet, der es den amerikanischen Monopolen erlaubt hat, in der Nachkriegszeit gut an der Misere in Europa zu verdienen. Die Hilfe für Europa erfolgte auf staatlicher Ebene, die Gewinne aus den Aufträgen aber strichen die Privatfirmen ein. Die amerikanische Hilfe trug zur schnellen Erneuerung der Ausrüstungen der Betriebe Westdeutschlands und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.

Die DDR konnte auf der Grundlage der eigenen inneren Ressourcen keine derartige Erneuerung vornehmen. Die Sowjetunion konnte ihr in den ersten Jahren auch keine Hilfe leisten, weil sie selbst erst die Folgen der Zerstörungen beseitigen musste, die ihr durch den Krieg und die Besetzung der Ukraine und anderer Regionen zugefügt worden waren. Für die DDR ergaben sich für den wirtschaftlichen Wettbewerb mit der BRD ungünstige historische Bedingungen. Es ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass es in Berlin lange Zeit eine offene Grenze gab, was der DDR große Schwierigkeiten bereitete. Der Westen hatte die Möglichkeit, in die DDR Leute zur Desorganisierung ihrer Wirtschaft einzuschleusen.

Beitz: Über West-Berlin gingen viele, insbesondere Jugendliche, in die BRD, was der DDR große Schwierigkeiten bei den Arbeitskräften bereitete. W[illi] Stoph hat mir gesagt, dass in der DDR große Anstrengungen zur Ausbildung von Fachkräften gemacht wurden, diese Leute dann jedoch in den Westen gingen.

Chruschtschow: Das sehe ich auch so. Man muss sagen, dass die Schwierigkeiten, auf welche die DDR gestoßen ist, vorübergehender Natur waren. Doch viele haben das nicht begriffen, was zu dem bekannten Verhalten führte, das diese Schwierigkeiten verschärfte. Jetzt ist dieser Prozess gestoppt worden,⁹² und die DDR hat Stabilität erlangt. Ich bin sicher, dass die wirtschaftliche Kraft der DDR zunehmen wird und dass sich ihre Lage stabilisiert.

Damit ist die Rechnung, dass die DDR der inneren Auflösung verfällt und wirtschaftlich wie politisch zusammenbricht, ebenfalls nicht aufgegangen. Die

⁹¹ Im russischen Originaltext: *sila*.

⁹² Dabei hatte Chrusčëv die Schließung der Sektorengrenze in Berlin am 13. August 1961 im Auge, die nach der Schließung der Grenze zur Bundesrepublik am 25. Mai 1952 das Schlupfloch der Flüchtlinge gewesen war.

Zeit arbeitet jetzt nicht mehr für den Westen. Die Pläne, das Problem der Wiedervereinigung von der Position der Stärke aus zu lösen, und die Hoffnung, dass die DDR im Innern zusammenbricht, sind als endgültig begraben anzusehen. Wenn die verantwortlichen Politiker der BRD auch zu diesem Schluss gelangen würden, müssten sie von dieser Position aus Wege der Annäherung zwischen der BRD und der Sowjetunion suchen. Adenauer ist nicht mehr fähig, eine Umorientierung um 180 Grad zu vollziehen. Doch wenn seine Nachfolger die Lage richtig einschätzen sollten, müssten sie sich sagen, dass zwischen unseren Ländern nichts steht, was einer Normalisierung der Beziehungen im Wege stünde. Es ist die Zeit gekommen, die Ausgestaltung unserer gegenseitigen Beziehungen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Bedingungen auf neuer Grundlage in Angriff zu nehmen. Wenn man ein historisches Beispiel heranzieht, kann man sagen, dass man sich um eine gegenseitig vorteilhafte Vereinbarung nach dem Beispiel des Abkommens von Rapallo⁹³ bemühen sollte. Rapallo war kein zufälliges Phänomen. Dieses Abkommen beruhte auf grundlegenden Wirtschaftsinteressen beider Länder, und es war ein voller Erfolg.

Man kann sagen, dass die Bedingungen damals ganz anders waren als heute und dass die damals getroffene Entscheidung nicht für die heutige Situation geeignet ist. Ich meine, dass dies nicht richtig ist. Adenauer ist nicht mehr zur Änderung seiner Politik imstande, er hat dafür weder Möglichkeiten noch Zeit...

Beitz: ...noch Courage.

Chruschtschow: Ich halte es jedoch für möglich, dass seine Nachfolger zu diesem Schluss kommen und begreifen, dass dies nötig ist. Vielleicht wird das nicht der unmittelbare Nachfolger Adenauers sein, doch ich glaube, dass es in Deutschland schließlich solch einen Kanzler geben wird. Sie werden fragen, wieso ich davon überzeugt bin? Deswegen, weil die reale Wirklichkeit, das Interesse des Volkes und des Landes eine Änderung des außenpolitischen Kurses der BRD erfordert. Adenauer stützt sich bei seiner Forderung nach Liquidierung der DDR und Schaffung eines vereinigten kapitalistischen Staates in Deutschland auf seine Verbündeten, auf die USA, auf England, Frankreich [und] Italien. Aber diese Verbündeten wollen keine Wiedervereinigung Deutschlands.

Beitz: Ich bin mit Ihnen einverstanden.

Chruschtschow: Bei meinem Besuch in Frankreich habe ich mit de Gaulle gesprochen.⁹⁴ Er warf Stalin vor, dass die Sowjetunion nach dem Krieg die französischen Ambitionen in Bezug auf die Vereinigung verschiedener deutscher Gebiete mit Frankreich⁹⁵ nicht unterstützt hat. Stalin war dagegen, er hatte dazu

⁹³ Als Staaten, die sich beiderseits von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges in Bedrängnis gebracht sahen, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und ausgedehnten Handel vereinbarten. Der Vertrag war der Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen sowie – unter strenger Geheimhaltung – militärischen Zusammenarbeit.

⁹⁴ Siehe die Protokolle der Gespräche Chruschtschëvs mit Staatspräsident Charles de Gaulle am 24. März und 1. April 1960 in Band 2 dieser Dokumentation (Dokumente Nr. 26 und Nr. 27).

⁹⁵ Der französischen Deutschland-Politik lag in der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Bestreben nach Sicherheit vor einem Angriff zugrunde. Zu diesem Zweck wollte Frankreich die

seine eigene Meinung.⁹⁶ Es ist kaum erforderlich, darüber nochmals zu reden. Die BRD hat einen Vertrag mit Frankreich.⁹⁷

Aber de Gaulle ist als Franzose gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands.⁹⁸ Und ich verstehe Frankreich. Vom Standpunkt eines Franzosen ist das richtig. De Gaulle erklärte, warum er diese Meinung vertritt. Er fürchtet sich vor Deutschland und sagt: Lassen Sie uns die in Deutschland entstandenen Verhältnisse nicht antasten. Soll die DDR im sozialistischen Lager bleiben und die BRD bei uns. Er fürchtet sich vor euch. Und er hat dafür Gründe, weil ihr eine reale Macht⁹⁹ seid. Ich habe ihm gesagt, dass Deutschland schon jetzt stärker ist als Frankreich; ein wiedervereinigtes Deutschland wird aber schon gar nicht mit Frankreich zu vergleichen sein.

Eden, Macmillan und Eisenhower haben die gleichen Ansichten vertreten. Ich habe mit ihnen gesprochen. Mir scheint, dass sich Kennedy diesen Standpunkt ebenfalls angeeignet hat, obgleich ich mit ihm dieses Problem nicht erörtert habe. Als ich mit Eisenhower in Camp David sprach,¹⁰⁰ machte ich ihn auf die Gefährlichkeit einer Aufrüstung der BRD aufmerksam und fragte ihn, warum die Vereinigten Staaten dies unterstützen. Er sagte, Deutschland entwickle sich zum Konkurrenten der Vereinigten Staaten. Würden die Amerikaner die Deutschen nicht zur Politik der Aufrüstung nötigen, würden diese als Konkurrenten erstarken. Deshalb stellen sie sich das Ziel, die Deutschen zu zwingen, so viel Finanzmittel wie möglich für die Rüstung auszugeben. Diese Offenheit hat mich überrascht.

Deswegen unterstützen die Westmächte diese unvernünftige und unrealistische Politik. Aus dem gleichen Grund hat auch niemand Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands.

Andererseits suchen sie durch Unterstützung der unvernünftigen Politik der Regierung Westdeutschlands den Eindruck zu erwecken, als ob sie treue Bündnispartner wären, und sie binden die BRD noch fester an ihren Block. Das ist die politische Seite, es gibt aber auch die wirtschaftliche Seite. Indem die Vereinigten

deutschen Gebiete auf dem linken Rheinufer in die Hand bekommen und entscheidenden Einfluss auf die Kontrolle über das Zentrum der deutschen Schwerindustrie an Rhein und Ruhr nehmen. Deshalb sollte ein Pufferstaat an Rhein und Ruhr geschaffen werden, der wirtschaftlich an Frankreich gebunden sein würde. Durchgeführt werden konnte freilich nur die Abtrennung des Saarlandes, das als eigener Staat konstituiert und in das französische Wirtschafts- und Währungsgebiet eingegliedert wurde.

⁹⁶ Stalin wandte sich, nachdem er einseitig die Abtrennung der deutschen Gebiete jenseits von Oder und (Lausitzer) Neiße festgelegt hatte, gegen weitere Annexionen. Die Westzonen, über deren Geschick nach seiner Ansicht die dortigen Besatzungsmächte nur im Einvernehmen mit ihm entscheiden durften, sollten keine Gebietsverluste erleiden.

⁹⁷ Chruščëv meinte damit augenscheinlich den – zumeist als Elysée-Vertrag bezeichneten – deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, der eine langfristige Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten vorsah. 1955 hatten beide Seiten sich in Übereinstimmung mit dem Ergebnis einer Volksabstimmung auf die Rückkehr des 1945 abgetrennten Saarlandes nach Deutschland geeinigt.

⁹⁸ Dies entspricht nicht der tatsächlichen Ansicht des französischen Staatspräsidenten. Als Politiker, der in nationalen Kategorien dachte, glaubte de Gaulle nicht, dass die Deutschen auf Dauer an nationaler Vereinigung gehindert werden könnten. In den beiden Gesprächen mit Chruščëv am 24. März und 1. April 1960 betonte er, es sei entscheidend, dass Deutschland auf der Seite Frankreichs stehe.

⁹⁹ Im russischen Originaltext: *sila*.

¹⁰⁰ Während des Besuchs in den USA vom 15. bis 27. September 1959 war Chruščëv am 26. und 27. September auf Einladung von Präsident Dwight D. Eisenhower in Camp David, wo beide ausführlich miteinander sprachen.

Staaten in den Beziehungen mit uns die Spannungen aufrechterhalten, verschaffen sie sich die Möglichkeit, auf ihre Verbündeten Druck auszuüben und eine Aufstockung der Streitkräfte zu fordern, womit sie die Konkurrenzfähigkeit dieser Länder schmälern. Die Vereinigten Staaten haben beispielsweise die Aufstellung von 12 westdeutschen Divisionen erreicht. Jetzt fordern sie eine weitere Erhöhung der Anzahl der Divisionen.

Beitz: Das wird niemals geschehen.

Chruschtschow: Doch es stellt sich die Frage, welchen Sinn eine Erhöhung der Anzahl der Divisionen hat. Vor dem Ersten Weltkrieg wollte der Kaiser so viel Soldaten wie möglich unter Waffen haben. Damals entschied die Anzahl der Soldaten in gewissem Ausmaß den Ausgang des Krieges. Doch schon im Zweiten Weltkrieg hatte die Technik entscheidende Bedeutung. Wenn ein dritter Weltkrieg ausbricht, welche Bedeutung wird dann vor dem Hintergrund der Kernwaffen die Anzahl der Divisionen aufseiten der BRD haben? Denn 10 Atombomben reichen aus, um ganz Deutschland außer Gefecht zu setzen. Bei einer 100-Megatonnenbombe reicht eine einzige aus. Aber beunruhigen Sie sich nicht, wir werden so eine Bombe nicht über Deutschland abwerfen, weil es in diesem Fall schwierig wäre, die Sicherheit unserer Truppen zu gewährleisten. Solche Bomben muss man auf [weit] entfernte Ziele werfen. Aber eine 50-Megatonnenbombe passt genau in die Grenzen Deutschlands.

Beitz: Die Zündung einer so starken Bombe würde die Bevölkerung der DDR, der Tschechoslowakei, Polens und anderer Nachbarländer der Gefahr radioaktiver Niederschläge aussetzen.

Chruschtschow: Deshalb habe ich auch gesagt, dass wir keine 100-Megatonnenbombe einsetzen werden. Ich sage das [nur] deshalb, um die Unsinnigkeit der Politik der BRD gegenüber der Sowjetunion klar zu machen. Eine derartige Politik ist für Westdeutschland nachteilig, sie entspricht nicht seinen Interessen. Die Vereinigten Staaten bemühen sich, die Spannungen in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen aufrechtzuerhalten, und versuchen auch auf unsere Wirtschaftsbeziehungen Einfluss zu nehmen mit dem Ziel, sie zu verschlechtern. Ich will damit deutlich machen, dass sich die Interessen der USA und die Interessen der BRD in Bezug auf die Beziehungen zu uns unterscheiden. Nur eins lässt die westlichen Verbündeten zusammenrücken: der Hass auf die neue Gesellschaft, auf den Sozialismus und Kommunismus. Angst und Hass vereint alle Imperialisten, die amerikanischen, englischen, französischen, deutschen, italienischen. Aber ich denke, dass dies nicht das Wichtigste in unseren Beziehungen sein sollte. Schließlich haben die Deutschen seinerzeit keine Angst davor gehabt, den Vertrag in Rapallo zu schließen. Der Vertrag war sowohl für Deutschland als auch für die Sowjetunion von Vorteil. Was aber den Meinungsunterschied darüber betrifft, welche Gesellschaftsordnung besser ist, so überlassen wir das der Geschichte, sie wird über uns urteilen. Die westlichen Verbündeten, die uns gegenüber eine aggressive Politik des „kalten Krieges“ betreiben, bemühen sich darum, Westdeutschland von der Verbesserung der Beziehungen zu uns abzuhalten. Das widerspricht den Interessen Deutschlands. Das ist nur für seine Verbündeten von

Vorteil, weil sie daran ein Interesse haben, die BRD zu veranlassen, möglichst viele finanziellen Mittel für die Rüstung auszugeben, seine Wirtschaft zu schwächen und die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern zu behindern.

Beitz: Ich trete für die Entwicklung des Handels mit allen Ländern Osteuropas ein. Seinerzeit habe ich Polen und Ungarn besucht und dort Verhandlungen mit Vertretern der Regierungen geführt.

Chruschtschow: Ich bringe ein konkretes Beispiel, das bestätigt, was ich gesagt habe. Es handelt sich um das Lieferembargo für Röhren an die Sowjetunion. Die Deutschen wurden gezwungen, den Vertrag mit uns aufzukündigen.¹⁰¹ Wir kennen alle Einzelheiten, wir wissen, wie sich dies abgespielt hat. Die Deutschen haben nicht einmal im Traum daran gedacht, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Die Initiatoren waren die USA. Nach der Absage der BRD, die Röhren zu liefern, wandten sich die Engländer an uns mit dem Vorschlag, solche Röhren an die Sowjetunion zu liefern. Anfangs verlangten sie einen höheren Preis, doch später waren sie damit einverstanden, die Röhren zu den gleichen Bedingungen zu liefern wie die Deutschen. Ich habe gesagt, man solle den Engländern danken, ihnen aber keine Aufträge erteilen. Seitdem stellen wir die Röhren selbst her, wir decken unseren Bedarf selbst. Wer hat daraus schließlich Vorteil gezogen? Die Deutschen haben den Schaden gehabt. Die Gewinner waren die Amerikaner.

Beitz: Das Röhrenembargo erwies sich für die Sowjetunion als vorteilhaft. Es veranlasste Sie dazu, die eigenen Werke schneller zu bauen und die Eigenproduktion der Röhren aufzunehmen. Das hat Ihnen Ärger bereitet und Sie gezwungen, schneller zu arbeiten.

Chruschtschow: Tatsächlich sind unsere Arbeiter mit außerordentlicher Begeisterung an die Arbeit gegangen und haben uns über die vorfristige Erfüllung und die Übererfüllung der ihnen gestellten Aufgaben Bericht erstattet.

Beitz: In solchen Fällen hilft die Wut. Als ich ein Junge war und zur Schule ging, wollte ich möglichst viel arbeiten und möglichst viel erreichen, weil ich nicht aus einer reichen Familie stamme, und ich wollte im Leben alles erreichen, was andere Kinder schon von Geburt an hatten.

Chruschtschow: Ich will sagen, die Interessen unserer Staaten und Völker erfordern, dass Wege für eine Annäherung zwischen uns auf einer realen, vernünftigen

¹⁰¹ Um den Bau der „Freundschaftsleitung“ von den Öl- und Gasfeldern zwischen Wolga und Ural in die DDR (nach Schwedt an der Oder) 1963 abschließen zu können, hatte die UdSSR 1963 mit den westdeutschen Stahlfirmen Mannesmann, Phoenix Rheinrohr und Hoesch die Lieferung von Großrohren vereinbart. Dafür sollte die Bundesrepublik Erdgas erhalten. Vor dem Hintergrund der Berlin-Krise und auf Drängen der USA fasste der NATO-Rat am 21. November 1962 einen Beschluss, dem zufolge derartige Lieferungen zu unterbleiben hatten. Strittig war, ob das auch für Geschäfte galt, die bereits vertraglich besiegelt worden waren. Im vorliegenden Fall bestand die amerikanische Seite darauf und machte geltend, das über die Leitung in die DDR gepumpte Erdöl sei, weil es auch der Versorgung der dort stationierten sowjetischen Truppen diene, ein Faktor von erheblicher strategischer Bedeutung. Adenauer akzeptierte das Argument und setzte sich im Bundestag für die nachträgliche Aufhebung des Vertrages ein. Mit großer Mühe konnte er diesen am 18. März 1963 zu einem – sehr knappen – Votum in diesem Sinne bewegen.

Grundlage gefunden werden. Wie sieht diese vernünftige Grundlage aus? Das ist die Anerkennung der Existenz der zwei deutschen Staaten, die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Anerkennung West-Berlins als unabhängiges deutsches Gebilde mit eigenem Status [sowie] mit eigenem politischem und wirtschaftlichem System. Dieser Stadt wird völlige Zugangsfreiheit und die Nutzung aller Verbindungswege garantiert werden.¹⁰² Es würde vorgesehen werden, dass wir bei Vorliegen entsprechender historischer Bedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands die Vereinigung unterstützen und nicht behindern. So eine Wiedervereinigung ist auf der Grundlage eines Abkommens zwischen beiden deutschen Staaten möglich. Dabei sind wir aber nicht damit einverstanden, eine Befragung der gesamten deutschen Bevölkerung durchzuführen. So eine Befragung ist [erst] möglich, wenn ein einheitlicher Staat mit einem einheitlichen gesellschaftlichen System besteht.¹⁰³ Wir haben es aber hier mit zwei Staaten zu tun. Eine Befragung der Bevölkerung ist keine Grundlage für die Lösung dieses Problems. Die Grundlage kann nur eine vertragliche Vereinbarung zwischen den zwei deutschen Staaten sein. In welcher Form die Vereinigung geschehen wird, ob es eine Konföderation oder ein engeres Bündnis sein wird, ist allein Sache der Deutschen, Sache der beiden deutschen Staaten. Das wird von der zwischen ihnen getroffenen vertraglichen Vereinbarung abhängen.

Wir meinen, es wäre gut, wenn in dieser Frage die Deutschen, und nicht die Amerikaner, Engländer oder Franzosen, die Initiative ergreifen würden. Ich spreche von den Deutschen, weil die Verbündeten der BRD nicht an der Lösung dieser Frage interessiert sind, sie sind eher am Gegenteil interessiert. Darin sind sich alle Ihre Verbündeten einig. De Gaulle erklärte offen, dass er die bestehenden Grenzen de facto anerkennt. Er erkennt die Demarkationslinie zwischen den beiden deutschen Staaten an.¹⁰⁴ Die Verbündeten erkennen ebenfalls an, dass West-Berlin von der BRD unabhängig ist.¹⁰⁵ Sie sagen aber, wozu solle man das alles rechtlich fixieren. Es sei besser, alles so zu lassen, wie es ist. Wenn jedoch eine solche Konstellation existiert, warum bringt man sie dann nicht in eine rechtliche Form? Die Verbündeten befürchten, dass sich die Deutschen dann von ihnen lossagen und sie zum Teufel jagen werden. Das Einzige, was die BRD mit der NATO verbindet, ist [die Tatsache], dass all diese Fragen nicht geregelt sind.

¹⁰² Die – von anderen Staaten einschließlich der UdSSR oder auch von der UNO zu übernehmende – Garantie sollte die Möglichkeit einer Blockade ausschließen, aber mit der Kontrolle seitens der DDR aufgrund der von ihr getroffenen Regelungen einhergehen.

¹⁰³ Nach Chruschtschows ideologisch bestimmter Überzeugung war zu erwarten, dass sich der Sozialismus früher oder später auch in Westdeutschland durchsetzen würde, so dass dann die Wiedervereinigung stattfinden könne.

¹⁰⁴ Der französische Staatspräsident hielt aber gegenüber Chruschtschow ausdrücklich an der Perspektive einer späteren Vereinigung fest, denn für ihn – als einem in nationalstaatlichen Kategorien denkenden Politiker – verstand es sich von selbst, dass das deutsche Volk das Ziel der staatlichen Einheit nicht aufgeben werde. Siehe das Gespräch mit Chruschtschow am 24. März 1960 in Band 2 dieser Dokumentation.

¹⁰⁵ Die Westmächte standen auf dem Standpunkt, West-Berlin gehöre rechtlich nicht zur Bundesrepublik, weil es im Unterschied zu ihr dem Besatzungsrecht unterliege, verlangten aber gleichzeitig von der westdeutschen Seite dessen volle Unterstützung vor allem in wirtschaftlicher, finanzieller und sonstiger Hinsicht, hielten also jene engen Verbindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik für unerlässlich, welche die UdSSR für rechtswidrig erklärt und durch die Zuweisung des Status einer „Freien Stadt“ beseitigen wollte.

Die Westmächte fürchten weiter, falls sie gegen den Willen Westdeutschlands¹⁰⁶ auf ein Abkommen mit uns eingehen, wird Westdeutschland die NATO verlassen, und ohne die BRD gibt es keine NATO.¹⁰⁷ Wir streben nicht den Austritt der BRD aus der NATO an. Wir haben das auch Ihren Verbündeten gesagt. Würden jedoch die NATO und die Organisation des Warschauer Paktes aufgelöst, würde das die Atmosphäre bereinigen. Das würde es uns ermöglichen, mit Ihnen [der Bundesrepublik] andere Beziehungen zu unterhalten und engere Wirtschaftskontakte herzustellen. Westdeutschland kann eine große Rolle bei der Belieferung der sich entwickelnden Industrie der sozialistischen Länder spielen. Das deutsche Volk ist ein Volk der Händler und Handwerker. Seinen Wohlstand hat es mit eigenen Händen, durch eigene Arbeit geschaffen. Es verfügt über große Erfahrungen und ein großes Können, und es kann alle seine Qualitäten nutzbringend einsetzen. Die Fortführung einer Politik von der Art, wie sie nach wie vor betrieben wird, entspricht nicht den Interessen Deutschlands. So eine Lage lässt sich nicht länger beibehalten. Es könnte ein Prozess der wirtschaftlichen Isolierung eintreten, und die BRD würde die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern verlieren.

Beitz: Was meinen Sie damit, wenn Sie von Isolierung sprechen?

Chruschtschow: Als Beispiel mag das Röhrenembargo dienen. Ihr habt diese Lieferungen storniert, wir werden an euch keine Aufträge mehr vergeben. Das Gleiche kann auch bei anderen Handelsgütern geschehen, und im Ergebnis wird der Bereich für die Zusammenarbeit eingeschränkt. Wenn Westdeutschland keine Korrektur an seinem außenpolitischen Kurs vornimmt, wird die DDR ebenfalls gezwungen sein, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland zu überprüfen und sich auf andere Länder hin orientieren, die zuverlässigere Garantien für die Erfüllung der Aufträge geben.¹⁰⁸ Wenn aber die deutsche Frage gelöst ist, fallen alle diese Probleme weg. Sie fragen [sich], warum ich Ihnen das alles sage, da Sie doch weder Außenminister noch Kanzler sind. Ich sage das deswegen, weil es ein gutes Samenkorn ist, und es nützt uns, dass es ausgesät wird, damit es heranwächst und sich zum Wohl der Völker entwickelt.

Wir fordern von niemandem Opfer und haben nicht die Absicht, selbst oder auf Kosten unserer Freunde Opfer zu bringen. Mit Gewalt wird man uns nicht von unseren Positionen abbringen. Wir sind doch kein Kind, dem man die Ho-

¹⁰⁶ Dieser Hinweis wurde handschriftlich eingefügt.

¹⁰⁷ Mit dieser Aussage, der zufolge es beim Ringen um die Präsenz der Westmächte in West-Berlin letzten Endes um den Fortbestand der NATO geht, widerspricht Chruščëv seinen vorangegangenen Äußerungen, die Annahme seiner Berlin-Forderungen würden dem Interesse der Westmächte keinen Schaden zufügen und deren Ablehnung sei nur durch Rücksichtnahme auf Adenauer bedingt.

¹⁰⁸ Tatsächlich war dies jedoch keineswegs zu erwarten. Im innerdeutschen Handel gewährte die Bundesrepublik Vorzugsbedingungen wie insbesondere Bezahlung ausschließlich durch Gegenlieferungen und einen zinslosen Überziehungskredit in beträchtlicher Höhe, die nirgends sonst im Westen zu bekommen waren. Als Bonn im Herbst 1960 auf eine politische Maßnahme der DDR mit der Inaussichtnahme der Einstellung des innerdeutschen Handels reagiert hatte, war Ulbricht zuletzt nichts anderes übrig geblieben als nachzugeben. Auch seither waren alle Bemühungen des SED-Regimes gescheitert, sich aus der Abhängigkeit von den Lieferungen aus der Bundesrepublik zu „befreien“.

sen auszieht und ihm eine Tracht Prügel verpasst. Das Kind ist herangewachsen und zu Kräften gekommen. Es kann selbst einen Tritt austeilen, dass es einen von den Füßen reißt. Wir wollen die Annahme unserer Bedingungen nicht erzwingen. Wir bestehen nur darauf, in eine rechtliche Form zu kleiden, was in Potsdam erreicht wurde,¹⁰⁹ wir wollen damit einen Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg ziehen und unsere Beziehungen von vorne [neu] beginnen.

Beitz: Ich danke Ihnen für die offene Darlegung Ihrer Ansichten. Für mich ist das von großem Interesse. Gestatten Sie, dass auch ich mich vollkommen offen äußere. Mir ist nicht klar, warum Sie nicht mit kleinen freundschaftlichen Gesten, die Sie überhaupt nichts kosten, versuchen, den Weg für die Verwirklichung all dessen freizumachen, wovon Sie sprechen. Ich bin Deutscher, geboren bin ich in dem Gebiet der jetzigen DDR. Ich bin der Einzige aus meiner Familie, dem es vor Kriegsende gelungen war, in den Westen zu gehen. Nach dem Krieg habe ich in Hamburg zu arbeiten angefangen. Mir ist nicht klar, warum meine Verwandten nicht aus der DDR hierher kommen können, um mich zu besuchen. Warum erlaubt es die Regierung der DDR nicht, dass eine bestimmte Zahl von Menschen sich monatlich mit ihren Verwandten trifft, die in der DDR leben. Wenn das geschehen könnte, würde das in Westdeutschland großen Eindruck machen. Das ist eine kleine Geste, aber sie hätte günstige Folgen. Beim Treffen mit Stoph¹¹⁰ habe ich gesagt, dass Jahr für Jahr eine sehr große, keiner Kontrolle unterworfenen Zahl von Menschen geboren wird und desgleichen stirbt. Warum versucht man dann aber Begegnungen von Familienangehörigen zu kontrollieren und zu beschränken und Reisen nach Westdeutschland zu diesem Zweck zu verbieten? Warum wollen Sie, Herr Vorsitzender, der Sie ein Mensch mit so breit gefächerten Ansichten sind, der so offen und frei ist, nicht das Einverständnis zur Ausreise der Deutschen geben, die in der Sowjetunion leben? Ich habe gehört, dass hier etwa 9000 Deutsche leben. Warum schickt man sie nicht in die Heimat? Das würde einen großen Eindruck hinterlassen, einen weitaus größeren als fünf Reden oder außenpolitische Dokumente. Ich habe keinen speziellen Auftrag, darüber zu sprechen. Ich lege meine persönliche Meinung dar. So eine Geste von Ihrer Seite würde in Westdeutschland auf positive Resonanz stoßen und diejenigen unterstützen, die für eine Normalisierung unserer Beziehungen eintreten. Das würde großen Widerhall in der Presse der BRD finden und Stimmungen fördern, die dazu beitragen könnten, den Boden für Verhandlungen und Gespräche vorzubereiten. Ihr Ansehen in Westdeutschland ist groß, und neue Schritte von Ihrer Seite würden es erhöhen. Ich bin ein Geschäftsmann, aber ich handele nicht mit Menschen. Ich habe diesen Vorschlag vorgetragen, weil ich den Eindruck habe,

¹⁰⁹ Nach der seit der Pariser Konferenz der vier Außenminister im Sommer 1946 festgelegten sowjetischen Lesart hatte das Potsdamer Abkommen nicht nur die Abtrennung der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und [Lausitzer] Neiße endgültig festgelegt, sondern auch ganz Deutschland dazu verpflichtet, die gleichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungen vorzunehmen, wie die UdSSR sie in ihrer Zone durchführte. Dem lag die ideologisch begründete Auffassung zugrunde, der Kapitalismus sei die Grundlage des vorherigen „faschistischen“ und „militaristischen“ Regimes gewesen. Dieses lasse sich daher nur dadurch zuverlässig beseitigen, dass man seine kapitalistischen Wurzeln entferne.

¹¹⁰ Willi Stoph, Stellv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR.

dass seine Realisierung einen günstigen Einfluss auf unsere Beziehungen nehmen könnte. Ich kenne die Deutschen, ich kenne ihre Gefühle, ihre Eigenheiten, angefangen von meinem Chauffeur bis hin zum Generaldirektor, d. h. [ich kenne] Vertreter aller Bevölkerungsschichten. Deshalb weiß ich, welchen Eindruck solch ein Schritt von Ihrer Seite machen würde. Wir könnten sagen: Seht, die Sowjetunion signalisiert Bereitschaft, mit ihr kann man Verhandlungen führen.

Chruschtschow: Sie haben zwei Fragen angesprochen. Auf die eine Frage kann ich als Vertreter der Sowjetunion antworten. Auf die andere Frage hat Ihnen Stoph offenbar geantwortet. Diese Frage fällt in die Zuständigkeit der DDR, und ich kann sie nicht besser beantworten, als das Stoph getan hat. Ich meine die Frage der Passierscheine, der Reisen, der Treffen mit Familienangehörigen. Da aber diese Frage angesprochen worden ist, kann ich sagen, dass alle diese Fragen anders entschieden worden wären, wenn das Problem der deutschen Friedensregelung gelöst wäre. Momentan sind die Beziehungen gespannt, die Folgen des Zweiten Weltkrieges sind nicht beseitigt. Faktisch befinden wir uns im Kriegszustand¹¹¹ und haben nur einen Waffenstillstand. Im Krieg ist es aber gefährlich, die Frontlinie zu überschreiten. Seinerzeit haben wir mit Adenauer eine Art befristete Regelung unterschrieben,¹¹² einen Friedensvertrag gibt es aber nach wie vor nicht, und im Ergebnis dessen bleibt der unklare Zustand – kein Friede, aber auch kein Krieg – weiter bestehen. Eine solche Situation besteht in unseren Beziehungen zur BRD und zu Japan. Ein Friedensvertrag ist nicht unterzeichnet, doch ihr wollt die Erlaubnis für einen freien Grenzübertritt. Ihr selbst hindert uns daran, weil ihr keinen Friedensvertrag unterschreiben wollt.

Beitz: Ich habe lediglich gebeten zu prüfen, ob es möglich wäre, eine kleinere Geste guten Willens zu zeigen, welche die Bemühungen der vernünftig denkenden Menschen in Deutschland stärken würde. Welche Bedeutung haben diese einige Tausend zählenden Deutschen in der UdSSR? Für Sie sind sie von keinerlei Bedeutung. Aber die Entscheidung, sie ausreisen zu lassen, würde sehr viel für das politische Klima bedeuten. Ich habe keinerlei Auftrag, diese Frage aufzuwerfen. Ich spreche darüber, weil ich mich allein von meinen eigenen Gefühlen leiten lasse. Meiner Ansicht nach ist das eine kleine, unwichtige Frage, die zudem keinen Bezug zum Friedensvertrag hat. So eine Entscheidung würde in der BRD mit Begeisterung aufgenommen werden, eine Welle der Erleichterung auslösen und als Keim der gegenseitigen Verständigung gesehen werden. Und Sie können das tun.

Chruschtschow: Sie sind ein Gefangener der zügellosen Propaganda westlicher Zeitungen. Wir haben die Deutschen nicht, über die in diesen Zeitungen geschrieben wird. Als Adenauer nach Moskau kam, erzielten wir mit ihm eine ver-

¹¹¹ Die UdSSR hatte den Kriegszustand mit Deutschland 1955 schon vor Adenauers Besuch in Moskau für beendet erklärt.

¹¹² Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der sowjetischen Führung und Bundeskanzler Adenauer in Moskau vom 9. bis 13. September 1955 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vereinbart. Ein Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets hatte schon vorher, am 25. Januar 1955, den Kriegszustand mit Deutschland aufgehoben.

tragliche Vereinbarung und schickten sämtliche deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland. Sie sind in die DDR ausgereist, wo man ihnen das Recht gewährte zu wählen, ob sie in der DDR bleiben oder weiter in die BRD fahren wollten. Jetzt werden irgendwelche unbekannten Familiennamen genannt und Listen erstellt. Die Botschaft der BRD übergibt uns solche Listen. Sie sind aber völlig haltlos. Ich versichere Ihnen, dass wir alle Deutschen nach Deutschland entlassen haben. Wir brauchen diese Leute nicht. Ich gebe Ihnen mein Wort, dass es bei uns keine deutschen Staatsbürger gibt.¹¹³

Vor einiger Zeit haben sich die Italiener an uns gewandt, welche die Rückkehr der angeblich in der Sowjetunion befindlichen Kriegsgefangenen forderten. Wir antworteten ihnen, dass es bei uns diese Kriegsgefangenen nicht gibt. Man darf nicht vergessen, dass Krieg war und diese Leute offenbar bereits seit langer Zeit im Grab liegen. Ich selbst war Kriegsteilnehmer. Ich war Zeuge der Offensive unserer Truppen und des Rückzugs der Deutschen. Ich habe Friedhöfe gesehen, welche die Deutschen auf unserem Boden zurückgelassen haben. Sie hatten diese Friedhöfe angelegt, und unsere Leute haben sie zerstört. Das ist verständlich, man muss die Gefühle unserer Menschen berücksichtigen. Aber ich habe bedauert, dass man diese Friedhöfe zerstört hat. Sie wären gute Mahnmale dafür gewesen, wie viele Menschenleben eine falsche Politik Deutschlands gekostet hat.

Selbstverständlich gibt es in der Sowjetunion Personen deutscher Nationalität. Sie leben und arbeiten bei uns. Sie sind aber sowjetische Staatsbürger. Als ich Sibirien besuchte, habe ich solch einen Deutschen namens Becker kennengelernt. Er ist Kommunist und arbeitet in einer Kolchose. Zum Parteitag war er in Moskau.¹¹⁴ Sprechen Sie mit ihm. Ich bin aber überzeugt, dass er nicht in die BRD geht. Sie sprechen von 9000 Deutschen. Wozu brauchen wir sie? Was für eine Rolle spielen sie? Selbst wenn es sie gegeben hätte, so wären es offenbar bereits betagte, nicht-arbeitsfähige Leute. Wir hätten sie ernähren und versorgen müssen. Wir würden sie gern nach Deutschland schicken, damit ihr euch um sie kümmert. Aber wir haben sie nicht.

Beitz: In diesem Fall ist es schade, dass es sie nicht gibt. Wenn es sie gegeben hätte, so hätte man eine Geste guten Willens machen können.

Chruschtschow: Als ich in den USA und in Österreich war, wandte man sich an mich mit Bitten, den Verwandten die Ausreise in diese Länder zu gestatten. Wir suchten bei uns nach diesen Leuten und genehmigten ihre Ausreise. Einige von ihnen kehrten dann zurück. Also glauben Sie mir, in der Sowjetunion gibt es keine deutschen Staatsbürger. Selbst wenn es 9000 sein sollten und sie arbeitsfähig wären, so hätten wir dennoch keine Veranlassung, sie zurückzuhalten. Das Gerede über in der Sowjetunion festgehaltene Deutsche erklärt sich zum Teil durch Irrtümer ihrer Verwandten, und dies wird für Propaganda ausgenutzt.

¹¹³ Im Verlauf der Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau 1957/58 über die konsularischen Beziehungen und die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Kultur gab es heftige Dispute in dieser Frage. Die sowjetische Seite wies die westdeutschen Ersuchen zumeist mit dem Argument zurück, dass die betreffenden Personen sowjetische Staatsbürger seien, auf welche die Bundesrepublik keinen Anspruch erheben könne.

¹¹⁴ Gemeint ist der XXII. Parteitag der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961.

Viele Menschen sind verschollen, aber es gibt keinerlei Gründe, darauf zu hoffen, dass sie am Leben sind. Auch mein Sohn ist verschollen. Er war Pilot. Offenbar ist er im Flugzeug umgekommen, sein Partner, der sich mit ihm im Einsatz befand, sah, dass das Flugzeug langsam im Gleitflug nach unten ging und danach auf dem Boden aufschlug. Offenbar ist er verbrannt. Niemand hat meinen Sohn tot gesehen. Deshalb könnte ich auch an die Deutschen die Forderung richten, meinen Sohn zurückzugeben. Aber ich mache dies nicht, weil ich begreife, dass er gefallen ist.

Beitz: Es betrübt mich außerordentlich, dass es unter meinen Landsleuten vielleicht den Menschen gibt, der am Tod Ihres Sohnes schuld ist.

Chruschtschow: Mein Sohn befand sich im Krieg und nicht auf einem Spaziergang. Er schoss auch auf den Feind. So sind die Gesetze des Krieges.

Beitz: Ich erhebe keinen Anspruch auf irgendetwas Außerordentliches. Ich will lediglich zur Verbesserung des politischen Klimas beitragen. Ich weiß, wie wichtig es ist, ein gutes Klima zu haben, weil das bei den Verhandlungen hilft und dazu beitragen kann, all das zu verwirklichen, wovon Sie in diesem Gespräch gesprochen haben.

Chruschtschow: Ich stimme zu, dass es notwendig ist, eine Verbesserung des politischen Klimas anzustreben, aber nicht auf dieser Grundlage. Lassen sie uns unsere Beziehungen durch eine Ausweitung von Reisen, des Delegationsaustauschs und durch Entwicklung des Handels verbessern. Die Kulturbeziehungen sind derzeit eingefroren. Der Grund dafür ist, dass Westdeutschland gefordert hat, in das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit den Punkt aufzunehmen, dass es sich auch auf West-Berlin erstreckt. Aber selbst die Verbündeten Westdeutschlands verstehen, dass dies nicht möglich ist.¹¹⁵ Aus diesem Grund ist das Abkommen nicht unterschrieben worden. Wir können nicht zustimmen und werden das auch nicht tun. Doch sind wir zum Kultur- und Handelsaustausch mit West-Berlin bereit.¹¹⁶ Die Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern entwickeln sich günstig. Bei den Röhren haben sich die Deutschen zwar die Finger verbrannt, aber wir hoffen, dass sie klüger werden.

Beitz: Krupp stellt keine Röhren her, deswegen betrifft uns das nicht. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, werden Sie keine Röhren mehr im Ausland bestellen.

Chruschtschow: Nein, werden wir nicht.

Beitz: Sie haben sogar von den Engländern keine Röhren genommen?

Chruschtschow: Sowohl die Engländer als auch die Schweden haben sich an uns gewandt. Doch wir haben es abgelehnt, unsere Aufträge zu erhöhen.

¹¹⁵ Davon kann keine Rede sein. Die Verantwortlichkeiten, welche die Westmächte der Bundesrepublik für West-Berlin zuwiesen, betrafen auch die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Stadt. Die UdSSR, die West-Berlin so weit wie möglich zu isolieren suchte, ließ dies nicht gelten.

¹¹⁶ Die sowjetische Führung wollte den Austausch auf eine rechtliche Grundlage stellen, die die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik ausschloss.

Beitz: Unlängst traf ich den früheren Botschafter Kroll. Er bat, Ihnen einen herzlichen Gruß zu übermitteln.

Chruschtschow: Ich bitte Sie, Kroll und seiner Gattin meinen Gruß und die besten Wünsche auszurichten. Ich will überhaupt nichts Schlechtes über Ihren neuen Botschafter [seinen Nachfolger] sagen. Aber Kroll war ein interessanter Botschafter und Gesprächspartner.¹¹⁷ Er war kein Beamter. Er war ein denkender Mensch. Wir waren mit ihm beileibe nicht immer einverstanden, aber mit ihm zu sprechen war interessant.

Beitz: Kroll würde sehr gern in die Sowjetunion reisen, aber Sie verstehen, dass es ihm schwer fällt, privat zu kommen.

Chruschtschow: Ich verstehe seine Lage. Wir hatten mit ihm ein Gespräch über seine Reise in die Sowjetunion, aber er ist gegenwärtig in seinen Entscheidungen nicht frei. Kroll hat die Interessen Deutschlands sehr gut verstanden. Er passte diese Interessen nicht den Interessen anderer Ländern an, sondern verteidigte sie. Offenbar hatte er wohl darum keine guten Beziehungen zu den Botschaftern der Westmächte.

Beitz: Ja, das war so. Und ich denke, dass diese Botschafter auch jetzt beunruhigt sind, weil ich jetzt hier bei Ihnen bin.

Chruschtschow: Ich bin davon überzeugt, dass die Zeit kommen wird und die Deutschen die Lage erkennen, in der sie sind, und die Notwendigkeit einsehen, die Beziehungen zu uns zu verbessern.

Beitz: 95% der Bevölkerung unseres Landes würde es begrüßen, wenn die Atmosphäre der sie umgebenden Angst und der Unsicherheit beseitigt wäre.

Chruschtschow: Ich denke, dass die Deutschen mit dem Abtreten Adenauers die Kraft finden werden, eine richtige Entscheidung zu treffen. Adenauer selbst fühlt sich durch seine Politik bedrückt, aber er kann nichts [mehr daran] ändern. Wir haben alle nötigen Voraussetzungen, unsere Beziehungen zu entwickeln. Unsere Länder sind auf wirtschaftlichem Gebiet keine Konkurrenten. Die Industrie unserer Länder kann sich parallel entwickeln. Ihr braucht Rohstoffe. Die Sowjetunion kann diese Rohstoffe liefern. Unsererseits können wir Großaufträge für Ausrüstungen erteilen. Bei den Westmächten ist das anders. Ihre Industrie ist von der Art, dass sie Konkurrenten der BRD sind, und ich denke, dass die Deutschen das begreifen. Wir haben die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit, man muss nur mehr Vernunft an den Tag legen, um diese Voraussetzungen nutzbar zu machen. Das brauchen wir, aber ihr braucht dies in einem bei weitem größeren Maße.

¹¹⁷ Chruschtschow schätzte Kroll nicht zuletzt deswegen, weil dieser für eine stärkere Ostorientierung eintrat und damit im Kreml die Hoffnung nährte, er könnte die Bonner Haltung in diesem Sinne beeinflussen, zumal Adenauer ihn wiederholt zum Gespräch empfing und trotz verbreiteter Kritik an öffentlichen Äußerungen des Botschafters, die nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmten, noch lange an ihm festhielt. Der Bundeskanzler suchte auf diese Weise das gespannte Verhältnis zur UdSSR in der Kulminationsphase der Berlin-Krise etwas zu beruhigen.

Beitz: Dafür ist ebenfalls Mut nötig. Einigen Leuten bei uns in der BRD fehlt es mitunter an Vernunft und Mut.

Chruschtschow: Wenn erst mal zwischen unseren Ländern gute Beziehungen hergestellt sind, was können dann die USA, England oder Frankreich machen? Sie werden [dafür] keine ernste Gefahr bilden.

Beitz: Das Industrie- und Rohstoffpotenzial unserer Länder ist in der Tat gewaltig.

Chruschtschow: Es ist jedoch erforderlich, dass unsere Beziehungen auf eine gesunde Grundlage gestellt werden.

Beitz: Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, für das Gespräch. Das Treffen mit Ihnen ist für mich eine große Ehre. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn es mir möglich wäre, die Fotografien zu erhalten, die zu Beginn des Gesprächs gemacht wurden. Ich werde mich noch einige Tage in der Sowjetunion aufhalten und hoffe, einige Städte und Industriebetriebe zu besuchen, darunter das Chemie-Werk in Tula, für das unsere Firma Ausrüstungen geliefert hat.

Chruschtschow: Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Reise.

Aufgezeichnet von W[ladislaw] Terechow

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 586, Bl. 195-214

6. Gespräch Chruschtschows mit dem schwedischen Außenminister, Torsten Nilsson, am 17. Mai 1963

Chruschtschow bittet, über die Eindrücke von der Reise durch das Land zu berichten. Er sagt, er ist schon lange nicht mehr in den Regionen gewesen, die Nilsson besucht hat, und fragt, wie es dort um die Dinge bestellt ist.

Nilsson: Die Lage in den Regionen, die wir besucht haben, ist gut. Uns fällt das Urteil dazu leichter, weil unser Blick ungetrübt ist: Wir besuchen die Sowjetunion zum ersten Mal.

Chruschtschow: Das ist einerseits gut, andererseits schlecht. Wenn ein Gast das Land mehrmals besucht, hat er die Möglichkeit zu vergleichen, wie die Lage früher war, und wie sie jetzt ist. So lässt sich feststellen, welchen Fortschritt das Land gemacht hat.

Nilsson: Wir haben verschiedene geographische Regionen besucht und uns in jeder Hinsicht sowohl mit dem wirtschaftlichen als auch mit dem kulturellen Leben in diesen Regionen vertraut gemacht. Das Mähdrescherwerk in Rostow am Don, auf das die Sowjetmenschen stolz sein können, ist beeindruckend. In diesem Werk wird in großen Dimensionen gearbeitet. Das dient natürlich der Senkung der Produktionskosten. Es gibt gleichfalls große Absatzmöglichkeiten für

die Endprodukte. Einen guten Eindruck macht das Werk „Totschelektropribor“ in Kiew. Wir haben in Schweden genau die gleiche Produktion, und deswegen können wir vergleichen: Die Produktion von Präzisionsinstrumenten in Kiew ist auf einem hohen Niveau. Und das ist für ein Land selbstverständlich, das Sputniks und Raumschiffe baut. Im Sowchos „Rostowskij“ machte das Ausmaß der Großproduktion ebenfalls einen großen Eindruck.

Ich habe sowohl in den Werken, die wir besichtigt haben, als auch im Sowchos viele Fragen gestellt, weil man sich nur so einen besseren Eindruck von der Sowjetunion verschaffen kann. Im Sowchos interessierte uns die Steigerung der Milchleistung der Kühe.

Chruschtschow bemerkt, dass die Steigerung der Milchleistung eine Frage des Futters ist, die Erhöhung des Fettgehaltes der Milch hingegen eine Frage der Verbesserung der Rasse der Milchkühe. Akademiemitglied Lyssenko¹¹⁸ beschäftigt sich momentan damit, den Fettgehalt der Milch zu erhöhen; und wenn ihm dies gelingt, kann er seinen Namen unsterblich machen. Doch wie er selbst sagt, benötigt er dafür Jahre.

Nilsson bemerkt, dass in allen Städten, die er besuchte, ein umfangreicher Wohnungsbau stattfindet. Die Architektur passt sich der modernen Bauweise an.

Chruschtschow: Wir führen ständig Krieg gegen die Architekten. Noch bis vor kurzem gab Sholtowskij¹¹⁹ den Ton unter den Architekten an. Früher hat er Luxusvillen für reiche Leute gebaut. Es ging sogar so weit, dass er nach Rom gereist und sich dort das Gesims mittelalterlicher Gebäude angesehen hat, um das dann beim Bau der Häuser bei uns anzuwenden. Wir brauchen [aber] einen massenweisen Wohnungsbau. Jetzt haben wir die Architekten umorientiert im Blick auf die Schaffung großer und bequemer Häuser für die Bevölkerung.

Nilsson: Ja, wir haben diese Kehrtwende bemerkt. Vor allem das Theatergebäude in Rostow am Don macht einen guten Eindruck.

Chruschtschow: Ja, wir sind mit dem Wohnungsbau zufrieden.

Gen. Chruschtschow erzählt von der Erfindung des Ingenieurs Koslow, der eine Walzenrüttelanlage für Beton entwickelt hat. Er bemerkt, dass diese Erfindung zu einer Revolutionierung des Bauwesens führen wird. Im Westen verwendet man Porengipsplatten. Dies ist im Vergleich zum Ziegelmauerwerk natürlich ein Fortschritt, und wir haben früher bei ihnen Anlagen für die Herstellung von Porengipsplatten gekauft, jetzt aber kann man die Porengipsplatten im Vergleich zum Stahlbeton bereits als moralisch veraltet bezeichnen.

¹¹⁸ Der Agrarwissenschaftler Trofim Denisovič Lysenko beeindruckte Stalin mit seiner Polemik gegen die „faschistische“ bzw. „bourgeoise“ Genetik. Er wurde daher 1940 zum Leiter des Instituts für Genetik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ernannt und legte aufgrund seiner Lehre, die Eigenschaften der Kulturpflanzen und sonstigen Organismen würden nicht durch Gene, sondern Umweltbedingungen bestimmt, bis 1964 die Ausrichtung der sowjetischen Landwirtschaft fest. Die dadurch entstandenen Ernteaufälle wurden auf Sabotageakte zurückgeführt.

¹¹⁹ Ivan Vladislavovič Zoltovskij (1867–1959), Vertreter der für die Stalin-Zeit typischen Monumentalarchitektur, die etwa bei der Errichtung des sowjetischen Außenministeriums in Moskau oder der Stalin-Allee in Ost-Berlin Gestalt angenommen hat.

N. S. Chruschtschow sagt im Scherz, dass wir in Schweden eine Anlage zur Produktion von Porengipsplatten gekauft haben. Auch wenn sie inzwischen veraltet ist, wird man sie seitens der Sowjetunion bei Schweden nicht reklamieren.

Nilsson sagt, dass die Schweden auf dem Gebiet des Bauwesens manches von den Russen lernen könnten.

Chruschtschow antwortet, dass wir keine Geheimnisse haben.

Nilsson sagt, dass er von Beruf Maurer ist und sich darum für das Bauwesen interessiert.

Chruschtschow entgegnet scherzhaft, dass der Beruf des Maurers schon jetzt nicht mehr zeitgemäß ist. Ich bin Metallarbeiter und erinnere mich, dass wir, die Metallarbeiter, auf die Maurer herabgeschaut haben, da wir meinten, dass der Beruf des Metallarbeiters höher qualifiziert ist als der des Maurers. Aber dies gehört alles der Vergangenheit an, sagt N. S. Chruschtschow. Jetzt wird vollkommen anders gebaut. In Schweden gibt es ebenso wie auch in den anderen skandinavischen Ländern positive Seiten im Bauwesen, z.B. werden die Tischlerarbeiten gut ausgeführt. Die Norweger bauen im Raum Murmansk ein Elektrokraftwerk und eine Wohnsiedlung. Sie bauen gut. N. S. Chruschtschow sagt, er hat von den sowjetischen Ingenieuren verlangt, dass sie die Bauarbeiten auf höchstem Niveau durchführen müssen. Bislang führen wir, sagt N. S. Chruschtschow, die Innenarbeiten nicht so akkurat aus wie in Skandinavien. Bei Ihnen sind die Tischler-, Stuckateur- und Innenarbeiten bislang besser. Sie haben besser ausgebildete Bauarbeiter, wir dagegen holen die Jugend aus dem Dorf auf den Bau. Und während es in Schweden einen festen Stamm von Bauarbeitern gibt, fehlt uns der, weil die Bauarbeiter nach der Fertigstellung dieses oder jenes Betriebes dort als Arbeiter bleiben, und wir müssen ständig unser Bauarbeiterpersonal mit neuen Leuten aus dem Dorf auffüllen. In 10 Jahren werden wir auch über einen Arbeiterstamm im Bauwesen verfügen.

N. S. Chruschtschow sagt, dass die sowjetischen Architekten, die Schweden besucht haben, die schwedische Bautechnik hoch schätzen. Wir sind zum Erfahrungsaustausch bereit. Wir wissen, dass der Maschinen- und Gerätebau in Schweden immer schon auf einem hohen Niveau war.

Was die schwedische Landwirtschaft betrifft, so schätzen wir sie gleichfalls sehr. Unsere Leute haben Schweden besucht, sich aber nicht wie Fachleute, sondern wie Touristen verhalten, und der Nutzen ihrer Reise war gering. Jetzt haben wir die Absicht, gute Fachleute zu Ihnen zu schicken, damit sie die schwedischen Erfahrungen studieren, wie Landwirtschaft unter den klimatischen Bedingungen betrieben wird, die man auch bei uns im Nordwesten der Sowjetunion, im Leningrader und Moskauer Gebiet, in Weißrussland und im Baltikum hat. Für diese Regionen sind die schwedischen Erfahrungen von großem Wert. Schweden deckt seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hauptsächlich¹²⁰ durch die eigene Landwirtschaft. Wir wollen den Kolchosbauern in unseren Nordwestgebieten zeigen, dass auch auf diesen Böden erfolgreiches Wirtschaften möglich ist.

¹²⁰ Diese Textpassage ist handschriftlich eingefügt.

Nilsson: Wir werden Ihre Landwirtschaftsdelegation willkommen heißen. Obgleich in der Landwirtschaft nur 12% der Bevölkerung tätig sind, exportieren wir sogar landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Chruschtschow: Bei uns sind bei weitem mehr Leute in der Landwirtschaft beschäftigt. Und wir berücksichtigen das. Bis zu Revolution war unsere Landwirtschaft patriarchalisch und selbstversorgend, es gab weder Agronomen noch Landwirtschaftstechnik. Nach der Revolution haben wir die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt und sie umgestaltet. Aber weil Stalin ein falsches Verständnis von der Rolle der Bauernschaft während der Revolution hatte, kam es bei uns in der Landwirtschaft zu großen Schwierigkeiten. Als Führer des Staates hat sich Stalin nicht mit der Landwirtschaft befasst. Er meinte, dass man von den Bauern nur nehmen müsse und ihnen nichts zu geben brauche.

Weiter berichtet N. S. Chruschtschow von den Erfolgen, die in der Landwirtschaft der Sowjetunion nach dem Tod Stalins erzielt worden sind, und von den günstigen Perspektiven für die Zukunft.

[...] ¹²¹

Nilsson sagt, wenn der Friede erhalten bleibt, lässt sich alles erreichen, wovon N. S. Chruschtschow gesprochen hat.

Chruschtschow: Die Geschehnisse der Welt hängen nicht nur von uns ab. Wir nehmen in den Fragen der internationalen Beziehungen eine klare und feste Haltung ein. Zugleich halten wir an einer guten Verteidigung fest.

Das Wichtigste ist jetzt die Lösung der deutschen Frage. Sie enthält Zündstoff, der explodieren kann. Die deutsche Frage ist herangereift, und beide Seiten begreifen das. Im Westen will man kein Abkommen, insbesondere nicht zur Berlin-Frage, weil Berlin für ihn der Knoten ist, der die NATO-Länder zusammenhält. Wenn es keine deutsche Frage mehr gibt, wieso sollen dann Länder wie Norwegen, Dänemark, Portugal, Holland, Belgien noch in der NATO bleiben? Derzeit machen die Amerikaner ihren NATO-Bündnispartnern Angst mit dem kommunistischen Schreckgespenst. Die Politik der Stärke bringt auch den Deutschen selbst keinen Nutzen bei der Regelung der deutschen Frage. Wäre jetzt die Lage noch so wie vor 10 bis 15 Jahren, könnte ich Adenauer verstehen. Damals wollte er durch die Politik der Stärke die Liquidierung der DDR erreichen. Er wollte sie schlucken. Damals hatten die Amerikaner das Atomwaffenmonopol, damals konnten sie Druck ausüben, was sie jetzt nicht mehr tun können. Mit ihrem Atommonopol ist es längst zu Ende, und was Berlin betrifft, so ist es zuverlässig durch die Mauer geteilt, und es gibt keine Macht, die diese Mauer beseitigen könnte.

Gen[osse] N. S. Chruschtschow legt dar, wie die Amerikaner während des XXII. Parteitages der KPdSU versucht haben, an der West-Berliner Grenze eine Provokation durchzuführen, und damit gescheitert sind. ¹²²

¹²¹ Durchgestrichener Teil des Protokolls (in dem es ebenfalls um Fragen der Landwirtschaft geht).

¹²² Während des Parteitags in Moskau, der vom 17. bis 31. Oktober 1961 stattfand, befahl der von Kennedy als dessen persönlicher Bevollmächtigter nach West-Berlin geschickte General Lucius D. Clay im Einvernehmen mit dem Präsidenten Panzer und Räumgeräte an den Sektorenüber-

[...]¹²³

Es ist klar, dass das Spiel mit der Politik der Stärke ein dummes Spiel ist. Der Versuch Adenauers, die deutsche Frage aus der Position der Stärke heraus zu entscheiden, hat einen völligen Zusammenbruch erlitten. Der Westen ist außerstande, die deutsche Frage auf dieser Grundlage zu entscheiden.

Die zweite Hoffnung der Westmächte bestand darin, den inneren Zusammenbruch der DDR herbeizuführen. Nach dem Krieg befand sich die DDR im Vergleich zur BRD in einer schwierigen Lage. Die Westdeutschen erhielten durch den Marshall-Plan Finanzmittel, sie zahlten keine Reparationen, die BRD besaß ein stärkeres Industriepotenzial. Wir dagegen konnten nach dem Krieg der DDR keine große Hilfe leisten, weil unser Land verwüstet worden war. Die Situation verschärfte sich noch dadurch, dass die DDR eine offene Flanke in Berlin hatte, welche die Westmächte ausnutzten, um der Bevölkerung der DDR Schaden zuzufügen.¹²⁴

Jetzt ist die Situation eine andere. In Berlin steht die Mauer, und niemand kann sie niederreißen. Die DDR erstarrt und gewinnt an Tempo, und wir haben ihr dabei geholfen und werden ihr [weiterhin] helfen. Das heißt, man muss einsehen, dass sich die Hoffnung auf einen inneren Zusammenbruch der DDR ebenfalls zerschlagen hat und es längst Zeit ist, davon auszugehen, dass es zwei selbständige deutsche Staaten plus West-Berlin gibt. Das Bemühen des Westens, in Deutschland eine instabile Lage aufrechtzuerhalten, ist unvernünftig. Bis zur Errichtung der Mauer in Berlin waren wir mehr am Abschluss des deutschen Friedensvertrags interessiert, doch jetzt besteht Gleichheit. Die Regierung der DDR hat jetzt die Lage in ihrem Land unter Kontrolle.

Auch die Amerikaner, Engländer, Italiener und Franzosen begreifen, dass die deutsche Frage geregelt werden muss; doch die Sache ist die, dass sie miteinander im Kampf liegen um die Gunst Adenauers, sie orientieren sich an Westdeutschland, an Adenauer. Und so reden sie auch davon, dass sie dazu bereit sind, Krieg zu führen, obwohl sie doch keiner bedroht. Doch die Deutschen in Westdeutsch-

gang Checkpoint Charlie und erweckte damit absichtlich den Eindruck, durch Entfernung der Grenzsperrn solle der Weg in den Ostsektor geöffnet werden. Der wirkliche Zweck war, die sowjetische Seite dazu zu bringen, sich zur Verantwortung für ihren Sektor in Berlin zu bekennen, die sie zuvor abgestritten hatte, als sich die USA bei ihr über das Verhalten der dortigen DDR-Behörden beschwert hatten. Die Aktion hatte den beabsichtigten Erfolg: Sowjetische Panzer rückten zum Checkpoint Charlie vor und gaben damit zu erkennen, dass nicht die DDR, sondern die UdSSR das Sagen in Ost-Berlin hatte. Nachdem sich die Panzer mehr als 24 Stunden lang gegenübergestanden hatten, deutete die sowjetische Seite die Bereitschaft zum Rückzug an, wenn auch die Amerikaner folgen würden. Da Clay keinen Grund mehr zur Fortsetzung der Aktion sah, kam schrittweise die Räumung des Schauplatzes in Gang.

¹²³ Wie sich aus dem folgenden durchgestrichenen Absatz ergibt, dachte Chruščëv dabei an die US-Panzer, die am Checkpoint Charlie erschienen und vom 26. bis 28. Oktober 1961 den sowjetischen Panzern gegenüberstanden. Wie er glaubte, verhinderte die UdSSR mit ihrer Reaktion ein Vordringen der Amerikaner. In Wirklichkeit tat sie damit genau das, was General Clay beabsichtigt hatte: Unter dem Eindruck, dass Ost-Berlin bedroht sei und geschützt werden müsse, bekannte sie sich zur – vorher stets geleugneten – Verantwortung für ihren Teil der Stadt. Damit hatte Clay sein Ziel erreicht.

¹²⁴ Nach der These, die Ulbricht seit 1952 vertrat und die sich Chruščëv in der zweiten Julihälfte 1961 zu eigen machte, war es unerlässlich, die DDR nicht nur vor „Sabotage- und Diversionsakten“ West-Berliner Akteure, sondern auch vor der Flucht ihrer Bürger zu schützen, die angeblich von dieser Seite organisiert wurde.

land beginnen jetzt, die wahre Situation immer besser zu begreifen. Nach Adenauer wird es andere Kanzler geben, und früher oder später werden sie begreifen, dass die deutsche Frage unmöglich von der Position der Stärke aus zu entscheiden ist. Sogar Adenauer hat vor einiger Zeit, als er sich gegen den Vorwurf des Revanchismus verteidigte, erklärt, dass die Deutschen keinen Krieg gegen die Sowjetunion führen wollen.

Was das innere System der BRD und der DDR betrifft, so mögen das die Deutschen selbst entscheiden. Wir sind voll und ganz für das Leninsche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Die Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages wäre ein großer Sieg für die Kräfte des Friedens. Die Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages wäre für niemanden eine Niederlage. West-Berlin würde weiter in der Welt des Kapitalismus verbleiben.

Man muss sich darüber klar sein, solange die deutsche Frage nicht entschieden ist, ist keine Regelung der Abrüstungsfrage möglich. Wie soll man von Abrüstung reden, wenn die Westmächte sofort an Raketen denken, sobald man auf die deutsche Frage zu sprechen kommt. Wir werden vielleicht auf die Teilnahme am Komitee der 18¹²⁵ verzichten. Wenn wir die deutsche Frage regeln, werden wir auch über die Abrüstung reden.

Die internationale Lage ist derzeit sowohl gut als auch schlecht. Doch damit kann man leben und atmen. Unsere Wirtschaft befindet sich im Aufschwung, das Volk steht fest zusammen, unser Land besitzt eine hochentwickelte Technik.

Und Eisenhower hat begriffen, und auch Kennedy begreift, dass wir Amerika hinwegfegen werden, falls man uns antastet, nicht Europa, sondern Amerika.¹²⁶ Die Amerikaner haben natürlich auch starke Waffen, und sie können uns erhebliche Verluste zufügen. Doch wir haben nicht vor, irgendwen anzugreifen, wir haben nicht die Absicht, irgendwen zu vernichten. Erinnern Sie sich daran, wie es vor dem Zweiten Weltkrieg war. Stalin ließ sich damals auf den Pakt mit den Deutschen ein. Er machte, was [der britische Premierminister] Chamberlain zusammen mit Hitler gegen die Sowjetunion tun wollte. Stalin begriff, dass dies ein Pakt mit dem Teufel war. Ich weiß nicht, ob wir an der Stelle Stalins diesen Vertrag unterschrieben hätten. Es gab viel „dafür“ und „dagegen“. Es ist möglich, dass wir ebenfalls unterschrieben hätten. Jetzt ist die Lage eine völlig andere. So leicht ist uns jetzt nicht beizukommen. Wir sind wie ein Igel, auf den man sich nicht einfach hinsetzt.

Nilsson sagt, dass sich Schweden im Zweiten Weltkrieg in genau der gleichen Lage befunden hat.

¹²⁵ UNO-Komitee der 18 Nationen für Abrüstung der UNO in Genf (Eighteen Nations Disarmament Committee, ENDC).

¹²⁶ Diese Aussage steht in Widerspruch zu der Tatsache, dass die UdSSR zwar Westeuropa nuklear weit überlegen war, aber im global-strategischen Bereich nicht mit den USA mithalten konnte. Demgemäß hielt Chruschtschow Gesprächspartnern aus den europäischen NATO-Staaten gerne vor, wie wehrlos sie im Kriegsfall sein würden, und sprach gelegentlich sogar davon, dass diese Länder „Geiseln“ in seiner Hand seien, wegen denen die Amerikaner keinen Krieg mit der UdSSR riskieren könnten.

Chruschtschow: Die Weltöffentlichkeit verhält sich jetzt passiv. In den USA, in England, Frankreich, Spanien sind reaktionäre Kräfte an der Macht, bei den Wahlen in diesen Ländern stimmen aber die Arbeiter und das Volk ab. Daher können wir auch nicht ausschließen, dass in einem dieser Länder ein Wahnsinniger vom Schlage eines Hitler an die Macht gelangen kann. Denn Hitler ist doch an die Macht gelangt, obwohl es in Deutschland eine starke sozialdemokratische Partei gab.

N. S. Chruschtschow erzählt von einem Gespräch während des Krieges in Woronesh mit einem deutschen Kriegsgefangenen. Ich fragte den deutschen Soldaten, was er von Beruf ist, sagt N. S. Chruschtschow. Er antwortete, er sei Metallgießer. Daraufhin fragte ich ihn, wozu er mit der Waffe in der Hand in unser Land gekommen ist. Der Deutsche winkte mit der Hand ab und sagte, er habe sich ganz und gar verrannt.

Nilsson: Wir betrachten die deutsche und die Berlin-Frage als eine der wichtigsten in der Gegenwart. Wir sind an der Regelung dieser Fragen interessiert. Nach der Regelung dieser Fragen würde sich die Atmosphäre enorm verbessern, man könnte mit Hoffnung auf die Perspektive der Welt schauen. Wir hoffen, dass die Großmächte ein Abkommen erzielen werden. Doch wenn die UdSSR das 18er-Komitee verlässt, verschlechtert sich das Wetter. Die Weltöffentlichkeit würde das als einen Schlag empfinden, sie wäre verzweifelt.

Chruschtschow: Das wäre gut, das wäre nützlich. Wir stehen vor der Frage, was man noch machen kann, um eine Übereinkunft über den Abschluss des deutschen Friedensvertrags zu erreichen. Es heißt, dass West-Berlin eine schwierige Frage ist, doch wir haben uns bereits mit der Präsenz westlicher Truppen neben Truppen neutraler Staaten in West-Berlin unter der Flagge der UNO einverstanden erklärt. Die Westmächte sagen, sie werden keinen Friedensvertrag mit den deutschen Staaten unterschreiben, weil sie das vereinte Deutschland durch Liquidierung der DDR schaffen wollen.¹²⁷ Wir könnten ebenfalls sagen, dass wir keinen Friedensvertrag unterschreiben, solange die BRD nicht liquidiert wird. Ist das absurd? Ja, es ist absurd! Aber warum spricht man dann so über die DDR?

Nilsson: Ich rede nicht von der deutschen Frage. Nachdem sich die Sowjetunion aus dem Komitee der 18 zurückgezogen hat, könnte die Weltöffentlichkeit meinen, dass die UdSSR nicht an der Abrüstung interessiert ist. Das würde den guten Willen gegenüber der UdSSR beeinträchtigen und zur Verstärkung des Rüstens in den USA, in England, in der Sowjetunion und sogar in Schweden führen. Die UdSSR braucht aber, soweit uns bekannt ist, Mittel für den fried-

¹²⁷ So die handschriftlich korrigierte Fassung statt ursprünglich: Der Westen will die DDR liquidieren und [so] das vereinte Deutschland schaffen. – Die Verweigerung des Friedensvertrags durch die Westmächte beruhte nicht, wie Chruščëv erklärte, auf der Absicht zur „Liquidierung“ der DDR, sondern darauf, dass ihnen der Friedensvertrag ihre Berlin-Rechte nehmen – und damit zugleich die Stadt dem SED-Regime ausliefern – sollte. Die Konstruktion der Freien Stadt, die nach einigen Aussagen Chruščëvs nur als vorübergehende Regelung gedacht war, verschleierte die damit verbundene totale Abhängigkeit West-Berlins von der DDR (etwa aufgrund der vorgesehenen ungebundenen Verfügung über dessen Verbindungen zur Außenwelt). Als Gegenleistung für den sowjetischen Verzicht auf die Forderung nach Aufgabe der Berlin-Rechte wären die Westmächte, wie sie mehrfach angeboten hatten, sogar zur Anerkennung der DDR bereit gewesen.

lichen Aufbau, daher wäre ein Wettrüsten wohl kaum im Interesse der Sowjetunion. Insgesamt müsste man [noch] lange auf gutes Wetter warten.

Chruschtschow: Ihre Schlussfolgerungen verstehe ich nicht ganz. Im Komitee der 18 wird gegenwärtig nichts zum Zweck der Abrüstung unternommen. Die Weltöffentlichkeit aber baut darauf, dass es das Komitee der 18 gibt und dort alles getan wird, um ein Abkommen zur Friedensregelung herbeizuführen; sie fühlt sich beruhigt und schnarcht leise vor sich hin. Es stellt sich heraus, dass das Komitee der 18 ein Schlafmittel für die Weltöffentlichkeit ist, das Komitee der 18 hat die Funktion eines Vorhangs, hinter dem der Rüstungswettlauf verstärkt betrieben wird. Man kann sich so lange nicht mit Abrüstungsfragen befassen, wie keine Entscheidung über die deutsche Frage erfolgt ist. Für die Weltöffentlichkeit wird der Austritt der UdSSR aus dem Komitee der 18 ein Schock sein, und das wird ein richtiger Schritt sein. Dann wird die Weltöffentlichkeit erkennen, wie die Lage tatsächlich ist. Die Dinge werden beim Namen genannt werden. Es wird deutlich werden, dass es einen Rüstungswettlauf gibt, der voller Kriegsgefahr ist. Was die Kapitalinvestitionen für die Rüstung betrifft, tragen sowohl wir als auch der Westen die Kosten. Ich kann sagen, dass wir so oder so die Kapitalinvestitionen für militärische Zwecke schon jetzt verringern werden, weil wir einen genügenden Vorrat an Bomben und Raketen haben. Raketen mit mehr Kapazität als 100 Megatonnen [TNT] brauchen wir nicht zu produzieren. Auf Westdeutschland werden wir keine 100-Megatonnen-Bomben werfen, da dies unsere eigene Sicherheit berühren würde. Solche Bomben sind für Amerika bestimmt; für England werden 50-Megatonnen-Bomben reichen. Jetzt werden wir nur schrittweise unsere Raketen- und Atomwaffen erneuern, dafür werden jedoch weniger Mittel benötigt.

Nilsson: Die Weltöffentlichkeit beginnt immer ungeduldiger zu werden. Ich bezweifle, dass die Weltöffentlichkeit so reagiert, wie Chruschtschow sagt. Der Rückzug der UdSSR aus dem Komitee der 18 wird ein gegenteiliges Ergebnis haben. Die andere Seite würde der UdSSR die Schuld an der Sprengung der Verhandlungen in Genf zuweisen.

Wir in Schweden hoffen, dass zwischen der UdSSR und den USA eine Einigung über ein Teststopp von Nuklearwaffen erzielt werden kann. Bei uns ist der Eindruck entstanden, dass sowohl die Amerikaner als auch die Engländer an so einem Abkommen interessiert sind. Schon Marx hat gesagt, dass die Interessen niemals lügen. In den Vereinigten Staaten will man keine Kernwaffenproliferation, und das will anscheinend auch die UdSSR nicht. Die Standpunkte der an den Verhandlungen im Komitee der 18 beteiligten Seiten haben sich jetzt so weit angenähert, dass sie durchaus ein Abkommen schließen könnten. Wenn sich das erreichen ließe, könnte die Frage der atomwaffenfreien Zonen wieder aktuell werden.¹²⁸ Falls nichts davon zustande kommt und ein Land nach dem anderen in den Rüstungswettlauf hineingezogen wird, verdüstert sich die Lage.

¹²⁸ In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre hatte die östliche Seite wiederholt die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorgeschlagen.

Chruschtschow: Ich bin mit Ihnen in dem Sinne einverstanden, dass wir sowohl ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche als auch über die Nonproliferation der Kernwaffen brauchen. Doch die Amerikaner sagen Eines, tun aber selbst etwas Anderes, sie tragen sich mit der Idee, die BRD mit Nukleawaffen auszurüsten. Die Amerikaner nehmen bekanntlich keine Rücksicht auf [verbündete] Länder wie Norwegen oder Dänemark.

Nilsson sagt, dass sich die Gefahr der Weitergabe von Kernwaffen an die BRD [nicht daraus, sondern] aus dem Abkommen zwischen Frankreich und der BRD ergibt.¹²⁹

Chruschtschow: Im Grunde genommen geben Sie selbst zu, dass zwischen den USA und Frankreich derzeit ein Wettbewerb stattfindet, wer als Erster den Deutschen Nuklearbomben in die Hand gibt.

Wir lassen derzeit keine Inspektionen auf unserem Territorium zu. Wir ziehen unseren letzten Vorschlag zurück. Als wir zwei bis drei Inspektionen zugestimmt haben, sind wir davon ausgegangen, dass die Amerikaner das Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche unterzeichnen. Doch sie haben neue Forderungen zu stellen begonnen. Sie haben zum Beispiel verlangt, die Anzahl der Inspektionen zu erhöhen und das Gebiet der Inspektionen auf 500 qkm festzulegen. Warum nehmen sie diese Haltung ein? Ich denke, dass der Kongress das Abkommen nicht ratifizieren würde, selbst wenn Kennedy das wollte. Daher versucht er, uns entweder knechtende Bedingungen aufzuzwingen, um sein Vorgehen vor dem Kongress zu rechtfertigen, oder uns Bedingungen zu stellen, die für uns eindeutig unannehmbar sind. Wir können die amerikanischen Bedingungen nicht annehmen und kehren zu unseren alten Standpunkten zurück.

Nilsson: Der Abschluss des Abkommens wäre von großer Bedeutung.

Chruschtschow: Wir sind für das Abkommen. Wir sind für automatische Stationen.¹³⁰ Man will uns Inspektionen aufzwingen, aber darauf lassen wir uns nicht ein.

¹²⁹ Gemeint ist offenbar der Elysée-Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vom 22. Januar 1963, in dem aber von nuklearer Zusammenarbeit keine Rede war. Die darin festgelegte politische Kooperation zwischen beiden Staaten, zu deren Verwirklichung etwa regelmäßig durchzuführende Zusammenkünfte vorgesehen waren, schloss, wie Chruschtschow allem Anschein nach glaubte, auch die Absicht einer gemeinsamen Kernwaffenmacht ein. Dazu war aber Staatspräsident Charles de Gaulle keineswegs bereit, denn er sah in der „force de frappe“, deren Aufbau er energisch betrieb, ein Instrument allein zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit Frankreichs. Der Sicht Chruschtschows liegt zugrunde, dass die Bonner Hinwendung zu Frankreich wesentlich darauf zurückzuführen war, dass Adenauer die Sicherheit seines Landes nach Kennedys Umorientierung von der Strategie der *massive retaliation* zur Strategie der *flexible response*, d. h. dem Wegfall der abschreckenden Androhung, ein sowjetischer Angriff würde sofort mit massiven Nuklearschlägen beantwortet werden, nicht mehr ausreichend gewährleistet sah und dieser Herausforderung durch verstärktes Zusammengehen mit Paris zu begegnen suchte.

¹³⁰ Da sich unterirdische Nuklearexplosionen nicht durch Messungen der grenzüberschreitenden atmosphärischen Radioaktivität nachweisen lassen, griff Chruschtschow ein Konzept britischer Wissenschaftler auf, um die – von westlicher Seite für nötig erachteten – Inspektionen vor Ort durch ausländisches Personal entbehrlich zu machen, die nach seinem Bekunden auf legalisierte Spionage hinauslaufen würden. Demnach sollte ein Netz ortsfester Seismographen wechselseitig in den relevanten Regionen die bei unterirdischen Kernwaffenversuchen entstehenden Erschütterungen aufzeichnen und damit den erforderlichen Nachweis gewährleisten.

Nilsson: Das bedeutet, Sie sind für die Zulassung von automatischen Stationen?

Chruschtschow: Ja.

Nilsson: Und 2-3 Inspektionen?

Chruschtschow: Nein. [Arthur] Dean hat in den Verhandlungen mit Kusnezow¹³¹ vertraulich erklärt, dass unsere Zustimmung zu 2-3 Inspektionen ausreicht, um ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu unterzeichnen. Ich habe zugestimmt und habe deswegen direkt an den Präsidenten geschrieben. Die Amerikaner haben geantwortet, wir hätten Dean falsch verstanden. Wir haben geantwortet, dass unsere Zustimmung zu 2-3 Inspektionen ein Missverständnis war und dass wir unseren Vorschlag zurückziehen. Wissenschaftler der USA und Englands sowie Neutrale geben zu, dass die nationalen Mittel zur Durchführung der Kontrolle genügen. Jetzt haben in den USA diejenigen Kräfte, die gegen die Abrüstung sind, Wissenschaftler angeheuert, welche die Mängel der nationalen Mittel zu beweisen suchen. Wir haben alle Möglichkeiten geprüft, um zu einem Abkommen zu gelangen, wir haben viele Verhandlungen über Fragen des Versuchsstopps geführt, wir sind zu dritt, zu viert zusammengekommen und haben schließlich ein Komitee aus 10 Staaten, dann aus 18 Staaten gebildet. Wir haben gedacht, dass die Neutralen¹³² im Komitee der 18 ihre Rolle spielen. Aber sie haben ihre Fähnchen nach dem Wind gedreht, sie befürchten, dass sie, wenn sie für die Abrüstung eintreten, von den westlichen Ländern keine Kredite mehr bekommen. Wer damit zu tun hat, weiß das.

Nilsson: Ein trauriges Bild.

Chruschtschow: Aber was soll man machen? Eine Vogel-Strauß-Politik betreiben? So zu tun, als ob das Komitee arbeiten würde, und ruhig bleiben? Dies führt doch zu gravierenden Folgen. Ich rede schon gar nicht davon, dass Frankreich und China nicht an der Komiteearbeit teilnehmen.

Nilsson: Bei dieser Frage spielt die Teilnahme Frankreichs keine entscheidende Rolle.

Chruschtschow: Aber China wollen sie nicht mal zur UNO zulassen, ein Land mit einer Bevölkerung von 650 Millionen Menschen. Zeugt es etwa von ihrem Wunsch, ein Abkommen zu erzielen?

Nilsson pflichtet den Ausführungen N. S. Chruschtschows zu China bei.

Gromyko: China lässt man nicht zur UNO zu, aber gleichzeitig reden sie davon, dass es ohne China kein Abrüstungsabkommen geben kann.

Chruschtschow: Das alles heißt, dass sich der Westen unseriös verhält. Wir haben bislang noch keine Entscheidung über die weitere Beteiligung im Komitee der 18 getroffen. Das sind bislang [nur] laut geäußerte Überlegungen. Der Prozess, ein Abkommen über internationale Fragen zu erreichen, ist ein langwieriger Prozess.

¹³¹ Vasilij Vasil'evič Kuznecov, Erster Stellv. Außenminister der UdSSR.

¹³² Gemeint sind damit insbesondere auch die Blockfreien in der Dritten Welt.

Die Welt ist aufgeteilt in Reine und in Unreine. Die Unreinen, gemeint sind die kapitalistischen Länder, wollen nicht den vernünftigen Weg gehen. Was soll's – warten wir es ab, man darf doch nicht Krieg erklären, um den Krieg zu beenden.

Nilsson: Aber man muss doch mit irgendetwas anfangen. Man muss wenigstens die Rüstungen auf dem heutigen Niveau einfrieren.

Chruschtschow: Aber sie wollen das nicht. Und sie können es auch nicht. So z. B. nahm an den Abrüstungsverhandlungen im Komitee der 18 seitens der USA Dean teil, der in einer Korporation für die Produktion von Waffen tätig ist. Es stellt sich die Frage, ob sich so ein Mensch aufrichtig um ein Abrüstungsabkommen bemühen kann? Die Imperialisten wollen nicht abrüsten, und sie werden sich nicht auf die Abrüstung einlassen. Wir entlarven das Wesen der imperialistischen Politik und zeigen, dass die Abrüstungsverhandlungen für die Imperialisten lediglich ein Schutzschirm ist.

Nilsson: Aber die auf der anderen Seite können auch nicht das Wettrüsten unendlich fortsetzen, weil sie Mittel für die Entwicklung ihrer Wirtschaft benötigen.

Chruschtschow: Damit kann man sich kaum einverstanden erklären. Der Kapitalismus stellt seiner Natur gemäß die Erzielung von Gewinn an die erste Stelle und entledigt sich der überschüssigen Arbeitskräfte, um die Gewinne auf einem guten Niveau zu halten. Ich habe bereits über Dean gesprochen. Und wer sitzt in der Regierung Kennedys? Es sind die gleichen Vertreter der Monopolkreise. Und Kennedy selbst ist Millionär.

Nilsson spricht über die Bedeutung des persönlichen Vertrauens zwischen den Staatsmännern verschiedener Länder.

Chruschtschow: Man muss nicht den Worten glauben, sondern den Taten. Eisenhower etwa ist ein recht guter Mensch, liberal gesinnt, nicht reich, aber er hat die Politik nicht bestimmt. Genauso ist es mit Kennedy. Nicht er bestimmt die Politik. Solange in den USA zwei Parteien, welche die Monopolisten repräsentieren, die Präsidenten stellen, sind gute Präsidenten nicht zu erhoffen.

Nilsson: Auch sie sind keine Wahnsinnigen. Sie wissen, was ein Nuklearkrieg bedeutet.

Chruschtschow: Das stimmt. Sie verstehen, dass der Imperialismus nicht allmächtig ist. Er kann die Probleme von Krieg und Frieden nicht mehr lösen, weil die Imperialisten selbst in den Flammen eines Nuklearkrieges verglühen würden. So eine Konstellation gab es weder bei Marx noch bei Lenin. Selbst Kennedy spricht davon, dass unsere Kräfte gleich sind. Das heißt, dass der Imperialismus nicht glaubt, dass er seine Ziele mittels Krieg erreichen kann. Daraufhin begannen sie die Politik des Gleichgewichts zu betreiben, die auf gegenseitige Abschreckung gründet. Weil aber die Völker ihrer Länder den Frieden wollen, willigen sie in Abrüstungsverhandlungen ein, um ihre Völker zu täuschen. Und so beschäftigen wir uns die letzten 10 Jahre erfolglos mit diesen Fragen.

Nilsson: Wir können uns nicht auf die Politik des Gleichgewichts des Terrors verlassen.

Chruschtschow: Das ist nicht unsere Politik. Gerade durch diese Politik ist die Krise in der Karibik ausgelöst worden. Sie kann in Laos, in Westberlin entstehen.

Nilsson: Aber man muss doch mit irgendetwas beginnen und Verhandlungen führen.

Chruschtschow: Deswegen sprechen wir auch von der Notwendigkeit, den Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Aber sie wollen es nicht. Was soll's, wir können warten. Man muss, wie es scheint, so mit ihnen leben – da kann man nichts machen.

Nilsson: In so einer Situation bleibt für die Neutralen wenig zu tun.

Chruschtschow: Ich beschuldige Sie auch nicht. Sie haben natürlich begrenzte Möglichkeiten. Obwohl die Neutralen auch eine gewisse Rolle spielen könnten.

Nilsson: Ich habe noch eine Frage. Wie Sie wissen, haben wir Sie eingeladen, unser Land zu besuchen und wir würden uns freuen, Sie als unseren Gast begrüßen zu können.

Chruschtschow: Danke, ich habe mit Vergnügen die Einladung angenommen und wollte Schweden besuchen, doch wegen gewisser Umstände hat sich eine Situation ergeben, dass dieser Besuch nicht stattgefunden hat.

Nilsson: Wir würden Ihren Besuch Schwedens begrüßen und wir sagen: herzlich willkommen. Wir hätten es gern, wenn Sie selbst die Zeit auswählen würden, weil wir verstehen, dass Sie mehr beschäftigt sind als wir.

Chruschtschow: Danke für die Einladung. Wenn sich bei mir günstige Bedingungen einstellen sollten, und ich möchte, dass sie sich einstellen, werde ich mit Vergnügen nach Schweden reisen und das Leben und die Arbeit des schwedischen Volkes kennenlernen. Wir haben gute Beziehungen zu Schweden, wir fühlen, dass die Schweden ebenfalls gute Beziehungen wollen. Ich denke, da es in Schweden ein Mehrparteiensystem gibt, kann man allgemeines Wohlwollen bei einem Besuch Schwedens nicht erwarten.

Nilsson: Wir sind den Kampf zwischen den Parteien gewohnt. Ich kann aber nur versichern, dass die Mehrheit der Schweden einschließlich der Personen, die zu den Oppositionsparteien gehören, Ihren Besuch in Schweden mit großer Freude begrüßen wird.

Chruschtschow: Wir sind mit Ihrem Besuch in der UdSSR zufrieden. Wir werden erfreut sein, wenn Vertreter Schwedens zu uns kommen und sich erholen werden. Wir sind mit unserer Lage zufrieden. Die Lage der Schweden ist auch gut, doch wir werden euch einholen und überholen.

Nilsson: Nun denn, lassen Sie uns den Wettbewerb führen.

Chruschtschow spricht davon, was es heißt, die USA einzuholen und zu überholen. Das heißt nicht, dass wir den USA irgendeinen Schaden zufügen wollen. Wir wollen einen friedlichen Wettbewerb, und wir haben in einigen Dingen die USA bereits eingeholt und überholt, z. B. bei Zement. Wir holen sie in der Stahl- und

der landwirtschaftlichen Produktion, bei der Butterproduktion pro Kopf der Bevölkerung, bei Milch (im Gesamtaufkommen) und bei Wolle ein. Wir verstehen natürlich, dass es den Amerikanern unangenehm ist, wenn man sie einholt. Denn sie sind es gewohnt, erste zu sein. Was für einen gewaltigen Weg die Sowjetunion gegangen ist, verdeutlicht anschaulich der neue, in der DDR geschaffene Film „Das russische Wunder“.

Wir und Sie leben in einer Welt, und wir wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten einmischen.

Zum Abschluss dankt *Nilsson* N. S. Chruschtschow für das sehr interessante und nützliche Gespräch.

Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Aufgezeichnet von N[ikolaj] Bjelochwostikow und A[ndrej] Kowaljow
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 593, Bl. 6-23

Nach Beendigung des offiziellen Teils des Gesprächs mit N. S. Chruschtschow bat *T. Nilsson* den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, ihm noch etwas Zeit zu schenken. Nachdem die übrigen Delegationsmitglieder gegangen waren, fragte Torsten Nilsson Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, ob er wisse, wonach ihn Nilsson fragen will.

N. S. Chruschtschow gab eine bejahende Antwort und erklärte, dass man der schwedischen Seite die Antwort in Bezug auf [Raoul] Wallenberg gegeben hat und dass es keine andere Antwort geben wird. N. S. Chruschtschow erläuterte, dass die sowjetische Seite R[aoul] Wallenberg nicht braucht und dass er, falls er weiter gelebt hätte, selbstverständlich nach Schweden zurückgekehrt wäre.¹³³

¹³³ Als der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg von der Verschleppung von mehr als 400 000 Juden aus der ungarischen Provinz in Ghettos und Todeslager in der Zeit von Ende April bis Anfang Juli 1944 erfuhr, kehrte er als erster Sekretär an die Gesandtschaft seines Landes in Budapest zurück, um mit Hilfe seiner Regierung und des U.S. War Refugee Board Maßnahmen zur Rettung der Juden in der Stadt einzuleiten. Aufgrund von Namenslisten stellten er und Diplomaten der Schweiz und des Vatikans „Schutzpässe“ aus, die deren Inhaber als Bürger des betreffenden Staates auswiesen, der ihre Repatriierung erwarte und ihre Aufnahme gewährleiste. Zusammen mit dem Schweizer Gesandten Carl Lutz organisierte er die Unterbringung in – mit Tarnbezeichnungen versehenen – Schutzhäusern und ließ dort schwedische Fahnen hissen. In diesen Gebäuden lebten ca. 30 000 Juden, die mit der Hilfe anderer Diplomaten und dank amerikanischer Dollars mit Nahrung versorgt wurden. Die mehr als 80 000 Juden, die im ungarischen Ghetto von Budapest eingepfercht worden waren, unterstützte er durch Lebensmittellieferungen. Es gelang ihm, beim ungarischen „Reichsverweser“ Miklós Horthy die Unterbrechung der Deportationen zu erwirken, doch nachdem dieser den Waffenstillstand mit der UdSSR und die Neutralität Ungarns verkündet hatte und daraufhin durch einen Putsch der faschistischen Pfeilkreuzler gestürzt worden war, setzten die Deportationen wieder ein. Als die Juden wegen fehlender Transportkapazitäten in Todesmärschen in Richtung Österreich (das damals zu Hitlers Reich gehörte) getrieben wurden, eilte Wallenberg an den Ort des Geschehens, verteilte Essen und fragte nach Inhabern schwedischer Schutzpässe. Sein entschlossenes Auftreten und sein Abhaken von Namen auf vorgeblichen Listen erweckten den Eindruck, dass die Angesprochenen schwedische Schutzpässe besäßen. In Wirklichkeit stellte er ihnen diese erst dann in Form handschriftlicher Zettel ohne Stempel und andere Beglaubigung aus. Er konnte so ca. 200 Juden auf von ihm organisierte Lastwagen laden und nach Budapest zurückbringen. Weitere Befreiungs- und Hilfsaktionen hielten Wallenberg in Budapest fest, wo er Zeuge der Eroberung durch die Rote Armee wurde. Er beabsichtigte, weiter im besetzten Land zu bleiben, um seine Schützlinge unterstützen zu

Nilsson sagte, dass die Frage nach R. Wallenberg deswegen wieder aufgeworfen wurde, weil die schwedische Regierung unter dem Eindruck der Mitteilung steht, die Professor N[anna] Svartz nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion abgegeben hat.

Nach der Erklärung von Professor N. Svartz ist Wallenberg am Leben und befindet sich in der UdSSR in einer psychiatrischen Heilanstalt. T. Nilsson fügte hinzu, dass N. Svartz in Schweden für ihre Sympathien für die Sowjetunion bekannt ist.

N. S. Chruschtschow bemerkte, dass die Leute, die solche Gerüchte in Umlauf bringen, entweder die sowjetisch-schwedischen Beziehungen verschlechtern wollen, oder es aufgrund eines Missverständnisses machen.

Nilsson sagte, dass Svartz allem Anschein nach irreführt wurde.

N. S. Chruschtschow berichtete, dass nach dem Krieg Italien und Westdeutschland die Rückführung von Personen gefordert haben, die im Zweiten Weltkrieg verschollen waren. N. S. Chruschtschow erklärte weiter, dass Krieg eben Krieg ist und dass sein Sohn, der Fliegeroffizier war, als vermisst gilt. N. S. Chruschtschow sagte, er meint, dass sein Sohn gefallen ist, obgleich ihn niemand beerdigt hat oder Zeuge seines Todes war. Die Frage nach R. Wallenberg wird schon seit mehr als zehn Jahren immer wieder gestellt und stört nur die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Schweden.

Damit war das Gespräch beendet. T. Nilsson sagte, ihm sei die Frage klar.

Am Gespräch nahmen der Außenminister der UdSSR, A[ndrej] A. Gromyko und der Botschafter Schwedens in der UdSSR, R[olf] Sulman teil.

Dem Sekretariat Chruschtschows
am 10. 6. 1963 von A. Kowaljow zugeleitet
Archiviert als Anhang zum Hauptgespräch
Aufgezeichnet von M. Schadrin
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 593, Bl. 25-26

können. Zu diesem Zweck machte er sich am 13. Januar 1945 auf den Weg zum sowjetischen Kommandanten in Debrecen. Bevor er dort ankam, wurde er vom Abwehrdienst Smerš („Tod den Spionen“) in Gewahrsam genommen und nach Moskau gebracht, wie man dem schwedischen Gesandten mitteilte. Danach verlor sich seine Spur. Allem Anschein nach wurde er feindlicher Spionage bezichtigt – ein Vorwurf, den die Verleumder leicht plausibel erscheinen lassen konnten aufgrund der vielen Kontakte, die er zur Rettung der Juden benötigte. Wie der damalige Chef des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes, Pavel Sudoplatov, Jahrzehnte später kurz vor seinem Tod in vertrautem Kreis berichtete, erklärte man in Moskau Wallenberg zum Gast und tötete ihn ohne Vorwarnung mit einer Giftspritze.

7. Gespräch Chruschtschows mit dem kubanischen Führer, Fidel Castro, am 24. Mai 1963

Am 24. Mai 1963 fragte *Fidel Castro* N. S. Chruschtschow im Auto auf dem Wege zu Truppenübungen, ob es stimmt, dass Nikita Sergejewitsch aus irgendeinem Grund mit Raschidow¹³⁴ unzufrieden war.

Nikita Sergejewitsch antwortete, der Grund für diese Frage von Castro ist vielleicht, dass Raschidow darauf hingewiesen worden ist, dass er sich seinerzeit bei der Auswahl des Kandidaten für die Leitung des Beraterapparates auf Kuba falsch verhalten hat.

Der von ihm vorgeschlagene Kandidat Titow erfüllte nicht die Anforderungen, die an einen sowjetischen Mitarbeiter gestellt werden, der als Berater nach Kuba geht. Gen. Raschidow wählte mit der Entsendung Titows nach Kuba offensichtlich die eleganteste Form, um sich des Gen. Titow zu entledigen, der ihm aus irgendwelchen Gründen nicht genehm war. Wie es scheint, muss man die Abberufung Titows überprüfen, weil sein Aufenthalt dort nicht die von uns erwarteten Resultate liefert.

Überhaupt ist anzumerken, dass wir die besten unserer besten Kader nach Kuba schicken müssen, eben solche Leute, die auf Kuba unter Berücksichtigung der gesamten Besonderheit des Moments und der Situation arbeiten können. Unsere Organisationen schicken aber zu euch oft Kanzleileute, Bürokraten, die nicht fähig sind, eine wirkliche, konkrete und effektive Hilfe zu leisten. Ihr von eurer Seite helft ihnen dabei, sich als Bürokraten zu gebärden, ihr stellt ihnen Autos, Telefone, Räume zur Verfügung, ihr gebt ihnen Personenschutz, aber alle diese Attribute bringen überhaupt nichts, außer dem Auseinanderdriften zwischen dem Volk, den Werktätigen und diesen Beratern. Warum zum Beispiel stellt ihr ihnen Telefone zur Verfügung, wenn keiner von ihnen spanisch sprechen kann, fragte Nikita Sergejewitsch.

Fidel Castro bemerkte im Scherz, dass dies deshalb gemacht wurde,¹³⁵ damit sie miteinander reden können.

Aber da sie nicht deshalb dorthin geschickt worden sind, um miteinander zu reden, sondern deshalb, um eine wirksame Hilfe zu leisten, denke ich, sagte *Nikita Sergejewitsch*, dass man die gesamte Frage bezüglich unserer Spezialisten und Berater intensiv prüfen muss. Von diesen [Menschen] gibt es dort zu viele, und zu viele von ihnen arbeiten ineffektiv und sind eine Last. Deshalb empfehle ich Ihnen, gemeinsam mit unseren Genossen die Liste dieser Berater konkret Person für Person durchzusehen und nur diejenigen zu behalten, die euch tatsächlich einen spürbaren praktischen Nutzen bringen. Alle übrigen muss man nach Hause schicken, und je früher, desto besser.

Diktiert von Dolmetscher N[ikolaj] Leonow
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 573, Bl. 78-80

¹³⁴ Šaraf Rašidovič Rašidov, Erster Sekretär des ZK der kommunistischen Partei der Sowjetrepublik Usbekistan, Mitglied des ZK der KPdSU, Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU.

¹³⁵ Die Passage ist handschriftlich eingefügt.

8. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 10. Juni 1963

Von sowjetischer Seite waren Gen. A[ndrej] A. Gromyko und Gen. F[jodor] S. Sasikow¹³⁶ beim Gespräch zugegen.

Harold Wilson¹³⁷ wurde von G[ordon] Walker¹³⁸, Slater¹³⁹ und Ennals¹⁴⁰ begleitet.

Wilson dankt N. S. Chruschtschow dafür, dass er es ermöglicht hat, die Delegation zu empfangen, und sagt, dass die Delegation gern einige Fragen sowohl zu den englisch-sowjetischen Beziehungen als auch zur internationalen Lage diskutieren würde. Mit welchen Fragen solle man nach Ansicht von N. S. Chruschtschow am besten beginnen?

Chruschtschow antwortet, das sei doch Sache der Gäste: darüber zu entscheiden, welche Fragen man in erster Linie diskutieren solle.

Wilson sagt, dass er die Bitte habe, ihm am Ende der Woche die Möglichkeit zu geben, erneut mit N. S. Chruschtschow zusammen zu kommen, und sei es nur für 15 Minuten, um Bilanz der Eindrücke über seinen Aufenthalt in der Sowjetunion zu ziehen.

Chruschtschow ist damit einverstanden, Wilson am Ende seines Besuchs in der Sowjetunion zu empfangen.

Wilson sagt, er und seine Kollegen kommen mit Ministern und Vertretern sowjetischer Organisationen zusammen, um einzelne Sachgebiete zu erörtern. Er hat zum Beispiel die Absicht, mit dem Minister für Außenhandel, N[ikolaj] S. Patolitschew, zu sprechen, um mit ihm Fragen zur Ausweitung des englisch-sowjetischen Handels zu bereden. Er hofft auch darauf, dass es ihm ermöglicht wird, Gen. A[nastas] I. Mikojan, aufzusuchen.

Chruschtschow teilt Wilson mit, dass es A. I. Mikojan gesundheitlich wieder besser geht und er Wilson wohl empfangen kann.

Wilson sagt, er ist sehr froh, das zu hören, weil A. I. Mikojan ein alter Freund ist. Weil er, Wilson, die Absicht hat, die konkreten Fragen bei der Ausweitung des englisch-sowjetischen Handels mit N. S. Patolitschew zu besprechen, will er nicht die Zeit N. S. Chruschtschows damit in Anspruch nehmen, Handelsfragen zu erörtern. Im Gespräch mit N. S. Patolitschew wird er konkrete Vorschläge für die Ausweitung des englisch-sowjetischen Handels vorlegen, jetzt aber will er, falls ihm dies gestattet ist, eher strittige Fragen berühren.

¹³⁶ Fëdor Stepanovič Sazikov, Leiter der Abteilung für Auszeichnungen beim Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR.

¹³⁷ Harold Wilson, Vorsitzender der – in der Opposition befindlichen – britischen Labour Party.

¹³⁸ Patrick Gordon Walker, Unterhausabgeordneter der britischen Labour Party.

¹³⁹ Joseph Slater, Unterhausabgeordneter der britischen Labour Party.

¹⁴⁰ David Ennals, Unterhausabgeordneter und Sekretär des *International Department* der britischen Labour Party.

Chruschtschow bemerkt scherzhaft, er lebt schon viele Jahre auf Erden und muss sich die ganze Zeit über mit strittigen Fragen befassen. Warum sollte er es denn ausgerechnet jetzt ablehnen, solche Fragen zu erörtern?

Wilson sagt, dass es in erster Linie um die Beratungen auf höchster Ebene geht. Nach Ansicht der Labour Party wären Beratungen auf höchster Ebene höchst nützlich, wenn sie öfter und vielleicht turnusmäßig durchgeführt würden. Gegenwärtig gibt es folgende Tendenz: Vor einer Beratung auf höchster Ebene werden die Menschen von großer Nervosität erfasst, sie fürchten, dass diese Beratung nicht die gewünschten Ergebnisse erbringt und dass sich bei den Völkern, die sich von ihr so viel erhoffen, [dann] Enttäuschung einstellt. Dadurch kommt es dazu, dass gerade diese Befürchtungen oft dazu beitragen, dass die Beratungen auf höchster Ebene nicht die gewünschten Ergebnisse liefern. Das lässt sich damit vergleichen, wenn einen betagten Bräutigam Zweifel plagen, ob er in der Lage ist, seine Frau glücklich zu machen, und gerade dieser Zweifel kann als solcher schon die Ursache für seinen Misserfolg werden. Mithin führt die Angst vor dem Misserfolg zum Misserfolg. Könnte man die Gipfeltreffen nicht turnusmäßig, sagen wir, einmal im Jahr, organisieren? Nehmen wir an, dass zum Ende der Tagung der UNO-Vollversammlung der Premierminister Englands und der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR nach New York reisen würden, um diese oder jene Frage, nicht unbedingt sehr wichtige Fragen, zu erörtern, und das dann so zur Gewohnheit würde. Was hält N. S. Chruschtschow von dieser Idee?

Chruschtschow antwortet, diese Idee lasse sich verwirklichen. Solche Treffen wären nützlich, da sie zur Klärung verschiedener Fragen und zur Beilegung von Differenzen beitragen könnten. Allerdings haben wir betrübliche Erfahrungen mit einem Gipfeltreffen in Paris gemacht, doch es war nicht unsere Schuld, dass dieses Treffen gescheitert ist.¹⁴¹

Wilson sagt, dass dies damals eigentlich überhaupt kein Treffen gewesen ist. Was die Labour Party betrifft, so hat sie damals den Flug des Spionageflugzeuges U-2 entschieden verurteilt.

Chruschtschow äußert die Ansicht, die Amerikaner wollten der Sowjetunion mit diesem Flug Angst einjagen, das Ergebnis traf sie aber völlig unerwartet. Sie wollten eins, bekamen jedoch etwas anderes.

Wilson bittet zu berücksichtigen, wenn er von Beratungen auf höchster Ebene redet, meint er damit, dass vonseiten Englands dann Macmillan schon nicht mehr beteiligt sein wird.¹⁴²

¹⁴¹ Chruščëv hatte den westlichen Staats- und Regierungschefs am 16. Mai 1960 in Paris erklärt, seine Bereitschaft zur Teilnahme an der vorgesehenen Konferenz hänge von der Entschuldigung der USA für den Spionageflug der U-2 über sowjetisches Territorium am 1. Mai und der Zusage ab, dass sich dieser dreiste Aggressionsakt nicht wiederholen werde. Präsident Eisenhower zeigte sich zwar nach einigem Hin und Her zu der Zusage bereit, dass keine neuen Flüge mehr stattfinden würden, verweigerte aber die geforderte Entschuldigung. Dabei ging er davon aus, dass Spionage zu den Usancen der internationalen Beziehungen, vor allem auch im Kontext des kalten Krieges, gehöre. Die sowjetischen Protokolle dieser Auseinandersetzung sind in Dokumentenband 2 abgedruckt.

¹⁴² Wilson deutete damit an, dass bis dahin der konservative Premierminister Harold Macmillan abgewählt sein würde, und er, Harold Wilson, sei dann an dessen Stelle britischer Regierungschef.

Chruschtschow antwortet, dies sei eine innere Angelegenheit der Engländer. Wir wählen nicht die englische Regierung. Das macht das englische Volk, und wir wollen uns überhaupt nicht in die inneren Angelegenheiten Englands einmischen. Die Kommunisten werden ohnehin schon ständig der „Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bezichtigt.

Wilson fragt, welche Meinung N. S. Chruschtschow hinsichtlich der Aussichten hat, ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche abzuschließen.

Chruschtschow sagt, dass für uns die jetzigen Vorschläge der Westmächte unannehmbar sind. Wir werden nicht mit der Inspektion einverstanden sein. Es ergibt sich eine interessante Situation: Der Westen tritt für die Inspektion ein und behauptet, er wolle sich nicht hinters Licht führen lassen. Wollen etwa wir, die wir an den Verhandlungen teilnehmen, hinters Licht geführt werden? Der Westen vertraut uns nicht, aber warum sollen wir dann dem Westen vertrauen? Wenn wir aber über die reale Lage sprechen, so lassen sich gegenwärtig alle großen Nuklear-explosionen nicht geheim halten. Wenn von der Möglichkeit geheimer Nuklear-explosionen die Rede ist, kann es nur um Explosionen von sehr geringer Sprengkraft gehen, und das kann nicht als ernstes Hindernis gelten. Es geht hier um etwas Anderes. Das Ziel des Westens besteht darin zu erfahren, was in unserem Land geschieht. Sein Ziel ist Spionage. Aber wir erlauben es dem Westen nicht, bei uns Ausforschung zu betreiben. Und genau deshalb, um das Bemühen des Westens nicht noch mehr zu verstärken, Einblick bei uns zu gewinnen, werden wir ihm diese Möglichkeit nicht geben. Wir haben seinerzeit gedacht, dass die USA mit uns auf ehrlicher Grundlage verhandeln. Als der amerikanische Vertreter [Arthur Dean] erklärte, die amerikanische Regierung könne zwei bis vier Inspektionen zustimmen, haben wir an Kennedy einen Brief geschickt und den Amerikanern zwei-drei Inspektionen vorgeschlagen. Was aber haben die USA gemacht? Sie haben ihren Vorschlag augenblicklich zurückgezogen und erklärt, sie fordern 16 Inspektionen, danach sind sie auf 7 heruntergegangen.

Wilson sagt, das ist ein Missverständnis gewesen. Im April dieses Jahres hat er viel Zeit in Washington verbracht und mit amerikanischen Politikern verhandelt, und letzte Woche war G. Walker mit dem gleichen Ziel dort. Beiderseits ist der Eindruck entstanden, dass hier tatsächlich ein Missverständnis vorliegt. Die amerikanische Regierung ist vollkommen aufrichtig davon überzeugt. Das geschah beim Gespräch Deans mit Kusnezow, schließlich neigt Dean zu durchaus nebelhaften Formulierungen. Ihn zu verstehen, ist sogar für Engländer schwierig. Die Amerikaner bedauern es sehr, dass es zu diesem Missverständnis gekommen ist. Die Labour Party meint, es wäre eine Tragödie, wenn dieses Missverständnis zum Scheitern der Verhandlungen über das Verbot der Kernwaffenversuche führen würde.

Chruschtschow antwortet, wenn die Amerikaner meinen, dass ein Missverständnis auf ihrer Seite vorlag und sie niemals 2-4 Inspektionen zugestimmt haben, dann liegt auch auf unserer Seite ein Missverständnis vor, und wir stimmen 2-3 Inspektionen nicht zu.¹⁴³

¹⁴³ Bei unterirdischen Kernwaffenversuchen entstehen Erderschütterungen, die zwar auch an weit entfernten Orten seismographisch gemessen werden können, jedoch vielfach nicht von anders

Wilson fragt, ob N. S. Chruschtschow meint, dass Verifikationen von außen her zur Kontrolle der Nuklearexplosionen völlig ausreichen.

Chruschtschow sagt, dass die Sowjetregierung dem Vorschlag englischer Wissenschaftler zugestimmt hat, so genannte „Schwarze Kästen“ zu verwenden.¹⁴⁴ Wir meinen, das genügt völlig.

Wilson fragt, ob das so zu verstehen ist, dass die Sowjetregierung ihre Zustimmung zu 2-3 Inspektionen zurückzieht.

Chruschtschow bekräftigt, dass sich die Sowjetregierung keiner Inspektion zustimmen wird. Wenn auf amerikanischer Seite ein Missverständnis vorlag, dann lag es auch auf unserer Seite vor.

Wilson stellt die Frage, ob N. S. Chruschtschow es für möglich hält, zu der Variante mit den 2-3 Inspektionen zurückzukehren, wenn es umfassende Garantien gegen eine Spionage gibt: Die Inspektoren werden in Flugzeugen mit verdunkelten Fenstern an den Ort der Inspektion gebracht, sie werden von russischen Offizieren begleitet usw. Anders formuliert, die Sowjetunion erhält die Möglichkeit, alle Vorsichtsmaßnahmen gegen eine Spionage zu ergreifen. Wird die Sowjetunion der Inspektion dann zustimmen?

Chruschtschow antwortet, dass nach unserer Ansicht die beste Garantie gegen Spionage darin besteht, keine Spione auf unser Territorium zu lassen. Es geht doch um Fragen der Verteidigung. Das ist für unser Land lebenswichtig, und wir werden uns nie mit Inspektionen einverstanden erklären. Seitens des Westens denkt man an eine Inspektion von der Art, die Bodenbohrungen einschließt usw. Wir werden uns darauf niemals einlassen.

Wilson äußert die Ansicht, dass die Sowjetunion vielleicht einer internationalen Inspektion zustimmt, wenn sie von Neutralen durchgeführt wird. Man könnte dafür geeignete Neutrale finden.

Chruschtschow betont, dass wir uns in Fragen, welche die Landesverteidigung betreffen, ausschließlich auf uns selbst verlassen.

Wilson fragt, ob N. S. Chruschtschow denn meint, dass es keine Aussichten für ein Abkommen über diese Frage gibt.

verursachten Erderschütterungen zu unterscheiden sind. Daher forderten die Amerikaner Inspektionen, die in Zweifelsfällen Klarheit schaffen sollten. Kennedy hatte sich zunächst 12 Inspektionen festgelegt und dann ihre Zahl auf 6 verringert als Minimum, das sich bei der Ratifizierung gegenüber dem Senat vertreten lasse. Chruščëv glaubte, ihn mit 3 Inspektionen zufriedenstellen zu können, und erklärte Anfang Dezember 1962 gegenüber dem Friedensaktivisten Norman Cousins, der ihn mit einer Botschaft von Papst Johannes XXIII. aufgesucht hatte, die Bereitschaft dazu. Im Gespräch mit den Botschaftern der USA und Großbritanniens, Kohler und Trevelyan, am 20. April 1963 machte er deutlich, dass dies sein äußerstes Zugeständnis war. Als die Regierungen in Washington und London dies weiter als unzureichend betrachteten, widerrief er die in Aussicht gestellte Konzession mit dem Ergebnis, dass kein Einvernehmen über die Einstellung der unterirdischen Tests zustande kam.

¹⁴⁴ Gemeint sind verschlossene Geräte zur Aufzeichnung seismischer Erschütterungen, die den Befürwortern zufolge die Feststellung unterirdischer Nuklearexplosionen mit hinreichender Sicherheit ermöglichen würden. Diese Geräte sollten von der jeweils anderen Seite an wichtigen Orten aufgestellt werden und durch sichere Verschlüsse vor manipulierenden Eingriffen geschützt sein.

Chruschtschow bestätigt, dass wir einer Inspektion nicht zustimmen.

Walker sagt, wenn es um die Sache so steht, dann ist die einzige Alternative der Abschluss eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser, wobei die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche unter der Erde zunächst offen bleibt und jeder Seite Handlungsfreiheit eingeräumt wird bezüglich der unterirdischen Kernwaffenversuche.¹⁴⁵ Wird die Sowjetunion darauf eingehen?

Chruschtschow antwortet, dass die Sowjetunion seinerzeit der Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser zugestimmt hat, doch da war der Westen dagegen. Unsere Vorschläge haben allerdings Verhandlungen über die Einstellung der unterirdischen Nuklearexplosionen vorgesehen.

Walker bestätigt, dass die Sowjetunion tatsächlich so einen Vorschlag unterbreitet hat, doch der sah ein Moratorium für die unterirdischen Nuklearexplosionen vor für die Dauer der Verhandlungen über ihre Einstellung. Der Vorschlag der Labour Party lautete aber, sich über das Verbot der Nuklearexplosionen im Kosmos, in der Atmosphäre und unter Wasser zu verständigen und den Seiten Handlungsfreiheit bezüglich der Durchführung unterirdischer Nuklearexplosionen einzuräumen. In diesem Fall werden keine Inspektionen nötig sein. Was hält die Sowjetregierung von diesem Vorschlag?

Chruschtschow sagt, dass der Vorschlag der Labour Party eine positive Seite hat. Als aber die Sowjetunion der Einstellung der Versuche im Kosmos, in der Atmosphäre und unter Wasser zustimmte, wollte sie anschließend auch die Frage der unterirdischen Nuklearexplosionen entscheiden. Bislang halten wir an diesem Standpunkt fest.

Wilson erläutert, nach Ansicht der Labour Party wäre die Einstellung der Versuche im Kosmos, in der Atmosphäre und unter Wasser der erste Schritt zur Lösung des ganzen Problems. Anschließend könnte man sich auch über die Einstellung der unterirdischen Nuklearexplosionen verständigen. Das alles würde natürlich mit den Verhandlungen über die Abrüstung verbunden werden. Sodann fragt *Wilson*, ob es die sowjetische Regierung für nützlich hält, das Problem der Einstellung der Kernwaffenversuche auf einem Gipfeltreffen zu erörtern.

Chruschtschow antwortet bejahend.

Wilson äußert die Ansicht, es bestehe alle Aussicht, auf einer Gipfelkonferenz das Problem der Einstellung der Kernwaffenversuche mit Ausnahme der unterirdischen Explosionen zu lösen. Die Frage der unterirdischen Explosionen könnte man dann später erörtern.

Chruschtschow betont, die sowjetische Regierung ist bereit, zur Lösung des Problems der Einstellung der Kernwaffenversuche alles zu tun, was sie kann.

¹⁴⁵ Diese Minimalregelung (die wenig später auch zustande gekommen ist) hatte den Vorteil, dass sie die damals sehr große Sorge der Öffentlichkeit hinsichtlich einer radioaktiven Verseuchung der natürlichen Umwelt beschwichtigte.

Wilson äußert die Ansicht, dass die allgemeine Abrüstung¹⁴⁶ ein sehr kompliziertes Problem ist. Ihm persönlich scheint, dass man eine unabhängige Person, z. B. den Generalsekretär der UNO, damit beauftragen sollte, die von der UdSSR und den USA unterbreiteten Entwürfe für eine allgemeine Abrüstung zu prüfen und daraus einen Entwurf für einen Kompromiss zu erarbeiten, der als Diskussionsgrundlage genommen werden könnte. Er hat solch einen Vorschlag schon im englischen Unterhaus vorgetragen. Seiner Meinung nach sind sowohl der sowjetische als auch der amerikanische Plan zur allgemeinen Abrüstung sehr substantiell, und man könnte versuchen, die Berührungspunkte beider Pläne zu ermitteln. Dazu könnte man Neutrale heranziehen.

Chruschtschow sagt, dass wir seinerzeit auf Unterstützung durch die Neutralen gehofft und gemeint haben, sie könnten bei der Lösung des Abrüstungsproblems helfen. Die Erfahrungen lehren aber, dass die Beteiligung der Neutralen nichts bringt, und wir verlieren allmählich das Interesse an den Verhandlungen im UNO-Abrüstungsausschuss.

Wilson bemerkt, dass bei der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche nach seiner Ansicht mehr Hoffnung besteht als beim Problem der allgemeinen Abrüstung. Er würde gern auf zwei Fragen eingehen, die seiner Meinung nach die Sowjetunion stärker betreffen. Das ist erstens die Schaffung kernwaffenfreier Zonen und von Zonen mit kontrollierter konventioneller Rüstung. Zweitens ist das die Frage der Einschränkung der Proliferation von Kernwaffen und eventuell sogar der Reduzierung des Kreises der Länder, die über Kernwaffen verfügen.

Chruschtschow bemerkt, dass die Regelung der zweiten Frage nicht von uns abhängt, denn jeder Staat bestimmt selbst seine Politik hinsichtlich der Nuklearrüstung.

Wilson stimmt zu und sagt, dass man sich in diesem Fall über die Schaffung kernwaffenfreier Zonen verständigen kann.

Chruschtschow antwortet, dass der Standpunkt der sowjetischen Regierung in dieser Frage mit dem der Labour Party übereinstimmt: Wir sind für die Schaffung solcher Zonen.

Wilson sagt, nach Ansicht der Labour Party wäre es wahrscheinlich leichter, sich über die Einrichtung solcher Zonen auf der Grundlage etwa des Rapacki-Plans¹⁴⁷ zu verständigen, wenn das als Bestandteil von Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen erfolgen würde. In diesem Fall könnten auch die Vereinigten Staaten zustimmen.

¹⁴⁶ Diese Stellungnahme bezog sich auf die sowjetische Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung und auf den damit verbundenen Standpunkt, dass die UdSSR sich auf dieser Grundlage mit den von westlicher Seite verlangten Inspektionen einverstanden erklären könnte.

¹⁴⁷ Am 2. Oktober 1957 hatte der polnische Außenminister Adam Rapacki in der UNO-Generalversammlung die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorgeschlagen, welche die Bundesrepublik Deutschland und die DDR umfassen und später um angrenzende Staaten erweitert werden sollte. Die sowjetische Führung hatte nach anfänglichem Zögern zugestimmt und dies von da an als Erfordernis der Konfliktschärfung immer wieder geltend gemacht.

Chruschtschow äußert die Ansicht, darauf könnte man sich einigen. Es bestünden allerdings große Zweifel wegen Frankreich. Ob Frankreich auf so einen Vorschlag eingehen werde?

Wilson antwortet, dass ihm der Standpunkt Frankreichs einige Sorgen macht. Er werde im weiteren Verlauf dieses Gesprächs auf diese Frage zurückkommen. Der Widerstand gegen den Rapacki-Plan und gegen andere Pläne des [militärischen] Auseinanderrückens beruht normalerweise darauf, dass dadurch das Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West verletzt wird.¹⁴⁸ Offensichtlich muss man dieses Problem auf eine Weise lösen, dass es nicht zur Verletzung des Kräftegleichgewichts kommt. Nach Ansicht der Labour Party könnte der Rapacki-Plan als Grundlage für die Erörterung dieses Problems dienen. Zugleich ließe sich ihrer Ansicht nach die Frage der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in anderen Teilen der Welt viel schneller regeln: [etwa] die Einrichtung einer solchen Zone in Lateinamerika und die Umwandlung des gesamten afrikanischen Kontinents in eine derartige Zone.

Chruschtschow sagt, dass wir bereits erklärt haben, solche Vorschläge zu unterstützen, und wir haben in der UNO dafür gestimmt.

Wilson bemerkt, dass man ebenso prüfen könnte, eine kernwaffenfreie Zone auch im Nahen Osten zu schaffen. In diesem Fall müsste man jedoch zugleich das Problem des Lieferstopps für konventionelle Waffen in diese Region lösen.

Chruschtschow erklärt *Wilson*, dass die sowjetische Regierung schon 1956 der englischen Regierung eine Verständigung hierüber vorgeschlagen hat. *Eden*¹⁴⁹ hat aber nicht zugestimmt und in dem Sinn geantwortet, dass die Sowjetunion ihre Waffenlieferungen in die Länder des Nahen Ostens einstellen muss, England dagegen diese Lieferungen fortsetzen wird.

Wilson sagt, dass sich die Labour Party auch damals gegen die Waffenlieferungen in die Länder des Nahen Ostens und gegen die Politik *Edens* in der Suez-Frage¹⁵⁰ gewandt hat.

Walker äußert die Ansicht, dass die Region des Nahen Ostens eine große Gefahr für alle Mächte darstellt. Alle haben ein Interesse daran, dass die Unruhen in den Ländern des Nahen Ostens aufhören und das waffenmäßige Ungleichgewicht zwischen den dortigen Ländern liquidiert wird. Daher sollten alle Mächte Maßnahmen ergreifen, um die Probleme des Nahen Ostens zu regeln.

Chruschtschow antwortet, dass diese Frage interessant ist und dass man sie erörtern könnte. Hier wird aber allem Anschein nach kein bilaterales Abkommen

¹⁴⁸ Der – im Westen erhobene – Einwand war, dass die USA ihre Kernwaffen vom europäischen Gefechtsfeld zurückziehen müssten, während dieses weiterhin im Zielbereich der sowjetischen Mittelstreckensysteme bliebe. Zudem könnte die UdSSR ihre Kurzstreckensysteme ungleich einfacher und rascher wieder zurückverlegen, als dies der Gegenseite möglich wäre.

¹⁴⁹ Anthony Eden, April 1955 bis Januar 1957 britischer Premierminister.

¹⁵⁰ Die Verstaatlichung des Suez-Kanals, die der ägyptische Präsident entgegen den Bestimmungen des Vertrages über die Übergabe der Kanalverwaltung an Ägypten vorgenommen hatte, war von *Eden* mit der Besetzung der Kanalzone beantwortet worden, an der sich auch französische Truppen beteiligt hatten. Zugleich war Israel über die Sinaihalbinsel bis zum Suez-Kanal vorgestoßen.

zwischen der UdSSR und Großbritannien ausreichen. Es wird erforderlich sein, auch andere Staaten wie die USA und Frankreich einzubeziehen. Sonst können diese Staaten das Abkommen sabotieren.

Wilson stimmt zu und sagt, die Regelung dieser Frage erfordert Geduld und mühsame Kleinarbeit. Es kann sich natürlich nur um ein multilaterales Abkommen handeln.

Chruschtschow bemerkt, dass sich in diesem Zusammenhang die Frage stellt: Was soll mit den afrikanischen Ländern geschehen, die sich noch unter der Herrschaft der Kolonialherren befinden. Die Völker dieser Länder haben doch das Recht auf Unabhängigkeit und das Recht, für diese Unabhängigkeit mit dem Einsatz von Waffen zu kämpfen, falls die Kolonialherren nicht freiwillig abtreten. Wenn sich die Völker dieser Kolonien an uns mit der Bitte wenden, ihnen mit Waffen zu helfen, halten wir es für unsere heilige Pflicht, diese Hilfe zu leisten. Es ist doch bekannt, wie die Lage in Angola oder in der Südafrikanischen Republik aussieht.

Wilson erklärt, er hat persönlich den Vorschlag des einseitigen Verzichts von England vorgelegt, Waffen an die Regierung der Südafrikanischen Republik zu liefern, obwohl die konservative Regierung und die Presse sich deswegen mit heftigen Attacken auf ihn gestürzt haben.

Chruschtschow sagt, dass es uns bekannt ist.

Wilson fügt hinzu, der einseitige Verzicht Englands, der Regierung der SAR Waffen zu liefern, hätte natürlich nicht genügt, da sie die Waffen von anderen Ländern erhalten könnte. Es bedurfte eines Beschlusses der UNO, Waffenlieferungen an Kolonialmächte zur Niederschlagung nationaler Befreiungsbewegungen zu verbieten, so etwa Waffen an Portugal zum Einsatz in Angola und Mosambik zu liefern.

Chruschtschow betont, dass kein derartiger Beschluss der UNO den Kolonialherren Vorteil bringen und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern schaden darf.

Wilson hebt hervor, dass sich die Labour Party für die Liquidierung der Kolonien einsetzt und dafür, dass es keine Waffenlieferungen gibt. Die UNO muss das garantieren. Ein unilateraler Beschluss wird nicht genügen. Selbst Frankreich wird an Portugal Waffen liefern, wenn es keinen Beschluss der UNO gibt.

Chruschtschow weist darauf hin, dass ein Beschluss der UNO existiert, um dem System des Kolonialismus ein Ende zu machen. Wenn es jedoch Länder gibt, die diesen Beschluss nicht befolgen und ihre Kolonien nicht freigeben wollen, dann ist völlig klar, dass die Völker dieser Kolonien das Recht haben, zu den Waffen zu greifen, um ihre Befreiung zu erreichen. In diesem Fall müssen jene Länder, die Sympathie gegenüber diesen Völkern empfinden, ihnen offensichtlich mit Waffen helfen.

Wilson antwortet, dass die Labour Party für die Abschaffung des Kolonialsystems eintritt, aber will, dass dies ohne bewaffneten Kampf geschieht.

Anschließend sagt H. Wilson, er möchte eine Frage stellen, auf die N. S. Chruschtschow natürlich nicht zu antworten braucht, wenn er meint, sie tangiert das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion. Es handelt sich um den Standpunkt Frankreichs, das unter allen Umständen seine eigenen Nuklearstreitkräfte, die sogenannte Schlagstreitmacht (*force de frappe*), aufbauen will. Die Labour Party ist gegen diese Politik. Mehr noch: Sie meint, dass sogar England auf seine unabhängigen Nuklearstreitkräfte verzichten soll. Angesichts der großen Erfolge, die die Sowjetunion bei der Organisation ihrer Luftabwehr erzielt hat, möchte ich folgende Frage stellen. Meint die Sowjetunion, dass die französische Schlagstreitmacht für die Sowjetunion eine ernste Bedrohung darstellt? Auf diese Frage braucht N. S. Chruschtschow, wie Wilson erneut bemerkt, natürlich nicht zu antworten.

Chruschtschow sagt, dass er auf diese Frage eine durchaus eindeutige Antwort geben kann. Wir berücksichtigen weder die französischen noch die englischen Nuklearstreitkräfte. Wir brauchen Bomber nicht zu fürchten, da unser Luftverteidigungssystem in dieser Hinsicht völlige Sicherheit gewährleisten kann, schon gar nicht davon zu reden, dass die Bomber jetzt generell ihre Bedeutung eingebüßt haben. Sie werden in den ersten Minuten nach Ausbruch des Krieges auf ihren Stützpunkten vernichtet werden. Wir haben auch eine Raketenabwehr, aber wir können noch nicht garantieren, dass im Kriegsfall keine einzige feindliche Rakete auf unser Territorium fallen wird. Dies wäre eine zu kühne Erklärung.

Wilson antwortet, dass er froh ist über diese Offenheit. Er, Wilson, hat das natürlich nur erraten können, während N. S. Chruschtschow das gut kennt. Trotzdem hat er, Wilson, schon vor einem Jahr im Parlament erklärt, wenn die Sowjetunion vor ein paar Jahren in der Lage war, ein Flugzeug von Typ U-2 abzuschießen, und wenn sie inzwischen Raketen abschießen kann, die mit einer Geschwindigkeit von 17 000 Meilen pro Stunde fliegen, so wird es ihr wohl wenig Mühe bereiten, ein Flugzeug abzuschießen, das mit einer Geschwindigkeit von 1600 Meilen pro Stunde fliegt. Die Franzosen bauen jetzt ihre Bomber vom Typ „Mirage-4“ für ihre „unabhängigen“ Nuklearstreitkräfte. Aber diese Bomber können, falls sie überhaupt die Möglichkeit [zum Flug bis über die UdSSR] haben, ohne amerikanische Tankflugzeuge nicht einmal zu ihrem Stützpunkt zurückkehren. Was sind denn das für „unabhängige“ Nuklearstreitkräfte? Die Amerikaner beginnen jetzt bereits ihre Haltung zu den französischen Plänen zu überdenken, und das geschieht offenbar teilweise unter dem Einfluss der Gespräche, die er, Wilson, und G. Walker in Washington mit amerikanischen Politikern geführt haben. Übrigens haben die Amerikaner jetzt ebenfalls die Produktion von Bombern beendet.

Chruschtschow bemerkt, dass er schon 1956 in Gesprächen mit Eden seine Meinung zu den Bombern dargelegt hat. Wir haben schon damals gesagt, dass der Bau von Bombern und Überwasserkriegsschiffen heutzutage Geldverschwendung ist. Damals haben die Amerikaner über unsere Erklärungen gelacht, wir aber haben gewusst, warum sie das taten. Sie hatten damals keine Raketen als Ersatz für die Bomber, das konnten sie aber nicht zugeben. Heute arbeiten wir

jedoch daran, ein System zu entwickeln, um vom Land aus Flugzeugträger und andere Kriegsschiffe zu vernichten. Die Amerikaner brauchen die Flugzeugträger, und sie werden sie so lange benötigen, wie die USA die Funktion eines internationalen Polizisten ausüben. Wir haben keine solche Funktion, und wir brauchen [daher] keine Flugzeugträger. Wir konzentrieren unsere Bemühungen auf den Aufbau der U-Boot-Flotte. Die Überwasserschiffe haben schon im Zweiten Weltkrieg keine wesentliche¹⁵¹ Rolle mehr gespielt. Inzwischen haben sie jede Bedeutung verloren.

Wilson fragt, ob die Worte N. S. Chruschtschows in dem Sinne zu verstehen sind, dass die Flugzeugträger nur für Polizeiaufgaben geeignet sind, d. h. für Operationen gegen kleine Länder, und dass sie ungeeignet sind für einen Einsatz gegen die Sowjetunion, weil diese eine Raketen- und Nukleargroßmacht ist.

Chruschtschow antwortet bejahend.

Wilson fragt, ob die Information, die N. S. Chruschtschow ihnen soeben gegeben hat, als vertraulich anzusehen ist, oder ob diese Informationen anderen mitgeteilt werden können.

Chruschtschow sagt, dass wir diese „Geheimnisse“ bereits 1956 Eden gegenüber gelüftet haben. Wir haben Eden damals gesagt, dass Überwasserkriegsschiffe schwimmende Särge sind, und er stimmte unserer Ansicht zu, bat aber, den englischen Seeleuten nichts davon zu sagen.

Wilson bemerkt, dass in England gegenwärtig ein großer Streit darüber im Gange ist, ob England eine eigene Bomberflotte haben muss. Die Labour Party wendet sich dagegen, dass England eigene Bomber oder andere Trägermittel für Kernwaffen haben muss.

Chruschtschow äußert die Ansicht, dass Bomber nur für die Firmen von Nutzen sind, die sie herstellen und damit Gewinne machen.

Wilson stimmt zu und betont, dass die Labour Party dagegen ist, dass England über eigene unabhängige „Abschreckungsinstrumente“ verfügt. Die Labour Party meint, dass Englands Beitrag zur Verteidigung des Westens aus konventionellen Streitkräften bestehen sollte.

Anschließend wendet sich *Wilson* der Erläuterung des Standpunkts der Labour Party in Bezug auf die Ausrüstung Westdeutschlands mit Kernwaffen zu. Die Politik der Labour Party ist, Westdeutschland darf keine Kernwaffen besitzen und auch nicht seinen „Finger“ am „Abzugshahn“ von Kernwaffen haben, und ebenfalls kein Vetorecht bei Beschlüssen über deren Einsatz erhalten. Das ist jetzt die Haltung der Labour Party, und so wird sie auch in Zukunft bleiben. Die Mitglieder der Labour Party verstehen gut die Gefühle des sowjetischen Volkes in Bezug auf die Deutschen. Diese Gefühle erklären sich sowohl durch die Geschichte und als auch damit, dass das sowjetische Volk durch die nazistische Aggression 20 Millionen Menschen verloren hat. Eben darum meint die Labour

¹⁵¹ Handschriftlich anstelle von „keinerlei“ eingefügt.

Party, wenn Westdeutschland irgendwann Nuklearwaffen erhält oder eine Stimme bei der Entscheidung über deren Einsatz hat, werden die Chancen für ein Abkommen zwischen Ost und West in sehr weite Ferne rücken.

Chruschtschow sagt, er stimmt dieser Schlussfolgerung voll zu. Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West hat sich grundlegend geändert. War die UdSSR vor dem Krieg das einzige sozialistische Land und in wirtschaftlicher Hinsicht schwächer als der Westen, und der Westen konnte ihr drohen, so hat sich die Lage jetzt geändert. Jetzt sind diejenigen, die drohen, in genau derselben, wenn nicht sogar in stärker bedrohter Lage als diejenigen, die sie bedrohen. Wenn man uns überfällt, werden die Angreifer selbst durch die gleichen Waffen umkommen, die sie für den Überfall einsetzen. Falls Westdeutschland Kernwaffen erhält, wird das für den Westen selbst gefährlicher als für uns. Die Westdeutschen sind wegen ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg empört, und das kann ihnen die Sinne verwirren. Wenn Adenauer Krieg beginnt, wird dies ein großer Krieg werden, in den auch die Verbündeten Westdeutschlands hineingezogen werden. Warum betreibt der Westen so eine unvernünftige Politik? Deswegen, weil die Westmächte vor den Deutschen Angst haben. Die USA, England und Frankreich umwerben die BRD wie eine sich zierende Braut. Dabei ergibt sich, dass das besiegte Westdeutschland seinen Verbündeten vorschreibt, welchen Standpunkt sie einzunehmen haben. Die BRD bestimmt nicht nur die eigene Politik, sondern auch die Politik ihrer Verbündeten, ihrer ehemaligen Gegner.

Danach weist N. S. Chruschtschow darauf hin, dass die Interessen der Deutschen nicht in der Freundschaft mit den westlichen Ländern liegen, sondern in der Freundschaft mit der UdSSR. Früher oder später werden sie das begreifen. Im Westen hält man so eine Wende des Geschehens für unwahrscheinlich. Doch seinerzeit hat man auch ein Abkommen zwischen Stalin und Hitler für unwahrscheinlich gehalten. Trotzdem wurde ein derartiges Abkommen gerade darum möglich, weil Hitler den Umstand zu nutzen beschloss, dass die Westmächte es [das Abkommen] für unwahrscheinlich hielten und eine derartige Möglichkeit ausschlossen. Hitler schloss den Pakt mit Stalin und begann den Krieg gegen die Westmächte, danach überfiel er die UdSSR und kam in diesem Krieg um. Warum sollte man ausschließen, dass die Deutschen erneut zu einem ähnlichen Manöver greifen? England ist ein industriell entwickeltes Land, das vom Export abhängt. Das Gleiche kann man von den USA und von Frankreich, wenn auch in geringerem Ausmaß, sagen. Die BRD ist gleichfalls ein industriell entwickeltes Land, das ganz und gar von seinem Exporthandel abhängt. Und die Sowjetunion kann der BRD Möglichkeiten bieten, welche die Westmächte ihr nicht geben können, weil die UdSSR ein Import-Land ist, das über einen riesigen Binnenmarkt und überaus reiche Möglichkeiten zum Abbau von Bodenschätzen verfügt. N. S. Chruschtschow zeigt Wilson einen Gesteinsbrocken, der 20 bis 24% reines Kupfer, 5 bis 6% Nickel und 1 bis 1,5% Gold enthält.

Wilson interessiert sich dafür, wo und wann dieser Klumpen gefunden wurde.

Chruschtschow sagt, er wurde etwa vor einem halben Jahr in Sibirien gefunden, und die sowjetische Regierung hat bereits den Beschluss gefasst, für die Dauer

von 5 Jahren 500 Mio. Rubel für die Erschließung der in Sibirien entdeckten Lagerstätten dieser Bodenschätze zu bewilligen.

Weiter wiederholt N. S. Chruschtschow, die Westdeutschen werden sicher früher oder später einsehen, was ihre Interessen sind, und ein Abkommen mit der Sowjetunion schließen. Wozu schließen sie jetzt das Bündnis mit dem Westen? Sie lockt die Hoffnung, dass es ihnen mit der Hilfe der Westmächte gelingen wird, die DDR in den Bestand des kapitalistischen Deutschlands zurückzuholen, aber von den Dummköpfen, die das glauben, gibt es sogar bei den Deutschen immer weniger. Mithin bringt der BRD das Bündnis mit den Westmächten überhaupt nichts, es führt nur dazu, dass sie gezwungen ist, große Mittel für die Rüstung auszugeben. Seinerzeit, erzählt N. S. Chruschtschow, hat Eisenhower im Gespräch mit mir völlig offen erklärt, warum die amerikanische Regierung eine Politik der Aufrüstung Deutschlands betreibt, obwohl sie Angst vor den Deutschen hat. Eisenhower hat direkt gesagt, wenn die BRD auch weiterhin von Rüstungslasten frei sein werde, könnte sie die Amerikaner auf den Weltmärkten übertrumpfen, weil ihre Waren konkurrenzfähiger wären. Die Deutschen werden das früher oder später begreifen und noch bei uns anklopfen.

Wilson fragt, was mit „an die Tür klopfen“ gemeint ist, ein neues Rapallo¹⁵²?

Chruschtschow führt aus, die Rapallo-Politik sei damals für die Deutschen eine überaus vernünftige Politik gewesen, und auch heute hätten die Deutschen keinen Mangel an klugen Leuten. Hitler habe sich später von dieser Politik losgesagt und sei zugrunde gegangen. Jetzt aber begreife sogar Adenauer, dass er, wenn er einen Krieg gegen die Sowjetunion entfesselt, im Feuer dieses Krieges verbrennen wird. Rapallo war eine gute Sache, es habe niemanden bedroht. Wir brauchten die Freundschaft mit den Deutschen nicht für den Krieg, sondern für den Frieden. Und wenn die Deutschen jetzt zu so einer Politik zurückkehren würden, käme das der allgemeinen internationalen Entspannung zugute. Was verhindert gegenwärtig den Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland? Warum wendet sich England gegen den Abschluss eines Friedensvertrags? Wollen die Engländer etwa, dass die bestehenden Grenzen Deutschlands verändert werden?

Wilson antwortet, dass die Engländer keine Änderung der Grenzen Deutschlands anstreben. Will denn die sowjetische Regierung diese Grenzen ändern?

Chruschtschow weist darauf hin, wenn irgendwer diese Grenzen ändern möchte, wird die Sowjetunion Krieg führen.

Wilson bittet, genau zu sagen, von welchen Grenzen die Rede ist: der Grenze zwischen beiden Deutschlands oder aber der Grenze an Oder und Neiße?

¹⁵² Als Staaten, die sich beiderseits von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges in Bedrängnis gebracht sahen, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und ausgedehnten Handel vereinbarten. Der Vertrag war der Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen sowie – unter strenger Geheimhaltung – militärischen Zusammenarbeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab der Begriff „Rapallo“ im Westen der Sorge Ausdruck, die Deutschen könnten sich vom Bündnis mit den Westmächten ab- und der UdSSR zuwenden.

Chruschtschow erläutert, dass er alle Grenzen Deutschlands meint, sowohl die eine als auch die andere.

Wilson fragt, ob nach Ansicht N. S. Chruschtschows irgendeine Aussicht auf die Vereinigung Deutschlands besteht.

Chruschtschow verneint und betont, jetzt auf Vereinigung Deutschlands zu hoffen, wäre nicht real. Diese Hoffnungen sind weit weniger real als, sagen wir, unsere Hoffnungen auf eine Weltrevolution in baldiger Zukunft.

Walker äußert die Ansicht, die Westdeutschen würden sich wohl kaum auf ein neues Rapallo einlassen, wenn die Frage der Vereinigung Deutschlands nicht geregelt wird.

Chruschtschow weist darauf hin, dass er schon davon gesprochen hat, dass die BRD, gestützt auf die Macht des Westens, die DDR schlucken will. Doch immer weniger Deutsche glauben daran. Schließlich wollen sich weder England noch Frankreich an einem Krieg mit dem Ziel der Liquidierung der DDR beteiligen. De Gaulle hat [mir] im persönlichen Gespräch direkt gesagt, dass er für die Anerkennung der Ostgrenzen Deutschlands eintritt. De Gaulle ist gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands,¹⁵³ und das ist begreiflich, denn schon jetzt ist Westdeutschland stärker als Frankreich, und was wird sein, wenn sich Deutschland vereinigt? Die Engländer sind ebenfalls gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands, auch wenn sie darüber nicht offen sprechen. Diesen Schluss kann man aufgrund der Politik Frankreichs und Englands sowie aus den Gesprächen mit führenden Politikern dieser Staaten ziehen. Die USA sind ebenfalls nicht an der Vereinigung Deutschlands interessiert, auch wenn diese sie weniger tangiert. Wieso wenden sich die Westmächte denn gegen den Friedensvertrag mit Deutschland? Sie betrachten die Hoffnung auf Vereinigung Deutschlands¹⁵⁴ als Magneten, der Westdeutschland zu ihnen hinüberzieht. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags würde diesen Magneten vernichten. Deswegen stimmen die Westmächte auch dem Friedensvertrag mit Deutschland nicht zu. Sie wollen diesen Bazillus des Revanchismus nicht abtöten, der in Westdeutschland noch aktiv ist. In dieser Politik liegt eine große Gefahr für den Frieden. Aber die Westdeutschen werden bald begreifen, dass es unmöglich ist, die DDR zu schlucken, dass ihre Hoffnungen unreal und illusionär sind; der Handel mit der DDR aber wird konkrete Vorteile bringen ebenso wie auch der Handel mit der UdSSR, wo sie gute Märkte erhalten und erfolgreich mit den Westmächten konkurrieren können. Dann werden sie auf das Bündnis mit den Westmächten verzichten. So wird es sein. Es ist schwer zu sagen, wann das geschieht, aber so wird es sein. Aber wir haben keine Eile; wir können auch warten. Westdeutschland treibt [schon] jetzt nicht schlecht Handel mit uns, und es wird mit uns keinen Krieg anfangen – die

¹⁵³ Im Gespräch mit Chruščëv am 25. März 1960 äußerte sich der französische Staatspräsident anders, siehe Dokument Nr. 26 in Band 2 (S. 307–323, hier S. 315–317, 318, 321, 322).

¹⁵⁴ Die Passage „... die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands“ ist anstelle von „...die Frage nach dem Abschluss eines Friedensvertrages“ handschriftlich eingefügt worden. Der nachfolgende Satz: „Dieser Magnet ist die Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands“ ist im Dokument gestrichen.

Westdeutschen wissen gut, dass eine einzige Bombe genügt, um sie ins Jenseits zu befördern.

Mithin, sagt N. S. Chruschtschow abschließend, ist für die Westmächte die Frage des Friedensvertragsabschlusses das Instrument, um Westdeutschland im Bündnis zu halten. Wir sind aufrichtig für Abrüstung, aber es kann ohne Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland keine Abrüstung geben. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gewinnt die UdSSR nichts, und der Westen verliert nichts. Es wird nur die bestehende Lage der Dinge für rechtens erklärt.¹⁵⁵ Das ist unser Standpunkt in dieser Frage.

Wilson und *Walker* danken N. S. Chruschtschow für die klare und offene Darstellung des Standpunkts der sowjetischen Regierung in der deutschen Frage.

Chruschtschow bemerkt, dass nur offene Gespräche Nutzen bringen können. Das Fehlen¹⁵⁶ des Friedensvertrags mit Deutschland schafft¹⁵⁷ eine Eiterbeule, die zur Entzündung führen kann. Das Vernünftigste wäre, den Friedensvertrag zu unterschreiben und diese Eiterbeule zu liquidieren. Wenn die rechtliche Seite der Regelung dieser Frage jemanden beunruhigt, lässt sich darüber immer [noch] eine Verständigung erzielen. Man könnte den Friedensvertrag jetzt unterschreiben, und die BRD würde sich ihm später anschließen. Wir können sowieso Verhandlungen am runden Tisch nicht vermeiden, an denen auch die DDR teilnimmt. Sie mögen W[alter] Ulbricht keine Achtung erweisen, aber es gibt ihn.

Wilson sagt, dass die Labour Party Adenauer [nur] wenig Achtung entgegenbringt, W. Ulbricht jedoch überhaupt nicht. Er, *Wilson*, meint, die Sowjetunion hat mit der Person Ulbricht ein miserables Instrument zur Durchführung ihrer Politik.

Chruschtschow erwidert, *Wilson* könne natürlich seine Ansicht dazu haben. Wir meinen zum Beispiel, es wäre viel besser, wenn der Führer der englischen kommunistischen Partei, John Gollan, englischer Premierminister wäre. Aber die Labour Party stimmt diesem Standpunkt offenbar nicht zu. Na, und wir stimmen nicht ihrer Ansicht über Ulbricht zu. Wir glauben, dass W. Ulbricht der beste Kandidat für den Posten des Premierministers eines vereinigten Deutschlands ist.

Wilson sagt, soweit er weiß, sucht die Sowjetunion stets danach, das beste Instrument zu bekommen, wenn es um den Bau einer Rakete, eines Erdsatelliten oder so etwas geht. Was dagegen W. Ulbricht anbelangt, ist er eine „tote Ente“, um einen englischen Ausdruck zu gebrauchen. Mit ihm gibt es keinen Erfolg.

Chruschtschow erklärt, dass er in diesem Zusammenhang an ein Beispiel der Geschichte erinnern möchte. 1917 stellte man in Russland die Frage, ob es eine Partei gebe, die zur Übernahme der Macht bereit wäre. Wer diese Frage stellte, war überzeugt, dass so eine Partei nicht existiere. Doch W[ladimir] I[ljitsch] Lenin

¹⁵⁵ Bei dieser Darstellung bleibt außer Betracht, dass der Abschluss des Friedensvertrags darauf abzielte, den Westmächten das Recht auf Präsenz in Berlin und den Zugang dorthin zu entziehen und die Westsektoren damit in den östlichen Machtbereich einzubeziehen.

¹⁵⁶ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

¹⁵⁷ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

erklärte: „So eine Partei existiert!“ Damals haben ihn alle ausgelacht, aber was war das Ende davon?

Wilson erwidert, seinerzeit¹⁵⁸ bestanden in Russland günstige Bedingungen für die Übertragung der Macht an die Kommunisten, und sie haben sich diese sehr gut zunutze gemacht. Die Situation heute ist anders.

Chruschtschow sagt, dass es jetzt offenbar zweckmäßig ist, die Frage nach der Auswahl des Premierministers Englands zunächst beiseite zu lassen. Das ist eine innere Angelegenheit Englands. Jetzt lässt sich nur eins sagen, fährt N. S. Chruschtschow im Scherz fort, wenn Wilson Premierminister wird, bekommt er von mir ein Glückwunschtelegramm, und G. Walker bekommt ein Glückwunschtelegramm von A. A. Gromyko.

Walker dankt N. S. Chruschtschow nochmals für die offene Darlegung des Standpunkts der sowjetischen Regierung zur deutschen Frage. Nach Ansicht der Labour Party ist in Fragen dieser Art Aufrichtigkeit unbedingt notwendig. Die Labour Party geht auf eine andere Weise an die Regelung des deutschen Problems heran. Sie meint, das Problem der Vereinigung Deutschlands darf nicht gewaltsam und ohne Beachtung der Umstände geregelt werden. Die Labour Party hat große Sorge hinsichtlich der Konsequenzen einer nuklearen Bewaffnung Westdeutschlands. Sie ist der Ansicht, wenn die BRD irgendwann den Wunsch hat, eigene Kernwaffen zu haben, wird das eine furchtbare Gefahr sein. Daher macht es sich die Labour Party zur Aufgabe zu verhindern, dass Westdeutschland Nuklearwaffen erhält, weder selbständig noch aufgrund eines Abkommens mit Frankreich über eine Beteiligung an der Produktion von Nuklearwaffen.¹⁵⁹ Eben deswegen ist die Labour Party gegen die Vorschläge der USA, multilaterale Nuklearstreitkräfte zu schaffen,¹⁶⁰ weil das Westdeutschland näher an die Kernwaffen heranführt. Er, Walker, bittet N. S. Chruschtschow zu glauben, dass sich die Labour Party vollkommen aufrichtig von dem Bestreben leiten lässt, die Möglichkeit einer nuklearen Bewaffnung Westdeutschlands auszuschließen, wenn sie [die Labour Party] folgende Lösung dieses Problems vorschlägt. Wenn Westdeutschland als zweitrangige Macht gilt, die nicht die gleichen Rechte genießt wie andere der Größe nach vergleichbare Länder, etwa England, hat dies Auswirkungen auf das Nationalgefühl der Deutschen und führt zu unerwünschten Resultaten. Nach Ansicht der Labour Party ist der Ausweg, dass England auf eigene Kernwaffen verzichtet und sich an die USA mit der Bitte wendet, ihm die Möglichkeit zur Mitwirkung an der Gestaltung der Nuklearpolitik zu geben. England sollte kein Vetorecht verlangen, sich aber an der Ausarbeitung der amerikanischen Nuklearpolitik beteiligen. Nach Ansicht der Labour Party sollten

¹⁵⁸ Der folgende Textteil „war Lenin, jetzt aber ist Chruščëv in der Sowjetunion“ wurde im Dokument durchgestrichen.

¹⁵⁹ Der französische Staatspräsident, Charles de Gaulle, war daran interessiert, beim Aufbau der nuklearen *force de frappe* die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik zu nutzen, ohne freilich – anders als Wilson befürchtete – zur Einräumung echter Mitwirkungsrechte bereit zu sein.

¹⁶⁰ Aufseiten der regierenden Demokraten wurde der Aufbau einer multilateralen Kernwaffenmacht der NATO erwogen, um die auf nukleare Partizipation dringenden Kräfte in Bonn, vor allem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, zufrieden zu stellen.

weder England noch Westdeutschland eigene Kernwaffen besitzen, aber die Möglichkeit haben, an der Ausarbeitung der Nuklearpolitik der Vereinigten Staaten beteiligt zu sein. Weder England noch die BRD darf ein Vetorecht bei der Entscheidung der Frage des Einsatzes von Kernwaffen haben, und sie dürfen ihre Finger nicht am Abzugshebel der Kernwaffen haben. Wenn sie sich in der gleichen Lage befinden, wird es den Westdeutschen schwerer fallen, Kernwaffen für sich zu fordern. Sie können sich dann nicht mehr darauf berufen, dass England sie hat. Genau darüber und mit genau den gleichen Formulierungen hat er, Walker, in der vergangenen Woche mit Präsident Kennedy geredet. Die Politik der Labour Party läuft auf eine Garantie gegen eine Nuklearbewaffnung Westdeutschlands hinaus.

Abschließend bittet G. Walker N. S. Chruschtschow nochmals, [ihm] die Aufrichtigkeit der Motive zu glauben, von denen sich die Labour Party bei der Einnahme ihres Standpunkts leiten lässt. Die Labour-Politiker sind tatsächlich der Ansicht, dass die Politik, die sie vorschlagen, die Nuklearbewaffnung Westdeutschlands verhindern kann¹⁶¹. Natürlich muss N. S. Chruschtschow dieser Politik nicht zustimmen, aber er, Walker, bittet darum, [ihm] die Aufrichtigkeit der Labour Party zu glauben.

Wilson sagt, wenn England auf seine Nuklearwaffen verzichtet, ist auch Westdeutschland damit einverstanden, keine Nuklearmacht zu sein. Je größer das Gewicht Englands bei der Festlegung der amerikanischen Nuklearpolitik ist, desto größer sind die Aussichten, dass Westdeutschland keine Nuklearwaffen erhält. England wird kein Vetorecht haben, es wird eher bremsenden Einfluss haben. Nach der Kuba-Krise hat er, *Wilson*, im Parlament erklärt, dass die USA mit England während der Kuba-Krise keine Konsultation durchgeführt haben, obwohl es eine Nuklearmacht ist. Doch die Labour Party will, dass es Konsultationen mit England gibt. Ihr Standpunkt läuft darauf hinaus, die Zahl der Nuklearmächte auf zwei zu reduzieren, die UdSSR und die USA, die sozusagen die natürlichen Nuklearmächte sind. Dies ist der Standpunkt der Labour Party zur Frage der Nuklearbewaffnung Deutschlands.

Chruschtschow dankt *Wilson* und *Walker* für die klare Darlegung des Standpunkts der Labour Party zu dieser Frage. Dieser Standpunkt hat eine gewisse Logik.

Wilson bemerkt, dass im Gespräch wohl schon alle Fragen erörtert wurden außer einer einzigen, nämlich der Frage der Lage in Südostasien.

Chruschtschow sagt, dass auch die Frage West-Berlins noch nicht berührt wurde.

Wilson fragt, was der Standpunkt der sowjetischen Regierung zu dieser Frage ist.

Chruschtschow weist darauf hin, dass West-Berlin gegenwärtig eine Quelle von Reibungen zwischen West und Ost ist. Die DDR ist jetzt faktisch ein souveräner Staat, der die Kontrolle über seine Grenzen voll ausübt. Es wurden entschlossene Maßnahmen getroffen mit dem Ziel, die Nutzung West-Berlins als Zentrum von

¹⁶¹ Das Wort „kann“ wurde hinterher handschriftlich eingefügt.

Diversionen und Provokationen gegen die DDR zu verhindern.¹⁶² Um die Lage endgültig zu normalisieren, ist es notwendig, den Friedensvertrag mit Deutschland zu unterschreiben und die fremden Truppen aus West-Berlin abzuziehen. Die Sowjetunion ist damit einverstanden, dass westliche Truppen zusammen mit den Truppen anderer Staaten für eine gewisse Übergangsperiode in West-Berlin bleiben, aber sie müssen der Flagge der UNO unterstehen. So eine Regelung bringt niemandem Schaden und fördert die internationale Entspannung.

Wilson bemerkt, dass in dieser Frage die Labour Party einen völlig anderen Standpunkt einnimmt. Nach Ansicht der Labour Party wäre es zweckmäßig, in Berlin – die Rede ist von ganz Berlin – das Hauptquartier einer der größten Institutionen der UNO wie der FAO¹⁶³ oder, wenn das Abrüstungsabkommen zustande kommt, des Kontrollorgans der UNO für Abrüstung einzurichten. In diesem Fall werden die Vertreter aller Länder der Welt nach Berlin kommen. Was die Präsenz der Truppen der Westmächte in West-Berlin anbelangt, können diese nach Ansicht der Labour Party nicht dem Kommando der UNO unterstehen. Das schließt natürlich eine etwaige militärische Präsenz der UNO in West-Berlin nicht aus. Die Hauptsache ist, der Bevölkerung von West-Berlin die Möglichkeit zu geben, so zu leben, wie sie es wünscht, das heißt unter der Leitung der jetzigen Administration West-Berlins. Die Labour Party hat nichts gegen die Konstituierung eines aus 14 Staaten bestehenden Organs für die Kontrolle der Zugangswege nach West-Berlin unter Einschluss einer Vertretung Ostdeutschlands in diesem Organ einzuwenden. Insgesamt sieht die Labour Party keinen mehr Erfolg versprechenden Weg zur Regelung dieses Problems. Die westlichen Truppen müssen in West-Berlin bleiben, zumindest auf absehbare Zeit. Sie können die Garanten eines beliebigen Abkommens sein, das sich erzielen lässt.

Anschließend fragt H. Wilson N. S. Chruschtschow, ob er die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland in nächster Zukunft für notwendig hält.¹⁶⁴

Chruschtschow erwidert, dass der Friedensvertrag auf jeden Fall unterschrieben werden wird, doch wie schnell das geschieht, kann er nicht sagen. Was die Frage der Schaffung eines aus 14 Staaten bestehenden Kontrollorgans zur Kontrolle der Zugangswege nach West-Berlin betrifft, werden wir der Schaffung eines derartigen Organs nicht zustimmen, unabhängig davon, wie viele Staaten dort vertreten sind. Und die Zahl 14 ist uns zuwider, sie erinnert uns an die Intervention von 14 Staaten gegen Sowjetrußland.¹⁶⁵ Für uns, bemerkt N. S. Chruschtschow scherzhaft, ist die Zahl 13 annehmbarer, das erinnert uns an den 13. August¹⁶⁶. Aber wir sind gegen jedwede Kontrolle der Zugangswege nach West-Berlin. Die Westmächte können diese Kontrolle nur in dem Fall durchsetzen, wenn sie uns

¹⁶² Chrusčëv hatte dabei vor allem die Schließung der Sektorengrenze am 13. August 1961 im Auge.

¹⁶³ Food and Agriculture Organisation.

¹⁶⁴ Chrusčëv hatte vor der Kuba-Krise Ende Oktober 1962 immer wieder den Abschluss des Friedensvertrags mit Deutschland als vordringlich bezeichnet, ihn danach zwar weiter für unerlässlich erklärt, aber weniger Zeitdruck gemacht.

¹⁶⁵ Diese Bemerkung bezieht sich auf die ausländischen Interventionen in dem 1918 ausgebrochenen russischen Bürgerkrieg.

¹⁶⁶ Am 13. August 1961 wurde in Berlin die Sektorengrenze abgeriegelt.

im Krieg besiegen. Doch wir stehen fest auf den Füßen und werden Widerstand leisten.

Wilson bittet zu entschuldigen, dass er sich versprochen hat – die Rede war von der Schaffung eines aus 13 Staaten bestehenden Organs. Was die Intervention der 14 Staaten gegen Sowjetrussland betrifft, war die Labour Party damals gegen diese Intervention.

Chruschtschow fragt, ob die Labour-Politiker jetzt eine Wiederholung dieser Intervention wünschen, wenn sie jetzt einen anderen Standpunkt haben.

Wilson verneint.

Chruschtschow hebt hervor, dass die Sowjetunion die Souveränität der DDR garantiert. Wir denken darüber nach, welche Maßnahmen durchzuführen sind. Das wird ein neuer 13. August werden. Wenn wir damals die Mauer in¹⁶⁷ West-Berlin errichtet haben, werden wir jetzt wohl die Grenze zwischen der DDR und der BRD mit einem Schloss fest zuschließen. Mag sich der Westen dann auf den Krieg vorbereiten, um nach West-Berlin durchzubrechen. Wenn Sie nicht im Guten wollen, werden wir Sie mit der Hilfe des Gesetzes¹⁶⁸ zwingen.

Wilson sagt, dass N. S. Chruschtschow anscheinend versteht, welche Lage in diesem Fall entstehen kann.

Chruschtschow fragt *Wilson*, von was für einer „Lage“ er redet. Wir schlagen einen Friedensvertrag vor. Wollen Sie etwa den Frieden nicht? Versuchen Sie nicht, uns Angst einzujagen. Wir wissen genau, von was für einer „Lage“ Sie reden, aber auch Sie wissen darüber gut Bescheid, und Sie wissen, womit das enden kann.

Wilson antwortet, er rede von Frieden, nicht von Krieg.

Chruschtschow verweist darauf, wenn *Wilson* von der „Lage“ spreche, die bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland entstehe, rede er von Krieg. Aber was denn nun, wollen die Labour-Politiker Krieg? Wenn ihr jedoch eine Bombe schmeißt, werden wir als Antwort nicht eine, sondern 100 Bomben schmeißen. Versuchen Sie nicht, uns einzuschüchtern. Hinter der DDR stehen sowjetische Streitkräfte. Sobald der Friedensvertrag unterschrieben ist, wird die DDR anfangen, die Kontrolle über die Zugangswege auszuüben.

Wilson bittet, genauer zu sagen, wer die Kontrolle über die Zugangswege nach West-Berlin nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ausüben wird. Werden es ausschließlich Organe der DDR sein, oder werden sich an dieser Kontrolle sowjetische Truppen beteiligen?

Chruschtschow antwortet, dass die Kontrolle vollständig von den Truppen der DDR ausgeübt werden wird. Wir dagegen bleiben einfach Verbündete der DDR. Denn jetzt wird [auch] die Kontrolle an der Mauer in Berlin von der DDR

¹⁶⁷ So im russischen Originaltext.

¹⁶⁸ Gemeint ist: aufgrund der Rechtskraft des Friedensvertrags mit Deutschland.

durchgeführt. Die Sowjetunion hat nichts dagegen, dass in Berlin das Hauptquartier der UNO untergebracht wird, aber [dabei] ist zu berücksichtigen, dass es nicht [nur] ein einziges Berlin gibt. Es gibt zwei Berlins. Was Ost-Berlin betrifft, so kann die Frage, dort irgendwelche Institutionen der UNO unterzubringen, nur aufgrund einer Vereinbarung mit der DDR entschieden werden. Was uns angeht, so hätten wir überhaupt nichts dagegen einzuwenden, das Hauptquartier der UNO in Moskau unterzubringen, wir wären sogar bereit, zu diesem Zweck kostenlos ein Stück Land zur Verfügung zu stellen. Dann brauchten wir schließlich nirgendwohin zu fahren, um uns an der Arbeit der UNO zu beteiligen.

Wilson sagt, ihm persönlich erscheint diese Idee gar nicht so schlecht.

Chruschtschow bemerkt, dass Stalin seinerzeit einen Fehler gemacht hat. Indem er sich nämlich damit einverstanden erklärt hat, dass das Hauptquartier der UNO in New York und nicht in Europa war. Die Engländer haben damals einen vernünftigeren Standpunkt eingenommen. Wir sehen heute ein, dass wir damals einen Fehler begangen haben, dass Stalin eine Dummheit gemacht hat, und die Engländer wollen heute nicht zugeben, dass sie jetzt eine Dummheit machen, indem sie so eine Politik betreiben.

Wilson bittet um Erlaubnis, auf die Lage in Südostasien und in erster Linie in Laos einzugehen, insbesondere wenn man den Umstand berücksichtigt, dass an diesem Gespräch einer der Ko-Vorsitzenden der Genfer [Laos-]Konferenz, A. A. Gromyko, teilnimmt. Was ist die Ansicht der sowjetischen Regierung zur Lage in Laos?

Chruschtschow sagt, dass Laos seine eigene Regierung hat. Die UdSSR hat an der Lösung des Laos-Problems mitgewirkt. Als Ergebnis wurde eine Koalitionsregierung gebildet, die auch alle dort entstehenden Fragen regeln muss. Die amerikanische Presse macht im Moment Lärm rund um dieses Problem. Warum aber sollten wir uns jetzt darüber den Kopf zerbrechen. Wir wollen, dass es dort keinen Krieg gibt. Aber dies hängt nicht von uns ab. Das Genfer Abkommen verliert jetzt seine Bedeutung,¹⁶⁹ und zwar nicht deswegen, weil wir es so wollen. In Laos gibt es jetzt vielleicht schon nicht mehr drei, sondern [nur noch] zwei Kräfte.

Wilson bemerkt, dass diese Frage tatsächlich nicht klar ist. Vielleicht gibt es in Laos schon 4 Kräfte?

Chruschtschow betont, falls die USA ihre Truppen nach Laos entsenden, wird dies zu nichts Gutem führen. Frankreich hat 7 Jahre lang Krieg in Indochina ge-

¹⁶⁹ An der – um die Beendigung der Kämpfe zwischen den drei Bürgerkriegsparteien westlicher, kommunistischer und neutralistischer Orientierung bemühten – Laos-Konferenz in Genf vom 16. Mai 1961 bis 23. Juli 1962 waren vier westliche (darunter die USA, Großbritannien und Frankreich), drei kommunistische (unter anderem die UdSSR), fünf blockfreie Staaten sowie Süd- und Nordvietnam beteiligt. Im abschließenden Internationalen Abkommen über die Neutralität von Laos einigten sie sich auf die Bildung einer aus allen drei Gruppierungen bestehenden Regierung, die neutrale Ausrichtung des laotischen Staates und den Verzicht des Auslands auf militärische Einmischung.

führt, aber zum Schluss stand es mit zerschlagener Nase da. Es hat viele Jahre in Algerien Krieg geführt, das Ergebnis war jedoch dasselbe, man musste sich mit zerschlagener Nase zurückziehen. Was uns betrifft, haben wir nicht die Absicht, Truppen zu schicken. Mögen das die Amerikaner machen, wenn sie wollen. Bedauerlicherweise zeigt das Barometer dort jetzt nicht auf „schön“. Die USA drohen, ihre Truppen nach Laos in Marsch zu setzen. Falls sie es tun, werden sie einen weiteren Sumpf haben ähnlich wie den, den sie in Südvietnam haben. Sie werden in diesem Sumpf versinken.

Wilson bemerkt, das Genfer Abkommen von 1954 und das Abkommen, das im letzten Jahr erzielt wurde, ist in vieler Hinsicht der staatsmännischen Weisheit sowjetischer und englischer Politiker zu verdanken. Labour zollt vor allem Eden Respekt, der 1954 englischer Außenminister war, und die Labour Party lobt nicht oft einen Außenminister der Konservativen. Die großen Mächte dürfen sich nicht in die Angelegenheiten von Laos einmischen. Meint N. S. Chruschtschow denn nicht, dass Laos jetzt immer mehr unter den Einfluss der Chinesen gerät?

Chruschtschow verneint und meint, es wäre nicht richtig, so zu denken. Ein Staat wie Burma liegt ebenfalls an der Grenze zu China, und dort [in Burma] herrscht Bürgerkrieg, aber trotzdem unterliegt Burma nicht dem Einfluss der Chinesischen Volksrepublik (ChVR). Offenbar sind dort die Bedingungen dafür nicht gegeben. Die ChVR hegt natürlich Sympathie für eine bestimmte Gruppe in Laos. Wir haben ebenfalls Sympathie für eine bestimmte Gruppe in diesem Land. Die Chinesen reden mehr von Laos, denn sie sind Laos näher als wir, und sie sind über die dort entstandene Lage beunruhigt. Was die Sowjetunion betrifft, haben wir keine Interessen in Laos. Wir gehen davon aus, dass alle drei Kräfte in Laos das Genfer Abkommen anerkennen müssen. Wenn sie es nicht anerkennen, sollten wir deswegen keinen Krieg führen. Natürlich wird das Genfer Abkommen erst dann wirksam, wenn alle drei Gruppierungen es anerkennen.

Wilson bemerkt, Labour sähe es gern, wenn die Sowjetunion irgendwie Interesse an Laos nähme. Die Sowjetunion ist doch Ko-Vorsitzender der Genfer Konferenz und ein wichtiger Stabilisierungsfaktor, der die Lage der Dinge in Laos günstig beeinflusst. Ist die sowjetische Regierung der Ansicht, dass die Internationale Beobachterkommission diese oder jene Regionen von Laos nur mit Zustimmung aller drei politischen Gruppierungen besuchen kann?

Chruschtschow bejaht und sagt, anders könne es auch nicht sein. Schließlich hat die laotische Koalitionsregierung selbst den Beschluss gefasst, dass die wichtigen Probleme einstimmig von Vertretern aller drei Gruppierungen entschieden werden müssen. Sie sind doch die Herren in ihrem Haus. Der Gast kann nicht ins Haus kommen und sich auf den Platz des Hausherrn setzen.

Wilson sagt, er schätzt die Bemühungen sehr, welche die Sowjetunion zur Lösung des Laos-Problems und zur Erzielung eines Abkommens zwischen den drei Gruppierungen in Laos unternommen hat. Leider lässt die Koalitionsregierung von Laos jetzt an eine „Troika“ (Dreigespann) denken, bei dem alle in verschiedene Richtungen ziehen.

Chruschtschow bemerkt, dass man hier wohl kaum eine Analogie zur russischen „Troika“ herstellen kann. Bei der russischen „Troika“ gibt es immer ein Führungspferd. Die übrigen zwei Pferde gehen geradeaus und folgen dem Führungspferd, obwohl sie die Köpfe seitwärts halten. In Laos gibt es jedoch kein „Führungspferd“.

Wilson stimmt zu.

Danach bittet H. Wilson N. S. Chruschtschow darum, ihm Fragen zu stellen, die sich auf verschiedene Aspekte der Politik der Labour Party beziehen.

Chruschtschow fragt, ob es im Falle der Machtübernahme einen Unterschied zwischen der Außenpolitik der Labour-Regierung und der jetzigen konservativen Regierung geben wird? Er persönlich sieht keinen Unterschied.

Walker sagt, der Unterschied ist groß.

Chruschtschow wiederholt, er sieht keinen Unterschied. Die Politiker der Labour Party sind für die NATO. Sie sind gegen den deutschen Friedensvertrag. Im Blick auf West-Berlin vertreten sie einen noch reaktionäreren Standpunkt als die Konservativen. Die Konservativen sind in dieser Frage liberaler. Uns ist natürlich klar, wodurch sich dieser Standpunkt der Labour Party erklärt: Sie will ihren Freund Brandt¹⁷⁰ nicht kränken. Daher verheißt eine Machtübernahme der Labour Party in England für uns nichts Gutes unter dem Aspekt der Verbesserung der englisch-sowjetischen Beziehungen und der internationalen Lage.

Wilson versichert N. S. Chruschtschow, wenn Brandt Kanzler von Westdeutschland werde, werde die sowjetische Regierung sehen, dass dieser viel realistischer denke und flexibler sei als Adenauer. Er, *Wilson*, ist dagegen, dass Westdeutschland seinen Finger am Abzugshahn von Nuklearwaffen hat. Er hat Macmillan öffentlich dazu aufgefordert, sich diesem Standpunkt anzuschließen, doch Macmillan ist der Frage nicht einmal ausgewichen und hat direkt erklärt, dass er keine Möglichkeit sieht, eine Nuklearbewaffnung Westdeutschlands zu verhindern. Wie kann man denn da sagen, dass es keinen Unterschied gibt zwischen den Standpunkten von Labour und der Konservativen. Und noch später ist der amerikanische Vorschlag erfolgt, multilaterale Nuklearstreitkräfte zu schaffen. Wir sind der Ansicht, dass die Schaffung derartiger Streitkräfte den Appetit Westdeutschlands auf Kernwaffen anheizen würde. Labour ist über die Erklärung des Verteidigungsministers von Westdeutschland höchst beunruhigt, der, glaubt man den Pressemeldungen, offen gesagt hat, dass, wenn die multilateralen Nuklearstreitkräfte gegründet würden, die USA nicht endlos für sich ein Vetorecht beim Einsatz dieser Nuklearstreitkräfte in Anspruch nehmen könnten. Falls eine solche Erklärung tatsächlich abgegeben wurde, ist das sehr gefährlich. Genau deswegen, weil die Schaffung der multilateralen Nuklearstreitkräfte den Appetit Westdeutschlands auf Nuklearwaffen anheizt, haben wir uns nämlich gegen diesen Plan gewandt.

¹⁷⁰ Der Vorsitzende und Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, war Regierender Bürgermeister von [West-]Berlin.

Weiter fragt Wilson, ob die Äußerung N. S. Chruschtschows bezüglich der Ausarbeitung von Plänen in der Sowjetunion, Flugzeugträger durch Bodenraketen zu zerstören, in dem Sinne zu verstehen ist, dass es mit diesen Methoden die Überwasserschiffe vernichtet wird, die zu den multilateralen Nuklearstreitkräfte der NATO gehören sollen.

Chruschtschow bejaht dies.

Walker sagt unter Bezugnahme auf die Frage der kernwaffenfreien Zonen und der getrennten Zonen der Streitkräfte, dass sich auch in dieser Hinsicht der Standpunkt der Labour Party vom Standpunkt der Konservativen unterscheidet.

Chruschtschow stimmt zu und sagt, dass unsere Standpunkte in dieser Frage ähnlich sind. In den Grundfragen jedoch stehen uns die Politiker der Labour Party nicht näher als die Konservativen, vielleicht sogar noch etwas ferner. Man muss jene Felsbrocken und Steine aus dem Weg räumen, die der internationalen Entspannung entgegenstehen und die einen stolpern lassen. Doch die Politiker der Labour Party sagen: Die Truppen der Westmächte sollen in West-Berlin bleiben. Das bedeutet, dass die Spannung in unseren Beziehungen verstärkt wird; uns wird übel, wenn man uns gegenüber von Truppen der Westmächte in West-Berlin spricht. Dann antworten wir: In diesem Fall werden wir diese Truppen nicht hineinlassen. Von welcher Abrüstung kann denn hier die Rede sein. Denn wenn Sie von der „Lage“ oder der „Situation“ sprechen, die in West-Berlin nach Unterzeichnung des Friedensvertrages entsteht, was bleibt mir da noch zu tun? Mir bleibt nach dem Gespräch mit Ihnen nichts übrig, als Malinowskij¹⁷¹ anzurufen und ihm zu sagen: „Bringen Sie unsere Kampfmittel in Gefechtsbereitschaft. Bei mir ist soeben Wilson gewesen, der sich um den Posten des britischen Premierministers bemüht, und er hat gesagt, im Falle der Unterzeichnung des Friedensvertrages wird eine „bestimmte Situation“ entstehen“.

Wilson sagt, dass hier offenbar ein Missverständnis vorliegt. Er hat im Gespräch nicht das Wort „Lage“ oder „Situation“ gebraucht. Offenbar erklärt sich das durch eine nicht richtige Übersetzung.

Chruschtschow antwortet, dass dies nicht den Tatsachen entspricht. Wilson hat genau dieses Wort benutzt.

Gromyko verweist darauf, dass Lord Home¹⁷² im Gespräch mehr als nur einmal diesen Ausdruck verwendet hat.

Wilson bemerkt, dass er keine Verantwortung für die Äußerungen von Home übernehmen kann.

Gromyko sagt, dass er nur eine Analogie herstellen wollte. Was Wilson betrifft, so hat er im jetzigen Gesprächen genau diesen Begriff benutzt.

¹⁷¹ Marschall Rodion Jakovlevič Malinowskij, Verteidigungsminister der UdSSR.

¹⁷² Lord Home [später, als er sich im Zusammenhang mit der Ernennung zum Premierminister zur Aufgabe seines Ranges als Lord (als solcher hätte er nicht Regierungschef werden dürfen) veranlasst sah, Sir Alec Douglas-Home], britischer Außenminister.

Chruschtschow äußert die Ansicht, dass die Westmächte die Sowjetunion offenbar nicht ernst nehmen. Glauben sie denn tatsächlich, dass sie zur Sowjetunion sagen können: „Mach das so“, und die Sowjetunion wird gehorchen und tun, was man ihr sagt. Wenn die Engländer sich schon um die Deutschen bemühen, die weit schwächer sind als wir, dann ist es für sie vielleicht an der Zeit, darüber nachzudenken, sich [auch] um uns zu bemühen.

Wilson sagt, wenn er Premierminister wäre, wäre er anders vorgegangen: Er hätte sich darum bemüht, dass man dieses Problem zunächst von den Außenministern und danach auf einem Gipfeltreffen erörtert hätte.

Chruschtschow hebt hervor, dass er aufgrund dieses Gesprächs nicht umhin kann, den Schluss zu ziehen, dass mit der Machtübernahme einer Labour-Regierung in der Außenpolitik Englands keine Änderung erfolgt und damit weder die englisch-sowjetischen Beziehungen noch die internationale Lage sich verbessern. Home und Macmillan nehmen in den internationalen Grundfragen genau den gleichen Standpunkt ein wie die Labour-Politiker. Wir haben dabei jetzt nur die Außenpolitik im Auge. Die Innenpolitik der Labour Party ist allein Sache des englischen Volkes, da ist das englische Volk der Richter. Was dagegen die Außenpolitik betrifft, sind hier die Richter auch andere Völker, und wir als Mitglied dieses Gerichts werden uns nicht darüber freuen, wenn die Labour Party an die Macht kommt, auch wenn wir deswegen auch nicht betrübt sein werden. Letzten Endes läuft alles auf die gleiche Politik hinaus, die schon Churchill¹⁷³, Attlee¹⁷⁴, Eden betrieben haben und die jetzt Macmillan¹⁷⁵ betreibt und die künftig Wilson betreiben wird.

Walker sagt, dass die sowjetische Politik ebenfalls unverändert bleibt.

Chruschtschow antwortet, dies stimme nicht. Es genüge, an die Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages zu erinnern.

Wilson äußert die Ansicht, dass N. S. Chruschtschow die Dinge zu pessimistisch sieht. Er kann N. S. Chruschtschow versichern, wenn G. Walker Außenminister wird, gibt es einen großen Unterschied zwischen ihm und Home.

Chruschtschow bemerkt, er hat nicht die Absicht, Home in Schutz zu nehmen, er ist nie von ihm begeistert gewesen.

Wilson sagt, dass Home in ideologischen Fragen sehr strikt und unflexibel ist. Er erinnert in seiner Haltung zum Kommunismus an John Foster Dulles¹⁷⁶.

Chruschtschow äußert die Ansicht, dass Selwyn Lloyd¹⁷⁷ flexibler gewesen ist. Es war angenehm mit ihm zu reden, sogar wenn wir nicht mit ihm einer Meinung waren, und ich erinnere mich an keinen Fall, in dem wir ihm zugestimmt haben.

¹⁷³ Sir Winston Churchill, konservativer britischer Premierminister 1940–1945, 1951–1955.

¹⁷⁴ Clement Attlee, britischer Premierminister an der Spitze einer Labour-Regierung, 1945–1951.

¹⁷⁵ Harold Macmillan, konservativer britischer Premierminister 1957–1963.

¹⁷⁶ John Foster Dulles, Außenminister der Eisenhower-Administration 1953–1959, der weithin – vor allem im Kreml – als besonders harter Politiker des kalten Krieges galt.

¹⁷⁷ Selwyn Lloyd, 1955–1960 konservativer Vorgänger von Lord Home im Amt des Außenministers.

Wilson bemerkt, dass die sowjetische Regierung sehr gute Vertreter in London hat. A[leksandr] A. Soldatow ist unerschütterlich, wenn es um die Verteidigung der Interessen der Sowjetunion geht, trotzdem ist es stets angenehm, mit ihm zu reden.

Chruschtschow teilt *Wilson* mit, dass soeben von Soldatow ein Telegramm eingetroffen ist, in dem es heißt, dass angesehene Persönlichkeiten Englands den Wunsch angedeutet haben, die Sowjetunion möge die Initiative zur Ausweitung des englisch-sowjetischen Handels ergreifen.

Wilson sagt, das entspricht den Tatsachen.

Chruschtschow legt *Wilson* dar, dass dieser Mitteilung zufolge die Engländer auf ihre Bereitschaft hingewiesen haben, als Gegenleistung für Aufträge der Sowjetunion bezüglich englischer Schiffe die Quote für den Ankauf sowjetischen Erdöls zu erhöhen. Zudem war von der Möglichkeit die Rede, der Sowjetunion einen langfristigen Kredit zu gewähren. Als dieser Bericht bei uns eingegangen ist, haben wir N. S. Patolitschew den Auftrag erteilt, die Frage zu prüfen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Mithin läuft es auf dem Gebiet des Handels mit den Konservativen für uns nicht schlecht.

Wilson erinnert daran, dass er schon vor zwei Jahren mit A. I. Mikojan über die Lieferung englischer Schiffe im Gegenzug für sowjetisches Erdöl gesprochen hat. Was die Konservativen betrifft, legen sie in der Regel vor Wahlen und in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, große Nachgiebigkeit an den Tag. Das geschieht etwa alle vier Jahre. Das letzte englisch-sowjetische Handelsabkommen wurde genau vor vier Jahren unterschrieben, [das war] kurz vor den letzten Wahlen. Die Labour Party hat konkrete Vorstellungen über die weitere Ausweitung des englisch-sowjetischen Handels.

Chruschtschow sagt, dass wir in dieser Frage den Standpunkt der Labour Party und vor allem von H. Wilson schätzen. In letzter Zeit sind die Konservativen in dieser Hinsicht auch klüger geworden. Die Labour Party wird im Falle ihrer Machtübernahme offenbar die Politik der Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion fortsetzen.

Wilson äußert die Ansicht, dass die Sowjetunion den Kauf von Chemieanlagen in England ausweiten kann, doch dafür muss nach Auffassung der Labour Party eine spezielle, mit dem Chemieanlagenbau befasste Organisation geschaffen werden. Derzeit gibt es in England viele gute Chemiker, aber der Chemieanlagenbau ist wenig entwickelt. Daher ist es erforderlich, zu diesem Zweck ein Konsortium unter Beteiligung des Staates zu gründen. Zudem ist es an der Zeit, vom Verkauf von Lizenzen zum Austausch von Lizenzen überzugehen, weil sowohl die Sowjetunion als auch England große technische Erfahrungen gesammelt haben, die sie nutzbringend austauschen können.

Chruschtschow sagt, dass wir sowohl für den Austausch als auch für den Handel sind. Es hat einen Fall gegeben, als wir bei einer englischen Firma Filme kaufen wollten. Die Firma stimmte zu, die Regierung jedoch hat dieses Geschäft verboten. Schließlich haben wir diese Filme in Japan bekommen.

Wilson bemerkt, dass ein ähnlicher Fall bei der Erteilung von Aufträgen für Schiffe vorgekommen ist. Anschließend wendet sich *Wilson* der Frage des Austauschs englischer Lizenzen zur Produktion von Waschmitteln gegen sowjetische Lizenzen zur Produktion von Paraffin und Wachs zu. Er hat diese Frage mit Gen. Rudnjow¹⁷⁸ ausführlich erörtert.

Chruschtschow stimmt *Wilson* zu, dass ein derartiger Austausch nützlich wäre.

Walker bittet um die Erlaubnis, noch einige Worte zu Problemen der internationalen Lage zu sagen.

Chruschtschow sagt zu *Walker* gewandt: „Überzeugen Sie mich davon, dass sich die Außenpolitik Englands nach der Machtübernahme der Labour Party ändert.“

Walker antwortet, dass sich an einem Tag nicht viel ändern kann. Er will N. S. Chruschtschow nur eins versprechen: dass die Labour-Regierung bemüht sein wird, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, und dass sie so oft wie möglich den Kontakt zu sowjetischen führenden Politikern zur Erörterung der strittigen Fragen suchen wird. Diese Probleme haben tiefreichende Wurzeln, und sie lassen sich nicht mit einem Mal beheben.

Wilson fügt hinzu, dass häufige Treffen und Verhandlungen zu den Methoden gehören, mit denen sich strittige Probleme lösen lassen. Derzeit fällt es dem britischen Premierminister schwerer, in die Sowjetunion zu reisen, als zum Mond zu fliegen, obwohl sich die Sowjetunion mit der „TU-104“ in 3,5 Stunden erreichen lässt.

Chruschtschow stimmt zu, dass häufige Kontakte nützlich sind. Die sowjetische Regierung ist für die Verbesserung der internationalen Beziehungen, für die Lösung der strittigen Fragen auf friedlichem Wege. Wir bemühen uns aufrichtig um Abrüstung. Wenn die anderen Mächte der Abrüstung zustimmen, was brauchen wir dann zum Teufel Waffen. Die Lage in unserem Land ist gut, die Industrie entwickelt sich hervorragend. N. S. Chruschtschow nennt als Beispiele, dass die Sowjetunion auf die Bitten Norwegens und Finnlands eingegangen ist und den norwegischen und finnischen Arbeitern die Möglichkeit verschafft hat, für die Sowjetunion Wasserkraftwerke zu bauen.

Wilson bemerkt, dass die Sowjetunion auf diese Weise Vollbeschäftigung exportiert, während viele Länder leider Arbeitslosigkeit exportieren.

Chruschtschow geht auf die Qualität des Bauwesens in der Sowjetunion ein und sagt, dass die Arbeitsqualität von der Qualifikation der Arbeiter abhängt. Bei uns besteht das Problem darin, dass die Bauarbeiter nach ihrer Qualifizierung in andere Industriezweige abwandern und dass man auf den Baustellen erneut Leute aus dem Dorf nehmen und wieder ausbilden muss.

Wilson äußert die Ansicht, dass eine der besten Errungenschaften der Sowjetunion die Organisation einer engen Verbindung zwischen Wissenschaft und Industrie ist. Zudem hat die Sowjetunion bemerkenswerte Erfolge bei der Orga-

¹⁷⁸ Konstantin Nikolaewiĉ Rudnëv, Stellv. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

nisation der technischen Hochschulbildung erzielt. Die Engländer werden auch solche Ergebnisse erzielen müssen, wenn es auch bei ihnen so ein Tempo bei der Entwicklung der Industrie geben soll wie in der Sowjetunion.

Chruschtschow bemerkt, dass die Politiker der Labour Party außerstande sind, das zu erreichen, wie sehr sie das auch wollen mögen.

Wilson sagt, dass sie es trotzdem versuchen werden.

Chruschtschow antwortet scherzhaft, dass die Engländer das nur in einem Fall erreichen können: wenn [der kommunistische Parteichef] John Gollan Premierminister von Großbritannien wird.

Zum Schluss dankt *H. Wilson* N. S. Chruschtschow für das Gespräch und bittet ihn erneut darum, ihn zum Ende der Woche für nur 15 Minuten zu empfangen, damit er die Möglichkeit hat, mit N. S. Chruschtschow die Fragen zu erörtern, die sich aus seinen Gesprächen mit den Leitern der verschiedenen sowjetischen Ministerien und Behörden ergeben könnten.

Chruschtschow gibt seine Zustimmung, H. Wilson für so ein kurzes Gespräch zu empfangen.

Das Gespräch dauerte drei Stunden.

Aufgezeichnet von Ju[r]ij Pawlow

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 554, Bl. 43–82

9. Gespräch Chruschtschows mit der Delegation der Großen Nationalversammlung der Türkei am 12. Juni 1963

Chruschtschow: Ich freue mich sehr, dass eine Parlamentsdelegation der Türkei unser Land besucht. Gestatten Sie mir, Sie zu begrüßen. Ich freue mich vor allem, den Leiter der Delegation zu begrüßen.

Mit der Türkei hatten wir lange Zeit gute Beziehungen. Doch dann haben sie sich abgekühlt, und gegenwärtig befinden sie sich in einer Übergangsphase. W[ladimir] I[ljitsch] Lenin und [Mustafa Kemal] Atatürk haben gut verstanden, dass der Aufbau guter, freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei notwendig ist.¹⁷⁹

Ich will vorab bemerken, dass wir an der Verschlechterung der sowjetisch-türkischen Beziehungen nicht schuldlos sind. Die unvernünftigen Erklärungen, die von unserer Seite abgegeben worden sind, sind bekannt. Das ergab sich da-

¹⁷⁹ Noch bevor Atatürk nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg die ringsum angefeindete Türkei 1923 als Nationalstaat neu begründete, schloss er mit der gerade aus dem Bürgerkrieg siegreich hervorgegangenen Sowjetunion am 16. März 1921 den Vertrag von Moskau, in dem man freundschaftliche Beziehungen vereinbarte und der Türkei den Besitz der Provinzen Kars und Ardahan zubilligte. Diese Vereinbarungen wurden am 13. Oktober 1921 im Vertrag von Kars wiederholt.

raus, dass Stalin damals sehr krank war und dass Berija ihn zu derartigen Erklärungen angestachelt hat. Wäre Stalin gesund gewesen, wäre es ihm niemals in den Sinn gekommen, dass man von der Türkei etwas abtrennen müsse.¹⁸⁰ Nach dem Tod Stalins hat unsere Regierung öffentlich erklärt, dass die UdSSR gegenüber der Türkei keine Ansprüche hat, und sie hat dem Wunsch Ausdruck verliehen, wahrhaft gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen mit der Türkei herzustellen.

Die unvernünftigen Handlungen unsererseits haben anscheinend die Türkei in die Blöcke von NATO¹⁸¹ und CENTO¹⁸² getrieben, und diese Mitgliedschaft bringt der Türkei nur Schaden.

Die Lage in der Welt hat sich jetzt geändert, und diese Blöcke können nur Instrumente zur Aufrechterhaltung des Kalten Krieges sein; für uns spielen sie keine Rolle. Das erkläre ich damit, dass wir in einem Jahrhundert gewaltigen technischen Fortschritts leben, und falls ein Krieg ausbräche, würde er alle Länder der Welt erfassen.

Ich denke, dass die Politiker Ihres Landes und alle gebildeten Türken den gleichen Schluss ziehen müssen. Amerika hat jetzt die Raketen aus der Türkei und aus Italien abgezogen.¹⁸³ Das erklärt sich damit, dass die USA interkontinentale Raketen und Atom-U-Boote gebaut haben. Daher hat Amerika kein Interesse mehr am Aufbau von Militärstützpunkten in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen der UdSSR.

Ich denke, die Zeit ist gekommen für eine ernsthafte Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern.

Ich will nichts gegen die USA sagen, doch ich bin sicher, dass ihre Militärstützpunkte auf dem Territorium der Türkei dem türkischen Volk keinen Nutzen bringen. Vor zwei Tagen hat der Präsident der USA eine gute Rede gehalten. Kennedy hat eine gute Analyse der derzeitigen internationalen Situation vorgelegt, aber daraus nicht die richtigen Schlüsse gezogen.

¹⁸⁰ Stalins Forderungen gegenüber der Türkei sind – anders als Chruščëvs Darstellung vermuten lässt – nicht nur einmalig erhoben worden, sondern lagen seiner Politik seit Beginn des Zweiten Weltkrieges zugrunde. Schon in den Verhandlungen mit Deutschland, die 1940/41 dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 folgten, war das Bemühen der UdSSR um Kontrolle des Bosphorus und der Dardanellen erkennbar gewesen. Auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 sprach Stalin von der Notwendigkeit einer Änderung des Regimes an den Meerengen. Verbunden mit der Erklärung, dass die in Montreux 1923 getroffene Regelung Ende des Jahres aufgehoben werde, richtete Außenminister Molotov kurz danach eine entsprechende Forderung an die Türkei. Anschließend konkretisierte er das Verlangen dahingehend, die UdSSR müsse an den Meerengen Souveränitätsrechte erhalten, die Provinzen Kars und Ardahan seien abzutreten und langfristige Pachtverträge über militärische Stützpunkte zu schließen. Chruščëvs Begründung, die Forderungen seien auf Stalins Krankheit zurückzuführen, lässt sich angesichts dessen, dass die darauf ausgerichtete Politik schon früher einsetzte, nicht aufrechterhalten. Die These, das sei unter Berijas Einfluss geschehen, entspricht der generellen Tendenz, negative Tatbestände dem 1953 ausgeschalteten und zum Tode verurteilten innerparteilichen Rivalen zuzuschreiben.

¹⁸¹ Zusammen mit Griechenland, gegen das die UdSSR ebenfalls Gebietsforderungen erhoben hatte, war die Türkei 1952 der NATO beigetreten.

¹⁸² Der Central Treaty Organisation (CENTO) gehörten außer der Türkei Großbritannien, Iran und Pakistan an; die USA war als „Beobachter“ beteiligt. Nach dem Austritt des Irak befand sich das Hauptquartier in Ankara.

¹⁸³ Präsident Kennedy hatte Chruščëv während der Kuba-Krise informell den Abzug der – von ihm nicht für erforderlich gehaltenen – Raketen zugesichert.

Einige staatliche Führer der Türkei glauben, die Türkei habe von den USA große Hilfe im Umfang von 4,5 Mrd. Dollar erhalten. Aber anscheinend entfiel mehr als die Hälfte der Summe auf die Bewaffnung und den Unterhalt der Streitkräfte des Landes. Mir ist bekannt, dass die Länder, wenn sie von den USA 1 Dollar für den Unterhalt der Armee bekommen, für den gleichen Zweck aus ihrem Budget weitere 4-5 Dollar aufwenden müssen. Die Ausgabe großer Beträge für den Unterhalt der Armee belastet das Budget, verursacht gewisse Schwierigkeiten und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Würden wir gute Beziehungen zwischen unseren Ländern herstellen, müsste man keine gewaltige Armee haben und nicht erhebliche Mittel aus dem Budget des Landes für ihren Unterhalt ausgeben. Diese Mittel könnte man in die Wirtschaft investieren.

Wahrscheinlich denken Sie, Chruschtschow will, dass die türkische Armee schwach ist? Ich sage Ihnen offen, welche Armee auch immer Sie schaffen, sie wäre trotzdem schwächer als unsere. Ich führe das nicht auf irgendwelche besonderen Eigenschaften unseres Volkes zurück. Nein, das ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung. Ich denke, es ist sowohl für Sie als auch für uns das Beste, in Frieden zu leben.

Unser Land erlebt jetzt einen großen Aufschwung. In 5-7 Jahren werden wir die USA bei der Herstellung landwirtschaftlicher Produkte überholen. Bei der Industrieproduktion werden wir Amerika 1970 überholen. Verstehen Sie mich richtig: Das ist nicht geprahlt, das ist die Realität.

Gegenwärtig hat unsere Landwirtschaft in genügender Anzahl die nötigen Maschinen, doch wir haben Defizite bei der Produktion von Mineraldünger, der für die Steigerung der Erträge erforderlich ist. Derzeit erstellen wir einen Plan, der den Bau einer großen Anzahl von Fabriken und Werken zur Produktion von Mineraldünger vorsieht. Diese Aufgabe werden wir schultern.

Wir treten für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern ein. Lassen Sie uns es so machen, dass uns das Schwarze Meer nicht trennt, sondern verbindet. Unsere Länder haben eine gemeinsame Landgrenze, dort stehen unsere Soldaten und schauen aufeinander. Lassen Sie es uns so machen, dass sie sich gegenseitig nicht als Gegner, sondern als Freunde anschauen. Wir erheben keine Ansprüche auf Ihr Territorium, wir achten die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Ihres Landes. Ich weiß, dass die Verfechter des kalten Krieges Ihnen etwas anderes sagen, und in Ihrem Land gibt es Ohren, die darauf hören.

Gegenwärtig sind die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht normal. Aber darunter leidet Ihr Land mehr. Die auf dem Territorium der Türkei befindlichen Militärstützpunkte beunruhigen uns nicht, wir haben uns daran gewöhnt.

Ich denke, dass Sie nicht die Absicht haben, uns anzugreifen, und wir auch Sie nicht. Daher wäre es gut, wenn unsere Beziehungen in eine bessere Phase einträten. Wir haben keinen Grund, einander feindlich gesonnen zu sein.

Ich habe heute gegen meine eigene Tradition verstoßen, und die ist eigentlich allgemein üblich: zuerst die Gäste anzuhören und [erst] danach selbst zu reden. Mir lag aber sehr daran, unseren Standpunkt in Bezug auf die sowjetisch-türkischen Beziehungen darzulegen, damit alles klar ist.

Jetzt höre ich Ihnen mit Vergnügen zu.

Ürgüplü (Delegationsleiter): Wir danken Herrn Chruschtschow sehr, dass er die Zeit gefunden hat, unsere Delegation zu empfangen.

Wir hören nicht zum ersten Mal freundschaftliche Wünsche sowjetischer Politiker für unser Land.

Besonders großen Eindruck haben in der Türkei die Ausführungen hinterlassen, die Sie auf dem XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion¹⁸⁴ gemacht haben.

Was unseren Besuch in Ihrem Land betrifft, muss ich sagen, dass wir zu 100 Prozent gute Eindrücke von Ihrem Land haben. Wir hatten die Gelegenheit, Fabriken und Werke zu besichtigen und uns mit dem Volk zu treffen. Ihre Leute vor Ort wetteiferten buchstäblich miteinander darum, die Reise unserer Delegation durch das Land nützlich und fruchtbar zu machen. Wir haben einen Teil des Territoriums der Sowjetunion sehen können und unser Eindruck ist der, dass das sowjetische Volk ein arbeitsames und friedliebendes Volk ist und energisch an der Verwirklichung seiner Pläne arbeitet.

Einen unauslöschlichen Eindruck hat auf uns die Stadt Wolgograd¹⁸⁵ gemacht.

In Aserbaidschan haben wir viel Nützliches gesehen. Mit Bewunderung haben wir auf die sowjetischen Arbeiter geschaut, die das Erdöl vom Meeresgrund fördern. Einige Kilometer von Baku entfernt haben wir die in der Steppe erbaute Stadt Sumgait besichtigt. Wir haben in dieser Stadt Werke und glückliche Menschen gesehen.

In der Usbekischen [Sowjet-]Republik haben wir die gleiche Begeisterung beim Volk gesehen, die wir auch in anderen Städten beobachtet haben. Usbekistan war ein Gebiet, in dem es weder Fabriken noch Werke noch Hochschuleinrichtungen gab. Das alles gibt es jetzt dort. Die Fabriken, Werke und Hochschuleinrichtungen entwickeln sich unter der Leitung von Menschen, die dort aufgewachsen sind.

Unser Besuch in Leningrad war ebenfalls nützlich. Wir haben in dieser Stadt viel Interessantes gesehen.

Während unseres Besuchs in Ihrem Land haben wir unterschiedliche Werke und Fabriken besichtigt. Einerseits eine riesige Textilfabrik in Usbekistan, andererseits das Röhrenwalzwerk in Sumgait und das Werk „Elektrosila“ in Leningrad.

Man hat uns auch bemerkenswerte Kunstwerke gezeigt, die vom Volk geschaffen wurden, darunter auch vom russischen Volk geschaffene Kunstwerke. Sowohl hier als auch in den entlegenen Gebieten des Landes liebt das sowjetische Volk die Kunst.

Während unseres Aufenthaltes in Ihrem Land haben wir uns davon überzeugt, dass das russische Volk keinen Krieg will. Russland und die Türkei sind Länder, die wissen, was Krieg bedeutet. Unsere Länder hatten weder am Ersten Weltkrieg noch am Zweiten Weltkrieg Interesse. Wir haben die Türkei aus dem Zweiten

¹⁸⁴ Der Parteitag fand vom 17. bis zum 31. Oktober 1961 statt und fasste Beschlüsse, die – nach den Entscheidungen des XX. Parteitags im Februar 1956 – als „zweite Entstalinisierung“ bezeichnet worden sind.

¹⁸⁵ Die – früher Stalingrad genannte – Stadt war im Zweiten Weltkrieg heftig umkämpft und völlig zerstört worden.

Weltkrieg herauszuhalten vermocht. Kemal Atatürk hatte uns als Vermächtnis hinterlassen, der Politik „Friede im Land, Friede in der ganzen Welt“ zu folgen.

Seit dieser Zeit hat sich kein staatlicher Führer in ein Abenteuer hineinziehen lassen. Sie haben sich damit befasst, wie sich unser Leben besser machen lässt. Auf unserer Reise haben wir uns vollständig davon überzeugt, dass auch das sowjetische Volk den Frieden will.

Ich möchte Ihnen für die offenen Worte zu den sowjetisch-türkischen Beziehungen danken. Auch ich möchte meinerseits auf diese Frage eingehen. Es hat tatsächlich Fehler gegeben, aber die Kunst der Führer eines Staates besteht darin, aus Fehlern zu lernen und sie nicht wieder zu begehen.

Lange Zeit hielt die von Lenin und Atatürk begründete Freundschaft vor. Im Zweiten Weltkrieg stand die Türkei vor ernststen Schwierigkeiten, und man dachte darüber nach, wie sich ein Eingreifen in diesen Krieg umgehen ließe. Wir wussten aus dem Ersten Weltkrieg, was ein Bündnis mit Deutschland bedeutet. Die Deutschen unterbreiteten uns eine Reihe von verlockenden Vorschlägen, doch wir gingen nicht darauf ein. Wir suchten das Bündnis mit England und Frankreich. Wir lehnten die Bitte Deutschlands ab, seine Truppen zum Kaukasus durchzulassen, und waren, auch weil wir die Politik Deutschlands zur Expansion seines Einflussbereichs nach Osten kannten, voll entschlossen, zu kämpfen und auf unserem Boden zu sterben.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind in den Beziehungen zwischen unseren Ländern Ereignisse eingetreten, die dem widersprachen, was uns Atatürk und Lenin als Vermächtnis hinterlassen hatten. Molotow sagte zu uns: „Wir sind jetzt stark, und wir erkennen die von uns früher unterzeichneten Abkommen nicht an.“ Es vergingen einige Jahre, und wir traten den Blöcken bei. Den NATO-Pakt betrachten wir als Verteidigungspakt. In den Vertrag, den wir unterzeichnet haben, wurde ein Artikel aufgenommen, der die Teilnahme der Türkei an einem Krieg gegen die Sowjetunion ausschloss.

Das türkische Volk will keinen Krieg. Zwischen dem türkischen und dem russischen Volk gab es gute und schlechte Zeiten. All das ist Vergangenheit. Jetzt sollten wir nach vorn schauen und über die Zukunft nachdenken.

Wir sind in Ihr Land gekommen und haben Grüße des Präsidenten¹⁸⁶ und des Premierministers¹⁸⁷ der Türkei sowie des türkischen Volkes unter Ausdruck freundschaftlicher Gefühle gegenüber dem russischen Volk mitgebracht. Von hier nehmen wir ebenfalls Freundschaft mit. Wir wünschen von Herzen, dass sich unsere Beziehungen herzlicher gestalten. Wir haben sehr viel in Ihrem Land gesehen und wir werden darüber unseren Landsleuten berichten. Und wir sind davon überzeugt, dass dies Früchte tragen wird.

In der Freundschaft mit dem großen Nachbarn sehen wir für unser Land nur Nutzen. Wir sind unendlich froh darüber, dass die staatlichen Führer uns so viel Aufmerksamkeit gewidmet haben. Das wird großen Einfluss auf das türkische Volk ausüben. Ich möchte nochmals dem Herrn Premierminister dafür danken, dass er die Zeit gefunden hat, unsere gesamte Delegation zu empfangen.

¹⁸⁶ Cemal Gürsel.

¹⁸⁷ İsmet İnönü.

Chruschtschow: Die Äußerungen Molotows waren nicht richtig. Er wollte die Sicherheit unserer Schwarzmeerküste gewährleisten. Doch das hätte man anders machen müssen, unter Berücksichtigung der Interessen sowohl unseres als auch Ihres Landes. Das Schwarze Meer hat gegenwärtig nicht mehr die militärische Bedeutung, die es noch bis in die jüngste Vergangenheit hatte, und wir bauen dort keine große Flotte. Sie wird nicht benötigt. Wir haben viele Häfen an der Schwarzmeerküste geöffnet, darunter auch Sewastopol, damit ausländische Touristen sie besuchen können. Wir beabsichtigen, in nicht ferner Zukunft ein Kanalsystem zu bauen, welches uns ermöglicht, aus dem Schwarzen Meer über die Ostsee zum Ozean zu gelangen. Wir werden die Dardanellen nur durchqueren, um Sie zu besuchen, und das [auch nur] mit Ihrer Genehmigung. Die moderne Technik macht es möglich. Früher haben uns die Dardanellen beunruhigt, und das musste man berücksichtigen.

Es ist gut, dass Sie in unserem Land waren und gesehen haben, wie die Ihnen sprachlich und kulturell nahestehenden Aserbaidschaner und Usbeken leben. Ich war 1921 das erste Mal in Aserbaidschan und weiß, wie es damals war. Jetzt sind in dieser Republik große Veränderungen vor sich gegangen. Wir sind stolz auf die Erfolge dieses Volkes.

Sie haben auch Usbekistan gesehen. In dieser Republik werden jetzt umfangreiche Bewässerungsarbeiten durchgeführt, die Hungersteppe wird erschlossen. Diese Republik hat in den Jahren der Sowjetmacht ebenfalls beeindruckende Erfolge erzielt. Und wir schämen uns nicht, Ausländer nach Usbekistan einzuladen. Wir sagen ihnen: „Schaut, was aus Usbekistan, der ehemaligen zaristischen Kolonie, geworden ist.“

Früher haben die Länder ihre Bedürfnisse mit der Ausplünderung anderer Völker befriedigt. Jetzt gibt uns die Wissenschaft die Möglichkeit, die Bedürfnisse voll im eigenen Land zu befriedigen. Wir haben alles und brauchen gar nichts, deswegen wollen wir in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt leben.

Ich bitte, dem türkischen Volk, dem Präsidenten und dem Premierminister der Türkei unseren Gruß und die besten Wünsche zu übermitteln.

Ürgüplü: Wir halten dies für eine große Ehre und werden Ihrer Bitte sicher nachkommen.

Bei dem Gespräch [...] waren zugegen die Vorsitzenden der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR I[wan] W[assiljewitsch] Spiridonow und J[an] W[oldemarowitsch] Pejwe, der Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR I[wan] M[arkowitsch] Kratenko, der Botschafter der UdSSR in der Türkei N[ikita] S[emjonowitsch] Ryshow, der die Delegation auf der Reise durch das Land begleitet hat, der Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen beim Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR W[ladimir] G[rigorjewitsch] Wysotin sowie der Botschafter der Türkei in der UdSSR F[ahri] Korutürk.

Die Unterredung dauerte 1 Stunde und 5 Minuten.

Aufgezeichnet von M. Kowrigin

Von N. S. Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 585, Bl. 96-102

Gespräch Chruschtschows mit dem Leiter der Delegation der Großen Nationalversammlung der Türkei S[uat] H[ayri] Ürgüplü am 12. Juni 1963

Nach dem Gespräch des Gen. N. S. Chruschtschow mit den Mitgliedern der Parlamentsdelegation der Türkei bat ihr Leiter, der Vorsitzende des Republikanischen Senats der Türkei S. H. Ürgüplü, Gen. N. S. Chruschtschow darum, mit ihm unter vier Augen zu sprechen.

Chruschtschow: Wir sind sehr zufrieden, dass eine so repräsentative Parlamentsdelegation der Türkei die Sowjetunion besucht hat. Das ist deswegen gut, weil es in gewissem Grade dazu beiträgt, das Eis zum Schmelzen zu bringen, das es nach wie vor in unseren Beziehungen gibt. Unserer Auffassung nach ist es an der Zeit, dem ein Ende zu machen. Das ist sowohl im Interesse der Türkei als auch im Interesse der Sowjetunion.

Vor allem die Türkei wird davon natürlich profitieren, wir haben eine gemeinsame Landgrenze. Das Schwarze Meer bringt uns einander näher. Aufgrund der Berichte unseres Botschafters in Ankara kenne ich die Erklärungen von Herrn Gürsel und von Herrn Ismet İnönü in Bezug auf den Wunsch, die Freundschaft zu unserem Land zu festigen. Mir scheint aber, dass es an der Zeit ist, von Worten zu Taten überzugehen.

Ich habe heute schon davon gesprochen, dass wir die Frage geprüft haben, im Schwarzen Meer eine große Flotte aufzubauen. Wir haben jedoch diese Idee aufgegeben, weil das angesichts der modernen Technik und des Niveaus der modernen Waffen schon nicht mehr notwendig ist. Wir verfügen jetzt über Mittel, die es uns ermöglichen, die gesamte Schwarzmeerküste zu beobachten und zu beschießen.

Früher haben uns die Militärstützpunkte an den Dardanellen beunruhigt, jetzt aber stellen diese Militärstützpunkte für die UdSSR keine ernste Gefahr mehr dar, auch wenn sie für uns unangenehm sind. Sogar die USA verstehen, dass wir von unserem Territorium aus Kuba Hilfe leisten können für den Fall, dass es angegriffen würde. Und die Dardanellen sind wesentlich näher.

Wir hoffen, dass Sie uns richtig verstehen, dass man uns auch in der Türkei richtig versteht: Wir drohen niemandem, sondern sprechen lediglich über die tatsächliche Lage der Dinge.

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern werden sowohl der Türkei als auch der Sowjetunion Nutzen bringen.

Wir halten doch Freundschaft nicht nur mit den sozialistischen Ländern, wir halten Freundschaft auch mit kapitalistischen Ländern sowie mit Monarchien. Wir haben zum Beispiel gute Beziehungen mit Afghanistan. Wir bauen in Afghanistan sehr viel. Wir bauen Fabriken, Straßen, Elektrokraftwerke, Flugplätze und andere Bauwerke. Unlängst habe ich mich gemeinsam mit dem König von Afghanistan¹⁸⁸ am Schwarzen Meer erholt. Wir waren beide zufrieden. Als der König abreiste, sagten wir ihm, dass er uns jederzeit willkommen ist.

Umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen haben wir [auch] mit der Vereinigten Arabischen Republik¹⁸⁹. Wir bauen dort den Assuan-Staudamm, der diesem Land gewaltigen Nutzen bringen wird. Abgesehen von der billigen Elektroener-

¹⁸⁸ Mohammed Zahir Shah.

¹⁸⁹ Zusammenschluss zwischen Ägypten und Syrien, der nur kurze Zeit Bestand hatte.

gie ermöglicht dieser Staudamm es, die landwirtschaftliche Nutzfläche Ägyptens um das Zweifache zu vergrößern.

Außerdem führen wir mit dem Iran Verhandlungen, um die Energie des Grenzflusses Aras gemeinsam zu nutzen.

Das Gleiche könnten wir auch für die Türkei tun. Wir sind in der Lage dazu. Unsere Wirtschaft verfügt über gewaltige Möglichkeiten. Das würde für die Türkei nur von Nutzen sein.

Ürgüplü: Wir kamen in die UdSSR mit dem aufrichtigen Gefühl der Freundschaft. In den zwei Wochen haben wir uns davon überzeugen können, dass sowohl das sowjetische Volk als auch seine Führer Frieden und Freundschaft mit dem türkischen Volk wünschen. In dieser Hinsicht sind unsere Eindrücke zu 100 Prozent positiv. Nach der Rückkehr in die Heimat werde ich ausführliche Gespräche sowohl mit dem Premierminister als auch mit dem Präsidenten der Türkei haben. Ich werde ihnen die von Ihnen vorgetragenen aufrichtigen und offenen Gedanken darlegen. Wir sind sehr erfreut, dass Sie sich, Herr Premierminister, offen zu den damaligen Fehlern Stalins und Molotows geäußert haben. Auch wir wollen jetzt nicht zurück blicken, sondern nach vorn. Wir wollen Freundschaft mit der Sowjetunion. Ich sage das aufrichtig, und ich persönlich werde nach meiner Rückkehr alle meine Kräfte und Bemühungen dafür einsetzen, um alles Erdenkliche auf diesem Gebiet zu tun.

Ich versichere dem Herrn Premierminister, dass ich das aufrichtig will.

Chruschtschow: Übermitteln Sie dem Präsidenten der Türkei, Gürsel, und dem Premierminister, İsmet İnönü, falls sie den Wunsch haben, auf Ihren Spuren unser Land zu besuchen, werden wir uns freuen, sie zu begrüßen.

Das Gespräch dauerte 20 Minuten.

Aufgezeichnet von I[mam] Mustafajew

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 585, Bl. 103-105

10. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 14. Juni 1963

Von sowjetischer Seite waren Gen. I[wan] W. Spiridonow und Gen. F[jodor] S. Sasikow¹⁹⁰ beim Gespräch zugegen.

H. Wilson wurde von [Joseph] Slater und [David] Ennals begleitet.

Chruschtschow sagt zu Wilson, in einigen Minuten wird im Radio die Nachricht gesendet, dass die Sowjetunion einen neuen Sputnik mit einem Menschen an Bord gestartet hat.¹⁹¹ Auf die Bitte von H. Wilson teilt N. S. Chruschtschow ihm den Namen und den Familiennamen des Kosmonauten¹⁹² mit.

¹⁹⁰ Fëdor Stepanovič Sazikov.

¹⁹¹ Es handelte sich dabei um Vostok 5, gestartet am 14. Juni 1963, 14.58 Uhr Moskauer Zeit, zurückgekehrt am 19. Juni 1963.

¹⁹² Valerij Fëdorovič Bykovskij.

Wilson beglückwünscht N. S. Chruschtschow und die Sowjetunion zum erfolgreichen Start eines weiteren bemannten Raumschiffs und sagt, dass das ein historischer Tag sei.

Danach berichtet H. Wilson N. S. Chruschtschow von den Gesprächen und Zusammenkünften, die er in dieser Woche mit staatlichen und politischen Funktionären der Sowjetunion gehabt hat. Diese Gespräche waren seiner Ansicht nach sehr nützlich und konstruktiv. Bei Gen. A[leksej] N. Kossygin und Gen. N[ikolaj] S. Patolitschew ging es um Möglichkeiten zur Ausweitung des englisch-sowjetischen Handels. Vor allem hat er, Wilson, die Idee geäußert, in England mit staatlicher Unterstützung ein Konsortium speziell zur Organisation der Produktion von Chemieausrüstungen zu gründen. Dieses Konsortium wird direkt mit „Techmaschimport“¹⁹³ zu tun haben. In England gibt es zurzeit viele gute Wissenschaftler, die Herstellung von Chemieausrüstungen ist jedoch zu wenig entwickelt, um alle Aufträge der Sowjetunion vollständig zu erfüllen. Nach ihrer Machtübernahme wird die Labour-Regierung ein solches Konsortium gründen. Außerdem wird diese Regierung eine Organisation gründen nach dem Vorbild des Staatlichen Komitees für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten, das es in der UdSSR gibt. Schließlich hat sie vor, die Gründung eines gemeinsamen englisch-sowjetischen Komitees vorzuschlagen, das den regelmäßigen Austausch von Wissenschaftlern, technischen Erfahrungen und Lizenzen zwischen der UdSSR und Großbritannien organisieren soll.

Weiter teilt H. Wilson mit, dass im Gespräch mit A[ndrej] A. Gromyko die Frage der Verhinderung der Weitergabe von Kernwaffen an andere Länder ausführlich erörtert wurde. Gromyko hat den Standpunkt der sowjetischen Regierung zu dieser Frage dargelegt, und die Labour Party stimmt diesem Standpunkt zu. Sie ist gegen die Lieferung von Kernwaffen an Westdeutschland, sei es direkt oder indirekt. Wie Gromyko ihm [Wilson] erläutert hat, ist die sowjetische Regierung der Ansicht, dass im Falle der Vereinbarung eines Abkommens über ein Verbot der weiteren Proliferation von Kernwaffen die Schaffung multilateraler Nuklearstreitkräfte eine Verletzung dieses Abkommens wäre. Dieses Abkommen müsste für alle kernwaffenlosen Mächte gelten, und für Westdeutschland dürfe es keine Ausnahme geben. Die Labour Party versteht diesen Standpunkt und ist damit einverstanden. Danach nimmt H. Wilson Bezug auf die jüngste Rede von Präsident Kennedy¹⁹⁴ und sagt, er möchte gern die Ansicht N. S. Chruschtschows zu dieser Rede erfahren.

¹⁹³ Abkürzung für: Vsesojuznoe ob"edinenie po importu technologičeskogo oborudovanija i mašin Ministerstva vnešnej trgovli SSSR = Gesellschaft des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR für den Import von technologischen Ausrüstungen und Maschinen.

¹⁹⁴ Präsident Kennedy hatte am 10. Juni 1963 in der American University in Washington/DC in einer Rede über „eines der wichtigsten Themen auf Erden“, den „Weltfrieden“, die Schaffung eines „echten Friedens“ zum Ziel erklärt, der allen Menschen für alle Zeiten ein besseres Leben und eine lebenswerte Existenz verschaffe. Ein „totaler Krieg“ sei „sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben“. Dieser Friede erfordere, „in gegenseitiger Toleranz miteinander“ zu leben und die „Streitfälle einer gerechten und friedlichen Lösung“ zu unterwerfen. „Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem“ seien so schlecht, dass sie nicht auch gute Seiten hätten. Das gelte auch für den Kommunismus, den die Amerikaner als „Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde“ ab-

Chruschtschow informiert Wilson darüber, dass am Samstag die „Prawda“ und die „Iswestija“ seine Antworten auf die Fragen dieser Zeitungen im Zusammenhang mit der Rede Kennedys veröffentlichen werden.¹⁹⁵ N. S. Chruschtschow sagt, dass er H. Wilson den Text dieser Antworten vertraulich und unter der Bedin-

lehnten. Ihnen und den Russen sei der „beiderseitige Abscheu vor dem Krieg“ gemeinsam. Wenn ein totaler Krieg ausbräche, würden sie, „die beiden stärksten Mächte“, zugleich „in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben“. Daraus resultiere „ein gemeinsames Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens“, das enorme Beträge verschlinge, die besser für andere Zwecke ausgegeben würden. Die USA wollten „gegenüber unseren Differenzen nicht die Augen verschließen“, aber auch die „Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können.“ Dazu sollten die Überprüfung „unsere[r] Einstellung zum Kalten Krieg“ gehören und die ausdauernde „Suche nach Frieden in der Hoffnung, dass konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar erscheinen“. „Wir müssen unsere Politik so betreiben, dass es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen. Vor allem müssen die Atommächte, bei gleichzeitiger Wahrung ihrer eigenen Lebensinteressen solche Konfrontationen vermeiden, die einem Gegner nur die Wahl zwischen einem demütigen Rückzug oder einem Atomkrieg lassen.“ Kennedy betonte, die Amerikaner wollten ihr „System keinem Volk gegen dessen Willen aufzwingen“, und erklärte das „kommunistische Streben, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen“, zum „Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt“. Als gemeinsame Schritte in Richtung auf die Schaffung des Friedens nannte der Präsident einen „direkten Draht zwischen Moskau und Washington“, der während einer Krise „auf beiden Seiten die gefährlichsten Verzögerungen, Missverständnisse und Fehldeutungen der Maßnahmen des anderen“ vermeiden solle, Vereinbarungen über Rüstungskontrolle, um „die Intensität des Wettrüstens [zu] bremsen und die Risiken eines durch Zufall ausgelösten Krieges [zu] verringern“, und einen „Vertrag zur Ächtung der Kernwaffenversuche“, der „die Atommächte in die Lage versetzt, wirksamer mit einer der größten Gefahren fertig zu werden, die die Menschheit bedroht – nämlich der weiteren Verbreitung der Kernwaffen“. Als das wichtigste langfristige Ziel der USA in den laufenden Genfer Verhandlungen bezeichnete Kennedy „eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die in Phasen stattfinden und gleichlaufende politische Entwicklungen beim Aufbau der neuen Institutionen des Friedens zulassen soll, die an die Stelle der Rüstung treten.“ Abschließend betonte er, die USA würden „niemals einen Krieg beginnen“; sie wollten „keinen Krieg“.

¹⁹⁵ Chruščëv beurteilte darin (Ukrepljat' delo mira, razvivat' sotrudničestvo! Otvety Predsedatelja Soveta Ministrov SSSR N. S. Chruščëva na voprosy glavnyh redaktorov gazet „Prawda“ i „Izvestija“, in: Prawda / Izvestija, 15. 6. 1963) Kennedys Rede insgesamt positiv und meinte, sie sei ein Fortschritt bei der Bewertung der internationalen Lage. Er stimmte ausdrücklich der Ansicht zu, ein Weltkrieg wäre unter den derzeitigen Umständen unmöglich bzw. sinnlos, und das Wettrüsten würde zu einer militärischen Katastrophe führen, wenn man ihm nicht Einhalt gebiete. Auch er glaube, dass sich der Krieg vermeiden lasse. An der Befürwortung der Beendigung des kalten Krieges vermisste er eine klare Aussage des Präsidenten zu der Frage, ob er auch die Quellen des kalten Krieges beseitigen wolle. Eine der wichtigsten dieser Quellen sei die deutsche Frage, doch entstehe der Eindruck, als wollten die USA diese Frage nicht regeln, weil sie auf ihrem alten Standpunkt beharrten. Chruščëv betonte erneut, das Berlin-Problem werde so oder so gelöst werden, doch würde die UdSSR es lieber gemeinsam mit den Westmächten lösen. Er wandte sich auch gegen die Existenz amerikanischer Militärstützpunkte auf fremdem Gebiet. Dadurch würden die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten eingekreist. Faktisch hätten die Amerikaner Südkorea, Südvietnam, Japan und Taiwan besetzt, um die Funktion des internationalen Gendarmen zu übernehmen und die nationalen Befreiungsbewegungen [in der Dritten Welt] zu unterdrücken. Trotzdem spreche Kennedy von der Notwendigkeit einer internationalen Entspannung. Demnach müssten die USA auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder verzichten, sich an das internationale Recht halten und ihre Militärstützpunkte liquidieren. Im Blick auf die von Kennedy in den Vordergrund gestellte Abrüstung und das Verbot der Kernwaffenversuche sei die UdSSR zwar gegen Inspektionen, aber für die von englischen Wissenschaftlern vorgeschlagenen automatischen seismischen Stationen [die „Schwarzen Kästen“]. Abschließend sagte Chruščëv, Kennedys Rede mache einen positiven Eindruck, und die UdSSR höre mit Befriedigung den Aufruf, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern. Dazu bedürfe es aber nicht nur der Worte, sondern auch konkreter Taten. Man werde sehen, was von den Aussagen Kennedys künftig verwirklicht werde.

gung aushändigen könnte, dass Wilson davon vor der Veröffentlichung in der sowjetischen Presse keinen öffentlichen Gebrauch macht.

Wilson antwortet, er wäre dankbar, wenn er den Text der Antworten N. S. Chruschtschows bekäme, und versichert, sich an die Bedingung zu halten.

Chruschtschow sagt, der Text seiner Antworten werde Wilson später nach dem Gespräch ausgehändigt.

Wilson bemerkt, er habe den Eindruck, dass die sowjetische Regierung die Rede Kennedys positiv aufgenommen hat.

Chruschtschow stimmt der Ansicht Wilsons zu und meint weiter, dass die Rede Kennedys, obwohl wir sie insgesamt begrüßen, unlogisch ist: Einerseits stellt Kennedy die Frage nach der Beendigung des kalten Krieges, sagt aber zugleich, dass der Standpunkt der amerikanischen Regierung hinsichtlich Deutschlands und Berlins unverändert bleibt. Doch genau diese Fragen sind die Quellen des kalten Krieges, für dessen Beendigung Kennedy eintritt. Worte sind eine gute Sache, doch ihnen müssen praktische Taten folgen. Bis jetzt stimmen die praktischen Taten der amerikanischen Regierung nicht mit den Worten des Präsidenten überein. Zum Beispiel hält sich derzeit eine sowjetische Handelsdelegation in den Vereinigten Staaten auf. Diese Delegation wird von offiziellen amerikanischen Repräsentanten kritisiert, weil sie sich um Kontakte zu amerikanischen Geschäftskreisen bemüht, ihr wird fast eine antiamerikanische Aktivität nachgesagt.

Wilson lacht und sagt, dass N. S. Patolitschew im Gespräch mit ihm Auszüge aus einem Artikel zitiert hat, der in einer amerikanischen Zeitung veröffentlicht wurde. Nach Meinung dieser amerikanischen Zeitung sind die Bemühungen der Delegation um eine Ausweitung des sowjetisch-amerikanischen Handels eine sehr schlechte Sache. Von da aus ist es tatsächlich nicht weit bis zum Vorwurf der antiamerikanischen Aktivität.

Chruschtschow wiederholt, dass die Rede Kennedys nicht logisch ist. Das West-Berlin-Problem ist eine ständige Quelle und ein Herd des kalten Krieges. Eine andere Quelle des kalten Krieges sind die rings um das Territorium der Sowjetunion angelegten amerikanischen Militärbasen. Man kann doch nicht von einer Beendigung des kalten Krieges reden, wenn man seine Quellen beibehält. Der kalte Krieg – das ist nicht einfach ein kalter Windzug. Die kalten Windmassen kommen bekanntlich aus arktischen Regionen zu uns. Die Quellen des kalten Krieges aber sind das deutsche Problem, West-Berlin und die amerikanischen Militärstützpunkte auf den Territorien ausländischer Staaten. Die amerikanische Regierung ist nicht einmal bereit, dem Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages zuzustimmen. Sie lehnen sozusagen sogar das Selterswasser ab.

Danach sagt N. S. Chruschtschow, dass die Rede Präsident Kennedys klug formuliert ist, obwohl sie auch unlogisch ist, und sie kann auf Leute, die sich in der Politik nicht auskennen, großen Eindruck machen. Dieser Rede fehlt der Bezug zur Realität, man darf sich aber von der Realität nicht lösen. Zugleich ist

offen anzuerkennen, dass noch kein Präsident der USA bislang so eine Rede gehalten hat. Diese Rede bringt die Stimmung der Volksmassen, des amerikanischen Volkes zum Ausdruck. Darin finden die Aktionen derer Beifall, die den Standpunkt der friedlichen Koexistenz vertreten, und sie wendet sich gegen die „Tollwütigen“, die es in den Vereinigten Staaten immer noch gibt.

Wilson stimmt N. S. Chruschtschow zu und sagt, dass dies eine sehr wichtige Rede ist. Ein amerikanischer Präsident hat zum ersten Mal die verurteilt, die sich für einen heiligen Krieg gegen die Sowjetunion einsetzen. Das hätte Eisenhower nie getan, zumal damals John Foster Dulles noch gelebt hat. Er, *Wilson*, ist froh darüber, dass die Rede von Präsident Kennedy ein positives Echo in der Sowjetunion gefunden hat. Der Präsident hat sich für die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre ausgesprochen. Ist die sowjetische Regierung mit der Annahme dieses Vorschlags einverstanden?

Chruschtschow antwortet, dass Präsident Kennedy eine Reihe von Problemen einschließlich des Problems der Einstellung der Kernwaffenversuche darlegt. Er hat aber überhaupt nichts zu den unterirdischen Nuklearexplosionen gesagt, die, wie kürzlich bekannt wurde, nach wie vor in den Vereinigten Staaten durchgeführt werden. Insgesamt imponiert uns die Rede von Präsident Kennedy. Falls diese Rede keinen Wahlkampfcharakter trägt und kein Auftakt für den Wahlkampf ist, ist das ein positives Phänomen. Und selbst wenn sie eine Wahlkampfrede sein sollte, ist auch dies schon gut, weil sie die richtige Richtung anzeigt. Wenn man sich an alle vorangegangenen amerikanischen Wahlen erinnert, so fanden sie immer in einer Atmosphäre der Verschärfung des kalten Krieges statt.

Wilson bestätigt das und sagt, dass die amerikanischen politischen Parteien sich vor den Wahlen gewöhnlich mit ihren gehässigen Ausfällen gegen die Sowjetunion gegenseitig überbieten wollen. Die Rede des Präsidenten trägt einen ganz anderen Charakter. Falls diese Rede eine Wahlkampfrede ist, so meint er, *Wilson*, dass die amerikanischen Wähler sie unterstützen werden.

Chruschtschow gibt seiner Zustimmung zu Wilsons Ansicht Ausdruck und sagt, dass die Amerikaner keinen Krieg wollen. Deshalb kann man voller Gewissheit sagen, dass Kennedy, falls er bei den Wahlen mit einem derartigen außenpolitischen Programm antreten wird, sicherlich den Sieg über seine Widersacher erringt.

Wilson kommt auf die Frage der Nuklearversuche zurück und fragt, ob die Sowjetunion mit einem Moratorium einverstanden ist.

Chruschtschow antwortet, dass Kennedy in seiner Rede den Standpunkt der Sowjetunion wiederholt. Die sowjetische Regierung hatte seinerzeit so einen Vorschlag unterbreitet. Wir werden offenbar mit den Amerikanern und Engländern zusammenkommen und diese Frage erörtern müssen.

Wilson fragt N. S. Chruschtschow, was seine Ansicht ist in Bezug auf die Aussichten der im Juli bevorstehenden Verhandlungen zur Einstellung der Nukleartests. Ob sie zum Erfolg führen? Die Sowjetunion wendet sich gegen eine Ins-

pektion auf ihrem Territorium aus Gründen, die Wilson von sowjetischen Politikern sehr klar dargelegt worden sind. Zugleich bestehen die Amerikaner auf der Inspektion. Offensichtlich kann in dieser Richtung kein Fortschritt erzielt werden und man muss diese Frage auf eine andere Ebene stellen. Wird es unmöglich sein, sich über die Beendigung der Nukleartests in den drei Sphären – im Weltraum, in der Atmosphäre und unter Wasser – zu verständigen?

Chruschtschow weist darauf hin, dass die Inspektionsfrage eine abgeschlossene Etappe ist. Auf eine Inspektion lassen wir uns nicht ein.¹⁹⁶ Was das Abkommen über das Verbot von Nukleartests in den drei Sphären betrifft, so schließen wir diese Möglichkeit nicht aus, aber unserer Ansicht nach muss ein derartiges Abkommen mit einer Vereinbarung darüber verknüpft werden, dass Verhandlungen mit dem Ziel der Beendigung der unterirdischen Nuklearversuche geführt werden. Seinerzeit hatten wir vorgeschlagen, sich über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser zu verständigen, doch haben die USA damals abgelehnt, unseren Vorschlag anzunehmen. Wir haben damals ein Moratorium für unterirdische Nuklearexplosionen während der Zeit vorgesehen, in der [noch] kein Abkommen über ein Verbot auch der unterirdischen Nuklearexplosionen zustande gekommen ist. Wir können jetzt natürlich zu diesen Fragen zurückkehren und sehen, welchen Standpunkt die amerikanische Regierung einnimmt.

Wilson meint, dass man auf einer Gipfelkonferenz die Einstellung der Nukleartests in den drei Sphären vereinbaren kann.

Chruschtschow sagt, dass er H. Wilson im Vertrauen sehr gern folgende Frage stellen würde: ob der Standpunkt Macmillans ein Wahlkampfmanöver ist, das darauf abzielt, die Wähler zu betrügen. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Konservativen jedes Mal vor den Wahlen zu so einem Manöver greifen. 1955 hat Eden den sowjetischen Regierungschef zu einem Besuch nach England eingeladen. Dieser Besuch fand 1956 statt. Im Februar 1959 kam Macmillan nach Moskau, und die Konservativen haben bei den Wahlen wieder gesiegt.

Wilson antwortet, dass er dieser Meinung völlig zustimmt. Das spielt sich alle vier Jahre ab. Wilson fügt im Scherz hinzu, dass auch die Labour-Politiker 1963 nach Moskau gefahren sind und [daraufhin] ebenfalls den Sieg bei den Wahlen

¹⁹⁶ Bei unterirdischen Kernwaffenversuchen entstehen Erderschütterungen, die zwar auch an weit entfernten Orten seismographisch gemessen werden können, jedoch vielfach nicht von anders verursachten Erderschütterungen zu unterscheiden sind. Daher forderten die Amerikaner Inspektionen, die in Zweifelsfällen Klarheit schaffen sollten. Kennedy hatte sich zunächst 12 Inspektionen festgelegt und dann ihre Zahl dann auf 6 verringert als Minimum, das sich bei der Ratifizierung gegenüber dem Senat vertreten lasse. Chruščëv glaubte, ihn mit 3 Inspektionen zufriedenstellen zu können, und erklärte Anfang Dezember 1962 gegenüber dem Friedensaktivisten Norman Cousins, der ihn mit einer Botschaft von Papst Johannes XXIII. aufgesucht hatte, die Bereitschaft dazu. Im Gespräch mit den Botschaftern der USA und Großbritanniens, Kohler und Trevelyan, am 20. April 1963 machte er deutlich, dass dies sein äußerstes Zugeständnis war. Als die Regierungen in Washington und London dies weiter als unzureichend betrachteten, widerrief er die in Aussicht gestellte Konzession mit dem Ergebnis, dass kein Einvernehmen über die Einstellung der unterirdischen Tests zustande kam.

errungen haben.¹⁹⁷ Wilson macht N. S. Chruschtschow darauf aufmerksam, dass die Konservativen jedes Mal vor den Wahlen gegenüber den Amerikanern auf der Abhaltung einer Gipfelkonferenz bestehen, dabei ist man sich aber darüber einig, dass diese Konferenz nach den Wahlen stattfinden soll. Und das ist das Ergebnis: Macmillan ist im Februar 1959 nach Moskau gereist,¹⁹⁸ und danach hat er die Amerikaner davon überzeugt, dem zuzustimmen.¹⁹⁹ Er hat bei den Wahlen gesiegt, doch danach hat der Flug der U-2 die Gipfelkonferenz gesprengt.²⁰⁰ Im Februar 1959 führte Macmillan in Moskau Verhandlungen zur Frage des [militärischen] Auseinanderrückens in Europa, wobei der Eindruck entstand, er sei in dieser Frage zur Verständigung mit der Sowjetunion bereit. Danach aber machte Macmillan einen Rückzieher und rückte von seinen eigenen Vorschlägen ab.²⁰¹ In seiner Rede auf der Konferenz der Labour Party im Oktober 1962 sprach er, Wilson, darüber, dass Macmillan angesichts der näher rückenden Wahlen anscheinend bald wieder an seine Pelzmütze denken und sich nach Moskau aufmachen wird.

Wilson ergänzt, dass ein ähnlicher Betrug der Wähler auch auf dem Gebiet der Innenpolitik stattfindet. Alle vier Jahre versprechen die Konservativen, Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft zu ergreifen, doch danach folgen drei Jahre Stagnation. Er, Wilson, ist davon überzeugt, dass die heutige Politik Macmillans ebenfalls auf einen Betrug der Wähler ausgerichtet ist, und das ist eine absolut objektive Einschätzung. Sogar englische Presseorgane wie die Londoner „Times“ und die Londoner Sonntagszeitungen legen offen dar, dass der Standpunkt Macmillans allein dadurch zu erklären ist, dass er die Wahlen gewinnen will. Die gleiche Ansicht vertritt übrigens auch Präsident Kennedy. Er, Wilson, hatte kürzlich Gespräche im Weißen Haus und weiß, dass man dort sehr gut die Gründe kennt, aus denen Macmillan jetzt diesen Standpunkt bezieht. Präsident Kennedy zweifelt nicht daran, dass dies ein übliches Wahlkampfmanöver Macmillans ist. Macmillan will jetzt sein übliches Manöver nochmals wiederholen. Er, Wilson, bezweifelt jedoch, dass es den Konservativen ein drittes Mal gelingen wird, das englische Volk zu betrügen. Man kann das Volk zweimal betrügen, aber ein drittes Mal wird ihnen das nicht gelingen.

Danach sagt Wilson, dass er den vertraulichen Charakter seines Meinungsaustausches mit N. S. Chruschtschow zu dieser Frage voll wahren wird. H. Wilson

¹⁹⁷ Der Scherz bestand darin, dass Wilson antizipierte, dass sein jetziger Besuch in Moskau den Erfolg der Labour Party bei den nächsten Wahlen herbeiführen werde (was, wie sich zeigen sollte, nicht der Fall war).

¹⁹⁸ Premierminister Harold Macmillan suchte während seiner Reise in die UdSSR vom 21. Februar bis 3. März 1959 Chruščëv vergeblich zur Abmilderung seiner kategorischen Berlin-Forderungen zu bewegen.

¹⁹⁹ Präsident Eisenhowers Einladung an Chruščëv zum Besuch in den USA erfolgte im Zusammenhang mit dem Abschluss der Genfer Gipfelkonferenz am 5. August 1959. Macmillan hatte darauf keinen Einfluss.

²⁰⁰ Am 1. Mai 1959 war es der sowjetischen Luftabwehr erstmals gelungen, ein amerikanisches Spionageflugzeug abzuschießen. Chruščëv nutzte die Gelegenheit, um die Administration in Washington, die von der Zerstörung des Flugzeugs und entsprechendem Fehlen von Beweismaterial auf sowjetischer Seite ausging, nacheinander zu Dementis zu veranlassen, mit deren Widerlegung er sie anschließend blamierte. Als die seit langem vorbereitete Vier-Mächte-Gipfelkonferenz Mitte Mai in Paris zusammentrat, erklärte er, mit jemandem, der sich so verhalten habe wie Eisenhower, könne er sich nicht an den Verhandlungstisch setzen.

²⁰¹ Macmillan war – so wie auch in anderen Fragen der Politik gegenüber der UdSSR – vorgeprescht und sah sich von der amerikanischen Führungsmacht zur Haltungsänderung genötigt.

dankt weiterhin den staatlichen und politischen Funktionären der UdSSR sowie den Mitarbeitern der sowjetischen Ministerien und Behörden, die den Besuch der Delegation der Labour Party in der Sowjetunion ermöglicht haben. Die Reise der Delegation war ein Erfolg. Die Gespräche mit den staatlichen und politischen Leitern der UdSSR haben den Mitgliedern der Delegation eine absolut klare Vorstellung vom Standpunkt der sowjetischen Regierung zu allen erörterten Fragen vermittelt. Bei einer Reihe von Fragen zeigte sich eine Annäherung der Standpunkte der sowjetischen Regierung und der Labour Party, in anderen Fragen bestehen die Differenzen weiter. Die Hauptsache ist jedoch, dass die Mitglieder der Delegation jetzt den Standpunkt der sowjetischen Regierung zu all jenen Fragen weit besser kennen, die sie in den Gesprächen während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion angesprochen haben. H. Wilson kommt auf seine Idee zurück, öfter und regelmäßig Gipfelkonferenzen zu veranstalten, und sagt, dass die Situation gegenwärtig so ist, dass es dem englischen Premierminister schwerer fällt, nach Moskau zu reisen, obwohl dafür nur 3,5 Stunden Flug mit einem Düsenflugzeug nötig sind, als einen Menschen auf den Mond zu schicken. Die Labour Party geht davon aus, dass ein aufrichtiger Meinungs austausch und häufige Zusammenkünfte die Klärung der Standpunkte und die Regelung offener Fragen fördern. Eben deswegen schlägt er, Wilson, vor, sich über die Abhaltung regelmäßiger Gipfelkonferenzen zu verständigen. Das ließe sich in der Organisation der Vereinten Nationen machen; am Ende der Tagung der UNO-Generalversammlung könnten die Regierungschefs dazu zusammen kommen.

H. Wilson bittet um die Erlaubnis, eine Frage privater Art zu stellen – es geht um die sowjetische Staatsbürgerin Whitehead. Nach Darlegung der Umstände der Angelegenheit sagt H. Wilson, er habe seinerzeit den Eindruck gehabt, dass N. S. Chruschtschow im Gespräch mit Feldmarschall Montgomery von der Möglichkeit einer positiven Regelung dieser Frage gesprochen hat.

Chruschtschow antwortet, dass er sich an sein Gespräch mit Feldmarschall Montgomery erinnert. Nach diesem Gespräch hat er die betreffenden sowjetischen Organe angewiesen, diese Angelegenheit zu klären. Ihm wurde dann berichtet, dass die betreffenden sowjetischen Behörden keine ausreichenden Gründe sehen, um Whitehead die Möglichkeit zur Reise nach London zu geben. Zudem, fügt N. S. Chruschtschow hinzu, haben die betreffenden sowjetischen Organe ihm, Chruschtschow, geraten, nicht auf einer positiven Regelung der Frage zu bestehen, da nach ihrer Ansicht der Hintergrund in der Angelegenheit Whitehead nicht ganz klar ist.

Wilson sagt, dass er nach Durchsicht aller Dokumente in der Angelegenheit Whitehead zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass es in dieser Angelegenheit absolut keinen Hintergrund gibt und dass nichts verheimlicht wird. Darüber hinaus ist das Außenministerium Englands seiner Kenntnis nach bereit zu garantieren, dass Whitehead während ihres Aufenthaltes in London keine antisowjetischen Erklärungen abgibt. Soweit dem Außenministerium Englands bekannt ist, beabsichtigt Whitehead, in die UdSSR zurückzukehren. Er, Wilson, stellt diese Frage auch deswegen, weil in rechtlicher Hinsicht gewisse Veränderungen in dieser Angelegenheit eingetreten sind. In England hat ein Gerichtsprozess im

Zusammenhang mit dieser Angelegenheit begonnen, und die Anwesenheit von Whitehead ist zur Aussage vor Gericht erforderlich. Darum bittet er, Wilson, die Frage nochmals zu prüfen, dass Whitehead die Möglichkeit zur Reise nach London gewährt wird. Er wäre sehr dankbar, wenn dem englischen Botschafter in Moskau danach die Ergebnisse dieser Prüfung mitgeteilt werden würden.

Chruschtschow antwortet, er ist bereit, der Bitte Wilsons nachzukommen und die entsprechenden sowjetischen Organe zu bitten, diese Frage erneut zu prüfen.

Wilson sagt zu N. S. Chruschtschow, der beim Gespräch anwesende Slater, der in der Vergangenheit Bergarbeiter war und jetzt den Bergarbeiterwahlbezirk im englischen Parlament vertritt, möchte gern einige Worte über seinen Besuch eines Steinkohlebergwerkes im Randgebiet von Moskau sagen.

Slater sagt, dass er gemeinsam mit dem Delegationsmitglied Ennals eines der Bergwerke im Raum Tula besucht hat. Die Fahrt zum Bergwerk und das Treffen mit den sowjetischen Bergarbeitern haben auf sie einen überwältigenden Eindruck gemacht. Wenn er, Slater, nach England zurückkehrt, wird er den englischen Bergarbeitern davon berichten, dass in den sowjetischen Bergwerken ein sehr hoher Mechanisierungsgrad erreicht ist und viel zur Erleichterung der Arbeit der Bergleute getan wurde. In den sowjetischen Kohlebergwerken herrschen überwiegend gute Arbeitsbedingungen. Als er vor 14 Jahren als Bergarbeiter arbeitete, da waren die Arbeitsbedingungen im englischen Bergbau anders. Es besteht kein Zweifel, dass der Bericht der Delegationsmitglieder der Labour Party über die Reise in das Kohlerevier bei Moskau großen Eindruck in England machen wird. Es war ebenfalls sehr angenehm, sich davon zu überzeugen, dass die sowjetischen Bergleute, mit denen sie sprachen, den Wunsch zum Ausdruck brachten, ihre Kontakte zu englischen Bergarbeitern zu erweitern.

Chruschtschow erzählt, dass er in seiner Jugendzeit in einem Bergwerk im Donbass gearbeitet hat, das einem französischen Kapitalisten gehörte, und er weiß, welche Arbeitsbedingungen damals im Bergbau herrschten. Die sowjetischen Arbeiter, die Bergleute, haben immer ein großes Interesse am Leben der englischen Bergarbeiter gezeigt. Als 1926 die englischen Bergarbeiter streikten, unterstützen sie diese nicht nur moralisch, sondern auch finanziell. Zu dieser Zeit arbeitete er, Chruschtschow, in einem Kreis des Donbass als Sekretär des Kreispartei Komitees. Er erinnert sich gut an eine Begebenheit bei einem Treffen, das zur Sammlung von Geldern für die englischen Bergleute organisiert worden war. Ein Bergmann, der erst kurz zuvor von der Roten Armee zurückgekommen war, wo er als Kavallerist gedient hatte, verstand den Aufruf zur Unterstützung der englischen Bergleute auf seine Weise und fragte: „Und wann wird die Reiterarmee Budjonnyjs²⁰² gegen London ziehen?“ Er meinte, dass die finanzielle Hilfe nicht genügt, und er wusste nicht einmal, dass England vom Festland durch eine Meerenge getrennt ist. Er wollte einfach auf seine Weise den englischen Bergarbeitern helfen, ohne zu verstehen, was ein Streik ist.

²⁰² Semën Michajlovič Budënnij, erfolgreicher Reitergeneral im russischen Bürgerkrieg 1918–1920.

Wilson interessiert sich dafür, ob sowjetische Schriftsteller über das Leben der Bergarbeiter ähnliche Werke geschrieben haben, wie sie zum Beispiel Scholochow über die sowjetische Landwirtschaft geschaffen hat.²⁰³

Chruschtschow antwortet, dass es solche Werke leider noch nicht gibt. Er hat seinerzeit das Buch von Émile Zola „Kohlehauer“²⁰⁴ gelesen. In diesem Buch wurden die schweren Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den französischen Bergwerken sehr gut beschrieben. Genau die gleichen Bedingungen bestanden im Bergwerk, in dem er, Chruschtschow, in seiner Jugend gearbeitet hat. Denn es gehörte ebenfalls dem französischen Kapital. Außerdem gibt es das gute Buch von Rubakin²⁰⁵ über das Leben der Bergarbeiter im zaristischen Russland. Die sowjetischen Schriftsteller haben bedauerlicherweise noch keine eindrucksvollen Werke über das Leben der sowjetischen Bergleute geschrieben.

Slater bittet N. S. Chruschtschow, ihm in Zukunft derartige Bücher zu schicken, wenn sie erscheinen.

Wilson dankt N. S. Chruschtschow für das Gespräch und sagt, dass die Ergebnisse des Besuchs der Delegation der Labour Party in der UdSSR einen sehr großen Eindruck in der englischen Öffentlichkeit machen werden.

Chruschtschow erwidert, dass wir uns über Erfolge der Labour Party freuen. Er wird *Wilson* mit Vergnügen beglückwünschen, wenn er Premierminister von England wird. Danach sagt N. S. Chruschtschow zu *Wilson*, dass die Mitglieder der Delegation noch einige Minuten bleiben können, wenn sie den Wunsch haben, bei seinem Gespräch mit dem Raketenstartplatz dabei zu sein, von dem der sowjetische Sputnik „Wostok 5“ gestartet worden ist.

Wilson dankt N. S. Chruschtschow.

Chruschtschow telefoniert mit dem Startplatz und teilt anschließend den Delegationsmitgliedern mit, dass das Wohlbefinden des Kosmonauten gut ist und dass er mit ihm am Abend um 7.30 Uhr per Telefon sprechen wird.

Die Mitglieder der Delegation beglückwünschen N. S. Chruschtschow zu der neuen Errungenschaft der sowjetischen Wissenschaft.

Das Gespräch dauerte 50 Minuten.

Aufgezeichnet von Ju[r]ij Pawlow

Von N. S. Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 554, Bl. 95–106

²⁰³ Michail Aleksandrovič Šolochov verdankt seine – durch den Nobelpreis für Literatur bestätigte – Berühmtheit dem Roman „Der stille Don“ über die Kosaken im russischen Bürgerkrieg (wobei aber Zweifel daran bestehen, ob er tatsächlich der Autor war und nicht der Kosakenschriftsteller Fëdor Krjukov). Wilsons Frage bezieht sich auf Šolochovs späteren, qualitativ erheblich schlechteren sowjetischen Auftragsroman „Neuland unterm Pflug“.

²⁰⁴ Im Russischen steht hier: Uglekopy. Es handelt sich offenbar um den Roman „Germinal“. Uglekopy (etwa: Kohlehauer) war vermutlich die zunächst von russischen Verlag gewählte Formulierung; in späteren Ausgaben wurde der französische Originaltitel verwendet.

²⁰⁵ Gemeint ist offenbar die 1906 in Sankt Petersburg erschienene Kurzgeschichte „Unter Bergarbeitern“ (Sredi šachtërov) von Nikolaj Aleksandrovič Rubakin.

11. Chruschtschows Rede auf dem Empfang zu Ehren des Ersten Sekretärs der SED, Walter Ulbricht, zu dessen 70. Geburtstag am 30. Juni 1963²⁰⁶

Lieber Genosse Walter Ulbricht!

Liebe Genossen [und] Freunde!

Heute begehen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und gemeinsam mit ihnen die Kommunisten der anderen Länder den 70. Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht, dem hervorragenden Veteranen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und bedeutenden Staats- und Parteifunktionär.

Im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der Sowjetunion übermittele ich Ihnen, unser lieber Genosse und Freund Walter Ulbricht, an diesem denkwürdigen Tag mit großem Vergnügen die herzlichsten Glückwünsche, den Wunsch für ein langes Leben und neue Erfolge bei Ihrer unermüdlichen Arbeit zum Wohle der Sicherung eines dauerhaften Friedens und des Sieges des Sozialismus auf deutschem Boden. (Lang anhaltender Beifall).²⁰⁷

Die sowjetischen Kommunisten kennen und schätzen die 50jährige aktive Teilnahme des Genossen Ulbricht am revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse sehr. Den besten Kampftraditionen der deutschen Arbeiterbewegung folgend, hat Walter Ulbricht sein Leben dem Kampf für die Verwirklichung der großen Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus und für ein neues, wahrhaft friedliebendes und demokratisches Deutschland gewidmet.

Seit den ersten Tagen des Bestehens der Kommunistischen Partei Deutschlands stand Genosse Ulbricht stets an vorderster Front der Klassenkämpfe des deutschen Proletariats gegen die Monopolbourgeoisie, gegen den deutschen Militaristenklüngel. Zusammen mit Ernst Thälmann²⁰⁸ und Wilhelm Pieck²⁰⁹ leitete er den aufopferungsvollen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands und des fortschrittlichen Teils der deutschen Arbeiterklasse gegen die Angriffe der faschistischen Reaktion, gegen die verräterische Politik der rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie, für die Schaffung einer einheitlichen antifaschistischen Volksfront.

Während der faschistischen Diktatur, insbesondere nach dem heimtückischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, setzten die Führer der deutschen Kommunisten, und darunter auch Genosse Walter Ulbricht, alle Kräfte dafür ein, um den aktiven Kampf gegen den Faschismus, gegen die Hitler-Aggression zu organisieren.

Ich erinnere mich insbesondere an die Tage, als die Sowjetarmee heroisch gegen die Hitlertruppen an der Wolga kämpfte. In jenen Tagen leistete Genosse Walter Ulbricht unter den deutschen Soldaten und Offizieren, die sich an der

²⁰⁶ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

²⁰⁷ Sämtliche Beifallsbekundungen sind handschriftlich und in abgekürzter Form eingefügt.

²⁰⁸ Parteichef und Stalins Willensvollstrecker in der KPD in den ausgehenden 1920er und frühen 1930er Jahren.

²⁰⁹ Parteiführer der KPD im Moskauer Exil und 1945/46, stand danach der zur SED erweiterten Partei vor und wurde 1949 auch Präsident der DDR.

sowjetisch-deutschen Front befanden, zusammen mit anderen deutschen Kommunisten eine große politische Arbeit, indem er ihnen das ganze Unheil des von Hitler entfachten Krieges erläuterte und den Weg zur Rettung der Nation aufzeigte.

In den harten Wintertagen 1942/43 war Walter Ulbricht an der Stelle, an der konkret vor allem mit den Waffen die Entscheidung fiel, den Faschismus zu vernichten, die Hitler-Besatzer zu zerschlagen und das deutsche Volk und alle Völker Europas vom faschistischen Joch zu befreien. (Beifall).

Mit dem Namen Walter Ulbrichts sind alle bedeutenderen Taten und Ereignisse in der Nachkriegsentwicklung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung untrennbar verbunden. Schulter an Schulter mit Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl²¹⁰, Max Reimann²¹¹ und vielen anderen treuen Söhnen der deutschen Arbeiterklasse führte er den aktiven Kampf für die Überwindung der unheilvollen Spaltung der Arbeiterbewegung und für die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der kämpferischen marxistisch-leninistischen Avantgarde der Arbeiterklasse, für den Zusammenschluss aller politischen Kräfte des Landes unter dem Banner des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts und für die Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Genosse Walter Ulbricht war gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl der Organisator der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Staates der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte. (Beifall).

Als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrates steht Genosse Ulbricht heute am Steuerruder von Partei und Staat.

Die sowjetischen Menschen kennen die herausragenden Verdienste des Genossen Ulbricht im Kampf um die Bewahrung und Festigung des Friedens in Europa gut. Sie schätzen seine Bemühungen zur Abwendung des gefährlichen militaristisch-revanchistischen Kurses der Entwicklung in Westdeutschland sehr, seine konstruktiven Vorschläge zur deutschen Friedensregelung und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Liebe Genossen! Das Leben eines Kommunisten ist ganz und gar mit dem Leben seiner Partei verknüpft. Mit ihr teilt er die schweren Jahre und die Jahre des Kampfes und des Sieges. Sein persönliches Glück und seine Freude sind nicht zu trennen von dem Glück und der Freude der Partei und des Volkes. Ich denke, dass Genosse Walter heute besonders glücklich darüber ist, dass er der Vertreter der hervorragenden Avantgarde des deutschen Volkes, der gestählten deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei ist. Genosse Ulbricht kann auf ein großes, schweres und schönes Leben zurückblicken. Es gibt manches, woran er sich erinnern und worauf er stolz sein kann! (Lang anhaltender Beifall).

Genosse Ulbricht und ich sind fast gleichaltrig, und ich kann mit vollem Recht sagen, dass es sowohl für mich als Kommunisten wie auch als Menschen nichts

²¹⁰ Grotewohl führte die SPD der Sowjetzone in den Zusammenschluss mit der KPD, der am 30. April 1946 mit der Gründung der SED vollzogen wurde.

²¹¹ Reimann war der Vorsitzende der KPD in Westdeutschland.

gibt, was mich stärker bewegen würde, als an diesem feierlichen Tag mit meinen Klassenbrüdern und Genossen zusammen zu sein. Gerade diese Brüderlichkeit und die Unterstützung durch die Genossen geben immer wieder neue Kraft. Genosse Ulbricht ist stolz darauf, dass er ein Sohn der ruhmreichen Partei der Kommunisten Deutschlands ist. Wir wissen, dass die deutschen Kommunisten stolz darauf sind, dass der Genosse Walter in ihren Reihen ist und kämpft. (Beifall).

Der Beitrag der deutschen Arbeiter zum revolutionären Kampf des internationalen Proletariats ist groß und wichtig. Hier, auf deutschem Boden, haben Karl Marx und Friedrich Engels ihre große revolutionäre Tätigkeit begonnen. Sie haben den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geführt und den revolutionären Gedanken mit der revolutionären Tat verbunden. Sie haben den Marxismus geschmiedet, diese monolithische Legierung aus Wissenschaft und Praxis, der die besten Errungenschaften des menschlichen Genius in sich aufgenommen hat.

Sie haben die Arbeiterbewegung international gemacht und den Kampfpappell formuliert: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Dieser Aufruf ist zum konzentrierten Ausdruck des proletarischen Internationalismus, der Brüderlichkeit und Solidarität der Werktätigen geworden.

Das Leben und Wirken dieser zwei Menschen, dieser Giganten des Geistes, des Denkens und der Tat, dienen uns Kommunisten und allen Menschen der Arbeit als ein hohes Beispiel des edlen Dienstes für die Revolution.

Die Jahrhunderte werden vergehen. Aber die Generationen der Werktätigen werden nie das welthistorische Verdienst von Marx und Engels vergessen. Wir bezeichnen sie als die Führer der Arbeiterrevolution in der ganzen Welt, weil Marx und Engels der Arbeiterklasse [und] allen Werktätigen und Unterdrückten eine streng wissenschaftliche Theorie und das Kampfprogramm für ihre Befreiung, die in jeder Hinsicht begründete Lehre von den Wegen des Aufbaus der neuen Gesellschaft gegeben haben.

Die Arbeiterklasse erhielt mit dem Marxismus eine Waffe von ungeahnter Stärke. Der Marxismus erhellte wie ein starker Scheinwerfer der Arbeiterklasse die unbekannten Wege in die Zukunft, zum Kommunismus.

Deutschland wurde zur Heimat des wissenschaftlichen Kommunismus. Die deutschen Werktätigen trugen damals ziemlich heftige Klassenkämpfe aus. Deutschland war das Land, das der Welt bedeutende Philosophen und Denker wie Hegel und Feuerbach schenkte. Hier, auf deutschem Boden, wurde die Dialektik, die „Algebra der Revolution“, entwickelt. Die Werktätigen aller Länder sind gemeinsam mit der deutschen Arbeiterklasse stolz auf das gewaltige Erbe von Marx und Engels.

Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse zeichnete sich über ein Jahrhundert lang durch marxistisches revolutionäres Bewusstsein, Pflichttreue und Klarheit des Ziels aus. Aus den Reihen der deutschen Arbeiterklasse kamen so herausragende Revolutionäre wie August Bebel²¹², Wilhelm und Karl Liebknecht, Rosa

²¹² Führer der deutschen Sozialdemokraten vor dem Ersten Weltkrieg.

Luxemburg,²¹³ Clara Zetkin²¹⁴, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Alle Völker kennen ihre ruhmreichen Namen. (Beifall).

Die deutschen Kommunisten haben sich in ihrer Tätigkeit seit der Gründung der ersten revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands von der Lehre von Marx und Engels leiten lassen. Sie führten einen unversöhnlichen Kampf gegen die Revisionisten und Opportunisten vom Schlage eines [Eduard] Bernstein und [Karl] Kautsky.²¹⁵

Der starke Wille der Kommunisten Deutschlands, die Bereitschaft zur Selbstaufopferung im Namen der Sache des arbeitenden Volkes, ihr Kampf um die Einheit und Geschlossenheit der Reihen der Werktätigen verwandelten die deutsche Arbeiterklasse in eine mächtige revolutionäre Kraft.

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland war für die gesamte Arbeiterbewegung Europas von historischer Bedeutung. Heute versuchen westliche Historiker, die Stärke des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiter jener Zeit zu schmälern. Sie legen besonderen Nachdruck darauf, dass die Revolution schnell unterdrückt worden ist und eine Niederlage erlitt.

Aber solche Geschichtsklitterer verschweigen jene gewaltige Rolle im revolutionären Weltprozess, die der bewaffnete Aufstand der deutschen Arbeiter spielte.

Erinnern Sie sich daran, in welcher schweren Lage sich unsere junge Sowjetrepublik befand, als die Horde der Interventen von allen Seiten vorrückte. Die Sowjetmacht brauchte damals die Unterstützung des internationalen Proletariats wie die Luft zum Atmen.

Als eine solche willkommene Unterstützung erwies sich z. B. die Novemberrevolution 1918. Sie fegte den Brester Raubfrieden hinweg. Bis wir den letzten Interventen von unserem Boden vertrieben hatten, ertönte in vielen Ländern der Welt, darunter auch in Deutschland, der Kampfruf: „Hände weg von Sowjetrußland!“ (Beifall).

So etwas vergisst man nie! Die sowjetischen Menschen bewahren tief in ihren Herzen die Dankbarkeit für diese Klassenolidarität.

Den Imperialisten, und nicht nur den deutschen, war die bedrohliche Kraft des deutschen Proletariats vollkommen bewusst. Denn in einem alten Revolutionslied der deutschen Arbeiterklasse heißt es zu Recht: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“.²¹⁶

²¹³ Wilhelm Liebknecht nahm als radikaler Demokrat während der Revolution 1848/49 an den Aufständen in Baden teil, ging zunächst ins Schweizer und dann ab 1850 ins englische Exil. Dort kam er in engen Kontakt zu Karl Marx und Friedrich Engels und wurde einer der Gründer der sozialdemokratischen Partei. In den frühen Jahren des deutschen Kaiserreichs war er einer von deren profiliertesten Abgeordneten im Reichstag, der sich scharf gegen Reichskanzler Bismarck wandte. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten zu den wenigen SPD-Politikern, die 1914 gegen die Kriegskredite stimmten und davon ausgehend in der Folgezeit eine innerparteiliche Opposition bildeten, aus der dann der Spartakusbund und schließlich die KPD hervorgingen. Beide wurden 1919 von rechtsnationalistischen Tätern ermordet.

²¹⁴ Mitgründerin der KPD.

²¹⁵ Bei den Auseinandersetzungen zwischen einem doktrinen und einem pragmatischen Flügel in der SPD vor dem Ersten Weltkrieg waren Bernstein und Kautsky die Leitfiguren der Pragmatiker.

²¹⁶ So der Leitsatz des von Georg Herwegh 1863 für den – in diesem Jahr von Ferdinand Lassalle gegründeten – Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) verfassten Bundeslieds. Der ADAV

Die Imperialisten waren sich darüber klar, dass die Arbeiterbewegung Deutschlands und ihre kämpferische Arbeiterklasse mit den Kommunisten an der Spitze für sie eine tödliche Gefahr waren. Sie befürchteten nicht ohne Grund, dass das Schicksal des Kapitalismus bei einem Sieg des Sozialismus in Deutschland zumindest in Europa von vornherein entschieden wäre.

Und gerade deshalb ertränkten die Imperialisten die deutsche Revolution in Blut, sie ermordeten die Führer der jungen Kommunistischen Partei – Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die deutschen Monopolisten gingen mit der internationalen Reaktion ein Komplott ein. Auf die Kommunisten wurde die reaktionärste Meute, die faschistischen Mordgesellen, gehetzt. Der deutsche Faschismus war das Kind nicht nur der deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, der Dunkelmänner und Rassenisten und der militärischen Fanatiker. Die Imperialisten sahen im Faschismus den letzten Rettungsanker, weil alle anderen Kampfmittel bereits nicht mehr ausreichten, um die anwachsende revolutionäre Welle aufzuhalten.

Aber selbst in den finstersten Tagen des Wütens der Reaktion lebte die Sache des Kommunismus in Deutschland in den Herzen der Kommunisten fort. Nur der Tod konnte einen Kommunisten zwingen, den Kampf einzustellen. Welch ein unbeugsamer Mut, Welch ein hohes kommunistisches Pflichtbewusstsein spricht aus den Worten Ernst Thälmanns, die damals aus der Finsternis der Kerkerzelle ans Licht drangen: „Denn Soldat der Revolution sein heißt: Unverbrüchliche Treue zur Sache halten“, schrieb Thälmann, „eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt... Treu und fest, stark im Charakter und siegesbewusst im Handeln, so und *nur* so werden wir unser Schicksal meistern und unsere revolutionären Pflichten für die große, historische Mission, die uns auferlegt ist, erfüllen und dem wirklichen Sozialismus zum endgültigen Sieg verhelfen können“.²¹⁷

Wir, die Kommunisten der Sowjetunion, verneigen uns im Gedenken an die deutschen Kommunisten, die ihr Leben im Kampf gegen den gemeinsamen Feind gelassen haben. Ihr Leben, ihr Kampf und ihr Tod trugen zum gemeinsamen Sieg über den Faschismus bei.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zeugt beeindruckend davon, dass es selbst die reaktionärsten und barbarischsten Formen der bürgerlichen Macht nicht vermochten, den Kommunismus aus dem Bewusstsein der Völker zu tilgen. Die Imperialisten sind nicht in der Lage dies zu tun, weil der Kommunismus die Grundinteressen der Menschen widerspiegelt.

Weder faschistische Folterkammern, noch Polizeisperren, noch ein Cordon sanitaire können den Weg für den Siegeszug der Ideen des Kommunismus versperren. Umsonst wiegen sich die Hitler-Anhänger in Spanien, Portugal und in anderen Ländern in der Hoffnung, dass es ihnen mit Hilfe von Henkerbeilen und Galgen, von mittelalterlicher Folter und faschistischem Terror gelingen wird, den

war ein Vorläufer der SPD, der seit 1869 mit der auf Karl Marx zurückgehenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei konkurrierte. Auf dem Gothaer Parteitag 1875 vereinigten sich beide Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die später die Bezeichnung SPD erhielt.

²¹⁷ Zitiert nach: Ernst Thälmann, Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen. [Ost-]Berlin 1961, S. 80f.

sich steigenden Zorn der Völker gegen Kapitalismus und Ausbeutung aufzuhalten. Daraus wird nichts!

Die deutschen Kommunisten leisteten nicht nur Widerstand, sondern sie vermochten es, die besten revolutionären Traditionen, die von vielen Generationen von deutschen Revolutionären geschaffen wurden, zu bewahren. Auf diese großen Ideen, auf diese großen Traditionen stützt sich jetzt der erstarkende deutsche Sozialismus.

Über einem Drittel Deutschlands weht bereits das Banner des Sozialismus. Hier wird der von Marx, Engels und vielen Generationen deutscher Revolutionäre gehegte Traum, der von ihnen vorgezeichnete große Plan, verwirklicht. (Beifall).

Edlen Aufgaben, dem Kampf für das Glück des Volkes, für das Aufblühen ihrer Heimat widmen die Kommunisten der Deutschen Demokratischen Republik alle Anstrengungen, ihre Arbeit und Energie. So arbeiten sie an der Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, damit die Sache des sozialistischen Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik noch schneller und zuversichtlicher voranschreitet.

Das Wirken der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz, die sich zusammengeschlossen haben, trägt bereits jetzt seine wunderbaren Früchte. Die sowjetischen Menschen wünschen ihren Freunden aus der Deutschen Demokratischen Republik neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus. (Lang anhaltender Beifall).

Die Kommunisten der Deutschen Demokratischen Republik befinden sich im vordersten Kampfabschnitt für den Sozialismus. Das ist eine ehrenvolle und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert alle Kräfte, die ganze Energie, Entschlossenheit, revolutionären Enthusiasmus und aufopferungsvolle Arbeit. Hier, im Zentrum Europas, wird auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik die Zukunft der gesamten deutschen Nation geschmiedet. (Anhaltender Beifall).

Man sagte mir, dass hier Journalisten aus westlichen Ländern anwesend sind. Ich weiß nicht, ob es unter ihnen Vertreter aus Westdeutschland gibt. Falls ja, so mögen sie aufschreiben, dass wir unsere feste Gewissheit darüber zum Ausdruck bringen, dass ein einheitlicher, ein auf sozialistischer Grundlage unter dem roten Banner wiedervereinigter deutscher Staat geschaffen werden wird. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall). Ein anderes einheitliches Deutschland kann es in unserer Zeit nicht geben.²¹⁸ (Lang anhaltender Beifall).

Die Imperialisten dachten früher daran, den Sozialismus „zurückzurollen“, wie es Dulles gerne ausdrückte.²¹⁹ Versuchen Sie das, meine Herren Imperialisten, und Sie werden selbst zurückgerollt werden. (Bewegung im Saal, Beifall). Der Sozialismus ist jetzt fest, für immer kräftig im Erdreich verwurzelt und steht

²¹⁸ Diese Erwartung beruhte auf dem marxistisch-leninistischen Weltbild, das die gesetzmäßige Aufeinanderfolge der historischen Entwicklungsphasen festgelegt. Demnach musste dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Osten Deutschlands zwangsläufig früher oder später eine ebensolche Veränderung im westlichen Landesteil folgen.

²¹⁹ Gemeint ist sein Reden vom „roll back“ des Kommunismus.

wie ein Granitfels da, und wer versuchen sollte, ihn zu vernichten, der wird selbst vernichtet werden.²²⁰ (Stürmischer Beifall).

In dem Teil Deutschlands, in dem das kapitalistische System herrscht, ist die Kommunistische Partei, die einzig wirkliche Interessenvertreterin des Volkes, verboten.²²¹ Die in der Illegalität befindlichen westdeutschen Kommunisten setzen jedoch den Kampf für Demokratie, Freiheit und Sozialismus fort. Sie wenden sich gegen die Revanchisten, gegen die Umwandlung ihres Landes in einen Stützpunkt für Aggression und die Entfesselung eines neuen Weltkriegs.

Als in ganz Westdeutschland das Echo des mächtigen Streiks der Metallarbeiter erdröhnte, erfuhr die Welt von der Kraft und dem Willen der Arbeiterklasse und der deutschen Kommunisten. Wenn in Westdeutschland die fortschrittliche Öffentlichkeit die Stimme des Protests gegen Krieg, Gewalt und Rassismus erhebt, wissen wir, dass in den ersten Reihen der Kämpfer die Kommunisten gemeinsam mit allen ehrlichen Menschen Westdeutschlands stehen. (Beifall).

Nein, es wird nicht gelingen, ihren Kampfgeist zu brechen! Gestatten Sie mir, im Namen der sowjetischen Kommunisten und aller sowjetischen Menschen in dieser Stunde Worte des Brudergrußes an die Kommunistische Partei Deutschlands, ihr Zentralkomitee mit dem Genossen Max Reimann an der Spitze zu übermitteln. (Beifall). Die gesamte Tätigkeit der deutschen Kommunisten ist darauf gerichtet, damit auch über Westdeutschland das Morgenrot der Freiheit, das Morgenrot des Sozialismus aufgeht! (Beifall).

Liebe deutsche Freunde! Was Sie hier, im östlichen Teil Deutschlands, vollenden, hat sehr große internationale Bedeutung. Euer erfolgreiches Voranschreiten ist ein beredtes Zeugnis für die Lebenskraft des Sozialismus.

Das ist auch der Grund, weshalb der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden solchen Attacken seitens des Imperialismus ausgesetzt ist, der danach strebt, hier die bürgerliche Ordnung wiederherzustellen und das Volk erneut das Joch der kapitalistischen Ausbeutung aufzulegen. Aber solche Hoffnungen sind vergebens! Auf diesem Teil deutschen Bodens ist der Kapitalismus für immer vernichtet und eine Rückkehr zur Vergangenheit wird es nicht geben! (Beifall). Die deutschen Kommunisten halten das siegreiche Banner des Sozialismus fest in ihren Händen.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit dem Genossen Ulbricht an der Spitze leistet einen wertvollen Beitrag für die Sache der allseitigen Festigung des sozialistischen Weltsystems, es führt den aktiven Kampf für den weiteren Zusammenschluss der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, es tritt konsequent von der Position des proletarischen Internationalismus aus für Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen allen Völkern ein. (Beifall).

Die sowjetischen Kommunisten und das sowjetische Volk schätzen die beständige Sorge Ihrer Partei um die Festigung der Freundschaft zwischen dem deut-

²²⁰ Dieser und der vorangegangene Absatz wurden nachträglich eingefügt.

²²¹ Auf Antrag der Bundesregierung verbot das Bundesverfassungsgericht nach langer Beweiserhebung am 17. August 1956 die KPD als Partei, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik wende.

schen und dem sowjetischen Volk, um die Erweiterung der Formen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion sehr hoch ein.

Heute können wir mit vollem Recht sagen, dass sich die brüderliche Freundschaft, die in den Beziehungen zwischen unseren Staaten, unseren Parteien und unseren Völkern hergestellt worden ist, in eine mächtige Kraft verwandelt hat, die die Möglichkeit des erfolgreichen Voranschreitens eurer Republik auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus gewährleistet. Wir meinen, dass das ein großes Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihres Zentralkomitees und des Ersten Sekretärs des ZK, dem Genossen Walter Ulbricht, ist. (Stürmischer Beifall).

Genossen! Gestatten Sie mir das Grußwort des Zentralkomitees unserer Partei und des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion für den Genossen Walter Ulbricht zu verlesen.

Lieber Genosse Walter Ulbricht!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und das Präsidium des Obersten Sowjets gratuliert Ihnen, dem herausragenden Partei- und Staatsfunktionär und einem der ältesten Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sehr herzlich zu Ihrem 70. Geburtstag. (Beifall).

Die Werktätigen der Sowjetunion wissen, dass Ihr ganzes Leben und die vielfältige gesellschaftliche und politische Tätigkeit untrennbar verbunden sind mit dem Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, mit der Partei der Arbeiterklasse und ein Beispiel dafür sind, wie man seinem Volk und den Interessen der Sache des Friedens und des Sozialismus selbstlos dient.

Die sowjetischen Menschen würdigen mit Dankbarkeit Ihre großen Verdienste bei unserem gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus, gegen die Wiedergeburt des westdeutschen Militarismus und Revanchismus, im Kampf um das friedliebende demokratische Deutschland, für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages, für die unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk. (Beifall). Sie schätzen Ihre Rolle bei der Schaffung und Festigung des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, bei der Organisierung des entfalteten Aufbaus des Sozialismus auf deutschem Boden sehr hoch ein.

Wir wissen gut, dass die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und das von Ihnen geleitete Zentralkomitee die Reinheit des Marxismus-Leninismus entschieden verteidigen, unentwegt die Prinzipien des proletarischen Internationalismus verwirklichen, konsequent für die Festigung des sozialistischen Weltsystems, für die marxistisch-leninistische Einheit und Geschlossenheit der Reihen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung eintreten.

Die sowjetischen Kommunisten und unser gesamtes Volk sehen in Ihrer Person einen großen Freund der Sowjetunion, einen aufrechten Kämpfer für den Frieden auf der Erde.

Von ganzem Herzen wünschen wir Ihnen, lieber Genosse Ulbricht, eine gute Gesundheit, ein langes Leben und eine fruchtbringende Tätigkeit im Namen des Sieges der Sache des Friedens und des Sozialismus. (Lang anhaltender Beifall).

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Genossen, ich freue mich mitzuteilen, dass das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Würdigung der herausragenden Verdienste des Genossen Walter Ulbricht im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, seiner unmittelbaren Teilnahme am Großen Vaterländischen Krieg des sowjetischen Volkes, im Kampf für den Frieden und für die Herstellung der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen dem deutschen und sowjetischen Volk beschlossen hat, ihm den Titel Held der Sowjetunion zu verleihen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Mit der Verleihung der höchsten sowjetischen Auszeichnung an den Genossen Ulbricht würdigen wir die großen Verdienste der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf für den Triumph unserer gemeinsamen Sache.

Die Deutsche Demokratische Republik ist im Westen der Vorposten des sozialistischen Lagers, die vorderste Linie an der Nahtstelle zweier Welten. Sie steht den vereinten Kräften des imperialistischen aggressiven Blocks der NATO direkt gegenüber, der seinen Hauptschlag gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages richtet.

Wir schätzen den herausragenden Beitrag ihrer Republik, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Bewahrung des Friedens und zur Gewährleistung der zuverlässigen Verteidigung unserer Staaten sehr. Wir wissen, welche große Rolle dabei Genosse Walter Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrates der Republik und des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands spielt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion hat folgenden Ukas erlassen: „In Würdigung der aktiven Teilnahme des Genossen Walter Ulbricht am Kampf gegen den Faschismus, seiner herausragenden Verdienste bei der Festigung der Sache des Friedens und des Sozialismus, der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk wird dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, anlässlich seines 70. Geburtstages der Titel Held der Sowjetunion verliehen und ihm der Leninorden und die Medaille „Goldener Stern“ überreicht.“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall).

Ich führe den Auftrag des Präsidiums des Obersten Sowjets, des Ministerrates der Sowjetunion und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit Vergnügen aus und überreiche dem Genossen Walter Ulbricht den Leninorden und den Golden Stern des Helden der Sowjetunion.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 491, Bl. 5-22

12. Ansprache Chruschtschows beim Besuch der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland am 1. Juli 1963 (Auszug)

Liebe Genossen Soldaten!

Liebe Genossen Militärangehörige und ihre Frauen!

Sie haben jetzt eine solide Ergänzung durch Frauen. Sie glauben, dass sie bei Ihnen Bedienstete sind. Sie wissen aber doch, dass alle Bedienstete sind, und wenn ein Krieg beginnt, kann sich auch der Koch einen Teekessel schnappen und dem Feind heißes Wasser auf den Kopf gießen. (Heiterkeit. Beifall).

Gestatten Sie mir, Sie im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Regierung der Sowjetunion zu begrüßen, liebe Genossen, unsere lieben Soldaten [und] Verteidiger des Sowjetlandes, die für den Frieden Wache stehen, Wache an den Grenzen unserer sozialistischen Staatengemeinschaft. (Beifall)

Ich bin in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal bei Ihnen – im Winter und im Sommer. Aber im Sommer ist es angenehmer, sich zu versammeln, und viele sind gekommen, sehr viele. Das ist aber offenbar nicht die ganze Armee?

Stimme: Nein, Nikita Sergejewitsch. (Heiterkeit).

Chruschtschow: Genossen, Sie sind Militärs und deswegen interessieren Sie sich für alle Fragen dazu, wie unser Land, unser Volk leben, aber Sie sind Militärs und deswegen sind die Fragen von Krieg und Frieden und der Abrüstung Ihre Lebensfragen, weil das Land Ihnen [die Aufgabe] gestellt hat, unsere Errungenschaften zu verteidigen, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, unsere Heimat und die sozialistischen Länder zu schützen.

Wie schätzen wir unsere Lage ein, Genossen?

Sie schätzen wir – ich möchte, dass Sie es richtig verstehen, wenn ich „ich“ oder „wir“ sage (ein „ich“ haben wir hier nicht, weil bei uns das „ich“ mit dem Kollektiv, unserem Land, unserer Partei, mit unserem Zentralkomitee der Partei verschmilzt) – wir schätzen also unsere Lage als sehr gut ein. Wir schreiten mit jedem Jahr immer weiter voran.

Genossen, Sie haben sicher schon die Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, ich meine seine Rede in Washington²²², und meine Ant-

²²² Präsident Kennedy hatte am 10. Juni 1963 in der American University in Washington/DC in einer Rede über „eines der wichtigsten Themen auf Erden“, den „Weltfrieden“, die Schaffung eines „echten Friedens“ zum Ziel erklärt, der allen Menschen für alle Zeiten ein besseres Leben und eine lebenswerte Existenz verschaffe. Ein „totaler Krieg“ sei „sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben.“ Dieser Friede erfordere, „in gegenseitiger Toleranz miteinander“ zu leben und die „Streitfälle einer gerechten und friedlichen Lösung“ zu unterwerfen. „Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem“ seien so schlecht, dass sie nicht auch gute Seiten hätten. Das gelte auch für den Kommunismus, den die Amerikaner als „Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde“ ablehnten. Ihnen und den Russen sei der „beiderseitige Abscheu vor dem Krieg“ gemeinsam. Wenn ein totaler Krieg ausbräche, würden sie, „die beiden stärksten Mächte“, zugleich „in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben“. Daraus resultiere „ein gemeinsames Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens“, das enorme Beträge verschlinge, die besser für andere Zwecke ausgegeben würden. Die USA wollten „gegen-

worten auf die Fragen der Redakteure der „Prawda“ und der „Iswestija“²²³ gelesen. Wie jeder bürgerliche Politiker hat natürlich auch der Präsident der Vereinigten Staaten zwei Seelen in seiner Brust. Einerseits sieht er, wie stürmisch sich die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten entwickeln, wie unglaublich unsere Wirtschaft und unsere Industrie gewachsen sind, wie unsere Technik und Wissenschaft zugenommen haben. Und im Scherz gesagt, Männer können etwas zugeben, wenn sie sich eingeredet haben, klüger zu sein als Frauen, obwohl das noch nie irgendwie bewiesen worden ist. (Heiterkeit). Doch offenbar ist das

über unseren Differenzen nicht die Augen verschließen“, aber auch die „Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können.“ Dazu sollten die Überprüfung „unsere[r] Einstellung zum Kalten Krieg“ gehören und die ausdauernde „Suche nach Frieden in der Hoffnung, dass konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar erscheinen.“ „Wir müssen unsere Politik so betreiben, dass es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen. Vor allem müssen die Atommächte, bei gleichzeitiger Wahrung ihrer eigenen Lebensinteressen solche Konfrontationen vermeiden, die einem Gegner nur die Wahl zwischen einem demütigen Rückzug oder einem Atomkrieg lassen.“ Kennedy betonte, die Amerikaner wollten ihr „System keinem Volk gegen dessen Willen aufzwingen“, und erklärte das „kommunistische Streben, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen“, zum „Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt“. Als gemeinsame Schritte in Richtung auf die Schaffung des Friedens nannte der Präsident einen „direkten Draht zwischen Moskau und Washington“, der während einer Krise „auf beiden Seiten die gefährlichsten Verzögerungen, Missverständnisse und Fehldeutungen der Maßnahmen des anderen“ vermeiden solle, Vereinbarungen über Rüstungskontrolle, um „die Intensität des Wettrüstens [zu] bremsen und die Risiken eines durch Zufall ausgelöstes Krieges [zu] verringern“, und einen „Vertrag zur Ächtung der Kernwaffenversuche“, der „die Atommächte in die Lage versetzt, wirksamer mit einer der größten Gefahren fertig zu werden, die die Menschheit bedroht – nämlich der weiteren Verbreitung der Kernwaffen.“ Als das wichtigste langfristige Ziel der USA in den laufenden Genfer Verhandlungen bezeichnete Kennedy „eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die in Phasen stattfinden und gleichlaufende politische Entwicklungen beim Aufbau der neuen Institutionen des Friedens zulassen soll, die an die Stelle der Rüstung treten.“ Abschließend betonte er, die USA würden „niemals einen Krieg beginnen“; sie wollten „keinen Krieg“.

²²³ Chruščëv beurteilte Kennedys Rede insgesamt positiv und meinte, sie sei ein Fortschritt bei der Bewertung der internationalen Lage. Er stimmte ausdrücklich der Ansicht zu, ein Weltkrieg wäre unter den derzeitigen Umständen unmöglich bzw. sinnlos, und das Wettrüsten würde zu einer militärischen Katastrophe führen, wenn man ihm nicht Einhalt gebiete. Auch er glaube, dass sich der Krieg vermeiden lasse. An der Befürwortung der Beendigung des kalten Krieges vermisste er eine klare Aussage des Präsidenten zu der Frage, ob er auch die Quellen des kalten Krieges beseitigen wolle. Eine der wichtigsten dieser Quellen sei die deutsche Frage, doch entstehe der Eindruck, als wollten die USA diese Frage nicht regeln, weil sie auf ihrem alten Standpunkt beharrten. Chruščëv betonte erneut, das Berlin-Problem werde so oder so gelöst werden, doch würde die UdSSR es lieber gemeinsam mit den Westmächten lösen. Er wandte sich auch gegen das Bestehen amerikanischer Militärstützpunkte auf fremdem Gebiet. Dadurch würden die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten eingekreist. Faktisch hätten die Amerikaner Südkorea, Südvietnam, Japan und Taiwan besetzt, um die Funktion des internationalen Gendarmen zu übernehmen und die nationalen Befreiungsbewegungen [in der Dritten Welt] zu unterdrücken. Trotzdem spreche Kennedy von der Notwendigkeit einer internationalen Entspannung. Demnach müssten die USA auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder verzichten, sich an das internationale Recht halten und ihre Militärstützpunkte liquidieren. Bei der Abrüstung und dem Verbot der Kernwaffenversuche sei die UdSSR zwar gegen Inspektionen, aber für die von englischen Wissenschaftlern vorgeschlagenen automatischen seismischen Stationen [die „Schwarzen Kästen“]. Zum Schluss sagte Chruščëv, Kennedys Rede mache einen positiven Eindruck, und die UdSSR höre mit Befriedigung den Aufruf, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern. Dazu seien aber nicht nur Worte, sondern auch konkrete Taten nötig. Man werde mit der Zeit sehen, was von den Aussagen Kennedys Wirklichkeit werde. – Das Interview, in dem Chruščëv diese Aussagen machte, erschien am 15. Juni 1963 sowohl in der „Prawda“ als auch in der „Izvestija“.

Pochen auf physische, rohe Gewalt schon ein ausreichender Beweis. (Heiterkeit. Beifall). Als erste haben mich darin Frauen bestärkt, und nicht Sie, Genossen Soldaten.²²⁴ (Heiterkeit. Beifall).

Und jetzt sind wir in so eine Lage geraten. Doch der Westen hat geglaubt, vor allem Amerika, dieses feist gewordene Land, das die ganze Welt ausgeplündert hat in diesen letzten zwei Weltkriegen – dass sie [die Amerikaner] schon Gott am Bart halten und für uns keinerlei Hoffnung besteht, sie einzuholen.

Und jetzt, sehen Sie, haben wir als erste den Sputnik in den Weltraum geschickt. Und das ist, sehen Sie, Wettbewerb.

Als in früherer Zeit Gegner aufeinander trafen, wählten sie auf jeder Seite Kämpfer aus, sie kämpften gegeneinander und zeigten, wer geschickter und wer stärker war. Jetzt aber ist derjenige geschickter und stärker, bei dem die Wissenschaft höher entwickelt ist. Das zeigen wir jetzt mit den Starts in den Weltraum. Und kürzlich haben wir ihnen die Suppe sehr versalzen, als wir Walja Tereschkova²²⁵ in den Weltraum geschickt haben. (Heiterkeit. Beifall). Damit sie oben vom Weltraum aus diejenigen Männer auslacht, die meinen, dass die Frau aufgrund ihres Wesens dem Mann unterlegen ist. Und sie ist einfach so los geflogen, sie hat so viele Erdumrundungen gemacht,²²⁶ wie sie die ganzen Vereinigten Staaten mit allen ihren Frauen und Männern vorerst nicht machen können. (Heiterkeit. Beifall)

Ich sage: vorerst, später werden sie es schon machen, aber vorerst haben sie das nicht gemacht, doch wir haben das schon gemacht. Das ist für uns und für die Verteidigung unseres Landes von großer Bedeutung.

Deswegen sieht der Präsident, dass es keinen Weg gibt, strittige Fragen durch einen Krieg zu entscheiden. Er hat davon geredet, ist hergekommen und hat viel geredet, so dass er jetzt wohl selbst nicht mehr recht weiß, was er zusammenge-redet hat. (Heiterkeit).

Das ist sowohl einerseits als auch andererseits verständlich. Die Anerkennung der realen Stärke und die fehlende reale Möglichkeit, uns zu bezwingen – er sagt das eine, Vernünftigere. Adenauer ist hergekommen, ein alter Mann, aber noch so gut drauf, dass er sich an die Seele des Jüngeren klammern und ihn zum Wanken bringen kann; und das hat er bei Kennedy erreicht. Doch das zeugt von Labilität. Und das ist durchaus gesetzmäßig, Genossen.

Schaut euch den Film das „Russische Wunder“²²⁷ an, die Deutschen haben den Film gut gemacht, das sind Kerle, und ihr, Genossen, müsst euch diesen Film nicht nur anschauen, sondern ihr müsst mitdenken. Seht euch an, wie wir waren – es waren wohl eure Großväter – wie sie waren, unter welchen Bedingungen sie gekämpft und gesiegt haben. Und es hat nicht nur das Gewehr gesiegt, sondern der Geist, die Leninschen Ideen haben die Menschen zusammengeschweißt, und

²²⁴ So im Text.

²²⁵ Valentina Vladimirovna Tereškova startete mit Vostok 6 am 16. Juni 1963, zwei Tage nach Vostok 5, in den Weltraum. Sie blieb 2 Tage, 22 Stunden und 50 Minuten im All und kehrte am 19. Juni 1963 zurück. Sie war die erste Frau im Weltraum.

²²⁶ Sie umkreiste 49 Mal die Erde.

²²⁷ Im DEFA-Filmstudio Potsdam-Babelsberg unter der Regie von Annelie und Andrew Thorndike gedrehter Dokumentarfilm mit zwei Teilen.

sie sind in den Tod gegangen, barfuß, in Bastschuhen, in zerrissenen Sachen. Wisst ihr, wenn man sich heute den Film anschaut, dann denkt man: Weiß der Teufel, wie sie gesiegt haben.

Worauf beruht denn Stärke? Stärke beruht auf der Idee, der Geschlossenheit, auf dem Hass gegen die alte, überholte kapitalistische zaristische Ordnung und auf dem unglaublichen Drang hin zum Neuen, zum Fortschritt. Und so hat das Neue, der Fortschritt gesiegt.

Amerika, England, Frankreich, Deutschland, alle diese Länder hatten uns damals in der Wirtschaft weit hinter sich gelassen. Aber jetzt haben sich die aufgemacht, die ganz hinten standen, und jetzt sind sie schon die Zweiten, sie stehen an zweiter Stelle. Und 1970, Genossen, das ist die letzte Frist, werden wir den Amerikanern im Nacken sitzen, und dann werden wir, vielleicht 1969, spätestens 1970, sagen: Weg da, gib uns den Weg frei, damit auch die Luft sauber ist; so haben sich früher die Kavalleristen über die Infanteristen lustig gemacht: Infanterie, mach keinen Staub. Und so werden wir zu den Amerikanern sagen: Macht keinen Staub. (Heiterkeit. Beifall).

Das ist unsere Größe, Genossen.

Ich sage euch, dass wir mit der Entwicklung unserer Wirtschaft und mit der Entwicklung der Technik und der Entwicklung der Militärtechnik sehr zufrieden sind. Das, was ihr habt, Genossen, und ihr habt moderne Waffen in ausreichender Menge, das sind gute Waffen, und ohne zu prahlen, kann man sagen, sie sind technisch auf Weltniveau, und vielleicht noch besser – das ist nicht alles, ihr werdet, wie man sagt, von der Artillerie des Oberkommandos unterstützt, die ihr nicht gesehen habt und nicht sehen dürft, sie tritt erst dann in Erscheinung, wenn die Zeit für ihren Einsatz gekommen ist. Und das ist die Macht der strategischen Raketen, sie hält den Gegner in Schrecken und veranlasst ihn zu dem vernünftigen Gedanken, dass man mit uns leben muss. Sie müssen uns nicht lieben, und darauf sind wir sogar stolz, wir zahlen es ihnen, den Kapitalisten, auch mit gleicher Münze heim, aber man darf nicht die Grenze überschreiten. Das ist die Hauptsache. Und deswegen stehen wir auf dem Standpunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten; steckt doch eure Nase nicht in unseren Garten, wenn ihr sie aber trotzdem reinsteckt, wird es euch schlecht ergehen. (Beifall).

Ihr wisst, dass wir zu unserem Bedauern ein anderes Verständnis der Fragen von Krieg und Frieden haben als die Chinesen.²²⁸ Sie kritisieren uns, und sie tun so, als wären sie mutiger als wir. Aber Mut und Dummheit können mitunter leibliche Geschwister sein, wenn man aber Mut beweist auf einer vernünftigen Grundlage, dann ist das Heldentum, wenn man dagegen mutig ist wie ein Kind, das nach Heißem greift, ohne zu wissen, dass es heiß ist, ist dies ein Resultat fehlenden Begreifens.

Wir reden zum Beispiel von Nichteinmischung, von Souveränität; wir sagen, dass die Frage der Revolution die innere Angelegenheit eines jeden Landes ist.

²²⁸ Chrusčëv bezieht sich auf den tiefgreifenden politisch-ideologischen Zwist mit den chinesischen Kommunisten, der sich seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre abzeichnet und seither immer mehr verschärft hatte. Dabei ging es nicht zuletzt auch um die Fragen der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern.

Und daher kann es bei friedlicher Koexistenz durchaus Revolutionen geben, und sie können nicht nur, sondern sie werden auch geschehen und sind schon geschehen. Zum Beispiel gab es keinen Krieg, aber Kuba hat trotzdem gesiegt, es hat sich [gegen den Kapitalismus] erhoben, und wir haben Kuba nicht nur mit Worten, sondern auch sonstwie begrüßt, wir haben es begrüßt und unterstützen es.

So sieht unsere Auffassung aus. Wir haben uns selbst befreit, und wir sympathisieren mit allen Völkern, die für ihre Freiheit kämpfen. Wir sehen den Krieg der Völker als heilig an, die gegen ihre Unterdrücker aufstehen. Wir begrüßen das nicht nur, sondern wir haben ihnen Hilfe erwiesen, wir erweisen ihnen Hilfe und werden das weiter tun.

Na, wie weit kann man denn auf so einer „geschlossenen“ Versammlung [wie dieser hier] Geheimnisse preisgeben (Heiterkeit), ich erzähle Ihnen ein Beispiel. Es gab den Aufstand im Jemen. Das ist ein Königreich mit einer Sklavenhaltung. Ein gewisser General Saljam²²⁹ hat dort jetzt einen Putsch gemacht. Er war der Leiter der Leibwache des Königs. Der König²³⁰, der alte Imam, starb, und der junge, el Badr²³¹, kam an die Macht. Den alten [König] habe ich nicht gekannt, aber mit dem jungen bin ich zweimal zusammengekommen, als er noch Prinz war. Ich habe schon einige Male darüber gesprochen, aber ich kann Ihnen seine Auffassung vom Königsein nochmals darlegen. Als ich mit ihm sprach, machte er auf mich keinen schlechten Eindruck: ein junger Mann, ein königlicher sozusagen, nicht dumm. (Heiterkeit).

Er sagt: Herr Chruschtschow, als ich Ihr Land besuchen wollte, hat man mir gesagt, ich soll nicht dorthin fahren, Sie haben den Kommunismus, aber ich bin trotzdem gefahren. Da bin ich nun, sagt er, durch Moskau gegangen, habe mich umgeschaut und bei Ihnen gar keinen Kommunismus gesehen. Das [die Rede vom Kommunismus in der UdSSR], sagt er, ist eine Lüge; der Kommunismus, der ist bei uns, weil bei Ihnen alle gut angezogen sind, Schuhe tragen, aber bei uns sind alle nackt; deswegen ist der Kommunismus bei uns. (Heiterkeit. Beifall)

Das, Genossen, ist keine Anekdote. Aber Sie verstehen, dass ich als Hausherr den Gast empfangen muss, und ich habe mit ihm keinen Streit darüber angefangen, was Kommunismus ist – mit Hosen oder ohne Hosen. (Heiterkeit) Ich meine, soll er doch bei dem Verständnis bleiben, wie man ihn erzogen hat.

Und eben in diesem Land hat es eine Revolution gegeben; das ist ein arabisches Land. Er hat sich an uns gewandt, damit wir helfen, weil ihre Waffen vorsintflutlich waren. Wir haben dem Prinzen einige Waffen gegeben, um die er gebeten hat, wir haben auch Panzer geschickt; sie haben sie aber im Depot abgestellt, sie sind damit nicht zurechtgekommen.

An uns hat sich Präsident Nasser gewandt. Wir, sagt er, wollen Hilfe, wir haben zwar Ihre Raketenträger, aber keine Bedienungsmannschaften. Und es ist [auch] nötig, sagt er, die Waffen mit Transportflugzeugen schneller von einem Ort zum anderen zu bringen, aber wir haben keine Transportflugzeuge; helfen Sie uns, sagt er.

²²⁹ Abdullah as-Sallal.

²³⁰ Ahmad ibn Yahya, von 1948 bis 1962 König des Jemen.

²³¹ Muhammad al-Badr.

Wir haben das erörtert und überlegt, wir haben Besatzungen für die TU-16 zur Verfügung gestellt, Besatzungen für die AN-12 zur Verfügung gestellt und unsere Piloten geschickt.²³² Und da haben dort die Zeitungen geschrieben: Die Araber, d. h. die Ägypter, haben Bomben geworfen. Aber das waren „Ägypter“ aus Kursk und Orlowsk. (Heiterkeit. Beifall) Doch an den Tragflächen waren die ägyptischen Hoheitszeichen. So dass Ägypten das politische Ergebnis bekommt und wir die Befriedigung, dass wir dem arabischen Staat geholfen haben, die angreifenden Streitkräfte aus Saudi-Arabien und Jordanien zu zerschlagen.

Das ist unsere konkrete Auffassung der friedlichen Koexistenz und der Hilfe für die Völker, die zu den Waffen greifen und einen Befreiungskrieg führen. Dafür sind wir, das ist uns heilig. (Beifall).

Aber wir, Genossen, sind zum Beispiel dagegen, dass man die Arbeiterklasse Frankreichs oder Westdeutschlands befreien muss und deswegen Krieg anfängt. Hört doch, wer bittet uns denn darum? Und dann kommt zu unserem Bedauern Adenauer mit Arbeiterstimmen ins Parlament. Das sind Sozialdemokraten, Verräter, Wendehälse.

Deswegen halten wir das für unvernünftig, das ist schon Einmischung in innere Angelegenheiten. Und diese Frage darf nicht von anderen Ländern entschieden werden, sondern vom [jeweiligen] Volk selbst.

Stellen Sie sich vor, wir würden uns das Recht anmaßen, auf Befreiung auszugehen, einen Krieg anzufangen. Na, was ist das? Es gab einmal Kreuzzüge, als man zur Befreiung des Grabes von Jesus Christus Krieg geführt hat, aber in Wirklichkeit sind Räuber losgezogen, um zu rauben, das waren Kolonialisten. Aber solche Zeiten gab es, und sie sind längst in die Geschichte verschwunden, und es wäre unverzeihlich, dahin zurückzukehren.

Überdies hat diese „Doktrin“ zwei Seiten: Wenn wir uns das Recht herausnehmen, Befreiungskriege zu beginnen und um nicht das eigene Territorium, nicht das eigene Volk, sondern andere Völker, andere Staaten zu befreien, werden sich auch unsere Feinde dieses Rechts bedienen; sie meinen ebenfalls und schreiben, dass in der Sowjetunion „Sklaven“ leben. Bei anderer Gelegenheit sage ich auf Veranstaltungen im Scherz: Sehen Sie, das sind die Sklaven des Kommunismus; so nennen sie unser Volk. Und hier bei euch stehen ebenfalls „Sklavinnen“. Aber gebe uns Gott mehr von solchen „Sklaven“ und „Sklavinnen“. (Heiterkeit. Beifall)

Deswegen, Genossen, muss man diese Frage gut verstehen.

Ein recht hochrangiger chinesischer Genosse sagte zu mir im Gespräch: Na, was soll's, dann gibt es eben Krieg, aber wenn, sagt er, 300 Mio. Chinesen umkommen, bleiben immer noch 300 Mio. Hier könnt ihr mal sehen, wie leicht es ist, am grünen Tisch über Hunderte Millionen Menschenleben zu entscheiden. Ich weiß nicht, was das für eine Philosophie ist. Ich meine, das ist pervers, nicht normal.

Als wir unsere Ansichten ausgetauscht haben, sagten mir Gen. [Antonín] Novotný, der Präsident der Tschechoslowakei, und Genosse [Władysław] Gomułka und andere: na, gut, dort hat man 600 Mio., die Hälfte sind 300 Mio., aber was

²³² Die TU (Tupolev) 16 war ein strategischer Bomber (NATO-Codename Badger), die AN (Antonov) 12 ein Militärtransportflugzeug (NATO-Codename Cub).

wird in der Tschechoslowakei übrig bleiben, wir haben, sagt er, insgesamt 12 Mio. Menschen?

So darf man keine Scherze machen, nicht mit dem Feuer spielen. Wenn Kinder spielen, geben die Eltern ihnen doch keine Streichhölzer, damit sie das Haus nicht aus Unwissenheit anzünden.

Wir sind dagegen. Wir halten am Schutz unserer Grenzen [und] am Standpunkt der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten fest, aber steckt eure Nase auch nicht in die Angelegenheiten unseres Staates; wir finden [uns zurecht], wir werden nicht um kluge Ratschläge bitten, wir entscheiden selbst, wir schaffen es selbst. (Beifall)

Die Karibik-Krise²³³, Genossen. Die Amerikaner sagen, sie ist durch unsere Schuld entstanden, wir sagen, durch ihre Schuld, doch ich würde sagen: sowohl durch unsere als auch durch ihre Schuld. Durch unsere Schuld, weil wir die Raketen aufgestellt haben. Aber die Raketen haben wir deshalb aufgestellt, damit sie [die Amerikaner] Kuba nicht anrühren. Das heißt, [die Krise ist] durch ihre Schuld [entstanden].

Die Chinesen kritisieren uns und sagen: Ihr habt Angst vor dem Imperialismus. Wenn wir Angst gehabt hätten, hätten wir den Feigling nicht in das Karibische Meer geworfen.²³⁴ Kuba ist wie eine Wurst, langgezogen, [nur] 50 km breit; ist das etwa ein Glacis, ist das etwa ein Ausgangspunkt für einen Angriff [gegen die USA]? Sogar ein Zivilist versteht das, und ein Militär – ich kann nicht mal sagen ein Sergeant, denn unser Sergeant würde sagen: Ich bitte Sie, ich lerne doch das militärische Handwerk und weiß, dass sich das nicht machen lässt. (Beifall)

Aber was ist daran von Interesse, Genossen? Kuba hat unsere Stärke und Macht gezeigt. Seht doch: Wir haben Raketen dorthin geschafft, wir haben 42 Raketen aufgestellt; Genossen, was bedeuten denn schon 42 Raketen? Das war sozusagen zur Demonstration. Und wir haben sie zur Demonstration geschickt, weil die hauptsächlichsten Raketen auf unserem Territorium stehen. Und so [aufgestellt], dass sie die [darauf angebrachten sowjetischen Hoheits-]Zeichen gesehen haben; wie bei der Treibjagd auf ein wildes Tier, wenn es aus dem Gebüsch hervorstürzt, auf den Jäger prallt und sich vor [Schreck] auf den Schwanz setzt. Und genau das haben wir mit den Amerikanern gemacht: Als sie an Land gehen wollten, haben sie sich umgeschaut, aber da waren Raketen. Und damit fing die Entwicklung an. Es begann ein Briefwechsel. Manches wissen Sie, manches nicht, manches sage ich, und manches sage ich nicht. (Heiterkeit. Beifall).

Aber die Genossen Chinesen sagen: Ihr habt den Rückzug angetreten, ihr habt vor dem Imperialismus Angst gehabt. Das stimmt nicht. Lassen Sie uns in der Militärsprache reden. Wer hat den Rückzug angetreten? Welches Ziel hatte Amerika? Die revolutionäre Regierung auf Kuba zu liquidieren, Castro zu liquidieren; sie [die Amerikaner] haben eine Invasion vorbereitet. Welches Ziel hatten

²³³ So die in der UdSSR zumeist für die Kuba-Krise verwendete Bezeichnung.

²³⁴ Das könnte sich auf die Landung der von den Amerikanern rekrutierten, aber unzureichend unterstützten kubanischen Freischärler am 15. April 1961 an der Schweinebucht beziehen, die nach wenigen Tagen in einem Fiasko endete. Es ist aber auch möglich, dass Chruščëv meinte, die Amerikaner hätten während der Kuba-Krise landen wollen, seien aber durch die bereit stehenden Raketen zum Rückzug aufs Meer veranlasst worden.

wir? Die revolutionäre Regierung auf Kuba zu schützen, damit Castro an ihrer Spitze steht. Wir haben Raketen aufgestellt. Danach haben wir sie weggebracht. Und wo ist Castro jetzt? Auf Kuba. (Heiterkeit) Wer hat also verloren und wer gewonnen? (Beifall) Verloren hat der, der in seiner Politik ein Ziel formuliert und dieses Ziel verfehlt hat – der hat verloren. Und der hat gewonnen, der ein Ziel formuliert und dieses Ziel erreicht hat. Wir haben gewonnen. (Beifall)

Wir haben Raketen aufgestellt [und] danach [wieder] weggebracht, doch in ihren [der Amerikaner] Augen sieht es weiter so aus, als stünden sie noch da. (Heiterkeit. Beifall). Ist das etwa schlecht, Genossen? (Beifall).

Sie [die Chinesen] kritisieren uns, dass wir keinen Krieg angefangen haben. Ist das etwa Dummheit? Ich meine, das ist Ausdruck eines nüchternen Verstandes. Einen Krieg beginnen, das kann auch ein Dummkopf, aber ihn zu beenden, schaffen auch zwei Kluge nicht. (Heiterkeit. Beifall) Deswegen sind wir der Ansicht, unsere Politik war absolut richtig und hat sich historisch bewährt.

Genossen, ihr müsst die Psychologie und unseren Gegner verstehen. Amerika hatte sich die so genannte Monroe-Doktrin²³⁵ ausgedacht, der war irgendwann einmal Präsident. Und so sagen sie: Wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten Europas ein, und Europa mischt sich nicht in die Angelegenheiten Amerikas ein. Und jetzt hat Amerika mit uns Verhandlungen über Kuba geführt. Und wo ist Kuba? In Europa? Nein, es befindet sich in der westlichen Hemisphäre. Also, wo ist denn nun diese Monroe-Doktrin²³⁶? Im Papierkorb. (Heiterkeit. Beifall)

Genossen, man soll nicht überheblich werden, aber man darf auch nicht die Bedeutung unseres Staates, die Bedeutung unserer Stärke unterschätzen. Schaut mal: Jetzt sprechen sie schon nicht mehr davon, bei uns einzudringen, jetzt haben sie schon Angst vor unserem Eindringen, Genossen. Keine schlechte Situation. Eine gute Situation. (Heiterkeit. Beifall) Es lässt sich leben, Genossen.

Unsere Militärtechnik entwickelt sich. Wir haben erst kürzlich im Verteidigungsrat – wir halten recht oft Sitzungen ab – Rüstungsfragen erörtert, eine Ausstellung organisiert und geprüft, wie unsere Waffen, Pioniergeräte und sonstigen Dinge funktionieren. Wir sind der Ansicht, dass unsere Rüstung auf einem guten Stand ist.

Ich bin sehr froh – wir haben jetzt Perspektivpläne erörtert, nicht in vielen Jahren, aber ich werde Ihnen das Jahr nicht nennen, doch bereits in einem Jahr werden Sie erfahren, welches Jahr das sein wird, wird bei uns die Kapitalinvestitionen in die Raketentechnik gekürzt. Merken Sie, warum ich darüber besonders froh bin? Weil wir, wissen Sie, diese Raketen dann schon wie Quarktaschen ge-

²³⁵ James Monroe, 1817–1825 fünfter Präsident der USA, formulierte in seiner Rede am 2. Dezember 1823 zur Lage der Nation die nach ihm benannte Doktrin, der zufolge fremde Mächte die Hände von Amerika lassen sollten. Diese Forderung richtete sich gegen die europäischen Kolonialmächte in Mittel- und Südamerika.

²³⁶ Präsident James Monroe proklamierte am 2. Dezember 1823 im Kongress der USA eine von Außenminister John Quincy Adams formulierte Erklärung, der zufolge jeder Versuch eines europäischen Staates, seine Macht auf die westliche Hemisphäre auszudehnen, als Gefährdung des Friedens und der nationalen Sicherheit zu sehen war. Wenn ein amerikanisches Land, das seine Unabhängigkeit erklärt habe, dem Angriff einer Kolonialmacht ausgesetzt werde, bekunde dies eine unfreundliche Gesinnung gegenüber den USA, die diesen nicht gleichgültig sein könne. Diese Erklärung erfolgte vor dem Hintergrund von Aufständen in Lateinamerika gegen die spanische bzw. portugiesische Kolonialherrschaft und ermöglichte weithin deren Abschüttelung.

macht haben. (Heiterkeit. Beifall) Und Raketen, das sind doch keine Quarktaschen; das ist nicht wie bei Gogols Patzjuk,²³⁷ dem die Quarktaschen von selbst in den Mund fliegen. Das zeigt, dass unsere Wirtschaft [und] die Entwicklung der Wirtschaft den Rüstungswettlauf mit dem Gegner ausgehalten haben und dass dies nicht zur Minderung unseres Potenzials bei der Entwicklung der Wirtschaft geführt hat. Wir haben ein zweifach höheres Wachstumstempo unserer Wirtschaft und haben die Produktion moderner Waffen und der teuersten Waffen, der Raketen, gewährleistet. Das zeugt von den Vorzügen unserer sozialistischen Ordnung, Genossen. (Stürmischer Beifall).

Wie ist eigentlich die Lage. Unsere Lage ist sehr gut. Der Feind weiß, was das für eine Sowjetunion ist, und er weiß, wo unsere Grenzen verlaufen. Das ist nicht schlecht. Aber ihr müsst die Waffen weiter vervollkommen.

Die Genossen haben sehr gut gesprochen, sowohl der Kommandeur des Panzerregiments wie auch andere. Was ist heute die Hauptsache? Das ist die vollkommene Beherrschung der hoch entwickelten Waffen. Das ist die Hauptsache. Damit die Waffen zuverlässig funktionieren.

Das Plenum des ZK, Genossen, hat stattgefunden. Sie alle haben die Materialien des Plenums gelesen. Das sind umfängliche Materialien, jetzt halten die Redner lange Reden, sie sind schwer zu lesen. (Heiterkeit) Aber ich werde Ihnen sagen, was ist jetzt das Wichtigste für uns, für das sowjetische Volk? Unser Feind hat jetzt eine völlige Niederlage erlitten und er hat keine Hoffnungen mehr, uns mit einem bewaffneten Angriff kaputt zu machen. Diese eine Grenze [seiner Macht] haben wir erobert und befestigt.

Die zweite Grenze. Der Gegner war der Ansicht, dass die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage effizienter ist als die sozialistische Wirtschaft. Sie sagen: Das macht die Interessiertheit... Jetzt haben wir auch das beerdigt, kaputtgeschlagen. Unsere Wirtschaft entwickelt sich besser, schneller, unsere Technik entwickelt sich, unsere Wissenschaft macht Fortschritte. Folglich ist die kapitalistische Welt auch in diesem Teil unseres Kampfes gegen den Kapitalismus geschlagen. (Beifall).

Jetzt der dritte Punkt: Das Hauptgewicht legen sie [die Gegner] auf die Divergenz des ideologischen Systems. Sie greifen auf das alte Sprichwort zurück, wonach, wie man im Volk sagt, ein voller Bauch nicht gern studiert. Da haben die Arbeiter und Bauern in Armut gelebt, Lenin und die Partei der Bolschewiki²³⁸ haben sie wachgerüttelt, damit sie dem Elend entgehen und sich erheben. Und jetzt, sagen sie, nachdem sie sich erhoben haben – und sie [die Gegner] sehen schon, dass wir uns erhoben haben, und wenn man jetzt unser Land nimmt – wenn ich im Ausland bin, sehe ich die Kleidung, das Äußere der Leute, und früher war das nicht zu unserem Vorteil, aber jetzt, Genossen (legen Sie mich nicht fest, ich verstehe, dass es noch nicht so ist, wie ich es gern hätte, aber das, was wir jetzt haben, ist schon der Stand des Westens, der höher entwickelten kapitalistischen Länder)... Das heißt, bei uns steht es gut. Vorerst noch nicht in jeder Hinsicht. Folglich meinen sie [die Gegner]: Man fängt [in der UdSSR] an, dick zu

²³⁷ Figur (der Name bedeutet Dickwanst) in der Erzählung von Nikolaj Gogol' „Die Nacht vor Weihnachten“.

²³⁸ Frühere Bezeichnung für die Partei Lenins.

werden, sie lassen [dort] ihre Muskeln allmählich schwach werden – [das ist die] ideologische Diversion, den Einfluss der Partei zu schwächen und den Gegner von innen her aufzulösen, damit er sich selbst auflöst.

Daher gilt es jetzt, Genossen – bildlich gesprochen, würde ich sagen – nicht nur Maschinenpistolen in genügender Menge zu haben und nicht nur die Munition dazu zu haben, sondern man muss diese Maschinenpistole auch kennen, stets sauber halten, damit man bei Bedarf abdrücken und das Feuer eröffnen kann, damit diese Maschinenpistole zuverlässig funktioniert. Falls man sie jedoch nicht sauber hält, überzieht sie sich mit Rost und Staub, und wenn ihr dann den Abzugshebel drückt, geht der Schuss nicht los. So ist es auch bei den Fragen der Ideologie, bei den Fragen des Kampfes [gegen den Kapitalismus].

Wir müssen die ideologische Front immer in einem sauberen Zustand halten, sie richtig verstehen und die feindlichen Intrigen verhindern.

[...]

Aufgezeichnet von N. Gawrilowa

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 51, opis' 1, delo 491, Bl. 28–41

(vollständiger Text: Bl. 28–49)

13. Gespräch Chruschtschows mit dem westdeutschen Geistlichen Hans-Martin Helbich am 4. Juli 1963

Nach Angabe auf dem Deckblatt des Dokuments wurde das Protokoll von Chruschtschow am gleichen Tag während des Rückflugs nach Moskau diktiert. Auf einem zweiten Deckblatt ist handschriftlich vermerkt, dass der – ebenfalls archivierte – Entwurf einer Pressemitteilung auf Chruschtschows Weisung hin formuliert wurde, aber aufgrund eines Beschlusses nicht zur Veröffentlichung kam.

Am 3. Juli empfing Genosse N. S. Chruschtschow, der sich in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik aufhielt, den westdeutschen Geistlichen H. Helbich²³⁹ auf dessen Bitte und hatte mit ihm ein Gespräch.

Dieser kirchliche Würdenträger trug N. S. Chruschtschow eine Reihe von konkreten Fragen vor, die in der Hauptsache die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und West-Berlin betrafen.

Nachdem Genosse Chruschtschow Herrn Helbich angehört hatte, sagte er ihm, zur Prüfung dieser Fragen müsse man direkte Kontakte zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Behörden West-Ber-

²³⁹ Hans-Martin Helbich war Generalsuperintendent der evangelisch-unierten Landeskirche Berlin-Brandenburg, deren östlicher Teil – Ost-Berlin und das frühere Land Brandenburg – nach Schließung der Sektorengrenze von seinem Amtssitz in West-Berlin getrennt war. Die westlichen Besatzungsmächte hatten im Sommer 1961 die Einrichtung von Passierscheinstellen der DDR in den Westsektoren verhindert, um der DDR dort die Ausübung von Hoheitsrechten zur Rechtfertigung ihres Anspruchs zu verwehren, dass West-Berlin Teil ihres Territoriums sei. Daraufhin erhielten die West-Berliner in keinem Fall die Genehmigung zu Besuchen im Ostteil der Stadt und in der DDR. Daher war die Kirchenleitung in West-Berlin vollständig am persönlichen Kontakt zu den Kirchenmitgliedern jenseits der Mauer gehindert. Telefonverbindungen kamen nur mit großer Mühe und langen Wartezeiten zustande.

lins aufnehmen. Wenn Herr Helbich N. S. Chruschtschow als etwaigen Vermittler oder Briefträger zur Weiterleitung seiner Bitten an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ansehen wolle, ist dafür N. S. Chruschtschow nicht die richtige Adresse.

Ich bin Gast der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Ich habe Sie nur auf Ihre inständige Bitte hin empfangen und angehört, aber ich kann Ihnen nichts in Bezug auf die praktische Regelung dieser Fragen sagen. Das ist Sache unserer deutschen Freunde, der Führer der Deutschen Demokratischen Republik, und Sie müssen sich mit derartigen Fragen direkt an sie wenden.

Ungeachtet dieser Erklärung, hat H. Helbich im Gespräch mit westdeutschen Journalisten erklärt, dass N. S. Chruschtschow angeblich den Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, die Äußerungen H. Helbichs als irgendwie offizielle Unterlagen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Prüfung zu übergeben.

Die Erklärung ist eine klare Entstellung [der Tatsachen]. Erstens steht sie in Widerspruch zu dem, was ihm N. S. Chruschtschow gesagt hat, und zweitens hat N. S. Chruschtschow von Herrn Helbich keinerlei Unterlagen erhalten.

Anscheinend hat Herr Helbich einige Worte von N. S. Chruschtschow nicht richtig verstanden, als er sie als eine Art Zusage aufgefasst hat, irgendwelche unerkennbaren Materialien weiterzuleiten. Wenn Herr Helbich glaubt, er habe damit, dass er mit dem sowjetischen Regierungschef gesprochen hat, schon bestimmte Fragen gestellt, die seiner Ansicht nach eine Entscheidung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfordern, dann irrt er sich gründlich.

N. S. Chruschtschow hat mit dem westdeutschen Geistlichen Herrn Helbich nicht als Vermittler gesprochen, wie es den Äußerungen von Herrn Helbich zu entnehmen ist, sondern als Mensch, der auf die inständigen Bitten von Herrn Helbich reagiert und ihn zum offenen Gespräch empfangen hat. Wenn N. S. Chruschtschow hätte vorhersehen können, dass der verehrte Geistliche in ihm eine Art Vermittler oder Briefträger zur Weiterleitung irgendwelcher Fragen an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sehen würde, hätte er mit aller Entschiedenheit Herrn Helbich gesagt, dass er die Kandidatur für diese Rolle ablehnt.

Herr Helbich lebt anscheinend in geringer Entfernung von der Regierung der Bundesrepublik Deutschlands²⁴⁰, und wenn er die Regelung irgendwelcher Fragen braucht, die in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschlands oder der DDR und den Behörden West-Berlins entstanden sind, sollte er am besten mit ihnen direkten Kontakt aufnehmen. Er hat alle Möglichkeiten, sich persönlich sowohl an Herrn Brandt²⁴¹ als auch an die Regierung der BRD und an die Regierung der DDR zu wenden, um alle Fragen zu regeln, die er hat.

Die Leser einer Reihe von West-Berliner Zeitungen wurden durch die offenkundigen Ungenauigkeiten irreführt, die in einigen Korrespondentenberichten

²⁴⁰ So im russischen Text statt der korrekten Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“. Der Genitiv sollte zum Ausdruck bringen, dass die Bundesrepublik nur ein Teil von Deutschland sei und nicht für das Ganze sprechen könne.

²⁴¹ Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von [West-]Berlin.

enthalten sind, die von anscheinend tendenziös gesinnten Leuten über das Gespräch N. S. Chruschtschows mit Herrn Helbich verfasst wurden.

Zum Entwurf der Erklärung über das Gespräch mit H. Helbich

Diktiert von N. S. Chruschtschow

am 4. Juli 1963

(an Bord des Flugzeugs IL-18)

Am 3. Juli dieses Jahres empfing Gen. N. S. Chruschtschow den geistlichen Würdenträger aus Westdeutschland H. Helbich auf dessen Bitte hin und hatte mit ihm ein Gespräch.

Dieser geistliche Würdenträger trug eine Reihe konkreter Fragen vor, die hauptsächlich die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und West-Berlin betrafen.

Im Gespräch sagte ich Herrn Helbich, dass zur Prüfung dieser Fragen die Knüpfung von Kontakten zwischen der DDR und den Behörden West-Berlins erforderlich ist; machen Sie mich also nicht zu irgendeinem Vermittler oder Briefträger. Ich bin hier dritte Seite. Ich habe Sie auf Ihre Bitte hin angehört, aber ich kann überhaupt nichts zur Regelung dieser Fragen sagen.

Im Gespräch mit Journalisten hat H. Helbich trotz meiner Erklärung gesagt, er werde angeblich diese Unterlagen zur Prüfung übergeben. Das ist eine klare Entstellung [der Tatsachen]. Erstens,²⁴² steht das genau in Widerspruch zu dem, was ich gesagt habe, dass ich kein Briefträger und auch kein Vermittler bin, und niemand hat mich dazu bevollmächtigt; ich habe Sie nur empfangen, weil Sie darum gebeten haben.

Ich erkläre, dass Herr Helbich die Art meiner Ausführungen nicht richtig verstanden hat. Diese Unterlagen werden nirgends übergeben werden. Wenn Sie jedoch der Ansicht sind, dass diese Fragen der Regelung bedürfen, weshalb suchen Sie mich da als Vermittler oder als Briefträger hineinzuziehen. Ich bin für diese Funktionen nicht geeignet, ich lehne die Kandidatur dafür ab. Sie leben sehr nahe bei der Regierung der BRD, und wenn es nötig ist, knüpfen Sie einen direkten Kontakt, Sie haben alle Möglichkeiten, sich persönlich an Herrn Brandt und an die Regierung der BRD zu wenden und alle Fragen zu regeln, die Sie haben. Ich wiederhole, dass ich damit überhaupt nichts zu tun habe. Ich gebe diese Erklärung ab, damit dies richtig verstanden wird und die Leute nicht irregeführt werden, die diesen Bericht der Korrespondenten auf der Grundlage des Gesprächs mit Herrn Helbich lesen.

(Er soll nicht beleidigt werden, die Erklärung ist in der dritten Person abzugeben).

Nach Angaben Helbichs dauerte das Gespräch 2 Stunden.

Niedergeschrieben von A. Sacharowa²⁴³

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 491, Bl. 125-127 (Protokoll),
128-129 (Entwurf der Pressemitteilung)

²⁴² Der Hinweis auf zweitens fehlt im Dokument.

²⁴³ A. Zacharova.

14. Gespräch Chruschtschows mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Belgiens, Paul Henri Spaak, am 8. Juli 1963 (Auszug)

Nach einleitenden Begrüßungen beginnt Spaak das Gespräch mit der Feststellung, dass sich das politische Klima in der NATO seit seinem letzten Besuch bei Chruščëv im September 1961²⁴⁴ verändert habe: Damals seien manche wenig glücklich über die Reise gewesen, doch jetzt habe er viel Interesse gefunden.

Spaak: Was, wie mir scheint, sehr wichtig ist? Dass man zu denen, welche die Wichtigkeit der friedlichen Koexistenz begreifen, sowohl die USA als auch Großbritannien zählen kann, was dieser Idee natürlich großes Gewicht gibt.

Unter den NATO-Mächten gibt es zwei Kategorien, die einen, die sagen, dass sich die internationale Lage gebessert hat und dass man keine neuen Initiativen zu ergreifen und nichts zu tun braucht. Die anderen sagen im Gegenteil, weil sich die Atmosphäre erheblich gebessert hat, muss man sich darum bemühen, dieser Frage einen positiven Inhalt zu geben.

Jetzt scheint mir dies das Wichtigste zu sein. Was könnte man Positives für das Bild der friedlichen Koexistenz tun?

Es bleiben, so heißt es, noch die Fragen von Berlin, Deutschland, der Abrüstung und im Zusammenhang damit der Nichtangriffspakt zwischen den zwei Organisationen [NATO und Warschauer Pakt]. Bald werden hier die Engländer und Amerikaner sein, die über Fragen der Abrüstung sprechen, sowie der unbedingte Wunsch der meisten NATO-Länder;²⁴⁵ irgendeine Abmachung zu treffen. Je breiter die Basis ist, desto mehr hilft das beim Abschluss des [Nichtangriffs-] Pakts.

Ich denke, man müsste im Kontext dieser Organisationen auch ein Einvernehmen zwischen allen übrigen Ländern finden.

Chruschtschow: Allen, ja?

Spaak: Das ist die allgemeine Idee.

Chruschtschow: Ich danke Ihnen. Ich bin sehr froh, dass Sie diese Fragen dargelegt haben. Das ist eigentlich auch in unserem Sinne. Wir unterstützen [das] und wir wären froh, wenn man auf dieser Grundlage zu einer Übereinkunft gelangen könnte. Und das ist eine vernünftige Basis, sie fügt niemandem irgendeinen materiellen Schaden zu, und auch keinen politischen. Das können wir realisieren.

Sie kennen unsere Haltung hinsichtlich des Verbots von Nuklearwaffen. Wenn uns die Amerikaner nicht irgendeinen Streich spielen, ist zu hoffen, dass sich ein Abkommen über ein Verbot der [Kernwaffen-]Versuche erreichen lässt. Aber Sie wissen, dass es viele Fälle gab, in denen der Westen seinen Standpunkt vortrug, wir ihm zustimmten, und der Westen ging [dann] davon ab.

²⁴⁴ Siehe Gespräch Chruščëvs mit Spaak am 19.9.1961, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 446–470.

²⁴⁵ Unvollständiger Satz im russischen Original.

Wir haben seit langem den Vorschlag unterbreitet, einen Vertrag über ein Verbot von Kernwaffenversuchen zu schließen. Und damals hat der Westen nicht zugestimmt – wie Sie sagen, und wir halten den Imperialismus für habgierig – hat nicht zugestimmt (eine andere Sache, unterschiedliche Formulierungen, aber derselbe Kern²⁴⁶).

Sie [die im Westen] haben damals die Frage der unterirdischen Versuche aufs Tapet gebracht. Wir haben keine unterirdischen Versuche durchgeführt, wir haben das [erst] vor zwei oder vor einem Jahr gemacht.

Wir sind jetzt dazu bereit, einen Vertrag über ein Versuchsverbot in den drei Sphären [in der Luft, im Wasser und im Weltraum] auf der Grundlage der nationalen Mittel zu schließen, ohne internationale Kontrollorganisationen einzurichten. Und wir sind dazu bereit, einen Vertrag über ein Verbot der unterirdischen Versuche auf der Grundlage zu schließen, dass sogenannte Schwarze Kästen²⁴⁷ aufgestellt werden, das ist bereits internationale Kontrolle, aber ohne Inspektion. Das darf man nicht miteinander vermengen, entweder das eine oder das andere ist möglich. Aber das ist eine reale Möglichkeit.

Wir möchten gern einen Nichtangriffsvertrag schließen.

Ich kenne Ihren Standpunkt, und wir schätzen Ihre Tätigkeit sehr, die im gegebenen Fall ebenfalls auf dasselbe Ziel ausgerichtet ist, die internationale Spannung durch den Abschluss eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Ländern der NATO und den Ländern des Warschauer Vertrags zu verringern. Wenn wir dies tun würden, wäre das gut.

Trotzdem ist – das ist der Standpunkt unserer Regierung und unserer Verbündeten – meiner Ansicht nach die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland entscheidend.

Der Friedensvertrag ist das Minimum, dessen es zur Beseitigung der Spannung bedarf. Der Friedensvertrag ermöglicht es der einen Seite, welche die richtigen Standpunkte vertritt, den Frieden zu festigen, und ein fehlender Friedensvertrages dient der anderen Seite, welche die Umstände des Friedens schwächen will, Revanche will, die unerfüllbare Pläne verwirklichen will: die Grenzen von 1937²⁴⁸ – und ich spottete mal, dass sie vielleicht auch die Ukraine wollen, auf sie Ansprüche anmelden, wie dies Hitler gewollt hat und bis zum Ural wollte, doch dann in seinem Bunker das Leben beendete. Und [es gibt] alle möglichen sonstigen unerfüllbaren Wünsche.

Jetzt begreifen selbst Leute mit abnormer Psyche, wenn sie nicht ganz verrückt sind, dass dies die Idee eines Verrückten ist. Wenn man so sagen will, hatte Hitler die stärkste Armee und wenn er den Gedanken, den Krieg zu gewinnen,

²⁴⁶ So im russischen Original.

²⁴⁷ Verschlussene Geräte zur Aufzeichnung seismischer Erschütterungen, die auf die Durchführung unterirdischer Nuklearexplosionen schließen lassen würden. Diese Geräte sollten von der jeweils anderen Seite an wichtigen Orten aufgestellt werden und durch sichere Verschlüsse vor manipulierenden Eingriffen geschützt sein.

²⁴⁸ Nach Bonner Auffassung war die einseitig von Stalin verfügte Abtrennung der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße nicht rechtsgültig, weil es keinen Friedensvertrag dieses Inhalts gab und Amerikaner und Briten, die auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 mit diesem *Fait accompli* konfrontiert worden waren, den Vorbehalt gemacht hatten, dass die an Polen übergebenen Gebiete lediglich dessen Verwaltung unterstellt seien.

damals noch irgendwie hätte realisieren können, so ist das heute vollkommen ausgeschlossen. Und ich fand es erfreulich, die Rede Kennedys in der Universität anzuhören, der in seiner Rede ziemlich realistisch geurteilt hat.²⁴⁹

Der Friedensvertrag mit den Deutschen. Im Innern bin ich sozusagen sogar zufrieden, dass der Friedensvertrag nicht zu der Zeit unterzeichnet worden ist, als wir ihn unterbreitet hatten – dies sage ich Ihnen im Vertrauen. Wenn damals der Friedensvertrag unterzeichnet worden wäre, hätte der Westen mehr bekommen, als ihm zustand. Aber weil Gott den Westen gestraft und er [der Westen] das abgelehnt hat, danke ich Gott, dass er ihn gestraft hat.

Spaak: Herr Vorsitzender, Sie übertreiben, wenn Sie zu Ihrer Macht noch die Macht Gottes dazu nehmen. (Heiterkeit).

Chruschtschow: Sie kennen doch meine Macht, ich stehe doch in einer Reihe mit dem Kloster der Saporoger Kosaken²⁵⁰. Anscheinend [kommt das] von dort. (Heiterkeit).

²⁴⁹ Präsident Kennedy hatte am 10. Juni 1963 in der American University in Washington/DC in einer Rede über „eines der wichtigsten Themen auf Erden“, den „Weltfrieden“, die Schaffung eines „echten Friedens“ zum Ziel erklärt, der allen Menschen für alle Zeiten ein besseres Leben und eine lebenswerte Existenz verschaffe. Ein „totaler Krieg“ sei „sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben“. Dieser Friede erfordere, „in gegenseitiger Toleranz miteinander“ zu leben und die „Streitfälle einer gerechten und friedlichen Lösung“ zu unterwerfen. „Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem“ seien so schlecht, dass sie nicht auch gute Seiten hätten. Das gelte auch für den Kommunismus, den die Amerikaner als „Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde“ ablehnten. Ihnen und den Russen sei der „beiderseitige Abscheu vor dem Krieg“ gemeinsam. Wenn ein totaler Krieg ausbräche, würden sie, „die beiden stärksten Mächte“, zugleich „in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben“. Daraus resultiere „ein gemeinsames Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens“, das enorme Beträge verschlinge, die besser für andere Zwecke ausgegeben würden. Die USA wollten „gegenüber unseren Differenzen nicht die Augen verschließen“, aber auch die „Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können“. Dazu sollten die Überprüfung „unsere[r] Einstellung zum Kalten Krieg“ gehören und die ausdauernde „Suche nach Frieden in der Hoffnung, dass konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar erscheinen“. „Wir müssen unsere Politik so betreiben, dass es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen. Vor allem müssen die Atommächte, bei gleichzeitiger Wahrung ihrer eigenen Lebensinteressen solche Konfrontationen vermeiden, die einem Gegner nur die Wahl zwischen einem demütigen Rückzug oder einem Atomkrieg lassen.“ Kennedy betonte, die Amerikaner wollten ihr „System keinem Volk gegen dessen Willen aufzwingen“, und erklärte das „kommunistische Streben, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen“, zum „Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt“. Als gemeinsame Schritte in Richtung auf die Schaffung des Friedens nannte der Präsident einen „direkten Draht zwischen Moskau und Washington“, der während einer Krise „auf beiden Seiten die gefährlichsten Verzögerungen, Missverständnisse und Fehldeutungen der Maßnahmen des anderen“ vermeiden solle, Vereinbarungen über Rüstungskontrolle, um „die Intensität des Wettrüstens [zu] bremsen und die Risiken eines durch Zufall ausgelösten Krieges [zu] verringern“, und einen „Vertrag zur Ächtung der Kernwaffenversuche“, der „die Atommächte in die Lage versetzt, wirksamer mit einer der größten Gefahren fertig zu werden, die die Menschheit bedroht – nämlich der weiteren Verbreitung der Kernwaffen.“ Als das wichtigste langfristige Ziel der USA in den laufenden Genfer Verhandlungen bezeichnete Kennedy „eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die in Phasen stattfinden und gleichlaufende politische Entwicklungen beim Aufbau der neuen Institutionen des Friedens zulassen soll, die an die Stelle der Rüstung treten.“ Abschließend betonte er, die USA würden „niemals einen Krieg beginnen“; sie wollten „keinen Krieg“.

²⁵⁰ Die Saporoger Kosaken waren die Herren der ukrainischen Steppengebiete, die im Laufe des 18. Jahrhunderts der Macht der Zaren in Moskau weichen mussten.

Warum rede ich so? Wenn wir den Friedensvertrag unterschrieben hätten, so wäre im Friedensvertrag die Gewährleistung der offenen Grenze [in Berlin] festgelegt worden. Wir haben nicht einmal daran gedacht, die Schließung der Grenze zu fordern. Unter modernen Bedingungen ist das Land, das seine Grenzen nicht kontrolliert, großen Gefahren von außen ausgesetzt. Wir haben damals gemeint, dass wir diese Kontrolle durch die Kontrolle der Luftverbindungen ausüben können. Aber das ist eine unvollständige Kontrolle. Weil West-Berlin eine Höhle, eine Zuflucht für alles gewesen wäre, was gegen den Sozialismus und gegen den Kommunismus ist.

Aber der Westen hat das nicht angenommen. Bei uns ist die Situation entstanden, dass die Grenze geschlossen werden musste, und wir haben sie geschlossen. Ich schimpfe auf mich selbst, wieso ich nicht früher darauf gekommen bin. Man hätte [schon] 1958, als wir den Friedensvertrag vorgeschlagen haben, die Grenze schließen müssen. Es gäbe jetzt eine ganz andere Situation... Doch nicht immer fällt einem alles Vernünftige sofort ein, und wir haben viel verloren. Jetzt haben wir die Grenze geschlossen.

Um es so zu sagen, ist am Friedensvertrag, wenn das Land keinen Krieg will, mehr der Westen interessiert als wir, weil uns der Friedensvertrag jetzt überhaupt nichts zusätzlich bietet.²⁵¹ Im Gegenteil, er normalisiert die Lage, er stärkt West-Berlin, er macht die Lage zuverlässiger. Das bringt dem Westen mehr Vorteil als uns.

Jetzt aber, da es keinen Friedensvertrag gibt, haben wir größere Möglichkeiten, auf West-Berlin Druck auszuüben. Wir brauchen West-Berlin nicht, doch wir haben die Möglichkeit, den Westen spüren zu lassen, dass der Friedensvertrag nicht unterschrieben ist. Und wir arbeiten jetzt so einen Plan aus.

Bald werden es 20 Jahre [seit Kriegsende] sein. Na, wie lange wollen wir denn noch warten? Die Frage der Bezahlung für die Nutzung des Territoriums, der Eisenbahnverbindungen, der Straßen, die Tarife usw. Wir werden finden, was sich da noch ausdenken lässt, um dem Westen den Schwanz einzuklemmen. Weder Krieg noch Frieden. Das werden wir tun und West-Berlin so lange zusetzen, bis der Westen spürt, dass der Friedensvertrag für ihn besser ist.

Sperren wir die Brücken wegen Reparaturarbeiten – für einen Monat oder für ein halbes Jahr. Die Brücken nutzen sich ab? Sie müssen repariert werden? Na, eine Reparatur natürlich, wir werden sie dann schon reparieren. Sollen sie doch durch die Luft fliegen. Nicht schlecht. Wer sich mit Luftfracht befasst, wird verdienen. Politisch verdienen wir, aus West-Berlin wird eine große Abwanderung, ein Exodus einsetzen.

Wir werden, mit einem Wort, die wunden Stellen finden, um Salz hineinzustreuen. Ich rede offen. Lassen Sie uns, um das zu vermeiden, den Friedensvertrag unterzeichnen, dann werden sich die Beziehungen normalisieren. Gemäß Friedensvertrag übernehmen wir die Garantie, den Zugang nach West-Berlin, das freie Verlassen von West-Berlin, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten West-Berlins, die Aufnahme West-Berlins in die UNO, die Anerkennung

²⁵¹ Chruschtschow ließ dabei den entscheidenden Gesichtspunkt außer Betracht, der die westliche Seite zur Ablehnung des Friedensvertrags veranlasste: die Aufhebung des Besatzungsrechts und damit der Grundlage der westlichen Präsenz in Berlin.

beider Deutschlands, deren Registrierung und Aufnahme in die UNO zu gewährleisten²⁵² – eben alles dessen, wessen für das normale Bestehen jedes Staates bedarf. Das wollen wir. Der Westen will es nicht. Was sollen wir da machen? Wegen West-Berlin Krieg führen? Wozu zum Teufel brauchen wir es! Was haben wir davon? Sind wir etwa Dummköpfe?²⁵³ Eine Bevölkerung von 2 Mio. 200 Tausend. Wir wachsen doch jedes Jahr um 3,5 Mio.

Eine strategisch wichtige Lage hat es nicht, West-Berlin. [Es hat] nichts. Die Präsenz der Truppen der Westmächte in West-Berlin hat keinerlei strategische Bedeutung. Es ist nur für den „kalten Krieg“ da. Allein für den „kalten Krieg“.

Herr Minister, den westlichen Ländern muss doch schon jetzt klar sein, dass Westdeutschland die Politik der Westmächte zu bestimmen beginnt. Wenn wir früher davon gesprochen haben, dazu werde es kommen, so ist das inzwischen schon der Fall. Sehen Sie: de Gaulle fährt nach Westdeutschland, nach ihm kommt Kennedy. Kaum ist Kennedy abgereist, und das Bettlaken, auf dem er schlief, noch nicht kalt geworden, fährt de Gaulle nach West-Berlin.

Spaak: Die Bettlaken wurden gewechselt. (Lachen. Heiterkeit)

Chruschtschow: Na gut, da wissen Sie besser Bescheid (Heiterkeit), es sind Ihre Verbündeten.

Aber dies ist die Realität. Das heißt, die nicht aus dem Feld geschlagenen Revanchisten haben jetzt Gelegenheit erhalten, die westlichen Länder nicht nur zu beeinflussen, nein, sie zu führen. Da sind die [national] gemischten Atomstreitkräfte. Die meisten Länder sind dagegen, und nur Westdeutschland ist dafür. Und Kennedy sagt, Westdeutschland muss die Hälfte der Mittel dafür, für die Kosten dieser Kernwaffen aufbringen. Wenn also die eine Hälfte von den USA und die andere Hälfte von Westdeutschland gezahlt wird, dann ist das Sprichwort dazu: Wer die Musik bezahlt, bestimmt auch die Musik.

Das ist die reale Wirklichkeit. Und es ist bloß zu unserem Glück – das werden Sie ebenfalls erkennen – sind wir jetzt Ihre Verbündeten²⁵⁴, nicht rechtlich, aber faktisch. Nur unsere Nuklearstreitkräfte verhindern jetzt die Entfesselung des Krieges. Nur ist es jetzt in Wirklichkeit so, wenn Westdeutschland den Krieg entfesseln und seine Verbündeten in diesen Krieg hineinziehen würde, ginge Westdeutschland zuerst in diesem Krieg zugrunde.

So sieht die Situation aus, die jetzt tatsächlich entstanden ist. Folglich nützt der fehlende Friedensvertrag nur denen, welche die Positionen des „kalten Krieges“ vertreten.

²⁵² Chruščëv erklärte, wenn die Rede darauf kam, dass die DDR ohne Einschränkungen darüber zu bestimmen haben sollte, wer nach ihren Gesetzen in welchem Umfang das Recht auf Zugang in Anspruch nehmen könne. Durch die Beherrschung aller Außenverbindungen der Stadt würde zudem gewährleistet sein, dass die DDR instande sein würde, innenpolitische Forderungen durchzusetzen. Im Statut der „Freien Stadt West-Berlin“, welches das Außenministerium der UdSSR vorbereitet hatte, wurde ausdrücklich die Pflicht zum Wohlverhalten gegenüber der DDR festgelegt.

²⁵³ Diese Äußerung zeigt, dass sich Chruščëvs Einstellung geändert hatte. Bis Oktober 1961 hatte er wegen Berlin den Westmächten Krieg angedroht, allerdings damit gerechnet, dass sie daraufhin nachgeben würden.

²⁵⁴ Gemeint ist: im Kampf gegen die westdeutschen Kriegstreiber.

Wir sind ebenfalls für die Wiedervereinigung der zwei Deutschlands, aber auf sozialistischer Grundlage. Und wir glauben, dass diese Wiedervereinigung zustande kommen wird,²⁵⁵ und wir tun alles, damit sie kommt. Aber die Entscheidung dieser Frage, so glauben wir, sollte beim deutschen Volk liegen, und nicht durch Übereinkunft zwischen den beiden deutschen Republiken getroffen werden, das kommt nicht in Frage. Das wird vom Volk, von der Arbeiterklasse Westdeutschlands entschieden werden. Wir sind sicher, dass die Arbeiterklasse Westdeutschlands irgendwann die Macht erlangt und ihre Freiheit durchsetzt. Und wenn die beiden deutschen Staaten die gleiche gesellschaftlich-politische Struktur haben, dann werden sie sich wohl vereinigen.

Wir wären der Ansicht, man muss, um dem Zustand des „kalten Krieges“ ein Ende zu machen, den Friedensvertrag abschließen und in diesem Friedensvertrag vereinbaren, dass die eine wie die andere Seite mit ihrer praktischen Tätigkeit die Vereinigung der zwei deutschen Staaten zu einem einheitlichen deutschen Staat unterstützt.

Wir werden jetzt den Abschluss des Friedensvertrages nicht forcieren, doch wir werden unsere Anstrengungen auch nicht beenden. Von Zeit zu Zeit werden wir uns bemerkbar machen und die Hühneraugen des Westens unter unserem Stiefelabsatz behalten. Wir treten drauf, dann entschuldigen wir uns und sagen: Entschuldigt, wir haben das nicht gemerkt. Sie wissen, wie man das macht. (Heiterkeit) Wir haben da Erfahrung. (Heiterkeit). Und so können wir leben. Wir werden ohne den Vertrag nicht schlechter leben als Sie. [Sondern] besser.

Die Lage in Ostdeutschland ist jetzt – ich war dort – hervorragend.

Sie wissen, die Deutschen lieben die Ordnung. Als es die Grenze nicht gab, haben sie sich so verhalten: Was ist das [die DDR] denn für ein Staat. Jetzt aber gibt es die Grenze, Soldaten stehen dort, bewachen sie, wird die Grenze verletzt, schießen sie. Das ist Ordnung.

Sie kennen aus früheren Zeiten die Anekdote über die Deutschen: Als die Deutschen eine Revolution machen wollten, stürmten sie alle zum Fahrkartenschalter zum Kauf einer Bahnsteigkarte, um sich des Bahnhofs zu bemächtigen, aber der Schalter war nicht besetzt, und da haben sie sich des Bahnhofs nicht bemächtigt. Der Schalter war nicht besetzt, das war der Grund. (Heiterkeit).

Also jetzt macht die Wirtschaft mehr Tempo. Wir verbinden jetzt unsererseits unsere Wirtschaft noch enger mit Ulbricht. Der Kurs ist so: Die DDR restlos aus der Abhängigkeit von Westdeutschland zu befreien,²⁵⁶ um die westlichen Hühneraugen im Osten zu haben und dem Westen bei uns keine Hühneraugen zu bieten. Wir sind dazu voll in der Lage.

Die Fragen der Abrüstung. Sie kennen unseren Standpunkt, wir vertreten auch jetzt [noch] diese Standpunkte.

²⁵⁵ Diese Überzeugung ergab sich aus der marxistisch-leninistischen Lehre, der zufolge sich der Verlauf der Geschichte gesetzmäßig vom Kapitalismus hin zum Sozialismus bewegte.

²⁵⁶ Im Herbst 1960, als Bonn die Kündigung des Abkommens über den innerdeutschen Handel als Repressalie angedroht hatte, war klar geworden, dass die DDR auf die Lieferungen aus der Bundesrepublik unbedingt angewiesen war und daher nachgeben musste. Das Bemühen Ulbrichts und Chruščëvs, diesen Schwachpunkt im Laufe der folgenden Jahre zu beseitigen, hatte keinen Erfolg.

Zur Kolonialfrage. Wir haben sie ebenfalls ziemlich ausführlich dargelegt und sind nach wie vor der Ansicht, dass die Überreste des Kolonialsystems so schnell wie möglich liquidiert werden müssen.

Die Frage der Hilfe für schwach entwickelte Länder – auch diese unsere Haltung haben wir ziemlich breit dargelegt.

Das ist unser Standpunkt, unsere Auffassung.

Die ganze Frage ist jetzt, dass der „kalte Krieg“ zum Gegenstand des Wahlprogramms des Westens geworden ist. Ich bin der Ansicht, das Neue, was wir jetzt haben – ich weiß nicht recht, vielleicht trifft meine Analyse nicht voll zu – doch mir will scheinen, dass das, was Kennedy gegen den „kalten Krieg“ und für die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion ausgeführt hat, seinen Gegnern im Wahlkampf ein neues Programm im Kampf um das Weiße Haus aufnötigt. Und dieses Neue richtet sich auf das Gute. Aber man muss noch abwarten, weil dort die Politik sehr unbeständig ist. Falls sich diese Politik festigt, ist diese Richtung positiv, d. h. die Anhänger für diesen oder jenen Kandidaten [sind] nicht auf der Grundlage des Schürens des „kalten Krieges“ zu mobilisieren, sondern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.

Aber es ist noch zu früh, dazu was zu sagen. Wir werden sehen, abwarten und es erleben.

Unsere Lage im Innern ist sehr gut. Die Partei ist bei uns monolithisch, die Partei genießt im Volk ein Vertrauen, wie sie es, würde ich sagen, nicht unter Lenin genossen hat. Und das ist verständlich, weil zu Lenins Zeit die kapitalistischen Elemente im Lande noch stark waren, deswegen hatten wir den Bürgerkrieg; als der Krieg mit Waffen beendet war, gab es den Klassenkampf. Dann hatten wir einen sehr niedrigen Lebensstandard, das Volk hungerte. Das alles ist jetzt Vergangenheit. Und das nicht etwa deswegen, weil wir klüger wären – damit Sie Lenin richtig verstehen – nein, wir sind nicht klüger als Lenin, aber wir haben die Prinzipien Lenins klug genutzt und entwickeln unser Land in die richtige Richtung.

Mithin bewerten wir unsere Lage als hervorragend. Die Beschlüsse des Parteitages werden erfüllt und sogar übererfüllt. Ich denke, dass wir, wie festgelegt, Amerika 1970 überholen. Vielleicht sogar früher.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden wir es, wie ich meine, in vier bis fünf Jahren schaffen. Was brauchen wir dafür? Ich werde das auf dem [ZK-]Plenum im November ausführen, die Partei hat mich als Berichterstatter bestätigt und ich bereite den Bericht vor. Wir müssen die Getreideernte etwa verdoppeln. Wir müssen das in 4-5 Jahren hinkriegen, und wir werden das schaffen. Was ist dazu nötig? Mineraldünger. Es gibt kein Geheimnis, keinerlei Wunder in der amerikanischen Landwirtschaft. Die Amerikaner streuen 400 kg Mineraldünger pro Hektar und wir [nur] 15 kg. Deswegen sind sie klüger und wir dümmer. Können wir jetzt Stickstoffwerke bauen? Wir meinen, wir denken, dass wir sie im Laufe von 3-4 Jahren bauen werden. Wenn wir jetzt 15 Mio.²⁵⁷ Mineraldünger produzieren, müssen wir 60 Mio. erreichen; dafür sind nach Berechnungen unse-

²⁵⁷ Die Angabe der Maßeinheit fehlt im Dokument.

rer Wirtschaftsfachleute 1 Mrd. 700 Mio. [Rubel] erforderlich. So nach der neuen Berechnung, nach der alten 17 Mrd.²⁵⁸

Ich habe soeben am Samstag dem Gosplan²⁵⁹ meine Bemerkungen übermittelt, diktiert und [dabei] vorgeschlagen, nochmals durchzurechnen, dass dies zu wenig ist, dass dafür 4–5 Mrd. vorzusehen sind, das heißt 40–50 Mrd. nach alter Berechnung. Das ist ein sehr geringer Umfang gemessen an unseren Möglichkeiten. Für das kommende Jahr haben wir vorgesehen, Mittel für Kapitalinvestitionen in neue Bauobjekte in Höhe von 21 Mrd. bereitzustellen. Wenn wir davon 1,5 Mrd. nehmen und für Mineraldünger verwenden, wird es keiner merken.

Als wir das Neuland erschlossen haben, ich erinnere mich jetzt nicht genau, doch ich denke, wir haben in etwa 70 oder 90 Mrd. dafür ausgegeben. Das war eine weit schwierigere Aufgabe, weil wir die brachliegenden Ländereien erschließen und die Menschen dorthin bringen mussten. Aber das ist am leichtesten, man muss das Geld haben. Und dann waren damals unsere Möglichkeiten anders. Und heute ist es so einfach: Wir geben das Geld, bauen die Werke – wir wissen, wie sie zu bauen sind – und das ist alles. Wir werden den Bauern Mineraldünger geben und Weizen bekommen. Das wird die effizienteste Kapitalinvestition werden.

Wenn wir durch die Erschließung des Neulands dort meiner Ansicht nach 120 Mrd. Gewinn erzielt haben, so ist das eine Goldgrube für das investierte Kapital, weil mit dem Arbeitsbeginn des Werkes in zwei Jahren die Kosten wieder hereingeholt werden.

So werden wir es also machen. Dann werden wir Brot und Fleisch haben; wir können dann auf den internationalen Markt gehen. Wenn die Nachfrage da ist, können wir das machen.

Das ist keine Phantasie, das sind reale Möglichkeiten. Wenn 50 Mrd. gebraucht werden, können wir 60 geben. Wir sollten das zeitlich strecken. Wenn wir 10 Jahre nehmen, heißt das²⁶⁰, für 10 Jahre 100 Mio. Das sind pro Jahr 2 Mrd.²⁶¹ Wenn wir im nächsten Jahr 21 Mrd. haben, werden wir im darauf folgenden Jahr wahrscheinlich 22 bis 22,5 Mrd. haben, und im Jahr 1965 werden wir vermutlich etwa 25 Mrd. haben.²⁶²

Jetzt haben sich unsere Kapitalinvestitionen in die Raketentechnik verringert. Wenn es früher so gegangen ist (er zeigt es mit der Hand an), so geht es jetzt so, weil wir keine weitere [Raketentechnik] brauchen. Wir haben ja eine Menge Raketen gebaut, aber wohin mit ihnen. Das ist doch keine Wurst, man kann sie doch nicht essen. Es gibt keinen Krieg, man kann doch keinen Krieg entfesseln, um die alten Raketen zu verwenden.

Deswegen haben wir jetzt gewaltige Möglichkeiten.

Bei uns sind die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse jetzt niedriger als im Westen, die Wohnungsmieten sind bei uns niedriger. Was ist bei uns teurer?

²⁵⁸ Das bezieht sich auf die Währungsreform 1961. Der Umtauschkurs war 1 (neue Rubel) zu 10 (alte Rubel).

²⁵⁹ Gosudarstvennyj plan, Bezeichnung der obersten Planungsbehörde der UdSSR.

²⁶⁰ Hier steht im Text – offensichtlich irrtümlicherweise – stattdessen: wir.

²⁶¹ Der Sinn ist unklar. Offenbar fehlt etwas.

²⁶² Die Zahlenangaben und Berechnungen sind so im Dokument.

Oberbekleidung, Schuhe. Wir werden jetzt, und das werde ich im Vortrag sagen, Kapitalinvestitionen in die Chemie und in die Produktion von Kunstfasern stecken, um das in 5 Jahren ebenfalls zu regeln. Ich weiß noch nicht wie viel, aber 40–50 Mrd. – das ist für uns möglich. Dann können wir die Preise um das Zweifache senken.

Dann werden unsere Wirtschaft, unsere Politik, unsere Ideen für den arbeitenden Menschen immer attraktiver werden, und auch der materielle Wohlstand wird attraktiver werden. Schuhe und Kleidung werden äußerst billig sein, die Kinder werden wir in den Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen kostenlos verpflegen. Das mit dem kostenlosen Unterricht, der kostenlosen Verpflegung, das sind schon Keime des Kommunismus. Und das ist durchaus möglich. Alles das wird aus dem Staatshaushalt bestritten, und die Einsparungen machen das möglich.

Podgornyj:²⁶³ Und das ist schon die praktische Ausführung des von uns beschlossenen Programms, schon seine Verwirklichung.

Chruschtschow: Ich habe mal in einer Rede gesagt, wir brauchen keine neuen Großobjekte. Die Journalisten sagen [daraufhin]: Krise in der Wirtschaft, Chruschtschow hat gesagt, nichts Neues aufbauen. Das ist wirtschaftlicher Schwachsinn. Es geht nicht darum, wie viel wir jedes Jahr ausgeben, sondern der wirtschaftliche Gewinn entsteht hauptsächlich aus dem, was in den Bau von Produktionsflächen gesteckt wird. Und ich schlage eine Überprüfung der Kapitalinvestitionen vor, nicht auf breiter Front, sondern im Detail. Wenn wir zum Beispiel [bisher] tausend Unternehmen in einem Jahr gegründet und zu Ende gebaut haben, werden wir jetzt 2 Tausend in Betrieb nehmen. Wir werden die Kapitalinvestitionen gezielter durchführen.

Wir haben ein Werk begonnen, den technischen Umständen zufolge lässt es sich in 3 Jahren fertig stellen, aber wir finanzieren es so, dass der Bau in 10 Jahren abgeschlossen wird. Das heißt 7 Jahre lang totes Kapital, es wird ausgegeben, bringt aber nichts. Eben dagegen führen wir jetzt den Kampf. Wenn das Werk in 3 Jahren gebaut werden kann, heißt das, es muss in 3 Jahren fertig sein, und erst danach kann man etwas anderes anfangen. Wir verdoppeln jetzt unsere Kapazität, unser Tempo. Da ist die „Krise“, über die sie quatschen.

Ich bin der Ansicht, wir stehen glänzend da, unter dem Aspekt der Einheit der Partei, der Unterstützung des Volkes für unsere Partei, der Geschlossenheit des Volkes, die Autorität der Regierung, sowohl unsere große blühende Industrie als auch die Lösung der militärischen Probleme. Wir haben die Raketen- und Nuklearprobleme gelöst. Wir sind jetzt in eine andere Entwicklungsetappe der Streitkräfte eingetreten. Wir tauschen die alten Raketen gegen neue aus. Die Wissenschaft hat uns jetzt derartige Möglichkeiten verschafft. Hatten die Raketen früher eine Schubkraft von 50 Mio. Megatonnen, so sind es jetzt 100 Mio. Megatonnen. Doch dafür ist keine große Kapitalkonzentration mehr nötig.

²⁶³ Nikolaj Viktorovič Podgornyj, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, d. h. der obersten Führung.

Wie viele Bomben von 100 Mio. Megatonnen-Bomben sind beispielsweise nach unseren Berechnungen erforderlich? Höchstens 20. Wir können in Europa außer in England diese Bombe nicht explodieren lassen, weil unsere Truppen dann ebenfalls darunter zu leiden hätten. Die anderen Raketen tauschen wir aus, aber auch das erst nach und nach.

Mit einem Wort, wir sind zufrieden, dass wir den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen gewonnen und unsere Rüstung dadurch nicht unterminiert haben.

Jetzt können wir sozusagen frei atmen. Uns beunruhigt die Spannung, uns beunruhigt der „kalte Krieg“, aber es richtet sich nicht mehr gegen uns, sondern es ist das, was uns der Westen an den Hals wünscht, jetzt aber selbst bekommt. Darum lege ich mich ruhig schlafen. Wenn Bomben zu uns fliegen, werden sie auch dorthin fliegen, woher sie kommen. Das ist natürlich kein glänzender Ausweg, doch etwas anderes können wir nicht tun, solange sich die Imperialisten nicht einig werden. Sie haben Angst. Der Imperialismus lässt sich nicht auf Abrüstung ein, er hat Angst. Aber wir werden leben, werden leben angesichts der Koexistenz der zwei bewaffneten Lager. Eines Tages, so glauben wir, wird die Arbeiterklasse an die Macht kommen, dann wird sich die Situation ändern. Wann das sein wird? Ich weiß es nicht, doch das wird kommen. Wir werden warten, und nicht nur warten, sondern wir werden auch handeln.

Schon jetzt, wenn Sie, Herr Spaak, sich daran erinnern können, wenn man auch mal einen „Spaziergang“ in die Zeit vor 20 Jahren machen will, schon jetzt gibt es im Westen weniger Menschen als vor 20 Jahren, die, ohne Kommunisten zu sein, vor dem Kommunismus keine Angst [mehr] haben. Ich denke, dass es Ihnen irgendwie peinlich ist, sich das einzugestehen. (Heiterkeit).

Spaak: Durchaus nicht.

Chruschtschow: Das heißt, es gibt eine Entwicklung, sie geht in die richtige Richtung.

Wir wollen keinen Krieg führen. Wir spüren die Vorteile unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten, unserer Philosophie, unserer Politik. Wir zweifeln nicht daran, dass sie [die Politik] attraktiv ist. Deswegen wird uns ein Krieg nur Elend bringen, der Frieden aber nur Wohlstand. Deswegen werden wir von diesem Weg nicht abweichen und niemand wird uns davon abbringen.

Das ist unsere Politik.

Spaak: Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, antworte ich Ihnen mit ein paar Worten. Erstens, ich danke Ihnen, dass Sie mit solch einer Offenheit sprechen, sogar wenn Sie bisweilen auf meine Hühneraugen treten. (Heiterkeit)

Chruschtschow: Jeder Mensch hat seine Hühneraugen, was kann man da machen. Es heißt, dass es eine Salbe gegen Hühneraugen gibt – ich benutze sie nicht, aber man sagt, dass sie sowieso nicht hilft. (Heiterkeit)

Spaak: Zum kalten Krieg. Mir scheint, dass sich bereits vor einigen Jahren, nicht erst vor kurzem, bei den meisten Leuten im Westen der Wunsch verstärkt hat, aus dem „kalten Krieg“ auszusteigen. Ich verstehe, dass Sie noch abwarten wollen, aber in den letzten Monaten sind mindestens zwei große Reden erfolgt: die Enzy-

klika²⁶⁴ und die Rede Kennedys. Ich verstehe, wenn Sie sagen, man soll die Ergebnisse abwarten. Aber ich denke, dass sich jedenfalls der Gedanke, der im Westen dargelegt wird, dass [ein Ausgleich]²⁶⁵ mit dem Kommunismus gefunden werden muss, dass ein Gleichgewicht erforderlich ist, immer mehr und mehr verbreitet.

Ich verstehe, dass die kommunistische Welt Geduld üben soll, um abzuwarten, welche Ergebnisse das bringen wird. Aber es gibt die Grundtendenz: den Wunsch, eine friedliche Regelung der Frage zu finden.

Ich denke, dass jetzt nur wenige Irrsinnige denken können, dass die Differenzen zwischen der kommunistischen Welt und der westlichen Welt sich durch Krieg regeln lassen. Das ist immerhin eine große Wende, die sich [da] vollzieht. Ich denke, dass gerade in dieser Atmosphäre die praktischen Probleme überprüft werden sollten.

In Europa – ich spreche nicht von den anderen Kontinenten – haben wir nur zwei Probleme: die Abrüstung und die deutsche Frage. Gott sei Dank gibt es zwischen dem Kommunismus und Westeuropa keine anderen Probleme.

Zur Abrüstung. Die westlichen Länder haben immerhin einen gewissen Fortschritt gemacht. Wenn ich mich nicht irre, bewegen wir uns hinsichtlich der [Kernwaffen-]Versuche in der Luft und im Weltraum schon ganz nahe auf einen Konsens zu. Und die Schwierigkeit besteht hinsichtlich der unterirdischen Versuche. Je umfassender dieser Vertrag sein wird, desto besser wird er sein.

Was die unterirdischen Versuche betrifft, habe ich das, was Sie, Herr Vorsitzender, gesagt haben, dass eine Schwierigkeit bei der Kontrolle besteht, nicht ganz verstanden, lassen Sie nun die „Schwarzen Kästen“ unter internationaler Kontrolle zu?

Chruschtschow: Ja, wenn die auch das Verbot der unterirdischen Versuche umfasst. Wenn aber die unterirdischen [Versuche] ausgeklammert bleiben, dann nicht.

Was [die Versuche] unter Wasser und im Weltraum betrifft, ohne Schwarze Kästen, aber was die unterirdischen [Versuche anbelangt], mit Schwarzen Kästen, aber ohne Inspektionen. Zwei bis drei Inspektionen – wir ziehen jetzt unsere Vorschläge zurück; wir ziehen sie nicht zurück, sondern wir sagen, dass wir nicht darauf eingehen.²⁶⁶

Spaak: Sie haben aber gesagt, dass es sich um Schwarze Kästen unter internationaler Kontrolle handelt.

²⁶⁴ Enzyklika von Papst Johannes XXIII. vom 11. April 1963 „Pacem in terris“, die an „alle Menschen guten Willens“ gerichtet war.

²⁶⁵ Das – hier vermutungsweise eingesetzte – Wort fehlt im Originaltext.

²⁶⁶ Bei unterirdischen Kernwaffenversuchen entstehen Erderschütterungen, die zwar auch an weit entfernten Orten seismographisch gemessen werden können, jedoch vielfach nicht von anders verursachten Erderschütterungen zu unterscheiden sind. Daher forderten die Amerikaner Inspektionen, die in Zweifelsfällen Klarheit schaffen sollten. Kennedy hatte sich zunächst 12 Inspektionen festgelegt und dann ihre Zahl dann auf 6 verringert als Minimum, das sich bei der Ratifizierung gegenüber dem Senat vertreten lasse. Chrusčëv glaubte, ihn mit 3 Inspektionen zufriedenzustellen zu können, und erklärte Anfang Dezember 1962 gegenüber dem Friedensaktivisten Norman Cousins, der ihn mit einer Botschaft von Papst Johannes XXIII. aufgesucht hatte, die Bereitschaft dazu. Im Gespräch mit den Botschaftern der USA und Großbritanniens, Kohler und Trevelyan, am 20. April 1963 machte er deutlich, dass dies sein äußerstes Zugeständnis war. Als die Regierungen in Washington und London dies weiter als unzureichend betrachteten, widerrief er die in Aussicht gestellte Konzession mit dem Ergebnis, dass kein Einvernehmen über die Einstellung der unterirdischen Tests zustande kam.

Chruschtschow: Nein, das ist unter internationaler Kontrolle, die Schwarzen Kästen.²⁶⁷

Spaak: Wenn die Schwarzen Kästen irgendetwas anzeigen, was werden wir dann tun?

Chruschtschow: Jedenfalls werden wir ein Nachgraben, Umherfliegen und Umherfahren nicht erlauben.

Spaak: Nachdem der Schwarze Kasten aufgestellt ist, muss man aber nach einer gewissen Zeit nachschauen, was der Schwarze Kasten gesagt hat. Und wer wird das machen?

Chruschtschow: Das [macht eine] internationale Inspektion. Wir sind für die Zulassung einer internationalen Inspektion zur Prüfung der Schwarzen Kästen. Doch wir sind der Ansicht, dass die Schwarzen Kästen eine Art Kontrolle und Schreckgespenst²⁶⁸ sein müssen, weil sie es aufzeichnen, falls eine Explosion erfolgt.

Die neben Spaak sitzende Person (Spaak wiederholt dessen Frage): Die Frage ist die, wie viele dieser Kästen es gibt und ob wir einen Zeitplan für die Überprüfung der Ergebnisse der Kästen aufstellen können.

Chruschtschow: Wir haben in Genf die Meinungen [dazu] ausgetauscht, und meiner Ansicht nach dachten wir, dass diese Fragen mehr oder weniger auf Verständnis gestoßen sind.

Und das ist die Idee englischer und amerikanischer Wissenschaftler. Wir haben sie völlig zufrieden gestellt.

*Sorin:*²⁶⁹ Die Rede war von drei Kästen in drei verschiedenen Regionen.

Die neben Spaak sitzende Person: Aber die westliche Seite wollte eine größere Zahl von Kästen aufstellen, da versichert wurde, dass drei Kästen nicht genügen, um das gesamte Territorium abzudecken.

Chruschtschow: Die westliche Seite wollte die Sowjetmacht liquidieren und hat sogar ihre Truppen landen lassen.²⁷⁰ Was sie wollte, das ist eine ganz andere Sache. Mich interessiert nicht, was sie wollte. Das hat es auch gegeben. Wir haben sie aber verjagt. Und Hitler war hier, jetzt aber, sehen Sie, sitzen wir hier. Was sie so nicht alles wollten! Ich aber möchte gern, dass die ganze Welt kommunistisch wird. Doch das ist vorerst nicht möglich. Dazu wird es kommen, aber man muss Geduld haben.

Spaak: Es würde für Sie schwierig werden, wenn die ganze Welt kommunistisch wäre.

Chruschtschow: Sie nehmen Bezug auf unsere Differenzen mit den Chinesen? Aber bei uns ist die Lage besser als bei Ihnen; unsere Auseinandersetzungen sind

²⁶⁷ Offensichtlich ist gemeint, dass die Schwarzen Kästen bereits den Tatbestand der internationalen Kontrolle erfüllen – womit eigentlich die gestellte Frage bejaht wird.

²⁶⁸ Die Übersetzung kann hier auch lauten: Vogelscheuche.

²⁶⁹ Valerian Aleksandrowič Zorin, sowjetischer Experte und Unterhändler zu Abrüstungsfragen.

²⁷⁰ Diese Bemerkung bezieht sich auf die Jahre des russischen Bürgerkriegs von 1918 bis 1920.

sozusagen Überbleibsel Ihrer Probleme. Dieses Erbe stammt von Ihnen. (Heiterkeit)

Lassen Sie uns das lieber nach dem Mittagessen klären. Ich möchte Sie nach dem Mittagessen zum Angeln einladen. Und da werden wir das dann klären, so einen Hecht werden wir fangen. (Heiterkeit)

Spaak: Was ich sagen möchte, ist dies: Ich denke, je umfassender das Einvernehmen zwischen Engländern, Amerikanern und der Sowjetunion ist, desto vollständiger, desto stärker hilft das bei der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages.

Chruschtschow: Ich glaube natürlich, das ist richtig. Wir wollen das. Aber ich komme wieder auf meine Sache zu sprechen. Ich entschuldige mich, dass ich Sie unterbrochen habe.

Spaak: Ich kann da nicht mitreden, weil ich kein Techniker bin – aber wenn etwas mehr nötig ist, wenn es darauf ankommt, könnte man ein erstes Experiment machen und sehen, was diese schwarzen Kästen leisten. Und dann muss man die Kontrollfrage weiter betrachten, weil der Nichtangriffspakt bei den westlichen Ländern auf zwei Einwände stößt. Wer mehr oder weniger rasch zu der Ansicht kommt, dass der Abschluss des Nichtangriffspakts notwendig ist, meint, dass er auf konkreten Erfolgen beruhen sollte. Die andere Schwierigkeit liegt darin, dass es auf westlicher Seite Regierungen und Länder gibt, die dazu nicht bereit sind. Aber je umfassender das demnächst zu schließende Abrüstungsabkommen zwischen der Sowjetunion, den Amerikanern und Engländern wäre, desto größer wären die Chancen für den Abschluss des Nichtangriffspaktes.

Und eben deswegen sollte man meiner Ansicht nach über einige weitere Maßnahmen nachdenken, welche die anderen Länder betreffen. Sollte man nicht über Erfolge nachdenken, die sich hinsichtlich der Liquidierung der Raketenabschussbasen in Europa, natürlich außer Russland, erzielen ließen, und ebenso darüber, was die konventionelle Rüstung sowie die taktischen Atomwaffen anbelangt. Man könnte an die Schaffung einiger Kontrollorgane in bestimmten Zonen denken.

Wenn auch anderes von ähnlicher Art verwirklicht werden würde, dann fände, so nehme ich an, die Idee des Abschlusses des Nichtangriffspakts bei den Westmächten starke Unterstützung.

Ich möchte Ihnen gern etwas zu Berlin und Deutschland sagen.

Chruschtschow: Vielleicht sollte ich auf diese Fragen antworten?

Spaak: Bitte.

Chruschtschow: Ich kenne Ihren Standpunkt zu diesen Fragen und stimme vielem zu. Ich bin mit der atomfreien Zone einverstanden,²⁷¹ ich stimme einer Kon-

²⁷¹ Es geht hier um Varianten des – erstmals vom polnischen Außenminister Adam Rapacki initiierten und danach von der UdSSR gebilligten – Plans einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der von der NATO mit dem Argument abgelehnt wurde, dass er faktisch die westliche Seite denuklearisiere, der Sowjetunion aber weiter den Einsatz der auf ihrem Territorium stationierten Kernwaffen erlaube.

trolle zu, der Errichtung einer Kontrolle über die taktischen Kernwaffen in dieser Zone.

Sie wissen aber, dass wir damals die Errichtung einer Kontrolle an den Eisenbahnknotenpunkten, auf den Flugplätzen, in den Häfen vorgeschlagen haben, um einen Überraschungsangriff auszuschließen. Daran halten wir weiter fest.

Womit sind wir nicht einverstanden? Mit Inspektionen auf unserem Territorium. In dieser Hinsicht sind wir Muslime: In unseren Harem können wir keine Männer hereinlassen, nur Eunuchen können wir hereinlassen. (Heiterkeit) Wenn also jemand das wünscht, soll er sich einer Operation unterziehen. (Heiterkeit)

Spaak: Sie sind Kommunist, rufen den christlichen Gott an und gleichzeitig sind Sie Muslim. (Heiterkeit)

Chruschtschow: Es heißt, bete zu Gott und ärgere nicht den Teufel.

Spaak: Wenn ich richtig verstanden habe, stimmen Sie einer Standortkontrolle zu.

Chruschtschow: Ja, unsere Flugplätze: bitteschön, unsere Eisenbahnknotenpunkte: bitteschön, die Straßenknotenpunkte: bitteschön.

Spaak: An welcher Stelle?

Chruschtschow: Im ganzen Land.

Spaak: Bei Ihnen ebenfalls?

Chruschtschow: Ja, ja, wechselseitig. Das sind unsere Vorschläge, der Westen hat sie nicht angenommen. Sehen Sie, was das für kluge Vorschläge sind und wie dumm doch die westlichen Politiker sind? (Heiterkeit).

Spaak: Nicht alle im Westen lehnen sie ab.

Chruschtschow: Was haben Sie bloß für Verbündete.

Spaak: Ich bin Optimist, deswegen denke ich, dass in einer neuen Atmosphäre nachgedacht werden muss.

Sie müssen auch verstehen, Herr Vorsitzender, dass der Westen es ebenfalls satt hat, in Kriegsangst zu leben. Sie können sagen, dass es Imperialisten gibt, dass es große, gefährliche Länder gibt, aber es gibt kleine Staaten, und davon gibt es viele in Westeuropa, und sie sind zu vielem bereit, um einen Krieg zu verhindern. Ich komme immer wieder auf meinen Standpunkt zurück: Wenn es ein Einverständnis in Bezug auf die Atomwaffen gibt und dieses sich auf alle Länder der NATO erstrecken würde und es eine Standortkontrolle gäbe, vor allem was die immobile Kontrolle beträfe, dann ließe sich die Idee des Nichtangriffspaktes in diesem Sinne uneingeschränkt vertreten.

Chruschtschow: Welche Raketen haben Sie im Blick, die strategischen?

Spaak: Ja, die strategischen.

Chruschtschow: Damit sind wir nicht einverstanden.

Spaak: Womit sind Sie nicht einverstanden?

Chruschtschow: Wir sind mit einer Kontrolle unserer strategischen Abschussrampen nicht einverstanden.

Spaak: Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Man kann sagen, dass es in einer bestimmten geographischen Zone keine Abschussrampen mehr geben wird.

Chruschtschow: Damit sind wir einverstanden.

Spaak: Es versteht sich von selbst, dass von dieser Zone Sowjetrussland ausgenommen wird.

Chruschtschow: Damit sind wir einverstanden. Wir haben eine vollständige Kontrolle in einem Grenzstreifen von jeweils 800 km nach Westen und 800 km nach Osten vorgeschlagen. Wir haben dem Westen die Errichtung einer Kontrolle bei unseren im Ausland stationierten Truppen und bei den in Deutschland, in Frankreich und anderen Ländern stationierten Truppen vorgeschlagen. Eine vollständige Kontrolle.

Spaak: Ich meine, dass man diese Idee erneut aufgreifen sollte. Aber es gibt ein großes Hindernis, das ist die Atompolitik Frankreichs.²⁷²

Chruschtschow: Das sind aber Bauchschmerzen des Westens.

Spaak: Eine andere Idee ist die immobile Kontrolle.

Chruschtschow: Ja, ja, die immobile, das habe ich Ihnen [schon] gesagt, betreffend die Flugplätze.

Spaak: Ist es etwa so, dass diese 800 km beiderseits der Grenze eine Idee sind, und eine andere Idee ist die Kontrolle der Flugplätze, der Verbindungswege, der Knotenpunkte?

Chruschtschow: Ja, das ist eine andere Idee, weil die 800 km damals die Frage des Überflugs betrafen. Wir waren damals nicht mit Überflug und Fotografieren einverstanden. Damals war Eisenhower von der Idee des Fotografierens besessen.²⁷³ Jetzt ist das nicht mehr nötig, weil wir jetzt vom Weltraum aus wunderbar fotografieren, und die Amerikaner machen das offenbar auch. (Heiterkeit). Ich kann Ihnen Fotos von Städten und Startplätzen Amerikas zeigen, und auch Sie haben sicher welche.

Spaak: Ein glückliches Land – ich habe keine Kosmonauten. (Bewegung)

Chruschtschow: Schließlich die Kontrolle der Eisenbahnknotenpunkte: Damit es keine geheime Truppenkonzentration gibt. Dafür treten wir jetzt ein. Denn die strategischen Waffen – das sind Waffen weltweiter Vernichtung. Deswegen wird kaum ein Verrückter einfach so zu dieser Waffe greifen, um das gesamte Land zu

²⁷² Frankreich war unter de Gaulle um den Aufbau einer selbständigen nationalen Kernwaffenstreitmacht bemüht und weigerte sich, dabei irgendwelche Auflagen und Kontrollen zu akzeptieren.

²⁷³ Die Äußerung bezieht sich auf die Auseinandersetzung vor Eröffnung der – dann gescheiterten – Pariser Gipfelkonferenz am 16. Mai 1960. Damals warf Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower vor, mit dem Flug des Aufklärungsflugzeugs U-2 über der UdSSR, das dabei Fotoaufnahmen gemacht hatte, einen Aggressionsakt begangen zu haben.

vernichten. Doch Eroberungsziele – diesen dient die Infanterie. Da ist es erforderlich, dass niemand diese Infanterie heimlich [an einer Stelle] konzentrieren und einen Krieg anfangen kann. Daher stimmen wir einer Kontrolle der Flugplätze, Eisenbahnknotenpunkte, Straßenknotenpunkte und Häfen zu.

Spaak: Aber ich bin der Ansicht, Herr Vorsitzender, wenn man diesen Gedanken bis zu Ende denkt, führt er recht leicht zum Nichtangriffspakt.

Chruschtschow: Wir sind dafür.

Spaak: Also das ist ein großer Fortschritt.

Was Deutschland betrifft, haben Sie mich etwas erschreckt. Ich wusste, was Sie mir sagen würden, weil Sie beim letzten Mal gesagt haben, dass die Gefahr darin besteht, dass Deutschland einen zu großen Platz in Europa erhält.²⁷⁴ Und wenn Sie das so gesagt haben – das ist meine persönliche Ansicht, ich spreche für niemanden, sondern nur für mich – dann ist die Entwicklung der westlichen Politik in diesem Bereich recht gefährlich. Meiner Ansicht nach tut man zu viel, um Deutschland zum ersten Land in Westeuropa zu machen. Hier hatten Sie mir gegenüber Recht. Aber am interessantesten ist, wie das zu verhindern ist. Und natürlich wäre es sehr nützlich, wenn das Deutschland- wie auch das Berlin-Problem sogleich gelöst würden. Und ich bedauere, dass seitens des Westens einigen Ideen wenig Aufmerksamkeit zuteilwurde, die Sie 1961 geäußert haben.

Erstens will ich Ihnen offen sagen, dass Frankreich unsere wunde Stelle in West-Berlin berührt hat,²⁷⁵ um die Regelung anderer Abrüstungsvereinbarungen und des Nichtangriffspakts nicht zu verhindern.²⁷⁶ Die große Schwierigkeit für uns hinsichtlich des Friedensvertrages mit Deutschland liegt darin, die Zustimmung Deutschlands zu bekommen. Und mir scheint, dass es in dieser Hinsicht keinen Fortschritt gibt.

Zur Berlin-Frage. Was wäre zu tun, um eine Regelung dieser Frage zu finden, und wenn das Berlin-Problem gelöst wäre, frage ich mich, welche Gegensätze²⁷⁷ gäbe es dann noch zwischen der kommunistischen Welt und der westlichen Welt in Europa? Kennedy hat erst kürzlich gesagt: Die Vereinigung Deutschlands und Berlins, das sind Probleme, die wir in nächster Zeit nicht lösen können.

Ich hoffe, dass Fortschritt bei der Abrüstung den Fortschritt bei der Verwirklichung der Idee des Nichtangriffspakts fördert, die im gegebenen Fall am ehes-

²⁷⁴ In dem Gespräch am 19. September 1961 hatte Chrusčëv argumentiert, dass die Westmächte in der Deutschland-Frage zu viel Rücksicht auf die Bundesregierung nähmen und dass das Problem der deutschen Einheit Sache nicht der anderen Mächte, sondern der beiden deutschen Staaten sei. Es komme darauf an, die internationale Lage durch Abschluss des noch ausstehenden Friedensvertrags zu stabilisieren und damit einen von Westdeutschland ausgehenden Krieg zu verhindern. Siehe das sowjetische Protokoll dieser Unterredung in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 446–459.

²⁷⁵ Staatspräsident de Gaulle war derjenige Regierungschef der drei Westmächte, der sich wie Adenauer einer Berlin-Regelung mit der UdSSR widersetzte, weil diese – vor dem Hintergrund der bedrohten Lage der Stadt – nur zu einem Status quo minus führen könne.

²⁷⁶ Der Sinn dieser Aussage ist unklar, denn de Gaulle lehnte den Abschluss dieser Verträge ebenfalls ab.

²⁷⁷ Im russischen Originaltext steht: Widersprüche. Den in der Philosophie Hegels wurzelnden Grundlagen der marxistischen Doktrin folgend, wurde in der UdSSR dieser dem Bereich der Logik zugeordnete Begriff zur Beschreibung der realen Weltverhältnisse benutzt, also im Sinne von Gegensatz und Konflikt.

ten realisierbar wäre. Doch bin ich der Ansicht, eine positive Verwirklichung dieser Ideen würde die Berlin- und Deutschland-Fragen erschweren.

Chruschtschow: Ich kann Ihnen darauf antworten. Ich bin der Ansicht, solange es keinen Abrüstungsvertrag geben kann, wird die deutsche Frage nicht entschieden werden, weil die deutsche Frage die ganze Zeit unsere Beziehungen belastet. Kaum dass wir damit beginnen, uns mit der deutschen Frage zu befassen, fangen wir sofort an zu zählen, wer wie viel Raketen und wie viele Atombomben hat. (Unruhe) Sofort springt McNamara²⁷⁸ auf, wir schicken Malinowskij²⁷⁹ vor, und es beginnen „Gespräche über Abrüstung“. (Heiterkeit)

Spaak: Sollte man sie beide beseitigen?

Chruschtschow: Was McNamara betrifft, bin ich einverstanden. Sie kennen ihn besser als wir. Doch Malinowskij bei uns ist ein guter Kommunist und Soldat, und er macht das, was wir ihm sagen; und dann bürgt sein Alter dafür, dass er kein Interesse an der militärischen Uniform hat.²⁸⁰

Spaak: Weder Europa noch Amerika wollen wegen Berlin einen Krieg beginnen.

Chruschtschow: Richtig. Dann aber fragt man sich: Kennedy hält eine Rede und sagt, wir werden Berlin und Westdeutschland verteidigen! Hört! Und wer greift an?

Ich erzähle Ihnen eine Anekdote aus der Zeit des Bürgerkrieges. Ich fragte Budjonnyj,²⁸¹ ob sich das tatsächlich so zugetragen hat, aber er hat es weder bestätigt noch verneint.

Eine Einheit der Budjonnyj-Armee weigerte sich während des Bürgerkriegs, Krieg zu führen: Es ging die Propaganda um, man habe sie verkauft, die Kommandeure seien käuflich, wir werden keinen Krieg führen. Das sagte man Budjonnyj. Budjonnyj schwang sich auf sein Pferd und hin zu diesem Truppenteil. Er befahl, Aufstellung zu nehmen. Als alle angetreten waren, hielt Budjonnyj eine Rede: Warum zieht ihr, sagt er, nicht in den Kampf. Sie schreien: Man hat uns verkauft, überall [sind] Verräter. Er sagt: Was für ein Mist, wer kauft denn so einen Mist! (Heiterkeit) Auf in den Kampf! Und sie stiegen auf die Pferde und zogen in den Kampf. (Heiterkeit)

Wozu brauchen wir Berlin? Wieso sollen wir es erobern? Wer braucht das? Ich rede schon in den Worten Budjonnyjs. (Heiterkeit).

Spaak: Ich bin der Ansicht, es ist sehr unwahrscheinlich, dass ein Krieg zwischen der kommunistischen Welt und der westlichen Welt wegen Berlin oder Deutschland möglich ist, da für den Westen die deutschen Grenzen schon für immer feststehen.

Chruschtschow: Ich denke ebenso. Ich sage sogar noch mehr. Auch wenn jetzt davon geschwätzt wird, wir würden Krieg führen, doch sogar wenn wir Berlin

²⁷⁸ Robert McNamara, Verteidigungsminister der USA.

²⁷⁹ Marschall Rodion Jakovlevič Malinowskij, Verteidigungsminister der UdSSR.

²⁸⁰ Gemeint ist: keinen Krieg führen will.

²⁸¹ Semën Michajlovič Budënnij, erfolgreicher Reitergeneral der Roten Armee im russischen Bürgerkrieg 1918–1920.

einnähmen, würden wir keinen Krieg anfangen. Aber verstehen Sie mich bitte richtig – Sie werden mir zustimmen, denn Sie haben aufgrund Ihrer Lage kein Recht, mir nicht zuzustimmen – wir haben nicht vor, es zu erobern, wir brauchen es gar nicht; ich sage Ihnen das in aller Schärfe.

Man sagt: Wir würden Krieg führen... Aber wissen Sie, auf den Knopf zu drücken, das überlegt man sich. Es ist eine Sache daherzureden, eine andere Sache aber, auf den Knopf zu drücken. Das sind unterschiedliche Situationen.

Welche Situation haben wir jetzt? Wenn Sie unser Gespräch jetzt schon wieder auf die deutsche Frage gebracht haben. Wenn Kanzler Adenauer jetzt an Präsident Kennedy ein Telegramm schriebe: Ich bin zu dem Schluss gekommen, Herr Präsident, das Beste ist tatsächlich der Abschluss des Friedensvertrags ...

Spaak: Mit ganz Deutschland?

Chruschtschow: Ja, mit beiden Deutschlands. Dann wird Kennedy sagen: Oh!

Wer würde anders aufstöhnen? De Gaulle. Ich sage Ihnen warum. De Gaulle hat mir gesagt: dass Deutschland in zwei Teile geteilt ist, das ist zu wenig, man braucht drei bis vier Teile, das ist besser. (Bewegung) Er hat mir gesagt: Herr Chruschtschow, wir sind dagegen, dass sich Deutschland wiedervereinigt, das ist gefährlich.²⁸²

Frankreich begreift das.

Lassen Sie es uns so machen: Alles so belassen, wie es ist. Aber, sagt er, wir befürchten, dass Westdeutschland dem Ostblock beitreten könnte, das ist, sagt er, für uns gefährlich, Sie sind ohnehin schon stark, dann aber wird sich eine andere Situation ergeben.

Ich sage: Wir brauchen das nicht.

Warum ist de Gaulle denn gegen den Abschluss des Friedensvertrags? Weil das der einzige Faden ist, den de Gaulle in den Händen halten will, um Westdeutschland an Frankreich zu binden.

Mit Unterzeichnung des Friedensvertrags bliebe de Gaulle nichts mehr, um Einfluss auf Westdeutschland zu nehmen. Nichts bleibt [dann noch]. Deswegen sage ich es Ihnen.

Was für eine Entwicklung kann es geben? Die Westdeutschen werden selbst einsehen, dass weder die NATO noch de Gaulle, noch alle sonstigen Politiker Westdeutschland mit irgendetwas helfen werden. Gestützt auf de Gaulle, wird Adenauer kein einheitliches Deutschland bekommen. Dann muss bei den Westdeutschen ein Denkprozess einsetzen, und möglicherweise tritt das ein, wovor der Westen am meisten Angst hat. Westdeutschland kann seine Wirtschaft nach Osten umdirigieren und wird die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in guten Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern suchen.²⁸³

²⁸² Diese Darstellung entspricht nicht dem Verlauf des Gesprächs am 24. März 1960, wie de Gaulles Aussagen dazu im sowjetischen Protokoll belegen (siehe Band 2 dieser Dokumentation auf S. 308–312, 316 f). Damals erklärte der französische Staatspräsident, für Frankreich sei der entscheidende Gesichtspunkt, dass die Deutschen auf seiner Seite stünden, und machte zudem deutlich, dass er davon ausgehe, die deutsche Nation werde sich mit der Teilung nicht auf Dauer abfinden.

²⁸³ Chruschtschow war schon seit jeher der Ansicht, dies sei die politische Ausrichtung, die – anders als die Bindung an den Westen – dem wahren deutschen Interesse entspreche.

Um es mit einem Wort zu sagen, das ist Rapallo.²⁸⁴ Rapallo war für die Deutschen vorteilhaft und für die Sowjetunion vorteilhaft. Rapallo ist von Hitler kaputt gemacht worden. Das war nicht im Interesse der Deutschen und nicht in unserem Interesse. Doch diese Zeit muss wiederkommen. Ein neues Rapallo muss her. Und dann kann keiner, weder de Gaulle noch Kennedy, die Deutschen noch stoppen.

Die wirtschaftlichen Interessen drängen die Deutschen zur Annäherung an uns. Frankreich ist ein Konkurrent, Amerika ist ein Konkurrent, England ist ein Konkurrent, Japan ist ein Konkurrent, Italien ist ein Konkurrent. Wir sind das Land, das mit ihnen harmoniert.²⁸⁵ Das werden die Deutschen begreifen, und sie begreifen es schon jetzt. Aber es gibt noch das Alte. Wenn Adenauer geht, wird ein anderer kommen, ich weiß nicht, ob der genügend Verstand und Mut haben wird, und auch der wird gehen, und es wird sein Wirth da sein – Wirth war damals Premier²⁸⁶ – der die politischen und wirtschaftlichen Vorteile begreifen wird;²⁸⁷ dass es weder Westdeutschland noch allen Ländern der NATO zusammen möglich ist, uns jetzt mit Gewalt zu verdrängen. Aber die Hauptsache ist jetzt für sie das Geeinte Deutschland.²⁸⁸ Jetzt sagen sie schon, Adenauer sagt, dass dies unmöglich ist. Aber, so sagt er, wir wollen das nicht durch Krieg. Sogar Adenauer sagt das. Na, was denn, werden wir es machen, wenn Sie in der NATO dafür stimmen?

Spaak: Nein, nein.

Chruschtschow: Das heißt, welche Möglichkeiten [gibt es] für die Vereinigung? Gar keine. Wem nützt das? Da wurde es doch den Deutschen verwehrt, uns Röhren zu liefern.²⁸⁹ Wer hat dabei gewonnen? Die Amerikaner, und die Deut-

²⁸⁴ Als Staaten, die sich beiderseits von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges in Bedrängnis gebracht sahen, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und ausgedehnten Handel vereinbarten. Der Vertrag war der Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen sowie – unter strenger Geheimhaltung – militärischen Zusammenarbeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab der Begriff „Rapallo“ im Westen der Sorge Ausdruck, die Deutschen könnten sich vom Bündnis mit den Westmächten ab- und der UdSSR zuwenden.

²⁸⁵ Im russischen Text versehentlich „garomničeskaja strana“ statt „garmoničeskaja strana“.

²⁸⁶ Der Zentrumsabgeordnete Joseph Wirth war in der Weimarer Republik für kurze Zeit Reichskanzler. Ende 1952 ließ er sich von der SED zum Aufbau einer politischen Organisation in der Bundesrepublik veranlassen, die von ihr finanziert und von beauftragten Kadern gelenkt wurde.

²⁸⁷ Der folgende Nebensatz hat keinen Hauptsatz. Vermutlich hat der frei formulierende Chruščëv das auch so gesagt.

²⁸⁸ Großschreibung (völlig ungewöhnlicherweise) im russischen Originaltext. Gemeint ist, dass sich der Westen nach außen hin auf diese Forderung festgelegt habe. Faktisch war dies nicht der Fall, wie Kompromissangebote zeigten, denen zufolge die Westmächte im Falle einer noch akzeptablen Berlin-Regelung unter anderem zur Anerkennung der DDR bereit gewesen wären.

²⁸⁹ So die sinngemäße Aussage. Der russische Text, den Deutschen sei die Möglichkeit genommen worden, der UdSSR einen Röhren-Auftrag zu geben, erweckt den falschen Eindruck, als habe die Bundesrepublik Röhren bestellen wollen. Tatsächlich ging es um einen sowjetischen Auftrag bei den westdeutschen Stahlfirmen Mannesmann, Phoenix Rheinrohr und Hoesch, Großrohre für den Bau der „Freundschaftsleitung“ von den Öl- und Gasfeldern zwischen Wolga und Ural nach Schwedt in der DDR zu liefern. Die Bezahlung sollte durch künftige Erdgaslieferungen erfolgen. Angesichts der Berlin-Krise und auf Drängen der USA fasste der NATO-Rat am 21. November 1962 den Beschluss, dass derartige Geschäft mit der UdSSR nicht abgeschlossen werden dürften. Strittig war, ob das auch für Geschäfte galt, die bereits vertraglich besiegelt worden waren. Im vorliegenden Fall bestand die amerikanische Seite darauf und machte geltend, das über die Leitung in die DDR gepumptes Erdöl sei, weil es auch der Versorgung der dort stationierten sowjetischen

schen haben den Schaden gehabt. Die Engländer wollten verdienen, sie haben uns ein Angebot gemacht, und wir haben abgelehnt, die Schweden wollten verdienen, sie haben ein Angebot gemacht, und wir haben abgelehnt. Wir brauchen keine Röhren, wir produzieren sie selbst. Den Deutschen ist das [jetzt] klar.

Spaak: Herr Vorsitzender, eben erst haben Sie von den Chinesen gesprochen, ich werde Ihnen etwas zu den Franzosen sagen.

Ich habe große Sorge, dass der Fortschritt in vielen Bereichen, vor allem auf dem Feld der Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts, sich im Zusammenhang damit etwas verzögert, dass es den Fall Deutschland und den Fall Berlin gibt.

Das, was Sie gesagt haben, ist, glaube ich, alles möglich. Doch das Unglück besteht jetzt darin, dass wir nicht mit Fortschritten im Bereich des Abschlusses des Nichtangriffspakts zwischen der Sowjetunion und einigen westlichen Ländern rechnen können, wir können nicht mit anderen Schritten nach vorn rechnen, weil die Lage in Deutschland beunruhigend ist. Wir wissen nicht, auf welche Weise das Deutschland- und das Berlin-Problem gelöst wird. Die werden künftig gelöst werden, doch ist es unnötig, dass sie [bis dahin] bluten.

Chruschtschow: Aber die Blutung lässt sich nur durch Unterzeichnung des Friedensvertrags stillen. Andere Maßnahmen gibt es nicht. Ich bin dafür, die Blutung zu stillen, und das geschieht durch Unterzeichnung des Friedensvertrags. Das stimmt. Dafür haben Sie ein gutes Wort gefunden. Wir nennen das einen schwelenden Krieg, Sie sagen dazu Blutung – das ist richtig.

Spaak: Gegenwärtig treten die Amerikaner, die Engländer und die Mehrheit der anderen westeuropäischen Länder für einen Fortschritt bei der Abrüstung ein, sogar für atomare Abrüstung und für Abrüstung in Europa, was logischerweise zum Nichtangriffspakt führen würde. Aber das wäre [nur] möglich, wenn es nicht ständig die deutsche Frage gäbe, [wenn] Deutschland und Frankreich nicht da wären, die schwerlich davon zu überzeugen sind. Man muss eine vernünftige Regelung der bestehenden deutschen und Berliner Fragen erreichen.

Chruschtschow: Das ist richtig, ich stimme Ihnen zu. Und überdies braucht de Gaulle Deutschland im Kampf gegen die Vereinigten Staaten und England, und deswegen fördert er die aggressiven Kräfte in Westdeutschland. Und das einzige Reale, was er [ihnen zu bieten] hat, ist die Verweigerung der Zustimmung zum Friedensvertrag mit Deutschland. Doch dieser Trumpf kann ihm aus der Hand geschlagen werden von den Westdeutschen selbst, wenn sich Westdeutschland umschaut und sich davon überzeugt: Der König ist ja nackt. (Heiterkeit) De Gaulle kann da nichts machen. Er kann den Abschluss des Friedensvertrages nicht stoppen, und bei der Wiedervereinigung Deutschlands wird er nicht helfen. Doch die Hauptsache für Westdeutschland ist die Wiedervereinigung. Und deswegen bleibt diese Hauptsache ohne Regelung, wenn sich ein Block oder eine Achse Bonn-Paris bildet.

Truppen diene, ein Faktor von erheblicher strategischer Bedeutung. Adenauer akzeptierte das Argument, ließ das Röhren-Embargo am 18. Dezember 1962 offiziell erklären und setzte sich im Bundestag für die nachträgliche Aufhebung des Vertrags ein. Mit großer Mühe bewog er das westdeutsche Parlament am 18. März 1963 mit knapper Not zur Zustimmung.

Und das heißt, die Deutschen können dann auf Paris spucken und sich Moskau zuwenden. Das ist für die Deutschen am realistischsten und vorteilhaftesten.

Spaak: Das ist natürlich so. Aber grundlegend für uns, für die anderen Länder ist es, den Fortschritt bei der Lösung des Abrüstungsproblems nicht zu behindern und die deutsche Frage etwas anders zu stellen, damit sie das nicht verhindert.

Chruschtschow: Sie wissen, dass dies nicht möglich ist, weil das wie ein Geschwür am Körper ist: Ich lenke mich zwar ab, aber es pocht, und ich muss zum Arzt gehen und es entfernen lassen.

Spaak: Doch dieses Geschwür würde viel von seiner Bedeutung verlieren, wenn wir uns in anderen Bereichen auf dem Weg des Fortschritts befänden.

Chruschtschow: Ein Fortschritt unter Weglassung Deutschlands ist nicht möglich. Natürlich werden wir in diesem Fall – das sage ich Ihnen – von Zeit zu Zeit Druck ausüben. Lippmann²⁹⁰ hat einen guten Artikel geschrieben, er ist ein kluger Mensch. Im Gespräch mit Adshubej²⁹¹ hat er das auch gesagt. Als Sie, sagt er, in Berlin die Mauer errichtet haben, haben Sie alles bekommen; Sie haben bekommen, was Sie brauchen, und Sie haben Kennedys Fuß bei sich behalten, und wenn es nötig ist, treten Sie auf diesen Fuß, und Sie können treten. Ein kluger Mann. Und so werden wir es auch machen. Wir haben keinen anderen Ausweg. Solange wir Sie nicht zum Nachdenken bringen, dass es besser ist, den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Spaak: Herr Vorsitzender, wenn Sie jedoch [ihm] in Berlin auf den Fuß treten, beziehen Sie einen etwas falschen Standpunkt, insofern Sie damit diejenigen NATO-Länder behindern, die einen Kompromiss mit der Sowjetunion erreichen möchten.

Chruschtschow: Das stimmt. Aber wir werden es so machen, wie es bei uns in der Erzählung von Tschechow „Der Übeltäter“ heißt: Er wurde bestraft dafür, dass er Schrauben [vom Schienenstrang der Eisenbahn] abgeschraubt hat. Der Richter sagt:

- Wieso hast du Schrauben abgeschraubt?
- Wieso denn? Um Fische zu fangen.
- Es kann doch eine Katastrophe geben, Menschen werden sterben.
- Das kann nicht sein, seit vielen Jahren machen wir das im ganzen Dorf so, und es hat keine Katastrophe gegeben. Wir wissen, welche Schraube abzuschrauben und welche dran zulassen ist. (Heiterkeit)

So [machen] wir es auch in Berlin: Eine Schraube schrauben wir ab, und die andere lassen wir dran. Wir werden das mit Verstand machen.

Spaak: Diese Sache mit den Schrauben ist sehr kompliziert. (Unruhe).

Chruschtschow: Das stimmt. (Heiterkeit)

²⁹⁰ Walter Lippmann, führender amerikanischer Kolumnist, vertrat linksliberale Überzeugungen und übte auf dieser Grundlage wiederholt Kritik an der Regierungspolitik in Washington.

²⁹¹ Chruščëvs Schwiegersohn Aleksej Adžubej besuchte die USA mehrfach, so im Herbst 1961, Anfang März 1962 und im Herbst 1962 (im Zusammenhang mit der Kuba-Krise).

Spaak: Doch es ist ernstlich so, dass es unter den NATO-Ländern eine Mehrheit gibt, darunter die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die eine Regelung der Fragen mit der Sowjetunion suchen. Und wenn die deutsche Frage und die Berlin-Frage mit Schärfe [zur Entscheidung] gestellt werden, ist das ein Triumph für die anderen.

Chruschtschow: Doch eine [einzige] Schraube... (Heiterkeit)

Spaak: Ich bitte den Herrn Vorsitzenden um Unterstützung für die Politik der NATO. (Heiterkeit)

Chruschtschow: Eine Schraube lassen wir dran zu ihrer Unterstützung.

Spaak: [Bloß] ein kleines Schräubchen.

Chruschtschow: Herr Minister, wenn wir keine einzige Schraube anrühren, dann heißt es: Alles ist gut, wozu ein Friedensvertrag, soll es doch so bleiben, alles ist gut. Das hat mir de Gaulle gesagt: Wozu brauchen Sie das, alles läuft gut. Aber nur eine einzige Schraube, und es wird sichtbar, dass nicht alles gut ist.

Spaak: Die Politik de Gaulles bildet die Hauptgefahr. Wenn alles gut läuft, heißt es: Da alles gut ist, bedeutet das, wir brauchen nichts zu tun. Wenn es aber um die Sache schlecht steht, so heißt es dann, tun wir nichts, weil wir [die Sache] unter Drohung nicht erörtern können.²⁹²

Aber es gibt unter uns eine riesige Mehrheit, die der Ansicht ist, dass die Idee der Koexistenz [und] die Idee, dass ein Krieg nicht unausweichlich ist, gute Ideen sind, es sind gerechte Ideen. Aber es gibt auch welche, die der Ansicht sind, dass man diese Ideen in Tatsachen umwandeln muss und sich nicht immer auf Reden beschränken darf. Es gibt so eine Mehrheit, die in dieser Hinsicht Tatsachen sehen möchte.

Chruschtschow: Das ist richtig. Ich wiederhole, wir unterstützen genau diese Politik und vertreten die Standpunkte der friedlichen Koexistenz.

Wir sind Kommunisten, wir sind Gegner des Kapitalismus, aber dieser Streit darf nicht zwischen den kommunistischen Ländern und den kapitalistischen Ländern entschieden werden, sondern diese Fragen müssen innerhalb des Staates durch das Volk entschieden werden. Wieso soll ich gegen Frankreich Krieg führen müssen, damit dort der Sozialismus siegt? Die Franzosen bitten mich nicht darum, sollen die Franzosen das selbst entscheiden. Sollen die Belgier das selbst entscheiden. Doch wir sind bereit, friedlich zu koexistieren.

Im Frühjahr war ich in einem Werk bei Moskau, dort sprach ich mit Ihrem Ingenieur, einem Belgier. Ein guter Mann, er ist dort mit seiner Familie: Frau und Kind. Er ist der Firmenvertreter und befasst sich mit der Montage der Chemie-ausrüstung. Die Belgier haben uns eine gute Anlage geliefert, eine sehr gute. Ich habe gesagt: Man sollte vielleicht daran denken, noch 1-2 Werke zu kaufen. Das wäre sowohl für uns als auch für Sie von Nutzen. Und das Verhältnis zwischen

²⁹² Dieses Argument diente in der NATO und in den USA wiederholt zur Begründung des Standpunkts, dass man unter den gegebenen Umständen nicht mit der UdSSR verhandeln könne.

unseren Arbeitern und Ihren Technikern ist sehr gut. Das Kind dieses Ingenieurs drohte zu sterben, es war erkrankt, und unsere Ärzte haben es dem Tod buchstäblich aus den Händen gerissen; und er [der Vater] war sehr vom menschlichen Verhalten ihm gegenüber angetan. Und auch das ist schließlich friedliche Koexistenz.

Natürlich sind wir für den Kommunismus. Aber wieso soll ich für die Belgier entscheiden. In Belgien gibt es die Kommunistische Partei, es gibt die Sozialistische Partei, es gibt Gewerkschaften, und sie sollen entscheiden. Wieso soll ich mir den Kopf zerbrechen? Sollen Sie sich doch den Kopf zerbrechen. Das ist Ihre innere Angelegenheit. Und wenn dort die Kommunisten siegen, werde ich ihnen natürlich ein Glückwunschtelegramm schicken. (Heiterkeit) Das ist was anderes, weil wir Sympathie für sie haben. (Heiterkeit)

Werden wir jetzt das Gespräch fortsetzen oder gehen wir an einen anderen Tisch, dort ist für das Mittagessen gedeckt. Ich bitte Sie zu Tisch. Als früherer Arbeiter weiß ich, die Ausbeuter treiben nur zur Arbeit an und geben nichts zu essen. Aber ich will sowohl arbeiten als auch essen. Wir können aber das Gespräch dort fortsetzen, in der gleichen Zusammensetzung. Dort können wir miteinander reden, dort wird niemand sein außer denen, die [jetzt] hier sind. Und danach, wenn wir die Zeit und den Wunsch haben, können wir auf dem Kutter angeln und etwas essen.

Das Protokoll gibt weiterhin die Unterhaltung während des Essens wieder, an der auch noch andere Personen teilnahmen. Es ging wesentlich um persönliche Angelegenheiten wie die Lebensgeschichte Chruschtschows oder Reise- und Urlaubserfahrungen. Gelegentlich war auch von Fragen der Wirtschaft und des Außenhandels die Rede. Politische Probleme wurden allenfalls angetippt.

Aufgezeichnet von N. Gawrilowa

Nicht korrigiertes Stenogramm

Aus dem russischen Originaltext übersetzt

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 548, Bl. 152-186

(vollständiger Text: Bl. 150-208)

15. Gespräch Chruschtschows mit dem französischen Botschafter in der UdSSR, Maurice Dejean, am 16. Juli 1963

Dejean dankt N. S. Chruschtschow, dass er trotz seiner außerordentlichen Arbeitsbelastung die Möglichkeit gefunden hat, ihn zu Beginn dieser Woche zu empfangen. Er spricht immer besonders gern mit N. S. Chruschtschow, und bis heute hat er das Gespräch, das 1960 in diesem Saal stattfand, in bester Erinnerung.

Der unmittelbare Anlass für die heutige Zusammenkunft ist die Weisung seiner Regierung, die er im Zusammenhang mit einer ausgesprochen privaten Angelegenheit erhalten hat. Ihm wurde aufgetragen, sich mit N. S. Chruschtschow zur Besprechung von Fragen bezüglich des Moskauer Korrespondenten von „Le Monde“, M[ichel] Tatu, und seiner Familie zu treffen.

M. Tatu ist mit der sowjetischen Staatsbürgerin Kowaljowa verheiratet, die aus erster Ehe den sieben Jahre alten Sohn Aleksandr hat. Im Januar d. J. wurde entschieden, den Sohn bei der Mutter zu lassen. Jedoch hat der frühere Ehegatte von [Frau] Kowaljowa bei Gericht den Antrag gestellt, den Sohn ihm zuzusprechen. Derzeit wird der Fall vom Gericht des Moskauer Stadtbezirks Timirjasew geprüft. Obwohl dies eine ausgesprochen private Angelegenheit ist, richten französische Regierungskreise, vor allem einige Mitglieder der Regierung, ihren Blick darauf, wie diese Frage entschieden wird, und hoffen, dass sie zugunsten von [Frau] Kowaljowa ausfällt. Dieser Frage wird insofern besondere Bedeutung beigemessen, als die sowjetische Presse im Mai d. J. M. Tatu²⁹³ heftig angegriffen hat und manche offenbar einen gewissen Zusammenhang zwischen diesen Angriffen und der Wende sehen, welche die Angelegenheit des Sohnes von Frau Kowaljowa genommen hat.

Gibt es keine Möglichkeit, einen Modus des [Interessen-]Ausgleichs zu finden mit dem Ziel, diese heikle Frage in beiderseitigem Einvernehmen der Familie Tatus und des früheren Ehegatten von [Frau] Kowaljowa beizulegen?

Chruschtschow antwortet, dass er den Stand der Angelegenheit nicht kennt und dass Fragen dieser Art sehr kompliziert und heikel sind. Bei Scheidungen kommt fast immer die Frage auf, wem die Erziehung des Kindes anvertraut werden soll. Er kann sich nicht in die Entscheidung dieser Frage einmischen und ist der Ansicht, man wird die Entscheidung zu akzeptieren haben, die das Gericht fällen wird, und das umso mehr, als sich das Gericht stets vor allem von den Interessen des Kindes an der richtigen Erziehung leiten lässt.

Dejean sagt, dass er das versteht, doch sich deswegen dazu entschlossen hat, sich an N. S. Chruschtschow mit dieser Bitte zu wenden, weil sich, wie er weiß, der Direktor der Zeitung „Le Monde“, Beuve-Méry, bereits mit einer entsprechenden Bitte an ihn gewandt hat. Wie es scheint, sollte man sich bei der Regelung dieser Frage an die französische Redewendung halten, dass „ein schlechter Friede besser als ein guter Streit“ ist.

Chruschtschow betont nochmals, dass er den Stand der Angelegenheit nicht kennt und dass er sich deswegen in die Entscheidung dieser Frage nicht einmischen möchte. Er empfiehlt, die Entscheidung des Gerichts abzuwarten. Er bemerkt scherzhaft, dass dieser Fall, wie ihm scheint, zumindest keinen zwischenstaatlichen Konflikt hervorrufen wird und dass die Franzosen deswegen keinen Feldzug gegen Moskau unternehmen werden.

Dejean sagt, dass er diesen Standpunkt N. S. Chruschtschows teilt.

Chruschtschow sagt, dass Ehescheidungsangelegenheiten sehr kompliziert sind. Für die Entscheidung des Gerichts, die im Fall von [Frau] Kowaljowa getroffen werden wird, muss man Verständnis aufbringen und akzeptieren, dass es dem Gericht sehr schwer fällt, eine Entscheidung zu fällen, die beide Seiten zufriedenstellt.

²⁹³ Tatu, ein führender Experte in Fragen des Kommunismus und der UdSSR, hatte mit kritischen Berichten Missfallen in Moskau erregt.

Dejean dankt N. S. Chruschtschow für seine Ausführungen zu dieser privaten Frage und sagt, er möchte sich gern im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Zeit zu dem bekannten französisch-westdeutschen Vertrag äußern, der am 22. Januar d. J.²⁹⁴ geschlossen wurde. Es versteht sich von selbst, dass er die Reaktion der Sowjetunion auf den Abschluss des französisch-westdeutschen Vertrages kennt und diese Reaktion versteht.²⁹⁵

Aus persönlichen Begegnungen mit General de Gaulle und auf der Grundlage seiner Gespräche, die er in Paris mit führenden Politikern Frankreichs hatte, hat er den Eindruck gewonnen, dass sich General de Gaulle bei Abschluss des französisch-westdeutschen Vertrags über Zusammenarbeit im Wesentlichen von folgenden Motiven leiten ließ: Erstens hat er zwischen den Franzosen und den Deutschen gegenseitiges Vertrauen herstellen wollen, er hat der Schaffung dieses Vertrauens eine besondere Bedeutung beigemessen angesichts der Tatsache, dass sich Frankreich während einer langen geschichtlichen Zeitspanne im Kriegszustand mit Deutschland befunden hat. Zudem wollte General de Gaulle dies tun, solange Kanzler Adenauer noch an der Macht ist.

Zweitens wollte de Gaulle mit dieser Annäherung Deutschlands und Frankreichs die Stellung Frankreichs, seine Autorität und sein Gewicht im Lager der Verbündeten des Atlantikpakts festigen.

Ihnen ist bekannt, dass de Gaulle einige Auffassungen der USA nicht teilt. Zum Beispiel ist er nicht damit einverstanden, dass die USA innerhalb der NATO über ein Nuklearmonopol verfügen.

Ein weiterer Grund, der de Gaulle zur Unterzeichnung des französisch-westdeutschen Vertrages veranlasst hat, war ebenfalls, dass Frankreich innerhalb der europäischen Sechs (die Länder des „Gemeinsamen Marktes“) auf eine gewisse Opposition stieß und gegenwärtig einige Schwierigkeiten zu überwinden hat, die damit im Zusammenhang stehen, dass andere europäische Länder – Belgien, die Niederlande, in einem gewissen Grad Italien – nicht in allem die Auffassungen von General de Gaulle bezüglich der Schaffung der europäischen Gemeinschaft unter Beibehaltung der nationalen Unterschiede, anders formuliert, die Idee des „Europas der Vaterländer“, teilen. Nach Ansicht von General de Gaulle kann der Abschluss des französisch-westdeutschen Vertrages zur Motivation für die übrigen vier europäischen Staaten werden, sich diesem Vertrag über Zusammenarbeit anzuschließen und die Idee der Schaffung eines „Europas der Vaterländer“ zu unterstützen.

Chruschtschow fragt *Dejean*, ob vorgesehen war, im Rahmen der oben genannten vier Staaten auch die Unterschrift der Sowjetunion zu erhalten.

Dejean antwortet lachend, dass diese Möglichkeit nicht erwogen wurde.

²⁹⁴ In sogenannten Elysée-Vertrag vereinbarten Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer eine enge Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern. Damit stärkte de Gaulle seine eigenwillige Position in EWG und NATO, während Adenauer die Unterstützung fand, die verhinderte, dass er sich im Westen mit dem Widerstand gegen Kennedys – von ihm als Gefahr für die Behauptung West-Berlins eingeschätzte – Konzessionsbereitschaft gegenüber der UdSSR isolierte.

²⁹⁵ Die Medien der UdSSR übten heftige Kritik. Wie es hieß, unterstützte Frankreich damit die friedensfeindliche Politik der Regierung in Bonn.

Chruschtschow sagt, in diesem Falle ist, weil eine Beteiligung der Sowjetunion nicht vorgesehen wurde, vollkommen offensichtlich, dass sich der französisch-westdeutsche Vertrag gegen die Sowjetunion richtet. Der französisch-westdeutsche Vertrag kann vor allem als Militärbündnis angesehen werden, das sich gegen die Sowjetunion richtet.

Dejean sagt, dass der französisch-westdeutsche Vertrag ein Vertrag über die friedliche Zusammenarbeit und durchaus kein Militärbündnis ist. Im Unterschied zu einer Reihe anderer Verträge, die Frankreich früher geschlossen hat, zum Beispiel auch der gegen Ende des Krieges geschlossene französisch-sowjetische Vertrag²⁹⁶, enthält der jetzige Vertrag keine Liste möglicher Fälle, in denen eine militärische Unterstützung und Hilfe Frankreichs für Deutschland und umgekehrt vereinbart worden wäre. Der jetzige französisch-westdeutsche Vertrag ist als ein Konsultativpakt über Zusammenarbeit und nicht als ein Militärbündnis zu betrachten.

Die nach der Unterzeichnung des erwähnten Vertrages, d. h. nach dem 22. Januar d. J., eingetretenen Geschehnisse, haben bestätigt, dass beide Regierungen jeweils völlig souverän geblieben sind bei der Regelung wichtiger politischer Fragen und dass Frankreich und Westdeutschland ungeachtet des bestehenden Vertrages mitunter verschiedene Standpunkte eingenommen haben. Zum Beispiel haben Frankreich und Westdeutschland verschiedene Standpunkte in Bezug auf den Beitritt Englands zum „Gemeinsamen Markt“ und der Schaffung multilateraler NATO-Nuklearstreitkräfte.

Es gehört keineswegs zu den Plänen Frankreichs, Westdeutschland den Zugang zum Besitz von Nuklearwaffen zu erleichtern, wie einige westliche, und nicht nur westliche Presseorgane geschrieben haben. Die politische Führung Frankreichs, und insbesondere Premierminister Pompidou, haben mehrfach erklärt und betont, dass Frankreich darauf bedacht ist, dass Westdeutschland die 1954 unterzeichneten Vereinbarungen²⁹⁷ befolgt. Einer der Gründe, aus denen sich Frankreich gegen die Schaffung multilateraler Nuklearstreitkräfte²⁹⁸ wendet, ist genau der, dass Frankreich Westdeutschland nicht in den Nuklearclub der NATO aufnehmen will, zumal einige französische Experten meinen, die Schaffung multilateraler Streitkräfte werde Westdeutschland in gewissem Umfang den Zutritt zum nuklearen Club erleichtern.

²⁹⁶ Am 10. Dezember 1944 schloss General de Gaulle in Moskau mit Stalin einen Bündnisvertrag. Nach den Pariser Verträgen, aufgrund deren die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde, erklärte die UdSSR diesen Vertrag für ungültig.

²⁹⁷ Die Pariser Verträge der Westmächte mit der Bundesrepublik vom 23. Oktober 1954 sahen unter anderem vor, dass die westdeutsche Seite Kernwaffen weder herstellen noch besitzen sollte.

²⁹⁸ Die *Multilateral [nuclear] Force* (MLF) war ein politisches Projekt, mit dem Kennedy den doppelten Zweck verfolgte, de Gaulles Vorwurf einer durch den Kernwaffenbesitz hergestellten Dominanz zu entkräften und den nicht-nuklearen Verbündeten, vor allem den Bundesrepublik, den Eindruck der nuklearen Beteiligung und Mitsprache zu vermitteln, ohne jedoch Kernkompetenzen der Kontrolle aus der Hand zu geben. Die MLF sollte aus nuklear bewaffneten Überwasserschiffen bestehen, die – anders als die kernwaffentragenden U-Boote der USA – von den Militärs im Kriegsfall als kaum überlebensfähig, mithin als wenig nützlich, betrachtet wurden. Aber darauf kam es in diesem Fall offenbar nicht an. Nach sowjetischer Darstellung lief das Vorhaben auf eine – den Frieden gefährdende – nukleare Ausrüstung der Bundesrepublik hinaus. Die UdSSR würde, so hieß es drohend, das nicht hinnehmen.

Ich möchte die Gründe erläutern, aus denen Frankreich nicht an den jetzigen dreiseitigen Verhandlungen in Moskau über ein Verbot der Kernwaffenversuche teilnimmt.²⁹⁹ Frankreich ist primär auf dem Weg zum Aufbau eigener nationaler Nuklearstreitkräfte und benötigt daher noch einige Kernwaffenversuche. Das ist der Hauptgrund, weswegen Frankreich nicht an den Verhandlungen über ein Ende der Versuche teilnimmt. Zudem ist Frankreich der Ansicht, dass die Beendigung der Versuche keine besonders radikale Maßnahme auf dem Feld der Abrüstung ist, weil die Staaten auch danach noch über Vorräte an nuklearen Waffen verfügen und gewisse Möglichkeiten haben, sie auf gleichem Niveau zu halten, wenn nicht sogar sie zu vergrößern.

Er, Dejean, teilt persönlich diese Überlegungen nicht ganz, und das umso weniger, als ein Abkommen über die Einstellung der Versuche schon als solches eine wichtige Maßnahme ist, die mit der Festlegung quantitativer Grenzen in Bezug auf die Rüstung in Zusammenhang steht. Als erste wichtige Maßnahme ist die Erzielung eines Abkommens über die Einstellung der Versuche von Interesse, und in Frankreich ist man sich darüber klar und verfolgt die eingeleiteten Verhandlungen.

Chruschtschow sagt, nachdem er M. Dejean zugehört hat, möchte er trotzdem die Frage stellen, was Frankreich dazu bewogen hat, sich auf den Abschluss des bilateralen Vertrags mit Westdeutschland einzulassen, und welche Ziele denn General de Gaulle verfolgt hat, als er Adenauer umarmte. Ich habe die Ausführungen M. Dejeans zur Verteidigung dieses bilateralen Vertrages aufmerksam verfolgt, und trotz aller Kunst des erfahrenen Diplomaten, wie Dejean einer ist, ist es ihm schwergefallen, etwas wirklich Gewichtiges zu sagen, weil der Standpunkt Frankreichs allzu schwach ist. Frankreich gleicht jetzt einem Menschen, der schwankenden Boden betritt, darauf hin- und hergeht und spürt, wie der Boden unter seinen Füßen schwindet.

Es ist unverständlich, wieso es nötig war, einen gesonderten Vertrag zwischen Frankreich und Westdeutschland zu schließen, zumal die eine und die andere Seite zum NATO-Block gehört, der auf multilateraler Grundlage gebildet worden ist. Ist die NATO denn schon nicht mehr genug?

Dejean sagt, dass das jetzige Gespräch mit einer reinen Privat-, einer Familienfrage begonnen hat. Die Frage des französisch-westdeutschen Vertrages gehört ebenfalls zur Kategorie der Familienangelegenheiten, wenn man das so ausdrücken will. Das ist eine innere Frage der NATO. Für Frankreich bietet der Abschluss eines gesonderten Vertrags mit Westdeutschland die Möglichkeit, innerhalb des Atlantikpakts freier zu agieren, er bietet die Möglichkeit, Frankreichs Stellung gegenüber Westdeutschland sowie gegenüber einer bestimmten Gruppe von Staaten, die der NATO angehören, zu festigen. Die Strategie bleibt wie bisher – das ist die Strategie der NATO, aber die taktischen Verfahrensweisen können nach Abschluss des französisch-westdeutschen Vertrages für Frankreich

²⁹⁹ An den Verhandlungen über ein Verbot der Kernwaffenversuche waren die Nuklearmächte USA, UdSSR und Großbritannien beteiligt.

vielfältiger werden. Der Abschluss des französisch-westdeutschen Vertrages ist eine innere Angelegenheit der Länder, die zum Atlantikpakt gehören.

Chruschtschow bemerkt, dass sich der Botschafter offensichtlich bei Abgabe dieser Erläuterungen sehr unsicher fühlt. Der Standpunkt Frankreichs ist unbegründet und lässt sich deswegen schlecht verteidigen. Ich sehe, je mehr die Haltung Frankreichs erläutert wird, desto mehr tritt seine schwache Begründung zu Tage.

N. S. Chruschtschow sagt, er möchte seinerseits den sowjetischen Standpunkt in Bezug darauf darlegen, was General de Gaulle in Wirklichkeit dazu bewogen hat, ein Bündnis mit Adenauer einzugehen. Man kann dem zustimmen, dass der Abschluss des französisch-westdeutschen Vertrages Familiensache der NATO ist und dass Frankreich diesen Vertrag braucht, um seine Stellung innerhalb des Atlantikblocks zu festigen. Doch dieser Schritt vonseiten Frankreichs festigt nicht die Stellung Frankreichs innerhalb der NATO, sondern schwächt sie im Gegenteil. Wenn man diese Frage analysiert, muss man von der Frage ausgehen, wer von den beiden Partnern stärker ist: Frankreich oder Westdeutschland. Wenn wir dieser Frage nachgehen, werden wir zu der Überzeugung gelangen, dass natürlich Westdeutschland stärker ist. Wie kann Frankreich in diesem Fall hoffen, dass es Westdeutschland nach Unterzeichnung des Vertrages lenken wird? Das gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass der Standpunkt der Vereinigten Staaten und Großbritanniens mit dem Standpunkt Westdeutschlands übereinstimmt. Frankreich hofft, Westdeutschland für den Kampf gegen die Hegemonie der Vereinigten Staaten benutzen zu können, vergisst aber dabei, dass Westdeutschland seine eigenen Ziele verfolgt, darunter als erstes und wichtigstes die Beseitigung der DDR, wobei Frankreich Westdeutschland natürlich nicht helfen kann, wie übrigens auch die Vereinigten Staaten nicht.

Westdeutschland ist der NATO in der Absicht beigetreten, um, mit Unterstützung dieses Blocks, den Versuch zu machen, sein Hauptziel zu verwirklichen: die Gebiete zurückzuerobern, die es aufgrund der Niederlage im Zweiten Weltkrieg verloren hat. Die Deutschen erklären das jetzt schon ausdrücklich. Ihnen ist bekannt, dass es mehrere Verbände von revanchistisch gesinnten Deutschen gibt, die früher in den jetzt nicht zu Westdeutschland gehörenden Gebieten gelebt haben. Doch den Deutschen wird immer klarer, dass weder Frankreich, noch die Vereinigten Staaten, noch der gesamte NATO-Block ihnen Hilfe leisten können bei der Verwirklichung der Ziele, die für Adenauer und die aggressivsten Kräfte Westdeutschlands maßgebend sind.

General de Gaulle hat sich zu dieser Frage mutig und realistisch geäußert, als er offen erklärt hat, dass die infolge des Zweiten Weltkriegs gezogenen Grenzen nicht beseitigt werden können.

Annähernd in gleichem Sinne äußern sich, wenn auch nicht öffentlich, aber zumindest in privaten Gesprächen, die Führer der USA, Großbritanniens, Belgiens, Hollands, ganz zu schweigen von Dänemark und Norwegen.

Will man von den Beziehungen der BRD zu Frankreich auf breiterer Ebene reden, dann hat Westdeutschland auch da kein besonderes Interesse. Die Landwirtschaft der BRD ist hoch entwickelt, die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit: unabhängig. Zwar braucht Westdeutschland den Import landwirtschaftlicher

Produkte, es kann sie aber auch in anderen NATO-Ländern bekommen, zumal es jetzt innerhalb der NATO einen Kampf um Absatzmärkte gibt. Frankreich vermag sich ebenfalls selbst zu versorgen.

Mit einem Wort, der französisch-westdeutsche Vertrag ist ein künstliches Konstrukt, und das einzige Ziel, das Frankreich mit seiner Unterschrift verfolgt hat, besteht darin, die führende Stellung Frankreichs gegenüber der BRD zu sichern, doch das ist praktisch unmöglich. Westdeutschland seinerseits wird wohl auf Frankreich als Partner zählen, der ihm dabei helfen soll, die Liquidierung der DDR durchzusetzen, aber auch das ist ein unrealistisches Ziel.

General de Gaulle hat unumwunden von der Notwendigkeit der Gründung eines Militärbündnisses gesprochen, das nicht von den USA abhängt, bei denen man sich nicht darauf verlassen kann, dass sie in jedem Fall Beistand leisten werden; [dieses Militärbündnis müsse] stark genug sein, um mit der Lage selbst fertig zu werden.³⁰⁰ Doch diese Entscheidung ist aus zwei Gründen unrealistisch: Erstens will die Sowjetunion keinen Krieg und hat nicht die Absicht, Krieg zu führen;³⁰¹ zweitens, wenn die Sowjetunion an einen Krieg dächte, wären die Kräfte, die ihr gegenüberstehen würden, ohne Unterstützung der USA völlig bedeutungslos. Die politische Führung der BRD – Adenauer, Erhard, Brandt – erklärte öffentlich, dass sie grundlegende Hoffnungen auf das Militärbündnis mit den USA setzt. Deswegen ist das Unterfangen General de Gaulles, eines klugen Mannes, unreal und beweist nur, dass er in diesem Fall wie ein Aristokrat agiert hat, der blind ist vor Zorn gegen die kommunistische Bewegung und Angst vor dieser Bewegung hat. Deswegen hat er sich lieber in die Umarmung mit Adenauer gestürzt, was im Grunde dazu geführt hat, dass er jetzt in das Fahrwasser der Politik der BRD geraten ist.

Die Versuche General de Gaulles, die BRD mit der Gefahr des Angriffs vonseiten der Sowjetunion einzuschüchtern, waren ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt.

Die BRD konzentriert sich nach wie vor auf das Bündnis mit den USA und betrachtet die Vereinigten Staaten als hauptsächlichen Partner. Das erklärt sich dadurch, dass die Führung der BRD sich darüber klar ist, dass Frankreich Westdeutschland nicht das zu geben vermag, was es benötigt. Darum ist schon allein General de Gaulles Doktrin eines Bündnisses mit der BRD falsch.

Insgesamt muss man zugeben, dass sich die Politik, sich der NATO als Instrument zur Liquidierung der sozialistischen Länder in Europa zu bedienen, als unhaltbar erwiesen hat. Es gibt Versuche, die Existenz der NATO damit zu

³⁰⁰ Eine wesentliche Konsequenz, die Staatspräsident de Gaulle aus dieser Einschätzung der Lage zog, war der Aufbau nationaler Nuklearstreitkräfte, der *force de frappe*. Frankreich konnte zwar keine Kernwaffenrüstung schaffen, die derjenigen der UdSSR gewachsen war, doch glaubte man in Paris, sich eine hinreichende Fähigkeit zur Bedrohung sowjetischer Städte verschaffen zu können, um die UdSSR bei einem militärischen Vordringen nach Westeuropa vom Angriff auf französisches Gebiet abzuhalten. Die *force de frappe* sollte daher als letztes Mittel zur Gewährleistung der französischen Sicherheit zurückgehalten werden, um der Führung in Moskau klar zu machen, dass sie Schläge gegen Frankreich mit unerträglich hohen Opfern und Verlusten im eigenen Land zu bezahlen haben würde.

³⁰¹ Dabei ließ Chruščëv außer Betracht, dass er zwar keinen Krieg führen wollte, aber – wie sich während der Berlin-Krise gezeigt hatte – durchaus gewillt war, mit Krieg zu drohen, um der westlichen Seite seinen Willen aufzuzwingen.

rechtfertigen, dass nach Gründung dieser Organisation keine neuen sozialistischen Staaten entstanden sind. Dies trifft faktisch nicht zu. Es ist allgemein bekannt, dass dem Lager der sozialistischen Länder ein neuer Staat beigetreten ist: Kuba. Überdies wurde mit der Gründung der NATO ein Hauptziel verfolgt: die Liquidierung der sozialistischen Fundamente und Errungenschaften in den osteuropäischen Länder – in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, ganz zu schweigen von der DDR. Genau das war das Hauptziel, nicht die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung in den übrigen europäischen Staaten. Und man muss zugeben, dass die Politik, die auf die Durchsetzung des erwähnten Hauptziels unter Einsatz der NATO abzielte, am Ende völlig gescheitert ist.

Jetzt erkennen alle führenden Politiker des Westens im Wesentlichen die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz an. Sogar General de Gaulle hat erklärt, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Grenzen nicht beseitigt werden dürfen. Präsident Kennedy [und der britische] Premierminister Macmillan sprechen von der Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz. Der belgische Minister Spaak, mit dem ich erst kürzlich gesprochen habe, betonte ebenfalls besonders die Unausweichlichkeit der friedlichen Koexistenz. Genau deswegen fehlt dem Bemühen Frankreichs um Zusammenschluss mit Westdeutschland, was die Pläne der BRD zur Eroberung der DDR anbelangt, die stabile Grundlage. Diese Politik bedarf der Änderung.

Unserer Ansicht nach wird sich die künftige Politik der BRD in folgende Richtung entwickeln. Westdeutschland beginnt real zu verstehen, dass die westlichen Verbündeten ihm keine Hilfe bieten können bei der Durchsetzung seines Hauptziels, nämlich der Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage. Deswegen denkt man in der BRD ernsthaft darüber nach, ob es nicht besser wäre, eine eigene Politik zu formulieren, die ihren Interessen entsprechen würde. Und diese Interessen erfordern eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Hier zeichnet sich das geschichtliche Beispiel Rapallo³⁰² ab. Früher oder später wird der Geist des Vertrags von Rapallo wieder-auferstehen, weil das den Interessen Deutschlands und der Sowjetunion entspricht. Der Vertrag von Rapallo war damals ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Umso wichtiger ist es heute, daran zu erinnern.

Die BRD braucht große Märkte für den Absatz ihrer Industrieproduktion, sie braucht in großem Umfang Rohstoffe und Aufträge. In dieser Hinsicht kann Frankreich Westdeutschland wenig helfen, weil Frankreich und Westdeutschland prinzipiell in ihrer Wirtschaft Konkurrenten sind. Doch die Sowjetunion und die BRD sind keine Konkurrenten. Wir haben unbegrenzte Vorräte an agrarischen

³⁰² Als Staaten, die sich beiderseits von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges in Bedrängnis gebracht sahen, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und ausgedehnten Handel vereinbarten. Der Vertrag war der Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen sowie – unter strenger Geheimhaltung – militärischen Zusammenarbeit. – Nach dem Zweiten Weltkrieg gab der Begriff „Rapallo“ im Westen der Sorge Ausdruck, die Deutschen könnten sich vom Bündnis mit den Westmächten ab- und der UdSSR zuwenden.

und industriellen Rohstoffen. Wir sind, wenn man es so ausdrücken will, ein Fass ohne Boden für den industriellen Import. Folglich decken sich die Interessen der BRD mit den Interessen der Sowjetunion weit mehr als mit den Interessen ihrer westlichen Verbündeten. Und dieser Gesichtspunkt wird früher oder später in Westdeutschland die Oberhand gewinnen. Und Frankreich kann dem nichts entgegenzusetzen.

Dass General de Gaulle der BRD mit der Möglichkeit eines Angriffs seitens der Sowjetunion Angst zu machen sucht, schreckt Westdeutschland nicht besonders. Schließlich können die Deutschen darauf antworten, wenn die Sowjetunion Westdeutschland erobert, wird Frankreich das gleiche Los ereilen. Aber wir denken überhaupt nicht an Krieg, und Sie wissen das sehr wohl. Schließlich sagen wir sogar im Streit mit unseren Freunden offen, dass wir entschieden dafür eintreten, internationale Streitigkeiten nur auf friedlichem Wege zu regeln.³⁰³ Unser Land befindet sich in einem großen Aufschwung. Wir brauchen Frieden. Wir suchen alle mit den internationalen Beziehungen verbundenen Probleme auf friedlichem Wege zu regeln.

Das ist die reale Situation. Unter diesen Umständen wird völlig offenkundig, dass die militärischen Bündnisse und jegliche militärischen Unterbündnisse vom Typ des französisch-westdeutschen Vertrags jeden Sinn verloren haben. Das Bestehen solcher Bündnisse macht uns keine Angst, weil, wie man so sagt, ein Wechsel der Plätze bei den Summanden die Gesamtsumme nicht verändert. Uns hat der Abschluss des militärischen Vertrags zwischen Frankreich und Westdeutschland als solcher beunruhigt. Uns hat beunruhigt, dass sich Präsident de Gaulle blind vor Zorn gegen die Sowjetunion dafür entschieden hat, sich in die Umarmung Adenauers zu werfen.

Wir schätzen den Mut und die Weisheit, die de Gaulle bei der Lösung der Algerien-Frage an den Tag gelegt hat. Aber uns scheint, dass sich der Präsident in der deutschen Frage nicht mit Ruhm bedeckt hat. Heutzutage ist es nötig, Formen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu suchen, die bei der endgültigen Liquidierung der Überreste des Zweiten Weltkriegs helfen können, die alle scharfen Ecken und Kanten glätten würden, die nach wie vor die Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen verletzen.³⁰⁴

Ich bin sehr zufrieden darüber, dass infolge des Widerstands der Westmächte der Friedensvertrag mit Deutschland seinerzeit nicht unterschrieben worden ist. Das mag seltsam erscheinen, weil ich, wie Sie wissen, seit 1958 ständig auf den Abschluss des Friedensvertrags mit Deutschland gedrängt habe. Doch das erklärt sich dadurch: wäre der Friedensvertrag mit Deutschland [damals] geschlossen

³⁰³ Chruščëv hatte dabei die Kontroverse mit den chinesischen Kommunisten im Auge, in der er das Prinzip der friedlichen Koexistenz als Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen zum Westen verteidigte und die These Mao Tse-tungs verwarf, dass man die in einem Krieg gegen diesen zu erwartenden enormen eigenen Menschenverluste verschmerzen könne.

³⁰⁴ Diese Äußerung bezieht sich auf den Streit um Berlin. Mit der Begründung, es gelte, endlich die „Überreste des Zweiten Weltkriegs“ zu liquidieren und durch die Schaffung einer „Freien Stadt West-Berlin“ den Gefahren ein Ende zu machen, die für die DDR von den mitten in ihr gelegenen Westsektoren ausgingen, forderte Chruščëv die Aufhebung der westlichen Besatzungsrechte auf der Basis eines Friedensvertrags mit Deutschland, das heißt faktisch mit beiden deutschen Staaten.

worden, wären die Grenzen der DDR in Berlin jetzt [noch] offen. Es wäre das Schlupfloch geblieben, das bis zum 13. August [1961] bestand.³⁰⁵ Die DDR hätte keine Möglichkeit zur vollständigen Kontrolle ihrer Grenzen gehabt. Seit dem 13. August, das heißt nach dem Bau der Mauer in Berlin, hat die DDR die Möglichkeit, ihre Souveränität zu verteidigen und ihre Grenzen sowie den Zugang nach West-Berlin zu kontrollieren.

Die Lage in der DDR ist jetzt gut. Die Deutschen lieben, wie man sagt, die Ordnung. Wenn eine [Staats-]Macht da ist, muss diese [Staats-]Macht wirklich [Staats-]Macht sein. Es gibt eine Anekdote, wie die Deutschen, als sie sich zu einer Revolution entschlossen hatten, mit der Besetzung des Bahnhofs anfangen wollten. Als sie einen Stoßtrupp gebildet hatten, gingen sie zum Bahnhof. Aber dieser Stoßtrupp kam unverrichteter Dinge zurück, und es hieß, weil im Bahnhof die Fahrkartenschalter geschlossen waren und keine Bahnsteigkarten verkauft wurden, habe man den Bahnhof nicht besetzen können.

Die Autorität der Regierung und der Partei der DDR hat sich jetzt deutlich gefestigt. Während Berlin für die Westmächte früher ein Schlupfloch war und die Möglichkeit zum Eindringen in das Territorium des sozialistischen Deutschlands bot, so ist dieses Schlupfloch jetzt geschlossen, und zudem hat die DDR die Möglichkeit, die Zugänge nach West-Berlin zu kontrollieren. Wir haben alles bekommen, was wir brauchen. In dieser Hinsicht wird die Unterzeichnung des Friedensvertrags jetzt nichts mehr hinzufügen.

Es bleibt natürlich der moralische Aspekt, doch das betrifft alle in gleicher Weise, sowohl den Westen als auch den Osten. Wir wissen, dass ein Friedensvertrag in erheblichem Maße zur Stabilisierung der Lage in West-Berlin beitragen würde. Brandt³⁰⁶ und andere Politiker Westdeutschlands reden von der Notwendigkeit, die Stabilität zu gewährleisten. Die westliche Presse schreibt, dass West-Berlin austrocknen wird. Wir können natürlich die Initiative ergreifen, aber wir warten lieber so lange, bis die westlichen Länder eine neue Initiative ergreifen. Wir behalten uns die Möglichkeit vor, Druck auf West-Berlin auszuüben. Wir können beispielsweise die Reparatur dieser oder jener Brücke [auf den Zugangswegen] für ein halbes Jahr verkünden. Schließlich weiß man, dass Brücken von Zeit zu Zeit repariert werden müssen. Nach einem halben Jahr können wir eine andere Brücke zu reparieren beginnen, und dann müssen die Westmächte ihre Transporte auf dem Luftweg abwickeln, und das ist bekanntlich ein teures Vergnügen. Ich denke, dass man uns deswegen nicht den Krieg erklären wird. Die Westmächte werden lieber das Ende der Brückenreparatur abwarten. Folglich hat sich die Situation geändert. Wir haben alles bekommen, was wir brauchen.

³⁰⁵ Die Annahme, dass weiterhin Flüchtlinge aus der DDR ungehindert in den Westen hätten gelangen können, erscheint fraglich, denn das SED-Regime hätte dann mit den Zugängen West-Berlins nicht nur den Fluchtweg von dort in den Westen kontrolliert, sondern auch die Stadt in totale Abhängigkeit versetzt und damit erpressbar gemacht. Ein derartiges Vorgehen hätte sich zudem damit rechtfertigen lassen, dass diese durch das in Moskau vorbereitete Freistadt-Statut ausdrücklich um Wohlverhalten gegenüber der DDR verpflichtet werden sollte.

³⁰⁶ Willy Brandt war damals Regierender Bürgermeister von [West-] Berlin.

Wir wollen West-Berlin nicht in Besitz nehmen. Das bringt uns überhaupt nichts, und das Kräfteverhältnis ändert sich dadurch nicht. Eine Inbesitznahme West-Berlins würde nur bedeuten, dass man zusätzlich zwei Millionen Einwohner ernähren müsste.

Der 13. August hat einen günstigen Einfluss auf die Festigung der DDR gehabt, jetzt legt die Wirtschaft der DDR Tempo vor, wir sind zufrieden mit den Erfolgen, welche die deutschen Werktätigen erzielt haben. Der Lebensstandard in der DDR steigt ständig, der Verbrauch von Produkten wie Fleisch, Zucker, Butter ist in der DDR höher als in West-Berlin. Es heißt [im Westen], die Deutschen, die in Ostdeutschland leben, sind „Sklaven des Kommunismus“. Doch diese „Sklaven“ sind mit dem Leben in der DDR voll zufrieden. Wer will, kann in die DDR fahren und sich davon überzeugen.

Was die sowjetisch-französischen Beziehungen anbelangt, könnten sie viel besser sein. Wir könnten die zwischen uns bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen erfolgreich entwickeln. Doch wir sind enttäuscht wegen des Standpunkts, den General de Gaulle in Bezug auf die Regelung der europäischen Fragen bezogen hat. Er will die Atmosphäre in Europa anheizen und schüren. In seinen Reden verwendet Präsident de Gaulle beispielsweise doppeldeutige Wendungen wie „Europa bis zum Ural auszudehnen“ usw. Es ist bekannt, dass Hitler mit derartigen Wendungen einen durchaus konkreten Sinn verbunden hat. In Bezug auf derartige Äußerungen von General de Gaulle gibt man uns in privaten Unterredungen Erläuterungen und gewisse Zusicherungen, aber in der Öffentlichkeit erfolgen keine solchen Erläuterungen. Es ist völlig natürlich, dass wir bei der Analyse derartiger Wendungen immer Analogien zu dem herstellen können, was Hitler gesagt hat. Uns ist klar, dass so jemand redet, der blind ist vor Zorn auf den Kommunismus. Doch den Sowjetmenschen wird es deswegen nicht schlechter gehen. Wir bauen unsere Wirtschaft weiter aus und festigen unser Land weiter.

Die Lage in unserem Land ist jetzt hervorragend. Unsere Wirtschaft nimmt einen gewaltigen Aufschwung, unser Volk schart sich um die Partei. Wir haben unsere Armee mit allen erforderlichen modernen Waffen ausgerüstet, deswegen verbürgen wir uns für die Sicherheit unseres Landes. Wir wollen keinen Krieg führen, aber wir sind auf jede Überraschung vorbereitet, weil wir nicht wollen, dass man uns nochmals überrumpelt, wie das zu Beginn des Krieges gegen Hitler der Fall war.

Unser Hauptaugenmerk richten wir auf die Entwicklung der Industrie, und in erster Linie auf die Chemieindustrie. Wir brauchen den Ausbau der Chemie, um die Landwirtschaft voll mit Mineräldünger zu versorgen und die Produktion von Kunststoffen und Kunstfasern zu entwickeln. Uns scheint, dass wir mit Frankreich interessante Geschäfte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Chemie in unserem Land machen könnten. Wir wenden uns an westliche Firmen, an französische, englische, deutsche, italienische, mit Anfragen, um bei ihnen Anlagen für die Produktion von Mineräldünger, Kunststoffen und Kunstfasern zu kaufen.

Doch das Hauptgewicht legen wir natürlich auf die eigenen Kräfte. In den nächsten fünf bis sechs Jahren denken wir daran, in den Bau von Werken für die

Produktion von Mineraldünger etwa 5 Mrd. und 800 Mio. Rubel zu investieren. Das ist ein gewaltiger Betrag, aber solche Ausgaben stehen in unserer Macht. Wir haben noch nicht die voraussichtlichen Kosten für die Produktion von Kunststoffen und Kunstfasern berechnet, aber wir meinen, dass wir in den Bau dieser Werke annähernd 10 Mrd. investieren müssen. Folglich wird unser Staat bis 1970 etwa 15 Mrd. in die Entwicklung der Chemieindustriestrukturen investieren. Das ist ein völlig realistisches Vorhaben, wenn man bedenkt, dass die Kapitalinvestitionen in den Bau und die Schaffung neuer Industriebetriebe in diesem Jahr insgesamt 19 Mrd. Rubel betragen werden.

Die Chemieindustrie ist eine sich außerordentlich schnell amortisierende Industrie. Die Ausgaben eines Jahres machen sich in zwei Jahren bezahlt. Man kann sagen, dass die Betriebe der Chemieindustrie hinsichtlich Rentabilität und Eigenfinanzierung buchstäblich Geld drucken. Wir brauchen den Ausbau der Chemieindustrie für die weitere Erhöhung der Produktion von Waren des täglichen Bedarfs, für die Senkung der Preise, für die Entwicklung der Landwirtschaft. Deswegen sind wir sehr an dem Angebot Frankreichs für die Entwicklung unserer Chemieindustrie interessiert, und daran, welche Ausrüstungen es zu welchen Preisen im Angebot hat.

Wir sind ebenfalls an einer Zusammenarbeit mit Frankreich auf dem Gebiet der Technik interessiert. Ich bin Präsident de Gaulle dafür dankbar, dass er mir bei meinem Aufenthalt in Frankreich empfohlen hat, den Bau von Bewässerungsanlagen in der Region an der spanischen Grenze anzusehen. Wir haben dort viel Interessantes und Nützliches gefunden. Beim Bau des Bewässerungssystems in Usbekistan haben wir die französischen Erfahrungen genutzt, besonders die Erfahrungen mit der Verwendung von [Bewässerungs-]Rinnen aus Eisenbeton. Wir haben eine Gruppe von unseren Ingenieuren nach Frankreich geschickt, die sich mit den Erfahrungen auf dem Gebiet des Bewässerungsanlagenbaus vertraut machen sollten.

Dejean sagt, er ist sehr dankbar für die sehr interessanten Gedanken, die N. S. Chruschtschow im Gespräch geäußert hat. Was N. S. Chruschtschow gesagt hat, bietet reichlich Stoff zum Nachdenken. *Dejean* hält es für notwendig, den Inhalt des Gesprächs General de Gaulle zur Kenntnis zu bringen.

Persönlich hegt General de Gaulle keine feindseligen Gefühle gegenüber der Sowjetunion. Ich kenne General de Gaulle seit langem und kann mit Gewissheit sagen, dass General de Gaulle weder gegenüber der Sowjetunion noch gegenüber dem Kommunismus keinerlei feindselige Gefühle hegt. Wie bekannt, war de Gaulle vom Augenblick der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion darum bemüht, die französisch-sowjetischen Beziehungen zu festigen. General de Gaulle ist gegen Ende des Krieges nach Moskau gereist, wo er den Beistandsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet hat. Er hegt keinerlei Hassgefühl gegenüber diesem oder jenem [politischen] System. Überdies hat er wiederholt in Gesprächen erklärt, dass mit der Zeit die Unterschiede zwischen den sogenannten kapitalistischen und den sogenannten sozialistischen Ländern sich verwischen werden und dass zwischen diesen Ländern eine breite Zusammenarbeit in Gang kommen wird.

Chruschtschow weist darauf hin, dass man Politiker gewöhnlich an ihren Taten misst und nicht an ihren Worten. Uns ist vollkommen klar, dass der französisch-westdeutsche Vertrag gegen uns gerichtet ist und keineswegs gegen die USA oder, sagen wir, Luxemburg. Die Idee der friedlichen Koexistenz, und konkret die Idee, einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag abzuschließen, bricht sich sogar in der NATO Bahn. Sogar Politiker wie [Harold] Wilson, Spaak, Gerhardsen und Krag, die an der Regierung oder in der Opposition sind, sprechen von der Unausweichlichkeit der friedlichen Koexistenz.

General de Gaulle übernimmt vor diesem Hintergrund eine ungute Rolle. Wir sind ihm mit Respekt begegnet. Als ich in Frankreich war, machte der Präsident auf mich einen sehr guten Eindruck. Gewöhnlich begegnen wir Zivilisten den Militärs mit einiger Vorsicht und halten sie gewissermaßen für Kommissköpfe. General de Gaulle machte den Eindruck eines Mannes mit weitem Horizont und staatsmännischem Geist. Die Unterhaltung mit ihm war angenehm; als er Gegenargumente und Einwände vorbrachte, tat er das auf taktvolle Weise. Ich gewann den Eindruck, dass er den zur Diskussion stehenden vernünftigen Vorschlägen nicht widersprach. Ich dachte, wenn nötig, werde er bei der Verwirklichung dieser Vorschläge helfen. Doch ich habe mich geirrt. Es ist nicht zu verstehen, dass General de Gaulle, der so realistische Erklärungen abgibt wie die über die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen, sich gleichzeitig auf die Unterzeichnung eines Militärvertrags einlässt, der sich gegen uns richtet, und den Versuch macht, diesen Vertrag als Mittel zu benutzen, um den Spannungsherd in Europa aufrechtzuerhalten und Adenauer an seine Brust zu drücken.

Dejean bemerkt, dass dieser Meinungs austausch für ihn außerordentlich nützlich ist, und er betont nochmals, alles von N. S. Chruschtschow Gesagte biete reichlich Nahrung zum Nachdenken. Seiner Meinung nach ist der konkreteste Weg zur Anbahnung einer effektiven Kooperation zwischen Frankreich und der Sowjetunion der Austausch auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet sowie ebenfalls im Bereich des Handels. Die Wirtschafts- und Handelsverbindungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich entwickeln sich nicht schlecht, doch auf diesem Gebiet lässt sich noch weitaus mehr tun.

Chruschtschow sagt, die sowjetisch-französischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen verlaufen in der Tat normal, und Frankreich ist zweifellos mehr an der weiteren Entwicklung dieser Beziehungen interessiert als die Sowjetunion.

Weiter sagt N. S. Chruschtschow, er möchte M. Dejean über den ersten Tag der dreiseitigen Verhandlungen über das Verbot der Kernwaffenversuche informieren.

Während der ersten, dreistündigen Zusammenkunft am 15. Juli d. J. wurde im Prinzip eine vertragliche Vereinbarung über den Abschluss des Abkommens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen in drei Bereichen erzielt: in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Die Frage der unterirdischen Versuche wurde aufgeschoben, weil die Diskussion darüber derzeit sinnlos ist in Anbetracht dessen, dass die Westmächte auf der Notwendigkeit von Inspektio-

nen auf sowjetischem Territorium bestehen. Die Sowjetunion stimmt einer derartigen Inspektionsform nicht zu.³⁰⁷

In den Verhandlungen sind von sowjetischer Seite und seitens der Westmächte Entwürfe eines Vertrags über ein Verbot von Nuklearversuchen vorgelegt worden. Die Westmächte haben einen alten, schon früher veröffentlichten Vertragsentwurf unterbreitet. Daneben hat die sowjetische Seite einen Vertragsentwurf über den Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Vertrag vorgelegt. Doch darüber gab es keine Verhandlungen. Die Vertreter der westlichen Länder wichen der Erörterung dieser Frage aus und beriefen sich darauf, dass sie dafür keine Vollmachten von den Verbündeten hätten. Die Sowjetunion hält es für nützlich und notwendig, so einen Vertrag abzuschließen, und wenn die Existenz der DDR ein juristisches Hindernis für einen derartigen Vertrag ist, sind wir zu Formulierungen bereit, die für beide Seiten annehmbar sind.

Wir haben den Wunsch nach einem Meinungsaustausch über die Frage eines möglichen Abkommens hinsichtlich des Einfrierens der Militärhaushalte geäußert. Sogar Harriman hat davon gesprochen, man solle vielleicht auch die Frage einer möglichen Reduzierung der Militärhaushalte erörtern. Wir haben geantwortet, dass die sowjetische Seite bereit ist, auch diese Fragen zu diskutieren.

Wir haben auch die Frage der Möglichkeit einer Vereinbarung über eine gegenseitige Kontrolle der Streitkräfte der Sowjetunion und der Westmächte angesprochen, die jeweils auf dem Territorium Westdeutschlands und dem Territorium der DDR stationiert sind. Das wäre eine Garantie gegen die Möglichkeit einer verschleierten Truppenkonzentration an den Grenzen und gegen die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs. Die sowjetische Seite ist ebenfalls bereit, auf eine Reduzierung der Streitkräfte einzugehen, die auf der einen oder anderen Seite der Grenze stehen, welche die BRD und die DDR trennt. Auch wenn die zahlenmäßige Stärke der Bodentruppen der westlichen Staaten in der BRD jetzt größer ist als die der unseren in der DDR, bedrückt uns das nicht. Uns geht es nicht um einen Wettbewerb in Bezug auf die Vergrößerung der zahlenmäßigen Stärke dieser Truppen, weil durch die Existenz der Atomwaffen die Chancen auf beiden Seiten gleich sind.

Zu Beginn der Verhandlungen haben wir ebenfalls die Überlegung vorgebracht, dass es zur Ausschaltung der Möglichkeit eines Überraschungsangriffs wünschenswert wäre, die Einrichtung von Kontrollposten in Häfen, an Eisenbahn- und Straßenknotenpunkten und Flughäfen zu vereinbaren.

³⁰⁷ Bei unterirdischen Kernwaffenversuchen entstehen Erderschütterungen, die zwar auch an weit entfernten Orten seismographisch gemessen werden können, jedoch vielfach nicht von anders verursachten Erderschütterungen zu unterscheiden sind. Daher forderten die Amerikaner Inspektionen, die in Zweifelsfällen Klarheit schaffen sollten. Kennedy hatte sich zunächst 12 Inspektionen festgelegt und dann ihre Zahl dann auf 6 verringert als Minimum, das sich bei der Ratifizierung gegenüber dem Senat vertreten lasse. Chrusčëv glaubte, ihn mit 3 Inspektionen zufriedenstellen zu können, und erklärte Anfang Dezember 1962 gegenüber dem Friedensaktivisten Norman Cousins, der ihn mit einer Botschaft von Papst Johannes XXIII. aufgesucht hatte, die Bereitschaft dazu. Im Gespräch mit den Botschaftern der USA und Großbritanniens, Kohler und Trevelyan, am 20. April 1963 machte er deutlich, dass dies sein äußerstes Zugeständnis war. Als die Regierungen in Washington und London dies weiter als unzureichend betrachteten, widerrief er die in Aussicht gestellte Konzession mit dem Ergebnis, dass kein Einvernehmen über die Einstellung der unterirdischen Tests zustande kam.

Alle diese Fragen sind nicht neu. Sie sind in dieser oder jener Form schon früher gestellt worden. Doch die Regelung dieser Fragen würde der internationalen Öffentlichkeit eine große moralische Befriedigung verschaffen und in gewissem Umfang die öffentliche Meinung der ganzen Welt beruhigen. Die Verhandlungen werden beim Minister für Auswärtige Angelegenheiten A[ndrej] A. Gromyko fortgesetzt. Ich teile diese Information M. Dejean als früherem Verbündeten mit, ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, dass Frankreich wieder zu Bündnisbeziehungen mit der Sowjetunion zurückkehrt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, in Frankreich unseren künftigen Verbündeten zu sehen.

Dejean sagt, dass er für diese Information aufrichtig dankt und dass er persönlich sehr froh wäre, wenn sich zwischen der Sowjetunion und Frankreich gute Bündnisbeziehungen wiederherstellen würden.

Chruschtschow sagt, dass die Sowjetunion daran interessiert ist, mit Frankreich gutnachbarschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Wir wollen die Freundschaft mit allen Ländern und Völkern, ganz zu schweigen davon, dass in unserem Volk die alten Traditionen der Freundschaft mit dem französischen Volk weiter lebendig sind. Unser Volk bewahrt die Geschichte des gemeinsamen sowjetisch-französischen Kampfes gegen den Faschismus in seinem Gedächtnis.

N. S. Chruschtschow bittet den Botschafter, Präsident de Gaulle beste Grüße zu übermitteln und ihm zu sagen, dass die sowjetische Regierung froh wäre, wenn sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich verbessern würden. Wenn General de Gaulle in dieser Richtung die Initiative ergreift, könnten wir ihn in unser Land einladen und ihn mit allen Ehren empfangen. Als aufmerksamer Beobachter könnte sich Präsident de Gaulle persönlich davon überzeugen, dass der Kommunismus, den wir in unserem Land aufbauen, keineswegs furchtbar ist. Wir haben uns bemüht und werden uns [weiter] bemühen um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich und seinem Volk. Wir haben nicht die Absicht, irgendjemanden zu bedrohen. Wir wollen nur Freundschaft.

Dejean sagt, dass er General de Gaulle all das Gesagte unbedingt übermitteln wird. Er dankt N. S. Chruschtschow nochmals für die gebotene Möglichkeit zum Meinungsaustausch und für die wertvollen und interessanten Gedanken, die N. S. Chruschtschow während dieses Gesprächs geäußert hat.

Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Beim Gespräch war der Leiter der I. Europäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W[assilij] F. Grubjakow, zugegen.

Aufgezeichnet von O. Tschjornyj
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Aus dem russischen Originaltext übersetzt
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 591, Bl. 59-77

**16. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED,
Walter Ulbricht, am 23. Juli 1963 (Auszüge)**

Am 23. Juli empfing Gen. N. S. Chruschtschow Gen. W[alter] Ulbricht und hatte mit ihm ein Gespräch.

Ulbricht: Vielen Dank, Nikita Sergejewitsch, dafür, dass Sie die Zeit gefunden haben, mich zu empfangen. Unsere Delegation unter der Leitung des Gen. Bolz³⁰⁸, die sich in Moskau mit Gen. Gromyko beriet, hat mir von den Ergebnissen dieser Konsultationen berichtet. Insgesamt stimme ich den Bestimmungen zu, die in der „Arbeitsaufzeichnung“ unserer Delegationen enthalten sind.

Ich stelle mir die weitere Entwicklung der außenpolitischen Tätigkeit der DDR in folgender Weise vor. Wir wollen die Initiative im Kampf um die friedliche Regelung der deutschen Frage ergreifen, dabei wollen wir uns von Ihrer Rede in Berlin³⁰⁹ sowie von Ihrer letzten Rede in Moskau³¹⁰ leiten lassen. Das heißt, wir denken daran, unsere an Bonn gerichteten Vorschläge der Vernunft

³⁰⁸ Die hier für Außenminister Lothar Bolz verwendete Bezeichnung Genosse war insofern ungewöhnlich, als dieser offiziell nicht Kommunist, sondern Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in der DDR war, deren Vorsitz er innehatte. Der ihm intern zuerkannte Status als Genosse erklärt sich aus der Tatsache, dass er seit 1929 der KPD angehörte und 1933 in die UdSSR gegangen war. Ende 1947 hatte ihn die sowjetische Parteiführung nach Deutschland geschickt und ihn dazu veranlasst, nicht der SED beizutreten, sondern zunächst als „freier Journalist“ zu arbeiten. Im folgenden Frühjahr war er einer der Kommunisten, die auftragsgemäß die NDPD als Sammelbecken für die früheren Nationalsozialisten und Berufssoldaten gründeten, um diese der direkten Kontrolle der SED zu unterstellen, um den zwar satellisierten, aber weiter als „bürgerlich“ firmierenden Parteien CDU und LDP Anhänger zu entziehen.

³⁰⁹ Chruschtschew hatte in Ost-Berlin am 2. Juli 1963 von einem Wirtschaftswunder in der DDR gesprochen, zu dem es unter viel schwierigeren Bedingungen als in Westdeutschland gekommen sei (wovon damals allgemein die Rede war). Heute gehöre die DDR zu den mächtigsten Industriestaaten der Welt, und sie werde die Bundesrepublik in Bezug auf die wichtigsten ökonomischen Kennziffern überholen. Er wiederholte die Forderung nach Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland, d. h. mit beiden Staaten einer „selbständigen Einheit West-Berlin“ (aus der sich die Westmächte nach dem friedensvertraglichen Verlust ihrer Besatzungsrechte zurückgezogen haben würden). Der Friedensvertrag würde die entstandene Lage juristisch fixieren, den Frieden in der Welt festigen, die Entfesselung des Krieges erschweren und insbesondere den Interessen und Hoffnungen der westdeutschen Bevölkerung entsprechen. Nach Chruschtschews Worten war die Berliner Mauer die rechtmäßige Grenze der DDR, die der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und der Sache des Friedens diene. Die DDR sei kein Mythos, sondern ein realer Staat mit eigener Regierung, Ordnung und Grenze. Als den besten Weg zur Wiedervereinigung bezeichnete der Kremlchef die Beseitigung des Kapitalismus in der Bundesrepublik und die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates auf sozialistischer Grundlage. Wann dies geschehe, sei allein Sache des deutschen Volkes. Er kritisierte die Rede Präsident Kennedys in West-Berlin am 26. Juni, in der davon die Rede gewesen war, dass kein echter Friede in Europa gewährleistet werden könne, solange jedem vierten Deutschen das Grundrecht der freien Wahl vorenthalten werde, dass die Berliner Mauer das stärkste Zeichen für das Versagen des kommunistischen Systems sei und dass er seine Verbundenheit mit Berlin durch den Ausruf bekräftige: „Ich bin ein Berliner“. Chruschtschew begründete seine Kritik mit dem Hinweis, dass Kennedy mit seinen Äußerungen den deutschen Revanchisten entgegengekommen sei.

³¹⁰ Chruschtschew hatte am 19. Juli 1963 bei der Begrüßung einer ungarischen Partei- und Regierungsdelegation seine Bereitschaft bekundet, ein internationales Abkommen über ein Ende der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre und im Weltraum abzuschließen. Zugleich schlug er einen Nichtangriffsvertrag zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO vor und bezeichnete die deutsche Frage als das Hauptproblem, von dessen Lösung mittels Abschluss des Friedensvertrags die Entspannung abhängen.

und des guten Willens³¹¹ zu wiederholen. Dabei haben wir die Absicht, auch Ihre Vorschläge an die Adresse der Westmächte zu verwenden, einen Nichtangriffspakt abzuschließen und das Wettrüsten einzustellen. Auf dieser Grundlage werden wir eine einheitliche Konzeption für die friedliche Lösung der deutschen Frage ausarbeiten und dabei eine wechselseitige Verbindung zwischen den Beziehungen der zwei deutschen Staaten und den Fragen der Beendigung des Wettrüstens sowie der Abrüstung herstellen, ohne die es bekanntlich nicht möglich ist, die Frage des Friedensvertrags und der Wiedervereinigung Deutschlands zu regeln. In diesem Zusammenhang gedenken wir ebenfalls die Frage nach der Durchführung der vorbereitenden Arbeit zur Schaffung einer Konföderation der zwei deutschen Staaten mittels Bildung gemeinsamer Regierungskommissionen dieser Staaten zu stellen. Wir beabsichtigen ebenso, die Aufnahme der zwei deutschen Staaten und natürlich West-Berlins in die UNO zu fordern. Im Zusammenhang damit möchte ich mit Ihnen besprechen, ob es sinnvoll ist, dass die DDR diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt vorbringt, oder ob man sie lieber etwas später anspricht. Ich möchte gern Ihre Ansicht dazu erfahren.

Mit der Entwicklung einer solchen außenpolitischen Konzeption, die alle oben erwähnten Fragen miteinander verbindet, werden wir die Kräfte in Westdeutschland unterstützen, die sich gegen die revanchistische Politik Adenauers wenden. Solche Kräfte gibt es bei den westdeutschen Sozialdemokraten, den Christdemokraten und teilweise bei den „Freien Demokraten“.

Gleichzeitig mit der Entwicklung einer generellen Konzeption gedenken wir einzelne Schritte zur Liquidierung der Überreste des Krieges und der Okkupation³¹² durchzuführen, wie es von unseren Außenministern bei ihrer [jetzigen] Zusammenkunft in Moskau abgesprochen wurde. In diesem Zusammenhang möchte ich einige Fragen stellen, die meiner Ansicht nach einer gewissen Präzisierung bedürfen. In Punkt 5 der „Arbeitsaufzeichnung“ heißt es zum Beispiel, zwecks Liquidierung des „Interalliierten Reisebüros“³¹³ sollen sich die Bürger der DDR nicht an dieses Büro wenden, das faktisch von der NATO geleitet wird. (Die UdSSR hat das Büro verlassen, ohne irgendeine Erklärung abzugeben.) In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, dass die DDR nicht so vorgehen kann, wie es in Punkt 5 der „Arbeitsaufzeichnung“ der Delegationen heißt.

³¹¹ Die DDR hatte sich wiederholt an die Bundesrepublik gewandt mit dem Vorschlag, eine Konföderation als den einzig gangbaren Weg zur wechselseitigen Annäherung und zur späteren Vereinigung abzuschließen. Damit hätte das SED-Regime sein Verlangen nach Anerkennung durch die Bundesrepublik (und daraufhin auch durch die Westmächte) und nach Festlegung seines Vetos bezüglich aller künftigen Schritte zur Verständigung und Einheit in Deutschland vertraglich durchgesetzt. Beide Forderungen wurden von der UdSSR unterstützt, doch war die Anerkennungsfrage, wie sich seit 1959 bei den Gesprächen mit den Westmächten gezeigt hatte, für den Kreml von untergeordneter Bedeutung. Dagegen hätte sich das Problem, das der westliche Standpunkt einer Wiedervereinigung durch freie Wahlen aufwarf, mit dem vorrangig geforderten Abschluss des Friedensvertrags von selbst erledigt.

³¹² Die Forderung nach „Liquidierung der Überreste des Krieges und der Okkupation“, das heißt nach Aufhebung der westlichen Besatzungsrechte, war der Kern der gegen die Existenz eines von der DDR unabhängigen West-Berlins gerichteten politischen Offensive.

³¹³ An den aus der frühen Nachkriegszeit stammenden Allied Travel Board, in dem nach Auszug der UdSSR 1948 nur noch die drei Westmächte vertreten waren, mussten sich DDR-Bewohner wenden, um Visa für das westliche Ausland zu erhalten. Faktisch ging es dabei vor allem um Reisen in amtlichem Auftrag.

Das Problem dabei ist, dass die DDR mit Unterstützung aller Länder des sozialistischen Lagers dafür kämpfen muss, dass unsere Bürger Visa für Reisen in andere Länder so bekommen, wie das in den anderen Ländern üblich ist. Doch in den Fällen, in denen es nicht möglich ist, Visa auf normalem Wege zu bekommen, besonders in den Fällen, in denen es um Reisen unserer Wirtschaftsfachleute geht, werden wir auch weiterhin genötigt sein, die Dienste des „Interalliierten Reisebüros“ in Anspruch zu nehmen, denn wir haben keine andere Möglichkeit zur Beschaffung der Visa. Dasselbe gilt für die Beschaffung von Transitvisa. In diesem Zusammenhang ist es die Hauptaufgabe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zu fordern, den Bürgern der DDR in allen Fällen ungehindert Visa auszustellen. Ich möchte ein Beispiel anführen. Zurzeit sind die Vereinigten Staaten bereit, Bürgern der DDR Visa zur Teilnahme an internationalen wissenschaftlichen Konferenzen in den USA zu erteilen. Die Vereinigten Staaten sahen sich dazu genötigt, weil anderenfalls die Abhaltung der Konferenzen auf Verlangen der Teilnehmer in neutrale Staaten verlegt worden wäre, die es nicht ablehnen, Visa für Bürger der DDR auszustellen. Daher müssen die sozialistischen Länder kategorisch verlangen, internationale Veranstaltungen und Konferenzen nur in den Ländern durchzuführen, die allen Teilnehmern ungehindert Visa für diese Treffen und Konferenzen erteilen. Damit zwingen sie die NATO-Länder, den Bürgern der DDR Visa zu erteilen.

Bei den Konsultationen mit den sowjetischen Genossen hieß es auch, dass die DDR ein Visa-Regime für ausländische Staatsbürger einführen kann. Das bringt der DDR jedoch nichts. Für uns ist es wichtig, die Militärangehörigen der Besatzungsmächte der Kontrolle zu unterstellen.³¹⁴

Chruschtschow: Ich möchte Ihnen sagen, dass ich nicht alle Details der Konsultationen zwischen den deutschen und sowjetischen Genossen in Moskau kenne. Auf meine Anweisung hin hat mir Gen. Gromyko vor meiner Berlin-Reise über alle diskriminierenden Überreste des Besatzungsregimes in Deutschland berichtet. Gen. Gromyko hat uns nach den Konsultationen mit den deutschen Genossen noch nicht über die Ergebnisse berichtet. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, den Botschafter der DDR in Moskau³¹⁵ sowie die Genossen Gromyko

³¹⁴ Unter Berufung auf den Vier-Mächte-Status Berlins beanspruchten die drei Westmächte für ihre Militärs und Amtspersonen das Recht auf Zutritt in den Ostteil der Stadt, ohne einer Kontrolle vonseiten der DDR zu unterliegen. Die SED-Führung, nach deren Ansicht Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR“ voll Teil des ostdeutschen Staatsgebiets war, lehnte diesen Anspruch ab, konnte aber nichts an den unkontrollierten Besuchen ändern, solange sie dabei ohne sowjetische Unterstützung blieb. Die UdSSR widersprach zwar ebenfalls der These des Vier-Mächte-Status von Gesamt-Berlin, war aber nicht bereit, sich gegen die unkontrollierten Besuche in Ost-Berlin zu wenden, weil die Westmächte dann umgekehrt den unkontrollierten sowjetischen Besuchen in West-Berlin ein Ende gemacht hätten. Die Tatsache, dass die DDR von sich aus ohne sowjetische Zustimmung die unkontrollierten westlichen Besuche in Ost-Berlin nicht unterbinden konnte, lässt erkennen, dass sie dort faktisch dem Besatzungsrecht unterlag. Solange die Westmächte in Berlin waren, hielt die UdSSR an ihren Rechten gegenüber der DDR fest. Die Notwendigkeit dazu beruhte auf dem Gesichtspunkt der Konfliktkontrolle: Die UdSSR war die Macht, die für den Konflikt mit den Westmächten geradestand und die deswegen auch die Kontrolle darüber ausüben musste, wie weit dieser Konflikt getrieben wurde, also welche Risiken die östliche Seite dabei einging.

³¹⁵ Rudolf Dölling, Botschafter der DDR in der UdSSR

und Abrassimow³¹⁶ damit zu beauftragen, sich über alle diese Fragen Klarheit zu verschaffen und uns anschließend darüber zu berichten, damit wir jetzt nicht viel Zeit verlieren. Sie können sicher sein, das wir alles Erdenkliche tun, um die DDR zu unterstützen. Wir haben nichts gegen die Liquidierung von Überresten der Okkupation einzuwenden; die Frage ist nur, wie und wann sich das am besten machen lässt.

Ulbricht: Ich will nicht sagen, dass sich unsere Delegationen nicht einigen konnten und dass wir Differenzen in den genannten Fragen haben. Wir haben keine Differenzen. Was das Visa-Regime betrifft, möchte ich lediglich sagen, dass wir für Ausländer keine Visa einführen werden, da dies in erster Linie die Bürger jener Länder angeht, mit denen die DDR schon eine Verbesserung der Beziehungen erreicht hat. Die Einführung von Visa würde diese Länder der DDR entfremden.

Chruschtschow: Das ist Ihre Sache.

Ulbricht: Wir haben weit schwierigere Probleme als die Visa-Frage. Zum Beispiel die Frage der Luftverbindung zwischen West-Berlin und Westdeutschland. Derzeit macht die westdeutsche Regierung alles, um West-Berlin als Bestandteil der BRD hinzustellen. Vor allem versucht sie die Flugverbindungen zwischen West-Berlin und der BRD zu vermehren. Bis jetzt wird der Luftverkehr ausschließlich mit Flugzeugen der USA, Englands und Frankreichs durchgeführt. Bonn versucht jetzt, den Luftverkehr zwischen West-Berlin und Westdeutschland mit Hilfe West-Berliner Luftverkehrsgesellschaften voll funktionsfähig zu machen. In diesem Zusammenhang bitten wir die sowjetische Regierung darum, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und Protest zu erheben, um diese Versuche der westdeutschen Regierung zu durchkreuzen.

Chruschtschow: Ich stimme Ihnen voll zu. Natürlich können die Behörden West-Berlins und Westdeutschlands uns dadurch umgehen, dass sie bei ihren Flügen die Flaggen der Westmächte verwenden. Wir werden jedoch niemals zulassen, dass Bonn bei den Luftlinien zwischen West-Berlin und der BRD offen als Herr in Erscheinung tritt.

Ulbricht: Ich möchte folgende Frage ansprechen. Es geht darum, dass auf den Banknoten der DDR die Bezeichnung „Deutsche Emissionsbank“ steht, d. h. es steht da keine Bezeichnung der DDR selbst. Wenn man die Bezeichnung auf den Banknoten in „Staatsbank der DDR“ ändert, führt das dazu, dass einige internationale Verträge geändert werden müssen, in denen von der Deutschen Emissionsbank die Rede ist. Daher könnte man sich auf die provisorische Regelung verständigen, die Bezeichnung „Deutsche Emissionsbank“ auf den Banknoten der DDR beizubehalten, aber in Klammern darauf zu verweisen, dass es um die Staatsbank der DDR geht. In diesem Fall sind keine besonderen Verhandlungen mit den internationalen Vertragspartnern nötig. Wenn diese Frage prinzipiell entschieden ist, sollte man auch über die Entscheidung anderer, analoger Fragen

³¹⁶ Pëtr Andrejevič Abrasimov, Botschafter der UdSSR in der DDR.

nachdenken, die sich mit der Bezeichnung einzelner Institutionen der DDR verbinden, besonders der Reichsbahn der DDR. In diesem Zusammenhang möchte ich darum bitten, dass die Diplomaten zusammen mit den Fachleuten diese Fragen untersuchen und uns dann Bericht erstatten.

Chruschtschow: Ich möchte Klarheit darüber haben, ob die Sowjetunion irgendeinen Bezug zu den von Ihnen erwähnten Fragen hat. Sind diese Fragen innere Angelegenheit der DDR, oder sind es internationale Fragen?

Ulbricht: Das sind internationale Fragen, insofern sie mit internationalen Abkommen zusammenhängen. Zudem können die Gegner der DDR eine Änderung bei der Bezeichnung von Einrichtungen der DDR zur Ergreifung feindlicher Maßnahmen ausnutzen.³¹⁷

Chruschtschow: Lassen Sie uns doch dem Gen. Gromyko, dem Vorsitzenden der Gosbank der UdSSR,³¹⁸ und Ihren Genossen den Auftrag zur Untersuchung dieser Fragen erteilen. Mögen sich unsere und Ihre Genossen über die von Ihnen genannten Fragen konsultieren und uns dann [darüber] berichten.

Die folgende Unterredung betraf zunächst ökonomische Fragen der DDR und des östlichen Wirtschaftsblocks RGW. Danach ging es um die Drei-Mächte-Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche.

Chruschtschow: Ich möchte Ihnen auch über den Verlauf der Verhandlungen mit den Westmächten über die Einstellung der Kernwaffenversuche berichten. Diese Verhandlungen verlaufen gut. Wahrscheinlich wird heute eine Übereinkunft erzielt. Es handelt sich darum, dass die Westmächte uns von Anfang an gebeten haben, nicht zwei Fragen miteinander zu verbinden: die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche und die Frage des Abschlusses des Nichtangriffspakts [zwischen NATO und Warschauer Pakt]. Dabei sind die Westmächte grundsätzlich auch mit dem Vorschlag einverstanden, einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Doch sie weisen dabei auf interne Schwierigkeiten hin, vor allem auf den Standpunkt von Adenauer und de Gaulle in dieser Frage. Deswegen bitten sie uns, diesen Fragenkomplex Stück für Stück zu erörtern, und begründen dies damit, dass auf diese Weise bessere Voraussetzungen für die Regelung dieser Fragen geschaffen werden. Es muss gesagt werden, dass auch wir selbst diese Fragen nicht miteinander verknüpft haben. Doch wir haben uns bewusst vage geäußert hinsichtlich der Verknüpfung dieser Probleme.

Während der Gespräche ist eine weitere Frage aufgetaucht, die bisher nicht geregelt worden ist. Die Vertreter der USA und Englands schlagen vor, das Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche solle den Punkt enthalten, dass die beteiligten drei Staaten [die anderen] dazu auffordern, sich ihm [dem Abkommen] anzuschließen. Es muss gesagt werden, dass es über diese Frage

³¹⁷ Im Falle der Reichsbahn etwa, wie der Schienenverkehrsbetrieb der DDR nach wie vor hieß, hätten Rechte in Frage gestellt werden können, die ihr 1945 als damals noch gesamtdeutscher Bahn von den vier Mächten zuerkannt worden waren, insbesondere die Benutzung der entsprechenden Einrichtungen in West-Berlin und die Verfügung über die dortige S-Bahn.

³¹⁸ Aleksej Andreevič Poskonov. Staatsbank der UdSSR, 1990 aufgelöst und umgewandelt in Zentralbank der Russischen Föderation.

kein Einvernehmen auch unter unseren Genossen gibt. Vor allem Gen. Gromyko äußert gewisse Zweifel im Blick darauf, dass die Chinesen diese Aufforderung der drei Staaten übel nehmen können. Ich persönlich bin der Ansicht, dass dieser Vorschlag der Westmächte annehmbar ist, weil dessen Aufnahme in das vorgeschlagene Abkommen von der Weltöffentlichkeit gut aufgenommen werden würde und ebenfalls sehr nützlich wäre in Bezug auf Frankreich und Westdeutschland.³¹⁹ Heute soll das ZK-Präsidium über diese Frage entscheiden.

Ulbricht: Ich stimme Ihnen völlig zu.

Chruschtschow: Alle sonstigen Probleme, die den Abschluss des Abkommens betreffen, sind bereits ausgebügelt. Es gibt freilich noch eine Frage, die [noch] geregelt werden muss. Das ist die Frage, wer wo die Unterschrift unter das Abkommen setzt. Über diese Frage wurde bisher noch kein Einvernehmen erzielt. Namentlich Macmillan³²⁰ hat gegenüber unserem Botschafter in London angedeutet, er wäre zusammen mit Kennedy bereit, zur Unterzeichnung des Abkommens nach Moskau zu reisen. Aber kürzlich hat uns U Thant³²¹ ein Telegramm geschickt, in dem er uns darum bittet, seinen Vorschlag zu unterstützen, das Abkommen in Genf zu unterschreiben. Es ergibt sich der Eindruck, dass ihm diese Idee von den Amerikanern eingeflüstert wurde. Bislang haben wir das Telegramm von U Thant nicht beantwortet. Harriman³²² hat schon zu verstehen gegeben, wenn sich die sowjetische Seite in klarer Form dafür ausspricht, die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche nicht mit der Frage des Abschlusses des Nichtangriffspakts zu verbinden, könnte ihr die amerikanische Seite in der Frage des Ortes und der Zeit der Abkommensunterzeichnung entgegenkommen.

Insgesamt verlaufen die Verhandlungen gut, und ich denke, dass heute alle Fragen geregelt werden. Falls es aufseiten der Vertreter der drei Länder noch weitere Beratungen gibt, werden dabei redaktionelle Fragen zur Diskussion kommen. Insgesamt ist der Abschluss dieses Abkommens für uns eine sehr wichtige Sache.

Ulbricht: Diese Frage ist wirklich sehr wichtig. Ich bin der Ansicht, wenn es Ihnen gelingt, mit den USA und England zu einer Übereinkunft über die Nuklearversuche zu gelangen, wird dadurch eine allgemeine Verminderung der internationalen Spannungen erreicht werden. Dann wäre der nächste Schritt der Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Vertrag. Doch das grundlegende Hindernis für den Abschluss eines derartigen Pakts ist die Politik Adenauers und de Gaulles. Deswegen wäre der Kampf für den Abschluss dieses Pakts zugleich ein Kampf gegen Adenauer. Das würde uns helfen bei unserem Kampf gegen die regierende CDU-Spitze in Richtung auf eine Niederlage der CDU bei den künftigen Wahlen in Westdeutschland. Die Schwierigkeit dabei liegt darin, dass die Sozialdemokraten Westdeutschlands keine Alter-

³¹⁹ Chruščëv hielt die – im Aufbau befindliche – französische Nuklearstreitmacht für einen Faktor, der sich auf die Sicherheit negativ auswirke, und wandte sich mit besonders großer Vehemenz dagegen, dass die Bundesrepublik in irgendeiner Weise Zugang zu Kernwaffen erhalten oder an ihnen beteiligt werden könnte.

³²⁰ Harold Macmillan, britischer Premierminister.

³²¹ Sithu U Thant, Generalsekretär der UNO.

³²² Averell Harriman, Berater von Präsident John F. Kennedy.

native zum politischen Kurs Adenauers bilden. Doch wenn die Verhandlungen zwischen den Großmächten über die wichtigsten internationalen Fragen weiter gehen, werden in der SPD die Kräfte stärker werden, die für die Formulierung einer solchen Alternative eintreten.

Chruschtschow: Als Spaak in Moskau war³²³ (immerhin ist Spaak jetzt unser Verbündeter in der Frage der Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags³²⁴), hat er mich gefragt, wie ich zu Wilsons möglicher Machtübernahme³²⁵ stehe. Ich habe ihm geantwortet, dass grundlegende positive Veränderungen kaum zu erwarten sind. Dann hat er mich gefragt, wie ich dazu stehe, dass in Westdeutschland Brandt³²⁶ an die Macht kommt. Ich habe ihm gesagt, dass ich keinen großen Unterschied sehe zwischen der Politik von Brandt und der Politik von Adenauer. Doch jetzt, da ich mit Ihnen spreche, muss ich sagen, dass Brandt sich anscheinend derzeit um Unterstützung bemüht und seine Haltung ändern will.³²⁷

Ulbricht: Wenn Brandt auch nach einer Alternative sucht, so sucht er [aber] nach einer nicht großen Alternative.

Chruschtschow: Ich denke, dass Spaak mit seinen Äußerungen in gewissem Umfang den Standpunkt von Brandt zum Ausdruck bringt. Doch der Unterschied dabei liegt darin, dass Spaak seine Meinung frei äußern kann, und Brandt kann es nicht. Brandt muss immer nach Adenauer schielen. Insgesamt glaube ich, dass es uns trotzdem gelungen ist, die reaktionären Kräfte von ihren reaktionären Standpunkten abzubringen. Wichtig ist ebenfalls, dass die Ablösung Adenauers ins Auge gefasst ist, dass ein gewisser Wechsel ins Auge gefasst ist.

Ulbricht: Ich denke daran, an Ollenhauer³²⁸ zu schreiben und in meinem Brief die derzeitige Situation darzulegen, wie wir sie verstehen, und ebenfalls zu sagen,

³²³ Chruščëv sprach mit Paul-Henri Spaak, dem sozialistischen Außenminister und stellv. Ministerpräsidenten Belgiens und früheren Generalsekretär der NATO, am 8. Juli 1963, siehe Dokument 14 in diesem Band.

³²⁴ Der von der UdSSR geforderte Friedensvertrag sollte mittels Aufhebung der Besatzungsrechte die Grundlage für die Präsenz der Westmächte in Berlin beseitigen und die Voraussetzungen für eine „Freie Stadt West-Berlin“ schaffen, die faktisch von der DDR voll abhängig wäre.

³²⁵ Der Führer der oppositionellen britischen Labour Party, Harold Wilson, hoffte, bei den nächsten Wahlen die Mehrheit zu gewinnen. Vgl. die Gespräche Chruščëvs mit Wilson am 14. 6. 1963 und 2. 6. 1964 (Dokumente 10 und 26 in diesem Band).

³²⁶ Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von [West-]Berlin, war der Kanzlerkandidat der oppositionellen SPD.

³²⁷ Brandt hatte sich am 15. Juli 1963 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing für eine „Politik der Transformation“ und der „friedlichen Veränderung des Konflikts“ ausgesprochen. Es komme darauf an, „[w]irkliche, politische und ideologische Mauern“ nach und nach „ohne Konflikt“ zu beseitigen. Dabei müsse man „selbst für die Einwirkung der anderen Seite auch offen“ sein. Es gelte, „die Sowjetunion zu der Einsicht zu bringen, dass ein Wandel in ihrem eigenen Interesse liegt“. Zugleich bestand er auf dem Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und gab der Überzeugung Ausdruck, dass dieses „[n]ur über die wachsende Geschlossenheit des Westens“ zu erreichen sei. Er stellte „die Frage der Menschlichkeit noch vor die nationale“ und erklärte sich deswegen bereit, „[f]ür menschliche Erleichterungen im Interesse unserer Landsleute“ über vieles mit sich reden zu lassen. Unmittelbar vor ihm hatte sein Pressesprecher Egon Bahr sich für einen Kurs des „Wandels durch Annäherung“ im geteilten Deutschland ausgesprochen, wobei die Beziehungen zur DDR „unterhalb der juristischen Anerkennung“ bleiben sollten.

³²⁸ Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD.

dass wir in diesem Zusammenhang von den Sozialdemokraten erwarten, dass sie eine Alternative zur Politik Adenauers unterbreiten. Die Sache ist die, dass wir in sozialen Fragen keinen großen Kampf mit den Sozialdemokraten haben. Differenzen gibt es beim westdeutschen Revanchismus, der von den Sozialdemokraten unterstützt wird.³²⁹ In eben dieser Frage muss man die SPD von ihrem Standpunkt abbringen. Falls Brandt an die Macht kommt, werden die Forderungen der Massen in sozialen Fragen ihn dazu zwingen, eine Wende in der Politik zu vollziehen, welche Stellungnahmen er auch immer bisher abgegeben hat und wie er auch den Revanchismus Adenauers unterstützt haben mag. Sogar angesichts dessen, dass Brandt jetzt für die Außenpolitik Adenauers eintritt, sollte man nicht vergessen, dass sich die sozialen Kräfte Westdeutschlands in eine Richtung entwickeln, dass sie die SPD-Spitze unausweichlich zur Änderung ihrer Politik zwingen, unter anderem auch in den außenpolitischen Fragen. Wenn Brandt an die Macht käme, wäre das in gewissem Maße nützlich für uns, ungeachtet seiner Solidaritätsbekundungen mit der Politik Adenauers und Kennedys. Deswegen sage ich offen, dass wir für eine sozialdemokratische Regierung in Westdeutschland eintreten. Doch die Sozialdemokraten wollen ihrerseits die Macht nicht in ihre Hände nehmen.

Chruschtschow: In diesem Zusammenhang habe ich Zweifel daran, ob es sich für Sie lohnt, sich mit einem Brief an Ollenhauer zu wenden.

Ulbricht: Ich denke, mich privat an ihn zu wenden, so dass der Brief nicht an die Presse geht. Ich denke ihm so zu schreiben, wie beispielsweise Sie mit Kennedy korrespondiert haben.

Chruschtschow: Woher wissen Sie von meiner Korrespondenz mit Kennedy?

Ulbricht: Entschuldigen Sie, aber ich weiß davon.

Nochmals vielen Dank, Nikita Sergejewitsch, für das Gespräch und die uns erwiesene Unterstützung.

Das Gespräch dauerte eine Stunde. Bei dem Gespräch war der Botschafter der UdSSR in der DDR, Gen. P[jotr] A. Abrassimow, zugegen.

Aufgezeichnet von W. Popow
Nicht korrigierte Aufzeichnung
Aus dem russischen Originaltext übersetzt
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 558, Bl. 99-104, 111-115
[vollständiger Text Bl. 99-115]

³²⁹ Das bezieht sich auf die außen- und sicherheitspolitische Umorientierung der SPD nach Chruščëvs Nein zu ihrem Deutschland-Plan (siehe sein Gespräch mit Carlo Schmid und Fritz Erler am 16. 3. 1959, in: Band 2 dieser Dokumentation, S. 141-157). Hatten maßgebende Kreise der Partei bis dahin gehofft, die UdSSR würde einer demokratischen Wiedervereinigung auf der Grundlage militärischer Neutralität zustimmen, und darauf gesetzt, die Sicherheit lasse sich statt auf die NATO auf ein zu etablierendes System der kollektiven Sicherheit in Europa unter der Ägide der UNO gründen, wurde daraufhin klar, dass es sich dabei um Illusionen handelte. Der Prozess des Umdenkens fand seinen Abschluss mit der Erklärung von Herbert Wehner im Bundestag am 30. Juni 1960, der sich im Namen der SPD voll zu Adenauers Politik der Westintegration und zur Beteiligung am atlantischen Bündnis bekannte.

17. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Außenminister, Lord Home, am 5. August 1963

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR N. S. Chruschtschow empfing am 5. August im Kreml den Außenminister Großbritanniens, Lord Home, der begleitet wurde von Lordsiegelbewahrer E[dward] Heath, vom Staatsminister für Auswärtiges, P[eter] Thomas, vom Ständigen Vertreter des Außenministers, H[arold] Caccia³³⁰, vom Persönlichen Sekretär des Außenministers, Wright³³¹, und vom Botschafter Großbritanniens in Moskau, [Sir] H[umphrey] Trevelyan.

Lord Home sagt, dass das Volk und die Regierung Englands den Vertrag³³² begrüßen und ihn als ersten Schritt zur weiteren Verbesserung der Verhältnisse betrachten.

Chruschtschow sagt, er ist froh darüber, dass der Vertrag so aufgenommen worden ist, und bemerkt, dass man in der UdSSR dies ebenfalls als einen ersten Schritt in die richtige Richtung betrachtet.

Lord Home sagt, das Gebäude solle seiner Ansicht nach Stein für Stein errichtet werden. Er sagt, er habe bereits mit A[ndrej] A. Gromyko einige Fragen erörtert, unter anderem Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs und zum Einsatz von Beobachtern für diesen Zweck.³³³ Er möchte klären, wie das alles gedacht ist.

Chruschtschow sagt, dass Posten von derartigen Beobachtern verhindern, dass insgeheim Streitkräfte für einen Angriff konzentriert werden können. Wir sind bereit, auf die Erörterung dieser Frage einzugehen, doch muss das so geschehen, dass die Toten die Lebenden nicht stören. Ohne den Friedensvertrag mit den Deutschen³³⁴ werden unsere Beziehungen stets eine eiternde Wunde haben. N. S. Chruschtschow bemerkt, dass er schon Dean Rusk gesagt hat, für die Kapitalisten wäre es ein großer Sieg, wenn es der BRD gelänge, die DDR zu schlucken. Würde umgekehrt die BRD ein sozialistisches Land, würden wir der ganzen Welt Frieden verschaffen. Doch unter den heutigen Umständen ist alles das unrealistisch, und man muss die Dinge nüchtern sehen. Im Falle eines Krieges wird der Idee des Sozialismus der volle Sieg zufallen. Man hat bereits den Versuch gemacht, uns zurückzudrängen, und was dabei herausgekommen ist, danach

³³⁰ Unrichtige Wiedergabe im russischen Text: Kaččina [Caccia, Harold Anthony].

³³¹ Schreibweise dieses Namens ist nicht völlig sicher.

³³² Am gleichen Tag, als Chruščëv und Lord Home miteinander sprachen, schlossen die USA, die UdSSR und Großbritannien als langjährige Nuklearmächte ein Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Dieser Vertrag sollte nach ihrer Ansicht anschließend von allen in Betracht kommenden Ländern unterzeichnet werden, doch eine Reihe von ihnen waren dazu nicht bereit. Das betraf auch Verbündete der vertragsschließenden Seiten, Frankreich und die Chinesische Volksrepublik, die noch am Aufbau eines Kernwaffenarsenals arbeiteten und dabei noch Tests benötigten.

³³³ Die UdSSR hatte wechselseitige Beobachterposten an den Knotenpunkten des Land-, See- und Flugverkehrs in den vorderen Ländern beider Bündnisse vorgeschlagen, denn an diesen Stellen würde man Truppenbewegungen zur Vorbereitung eines Angriffs erkennen können.

³³⁴ Chruščëv bezog sich auf die seit November 1958 gestellte Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrags, der die Besatzungsrechte in Deutschland aufheben und damit den drei Westmächten das Recht auf Präsenz in Berlin und auf Zugang dorthin nehmen sollte.

kann man sich bei Churchill erkundigen.³³⁵ Man sollte nicht auf Adenauer hören. Es gilt, auf der Höhe der historischen Erfordernisse zu sein.

Jetzt, nach Abschluss des Vertrages über das Verbot der Kernwaffenversuche, ist der Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen den Ländern der NATO und den Ländern des Warschauer Vertrags an der Reihe. Der Abschluss dieses Pakts würde das Gleichgewicht der Kräfte nicht verletzen, aber die Völker moralisch hoch befriedigen.

Lord Home sagt, dass Großbritannien keinerlei Sieg in Deutschland anstrebt. Natürlich würde es gerne ein aufgrund freier Wahlen vereinigt Deutschland sehen. Man muss jedoch realistisch sein. Wir suchen nach einer Möglichkeit, die Lage zu verbessern, sagt [Lord] Home. Er äußert den Wunsch zu erfahren, was der echte Wert sei, den der Abschluss so eines Nichtangriffspakts habe, schließlich hätten die Länder, die das Statut der UNO unterzeichnet haben, schon die Verpflichtung übernommen, keinen Krieg anzufangen. Unter diesem Gesichtspunkt ist jegliche Erklärung der Länder NATO und des Warschauer Vertrags überflüssig.

Chruschtschow sagt, dass das Statut der UNO tatsächlich so eine Bestimmung enthält. Doch wenn man dieser Logik folgen wolle, warum habe man denn dann die NATO gründen müssen. Das lässt sich alles einfach erklären: Sie [an Lord Home gerichtet] haben geglaubt, dies werde zur Stärkung Ihrer militärischen Macht verhelfen.³³⁶ Wenn die NATO keine aggressive Organisation ist, warum unterzeichnet sie dann keinen Nichtangriffspakt.

Lord Home sagt, dass die NATO eine Verteidigungsorganisation ist, die auf der Grundlage der Bestimmung des UNO-Statuts über kollektive Verteidigung gegründet wurde. Er äußert die Hoffnung, dass die Organisation des Warschauer Vertrages ebenfalls eine nicht-aggressive Organisation ist.

³³⁵ Sir Winston Churchill warnte in der frühen Nachkriegszeit als erster allgemein bekannter westlicher Politiker öffentlich vor der UdSSR, deren „Expansions- und Bekehrungstendenzen“, wie er in Fulton, Missouri, am 5. März 1946 in Anwesenheit von Präsident Harry S. Truman erklärte, keine Grenzen hätten. Hinter dem Eisernen Vorhang seien im Osten Europas totalitäre, sowjetisch kontrollierte Polizeiregime am Werk, und im Westen des Kontinents bedrohten sowjetisch gelenkte „kommunistische fünfte Kolonnen“ Freiheit und Demokratie. Die angelsächsischen Nationen Großbritannien und USA müssten sich zum Widerstand dagegen brüderlich zusammenschließen, nicht zuletzt auch militärisch, und in Europa eine „neue Einheit“ schaffen, von der keine Nation dauernd ausgeschlossen sein solle.

³³⁶ Anders als von Chruschtschow dargestellt, spielten militärische Überlegungen bei Abschluss des Nordatlantikpakts am 4. April 1949 keine Rolle. Es ging zu diesem Zeitpunkt ausschließlich darum, dass die USA den Partnern in Europa vertraglich zusicherte, sie bei einem sowjetischen Angriff nicht im Stich zu lassen. Streitkräfte, die in diesem Fall die westeuropäischen Länder mit Aussicht auf Erfolg hätten verteidigen können, waren auf beiden Seiten nicht vorhanden. Man verließ sich darauf, dass die UdSSR keinen Angriff wagen würden, wenn das zum Krieg mit den USA führe, die nicht nur das Atombombenmonopol besaßen, sondern auch, wie sie im Zweiten Weltkrieg gezeigt hatten, aufgrund ihres enorm überlegenen wirtschaftlichen und technischen Potenzials rasch aufrüsteten und dann mit starken Streitkräften in Europa landen konnten. Die Gewissheit, dass die Sowjetunion keinen Krieg beginnen werde, erschien erst in Frage gestellt, als – wie man im Westen zu Recht vermutete – Nordkorea im Einvernehmen mit Stalin am 25. Juni 1950 den südlichen Landesteil angriff. Erst daraufhin wurde mit dem Aufbau einer NATO-Militärorganisation zur Verteidigung Westeuropas begonnen.

Er fragt, ob das Beharren der Sowjetunion auf dem Abschluss eines Nichtangriffspakts nicht damit zu erklären sei, dass dies irgendwie mit einer Erhöhung der Chancen für die Anerkennung der DDR verbunden werde.

Chruschtschow sagt, die Anerkennung der DDR hängt nicht von der Unterzeichnung dieses Paktes ab.

Die NATO bemüht sich schon 10 Jahre lang darum, die Länder des sozialistischen Lagers zurückzudrängen, doch diese, beispielsweise die DDR, werden immer stärker. Die politische Stärke [der sozialistischen Länder] beruht auf dem wirtschaftlichen Fundament. In der BRD werden Appelle laut, die Stabilität zu sichern. Auch Brandt³³⁷ fordert dazu auf. Aber wie lässt sich in [West-]Berlin die Stabilität ohne die DDR gewährleisten, welche die Zugänge zu der Stadt kontrolliert.³³⁸ Es kann keine stabile Situation in Berlin geben, wenn es keinen Friedensvertrag gibt.

Lord Home bemerkt, dass N. S. Chruschtschow immer dazu aufgerufen hat, die Fragen in Verhandlungen zu regeln. Man darf den Zugang nach Berlin nicht behindern und keine zusätzlichen Schwierigkeiten schaffen.

Er fragte, ob die Absicht bestehe, Beobachtungsposten nur in den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrags einschließlich der USA und der Sowjetunion einzurichten, oder ob ein größerer Rahmen vorgesehen ist. Er bemerkt, man müsse Angst und Misstrauen Schritt für Schritt beseitigen, und [erst] danach könne man auch an die Regelung der deutschen Frage herangehen.

Chruschtschow wiederholt, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesen zwei Fragen gibt. Er bemerkt, dass Lord Home offensichtlich einem Auftrag der Westdeutschen nachkommt, wenn er in diesem Sinne sondiert, weil sein Standpunkt nicht der von England ist.

Lord Home antwortet, dass er immer von sich aus nach dem fragt, was ihn interessiert.

Chruschtschow wiederholt nochmals, dass dies nicht der Standpunkt von England ist.

Lord Home sagt, dass er nochmals auf die Beobachtungsposten zurückkommen möchte.

Chruschtschow sagt, dass diese Frage noch nicht vollständig ausgearbeitet ist. Wenn Großbritannien grundsätzlich zustimmt, kann man in Verhandlungen ein-

³³⁷ Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von [West-]Berlin und Kanzlerkandidat der oppositionellen SPD.

³³⁸ Aufgrund der Nachkriegsvereinbarungen zwischen den Siegern beanspruchten die Westmächte für sich und die Deutschen in den Westsektoren das Zugangsrecht auf dem Land-, Wasser- und Luftweg. Demnach hatte die UdSSR der DDR lediglich die Abfertigung des deutschen Transits zu Lande und Wasser übertragen können, während das sowjetische Militär die westlichen Transporte abfertigte und der Luftverkehr sich ohne jede Mitwirkung der östlichen Seiten vollzog. Dieser Zustand wurde wiederholt von der Sowjetunion in Frage gestellt, am schärfsten durch die Blockade West-Berlins, von der nur der Luftverkehr ausgenommen war, und die ultimative Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrags vom November 1958, der die Zugangsrechte in aller Form aufheben sollte, aber trotz der immer wieder angedrohten kriegesischen Maßnahmen nicht durchgesetzt wurde.

treten. Doch der Abschluss des Nichtangriffspakts zwischen den Ländern der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrags ist notwendig. Er bemerkt, dass Großbritannien, die USA und die Sowjetunion die Beobachtung kaum Vertretern neutraler Ländern überlassen werden; die Verteidigungsfragen sind von allergrößter Bedeutung. Doch das ist noch nicht endgültig, man muss [noch] verhandeln und ein System ausarbeiten. Wir wollen niemanden überfallen, aber wir wollen, dass uns ebenfalls entsprechende Garantien gegeben werden.

Zudem werden die Beobachter keine Touristen sein, wie die Westpresse schreibt, sondern sie werden sich an festgelegten Punkten befinden. Eine militärische Aufklärung unter dem Deckmantel von Beobachtungsposten wird es nicht geben.

Lord Home fragt, ob das nicht auf eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Beobachter hinausläuft. Dann stehen sie unter Hausarrest.

Chruschtschow sagt, wir meinen nicht, dass sie dann unter Hausarrest stehen. Es sind aber gewisse Einschränkungen hinsichtlich der Bewegungsfreiheit erforderlich. Sie können nicht wie Individualtouristen einfach umherstreifen. Andernfalls könnte es geschehen, dass der Kontrolleur seinen Posten verlässt, in einen anderen Teil des Landes reist, und in dieser Zeit werden Truppen bei seinem Beobachtungsposten nach vorne verlegt.

Weiter macht N. S. Chruschtschow darauf aufmerksam, dass auch er an einem festen Platz sitzt und arbeitet, und zwar in seinem Arbeitszimmer. Aber das ist doch kein Hausarrest.

Diese Beobachter sollen die Züge an den Eisenbahnknotenpunkten, die Schiffe in den Häfen und die Flugzeuge auf den Flugplätzen beobachten.

Lord Home äußert seine Zustimmung. Er wendet sich der Frage der Beteiligung neutraler Länder an den Abrüstungsverhandlungen in Genf zu und fragt, ob es nicht an der Zeit wäre, die Zusammensetzung der Vertreter zu verändern.

Chruschtschow meint, dass er nicht sieht, welche Zusammensetzung man noch wählen könnte.

Lord Home sagt, dass er vorhat, die Frage der Beobachter mit A. A. Gromyko genauer zu besprechen. Er meint, dass die Sowjetunion ebenso wie Großbritannien Sorge hat wegen der Weitergabe von Kernwaffen. Diese Frage könnte man ebenfalls erörtern. Es geht um ein Abkommen darüber, dass Kernwaffen und die damit zusammenhängenden Informationen nicht an Länder weitergegeben werden, die keine Kernwaffen besitzen, und dass diese Länder das auch nicht in Empfang nehmen [dürfen]. *Lord Home* fragt N. S. Chruschtschow, ob er keine Hindernisse auf diesem Weg sieht.

Chruschtschow sagt, dass man die Hindernisse überwinden muss. Doch sind die Ideen des Präsidenten der USA, multilaterale Nuklearstreitkräfte unter Heranziehung Westdeutschlands zu schaffen, damit unvereinbar. In dieser Hinsicht unterstützen wir den Standpunkt der Regierung von Großbritannien, die wenig Begeisterung zeigt; diese Informationen, sagt N. S. Chruschtschow, hat uns ein Vögelchen ins Ohr gezwitschert.

Lord Home sagt, die Schaffung der multilateralen Nuklearstreitmacht³³⁹ bedeutet, ohne uns jetzt darauf festzulegen, ob wir uns ihr anschließen oder nicht, nicht mehr, als dass mehrere Hände am Sicherungsschalter sind. Unter diesem Gesichtspunkt könnte sich daraus vielleicht ein größerer Nutzen ergeben, und die Sowjetunion sollte dem nicht widersprechen.

Chruschtschow sagt, dass das Kuckucksküken die Jungen des Vogels aus dem Nest wirft, der es ausgebrütet hat. Hoffentlich wird das westdeutsche Kuckucksküken nicht das Gleiche tun, nachdem es an die Kernwaffen gekommen ist.

Lord Home sagt, dass er viele Jahre lang Vogelei gesammelt hat. Das Kuckucksei hat er aber immer weggeworfen.

Chruschtschow bemerkt, dass dies tatsächlich ein gefährliches Ei sein könnte.

Beim Gespräch waren zugegen: A. A. Gromyko, A[rkadij] A. Soboljow, A[lexander] A. Soldatow, L[eonid] M. Samjatin und S[oja] W. Mironowa.

Aufgezeichnet von O. Aleninkow

Nicht korrigierte Aufzeichnung

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Aus dem russischen Originaltext übersetzt

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 554, Bl. 128-133

18. Gespräch Chruschtschows mit dem Vizepräsidenten des Bundestages der BRD, Thomas Dehler,³⁴⁰ am 4. September 1963

Nach dem Austausch kurzer Begrüßungen sprach *Th. Dehler* über die Eindrücke seiner Reise durch die Sowjetunion. Mein Besuch, sagte Dehler, war für mich sehr wertvoll. Ich habe das Land und die Menschen kennen gelernt und auf meiner Reise viele gute Eindrücke gewonnen. In 14 Tagen ist es natürlich schwierig, die Mentalität eines Volkes von Grund auf kennen zu lernen, doch ich fühle, dass sich die persönlichen Eindrücke ergänzt durch das Wissen, dass ich aus Büchern und Zeitungen geschöpft habe, zu einer Gesamtvorstellung von Ihrem Land zu-

³³⁹ Die *Multilateral [nuclear] Force* (MLF) war ein politisches Projekt, mit dem Kennedy den doppelten Zweck verfolgte, de Gaulles Vorwurf einer durch den Kernwaffenbesitz hergestellten Dominanz zu entkräften und den nicht-nuklearen Verbündeten, vor allem den Bundesrepublik, den Eindruck der nuklearen Beteiligung und Mitsprache zu vermitteln, ohne jedoch Kernkompetenzen der Kontrolle aus der Hand zu geben. Die MLF sollte aus nuklear bewaffneten Überwasserschiffen bestehen, die – anders als die kernwaffentragenden U-Boote der USA – von den Militärs im Kriegsfall als kaum überlebensfähig, mithin als wenig nützlich, betrachtet wurden. Aber darauf kam es in diesem Fall offenbar nicht an. Nach sowjetischer Darstellung lief das Vorhaben auf eine – den Frieden gefährdende – nukleare Ausrüstung der Bundesrepublik hinaus. Die UdSSR würde, so hieß es drohend, das nicht hinnehmen.

³⁴⁰ Thomas Dehler war 1949–1953 Bundesminister der Justiz im ersten Kabinett Adenauer, verlor anschließend dieses Amt wegen Differenzen mit dem Bundeskanzler bei der Bildung der neuen Regierung und übernahm den Vorsitz der FDP-Fraktion im Bundestag. Diese kündigte am 22. Januar 1956 die Koalition mit der CDU/CSU auf. Seitdem war Dehler einer von Adenauers heftigsten innenpolitischen Widersachern. Von 1960 bis zu seinem Tod 1967 war er Vizepräsident des Bundestages.

sammenfügen. Der stärkste Eindruck ist, dass die Menschen sowohl bei Ihnen im Land als auch in meiner Heimat den Frieden wollen, dass beide Völker den Frieden brauchen.

Chruschtschow: Ich stimme Ihnen zu. Das ist richtig. Wir glauben, die Voraussetzungen zur Festigung des Friedens wären weitaus günstiger, wenn wir die Beziehungen zwischen unseren Ländern verbessern [und] ein Verständnis füreinander erreichen könnten.

Ich glaube, dass die Regierung Westdeutschlands eine absolut unrealistische Politik betreibt. Alle Hoffnungen, welche die Regierung der BRD mit ihrem Eintritt in die NATO verbunden hat, sind in totalem Misserfolg geendet. Das Hauptziel Adenauers war es, die Lage zu verändern, die als Ergebnis der Zerschlagung Hitlerdeutschlands entstanden ist. Das kann man nur durch Entfesselung eines neuen Krieges zu erreichen suchen, aber Westdeutschland ist außerstande, einen neuen Krieg zu beginnen, das heißt es kann ihn zwar beginnen, dafür ist kein Verstand nötig, aber jeder gesund denkende Mensch begreift, dass ein neuer Krieg zu einer unermesslich schnelleren Zerschlagung Deutschlands führen würde, als es im Zweiten Weltkrieg der Fall war. Das ist keine Drohung, sondern die realistische Einschätzung der Lage. In Anbetracht der modernen Thermonuklear- und Raketenwaffen ist ein Krieg in Europa gleichbedeutend mit Selbstmord. Das begreift jetzt sogar Adenauer. Er sagte in seinen Reden, dass es keinen Krieg zur Veränderung der Grenzen Deutschlands geben kann. Das weiß auch de Gaulle, [und] am besten verstehen das die Engländer und Amerikaner, aber keiner zieht daraus Konsequenzen. Wir haben auch schon früher den Amerikanern gesagt, dass Adenauer ein Mensch ist, der sich dem fortschrittlichen Trend der Entwicklung entgegenstellt, den Krieg zwischen den Staaten aus dem Leben der Gesellschaft auszuschließen.

Amerika wäre jetzt bereit, auf eine Reduzierung der Zahlenstärke seiner Truppen in Europa einzugehen, aber wegen des Militärvertrages, den Adenauer mit de Gaulle geschlossen hat, tun die USA diesen Schritt nicht, weil sich dadurch ihre Beziehungen zu Frankreich und Westdeutschland verschlechtern könnten.

Was bringt solch eine Politik Westdeutschland? Nichts Gutes. Wie ich bereits gesagt habe, versucht Adenauer sich die DDR einzuverleiben, doch wenn das schon vor 10 bis 15 Jahren nicht möglich war, so ist das jetzt umso mehr ausgeschlossen. Wir treten ebenfalls für die Wiedervereinigung ein, doch die Frage ist, von welcher Art das einige Deutschland sein soll. Wir, die Kommunisten, sind dafür, dass das einige Deutschland kommunistisch sein soll. Sie wollen es vermutlich kapitalistisch haben. Überlassen wir es doch der Geschichte, diese Frage zu entscheiden. Jetzt muss die deutsche Friedensregelung entschieden werden. Die beste Regelung ist der Abschluss eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten und die Normalisierung der Lage in West-Berlin auf dieser Grundlage.³⁴¹

Die Interessen Westdeutschlands erfordern gute Beziehungen zur Sowjetunion. Diese Interessen sind mit den Interessen unseres Landes identisch. Ich warte

³⁴¹ Damit kam Chruščëv auf die seit November 1958 gestellte Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrags zurück, durch den er die Zweistaatlichkeit rechtlich uneingeschränkt bestätigen und die Rechte der Westmächte in Berlin aufheben wollte.

darauf, dass die Kräfte in Westdeutschland zutage treten werden, welche die Notwendigkeit der Verbesserung der Beziehungen zu unserem Land begreifen und den Rapallo-Weg³⁴² beschreiten.

Westdeutschland könnte von uns mit Aufträgen versorgt werden, wir können Rohstoffe liefern, an denen es ihm mangelt. Westdeutschland könnte einen großen Markt für den Absatz seiner Industrieproduktion erhalten, wobei dieser Markt nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die anderen Länder des sozialistischen Lagers umfassen würde. All das könnte günstige Bedingungen nicht nur für die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Völkern, sondern auch für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten schaffen, und danach vielleicht auch für die Bildung einer Konföderation.³⁴³ Das ist der einzig vernünftige Weg. Der andere Weg ist der Weg der Gewalt, der Weg des Krieges mit allen sich daraus ergebenden Folgen. Es werden sich kaum Leute finden, die ihre sozialen und politischen Fragen durch Entfesselung eines Krieges gegen die Sowjetunion regeln wollen. Das ist unsere Einschätzung der Lage.

Debler: Ich bin mit Ihnen in Vielem einverstanden, insbesondere damit, dass die Politik der Bundesregierung, die auf die Aufnahme der BRD in die NATO ausgerichtet war, ohne Erfolg geblieben ist. Ich war gegenüber dieser Politik [stets] skeptisch. Ich schätze das Bemühen um Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenfalls nicht allzu sehr, weil in beiden Fällen nur einseitige Tendenzen zutage treten. Es wäre wahnsinnig, nach Regelungen mittels Krieg zu suchen, daher ist es notwendig, die Entspannung durchzusetzen. Ein gutes Zeichen in dieser Hinsicht ist der Abschluss des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser,³⁴⁴ der vom Vertreter der BRD am Tag meiner Ankunft in der Sowjetunion unterzeichnet wurde.

³⁴² Im Vertrag von Rapallo am 16. April 1922 vereinbarten das Deutsche Reich und die Sowjetunion, die damals beide Parias der von den Westmächten beherrschten internationalen Szene waren, eine enge Zusammenarbeit vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die durch eine strikt geheim gehaltene militärische Kooperation ergänzt wurde.

³⁴³ Am 30. Dezember 1956 hatte SED-Chef Ulbricht nach Absprache mit der sowjetischen Seite im zentralen Parteiorgan „Neues Deutschland“ erklärt, angesichts des Bestehens zweier Staaten in Deutschland mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen sei es notwendig, zunächst eine beiderseitige Annäherung und danach eine Zwischenlösung in Form der Konföderation herbeizuführen. Am 26. Juli 1957 ließ die DDR einen im Moskauer Außenministerium ausgearbeiteten Vorschlag zu Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über die Bildung einer Konföderation folgen, die, wie es hieß, eine spätere Wiedervereinigung vorbereiten würde. Am 11. Juli 1958 befürwortete Chruschtschow auf dem VI. Parteitag der SED die Konföderation persönlich als „Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands“. Wie die DDR seit dem Sommer 1957 forderte, sollte am Anfang der Verhandlungen über die Konföderation ein Abkommen stehen, das unter anderem die Lagerung und Herstellung von Atomwaffen auf deutschem Boden verbiete, ein beiderseitiges Ausscheiden aus den Bündnissen, aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt, vorsehe und die Wehrpflicht [in der Bundesrepublik] aufhebe. Das lief auf das Verlangen nach Beseitigung des Verteidigungssystems der NATO in Europa hinaus, während die Bildung der Konföderation auf Anerkennung der DDR, mithin der deutschen Zweistaatlichkeit abzielte. Bei etwa folgenden Verhandlungen über eine Vereinigung Deutschlands wäre in jedem Punkt ein Einvernehmen mit dem SED-Regime nötig gewesen.

³⁴⁴ Am 5. August 1963 war dieser Vertrag von den USA, der UdSSR und Großbritannien geschlossen worden mit der Maßgabe, dass sich ihm die anderen Staaten anschließen sollten.

Mich beunruhigt die Möglichkeit des Ausbruchs von Konflikten wegen der unklaren Lage in der Mitte Europas. Jetzt verläuft durch ganz Deutschland und Berlin die Grenze. Beide Teilstaaten sind nach 1945 nicht nach dem Willen der Deutschen geschaffen worden, sondern nach dem Willen der Siegermächte. Die BRD nach dem Willen der drei Westmächte, die DDR nach dem Willen der Sowjetunion. Das Symbol für die Anomalie der Lage ist die Lage in Berlin, das in zwei Teile aufgespalten ist. Wenn dieser Zustand der Stadt über eine unbestimmte Zeit hinweg fortbestehen bleibt, kann das zur Bildung eines dritten deutschen Staates führen.³⁴⁵ Mein Standpunkt, wie auch der Standpunkt meiner politischen Freunde, lässt sich vielleicht auf folgende Weise ausdrücken: Wir sind für einen Friedensvertrag, der die Überreste des Zweiten Weltkrieges beseitigen würde.³⁴⁶ Doch der Friedensvertrag muss als Endziel die Erreichung der Einheit Deutschlands enthalten oder soll zumindest den Weg abstecken, der zu ihrer Erreichung führt. Eine Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik darf nicht stattfinden. Ein Friedensvertrag muss festlegen, wie das vereinigte Deutschland aussehen wird, welches sein militärischer Status sein wird.³⁴⁷ Diese Frage muss gemeinsam mit den Siegermächten entschieden werden. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird auf Atomwaffen verzichten müssen. Im Friedensvertrag muss auch die gesellschaftliche Ordnung des wiedervereinigten Deutschland festgelegt werden. Dabei sollten die liberale gesellschaftliche Ordnung in der BRD mit ihrem freien Markt und die sozialistischen Veränderungen in der DDR beibehalten werden. Zusammen damit muss im Friedensvertrag vereinbart werden: Wie können diese zwei Systeme miteinander verbunden werden, wie wird das vereinigte Deutschland politisch vertreten, mittels Bildung einer Konföderation oder in anderer Form, wie wird der Weg zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aussehen. Alles das sollte im Verlauf von Verhandlungen unter Beteiligung der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten entschieden werden, wie es 1959 in Genf der Fall war.³⁴⁸ Ich bin davon überzeugt, dass die Deutschen keinen Friedensvertrag unterzeichnen werden, der nicht auf die Schaffung eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands gerichtet wäre.³⁴⁹ Ich möchte besondere Aufmerksamkeit auf diese letzten Worte lenken.

Chruschtschow: Wir haben unser eigenes Verständnis von den Gründen für die Entstehung der zwei deutschen Staaten. Sie sind entstanden als Ergebnis des von Hitler entfachten Kriege, als Ergebnis der Niederlage Hitlerdeutschlands. So

³⁴⁵ Nach amtlicher sowjetischer Auffassung hatte West-Berlin bereits den Status einer „selbständigen“ bzw. „besonderen politischen Einheit“, das heißt eines Gebietes, das völlig von der Bundesrepublik getrennt sein müsse und als ein in Entwicklung begriffener Staat anzusehen sei.

³⁴⁶ Das entsprach einer der Formulierungen, mit der die UdSSR ihre Forderung nach einem Friedensvertrag und der darin festzulegenden Aufhebung der Besatzungsrechte (vor allem der westlichen Berlin-Rechte) begründete.

³⁴⁷ Nach Dehlers Ansicht kam nur ein Status militärischer Neutralität in Betracht.

³⁴⁸ An den beiden Vier-Mächte-Konferenzen in Genf 1959 nahmen Vertreter der zwei deutschen Staaten als Beobachter an Nebentischen teil. Es kam zu keinerlei Ergebnissen.

³⁴⁹ An dieser Stelle wiederholte er die Worte der Stalin-Note vom 10. März 1952, auf deren Grundlage nach seiner – freilich erst Jahre später geäußerten – Ansicht ein freiheitlich vereinigtes Deutschland möglich gewesen wäre. In der sowjetischen Terminologie hatten diese Worte jedoch eine ganz andere Bedeutung, wie sich etwa daraus ergibt, dass sie stets ausschließlich zur Charakterisierung von Staaten sowjetischen Typs, niemals von westlichen Demokratien benutzt wurden.

sind zwei deutsche Staaten und West-Berlin entstanden, das sich in einer besonderen Lage befindet. Unter diesen Bedingungen muss man eine realistische Regelung finden. Die 1959 vorgelegten Vorschläge [der Westmächte] beruhten auf der Durchführung allgemeiner Wahlen, auf einer Abstimmung über die Einheit Deutschlands. Eine derartige Regelung ist nicht realistisch, weil es zwei deutsche Staaten gibt. Und jeder von ihnen hat seine Verfassung, jeder hat seine eigene Ordnung errichtet, jeder hat seine Regierung, deswegen kann eine Regierung nicht ihre Auffassung der anderen aufzwingen, deswegen muss auch der Friedensvertrag mit beiden Staaten abgeschlossen werden, er muss von der Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten ausgehen. Im Friedensvertrag muss eine Bestimmung über die Bereitschaft der vier Mächte enthalten sein, zur Erzielung einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den beiden Staaten über die Vereinigung Deutschlands beizutragen.

Die DDR hat den Vorschlag unterbreitet, eine Konföderation zu bilden. Die Verwirklichung dieses Vorschlages könnte die Grundlage für die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates schaffen.

Mit einem Wort, Adenauers Politik, die auf die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates durch Einverleibung der DDR abzielt, ist nicht vernünftig, weil sie Krieg bedeutet. Deswegen warten wir, bis in Westdeutschland Kräfte in Erscheinung treten, und sie beginnen bereits in Erscheinung zu treten, die sich auf eine vernünftige Regelung einlassen können, deren es zur Normalisierung der Lage bedarf.

Solange der Friedensvertrag nicht unterschrieben ist, ist auch keine Regelung der Abrüstungsfrage zu erwarten. Schließlich ist der Friedensvertrag zur Normalisierung der Lage in Europa notwendig, aber sobald wir anfangen, vom Friedensvertrag zu reden, fängt Adenauer an, von der Einheit Deutschlands und der Nichtanerkennung der DDR zu reden. So kommt es, dass wir bei der Erörterung der Abrüstungsfrage nicht mehr über die Abrüstung sprechen, sondern über das Kräfteverhältnis und wechselseitige Drohungen austauschen.

Dehler: Unter juristischem Gesichtspunkt gibt es in Deutschland eigentlich keine zwei Staaten, sondern nur ein Volk, dessen einer Teil im Westen und der andere im Osten des Landes lebt. Im Potsdamer Abkommen wurde der Wille erklärt, die politische Einheit Deutschlands aufrechtzuerhalten, und nur durch die Haltung de Gaulles³⁵⁰ und der danach einsetzenden unglücklichen Entwicklung schufen die Westmächte die Bundesrepublik Deutschland, woraufhin die DDR gebildet wurde. Die Spaltung Deutschlands ist also keine Folge des Krieges. Dehler wiederholte seinen Gedanken, der Friedensvertrag müsse letztlich darauf ausgerichtet werden, die Einheit Deutschlands herbeizuführen, und fuhr fort: Meiner Ansicht nach hat nur ein einheitlicher deutscher Staat die Vollmacht zum Abschluss eines Friedensvertrags, weil Deutschland in der Zeit, als Hitler den verbrecherischen Krieg führte, geeint war.

³⁵⁰ Der französische Staatschef erkannte die Potsdamer Beschlüsse nicht an, an denen er nicht beteiligt war, und die Pariser Politik forderte in den ersten Nachkriegsjahren die Schaffung mehrerer deutscher Staaten.

Chruschtschow: Der Wunsch ist mir verständlich, aber er ist unreal. Das wird es nicht geben. Wollte man mit dem Friedensvertrag so lange warten, bis ein einheitlicher deutscher Staat geschaffen ist, würde die Situation der Ungewissheit viele Jahre lang aufrechterhalten werden.

Von Ihren Verbündeten will keiner die Wiedervereinigung Deutschlands. Das will de Gaulle nicht, das wollen Amerika und England nicht. Sie reden nicht öffentlich darüber, wohl aber in vertraulichen Gesprächen. Selbst Adenauer will keine Wiedervereinigung, weil eine Vereinigung mit der DDR nicht zur Stärkung der CDU beitragen würde.³⁵¹

Dehler lachte und stimmte dieser Bemerkung zu. Ich persönlich, fuhr Dehler fort, billige die Politik Adenauers nicht und nehme eine Haltung ein, die zu seiner Politik in scharfem Widerspruch steht. Doch ich glaube, wenn der Zustand der Spaltung des deutschen Volkes aufrechterhalten wird, kann daraus eine gefährliche Krise entstehen, die zum Unglück für die ganze Welt werden kann. So wie K[arl] Marx zum geistigen Eigentum des ganzen deutschen Volkes gehört, können wir uns kein Deutschland mit Köln, aber beispielsweise ohne Weimar vorstellen. Deutschland wird nur dann ein politisches Gleichgewicht erlangen können, wenn es wiedervereinigt wird.

Chruschtschow: Sie wissen sicher, dass es verschiedene Auffassungen von Gleichgewicht gibt. Ihre Verbündeten befürchten, dass ein wiedervereinigtes Deutschland ein Verbündeter der Sowjetunion werden könnte, deswegen sagen sie, es ist besser, die Lage so zu lassen, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg zustande gekommen ist. Soll doch die DDR zum Block des Ostens gehören und Westdeutschland zu dem des Westens. So, so glauben sie, entsteht auch ein Gleichgewicht. Und wir werden uns nicht, sagen sie weiter, mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags beeilen. Warum haben sie keine Eile mit dem Friedensvertrag? Das Fehlen eines Friedensvertrags wollen sie als Kette benutzen, welche die BRD an die Westmächte binden soll. Die deutsche Frage ist sozusagen eine Kette, die das NATO-Bündnis gegen die Sowjetunion zusammenhält. Die Führer der Westmächte sind sich darüber klar, wenn man die deutsche Frage aus dem Komplex herausnimmt, wird auch die Existenzberechtigung der NATO verloren gehen.³⁵²

Dehler: Ich stimme Ihren Argumenten zu. Meine Vorschläge gefallen den Westmächten ebenfalls nicht, weil sie die Abkehr des vereinigten Deutschlands von den Bindungen an den Westen, den Abzug der ausländischen Streitkräfte aus Deutschland und die Zuerkennung des neutralen Status unter der Kontrolle der Siegermächte vorsehen. Der österreichische Vertrag war ebenfalls gegen die Westmächte gerichtet, deswegen haben sie diesen Vertrag nicht sofort unter-

³⁵¹ Die Einschätzung, dass die Wähler auf dem Gebiet der DDR nicht für die CDU stimmen würden, beruhte darauf, dass dort früher die Kerngebiete der Sozialdemokraten gewesen waren.

³⁵² Chrusčëv war sich, wie wiederholte Äußerungen zeigen, dessen bewusst, dass die Behauptung der westlichen Position in Berlin den Westeuropäern als das Unterpfand dafür galt, dass die USA sie keinesfalls fallen lassen würden. Sein Bemühen, die Berlin-Rechte der Westmächte durch den Friedensvertrag aufzuheben, zielte ganz wesentlich darauf ab, der NATO diese politisch-moralische Grundlage zu entziehen.

stützt. Man möchte hoffen, dass die Erfahrung bei der Entscheidung der Österreich-Frage auch bei der Entscheidung der deutschen Frage genutzt wird.

Chruschtschow: Sie, Herr Dehler, führen nicht miteinander vergleichbare Dinge an. Da gibt es keine Analogien. In Österreich herrschte ein einheitliches kapitalistisches System, es gab keine zwei Regierungen, es gab keine zwei unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen. Es gab lediglich unterschiedliche Besatzungszonen. In Deutschland ist die Lage ganz anders. Es gibt zwei deutsche Staaten, wobei, wie Sie selbst bemerkt haben, die BRD früher als die DDR geschaffen wurde, es gibt zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Sie ignorieren den Klassenkampf. Wir dagegen berücksichtigen die Teilung der Gesellschaft in Klassen. In Deutschland bestehen zwei separate Staaten mit vollkommen unterschiedlichem gesellschaftlichem Aufbau, und ein Zusammenschluss dieser Staaten ist unmöglich. Ihr Vorschlag, die österreichische Erfahrung bei der Regelung der deutschen Frage zu nutzen, ist völlig unpassend und nicht realistisch.

Dehler: Einer der stärksten Eindrücke, die ich von meiner Reise durch die Sowjetunion mitgenommen habe, besteht darin, dass die Unterschiede zwischen dem Gesellschaftssystem der Sowjetunion und der BRD gar nicht so groß sind. Sowohl bei Ihnen im Land als auch in meiner Heimat gibt es das Bemühen, den Menschen Glück und Wohlstand zu verschaffen. Ich habe zum Beispiel keinen einzigen wesentlichen Unterschied zwischen dem Direktor des Leningrader metallurgischen S. M. Kirow-Werkes und dem Direktor eines entsprechenden Werkes in Augsburg entdeckt, das ich vor meiner Reise in die Sowjetunion besuchen konnte.

Ich teile Ihre Hoffnung auf Verbesserung der kommerziellen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD, aber dabei darf man meiner Ansicht nach nicht die Herbeiführung der deutschen Einheit aus dem Blick verlieren. Ich habe weiter die Hoffnung, dass Sie auch mit anderen Politikern der BRD Kontakte herstellen werden.

Chruschtschow: Ich schätze den Meinungs Austausch mit Ihnen. Man muss alles aus dem Weg räumen, was einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern hinderlich ist. Als einzig realen Weg dazu sehe ich den Abschluss des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Normalisierung der Lage in West-Berlin auf dieser Grundlage, wobei die Entscheidung über diese Frage nicht von der Vereinigung Deutschlands abhängig gemacht werden darf. Will man den Friedensvertrag nicht mit zwei, sondern mit einem deutschen Staat schließen, stellt sich die Frage, mit welchem deutschen Staat? Unser Standpunkt ist realistischer, weil wir nichts ändern wollen. Wir wollen nur die bestehende Lage in eine juristische Form bringen. Sie jedoch wollen zuerst die Lage verändern und sie danach juristisch fixieren. So eine Politik ist völlig unrealistisch. Sie könnte nur durch einen Krieg verwirklicht werden. Sogar Adenauer lehnt diese Möglichkeit ab.

Dehler: Die Ära Adenauer geht dem Ende zu. In Westdeutschland gibt es auch Sozialisten, zum Beispiel christliche, sozialdemokratische und andere. Die Frage

des Friedensvertrags sollen nicht die zwei deutschen Staaten entscheiden, sondern die in diesen Staaten lebenden Menschen, das Volk.

Chruschtschow: Heute können wir leider unser Gespräch nicht fortsetzen, weil Ihr Flugzeug um 12.20 Uhr abgeht. Ich hoffe, dass sich uns die Möglichkeit bietet, uns noch einmal zu treffen, dann werden wir auch unser Gespräch fortsetzen.

Dehler dankt herzlich für die ihm gegebene Möglichkeit, mit N. S. Chruschtschow zusammenzutreffen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass ein neues Zusammentreffen in Bonn stattfinden wird.

Das Gespräch dauerte 1 Stunde und 5 Minuten.

Aufgezeichnet von A[leksandr] Bogomolow
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 586, Bl. 218–229

19. Gespräch Chruschtschows mit dem dänischen Außenminister, Per Haekkerup, am 20. November 1963 in Kiew (Auszug)

Nach einem Gedankenaustausch über den Stand der laufenden sowjetisch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen, in denen es vor allem um die Lieferung dänischer Agrarprodukte in die UdSSR ging, wandte sich das Gespräch politischen Fragen zu.

Chruschtschow: [...] Wie denkt Dänemark über seinen weiteren Verbleib in der NATO, und denken Sie nicht daran, aus dieser Organisation auszutreten, weil der Verbleib Dänemarks in der NATO den Interessen des dänischen Volkes nicht entspricht und lediglich die aggressiven Kräfte in dieser Organisation stärkt?

Haekkerup: Wir unterstützen die aggressiven Kräfte der NATO nicht.

Chruschtschow: Sie stärken die NATO mit Ihrem Verbleib in dieser Organisation moralisch.

Haekkerup: Wir üben von innen her Einfluss aus und tun alles, was in unserer Macht steht, um im Rahmen dieser Organisation einen Beitrag für die Sache des Friedens zu leisten.

Chruschtschow: Wenn die nordischen Länder, Dänemark und Norwegen, aus der NATO austräten und zu Positionen der Neutralität übergingen und ebenfalls den Vorschlag des Präsidenten von Finnland, Kekkonen, zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Norden Europas unterstützen würden, wäre das ein guter Beitrag Dänemarks und Norwegens zur Sache des Friedens.

Haekkerup: Wir haben diese Frage mit den Regierungen der anderen nordischen Länder erörtert. Unsere Haltung dazu lautet, unter den heutigen Verhältnissen

keine Kernwaffen zu akzeptieren. Das gilt sowohl für Dänemark als auch für Norwegen. Damit tragen wir dazu bei, in der Region Nordeuropa Frieden und Ruhe aufrechtzuerhalten. Wir meinen, dass dies das beste Mittel ist, um den gegenwärtigen Frieden im Norden Europas zu gewährleisten.

Chruschtschow: Die internationale Entspannung kommt nicht von selbst. Nötig sind aktive Taten. Würde Dänemark sein Haupt erheben und die Initiative zum Rückzug aus der NATO ergreifen, zur Neutralität übergehen und für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Norden Europa eintreten, wäre das ein großer Beitrag Dänemarks zur internationalen Entspannung und zum Frieden. Es könnte mit seinem Beispiel Norwegen auf diesen Weg ziehen und danach vielleicht Holland, Belgien und andere kleine NATO-Länder. Wir würden solche Schritte der dänischen Regierung begrüßen.

Haekkerup: Die Kräfte, von denen die internationale Entspannung und der Frieden abhängen, befinden sich nicht in den Ländern Nordeuropas. Das alles hängt von den Großmächten und von den Beziehungen zwischen den entstandenen Militärblöcken ab.

Chruschtschow: Wie Ihnen bekannt ist, treten wir dafür ein, die Militärblöcke aufzulösen.³⁵³

Haekkerup: Wir stimmen diesem Standpunkt zu.

Chruschtschow: Wir stehen auf dem Standpunkt, einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages abzuschließen. Doch die regierenden Kreise der Westmächte, besonders der USA, teilen diesen Standpunkt nicht. Dänemark ist von denen im Westen eingeschüchtert worden, und seine NATO-Verbündeten unterstützen die Pläne der Militaristen in der NATO. Dabei sollte man im Auge behalten, dass Dänemark uns mit seinem Verbleib in der NATO keine Angst macht. Die Sache ist nicht so zu verstehen, dass die Sowjetunion bei einem Austritt Dänemarks aus der NATO Ruhe bekommt. Darum geht es überhaupt nicht. Wenn aber Dänemark aus der NATO austräte und wie Finnland und Schweden zu einer Position der Neutralität überginge, wäre das besser, unter anderem für Dänemark selbst und für die Sache des Friedens in der Region Nordeuropa.

Haekkerup: Wir meinen, dass die internationale Entspannung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zwischen der NATO und den Teilnehmerländern des Warschauer Vertrages erreicht werden wird. Wir unterstützen das Abkommen, das von der Sowjetunion und den USA über die Grundsätze der Abrüstung³⁵⁴ unterzeichnet wurde, und die Idee der Abrüstung als solche.

Chruschtschow: Die USA sind nicht daran interessiert, diese Grundsätze zu befolgen. Dort gibt es Kreise, die sich gegen die Abrüstung wenden und sich darauf

³⁵³ Die seit 1954 immer wieder präsentierte sowjetische Vorstellung lief letzten Endes auf ein europäisches System der kollektiven Sicherheit ohne die USA hinaus, das die UdSSR zur dominierenden Macht auf dem Kontinent machen sollte.

³⁵⁴ Gemeint ist die Gemeinsame Erklärung über die Grundsätze der Abrüstung vom 25. September 1961, die als McCloy-Zorin-Abkommen bekannt geworden ist.

berufen, dass im Falle der Abrüstung eine Wirtschaftskrise eintreten und die Arbeitslosigkeit zunehmen wird usw. Dänemark produziert keine modernen Waffen, und deswegen hat es auch keine Kreise, die objektiv kein Interesse an Abrüstung haben.

Haekkerup: In der UNO ist bekanntlich eine Untersuchung der wirtschaftlichen Folgen einer eventuellen Abrüstung durchgeführt worden, dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Abrüstung keine Katastrophe für die Wirtschaft werden wird.

Chruschtschow: Ich kenne die Ergebnisse dieser Untersuchung der UNO. Aber die Militaristen der USA lassen sich trotzdem nicht auf eine Abrüstung ein.

Haekkerup: Ich stimme Ihnen zu, dass es in den USA Kräfte gibt, die sich gegen die Abrüstung wenden. Doch ich habe aus den Gesprächen mit Präsident Kennedy und mit Außenminister Rusk den Eindruck gewonnen, dass sie die internationale Entspannung und die Abrüstung aufrichtig wollen.

Chruschtschow: Vielleicht will Kennedy das auch, doch er kann aufgrund des Systems, das in den USA besteht, diese Fragen nicht frei entscheiden. Der Präsident der USA, der bekanntlich für vier Jahre gewählt wird, hat sich kaum eingearbeitet, da beginnt er schon eine neue Vorwahlkampagne und bereitet sich auf Wahlen vor. Kennedy hat jetzt schon den Wahlkampf eröffnet und, nachdem er seitens gewisser Kräfte in den USA Angriffen wegen seiner angeblich weichen Politik ausgesetzt gewesen ist, bemüht er sich zu zeigen, dass er kein weicher, sondern ein harter Politiker ist. Welche internationale Entspannung kann das denn unter diesen Bedingungen schon sein?

Weiter erläutert N. S. Chruschtschow die Art der Zwischenfälle, die auf dem Zugangsweg nach West-Berlin von den Behörden der USA künstlich organisiert worden sind. Vielleicht wissen die amerikanische Regierung und Kennedy nichts davon und verlassen sich auf die Informationen der amerikanischen Militärbehörden, dass die sowjetischen Behörden für diese Zwischenfälle angeblich verantwortlich seien. Die Amerikaner wollen die festgelegte Ordnung der Durchfahrt der Einheiten auf dem Weg nach West-Berlin ändern, doch wir lassen uns darauf nicht ein.³⁵⁵

Haekkerup: Vielleicht sollte man im Kontakt mit Kennedy klären, was die amerikanische Regierung unabhängig vom Vorgehen der Militärbehörden tatsächlich

³⁵⁵ Nachdem die sowjetischen Grenzbehörden schon seit Frühjahr 1963 mehrfach kleinere Schwierigkeiten bei der Abfertigung amerikanischer Militärkonvois an den Übergangsstellen der Autobahn von Helmstedt nach West-Berlin gemacht hatten, verlangten sie am 10. Oktober die Beachtung neuer, einseitig festgelegter restriktiver Regelungen. Die Kolonne weigerte sich ebenso wie die folgenden Transporte auf der Transitstrecke, diesen Folge zu leisten. Daraufhin wurden sie nicht durchgelassen, gaben aber nicht nach, weil sie prinzipiell das Recht der UdSSR auf einseitige, eventuell zu totaler Aufhebung führende Veränderungen der Transitbedingungen bestritten. An den Übergangsstellen sammelten sich immer mehr Konvois an, bis sich die sowjetische Seite nach einer Reihe von Tagen zur Freigabe der Transitstrecke genötigt sah, nachdem sie durch die zunehmend unhaltbare Lage und diplomatische Proteste unter wachsenden Druck geraten war. Im November wiederholte sich der Vorgang ein weiteres Mal mit dem gleichen Ergebnis, dass die sowjetische Seite nichts erreichte.

will. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Amerikaner die festgelegte Ordnung der Durchfahrt der Militäreinheiten nach West-Berlin nicht ändern wollen. Vielleicht wollen das nur die Militärbehörden der USA in Westdeutschland.

Chruschtschow: Wir wollen die Ordnung nicht ändern, die seinerzeit festgelegt wurde, wenn man sie jedoch ändern will, dann ist das nur möglich durch den Abschluss eines Friedensvertrags, der davon ausgeht, dass es zwei Deutschlands gibt – die DDR und die BRD.³⁵⁶

Dänemark stolpert hinter den USA her. Wenn es Schwierigkeiten hat, wendet es sich an die Sowjetunion mit der Bitte, Agrarprodukte zu kaufen, und wenn wir die Agrarprodukte gekauft haben, unterstützt es die USA [weiter].

Haekkerup: Das ist nicht so. Wir sehen das insgesamt anders.

Chruschtschow: Ich mache natürlich einen Scherz.

Haekkerup: In der Sowjetunion sollte man wissen, dass es in der NATO Länder gibt, die sich bemühen, diese Organisation von aggressiven Schritten abzuhalten.

Chruschtschow: Dänemark und Norwegen befinden sich wegen eines Missverständnisses in der NATO. Diese Staaten haben kein Interesse an der NATO, und ihr Verbleib in dieser Organisation entspricht nicht den Interessen ihrer Völker.

Einen realistischen Standpunkt in der deutschen Frage nimmt Spaak ein. Ich habe mich mit ihm unterhalten. Und er hat dafür Verständnis, dass der Abschluss eines Friedensvertrags mit den zwei deutschen Staaten notwendig ist.³⁵⁷

Wer den Vertrag mit der DDR nicht unterschreiben will, kann ihn allein mit der BRD unterschreiben, und wer den Vertrag mit beiden deutschen Staaten unterschreiben will, unterschreibt ihn [mit ihnen].

Haekkerup fragt, ob sich Deutschland geteilt halten lasse.

Chruschtschow: Die Deutschland-Frage ist kompliziert. Sie, die Sozialdemokraten, halten an der bürgerlichen Theorie fest, Deutschland auf nationaler Grund-

³⁵⁶ Damit kam Chruschtschow auf die seit November 1958 gestellte Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrags zurück, der die Zweistaatlichkeit rechtlich uneingeschränkt bestätigen und dem zufolge die Besatzungsrechte aufzuheben seien mit der Folge, dass die drei Westmächte das Recht auf Präsenz in Berlin und auf Zugang dorthin verlieren würden.

³⁵⁷ Als Chruschtschow den belgischen Außenminister und früheren Generalsekretär der NATO Paul-Henri Spaak am 19. September 1961 mit den Forderungen nach Abschluss des Friedensvertrags und Schaffung einer [entmilitarisierten] Freien Stadt West-Berlin konfrontierte, äußerte dieser, die bestehende Lage werde „möglicherweise irgendwann de facto anerkannt werden“, doch sei eine Änderung der Haltung in dieser Frage „zur Zeit [...] sehr schwierig“, und war um der Gesichtswahrung der Großmächte willen bereit, den von Chruschtschow gemachten Vorschlag einer Verlegung des UNO-Hauptquartiers von New York nach Berlin zu erwägen in der Hoffnung, dass sich auf dieser Grundlage eine für alle Beteiligten annehmbare Regelung mit einer Garantie für West-Berlin finden lasse. Dabei dachte er ausdrücklich an einen „Kompromiss“, der etwa darin bestehen könnte, dass die östlichen Staaten einen Friedensvertrag mit der DDR schließen könnten, während sich die Westmächte mit der Bundesrepublik über ihre Friedensregelung einigen würden. Dann, so meinte er, „gäbe es keine Einmischung eines Landes in die Angelegenheiten eines anderen“. Auf Chruschtschows Einwand, zwar müssten die Westmächte mit der DDR keinen Friedensvertrag schließen, wenn sie nicht wollten, doch werde die UdSSR einen mit Bonn unterschreiben, reagierte Spaak nicht, und hielt an der Notwendigkeit einer „Garantie“ für West-Berlin fest (S. 457–459 in Band 3 dieser Dokumentation).

lage zu vereinigen, doch ist die Vereinigung Deutschlands in erster Linie eine Klassenfrage. Ulbricht will die Vereinigung auf sozialistischer Grundlage, Erhard will die Vereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage. Es wäre vernünftig, in den Friedensvertrag die Bestimmung hineinzuschreiben, dass die Großmächte die Vereinigung des deutschen Volkes und die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates auf der Grundlage des gegenseitigen Einvernehmens unterstützen. Wenn sie [die beiden deutschen Staaten] sich einigen, werden wir das unterstützen. Doch ich glaube nicht daran, dass sie sich einigen. Das ist unmöglich, weil diese Staaten völlig unterschiedliche Systeme haben und sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Wenn es uns, die Sowjetunion, beträfe, würden wir in einem solchen Fall niemals unsere Klassenpositionen aufgeben. Deutschland wird vereinigt werden, sobald die Arbeiterklasse in Westdeutschland aufsteht, die Macht in ihre Hände nimmt und das Land auf sozialistischer Grundlage vereinigt.

Haekkerup: Die Voraussetzung für die Vereinigung Deutschlands sind freie Wahlen.

Chruschtschow: Das ist eine Schallplatte mit Sprung.³⁵⁸ Das Volk der DDR hat bei den letzten Parlamentswahlen bereits seinen Willen zum Ausdruck gebracht. Parlamentswahlen hat es auch in der BRD gegeben, wo das Volk bislang für das kapitalistische System gestimmt hat. Das heißt, die Vereinigung ist eine Frage der zwei deutschen Staaten, eine Frage der Verständigung der Regierungen der zwei deutschen Staaten, aber es ist vorerst nicht möglich, die Vereinigung³⁵⁹ zu erreichen.

Haekkerup fragt, ob nach Ansicht von N. S. Chruschtschow eine Änderung der Regierung der BRD eine Änderung der Politik der Regierung der BRD bedeutet.

Chruschtschow: Ich denke nicht, obwohl irgendwann auch Veränderungen in der Politik der BRD eintreten müssen. Sie müssen eintreten. Die BRD ist der NATO in der Absicht beigetreten, sich die DDR mit Gewalt einzuverleiben. Daran glaubt man jetzt in der BRD nicht mehr. Die Politik der BRD, die deutsche Frage mittels Gewalt zu regeln, bedeutet Krieg, in dem zuallererst Westdeutschland ausgelöscht wird.

Zugleich erfordern die wirtschaftlichen Interessen der BRD gute Beziehungen der BRD zur Sowjetunion. Die USA, Frankreich, Japan, England sind wirtschaftliche Konkurrenten Westdeutschlands; die Sowjetunion und die BRD können im Gegensatz dazu zum gegenseitigen Vorteil auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang wird es früher oder später ein neues Rapallo geben.³⁶⁰ Wenn Erhard³⁶¹ das nicht begreift und nicht darauf ein-

³⁵⁸ Wenn eine Schallplatte einen Sprung hat, bleibt der Tonabnehmer daran hängen, und es ertönt beim Abspielen immer wieder das Gleiche.

³⁵⁹ Handschriftlich eingefügt statt des Pronomens: sie.

³⁶⁰ Im Vertrag von Rapallo am 16. April 1922 vereinbarten das Deutsche Reich und die Sowjetunion, die damals beide Parias der von den Westmächten beherrschten internationalen Szene waren, eine enge Zusammenarbeit vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die durch eine strikt geheim gehaltene militärische Kooperation ergänzt wurde.

³⁶¹ Nach Adenauers Rücktritt am 15. Oktober 1963 war der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard an die Spitze der Regierung in Bonn getreten. Daran hatte Chruschtschow politische Hoffnungen geknüpft, die sich nicht erfüllt hatten.

geht, wird das von anderen Politikern der BRD gemacht werden. Das muss so sein und wird geschehen, weil die Verbesserung der Beziehungen der BRD zur Sowjetunion im nationalen Interesse der BRD liegt. Die USA werden wegen Deutschland keinen Krieg beginnen, obwohl sie auf der Klassenebene die Sowjetunion hassen. De Gaulle will die Rolle Napoleons spielen, er ist aber schwach und umwirbt Westdeutschland. Das ist eine unvernünftige Politik. Er begreift nicht, dass er damit in die Abhängigkeit von den Westdeutschen gerät. England ist nicht mehr die Macht, die es früher einmal war. Man muss im Auge behalten, dass keine der Westmächte die Wiedervereinigung Deutschlands will. De Gaulle hat mir offen gesagt, dass er die Wiedervereinigung Deutschlands nicht will,³⁶² doch er entschließt sich nicht dazu, das öffentlich zu erklären. Davon ist bei der deutschen Frage auszugehen. Länder wie Dänemark sollten in dieser Frage ihr Wort sprechen.

Würde Dänemark kühle Vernunft an den Tag legen, das Haupt erheben und aus der NATO austreten, würde es eine nützliche Rolle spielen. Aber Sie, die Sozialdemokraten,³⁶³ tun das nicht.

Haekkerup: Die dänische Regierung meint, dass es nicht richtig wäre, die NATO durch einen Austritt dieser oder jener Länder zu schwächen.

Chruschtschow: Seit wie viel Jahren sind die dänischen Sozialdemokraten an der Macht?

Haekkerup: Erstmals traten die Sozialdemokraten 1924 in eine Regierung ein. Seit 1929 waren sie wiederholt an Koalitionsregierungen beteiligt. Die Position der Sozialdemokraten ist im Land fest verankert.

Chruschtschow: Die Lage wird sich ändern, wenn sich, ich weiß nicht wann, auch die Position der dänischen Kommunisten festigt und sie eine Massenpartei werden. Dann, bemerkt N. S. Chruschtschow scherzhaft, wird auch Haekkerup um Aufnahme in die kommunistische Partei bitten.

Haekkerup: Das glaube ich nicht.

Chruschtschow: Ich weiß, dass Sie das nicht glauben, doch das wird geschehen. Als W[ladimir] I. Lenin 1917 erklärte, dass die Kommunisten bereit sind, die Macht in ihre Hände zu nehmen, hat man ihm ebenfalls nicht geglaubt. Die Sowjetunion hat gezeigt, welche Wunder die Arbeiterklasse vollbringen kann, als sie die Macht in ihre Hände genommen hat. Sie hat in kurzer Zeit das rückständige Russland in eine führende Macht verwandelt, die als erste Raketen und Raumschiffe in den Kosmos geschickt hat. Wenn man den dänischen Sozialdemokraten 1917 gesagt hätte, dass dies alles Russland zuerst machen wird, hätten sie wohl ebenso gelacht, wie der bekannte englische Schriftsteller Wells gelacht hat, als ihm Lenin

³⁶² Chrusčëv bezog sich vor allem auf sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 24. März 1960. Wie das sowjetische Protokoll in Band 2 dieser Dokumentation auf S. 316 f. ausweist, äußerte sich dieser etwas anders. Aufgrund seiner dezidiert nationalstaatlichen Denkweise erwartete er nicht, dass ein so großes Volk wie die Deutschen permanent auf seine Einheit verzichten würde. Er sagte daher lediglich, Frankreich sei ihre Wiedervereinigung nicht eilig.

³⁶³ Per Haekkerup war Mitglieder einer sozialdemokratischen Regierung unter der Führung von Jens Otto Krag.

von dem Plan der Elektrifizierung Russlands berichtete. Wells hat ihn einen Phantasten genannt und das alles in dem Buch „Russland in der Finsternis“ (*Rossija wo mgle*) beschrieben.³⁶⁴

N. S. Chruschtschow lädt Haekkerup und seine Gattin zum Mittagessen ein.

Haekkerup: Ich danke Ihnen für die Wärme [mit der Sie uns begegnet sind], den herzlichen Empfang und das Gespräch, das wird mir immer in Erinnerung bleiben.

Das Gespräch dauerte zwei Stunden.

Beim Gespräch waren zugegen

von dänischer Seite: der Botschafter Dänemarks in der UdSSR, Holten-Eggert, der stellvertretende Leiter der politisch-juristischen Abteilung des Außenministeriums von Dänemark, Oldenburg, der Leiter des Sekretariats des Außenministers von Dänemark, Olsen;

von sowjetischer Seite: der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR A[leksandr] L. Orlow, der Botschafter der UdSSR in Dänemark, K[liment] D. Ljowjtschkin, der Leiter der Abteilung für die skandinavischen Länder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A[ndrej] E. Kowaljow, und der zweite Sekretär der Botschaft der UdSSR in Dänemark, N. A. Schtscheklein (als Übersetzer).

Für die Richtigkeit: [unleserliche handschriftliche Unterschrift]

Aufgezeichnet von K. D. Ljowjtschkin und A. E. Kowaljow

Nicht korrigierte Aufzeichnung

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Aus dem russischen Originaltext übersetzt

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 90-96

[vollständiger Text Bl. 84-96]

20. Gespräche Chruschtschows mit dem finnischen Präsidenten, Urho Kekkonen, am 2. und 3. Dezember 1963

*Gespräche Chruschtschows mit dem finnischen Präsidenten Kekkonen
im Auto auf dem Weg von Moskau nach Sawidowo³⁶⁵ und wieder zurück am
2. Dezember 1963*

Präsident *Kekkonen* äußerte die Ansicht, dass sich die Handelsbilanz zwischen Finnland und der Sowjetunion in diesem Herbst erheblich verbessert hat im Vergleich zum Oktober 1962, als er im Gespräch mit N. S. Chruschtschow diese Frage aufwarf. Wir haben es richtig gemacht, sagte *Kekkonen*, dass wir die Lösung dieser Frage auf einen längeren Zeitraum veranschlagt und damals keine

³⁶⁴ H. G. Wells, *Russia in the Shadows*, New York 1921; deutsche Ausgabe: Herbert G. Wells, *Nacht über Russland. Skizzen aus dem bolschewistischen Russland*, Berlin 1922.

³⁶⁵ Waldsiedlung für Regierungs- und Politbüromitglieder, etwa 120 km nordwestlich von Moskau.

überstürzte Entscheidung getroffen haben. Das trägt jetzt Früchte, und es ist zu erwarten, dass diese Frage zu einem positiven Abschluss gebracht werden wird.

Kekkonen interessierte sich dafür, wie N. S. Chruschtschow die algerisch-marokkanischen Beziehungen beurteilt.³⁶⁶

Chruschtschow vermied eine Antwort und berief sich darauf, dass er in letzter Zeit diese Ereignisse nicht aufmerksam genug verfolgt habe.

Kekkonen sagte, er habe kürzlich einen privaten Brief von „seinem jungen Freund“ (einem Beamten des Außenministeriums von Finnland) aus Algier bekommen. Nach der Lektüre des Briefes habe er den Eindruck gewonnen, dass der König von Marokko³⁶⁷ vielleicht doch recht gehabt, aber er nicht die richtige Methode zur Regelung der strittigen Fragen gewählt hat; es wäre besser gewesen, diese Fragen durch friedliche Verhandlungen zu regeln.

Auf die Lage im Kongo eingehend sagte *Kekkonen*, wie ihm scheine, verfüge *Adoula* zurzeit über keinen Einfluss.

Kekkonen sprach davon, dass vor seiner Abreise in die Sowjetunion der Botschafter der USA in Finnland, *Rowan*, bei ihm gewesen ist. Der Botschafter kam zu mir ohne ein Anliegen, sagte *Kekkonen*. Der Anlass für den Besuch war die Übermittlung von Grüßen des jetzigen Präsidenten der USA, *Johnson*, der Finnland kürzlich als Vizepräsident der USA besucht hatte. (*Kekkonen* erläuterte, dass *Rowan* bei der Ermordung von Präsident *Kennedy*³⁶⁸ auf Dienstreise in den USA war). *Rowan* sagte *Kekkonen*, dass *Johnson* die Absicht hat, die Politik *Kennedys* weltweit fortzusetzen, auch konkret gegenüber Finnland. *Johnson* hat nicht vor, spezielle Veränderungen in der Regierung vorzunehmen, und er will den von *Kennedy* zusammengestellten „jungen Stab“ beibehalten. An Letzterem hatte *Kekkonen* jedoch Zweifel. *Kekkonen* verstand die Mitteilung von *Rowan* als den Wunsch *Johnsons*, dies der sowjetischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Deswegen spreche ich auch davon, bemerkte *Kekkonen*.

Als *Kekkonen* seine Meinung über *Johnson* weiter darlegte, meinte er, *Johnson* habe sich bei seinem Besuch Finnlands so verhalten, dass dies bei den Finnen Verwunderung und Spott hervorgerufen habe.

Vor meiner Abreise in die Sowjetunion, sagte *Kekkonen*, habe ich einen hohen Beamten des Außenministeriums von Finnland gefragt, „ob ich dort die Wahrheit über *Johnson* sagen oder lügen soll“. Der Beamte riet mir, die Wahrheit zu sagen. Ich stimmte ihm zu, bemerkte *Kekkonen*, weil gegenwärtig von der UdSSR und den USA das Schicksal der ganzen Welt abhängt und es deswegen sehr wichtig ist, wie die UdSSR und die USA auf die Maßnahmen reagieren, die von der einen oder anderen Seite getroffen werden. „Und wie kann *Johnson* reagieren, wenn er, nach den Eindrücken zu urteilen, die ich von dem Aufenthalt *Johnsons* in Finnland gewonnen habe, ein Dummkopf ist?“, resümierte *Kekkonen*.

³⁶⁶ Zwischen beiden Ländern war es im Oktober 1963 zu bewaffneten Grenzstreitigkeiten gekommen.

³⁶⁷ *Hassan II.* regierte von 1961 bis 1999.

³⁶⁸ Am 22. November 1963 wurde *John F. Kennedy* in Dallas, Texas, ermordet. Vizepräsident *Johnson* trat die Nachfolge an.

Als Kekkonen auf den Aufenthalt des französischen Ministers Malraux in Finnland zu sprechen kam, bemerkte er, dass Malraux darum gebeten habe, ihn zu empfangen, und den Wunsch geäußert habe, über einige Dinge zu sprechen. Dieses Gespräch hat stattgefunden. Dabei äußerte sich Malraux ganz im Sinne de Gaulles überaus heftig über die NATO und sagte: Die „NATO ist eine Farce“.

Kekkonen ging zu anderen Fragen über und sprach über die Möglichkeit, für die Sowjetunion in finnischen Werken Mineraldünger zu produzieren. Wenn die finnischen Werke ihre volle Produktionskapazität erreichen, sagte Kekkonen, so denke ich, dass Finnland in der Lage sein wird, der Sowjetunion das erwähnte Produkt zu liefern, und dafür in der UdSSR Rohstoffe zu kaufen. Das könnte sich positiv auch auf den Ausgleich unserer Handelsbilanz auswirken, resümierte Kekkonen. Kekkonen versprach, ein von ihm mitgeführtes Memorandum zu dieser Frage zu übergeben.

Chruschtschow sagte, dass man diese Frage im Gosplan³⁶⁹ der UdSSR prüfen muss.

Als *Kekkonen* seine Meinung zum Bau einer Erdölpipeline von der Sowjetunion nach Finnland darlegte, bemerkte er, dass sich die Amerikaner trotz des geringen Umfangs ihrer Erdöllieferungen nach Finnland gegen den Bau dieser Erdölpipeline wenden.

Chruschtschow bemerkte, dass der Botschafter Schwedens in der UdSSR, R[olf] Sulman, einmal in einem der Gespräche mit ihm ein gewisses Interesse an dem Bau einer Erdölpipeline aus der Sowjetunion nach Schweden gezeigt hat; in diesem Fall würde die Erdölpipeline vermutlich über das Territorium Finnlands führen.

N. S. Chruschtschow berichtete Kekkonen von den Handelsbeziehungen der UdSSR mit einigen kapitalistischen Ländern und den Perspektiven dieser Beziehungen sowie von den wirtschaftlichen Errungenschaften der Sowjetunion und den Plänen für die Zukunft.

Das Gespräch hat der 3. Sekretär der Abteilung für Skandinavische Länder des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, L. N. Gogol', übersetzt und aufgezeichnet.

[Eigenhändige Unterschrift von Gogol']

Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 587, Bl. 102-104

*Gespräch Chruschtschows mit dem finnischen Präsidenten U[rho] Kekkonen
im Kreml am 3. Dezember 1963*

Zu Beginn des Gesprächs bat *Kekkonen* um Entschuldigung für seinen Entschluss, N. S. Chruschtschow nochmals zu bemühen. Weiter erklärte er, dass sich vor seiner Abreise in die Sowjetunion einige finnische Organisationen an ihn mit

³⁶⁹ Gosudarstvennyj plan (Staatsplan), oberste Planungsbehörde der UdSSR.

der Bitte gewandt haben, bei seinem Aufenthalt in Moskau die Frage eines zusätzlichen Kredits zum Kauf von Eisenbahnausrüstungen anzusprechen. Kekkonen erläuterte, dass von dem früheren Kredit der Sowjetunion in Höhe von 400 Millionen Finnmark nur 85 Millionen übrig geblieben sind und dass es gegenwärtig nicht möglich ist, aus dem Staatshaushalt die Mittel zum Kauf der genannten Ausrüstungen Materialien zur Verfügung zu stellen.

Chruschtschow antwortete, dass er die Anweisung geben wird, diese Frage zu prüfen.

Kekkonen bat N. S. Chruschtschow unter Bezugnahme auf das letzte Gespräch nochmals, auch die Möglichkeit zu prüfen, ob finnische Produktionskapazitäten von der Sowjetunion zur Herstellung von Düngemitteln aus sowjetischen Rohstoffen genutzt werden können.

Auf die Frage N. S. Chruschtschows zu einigen Details dieses Vorschlages, namentlich zum Umfang der vorgeschlagenen Düngemittelproduktion, verwies Kekkonen auf die Memoranden, die er sowohl zu dieser Frage als auch zur vorangegangenen Frage übergeben hat.

Chruschtschow sagte, dass diese Frage ebenfalls einer detaillierten Prüfung bedarf.

Kekkonen brachte weiter Befriedigung zum Ausdruck über die Ergebnisse der laufenden finnisch-sowjetischen Verhandlungen in Bezug auf die Reparaturarbeiten der Sowjetunion im Auftrag Finnlands an dem Teilstück des Saimaa-Kanals³⁷⁰, das durch sowjetisches Territorium führt. Kekkonen bat lediglich darum, den Umfang dieser Arbeiten möglichst zu erhöhen, weil das erheblich zum Ausgleich der Bilanz des sowjetisch-finnischen Handels und zu dessen weiteren Entwicklung beitragen wird.

Chruschtschow stimmte zu und sagte, dass man sicher bei dieser Frage eine annehmbare Regelung finden kann.

Kekkonen lenkte das Gespräch anschließend auf die Politik Finnlands und bat N. S. Chruschtschow, seine Meinung dazu zu äußern, und vielleicht Fragen zu stellen, auf die Kekkonen offen zu antworten bereit ist.

Chruschtschow sagte, dass wir insgesamt mit den sich entwickelnden freundschaftlichen sowjetisch-finnischen Beziehungen und deren Perspektiven zufrieden sind. Doch um offen zu reden, bemerkte N. S. Chruschtschow, beunruhigt uns etwas, dass die Politik Finnlands möglicherweise einem verstärkten Einfluss der Koalitionspartei unterliegt, die neben den Leskinen-Leuten in der Sozialdemokratischen Partei das Haupthindernis für die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern bildet. N. S. Chruschtschow führte weiter aus, dass Kekkonen offenbar der gleichen Ansicht ist.

Kekkonen bestätigte das und sprach dann von den Umständen, die zur Regierungsbildung unter Beteiligung der Koalitionspartei geführt haben. Als Paasikivi

³⁷⁰ Der 1856 eröffnete Kanal mündet in den Finnischen Meerbusen. Von 42,9 km Gesamtlänge liegen 19,6 km auf sowjetischem Territorium.

Präsident war, gehörte Tanner nicht der Führung der Sozialdemokratischen Partei an, und damals hatte Paasikivi die Möglichkeit, bei Bedarf eine Regierungsmehrheit ohne Beteiligung der Koalitionspartei zu bilden. Doch bald nach der Wahl Kekkonens zum Präsidenten ist Tanner zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden, der eine offen antisowjetische Politik betrieb, womit eine Beteiligung des Landbundes an der Regierung zusammen mit den Sozialdemokraten unmöglich wurde. Solange Finnland nicht mit ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun hatte, war es möglich, die Geschicke mittels einer Einparteiregierung oder einer Minderheitsregierung zu lenken, womit sich die Frage nach Beteiligung der Koalitionspartei an der Regierung nicht gestellt hat. Aber im Zusammenhang mit den entstandenen ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande und mit der Notwendigkeit, einige unaufschiebbare Gesetzesentwürfe zur Wirtschaft zu verabschieden, ergab sich die Frage, eine Mehrheitsregierung zu bilden, und Kekkonen sah sich genötigt, in die Regierung zeitweilig Vertreter der Koalitionspartei aufzunehmen. Die Beteiligung von Mitgliedern der Koalitionspartei an der Regierung zeigte, wie Kekkonen bemerkte, dass es auch in der Koalitionspartei Elemente gibt, welche die Außenpolitik der Regierung unterstützt haben, insbesondere die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Hinsichtlich der Sozialdemokratischen Partei meinte Kekkonen, dass der Kurs, sie politisch zu isolieren, richtig gewesen ist, weil es damit möglich wurde, in einem gewissen Maße ihre Führung zu erneuern und die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Bundes der Arbeiter- und Kleinbauernschaft zu unterstützen. Der Einfluss von Leskinen und seiner Anhänger in der Partei bleibt aber weiterhin noch recht stark. Persönlich strebt Kekkonen an, die Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen Partei zu erreichen, in ihr den Einfluss Leskinens und seiner Anhänger auszuschalten und anschließend Kurs auf die Erneuerung der Zusammenarbeit zwischen dem Landbund und der Sozialdemokratischen Partei zu nehmen. Was die Koalitionspartei betrifft, gab Kekkonen zu verstehen, dass der Landbund vermutlich nach Verabschiedung einer Reihe von Gesetzesvorlagen zur Wirtschaft durch den Sejm die Frage stellen wird, die Zusammenarbeit mit ihr in der Regierung zu beenden.

Kekkonen brachte Befriedigung darüber zum Ausdruck, dass er die Möglichkeit hatte, mit N. S. Chruschtschow freimütig die Ansichten zu diesen Fragen auszutauschen, was zu einem noch besseren gegenseitigen Verständnis beitragen wird und eine Garantie dafür ist, dass sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion auch weiterhin festigen und entwickeln werden.

Chruschtschow stimmte zu und brachte nochmals Befriedigung zum Ausdruck über die guten Beziehungen, die zwischen der Sowjetunion und Finnland entstanden sind.

Im weiteren Gespräch wandte sich das Gespräch internationalen Fragen zu.

Kekkonen fragte nach der Meinung N. S. Chruschtschows in Bezug auf den Nordatlantischen Block, der angeblich von der Sowjetunion bedroht wird und insbesondere alles unternimmt, um Dänemark und Norwegen nicht die Möglichkeit zu geben, diesen Block zu verlassen.

Chruschtschow antwortete, dass die NATO an Dänemark und Norwegen nicht in militärischer, sondern vor allem in politischer Hinsicht interessiert ist, weil die Mitgliedschaft dieser Länder in der NATO dazu beiträgt, diese in den Augen der öffentlichen Meinung als Verteidigungsorganisation hinzustellen. Dänemark und Norwegen sind sich voll darüber klar, dass die Sowjetunion nicht vor hat, sie anzugreifen, und sie auch nie angreifen wird, aber sie haben sich daran gewöhnt, aus der Beteiligung an der NATO wirtschaftliche Vorteile zu ziehen, und wollen sich bisher nicht von dieser Organisation trennen. Die NATO ist heute nicht mehr die Organisation, die sie vor fünf bis sieben Jahren einmal war. Zwischen den Mitgliedsländern der NATO bestehen große wirtschaftliche und politische Gegensätze. Weiter sprach N. S. Chruschtschow ausführlich über diese Gegensätze, insbesondere über die Gegensätze zwischen Frankreich und den USA sowie über die [Erfolgs-]Aussichten des wirtschaftlichen Wettstreits³⁷¹ zwischen der Sowjetunion und den USA.

Kekkonen sagte, dass das Anwachsen der wirtschaftlichen und militärischen Macht der Sowjetunion für Finnland von großer Bedeutung ist, weil dies eine zuverlässige Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens im Norden Europas ist und Finnland eine selbständige Politik gestattet, die seinen nationalen Interessen entspricht.

Kekkonen drückte Besorgnis aus hinsichtlich der Politik Westdeutschlands, denn in der Vergangenheit wurde die antisowjetische Politik Finnlands von Deutschland entscheidend beeinflusst.

Chruschtschow sagte daraufhin, Westdeutschland werde es wohl kaum wagen, in naher Zukunft einen Krieg zu entfesseln, wenn es keinen Selbstmord begehen will. Beim Eintritt in die NATO rechnete Westdeutschland damit, mit Hilfe dieser Organisation die DDR zu liquidieren, aber es erkennt immer mehr, dass die Politik der Stärke eine Niederlage erleidet und zum Misserfolg verurteilt ist. In der BRD formieren sich Kräfte, die immer stärker über eine Rückkehr zur „Rapallo-Politik“³⁷² nachzudenken beginnen. In Anbetracht des jetzigen Kräfteverhältnisses in der Welt und ebenso unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Westdeutschlands ist das verständlich. Doch dieser Prozess wird lange dauern, aber früher oder später wird die BRD dahin kommen. Jetzt versucht Westdeutschland die Widersprüche³⁷³ zwischen den anderen Westmächten auszuspielen und daraus Nutzen für sich zu ziehen, doch die BRD setzt trotzdem ihre Hoffnung hauptsächlich auf die USA, weil ihr klar ist, dass ohne die USA keine europäische Koalition dem sozialistischen Lager Widerstand leisten kann.

³⁷¹ Handschriftlich korrigiert statt: Entwicklung.

³⁷² Im Vertrag von Rapallo am 16. April 1922 vereinbarten das Deutsche Reich und die Sowjetunion, die damals beide Parias der von den Westmächten beherrschten internationalen Szene waren, eine enge Zusammenarbeit vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die durch eine strikt geheim gehaltene militärische Kooperation ergänzt wurde.

³⁷³ Aufgrund der Herkunft aus der Philosophie Hegels, der zufolge die Realität auf der Entwicklung von Ideen beruhte, bezeichnete man im Marxismus-Leninismus Gegensätze mit dem – der Logik entnommenen – Begriff „Widersprüche“.

Kekkonen äußerte gegenüber N. S. Chruschtschow seinen Dank für die Klärung dieser Frage, denn es war ihm sehr wichtig, das Urteil der sowjetischen Seite über die Aussichten für die Entwicklung der Politik Westdeutschlands zu hören. Er sagte, dass man in Finnland die auf die Wahrung und Festigung des Friedens gerichtete Tätigkeit N. S. Chruschtschows sehr hoch schätzt, und wünschte ihm dabei weitere Erfolge.

Chruschtschow ging im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über den Kampf der Sowjetunion für die Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens auf die Politik Chinas ein. Er sagte, wenn man die Außenpolitik in ihre Elemente zerlege, verträten sowohl die Sowjetunion als auch China im Wesentlichen übereinstimmende Ansichten. Als Beispiel nannte er den Vorschlag Chinas zur Einberufung der Internationalen Konferenz über nukleare Abrüstung und die Äußerungen der chinesischen Führer über die Politik der friedlichen Koexistenz. Die Hauptsache sei offensichtlich nicht der Unterschied in den Auffassungen der Sowjetunion und Chinas zu diesen Fragen, sondern dass die Politik Chinas vom Nationalismus sowie vom Streben nach Hegemonie infiziert ist. Der Nationalismus lag auch den Differenzen Jugoslawiens und Albaniens mit der Sowjetunion zugrunde, aber diese Länder sind vergleichsweise klein und können deswegen nicht den Einfluss ausüben, den China ausüben kann. Manche Länder wie die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) [und] die Demokratische Republik Vietnam (DRV) haben in Anbetracht ihrer geographischen Lage und einer zahlenmäßig starken Bevölkerung chinesischer Nationalität einfach Angst vor China.

Am Ende des Gesprächs dankte *Kekkonen* N. S. Chruschtschow für den freimütigen Meinungsaustausch über die beiderseitig interessierenden Fragen und sprach die Hoffnung aus, dass der persönliche Kontakt zwischen ihm und N. S. Chruschtschow auch künftig zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion beiträgt. *Kekkonen* lud N. S. Chruschtschow ein, im Sommer 1964 Finnland zu besuchen, und sei es auch nur auf dem Weg zum Besuch von skandinavischen Ländern.

Chruschtschow dankte für die Einladung und versprach, Finnland zu besuchen.

Kekkonen sagte, dass er im März 1964 beabsichtigt, auf dem Weg zum offiziellen Besuch in Polen, die Estnische Sowjetrepublik zu besuchen, und am 17. April 1964 möchte er die Sowjetunion nochmals besuchen, falls N. S. Chruschtschow nichts dagegen einzuwenden hat.

Chruschtschow dankte *Kekkonen* und sagte, dass er sich freuen wird, ihn zu dieser Zeit in Moskau zu sehen.

Übersetzt und aufgezeichnet
von M. Kotow (eigenhändige Unterschrift)
Nicht [in der sowjetischen Führung] verteilt
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 587, Bl. 106-112

21. Gespräch Chruschtschows mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister, Valéry Giscard d'Estaing, auf dessen Bitte am 27. Januar 1964 in Kiew

Anwesend waren: Der Botschafter Frankreichs, M[aurice] Dejean, der Kabinettsdirektor des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Frankreichs, M[ichel] K.³⁷⁴ Poniatowski.

Von sowjetischer Seite: der Leiter der Protokollabteilung des Ministeriums für Außenhandel, Gen. I[lja] I. Dokutschajew.

Giscard d'Estaing: Ich freue mich, hier zu sein. Vor sechs Monaten hat Ihr Botschafter, Herr Winogradow, mir die Einladung von Herrn Patolitschew überreicht, die Sowjetunion zu besuchen, um die Entwicklungsmöglichkeiten für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR zu prüfen. Nach Ihrem Besuch in Frankreich im Jahr 1960, der bei uns einen großen Eindruck hinterlassen hat, kam die Hoffnung auf, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern erfolgreich entwickeln werden. Doch aus einer ganzen Reihe von Gründen haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Wir meinen, dass sich der Bereich der Wirtschaftsbeziehungen besser entwickeln müsste.

Die Gespräche mit den Herren Kossygin und Patolitschew geben Grund zu der Annahme, dass auch die UdSSR in dieser Frage eine positive Haltung einnimmt. Wir denken jetzt an den Abschluss eines langfristigen Abkommens mit der UdSSR mit einer Laufzeit von fünf Jahren, das zu einer erheblichen beiderseitigen Steigerung des Warenaustauschs führen würde. Ich möchte Ihre Meinung zu den Perspektiven der Entwicklung des Handels der Sowjetunion mit Frankreich unter Berücksichtigung der in Ihrem Land ins Auge gefassten Wirtschaftspläne erfahren.

Chruschtschow: Wir haben keine bezifferten Kalkulationen, doch ich denke, dass Ihr Anteil an unserem Handel von der Fähigkeit des französischen Magens abhängt, ihn zu verdauen.

Giscard d'Estaing: Wir haben einen aufnahmefähigen Magen.

Chruschtschow: Aber unsere Aufträge könnten einen größeren Umfang haben als Ihr Magen.

Giscard d'Estaing: Offen gesagt, entsteht bei uns der Eindruck, dass Frankreich im Handel mit der UdSSR weniger günstige Bedingungen hat als andere Länder Westeuropas. Wir haben eine passive Handelsbilanz.

Chruschtschow: Die Situation Frankreichs im Handel mit uns hängt von der französischen Regierung ab. Die Geschäftsleute wollen mit uns zusammenarbeiten. Mir ist bekannt, dass die Geschäftsleute vorschlagen, uns 15 chemische Fabriken zu liefern. Wir können auch noch größere Aufträge vergeben. Ich rede mit Ihnen ganz offen. Das Programm zur Entwicklung der chemischen Industrie

³⁷⁴ Dem Vornamen Michel wurde nach russischer Sitte ein Vatersname hinzugefügt: Kasimirovič. Der Vater hatte die Vornamen Charles Casimir.

in unserem Land beruht voll und ganz auf unseren Möglichkeiten im Inneren. Aber wir können auch im Ausland Fabriken kaufen.

Das Gerede der CIA, unsere Wirtschaft sei im Niedergang, ist dummes Geschwätz. Nicht nur in anderen westlichen Ländern lacht man die CIA aus, selbst die Amerikaner tun das. Man kann nur wünschen, dass sich unsere Wirtschaft auch weiterhin so entwickelt wie jetzt. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass sich der prozentuale Zuwachs unserer Wirtschaft etwas verringern kann, doch dafür erhöht sich, was diese Prozente inhaltlich bedeuten. In den ersten Jahren nach der Revolution war bei uns der prozentuale Zuwachs groß, aber sein inhaltlicher Umfang war gering. Lenins Plan GOËLRO³⁷⁵ sah vor, in 11 Jahren Elektrokraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1,5 Mio. Kilowattstunden zu bauen. Wir haben gejubelt, als wir das Wolchow-Wasserkraftwerk³⁷⁶ mit einer Leistung von 50 000 Kilowattstunden in Betrieb nahmen. H[erbert George] Wells nannte Lenin den „Träumer im Kreml“³⁷⁷. Er war ein Autor mit einem Hang zur Phantasie, doch sein Denkhorizont war begrenzt. Jetzt nehmen wir jährlich Elektrokraftwerke mit einer Gesamtleistung von 10 Mio. Kilowattstunden in Betrieb.

Weiteren spricht N. S. Chruschtschow über die nächsten Pläne zur Entwicklung der Energiewirtschaft in der Sowjetunion.

Giscard d'Estaing: Wir haben Berechnungen zu den Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR durchgeführt. Wir haben das unter streng wissenschaftlichem Gesichtspunkten getan und damit keine Spionageziele verfolgt. Wir wollten die Entwicklungsbedingungen Ihres Landes ermitteln. Unseren Daten zufolge wird der Außenhandel der UdSSR etwa 1970 beträchtlich angewachsen sein.

Wir nehmen an, dass sich der Außenhandel der UdSSR mit Westeuropa im Vergleich zum jetzigen Umfang um das 2- bis 3fache erhöhen wird. Wir sind uns darüber klar, dass wir sowjetische Waren kaufen müssen, wenn wir unsere eigenen Waren verkaufen wollen. Es ist aber eine gemeinsame Prüfung dieser Frage nötig, um die Produkte zu ermitteln, die man aus der UdSSR nach Frankreich exportieren könnte.

Chruschtschow: Das ist vernünftig. Wir haben jetzt mit Frankreich einen Handelsvertrag über drei Jahre, aber mit Italien haben wir ein Abkommen mit längerer Laufzeit.

Giscard d'Estaing: Wir sind mit dem Abschluss eines Handelsabkommens mit einer Laufzeit von 5 Jahren, bis 1969, einverstanden.

Chruschtschow: Vorteilhaft sind 5 Jahre, lassen Sie uns ihn für 5 Jahre unterzeichnen. Man kann auch das Abkommen jedes Jahr um ein Jahr verlängern, und es

³⁷⁵ Gosudarstvennyj plan elektrifikacii Rossii (Staatlicher Plan zur Elektrifizierung Russlands). Auf Betreiben Lenins wurde 1920 der erste staatliche Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft angenommen, der die Ausstattung des gesamten Landes mit Elektroenergie vorsah. Lenin gab die Parole aus: „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“. Dem Plan zufolge sollte die damals vorhandene Produktionskapazität verzehnfacht werden, was bis 1931 im Wesentlichen erreicht wurde.

³⁷⁶ Die feierliche Einweihung erfolgte im Dezember 1926.

³⁷⁷ H. G. Wells: Nacht über Russland. Skizzen aus dem bolschewistischen Russland. Berlin 1922. Die Überschrift des 4. Kapitels (S. 51–59) lautet: Der Träumer im Kreml.

wird dann trotzdem ein 5-Jahres-Abkommen. Die Entwicklung der Wirtschaft bricht nicht plötzlich an irgendeiner Stelle ab. Früher haben wir den Plan für 1 Jahr bestätigt, jetzt bestätigen wir ihn für 2 Jahre. 1964 werden wir über 1965 und 1966 nachdenken. Das wird ein flexibler, kein starrer Plan sein; man kann nicht alles für fünf Jahre voraussehen. Wir korrigieren den Plan in Abhängigkeit von den real existierenden Bedingungen.

Giscard d'Estaing: Ja, natürlich, können unvorhergesehene Umstände wirtschaftlicher, technischer und klimatischer Art eintreten.

Chruschtschow: Ja, mit England gestaltet sich unser Handel gut.

Giscard d'Estaing: Ja, mit England haben Sie guten Handel.

Chruschtschow: Wir wollen einen Komplex von chemischen Fabriken kaufen. 1963 haben wir bereits eine Fabrik zur Produktion von Kunststoffen gekauft, jetzt führen wir Verhandlungen über den Ankauf einer Fabrik zur Produktion von Terylen.

Giscard d'Estaing: Womit ist zu erklären, dass England mit Ihnen engere Handelsbeziehungen unterhält? Treiben die Engländer besser Handel?

Chruschtschow: Ich denke, Sie haben das richtig erkannt. Als ich mich mit Eden³⁷⁸ traf, sagte er: „Wenn wir aufhören, Handel zu treiben, werden wir sterben. Wir sind eine Inselmacht“. Unter den sozialistischen Ländern ist die Tschechoslowakei in genau der gleichen Lage. Die Sowjetunion befindet sich in einer anderen Lage. Frankreich verfügt ebenfalls über große innere Ressourcen und kann auf der Basis dieser Ressourcen leben. Aus diesem Grund ist Frankreich beim Handel genauso träge wie wir.

Giscard d'Estaing: Das spricht dafür, dass beiderseits Anstrengungen zur Entwicklung des Handels unternommen werden.

Chruschtschow: Unser Handel mit den Deutschen ist gut. Adenauer ist gegen den Handel mit uns, aber die Geschäftsleute hören nicht auf ihn.

Giscard d'Estaing: Die UdSSR bestellt in Westdeutschland mehr, als sie verkauft; mit Frankreich verhält es sich umgekehrt.

Chruschtschow: Ich übernehme es nicht zu erklären, warum das so ist. Früher haben die Engländer uns gegenüber das gleiche Ansinnen geäußert, aber wir haben ihnen erklärt, dass wir den ganzen Ertrag für den Einkauf von Waren in den Ländern der Sterling-Zone nutzen.

Giscard d'Estaing: Ich möchte, dass nach meinem Besuch in der UdSSR die Frage des Handels zwischen unseren Ländern konkret geprüft wird. Es ist erforderlich,

³⁷⁸ Anthony Eden bekleidete, nachdem er schon während des Zweiten Weltkriegs britischer Außenminister gewesen war, diesen Posten erneut vom Oktober 1951 bis April 1955, als er bei Churchills Rücktritt dessen Nachfolge im Amt des Premierministers antrat. Nach dem Desaster der Besetzung der Suezkanal-Zone im Oktober 1956 sah er sich im Januar 1957 zum Rücktritt genötigt.

dass es mehr Kontakte zwischen den Geschäftsleuten und Industriellen gibt, und danach muss man zur Erörterung der konkreten Fragen zusammenkommen.

Chruschtschow: Ich stimme Ihnen zu.

Giscard d'Estaing: Die Lage Englands ist anders als bei uns. Wir können unseren inneren Bedarf durch unsere Wirtschaft abdecken. Aber die Wirtschaftsbeziehungen sind ein Teil des gesamten Komplexes der Beziehungen zwischen den Staaten.

Chruschtschow: Ich halte das für richtig. Wir haben keine Konflikte mit Frankreich. Dass Sie mit Verzögerung die Anerkennung der Chinesischen Volksrepublik (ChVR) beschlossen haben, nehmen wir Ihnen nicht übel. Wir begrüßen es, dass Frankreich in dieser Frage staatliche Weitsicht bewiesen hat. Die USA wollen die ChVR nicht anerkennen, aber sie werden es tun, nur etwas später.

Giscard d'Estaing: Ich bin jetzt auf Reisen und deswegen kenne ich nicht das genaue Datum der offiziellen Veröffentlichung der Pressemitteilung über die Anerkennung Chinas durch Frankreich.

Chruschtschow: Nach den uns vorliegenden Informationen wird diese Mitteilung morgen veröffentlicht werden. Über die Entscheidung, die ChVR anzuerkennen, hat die französische Regierung uns informiert, und danach China.

Giscard d'Estaing: Zuerst war es die französische Regierung?

Chruschtschow: Ja, Frankreich hat uns zuerst informiert, und danach China. Aber Sie haben uns vertraulich dahingehend informiert, dass ich es morgen in der Presse lese, und wir haben geschwiegen wie ein Fisch.

Giscard d'Estaing: Das ist nicht unsere Schuld. Wir haben auch andere Staaten informiert. Die haben das sicher auch verbreitet.

Chruschtschow: Ich denke, dass es in erster Linie die Amerikaner gemacht haben. Dort ist das Leck, durch das Geheimnisse durchsickern.

Giscard d'Estaing: General de Gaulle wurde über die Reaktion der UdSSR auf unsere Entscheidung unterrichtet, und er war davon befriedigt, dass sich die UdSSR positiv geäußert hat.

Botschafter Dejean: Herr Chruschtschow, ich habe Ihre Glückwünsche General de Gaulle übermittelt, und er nahm sie wohlwollend entgegen.

Giscard d'Estaing: Entgegen den Äußerungen in der Presse vollziehen wir die Anerkennung Chinas nicht wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten, sondern wir haben uns von der Realpolitik leiten lassen.

Chruschtschow: Das ist gut, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht darf man China nicht ignorieren, das ist ein riesiger Markt, und er wird weiter wachsen.

Giscard d'Estaing: Es wird einige Zeit vergehen, und China wird eine starke Macht werden.

Chruschtschow: Das ist für uns keine Bedrohung. Unsere Wirtschaft ist eine Planwirtschaft, sie ist darauf ausgerichtet, Ziele im Innern zu erreichen. Wenn wir etwas [draußen] kaufen oder verkaufen, berücksichtigen wir das in unseren Plänen.

Frankreich hat einen vernünftigen Schritt getan, als es die ChVR anerkannt hat. Nach Algerien ist das mein zweites Kompliment an General de Gaulle.³⁷⁹ Unter den damaligen Umständen konnte das nur de Gaulle tun. Er handelte hartnäckig, standhaft und richtig. Auch jetzt nimmt Frankreich eine gute Haltung gegenüber Algerien ein. Die Franzosen ziehen daraus Nutzen. Die algerische Wirtschaft wird sich auf sozialistischer Grundlage entwickeln, für Frankreich wird das ebenfalls vorteilhaft sein. Frankreich handelte töricht, als es in Vietnam nicht den gleichen Weg wie in Algerien gegangen ist.³⁸⁰ Ho Chi Minh wollte seinerzeit in der Französischen Gemeinschaft verbleiben. Wie es scheint, hat de Gaulle daraus eine Lehre gezogen. Seine Algerien-Politik ist eine vernünftige Politik. Wer war Präsident, als die Vietnam-Frage entschieden wurde?

Botschafter Dejean: Premierminister war Laniel oder Mendès-France.³⁸¹

Giscard d'Estaing: Das war nach dem Rücktritt General de Gaulles.³⁸²

Chruschtschow: Das ist eine innere Frage Frankreichs. Wir sind irgendwie in seinen inneren Angelegenheiten geraten.

Die 15 chemischen Fabriken, die uns die Franzosen anbieten, sind für uns von Interesse. Das ist keine Grenze. Wir könnten auch eine größere Anzahl kaufen. Wir könnten in Frankreich Fabriken zur Produktion von Mineräldünger kaufen. Carbomin ist für uns nicht interessant. Wir haben in Holland eine gute Anlage gekauft. Aber für andere Arten von Düngemitteln und für die Produktion von Herbiziden gibt es in Frankreich interessante Unternehmen. Wir haben Angebote zum Kauf von chemischen Werken und Betrieben auch aus Japan, Italien [und] Belgien erhalten. Wir werden uns umsehen, und dort, wo die Anlagen besser und billiger sind, werden wir auch kaufen.

Giscard d'Estaing: Ja, dafür ist jetzt ein günstiger Zeitpunkt.

Chruschtschow: Das ist die Haltung des Kaufmanns: Wir kaufen da, wo es vorteilhaft ist, und das, was vorteilhaft ist.

³⁷⁹ Das bezieht sich auf die Bereitschaft des französischen Staatspräsidenten, im März 1962 den Vertrag von Evian abzuschließen, aufgrund dessen Algerien am 3. Juli 1962 gegen heftige, bis zu bewaffnetem Aufruhr reichende innerfranzösische Widerstände in die Unabhängigkeit entlassen wurde.

³⁸⁰ Frankreich suchte seine Kolonialherrschaft in Vietnam wiederherzustellen, nachdem diese durch die japanische Besetzung im Zweiten Weltkrieg ihr Ende gefunden hatte, und führte deshalb seit 1946 Krieg, bis im Sommer 1954 die Kapitulation der Dschungelfestung Bien Dien Phu zu seiner unwiderruflichen Niederlage führte.

³⁸¹ Joseph Laniel war einer der oft wechselnden französischen Ministerpräsidenten in den frühen 1950er Jahren; Pierre Mendès-France stand im Augenblick der Niederlage an der Spitze der Regierung in Paris und erreichte mit großem diplomatischem Geschick eine von den Großmächten einschließlich der UdSSR getroffene Regelung, die den – die Aufstandsbewegung führenden – Kommunisten unter Ho Chi Minh mit Nord-Vietnam nur einen Teil der in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonie Indochina überließ.

³⁸² General Charles de Gaulle kam nach der Befreiung Frankreichs von der deutschen Besatzung im Sommer 1944 an die Macht, trat aber 1947 zurück, als er seine politischen Vorstellungen nicht verwirklichen konnte.

Giscard d'Estaing: Was das technische Niveau der chemischen Fabriken anbelangt, sind unsere nicht schlechter als die in anderen Ländern.

Chruschtschow: Mir wurde berichtet, dass es bei Ihnen gute Betriebe für die Weiterverarbeitung von Kunststoffen gibt. Wir haben Gen. Patolitschew beauftragt, darüber zu verhandeln, Fabriken anzusehen, und, falls günstig, zu kaufen. Wir erweitern die Produktion von Kunststoffen, haben aber wenig Erfahrung. Frankreich hat mehr, Frankreich hat nicht weniger Erfahrung als die Amerikaner. Die Amerikaner treiben mit uns keinen Handel, und uns macht das nichts aus, doch sie schaden sich damit selbst. Ich habe Rusk³⁸³ gesagt, dass wir den Handel mit Amerika sogar dann kaum erweitern würden, wenn sie die Beschränkungen aufheben würden. Die europäischen Länder liefern genau die gleichen Anlagen wie die Amerikaner, aber im Preis sind sie in Europa niedriger. In den USA sind die Anlagen am teuersten, in Japan sind sie am billigsten, weil dort der Arbeitslohn niedrig ist und die Technik ein hohes Niveau hat.

Giscard d'Estaing: Wir erwarten die Ankunft von Herrn Rudnjow in Frankreich.

Chruschtschow: Ich weiß. Er wird kommen.

Giscard d'Estaing: Herr Rudnjow kann sich alles ansehen, was ihn interessiert, zum Beispiel könnte er sich chemische Fabriken ansehen.

Chruschtschow: Er befasst sich nicht mit Fragen des Handels, doch die Beurteilung des Standes der Technik, das ist sein Bereich.

Giscard d'Estaing: Rudnjow wird sich bei uns die Branchen ansehen, die Fernseh- und Elektronikgeräte produzieren.

Chruschtschow: Wir wenden der Elektronik sehr große Aufmerksamkeit zu.

Giscard d'Estaing: Bei uns ist die Elektronik entwickelt.

Chruschtschow: Wir errichten bei Moskau eine Stadt der Elektronik für 50 000 Einwohner. Ich meine, dass die künftige Entwicklung der Wirtschaft von der Elektronik abhängen wird. Rechen-, Steuerungs- und andere Maschinen müssen in der Industrie eingeführt werden, anderenfalls werden viele Leute für die Verwaltung der Industrie benötigt werden. Es ist besser, wenn diese Leute in der Produktion arbeiten.

Giscard d'Estaing: Wird die Entwicklung Ihrer Industrie nicht durch einen Mangel an Arbeitskräften gehemmt werden?

Chruschtschow: Nein. Da sprechen Sie mit der „Stimme Amerikas“³⁸⁴.

Giscard d'Estaing: In den westeuropäischen Ländern, in Frankreich, Holland, der BRD [und] Italien, herrscht schon seit drei Jahren Arbeitskräftemangel.

Chruschtschow: Wir haben keinen derartigen Mangel. In einigen Regionen gibt es sogar einen gewissen Arbeitskräfteüberschuss, zum Beispiel in Weißrussland.

³⁸³ Dean Rusk, Außenminister der USA.

³⁸⁴ Die „Stimme Amerikas“ (Voice of America) war eine Rundfunkstation, deren Sendungen sich an das Publikum im Ausland, nicht zuletzt auch an die Völker der Sowjetunion, richteten.

Das Klima und die Natur sind dort gut, die Bevölkerung will von dort nicht wegziehen. Das gleiche Bild bietet sich auch im Nordkaukasus. Die Menschen wollen diese fruchtbare Gegend nicht verlassen. Dort ist es warm und gut. Unsere Jugend aus den Industriezentren geht nach Sibirien. Sie hat begeistert auf die Aufrufe von Partei und Regierung reagiert. Die Jugend ist gut organisiert und leichter zu mobilisieren. Aus Moskau und anderen großen Industriezentren fahren viele junge Leute dorthin. Aus kleinen Ortschaften geht man ungern nach Sibirien.

In den letzten fünf Jahren setzten wir im Zusammenhang mit der Reorganisation des Eisenbahntransports eine große Anzahl von Eisenbahnern frei. Wir sind auf der Sibirischen Magistrale³⁸⁵ bis Irkutsk zum elektrischen Fahrbetrieb übergegangen, das sind 6000 km, wir haben die Eisenbahnstrecke von Leningrad bis nach Armenien elektrifiziert, das sind 3500 km. Das hat zur großen Einsparung von Mitteln und zur Reduzierung von zigtausenden Eisenbahnern geführt. Wir haben unsere Industrie auf Gas umgestellt, wir haben mit dem Braunkohleabbau im Gebiet von Moskau aufgehört, dort aber Fabriken des Maschinenbaus errichtet. In unserer Landwirtschaft haben wir zu viele überschüssige Arbeitskräfte. Mit der Entwicklung der Chemie werden die überzähligen Leute verstärkt aus der Landwirtschaft herausgeholt.

Giscard d'Estaing: Die Entwicklung der Chemie wird bei Ihnen von den Bedürfnissen der Landwirtschaft diktiert?

Chruschtschow: Nicht ganz. Dem Entwicklungsplan für die Chemieindustrie zufolge haben wir Ausgaben von 10,5 Mrd. Rubel für die Landwirtschaft geplant, das gesamte Programm aber beläuft sich auf 42 Mrd. Rubel. Das heißt, die Landwirtschaft beansprucht in diesem Programm nur ein Viertel, und $\frac{3}{4}$ entfallen auf die Produktion von synthetischen Fasern, Glas/Plastik und Kunststoffen.

Giscard d'Estaing: Und wie viel Mineraldünger produzieren Sie jetzt?

Chruschtschow: 70 bis 80 Mio. Tonnen werden wir etwa 1970 produzieren. Kalkuliert haben wir 80, aber im Plan haben wir 70–80 Mio. Tonnen eingesetzt.

Giscard d'Estaing: Da Sie hier nicht nur zur Arbeit sind, sondern sich auch erholen...

Chruschtschow: Ich verbinde hier die Arbeit mit der Erholung.

Ich bitte, General de Gaulle meine guten Wünsche zu übermitteln. Mir sind die Begegnungen mit ihm in guter Erinnerung geblieben. De Gaulle ist ein komplizierter Mann, mitunter trifft er sehr mutige Entscheidungen wie hinsichtlich Algeriens, der ChVR, den USA. Als ich in Frankreich war, haben wir offen miteinander geredet.

Sagen Sie, welches Elixier ist ihm zu empfehlen, damit er in der deutschen Frage richtig zu denken anfängt? Er versteht die Lage richtig, handelt aber nicht richtig. Ich habe mit ihm die Situation Deutschlands sehr genau erörtert. De Gaulle meint, die Teilung Deutschlands ist gut, doch es wäre [noch] besser, wenn

³⁸⁵ Die Transsibirische Eisenbahn.

es nicht nur in zwei Teile, sondern in drei Teile geteilt wäre. Er sagte, dass Stalin ihn seinerzeit nicht unterstützt hat. Ich habe de Gaulle nicht gefragt, worin ihn Stalin nicht unterstützt habe, denke aber, dass es bei der Saarfrage gewesen ist.³⁸⁶

Botschafter Dejean: Ja, das ist möglich.

Chruschtschow: Es ist wahrscheinlich so. Ich habe nicht nachgefragt, aber gesagt, dass Stalin in dieser Sache seine eigenen Vorstellungen gehabt hat. Ich glaube, dass Stalin davon ausgegangen ist, dass ganz Deutschland bald kommunistisch ist. Aber die Geschichte ist anders verlaufen, es sind zwei Deutschlands entstanden. Wir erheben auf Westdeutschland keinen Anspruch, aber wir werden, um es grob zu sagen, Ostdeutschland nicht hergeben, wir werden seine sozialistischen Errungenschaften verteidigen. De Gaulle versteht das, und da haben wir keine Differenzen.

Poniatowski wird [doch] unsere Geheimnisse nicht preisgeben? Chruschtschow sagt im Scherz weiter, dass seinerzeit ein Poniatowski das Vertrauen von Katharina II. genossen hat,³⁸⁷ aber im Napoleonischen Feldzug sich auf die Seite der Franzosen geschlagen und am Krieg gegen Russland beteiligt hat.

Poniatowski: Das war nicht der gleiche Poniatowski, sondern sein Neffe.³⁸⁸

Giscard d'Estaing: Sie können versichert sein, Herr Chruschtschow, dass Frankreich kein Leck ist, durch das Geheimnisse nach draußen dringen. Alles, was Sie gesagt haben, werde ich General de Gaulle persönlich übermitteln.

Chruschtschow: Über alle diese Fragen habe ich mit de Gaulle ausführlich gesprochen. De Gaulle sagte: „Wir können selbst in Europa ohne Berater³⁸⁹ zu recht kommen“, und das ist richtig. Wir möchten mit Frankreich gute Beziehungen haben, sowohl wirtschaftliche als auch politische. Wir sind Leute mit unterschiedlicher Philosophie und unterschiedlicher Ideologie, doch die Fragen der Gesellschaftsordnung sind eine innere Angelegenheit. Mögen Sie sich über ihre schwachen Stellen den Kopf zerbrechen, und wir über unsere. Frankreich und

³⁸⁶ Chruščëv bezog sich vor allem auf sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 24. März 1960. Darin äußerte sich dieser jedoch anders. Vor dem Hintergrund seiner dezidiert nationalstaatlichen Denkweise erwartete er nicht, dass ein so großes Volk wie die Deutschen permanent auf seine Einheit verzichten würde. Daher sprach er lediglich davon, Frankreich sei es nicht eilig mit der Wiedervereinigung (siehe Band 2 dieser Dokumentation auf S. 308–312, 316f.).

³⁸⁷ Stanisław August Poniatowski (1732–1798) wurde 1764 als Stanisław II. August König von Polen, das damals bis weit nach Weißrussland und in die Ukraine reichte. 1772 musste er die erste Teilung Polens hinnehmen, durch die er im Nordosten einen Landstreifen jenseits von Dina und Dnjepr an Russland unter Katharina II., Galizien an Österreich unter Joseph II. und Westpreußen samt Ermland an Preußen und Friedrich II. verlor. Sein Versuch 1791, Polen durch eine moderne, am Geist der Aufklärung orientierte Verfassung – der ersten in Europa – zu stärken, scheiterte. Durch die zweite Teilung Polens 1793 gingen im Osten weite Gebiete Litauens und Weißrusslands sowie fast die gesamte westliche Ukraine verloren, während Preußen „Großpolen“ bis kurz vor Warschau und Krakau annektierte. Mit der dritten Teilung 1795 des restlichen Territoriums unter Russland, Österreich und Preußen hörte der polnische Staat auf zu bestehen. Drei Jahre später starb der König in der russischen Hauptstadt Sankt Petersburg.

³⁸⁸ Józef Antoni Poniatowski, Marschall von Frankreich, fiel 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig.

³⁸⁹ Gemeint waren die Amerikaner. In diesem Sinne fällt er später 1966 die Entscheidung, Frankreich aus der – einem amerikanischen General unterstehenden – Militärorganisation der NATO zurückzuziehen.

das französische Volk sind existent, und es ist an der Entwicklung der Wirtschaft interessiert und auch daran, in Frieden zu leben.

Giscard d'Estaing: Die französische Regierung und General de Gaulle reden und handeln genau in diesem Sinne. Wir haben unsere Philosophie und haben nicht die Absicht, sie zu ändern. Aber allmählich werden sich die großen Länder einander annähern. In wirtschaftlicher und politischer Hinsicht haben wir keine Differenzen. Im Gegenteil, wir sind an der Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen interessiert und hegen ein Gefühl der Sympathie gegenüber der Sowjetunion. Ich möchte hoffen, dass sich die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen in positiver Weise auf die Verbesserung der Beziehungen insgesamt auswirkt.

Chruschtschow: Ich möchte dem Präsidenten meinen Standpunkt zu einigen Fragen darlegen. Ich denke, er irrt sich, wenn er Westdeutschland umwirbt. Hier [sind] meine Überlegungen. Um eine Rolle in der internationalen Politik zu spielen, muss de Gaulle den Angelsachsen die Stirn bieten. Um dessentwillen sucht er sich mit Deutschland zu vereinigen, weil er meint, dass Frankreich auf diese Weise sein Gewicht verstärkt. Deshalb hat er den Vertrag mit Adenauer³⁹⁰ geschlossen. Das ist ein Spiel de Gaulles, aber die Westdeutschen spielen ihr eigenes Spiel. Sie verfolgen auch genau das gleiche Ziel wie de Gaulle: die eigene Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu steigern. Sie bewegen sich nicht im Fahrwasser Frankreichs oder Amerikas. Sie halten sich fern und betreiben eine aggressive Politik. Frankreich, die Sowjetunion, und ich denke, auch die Amerikaner und die Engländer haben kein Interesse an einem Krieg, doch die aggressiven Kreise der BRD, die Militaristen, haben daran ein Interesse. Im Zweiten Weltkrieg haben sie eine Niederlage erlitten, sie haben Territorium und Ehre verloren. Wie auch nach dem Ersten Weltkrieg können sie sich damit nicht abfinden. Was hat Hitler in Frankreich gemacht? Er suchte nach dem Eisenbahnwagen, in dem [1918] die Kapitulation Deutschlands unterzeichnet worden war, und zwang die Franzosen [1940], darin die Kapitulation Frankreichs zu unterschreiben. Die deutschen Militaristen kann man mit einem alten Wolf vergleichen. Sie haben einen Wolfshunger, die Wünsche sind ebenfalls wölfischer Art, aber die Kräfte lassen sie im Stich. Deutschland kann heute nicht die Rolle spielen, die es gerne möchte. Sein wahrscheinlicher Gegner sind die UdSSR und die sozialistischen Länder. Wir meinen, dass unsere Kräfte den gesamten Kräften der Westmächte zumindest ebenbürtig sind. Darüber sprach de Gaulle mit mir. Er sagte mir ungefähr Folgendes: Wir möchten nicht das jetzt bestehende Kräfteverhältnis verletzen. Soll Westdeutschland bei uns bleiben, und Ostdeutschland bei Ihnen. Ich stimme de Gaulle zu, aber de Gaulle will noch etwas anderes. Was bekommt Frankreich dafür, dass es Westdeutschland umwirbt? Wem steht dieses jetzt näher? Ihnen oder den Amerikanern? Ich denke, den Amerikanern. Es flüstert Ihnen Liebesworte ins Ohr, aber es stützt sich auf die Amerikaner. Deutschland

³⁹⁰ Am 22. Januar 1963 hatten Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer im Elysee-Vertrag konkrete Schritte einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart.

ist wahrscheinlich der gemeinsame Gegner von uns und Frankreich. Es ist schwer zu erraten, wie sich die Geschichte entwickeln wird, doch der Ausbruch eines Krieges ist nicht ausgeschlossen.

Manche sagen, wäre Deutschland vereinigt, könnte man damit den Funken des Krieges ersticken. Doch dem ist nicht so. Im Gegenteil, so eine Vereinigung lässt die Herzen der Faschisten höher schlagen. Was machte Hitler? Er nahm Frankreich die Gebiete an Saar und Rhein ab.³⁹¹ Es schien, als ob sein nationaler Appetit gestillt wäre. Aber er wollte in Paris sein. Und heute verzichten die deutschen Militaristen nicht darauf, in Paris ebenso wie auch in Kiew zu sein. Jetzt sagen sie, dass sie nicht daran denken, aber dies geschieht nur deswegen, weil sie dazu keine Möglichkeit haben. Wenn Deutschland vereinigt wäre, würden sich die Chancen der deutschen Militaristen bedeutend erhöhen, so eine Möglichkeit zu erhalten. Frankreich urteilt in der deutschen Frage richtig, handelt aber nicht richtig.

Giscard d'Estaing: Die Franzosen spielen bei einer Wiedervereinigung Deutschlands keine aktive Rolle.

Chruschtschow: Mir ist das klar, aber jeder Partner verfolgt jeweils sein Ziel. Frankreich will mit der Annäherung an Westdeutschland seine Rolle in den internationalen Angelegenheiten steigern. Westdeutschland lässt sich auf eine Annäherung an Frankreich ein, um seine Stimme für seine Interessen zu stärken. Was für Interessen? Die Wiedervereinigung. Wir sind nicht gegen die Idee der Wiedervereinigung. Aber die deutschen Militaristen wollen keine Wiedervereinigung, sondern Einverleibung. Ulbricht hat Westdeutschland die Vereinigung zu einer Konföderation vorgeschlagen.³⁹² Das ist doch die Keimzelle für die Wiedervereinigung. Aber die Westdeutschen haben sich gegen eine Konföderation gewandt, sind aber nicht in der Lage, sich das einzuverleiben, was sie schlucken wollen. Westdeutschland will die Wiedervereinigung mit Frankreichs Hilfe verwirklichen, und Frankreich findet an dieser Idee keinen Gefallen... Die Interessen Frankreichs liegen in der Annäherung an uns. Deutschland ist für Sie künftig eine Gefahr. Das ist meine Ansicht zu dieser Frage.

³⁹¹ Gemeint sind die aufgrund einer Volksabstimmung 1935 erfolgte Wiederangliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich und die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands durch die Wehrmacht 1936.

³⁹² Am 30. Dezember 1956 hatte SED-Chef Ulbricht nach Absprache mit der sowjetischen Führung im zentralen Parteiorgan „Neues Deutschland“ erklärt, angesichts des Bestehens zweier Staaten in Deutschland mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen sei es notwendig, zunächst eine beiderseitige Annäherung und danach eine Zwischenlösung in Form der Konföderation herbeizuführen. Am 26. Juli 1957 ließ die DDR einen im Moskauer Außenministerium ausgearbeiteten Vorschlag zu Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über die Bildung einer Konföderation folgen, die, wie es hieß, eine spätere Wiedervereinigung vorbereiten würde. Am 11. Juli 1958 befürwortete Chruschtschow auf dem VI. Parteitag der SED die Konföderation persönlich als „Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands“. Wie die DDR seit dem Sommer 1957 forderte, sollte am Anfang der Verhandlungen über die Konföderation ein Abkommen stehen, das unter anderem die Lagerung und Herstellung von Atomwaffen auf deutschem Boden verbiete, das Ausscheiden beider Seiten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt vorsehe und die Wehrpflicht [in der Bundesrepublik] aufhebe. Das lief auf die Forderung nach Beseitigung des Verteidigungssystems der NATO in Europa hinaus, während die Bildung der Konföderation auf die Anerkennung der DDR, mithin auf die Festigung der deutschen Zweistaatlichkeit abzielte. Bei etwaigen folgenden Verhandlungen über eine Vereinigung Deutschlands wäre in jedem einzelnen Punkt ein Einvernehmen mit dem SED-Regime nötig gewesen.

Giscard d'Estaing: Ich werde General de Gaulle alles übermitteln, was Sie gesagt haben. Ich fliege am Mittwoch ab...

Chruschtschow: Ich wünsche Ihnen eine gute Reise. Übermitteln Sie General de Gaulle und seiner Gattin Grüße. Beide waren sehr liebenswürdig, als wir in Frankreich waren. Ich hoffe, dass sich eine Gelegenheit ergibt, dass wir de Gaulle die gleiche Gastfreundschaft erweisen können.

Das Gespräch hat Ju. T. Syschtschikow übersetzt, Dolmetscher im Ministerium für Außenhandel.

Aufgezeichnet von I. I. Dokutschajew³⁹³

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 591, Bl. 81-91

22. Gespräch Chruschtschows mit dem Botschafter Frankreichs in der UdSSR, Maurice Dejean, am 7. Februar 1964

Gen. N. S. Chruschtschow empfing am 7. Februar 1964 den Botschafter Frankreichs, M. Dejean, im Zusammenhang mit dessen bevorstehender Abreise aus der UdSSR.

Dejean drückt Bedauern darüber aus, dass er Moskau verlässt. Der Botschafter dankt N. S. Chruschtschow für die liebenswürdigen Zeichen der Aufmerksamkeit und für das große Vertrauen, dass ihm erwiesen wurde.

Chruschtschow sagt, dass die Sowjetunion mit der Tätigkeit zufrieden ist, die der Botschafter auf seinem Posten in Moskau geleistet hat, die sowohl für Frankreich als auch die Sowjetunion von Nutzen gewesen ist. N. S. Chruschtschow teilte dem Botschafter vertraulich mit, dass nach Informationen, über welche die sowjetische Regierung verfügt, die Haltung des Außenministers von Frankreich der Grund für die Abreise des Botschafters aus der UdSSR ist.³⁹⁴ Uns scheint, sagt N. S. Chruschtschow, dass der Außenminister von Frankreich sich zu unserem großen Bedauern nicht ganz der Notwendigkeit bewusst ist, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. N. S. Chruschtschow sagt dem Botschafter, dass er diese Information nach seinem Ermessen verwenden kann.

³⁹³ Leiter der Protokollabteilung des Ministeriums für Außenhandel.

³⁹⁴ Es trifft zu, dass Unzufriedenheit seitens der französischen Regierung zur Abberufung des Botschafters aus Moskau führte, doch hatte Außenminister Maurice Couve de Murville nichts damit zu tun. Der Grund für diese – entweder direkt vom französischen Staatspräsidenten oder zumindest mit seiner ausdrücklichen Billigung getroffene – Entscheidung war, dass Dejean, der im Kreml wegen seiner persönlich mit de Gaulle verbundenen Vergangenheit als überaus wichtiger Mann mit großer politischer Zukunft galt, vom sowjetischen Geheimdienst KGB mutmaßlich auf Chruschtschows Initiative hin in Frauengeschichten verwickelt worden war, aufgrund deren man ihn später zu erpressen gedachte. Nachdem die westliche Seite durch den übergelaufenen KGB-Agenten Jurij Krotkov davon im Herbst 1963 erfahren hatte, leitete das französische Außenministerium Anfang des folgenden Jahres unter dem Vorwand einer Routinemaßnahme die Abberufung ein. Dejean wurde danach keine offizielle Funktion mehr übertragen.

Was die Politik General de Gaulles betrifft, so ist man sich in der Sowjetunion darüber klar, dass der General, auch wenn er keine Sympathien für den Kommunismus und folglich auch nicht für die Sowjetunion hat, ein realistisch denkender und realistisch handelnder Staatsmann ist. Sein realistisches Herangehen an die Lösung der Algerien-Frage, seine realistische und mutige Entscheidung, die diplomatischen Beziehungen mit der Chinesischen Volksrepublik (ChVR) aufzunehmen, zeugen von Weitsicht. Vielleicht wird Frankreich eines Tages weiter gehen und sich ebenfalls realistisch der Frage seiner Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) und zu Nordvietnam zuwenden. Das wird ebenfalls von einer realistischen Haltung und von einem tiefen Verständnis der aktuellen internationalen Lage zeugen. Wir nehmen an, dass General de Gaulle hinsichtlich der KVDR und Nordvietnams der gleiche Realist sein wird, als der er sich bei der Regelung der Algerien-Frage und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur ChVR gezeigt hat.

N. S. Chruschtschow sagt, dass die sowjetische Regierung zu ihrem Bedauern keine entschiedenen Schritte vonseiten Frankreichs erwartet in einer anderen sehr wichtigen Frage, der Anerkennung der DDR. Uns scheint, dass de Gaulle gegenwärtig außerstande ist, in dieser Frage einen realistischen Entschluss zu fassen. Hier kollidiert anscheinend die taktische Linie de Gaulles mit den Widersprüchen³⁹⁵ auf dem Gebiet der Ideologie. De Gaulle meint, die Anerkennung der DDR durch Frankreich könnte die Position Frankreichs in Europa schwächen, und er glaubt seine Stellung dadurch zu festigen, dass er sich auf das Bündnis mit Westdeutschland stützt. Unserer Ansicht nach ist diese Haltung von Präsident de Gaulle falsch, weil Westdeutschland keine feste Stütze für Frankreich, für die Politik de Gaulles sein kann. Die Schwäche dieser Stütze liegt in der Stärke Westdeutschlands, das der Stärke und Kraft Frankreichs weit überlegen ist. N. S. Chruschtschow unterstreicht, dass sich die Sowjetunion nicht dagegen wendet, dass zwischen Westdeutschland und Frankreich gute Beziehungen bestehen. Er selbst sucht gute Beziehungen zu Westdeutschland wie auch zu den USA, zu England, Frankreich und anderen Ländern zu entwickeln.

Vielleicht, sagt N. S. Chruschtschow, sehen wir besser als die Staatslenker des Westens die Gefahr der Wiedergeburt des Revanchismus in Westdeutschland. Der Bazillus des Revanchismus ist in diesem Land weiter vorhanden. Es ist kein Zufall, dass die Deutschen jetzt laut erklären, dass sie in Europa über die stärkste Armee der NATO-Mitgliedsländer verfügen. Früher haben sie das nicht gesagt, sondern allen erklärt, dass Westdeutschland ein friedliebendes Land ohne Waffen und Armee ist.³⁹⁶ Jetzt reden die Deutschen eine andere Sprache, sie fordern sogar Zugang zu Kernwaffen. Sie fangen schon an, manche damit zu

³⁹⁵ Weil die marxistisch-leninistische Doktrin nicht zuletzt auf den Denkstrukturen der Philosophie Hegels fußte, der zufolge die Realitäten einen ideellen Ursprung hatten, waren mit diesem aus der Logik stammenden Begriff Konflikte gemeint.

³⁹⁶ Bis in die Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland galt die Verpflichtung zur Entmilitarisierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den vier Siegermächten festgelegt worden war. Die erste Einheit der Bundeswehr wurde im Januar 1956 aufgestellt. In der SBZ/DDR hatte die UdSSR im Juni 1948 den Aufbau bürgerkriegsgeeigneter militärischer Verbände im Umfang von 50 000 Mann eingeleitet, die ab Frühjahr 1952 zu einer – bis 1956 als „Kasernierte Volkspolizei“ bezeichneten – großen Armee für den Kampf gegen die NATO erweitert wurden.

erpressen, indem sie betonen, wenn sie keinen Zugang zu Kernwaffen erhielten, seien sie in der Lage, diese aus eigener Kraft zu produzieren. Das Niveau von Wissenschaft und Technik in Deutschland ist in der Tat nicht niedriger als das Niveau der Wissenschaft und Technik in Frankreich, in den USA und in England, und die finanziellen Möglichkeiten der BRD übersteigen die Möglichkeiten Frankreichs. Eines Tages könnten die Deutschen fragen, warum de Gaulle das Recht habe, über Kernwaffen zu verfügen, während sie, die Deutschen, dieses Recht nicht haben.

N. S. Chruschtschow macht den Botschafter auf folgenden Aspekt der deutschen Frage aufmerksam. Wenn man beispielsweise Frankreich nimmt, so hat dieses Land durch den letzten Krieg weder territoriale Verluste noch moralischen Schaden erlitten; es gehörte zu den Siegern. Frankreich hat zwar nach dem Krieg die Kolonien verloren, aber das ist schon ein Ergebnis der Epoche, in der wir leben, kein Ergebnis des Krieges. Frankreichs wirtschaftliche Lage ist gut, die innenpolitische Lage ist verhältnismäßig stabil, irgendwelche Ansprüche an andere Länder hat Frankreich nicht, wenn man von ideologischen Differenzen absieht. Ich meine damit, sagt N. S. Chruschtschow, wir sind Kommunisten und Sie Kapitalisten, wir haben ideologische Differenzen und führen einen ideologischen Kampf. In genau der gleichen Situation befinden sich England und die Vereinigten Staaten.

In einer völlig anderen Situation befindet sich hingegen Westdeutschland. Es hat eine militärische Niederlage erlitten, es hat Territorien verloren und Erniedrigungen erduldet wie jedes besiegte Land. Das konnte im Bewusstsein der nationalistisch gesinnten Deutschen nicht ohne Folgen bleiben, und es gibt keine Garantie, dass in der Atmosphäre des heutigen Nationalismus in Westdeutschland und des wachsenden Revanchismus kein neuer Hitler erscheint, und wenn es dazu kommt, wird er die gleichen Parolen verwenden wie der frühere Hitler. N. S. Chruschtschow erinnert daran, dass in den 30er Jahren die Westmächte versuchten, Hitlers Angriff nach Osten zu lenken, aber er begann im Westen. Dasselbe kann sich auch heutzutage wiederholen, und eben deswegen darf man nicht die Augen vor der Gefahr vonseiten eines revanchistischen Deutschlands verschließen.

Ich denke, sagt N. S. Chruschtschow, dass die westlichen Länder, und vor allem Frankreich, uns glauben, wenn wir erklären, dass die Sowjetunion dagegen ist, die bestehenden Verhältnisse in irgendeinem Land durch Gewalt, durch Einmischung von außen zu verändern. Wir würden selbstverständlich eine Revolution in Frankreich oder in der BRD begrüßen, aber auch Sie würden die Konterrevolution in der Sowjetunion begrüßen. Das kann uns weder wundern noch ärgern. Doch um bei der Realität zu bleiben, muss man hervorheben, dass die Interessen Frankreichs und der Sowjetunion in keinem Bereich kollidieren.

Die französische Regierung irrt sich, wenn sie annimmt, dass eine Anerkennung der DDR die gefährlichen nationalistischen und revanchistischen Stimmungen in Westdeutschland verstärken kann. Die Sowjetunion meint, dass eine Anerkennung der DDR im Gegenteil der Zunahme der Ideen des Revanchismus bei den Westdeutschen ein Ende machen würde. In den Gesprächen im Jahr 1960 sagte de Gaulle, dass Frankreich froh ist über das Bestehen der zwei deutschen

Staaten, und er brachte Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass sich die Verhältnisse auf diese Weise gestaltet haben.³⁹⁷ Eine Anerkennung der real existierenden Verhältnisse im Zentrum Europas würde nur die Lage in diesem Raum und in der ganzen Welt festigen. Eine Anerkennung der DDR verschärft auf keinen Fall die nationalistischen Gefühle in Westdeutschland. Im Gegenteil, dort wird man verstehen, dass die bestehende Lage nicht ohne Krieg zu verändern ist, und Westdeutschland kann allein keinen Krieg führen. Die Nichtanerkennung der DDR nährt die Illusion, dass Frankreich, England, die USA und andere Länder den Westdeutschen dabei helfen können, ihre Ziele bei der Liquidierung der DDR zu erreichen. Das ist sehr gefährlich. Besonders gefährlich ist, dass ein Zusammenstoß zwischen Westdeutschland und der DDR einen Zusammenstoß zwischen den zwei Blöcken, dem Warschauer Pakt und der NATO, bedeuten würde.

Präsident de Gaulle hat mehr als einmal gesagt, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass Frankreich nicht an der Vereinigung Deutschlands interessiert ist. De Gaulle wies auch auf die Notwendigkeit hin, die Situation aufrechtzuerhalten, bei der Ostdeutschland im östlichen Block bleibt und Westdeutschland im westlichen. In dieser Frage vertreten die UdSSR und Frankreich die gleichen Standpunkte, freilich aus unterschiedlichen Gründen. Und wenn eine Übereinstimmung besteht, sollte man das in einem Abkommen formalisieren. N. S. Chruschtschow sagt, wenn Frankreich darauf einging, würde dadurch der Frieden in Europa und in der ganzen Welt gestärkt werden, das politische Gewicht Frankreichs in den internationalen Angelegenheiten zunehmen, und seine realistische Politik würde allgemeine Anerkennung finden, und die Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion würden sich verbessern.

Frankreich sollte nicht die Freundschaft mit der Sowjetunion verschmähen, sagt N. S. Chruschtschow. Es könnte vielleicht eines Tages sein, dass Frankreich uns brauchen wird. Die Sowjetunion bedroht Frankreich nicht und kann es nicht bedrohen, weil wir keine gemeinsame Grenze haben. Aber die Sowjetunion befindet sich in der Nähe der Grenze Deutschlands, auf deren anderer Seite Frankreich liegt. Unsere Länder könnten den deutschen Imperialismus bändigen und ihm keine Möglichkeit geben, seine blutigen Feldzüge wieder aufzunehmen. Das wäre kein Komplott zweier Staaten gegen einen dritten oder gegen eine Staatengruppe. Das wäre ein den Frieden stärkender und für alle vorteilhafter Akt.

N. S. Chruschtschow betont, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR normal entwickeln. In der Sowjetunion misst man dem Beitrag sehr hohen Wert bei, den der Botschafter zur Entwicklung dieser Beziehungen geleistet hat. N. S. Chruschtschow gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen stetig weiter entwickeln. Gegenwärtig

³⁹⁷ Chruščëv hatte vor allem sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 24. März 1960 im Auge. Darin äußerte sich dieser jedoch anders. Vor dem Hintergrund seiner dezidiert nationalstaatlichen Denkweise erwartete er nicht, dass ein so großes Volk wie die Deutschen permanent auf seine Einheit verzichten würde. Daher sagte er nur, Frankreich habe mit der Wiedervereinigung keine Eile (siehe das sowjetische Protokoll in: Band 2 dieser Dokumentation auf S. 308–312, 316 f.).

laufen Verhandlungen mit Geschäftskreisen und mit der Regierung Frankreichs. Wir rechnen damit, sagt N. S. Chruschtschow, dass die französischen Geschäftsleute genauso die Vorteile erkennen werden, die sich aus den Geschäften mit der Sowjetunion ergeben, wie man das bereits in England und in Italien erkannt hat. In diesem Bereich erbitten wir von den Westmächten gar nichts, denn geschäftliche Beziehungen sind geschäftliche Beziehungen, und Geschäfte werden nur abgeschlossen, wenn sie für beide Seiten vorteilhaft sind.³⁹⁸ Adenauer hat einmal erklärt, dass man der Sowjetunion „das Knie auf die Brust“ setzen müsse, weil sie „wirtschaftliche Schwierigkeiten“ durchmache. Diese Schwierigkeiten sind ausgedacht und bestehen nicht. Adenauers Äußerungen zeugen aber von einem greisenhaften, sklerotischen Denken. Der 7-Jahr-Plan der UdSSR zur Entwicklung der chemischen Industrie wird erfüllt werden unabhängig davon, ob Handelsabkommen mit Westeuropa geschlossen werden oder nicht. Falls Abkommen geschlossen werden, so wird das [nur] ein zusätzliches Plus sein. Die UdSSR unterhält mit England, Italien, Japan [und] Frankreich gute Handelsbeziehungen. Wir haben zwar, sagt N. S. Chruschtschow, fast keine Wirtschaftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten, aber wir bedauern das nicht, weil die Ausrüstungen, die wir in England, Italien, Japan und Frankreich gekauft haben, hinsichtlich des technischen Niveaus in nichts den in den USA hergestellten Ausrüstungen nachstehen.

N. S. Chruschtschow sagt, dass man in Frankreich laut den vorliegenden Informationen K[onstantin] N. Rudnjow sehr gut aufnimmt.³⁹⁹ Es sind gute Bedingungen geschaffen worden, damit er wichtige Unternehmen besuchen kann. N. S. Chruschtschow hebt die Verdienste Präsident de Gaulles und der Geschäftskreise Frankreichs bei der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion hervor. Auch die politischen Beziehungen haben sich verbessert: Nach der Regelung der Algerien-Frage⁴⁰⁰ kreuzen unsere Journalisten in der Presse nicht mehr so oft die Klingeln.

Dejean sagt, dass er die Haltung der Sowjetunion in der deutschen Frage gut versteht. Er versichert, dass auch Frankreich Deutschland nicht blind vertraut und die nationalistischen Stimmungen nicht ignoriert, die es in diesem Land gibt. Der Botschafter sagt, dass es ein Ziel Frankreichs ist, eine Lage zu schaffen, in der sich Deutschland einer Friedenspolitik nicht verweigern könnte, und dass es nichts gibt, was Deutschland zur Revanche ermuntert. Deshalb verstärkt Frankreich die Beziehungen zu Deutschland, darunter auch die militärischen Verbindungen im Rahmen der NATO, damit weder Deutschland noch seine Armee über Handlungsfreiheit verfügen. Der Botschafter ist sich darüber klar,

³⁹⁸ Mit dieser Bemerkung wandte sich Chruščëv unausgesprochen gegen die COCOM-Liste der NATO, der zufolge „strategisch wichtige“ Güter nicht in die UdSSR und an andere Ostblockstaaten geliefert werden durften, und suchte den Anschein zu erwecken, als gäbe es kein sowjetisches Interesse an der Aufhebung der dadurch bewirkten Restriktionen. In jedem Fall schade man sich auf westlicher Seite nur selbst, wenn man einem geschäftlichen Verkaufsinteresse nicht folge.

³⁹⁹ Rudnëv sollte nach Frankreich reisen, um sich im Blick auf künftig zu vereinbarende Geschäftsabschlüsse über die Leistungsfähigkeit der dortigen chemischen Industrie zu informieren.

⁴⁰⁰ Gemeint ist der Abschluss des Vertrags von Evian im März 1962, aufgrund dessen Algerien am 3. Juli 1962 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen wurde.

wenn die Russen an die Vergangenheit, an die Verluste im Krieg erinnern und von der deutschen Gefahr sprechen, ist das nicht Propaganda. Viele Franzosen, die in die UdSSR kommen, sind sich klar über die Aufrichtigkeit der Sowjetmenschen, wenn sie von der deutschen Gefahr sprechen. Nach seiner Reise in die Sowjetunion vor kurzem erklärte Guy Mollet⁴⁰¹ unumwunden, dass die Äußerungen der Sowjetunion über die deutsche Gefahr keine Propaganda sind. Die Sowjetunion hat im Krieg viel erduldet, und sie will, dass sich das nicht wiederholt.

Chruschtschow sagt, dass die UdSSR im Krieg 20 Millionen Menschen verloren hat.

Dejean sagt, dass Guy Mollet darauf hinwies, dass die Gefühle der Sowjetmenschen hinsichtlich der deutschen Gefahr berücksichtigt werden müssten. Der Botschafter bringt Verständnis für die Haltung der Sowjetunion zum Ausdruck und versichert, er werde weiter die Linie verfolgen, die er immer vertreten hat, nämlich die Linie der Festigung der französisch-sowjetischen Beziehungen. Frankreich tritt für gute Beziehungen mit Deutschland ein, fährt der Botschafter fort, ist sich aber klar darüber, dass man die Wachsamkeit in Bezug auf dieses Land aufrechterhalten muss. Frankreich ist sich ebenfalls klar darüber, dass gute Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion die Garantie sind für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt.

Der Botschafter dankt N. S. Chruschtschow und N[ina] P. Chruschtschowa für die Aufmerksamkeit, die ihm und seiner Gattin erwiesen worden ist.

Chruschtschow wünscht M. Dejean und seiner Gattin Erfolg und sagt, dass er sich stets freuen wird, Dejean in der Sowjetunion zu sehen, wenn sich ihm die Möglichkeit bietet, wieder hierher zu kommen.

Dejean wünscht N. S. Chruschtschow Erfolge bei seiner Tätigkeit zum Wohl der Völker der Sowjetunion, auf dem Gebiet der Festigung der Sicherheit der UdSSR und zum Wohl des Friedens in der ganzen Welt.

Das Gespräch dauerte 35 Minuten. Beim Gespräch war der Leiter der I. Europaabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W[assilij] F. Grubjakow, anwesend.

Aufgezeichnet von S. Pawlow
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 591, Bl. 93–99

⁴⁰¹ Französischer, der sozialistischen Partei SFIO angehörender Ministerpräsident vor de Gaulles Amtsantritt.

**23. Gespräche Chruschtschows mit dem dänischen Ministerpräsidenten⁴⁰²,
Jens Otto Krag, während seines Aufenthalts in der UdSSR
vom 19. bis 28. Februar 1964**

Informelle Gespräche Chruschtschows mit Krag

Krag sagte N. S. Chruschtschow am 19. Februar im Auto auf dem Weg vom Flugplatz zur Residenz [des dänischen Botschafters], dass er und seine Begleitung sehr angetan sind von dem herzlichen Empfang, der ihnen bereitet wurde.

Chruschtschow berichtete Krag vom Wohnungsbau in Moskau sowie von der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke.

Beim Frühstück im Kreml am 20. Februar lud N. S. Chruschtschow Krag mit seiner Frau und den Kindern zum Urlaub in diesem Sommer am Schwarzen Meer ein.

Frau Krag war daran interessiert, wer N. S. Chruschtschow bei seinem Besuch Dänemarks begleiten werde, vielleicht komme R[ada] N. Adshubej mit, sie fragte auch, was sich N. S. Chruschtschow in Dänemark gern ansehen würde.

Chruschtschow antwortete, dass er sich in den Fragen des Programms für seinen Aufenthalt voll auf die dänische Seite verlässt.

Beim Kaffee berichtete man Krag von der Revolution 1917 in Russland, vom Bürgerkrieg und der Intervention. Auf die Bitte des dänischen Premierministers Krag schilderte N. S. Chruschtschow seine Eindrücke vom Präsidenten der USA, Lyndon Johnson, dem er auf einem Empfang in New York begegnet ist.

Krag erklärte, Johnson habe die feste Absicht, am Kurs Kennedys festzuhalten. Johnson ist nach seinen Worten keine so herausragende Persönlichkeit wie der verstorbene Präsident, und er verfügt auch nicht über solche intellektuellen Fähigkeiten wie Kennedy, ist aber ein Mann mit praktischem Verstand. Johnson, sagte Krag weiter, wolle in den nächsten Monaten ernstlich konkrete Ergebnisse erreichen.

Danach berichtete *Chruschtschow* Krag von seinen Begegnungen mit Eisenhower und seinen Eindrücken dabei; er hob seine Ehrlichkeit und Geradlinigkeit, zugleich jedoch auch seine Schwäche als Staatsmann und Politiker hervor, der unter dem gewaltigen Einfluss von Dulles⁴⁰³ und Herter⁴⁰⁴ stand. In diesem Zusammenhang war die Rede vom Abbruch des Gipfeltreffens in Paris und von der Rolle, die Dulles dabei spielte.⁴⁰⁵ Zugleich hieß es, dass Eisenhower im Gegen-

⁴⁰² In den russischen Protokollen steht stattdessen Premierminister. Diese unrichtige Bezeichnung wurde in den Überschriften korrigiert, im Text dagegen behalten.

⁴⁰³ John Foster Dulles, Außenminister der USA 1953–1960.

⁴⁰⁴ Als sich Dulles kurz vor seinem Tod aus gesundheitlichen Gründen zum Rücktritt gezwungen sah, trat Christian Herter die Nachfolge an.

⁴⁰⁵ Nachdem Eisenhower zwar öffentlich die Verantwortung für den Flug des am 1. Mai 1960 über der UdSSR abgeschossenen Spionageflugzeugs U-2 übernommen, aber die von Chruschtschow geforderte Entschuldigung verweigert hatte, erklärte dieser am 16. Mai in Paris den drei westlichen Staats- und Regierungschefs, dass er sich mit so einem Mann nicht an den Verhandlungstisch setzen könne und dass er daher von der Gipfelkonferenz Abstand nehme, die an diesem Tag be-

satz zu Montgomery im letzten Krieg kein einziges Mal die Vereinbarungen verletzt hat.⁴⁰⁶

Am 21. Februar lud N. S. Chruschtschow beim Frühstück in der dänischen Botschaft nochmals Frau Krag mit den Kindern und den Kindermädchen sowie auch Krag selbst ein, im Juli-August Urlaub in der UdSSR zu machen.

Im Gespräch beim Kaffee sprach N. S. Chruschtschow vom Machtmissbrauch, den Stalin in seinen letzten Lebensjahren getrieben hat; ebenfalls charakterisierte er Kaganowitsch, Molotow, Malenkow, Bulganin⁴⁰⁷ und informierte darüber, wo sie jetzt leben und arbeiten.

Krag wollten wissen, ob die Linie Stalins in Bezug auf Trotzki richtig war.

Chruschtschow antwortete „ja“, denn Trotzki war durch und durch ein Hasardeur (das Beispiel mit dem Abschluss des Brester Friedens⁴⁰⁸).

Danach wandte sich das Gespräch internationalen Themen zu. N. S. Chruschtschow sprach von der Notwendigkeit, die deutsche Frage zu regeln, und wies darauf hin, dass einige staatliche Führer des Westens eine mehr oder weniger nüchterne Politik in der deutschen Frage verfolgen. N. S. Chruschtschow äußerte sich über die Gespräche mit de Gaulle und erklärte, de Gaulle habe sich für die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands ausgesprochen.⁴⁰⁹

Krag bemerkte, dass die Vereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in der DDR und in der BRD vollzogen werden könnte.⁴¹⁰

Chruschtschow erläuterte ihm die Politik der sowjetischen Regierung in der deutschen Frage und hinsichtlich der Durchführung von Wahlen in Deutschland

ginnen sollte (hierzu Dokument 30 in Band 2). Chruščëv führte die Haltung des amerikanischen Präsidenten, den er persönlich schätzte, auf den Einfluss von Dulles zurück.

⁴⁰⁶ Diese Äußerung bezieht sich vor allem darauf, dass General Eisenhower seine Truppen im Frühjahr 1945 an der mittleren Elbe vom weiteren Vordringen nach Osten abhielt und damit der Roten Armee die ungestörte Eroberung Berlins und der Mark Brandenburg überließ, während Feldmarschall Montgomery die britischen Truppen unter seinem Kommando eilig nach Hamburg, Schleswig-Holstein und ins westliche Mecklenburg vorrücken ließ, um einen Vorstoß der sowjetischen Verbände an die Nordseeküste zu verhindern.

⁴⁰⁷ Diese Mitglieder der sowjetischen Führungen hatten, als sie im Juni 1958 Chruščëv zu stürzen versuchten, ihre Ämter verloren. Anders als in der Zeit Stalins und 1953 beim Sturz Berijas wurden die in Ungnade gefallenen Spitzenfunktionäre nicht physisch liquidiert, sondern auf untergeordnete, politisch unwichtige Posten abgeschoben bzw. in Pension geschickt, wenn sie das entsprechende Alter erreicht hatten (was bei Molotov der Fall war).

⁴⁰⁸ Als Leiter der sowjetischen Delegation, die im Frühjahr 1918 in Brest-Litovsk mit der deutschen Heeresleitung verhandelte, vertrat Lev Trockij im Kreml den Standpunkt „weder Krieg noch Frieden“ und wollte auf dieser Grundlage den Abschluss eines Friedensvertrages verweigern, um sehr weitgehende Zugeständnisse – unter anderem wurde die Abtrennung eines ukrainischen Staates verlangt – nicht machen zu müssen. Lenin jedoch überzeugte die anderen Führungsmglieder von der Notwendigkeit, den Frieden zu dem geforderten hohen Preis abzuschließen, denn das – kurz zuvor in Russland durchgesetzte – kommunistische Regime könne sich im militärischen Konflikt mit dem deutschen Gegner nicht behaupten. Um die nackte Existenz zu sichern, bleibe nichts anderes übrig, als die verlangten Opfer zu bringen.

⁴⁰⁹ Diese Darstellung entspricht nicht der Aussage des französischen Staatspräsidenten, der aufgrund seines Denkens in nationalstaatlichen Kategorien kaum erwartet hat, dass ein so großes Volk wie das deutsche sich auf Dauer mit der Teilung abfinden werde. Im Gespräch mit Chruščëv am 24. März 1960 (siehe das Protokoll in Band 2 dieser Dokumentation, S. 316 f) erklärte er, Frankreich bemühe sich „nicht allzu sehr“, die Vereinigung Deutschlands herbeizuführen. Sie werde vielleicht irgendwann stattfinden. „Aber wir haben es damit nicht eilig.“

⁴¹⁰ Diese Erklärung entsprach dem offiziellen Standpunkt der Westmächte.

und erklärte, dass die Vereinigung Deutschlands in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen selbst ist.⁴¹¹ Er wies ebenfalls darauf hin, dass die [westlichen] Verbündeten [der UdSSR] bis 1948 der Durchführung allgemeiner Wahlen in Deutschland nicht zugestimmt hätten.⁴¹² Erst als die Westmächte Milliarden von Dollar in die Wirtschaft der BRD investiert, dort den Kapitalstock erneuert und den Lebensstandard angehoben hatten, begannen sie die Abhaltung von Wahlen zu fordern. N. S. Chruschtschow sprach gegenüber Krag von der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, von den Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik und davon, dass die Deutschen aus der DDR die BRD im Lebensstandard nicht nur einholen, sondern bald auch überholen werden.

Der Premierminister Dänemarks fragte N. S. Chruschtschow, ob es seiner Ansicht nach in der Politik Englands zu Veränderungen kommen könne, wenn Labour die Macht übernimmt.

Chruschtschow antwortete darauf verneinend und erklärte, in der Sowjetunion meine man, es werde keinerlei Veränderungen geben, weil Wilson keine selbständige Politik haben werde, er wird die Politik der Konservativen betreiben.

Weiter wurde die Kuba-Frage angesprochen. N. S. Chruschtschow sagte, selbst wenn Goldwater⁴¹³ in den USA an die Macht kommen sollte, werde dieser wohl kaum Kuba angreifen, wie er es im Wahlkampf androht. Bevor Goldwater den Befehl zum bewaffneten Angriff auf Kuba gibt, wird er sich fragen müssen, wie sich daraufhin die Russen verhalten werden. Er muss wissen, dass sich einige NATO-Verbündete in geringer Entfernung zur Sowjetunion befinden. Falls die USA Kuba angreifen, werden wir, fuhr N. S. Chruschtschow fort, die Türkei angreifen. Der Iran liegt ebenfalls nahe bei uns. Die Griechen bekommen auch was ab, und danach, betonte N. S. Chruschtschow, kommt Dänemark an die Reihe. Die Sowjetunion, erklärte er, lässt Kuba in der Not nicht allein. Wir vertrauen auf die uns vom amerikanischen Präsidenten gegebene Zusage, Kuba nicht anzugreifen.⁴¹⁴

Am 26. Februar sagte *Frau Krag* beim Mittagessen in der dänischen Botschaft, dass sie gern im August zum Urlaub in die UdSSR kommen würde.

Chruschtschow begrüßte diese Entscheidung und bekräftigte erneut die Einladung an Krag, zusammen mit seiner Gattin zu kommen.

⁴¹¹ Das war seit 1948/49 der sowjetische Standpunkt. Demnach kam eine Vereinigung nur so weit in Betracht, wie sich die Westdeutschen mit dem SED-Regime einigen konnten. Chruščëv war sich dessen bewusst, dass dies in absehbarer Zeit nicht zu erwarten war.

⁴¹² Worauf sich Chruščëv bei dieser Darstellung stützt, ist unklar. Die UdSSR versuchte 1945 vergeblich, Strukturen, die sie in Berlin vor der Ankunft der Westmächte geschaffen hatte (wie insbesondere die von ihr lizenzierten Parteien und Organisationen sowie die „Deutschen Zentralverwaltungen“), auf die Westzonen auszudehnen. Ein ab Sommer 1946 von der SED auf der Basis sowjetischer Instruktionen formulierter und nach wiederholten Abstimmungen mit Moskau am 16. November 1946 veröffentlichter „Verfassungsentwurf der deutschen demokratischen Republik“, der auch Wahlbestimmungen enthielt, diente anschließend als Grundlage einer Propaganda-Kampagne für die deutsche Einheit.

⁴¹³ Barry Goldwater, sehr weit rechts stehender Präsidentschaftskandidat der Republikaner.

⁴¹⁴ Das hatte Kennedy während der Kuba-Krise Ende Oktober 1962 zugesichert.

In einer kurzen Ansprache betonte N. S. Chruschtschow die guten Beziehungen zwischen der UdSSR und Dänemark.

Beim Kaffee legte N. S. Chruschtschow Krag und [dem Generalsekretär des dänischen Außenministeriums] Fischer die sowjetische Haltung in der Zypern-Frage⁴¹⁵ und unsere Einstellung zur Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten Gabuns dar. Auf die Bitte Krags sprach er zur sowjetischen Einschätzung der Politik Nassers⁴¹⁶ und Ben Bellas⁴¹⁷ und darüber, wie die Aggression Englands, Frankreichs und Israels gegen Ägypten gestoppt worden ist. Zudem fragte Krag nach unserer Einschätzung der Lage in Indien und nach dem Inhalt der Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPdSU und der Chinesischen Kommunistischen Partei. Im Gespräch über die internationalen Fragen nahm Krag lediglich die Rolle eines Zuhörers ein. Etwas aktiver wurde er, als die Rede auf die Ideologie kam. Er verteidigte die dänische Sozialdemokratie und brüstete sich mit ihrem Erfolgen bei der Erhöhung des Lebensstandards des dänischen Volkes.

Nach dem Kaffee vor dem Verlassen der Botschaft trat der Direktor der Werft „Burmeister und Wein“, *Munk*, an N. S. Chruschtschow heran und gab ihm die Absicht der Werftleitung bekannt, N. S. Chruschtschow während seines Aufenthaltes in Dänemark im Juni zu bitten, „Taufpate“ für das nächste Schiff zu sein, das auf dieser Werft für die Sowjetunion gebaut wird.

Am 28. Februar äußerte sich *Chruschtschow* auf dem Weg von der Residenz zum Flugplatz zur Patrice-Lumumba-Universität⁴¹⁸ sowie über das Unglück eines ghanaischen Studenten in der UdSSR⁴¹⁹, das von der Westpresse zu Beschuldigungen gegen die Sowjetunion genutzt wurde.

Krag dankte N. S. Chruschtschow für die herrlichen Geschenke für ihn und seine Frau. Er bat N. S. Chruschtschow, ihm zu glauben, dass alle herzlichen und freundschaftlichen Worte, die er in seinen Ausführungen gegenüber dem sowje-

⁴¹⁵ Nach der Räumung Zyperns durch die Briten drängte die griechische Bevölkerungsmehrheit unter Führung von Erzbischof Makarios auf staatliche Vereinigung („Enosis“) mit Griechenland und stieß damit auf heftigen Widerstand der türkischen Minderheit und der hinter ihr stehenden Türkei. Daraus entwickelte sich ein heftiger Konflikt zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei.

⁴¹⁶ Die vom ägyptischen Präsidenten Abdel Nasser vertragswidrig vorgenommene Verstaatlichung des Suez-Kanals am 26. Juli 1956 veranlasste Großbritannien und Frankreich Ende Oktober/Anfang November 1956 zur Besetzung der Kanalzone, während über die Sinai-Halbinsel vorgedrungene israelische Truppen die ägyptische Armee zu vernichten drohten. Einer scharfen Erklärung, mit der Präsident Eisenhower die Angreifer zum Rückzug nötigte, ließ Chrusčëv eine Interventionsdrohung folgen, die weithin, vor allem in Kairo, als der entscheidende Wendepunkt galt und zusammen mit sowjetischen Waffenlieferungen die Anlehnung Ägyptens an die UdSSR nach sich zog.

⁴¹⁷ Ahmed Ben Bella, algerischer Präsident nach dem Rückzug Frankreichs aufgrund des Vertrags von Evian mit de Gaulle am 3. Juli 1962.

⁴¹⁸ Die nach dem – von innenpolitischen, mit den früheren belgischen Kolonialherren verbundenen Gegnern ermordeten – kongolesischen Politiker Patrice Lumumba benannte Universität in Moskau war zur Ausbildung speziell von Studenten aus der Dritten Welt, vor allem aus Afrika, gegründet worden.

⁴¹⁹ Edmund Ascare-Addo, Student der Medizin in Kalinin, wurde am 13. Dezember 1963 an der Bahnlinie Moskau-Kalinin tot in einer Schneewehe gefunden. Die Umstände seines Todes blieben ungeklärt. Auf dem Roten Platz kam es zur Demonstration afrikanischer Studenten, die den sowjetischen Behörden die Schuld gaben.

tischen Volk zum Ausdruck gebracht hat, aufrichtig sind und kein Zeitungskli-schee. Als Krag auf die Einladung zu sprechen kam, im Sommer in der Sowjet-union Urlaub zu machen, sagte er: „Wir werden kommen“.

Aufgezeichnet von N. Schtscheklein
Für die Richtigkeit: [unleserliche Unterschrift]
Nicht korrigiertes Stenogramm
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 97-100

*Gespräch Chruschtschows mit dem dänischen Ministerpräsidenten
Je[ns] O[tto] Krag am 20. Februar 1964⁴²⁰*

Am 20. Februar stattete der Premierminister Dänemarks Krag dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR N. S. Chruschtschow einen Besuch ab.

Zwischen N. S. Chruschtschow und Krag fand ein Gespräch statt.

Chruschtschow erinnert daran, dass schon im 15. Jahrhundert zwischen Russland und Dänemark gute, freundschaftliche Beziehungen geknüpft wurden, und sagt, dass sich die Sowjetunion darum bemüht, derartige Beziehungen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Krag: Auch wir sind dafür, an den Traditionen unserer Vorfahren festzuhalten. Die friedliche Zusammenarbeit ist [dafür] eine gute Grundlage.

Chruschtschow: Das ist richtig. Krieg bedeutet nicht Zusammenarbeit, sondern die Vernichtung aller Werte.

Die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben unterschiedliche Auffas-sungen über die Art der Gesellschaft, die den Interessen der Menschheit am bes-ten entsprechen würde. Aber in den Fragen des Friedens sollten wir einig sein. Die sozialen Ordnungen sollten die Völker selbst errichten, nicht aber durch Krieg, nicht durch Einmischung.

In dieser Frage gibt es Differenzen mit unseren chinesischen Genossen. Wir glauben, dass unser Haupteinfluss auf die gesamte Weltlage in unseren Erfolgen und unserem eigenen Aufbau besteht. Wir sind gegen einen Export der Revolu-tion und gegen einen Export der Konterrevolution.

Mit Dänemark haben wir gute Beziehungen geknüpft. Der Handel entwickelt sich, auch wenn er nicht den größtmöglichen Umfang erreicht hat. Wir haben gute Perspektiven für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. In diesem Zusammenhang kann ich nicht anders, als daran zu erinnern, dass wir einmal einer gewissen Diskriminierung seitens der dänischen Regierung ausge-setzt gewesen sind. Wir haben mit Ihren Firmen über die Lieferung von Tankern verhandelt, doch die Regierung legte ihr Veto ein, und der Vertrag wurde nicht

⁴²⁰ Dazu folgendes Anschreiben vom [Tagesdatum unleserlich] April 1964: An Gen. O. A. TROJA-NOVSKIJ. Ich übersende Ihnen die Aufzeichnung des Gesprächs des Genossen N. S. Chruščëv mit dem Premierminister Dänemarks J. O. Krag während des Aufenthaltes des letzteren in Mos-kau im Februar 1964. Kovalëv (eigenhändige Unterschrift). Oleg Trojanovskij war Persönlicher Referent (pomoščnik) Chruščëvs.

unterschrieben.⁴²¹ Sie haben es damals abgelehnt, uns Tanker mit 10 000 Bruttoregistertonnen zu liefern, und jetzt schlagen Sie Tanker mit 12 000 Bruttoregistertonnen vor. Wer hat damals recht gehabt? Sie haben damals nur der Lieferung von Tankern mit 5000 Bruttoregistertonnen zugestimmt. Das war nicht der Standpunkt der dänischen Regierung, sondern der Amerikaner. Denn die dänischen Firmen waren für die Lieferung dieser Tanker, doch die Regierung hat es unter dem Druck der Amerikaner nicht erlaubt. Ich will Sie nicht kränken, schließlich sind Sie unsere Gäste, aber man muss in dieser Sache bei der Wahrheit bleiben. Damals handelte der verstorbene Premierminister Hansen so, mit dem wir gute Beziehungen hatten. Offenbar reichte seine Willensstärke nicht aus, auch wenn er sich vermutlich über die fehlende Begründung seines Standpunkts klar war.

Jetzt liefern uns die Italiener Tanker mit 50 000 Bruttoregistertonnen; die Engländer nehmen Bestellungen für so viele Tanker entgegen, wie wir nur haben wollen. Bald werden wir unsere eigene mächtige Flotte schaffen, und dann verzichten wir auf Frachtleistungen. Sie haben einen guten Schiffbau. Mit Ihren Werften haben wir seit langem Beziehungen geknüpft.

Krag: Ich habe mit großem Interesse die Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR vom 31. Dezember 1963⁴²² gelesen. Die dänische Regierung hat diese Botschaft noch nicht beantwortet, aber ich kann sagen, dass sie bald erfolgen wird. Wir unterstützen die in dieser Botschaft zum Ausdruck gebrachten Prinzipien. Ich erinnere mich an die in dieser Botschaft enthaltene These, dass Krieg und Gewaltanwendung kein Mittel zur Regelung von Konflikten sein dürfen. Wir stimmen ebenfalls zu, dass territoriale Forderungen auf dem Verhandlungsweg zu regeln sind. All das werden wir in unserer offiziellen Antwort zum Ausdruck bringen. Dänemark und die Sowjetunion haben etwas gemeinsam: Weder Sie noch wir haben irgendwelche territorialen Ansprüche. Es ist richtig, dass die Sozialdemokraten und die Kommunisten unterschiedliche Wege

⁴²¹ Die dänische Regierung berief sich bei ihrer Entscheidung auf die COCOM-Liste der NATO, der zufolge die Mitgliedsländer keine „strategisch wichtigen“ Güter an die UdSSR liefern durften.

⁴²² Chruschtschow hatte am 31. Dezember 1963 in einer Neujahrsbotschaft an alle Staats- und Regierungschefs erklärt, das Leben habe das „Problem der Erhaltung und Festigung des Friedens in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller Menschen gerückt“. Zwar sei der Abschluss des Vertrages über das Kernwaffenversuchsverbot „ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege zur friedlichen Lösung unaufschiebbarer internationaler Aufgaben“, und es habe zwischen einer Reihe von Regierungen einen Meinungsaustausch über weitere Möglichkeiten zur Entspannung der internationalen Lage gegeben, doch hätten „die Verhandlungen über die allgemeine und vollständige Abrüstung bisher praktisch keine fühlbaren Ergebnisse gezeigt“. Nach eingehenden Überlegungen sei die sowjetische Regierung zu dem Schluss gelangt, dass „zweifelloso territoriale Streitigkeiten, Grenzprobleme der Staaten und gegenseitige oder einseitige territoriale Ansprüche von Staaten“ die größte Gefahr bildeten, denn das heiße, dass zu kriegerischer Gewalt gegriffen werden solle. Das aber müsse unbedingt verhindert werden. Dieses Argument wurde vor allem gegenüber Westdeutschland geltend gemacht, das weder die Westgrenze Polens noch die Grenze zur DDR anerkenne und damit den Frieden fundamental bedrohe. Was die Wiedervereinigung anbelange, so müsse dieses Problem „von den Völkern dieser Staaten und ihren Regierungen selbst gelöst“ werden „ohne Einmischung und Druck von außen“. Chruschtschow wandte sich weiter gegen die im Westen errichteten Bündnisse mit der Forderung nach Liquidierung der militärischen Stützpunkte auf fremdem Boden. Die Abkommen, mit denen ihr Bestehen begründet werde, beruhten darauf, dass der Stärkere dem Schwächeren seinen Willen aufgezwungen habe; sie müssten daher annulliert, die Stützpunkte aufgelöst und die ausländischen Truppen abgezogen werden.

einschlagen, aber sie haben die gleichen Ausgangspositionen und ein und dieselben Ziele.

Chruschtschow: Uns war immer klar, dass die Sozialdemokraten die Ziele nicht fallen gelassen haben, die sie einst formuliert hatten. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten wollen die Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft. Doch ihre Wege zur Errichtung der sozialistischen und der kommunistischen Gesellschaft sind verschieden. Wir wissen, dass sich auch die Sozialdemokraten über die Methoden des Kampfes für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft nicht einig sind. In Österreich zum Beispiel hat ein Gewerkschaftsführer im Gespräch mit mir das Bestehen des Klassenkampfes geleugnet. Zur gleichen Zeit hat einer von den [sozialdemokratischen] Bürgermeistern gesagt, dass er Klassenpositionen vertritt. Einige Sozialdemokraten haben sich faktisch in Liberale verwandelt und äußern sozialistische Parolen zur Verschleierung ihrer Politik. Aber das sage ich nebenher, ohne die Politik unserer Gäste kritisieren zu wollen.

Krag: Diskussionen sind immer nützlich. In der UdSSR wie auch in Westeuropa, und vor allem in Nordeuropa, sind breite Schichten der Bevölkerung für sozialistische Ideen, aber ihre Vorstellungen über die Ideale des Sozialismus sind verschieden.

Chruschtschow erläutert die grundlegenden Bestimmungen des Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er sagt, dass sich die Diktatur des Proletariats, wie es dazu im Programm heißt, bereits überlebt hat. In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution haben 25 000 Arbeiter, aber 300 000 Bauern einen Deputierten gewählt. Den ausbeuterischen Elementen wurde das Wahlrecht generell entzogen. Aber schon 1936, als die heute gültige Verfassung angenommen wurde, wurde diese Ungleichheit liquidiert, weil alle antagonistischen Klassen liquidiert worden waren. Unsere Partei verwandelte sich in eine Partei des ganzen Volkes. Aber schon damals blieb die Bestimmung des [Partei]-Programms hinter der Bestimmung der Verfassung zurück. Vor dem Krieg war nicht genug Zeit, sich mit dem Parteiprogramm zu befassen. Nach dem Krieg hat dann aber Stalin die Kommission nicht einberufen, die auf dem XVIII. Parteitag⁴²³ zur Ausarbeitung eines [neuen] Parteiprogramms geschaffen worden war.

Die Chinesen kritisieren uns wegen unseres [Partei]-Programms, und gleichzeitig heben sie Stalin auf den Schild. Sie vergessen dabei, dass Stalin der Bericht-erstatte zur Frage der Verfassung von 1936 war. Schon damals hat Stalin gesagt, dass wir keine antagonistischen Klassen haben. Damit hat er bestimmte Voraussetzungen für unser [Partei]-Programm festgelegt. Wir sind [seither] einen Schritt weitergegangen und haben die Schlussfolgerung aus den Verhältnissen in unserem Land gezogen. Wenn wir weiter behauptet hätten, dass die Diktatur des Proletariats nach wie vor besteht, so hätten wir uns selbst verleumdet, weil sich unser Staat in einen Staat des ganzen Volkes verwandelt hat. Die Chinesen lehnen diese Festlegung ab. Sie sagen, dass es in unserem Land Diebe, Spekulanten und

⁴²³ Der XVIII. Parteitag der KPdSU fand vom 10. bis 21. März 1939 in Moskau statt.

andere solche Elemente gibt; aber für die braucht man doch keine Diktatur des Proletariats, sondern den Milizionär⁴²⁴.

Krag: Ich bin Ihnen für Ihre Ausführungen sehr zu Dank verbunden. Ich habe immer mit großem Interesse die Entwicklung der Sowjetunion verfolgt. In der Frage der Differenzen zwischen der KPdSU und der ChKP stehe ich völlig auf der Seite der Sowjetunion.

Chruschtschow: Es gibt zwei Wege für das Volk, um an die Macht zu kommen: der bewaffnete Aufstand und der parlamentarische Weg. Die Chinesen lehnen den parlamentarischen Weg ab. Sie sagen, dass es dies in der Geschichte noch nicht gegeben hat. Ja, das hat es in der Geschichte [bisher] nicht gegeben, aber es kann so sein. Sie kritisieren das Programm unserer Partei auch in dieser Frage und nehmen Stalin in Schutz, sie vergessen aber dabei, dass dies der Standpunkt Stalins war.⁴²⁵

Stalin empfing kurz vor seinem Tod den Führer der englischen Kommunistischen Partei [Harry] Pollitt. Er sagte zu Pollitt, dass die Engländer [die dortigen Kommunisten] offensichtlich den parlamentarischen Entwicklungsweg ins Auge fassen müssen, und die Engländer haben das in ihr [Partei-]Programm hineingeschrieben. Somit ist diese Bestimmung noch zu Lebzeiten Stalins anerkannt worden. Wir müssen an dem Prinzip festhalten, dass jedes Land ohne jegliche Einmischung von außen selbst bestimmen muss, welchen Weg es zum Sozialismus gehen wird. Manchmal wird vergessen, dass die Oktoberrevolution die unblutigste Revolution in der Welt war.⁴²⁶ Erst danach entfachte die Bourgeoisie den Aufstand und entfesselte den Bürgerkrieg.

Kehren wir aber zur Gegenwart zurück. Wir haben jetzt das Entwicklungsprogramm für die Chemieindustrie beschlossen und wir betrachten dies als eine vorrangige Angelegenheit. Das Volk bei uns hat ein gutes Leben. Unsere Bevölkerung ist gut ernährt. Doch unser Ziel ist, die Zusammensetzung der Ernährung zu verändern, sie qualitativ zu verbessern. Wir wollen, dass die Bevölkerung mehr Fette zu sich nimmt. In sieben Jahren werden wir die Frage stellen, die Anbaufläche zu verringern. Bei uns ist die Kleidung noch teuer, teurer als bei den Amerikanern. Um die Preise zu senken, muss man mehr produzieren. Deswegen wollen wir die Chemieindustrie entwickeln. Auf dem letzten Plenum des ZK der KPdSU⁴²⁷ habe ich mich auch mit einem Aufruf an die Leiter von kapitalistischen Firmen gewandt, uns Angebote für den Bau von Betrieben der chemischen Industrie zu unterbreiten. Wir bereiten uns auf den Abschluss eines Vertrags mit den Engländern vor. Wir kaufen von den Engländern ein Werk zur Herstellung

⁴²⁴ Die Polizei hieß in der UdSSR Miliz.

⁴²⁵ Nach der Lesart Stalins erfolgte der Übergang zum Sowjetsystem in den osteuropäischen Volksdemokratien und der SBZ/DDR auf parlamentarischem Weg. Wie er intern erläuterte, beruhte dies auf der Tatsache, dass die Machtfrage in diesen Ländern aufgrund der Eroberung durch die Rote Armee bereits entschieden worden war.

⁴²⁶ Die Besetzung des Winterpalais in Petrograd (so der damalige Name von Sankt Petersburg, das bis 1918 die russische Hauptstadt war) erfolgte ohne Blutvergießen, weil Kerenskij und die anderen Regierungsmitglieder aus dem Gebäude flohen, ohne dass sie zu einem Verteidigungsversuch instande gewesen wären.

⁴²⁷ Im Dezember 1963.

von Terylen mit einer Kapazität von 50 000 Tonnen im Jahr und ein Werk zur Produktion von Polyacrylfasern mit einer Kapazität von 50 000 Tonnen im Jahr. Aber was bedeutet ein Werk, das 50 000 Tonnen Terylen produziert? Das sind 50 Mio. Kostüme und Anzüge. Wir wollen fünf solche Werke bauen, und das werden dann 250 Mio. Kostüme und Anzüge sein. Dann können wir die Preise für Bekleidung senken. Aber Preissenkung ist nicht der einzige Weg, den Lebensstandard der Werktätigen zu verbessern. Wir planen die Einführung einer kostenlosen Verpflegung für Kinder im Schul- und Vorschulalter. Die Kinder sollen nicht je nach dem Einkommen ihrer Eltern besser oder schlechter verpflegt werden. Danach werden wir in den Werken und Betrieben ein kostenloses Frühstück und Mittagessen einführen, zu Anfang für die wenig verdienenden Arbeiter und für die Arbeiter in gesundheitlich schädlichen Stellen. Danach werden mietfreie Wohnungen und kostenlose kommunale Dienstleistungen eingeführt werden.

1970 werden wir so viel pro Kopf der Bevölkerung produzieren wie die USA heute. In den 70er bis 80er Jahren werden wir die USA und alle übrigen Länder der Welt überholen.

Das auf dem Dezemberplenum des ZK der KPdSU beschlossene Entwicklungsprogramm für die Chemieindustrie werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach übererfüllen. Dieses Programm beruht auf Eigenproduktion. Und wir haben jetzt zahlreiche Angebote aus dem Ausland erhalten. Die Engländer geben uns Kredite mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren. Die Amerikaner haben versucht, Druck auf sie auszuüben, damit sie die Verhandlungen mit uns abbrechen. Aber die Engländer haben gesagt: Wir sind Kaufleute, und wir wollen mit der Sowjetunion Handel treiben. Französische Firmen haben uns die Errichtung von 15 Werken angeboten. Japan bemüht sich um Aufträge für seine Industrie. Ungefähr 40 bis 50 Fabriken können real von ausländischen Firmen errichtet werden. Und das in Ergänzung zu den 200 Werken, deren Bau vom Dezemberplenum beschlossen wurde. Auf diese Weise können wir damit rechnen, dass bei uns 250 Werke gebaut werden, was auf eine erhebliche Übererfüllung des Plans hinausläuft.

Natürlich setzt uns die Zahlungsbilanz Grenzen. Für die nächsten fünf Jahre haben wir schon die ganze Auftragsmappe gefüllt. Daher sagen wir den ausländischen Firmen: Wenn ihr uns neue Werke hinstellen wollt, dann gebt uns Kredite für 10 Jahre; wenn ihr mehr Aufträge bekommen wollt, dann gebt uns Kredite für 15 Jahre. Die Engländer gehen darauf ein. Die Deutschen aus der BRD tun das nicht. Offenbar wird unser Handel mit Westdeutschland zu Ende gehen.

Wir sind froh, dass unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Dänemark auf gutem Weg sind. Ich habe mir das Memorandum angesehen, das die dänische Regierung zu der Frage unserer weiteren Erteilung von Aufträgen an dänische Firmen übergeben hat. Die Frage des Schiffbaus: Das ist eine kommerzielle Frage, und wir sind bereit, die Diskriminierung zu vergessen, die Sie uns gegenüber vor einigen Jahren angewandt haben. Natürlich haben die Preise große Bedeutung. Wir wollen Dänemark für die Schiffe nicht mehr zahlen als anderen Ländern.

Die Angebote in Bezug auf die Anlagen bedürfen der Prüfung. Das ist eine Frage der technischen und kommerziellen Konditionen und ebenfalls eine Frage des Kredits. Unsere Handelsorganisationen sind bereit, Ihre Angebote zu prüfen. Sie [an Krag gewandt] bieten Anlagen für die Chemieindustrie an. Wir haben

jetzt bereits Angebote zu allen Arten von chemischen Düngemitteln, aber uns interessieren kombinierte Mineraldünger. Wir haben davon noch nicht genug. Uns interessieren Düngegranulate. Die Engländer wollen uns solche Düngemittel liefern. In Holland haben wir ein Werk zur Produktion von Karbamid gekauft.

Sie [an Krag gewandt] wollen von uns Ölpresskuchen kaufen. Wir haben ihn leider vorerst nicht an Dänemark liefern können. Wir müssen einen Getreidevorrat anlegen. Ohne Vorräte kann man nicht auskommen.

Krag: Ich möchte ein paar Worte zu den Schiffsaufträgen sagen. Wir erinnern uns an die Verhandlungen über die Tanker. Nicht alles war schlecht an unserem Verhalten.

Chruschtschow: Ich möchte Sie an eine gewisse Hilfe für Ihre Partei erinnern. Hansen⁴²⁸ hat uns gebeten, bei Ihnen Butter und Heringe zu kaufen. Wir haben Hansen geholfen, aber er hat uns hintergangen und unsere Aufträge nicht akzeptiert.

Krag: Ich erinnere mich an den Fall, von dem Sie sprechen. Aber ich erinnere mich auch an einen anderen Fall. Wir haben mit der UdSSR einen Vertrag über die Lieferung von zwei Tankern abgeschlossen und unsere Verpflichtungen erfüllt. Damals habe ich in Washington gearbeitet und den Auftrag erhalten, den Amerikanern den Standpunkt der dänischen Regierung zu erläutern. Wir haben den Amerikanern erklärt, dass wir ein Geschäft über die Lieferung von Tankern abgeschlossen haben und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen erfüllen müssen.

Ich möchte gern näher auf unseren letzten Vorschlag eingehen, den wir Botschafter Ljowjtschkin übergeben haben.

Wir liefern Ihnen Schiffe, und unsere Firmen sind in der Lage, solche Schiffe serienmäßig zu bauen. Jetzt würden wir gern ein Geschäft über die Lieferung von drei Kühlschiffen abschließen.

Chruschtschow: Ich weiß, dass darüber Verhandlungen mit unseren Außenhandelsorganisationen im Gang sind. Mir wurde gesagt, dass Ihre Firmen höhere Preise als die Firmen anderer Länder verlangen.

Krag: Aber dafür liefern wir bessere Schiffe.

Chruschtschow: Die Deutschen sind da allerdings anderer Ansicht als Sie und versichern, dass sie die besten Schiffe liefern.

Krag: Ich bin sehr froh, dass Sie so aufmerksam die Liste der Waren studiert haben, die wir der Sowjetunion gern liefern würden. In diese Liste haben wir viele Waren aufgenommen, die unserer Meinung nach beim Plan der Entwicklung der Chemieindustrie von Nutzen sind. Zum Beispiel bieten wir eine Anlage für die Produktion von chemischen Düngemitteln und von Pflanzenschutzmitteln an.

Chruschtschow: Ja, wir sind an Mitteln zur Bekämpfung der Schädlinge in der Landwirtschaft interessiert.

⁴²⁸ Hans Christian Svane Hansen war von 1956 bis zu seinem Tod 1960 dänischer Ministerpräsident.

Krag: Wir sind bereit, biologische Präparate und ebenfalls Zuchtvieh zu liefern. Wir haben gutes Zuchtvieh: rotgeflecktes dänisches Milchvieh, schwarzgeflecktes Milchvieh. Aus der Kreuzung dieser Rassen ergibt sich eine Nachkommenschaft, die gute Milch mit einem guten Fettgehalt liefert. Den höchsten Milchfettgehalt liefert die Rasse „Jersey“.

Chruschtschow: Ich werde unseren Landwirtschaftsminister anweisen, diese Vorschläge der dänischen Seite zu prüfen und mir Bericht zu erstatten. Wir haben die Errungenschaften der dänischen Viehzucht immer sehr geschätzt.

Krag: Wir bieten Getreidetrocknungsanlagen an.

Chruschtschow: Wir befassen uns bereits seit Langem mit dem Problem der Trocknung von Getreide. Unsere Getreidetrocknungsanlagen sind sehr gut. Es lässt sich sagen, dass wir sehr leistungsfähige Getreidesilos haben, und daher sind entsprechende Getreidetrocknungsanlagen gebaut worden.

Wir brauchen möglicherweise eine gewisse Menge Saatkartoffeln.

Krag: Ja, wir haben eine gute Saatkartoffel.

Chruschtschow: Sie interessiert uns deswegen, weil die Kartoffel besonders anfällig ist für verschiedene Krankheiten, unter anderem Krebs. Uns interessiert eine Saatkartoffel, die gegen unterschiedliche Naturbedingungen widerstandsfähig ist. Wir könnten sie bei uns im Baltikum und im Norden des europäischen Teils der UdSSR bis nach Moskau hin verwenden.

Wir könnten einen Fachmann entsenden, der die mit dem Kauf von Saatkartoffeln verbundenen Fragen untersuchen würde.

Krag: Wenn Sie so einen Fachmann schicken, werden wir alle Voraussetzungen schaffen, damit er die erforderlichen Informationen erhält. Wir haben auch gutes Gartensaatgut. Außerdem würden wir Ihnen gern Eier liefern.

Chruschtschow: Soll unser Außenhandelsminister diese Frage prüfen. Wenn das für uns von Vorteil ist, werden wir bei Ihnen Eier kaufen.

Krag: Wir können Ihnen Anlagen für die Schuhindustrie und die Schuhreparatur liefern.

Chruschtschow: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob wir Bedarf an solchen Anlagen haben. Ich meine damit, dass wir eine gute Schuhindustrie und eine gute Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei haben. Aber es ist möglich, dass wir daran interessiert sind, Maschinen für die Reparatur von Schuhen zu bekommen.

Krag: Unser Land bezieht aus dem Ausland alle Energierohstoffe. Daher sind wir am Kauf von Steinkohle und Erdölprodukten interessiert. Für unsere Lieferung von Anlagen könnten wir den Kauf von Erdölprodukten und von Steinkohle in der UdSSR erhöhen. Wir bedauern es sehr, dass wir bei Ihnen keinen Ölpresskuchen kaufen können.

Chruschtschow: Der Export von Ölpresskuchen ist ein Zeichen von Rückständigkeit. Sie [an Krag gewandt] machen es richtig, wenn Sie Futtermittel importieren und Butter exportieren.

Krag: Wir könnten von Ihnen nicht raffinierten Streuzucker beziehen. Im vergangenen Jahr haben wir eine bestimmte Menge an Streuzucker gekauft und könnten ihn weiterhin kaufen.

Chruschtschow: Wir werden uns mit dem Außenhandelsminister in allen diesen Fragen beraten.

Krag: Es wäre gut, wenn wir uns noch während meines Aufenthaltes in der Sowjetunion über einige konkrete Dinge einigen könnten.

Chruschtschow: Wir werden es versuchen. Falls sich die Möglichkeit dazu ergibt, sind wir bereit, konkrete Geschäfte abzuschließen. Wenn nicht, können wir uns prinzipiell einigen, und unsere Außenhandelsorganisationen werden die Verhandlungen fortführen.

Krag: Vielleicht wäre es möglich, die Frage der Bestellung der drei Kühlschiffe zu entscheiden.

Chruschtschow: Ich weiß nicht, in welchem Stadium sich die Verhandlungen befinden, aber wir werden Ihnen so bald wie möglich antworten.

Zum Abschluss des Gesprächs lädt N. S. Chruschtschow Krag und die ihn begleitenden Personen zum Frühstück ein.

Am Gespräch nahmen teil von sowjetischer Seite: die Genossen A[ndrej] A. Gromyko, K[liment] D. Ljowytschkin, A[ndrej] Je. Kowaljow, N. A. Schtscheklein (als Dolmetscher); von dänischer Seite der Botschafter Dänemarks in der UdSSR, Ch[ristian] D. Holten-Eggert, der Generalsekretär des Außenministeriums von Dänemark, P[aul] Fischer, der Leiter der Presse- und Informationsabteilung des Außenministeriums, K. Johansen, der stellvertretende Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenministeriums, Je[ns] Kristensen, der Persönliche Referent des Premierministers, H. Jortdal, der zuständige Abteilungsleiter im Außenministerium, H[enrik] H. Haxthausen, und der Dolmetscher W. H. Friis.

Aufgezeichnet von A. Kowaljow

Nicht korrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 102–110

*Gespräch Chruschtschows mit dem dänischen Ministerpräsidenten,
Je[ns] O[tto] Krag, am 21. Februar 1964⁴²⁹*

Am 21. Februar fand zwischen N. S. Chruschtschow und Krag ein Gespräch statt.

Chruschtschow begrüßt Krag.

⁴²⁹ Das sowjetische Protokoll nennt als Datum den 21. Februar 1963. Aus dem Inhalt ergibt sich jedoch, dass das Gespräch nicht zu diesem Zeitpunkt geführt worden sein kann, denn es wird auf Geschehnisse hingewiesen, die erst später – im weiteren Verlauf des Jahres 1963 – stattgefunden haben. Auch ist wiederholt von Johnson als Nachfolger Kennedys im Präsidentenamt die Rede, was erst für die Zeit nach Kennedys Ermordung am 22. November 1963 zutrifft. Zudem belegt eine von N. Ščeklein angefertigte zusammenfassende Darstellung der Gespräche mit Krag in der Zeit vom 19. bis 8. Februar 1964, dass das Gespräch damals geführt wurde (RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 97–100).

Krag dankt für die ihm gewährte Möglichkeit, mit N. S. Chruschtschow und anderen Mitgliedern der Sowjetregierung die Meinungen auszutauschen.

Und weiter sagt er, er habe gestern seine Ansicht zur Entwicklung des gegenseitigen Handels dargelegt, heute müsse man aber offenkundig etwas mehr auf die politischen Fragen eingehen.

Wie ich schon gestern gesagt habe, fährt *Krag* fort, haben wir in Dänemark wie auch in Schweden und in Norwegen die Neujahrsbotschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR aufmerksam gelesen. Im Wesentlichen können wir uns den Hauptpunkten der in der Botschaft enthaltenen Gedanken anschließen. Unserer Ansicht nach ist der Krieg kein Mittel, Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Daraus ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass alle Streitfragen auf friedlichem Wege gelöst werden müssen. Die UNO halten wir für ein wichtiges Instrument, um solche Probleme zu lösen. Aus diesem Grund sollten wir diese Organisation so weit wie möglich stärken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war auf der Grundlage des Statuts der UNO der Sicherheitsrat als äußerst wichtiges Arbeitsorgan der UNO geschaffen worden. Nachdem ich die UNO viele Jahre lang besucht habe, ist mein Eindruck der, dass die Effektivität dieser Organisation von der Einigkeit zwischen den Großmächten abhängt. Wenn die UdSSR und die USA eine einheitliche Politik betreiben, arbeitet die UNO effektiv. Wenn aber diese zwei mächtigsten Großmächte uneins sind, führt dies zu einer Paralisierung der Tätigkeit der UNO. Ein Beispiel dafür, welch großer Fortschritt sich bei Einigkeit zwischen der UdSSR und den USA erzielen lässt, ist der im vergangenen Jahr abgeschlossene Moskauer Vertrag über ein teilweises Verbot der Kernwaffenversuche.⁴³⁰ Wir haben diesen Vertrag unterschrieben, wobei im Folketing (dem Parlament) darüber absolute Einigkeit bestand. Und ich meine, es wird in unserem Parlament die gleiche absolute Einigkeit geben, wenn dieser Vertrag dahingehend erweitert wird, dass sämtliche Nukleartests verboten werden.

Chruschtschow: Ich stimme Ihren Überlegungen zu, was die Einigkeit zwischen der UdSSR und den USA betrifft.

Zur Lage in Amerika würde ich sagen, dass die staatlichen Führer der USA das Land [nur] in geringem Umfang regieren. Dort hängt vieles von der Konjunktur ab. Darüber hat uns kein Geringerer als der Präsident der USA selbst berichtet. Die USA sind die am wenigsten organisierte Gesellschaft. Vieles hängt dort von der Presse ab. Die Parteien aber sind überaus amorph. Dies[e Aussage] ist nicht für die Presse bestimmt. Denn dort zeigt das Volk keinen Respekt vor den Führern der Parteien. Aus diesem Grund ist auch die Politik unbeständig. Es fällt ihnen [den Führern der Parteien] schwer, eine stabile Haltung zu formulieren.

⁴³⁰ Am 25. Juli 1963 hatten die USA, die UdSSR und Großbritannien einen Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche abgeschlossen. Die unterirdischen Tests waren ausgeklammert worden, weil die beiden Westmächte sich auf den Standpunkt gestellt hatten, dass zu deren Überprüfung Inspektionen vor Ort vorgesehen werden müssten, die jedoch von der Sowjetunion als unzulässige Spionage abgelehnt wurden. Nach Abschluss des Vertrags wurden die anderen Staaten aufgefordert, ebenfalls ihre Unterschrift darunter zu setzen. Dazu waren vor allem Frankreich und das kommunistische China nicht bereit, weil sie noch in der Aufbauphase ihrer Nuklearmacht waren und dazu Versuche benötigten.

Die Krise in der Karibik hat den Amerikanern ein wenig die Augen geöffnet. Bis dahin haben sie die friedliche Koexistenz nicht anerkannt. Als aber die Sowjetunion die Raketen auf Kuba aufgestellt hat, haben die Amerikaner begriffen, was friedliche Koexistenz⁴³¹ bedeutet.

Die Amerikaner haben Raubkriege geführt, die ihnen Gewinne und Einnahmen brachten. Deswegen haben sie sich das Prinzip zu eigen gemacht: Sende Truppen überall hin, wo es möglich ist.

Wir sind davon überzeugt gewesen, dass die Amerikaner Kuba angreifen würden. Um das nicht zuzulassen, haben wir dort unsere Raketen aufgestellt. Als diese ihre Rolle gespielt hatten, haben wir sie von dort abgezogen, wobei wir den Amerikanern die Verpflichtung abgerungen haben, Kuba nicht anzugreifen. Und diese Vereinbarung hat dauerhaft Bestand. [Präsident] Johnson hat es für angebracht gehalten, den Kurs Kennedys beizubehalten. Das ist gut. Denn wir wollen keinen Krieg. Wenn [uns] die Amerikaner jedoch provozieren, und wir reagieren darauf nicht, so wird dies dennoch zu Konflikten führen.

Die Freilassung der kubanischen Fischer ist ein Akt der Vernunft.⁴³²

Der Krieg in Südvietnam ist eine törichte Politik. Und die Amerikaner werden dort eine Niederlage erleiden. Johnson begreift das. Aber wie kann man sich denn aus Vietnam zurückziehen, wie sich von dieser Geschichte befreien, wenn den Amerikanern Wahlen bevorstehen? So sieht die amerikanische Demokratie aus.

Wir leben in einer Periode der gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Bourgeoisie ihre Parolen Demokratie und Freiheit diskreditiert hat. Die Völker haben begriffen, dass dies Betrug ist. Daher sieht sich die Bourgeoisie jetzt zu Bestrafungsaktionen genötigt.

Wir treten für einen Status quo von der Art ein, dass die Grenzen nicht verletzt werden und es keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gibt.

Die Westmächte treten ebenfalls dafür ein, fordern aber zusätzlich, dass keine „subversiven“ Handlungen durchgeführt werden. Was heißt das aber? Wenn sich Kolonialvölker erheben, wird das als Aufwiegelung betrachtet. Wenn Arbeiter streiken, ist das ebenfalls Aufwiegelung. Die Führer des Westens sind der Ansicht, dass die entstandenen Gesellschaftsformen einzufrieren und zu konservieren sind. Das ist dann, wie sie meinen, der Status quo, und das hat besonders Kennedy betont.

Aber die gesellschaftliche Entwicklung verläuft unabhängig vom Wunsch einzelner Personen. Die Völker wollen wahre Freiheit erlangen.

Als Illustrierung mag die Situation in Afrika dienen. Zum Beispiel hat Gabun die Unabhängigkeit erhalten. De Gaulle hat dort eine „handzahme“ Regierung gebildet, welche die Interessen der ausländischen, vor allem der französischen

⁴³¹ Nach sowjetischer Auffassung war die friedliche Koexistenz ein Prinzip, das in den zwischenstaatlichen Beziehungen, nicht jedoch bei den Auseinandersetzungen in den Staaten und Gesellschaften zu beachten war. Sie besaß insbesondere keine Geltung in Bezug auf die ideologische Konfrontation zwischen Ost und West.

⁴³² Amerikanische Schiffe hatten kubanische Fischerboote aufgebracht, um etwaige Durchbrechungen der Seeblockade zu verhindern, mit der der Abzug der sowjetischen Raketen erzwungen werden sollte (und dann auch tatsächlich erzwungen wurde).

Monopole sichert. Und diese Regierung wurde gestürzt, ohne dass ein einziger Schuss fiel. Was aber macht Frankreich? Es hat Fallschirmjäger geschickt und die Marionettenregierung wieder eingesetzt.

So handeln die Imperialisten, aber Afrika wird unausweichlich einen analogen Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung durchmachen. Hier gibt es seitens der Sowjetunion keinerlei Einmischung, wenngleich unsere Sympathien den Völkern Afrikas gehören. Unsere Einmischung besteht nur darin, dass wir die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollzogen und damit den Völkern anderer Länder ein Beispiel vor Augen geführt haben.

Das Bestreben der imperialistischen Mächte, ihre Herrschaft über die kolonialen Völker aufrechtzuerhalten, behindert die Bemühungen, zur Abrüstung eine Übereinkunft zu erzielen. Wenn die Abrüstung durchgeführt ist, werden die Völker die Probleme ohne Waffen lösen. Der Imperialismus will aber mit Hilfe von Waffen seine Positionen beibehalten.

So sieht unsere Einschätzung der Ereignisse aus.

Was heißt friedliche Koexistenz?

Das heißt gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Unverletzlichkeit der Grenzen, Handel ohne eine die Beziehungen beeinträchtigende Diskriminierung.⁴³³

De Gaulle handelte vernünftig, als er die Demokratische Volksrepublik Korea anerkannte.

Es wäre gut, wenn das deutsche Problem gelöst werden könnte. Das deutsche Problem ist kein nationales, sondern ein soziales Problem. Wir können die DDR nicht zur Vereinigung mit der BRD drängen, weil in der DDR die Macht dem Volke gehört. Ihm gehören die Fabriken und Betriebe. Die Wahlen in der DDR werden auf demokratischster Grundlage abgehalten, wobei die Parteien der Nationalen Front die absolute Mehrheit erringen. Das lässt sich von Westdeutschland nicht sagen, das jetzt verstärkt aufrüstet. Unlängst habe ich den Bericht der Regierung der BRD für das Jahr 1963 gelesen. Ihm ist zu entnehmen, dass Westdeutschland über die stärkste Armee in Europa mit einer Truppenstärke von über 400 000 Mann verfügt. Westdeutschland bemüht sich auch darum, seine Streitkräfte mit den Streitkräften Dänemarks zusammenzuschließen. Ich weiß nicht, was das für starke Bande und Verbindungen in so einem Fall sein mögen? Das erinnert an das Verhältnis eines Erhängten zu seinem Strick. Die Deutschen haben seinerzeit Dänen umgebracht. Und auch jetzt haben sie nicht auf die Politik verzichtet, andere Völker zu unterjochen.

Weiter erläutert N. S. Chruschtschow Krag ausführlich die Zwischenfälle, die sich auf den Autobahnen nach West-Berlin zugetragen haben,⁴³⁴ und sagte insbe-

⁴³³ Chrusčëv meinte dabei die Beschränkungen, die von westlicher Seite gegen den Handelsaustausch mit den kommunistischen Staaten verhängt worden waren (vor allem die COCOM-Liste der NATO), welche die Lieferung „strategischer“, das heißt die östliche Rüstung stärkender Güter verhindern sollten. Als weniger entwickelte Länder hatten die UdSSR und ihre Verbündeten großes Interesse am uneingeschränkten Import von technischem Know-how.

⁴³⁴ Auf den Transitstrecken zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin wurden wiederholt westliche, vor allem amerikanische Militärkonvois von sowjetischen Grenzkontrolleuren an der Durchfahrt gehindert, und oft kam es zu langem Streit, bis der Verkehr wieder freigegeben wurde.

sondere: Das geschah offenbar nicht in Übereinstimmung mit den Direktiven der amerikanischen Regierung, sondern wurde durch eigenmächtige Handlungen von amerikanischen Militärangehörigen verschuldet. Ich denke sogar, dass Kennedy daran glaubte, dass wir diese Zwischenfälle provoziert hätten.

Danach erzählte N. S. Chruschtschow Krag von den Versuchen der Amerikaner im Jahr 1961, die Errichtung der Grenzsperren zwischen Ost- und West-Berlin zu behindern.⁴³⁵ N. S. Chruschtschow betonte, dass die Amerikaner, als sie ihre Panzer schickten, um diese Aktionen zu decken, anschließend nicht wussten, wie sie aus der entstandenen Lage herauskommen sollten, und erklärten, die sowjetische Seite habe sich bereit gezeigt, ihnen dabei entgegenzukommen.⁴³⁶

Es ist gut, sagte N. S. Chruschtschow, dass dies so ein Ende gefunden hat. Wären die Amerikaner aktiv geworden, wären wir gezwungen gewesen, das Feuer zu eröffnen. Und dann hätte man den Krieg, den militärischen Konflikt gehabt. Aber wozu ist der nötig? Wozu brauchen wir West-Berlin? Wozu braucht Dänemark West-Berlin?⁴³⁷ Dänemark braucht [die Stadt] überhaupt nicht.

Der beste Ausweg wäre, West-Berlin zur Freien, entmilitarisierten Stadt zu erklären. Die DDR besitzt jetzt alles Notwendige zum Schutz ihrer Souveränität. Sie hat jetzt Grenzen, die sie schützt. West-Berlin ist eine große Bombe mit Zeitzündler.

Die Lösung dieses Problems wäre von großer Bedeutung. Amerika will das jedoch nicht, und [zusammen] mit ihm will es auch Dänemark nicht. Und so leben wir mit aufeinander gerichteten Kanonen. Warum sollen die Westmächte keinen Vertrag mit den beiden deutschen Staaten unterschreiben, warum sollen sie ihre Truppen nicht aus der BRD abziehen, und warum soll die BRD die Zahlenstärke ihrer Truppen nicht verringern? 400 000 Soldaten sind nämlich für sie mehr als zu viel. Gegenwärtig hat die BRD mehr Truppen, als die drei Besatzungsmächte auf dem Territorium der BRD vor drei Jahren gehabt haben.

⁴³⁵ Davon kann in Wirklichkeit keine Rede sein. Präsident Kennedy war mit der Schließung der Grenze in Berlin voll einverstanden und erhoffte sich davon zunächst sogar einen Vorteil, denn er glaubte zu Anfang, dass die UdSSR ihre Forderungen fallen lassen würde, nachdem das Problem der Massenflucht aus der DDR, welche die Existenz des SED-Regimes in Frage stellte, auf diese Weise gelöst worden war. Es gab aber – den Befehlen der drei westlichen Besatzungsmächte zuwider – Demonstrationen und Aktionen deutscher Privatpersonen, die sich gegen die Errichtung der Grenzsperren wandten. In einem Fall gab es auch einen Sprengstoffanschlag, dessen Urheber unentdeckt blieb.

⁴³⁶ Der Aufmarsch der Panzer am Checkpoint Charlie am 26. Oktober 1961 ging auf den – im Einvernehmen mit Präsident Kennedy gefassten – Beschluss von General Lucius D. Clay zurück, die sowjetische Seite zur Anerkennung ihrer Verantwortung für den Ostsektor zu nötigen, nachdem sie Beschwerden über Verfügungen der DDR hinsichtlich des Zutritts amerikanischer Militärs und Amtspersonen mit dem Hinweis auf ihre angebliche Unzuständigkeit beantwortet hatte. Das Erscheinen der Panzer zusammen mit Räumfahrzeugen ließ, wie beabsichtigt, die sowjetische Seite eine Aktion zu Entfernung der Grenzsperren befürchten und veranlasste sie daher, ebenfalls Panzer zu schicken. Damit lieferte sie den Beweis dafür, dass sie – und nicht etwa die DDR – in Ost-Berlin die Dinge in der Hand hatte. Der Zweck war damit erreicht, und Clay sah, als Marschall Konev und Chruščëv als sein politischer Chef durch das Verhalten ihrer Panzer den Wunsch nach Rückzug aus der gefährlich erscheinenden Konfrontation zu erkennen gaben, keinen Grund mehr zur Fortsetzung seiner Aktion.

⁴³⁷ Die westeuropäischen NATO-Staaten – mithin auch Dänemark – waren an West-Berlin deswegen interessiert, weil die Aufrechterhaltung von dessen Sicherheit das Unterpfand dafür war, dass die USA auch ihre Sicherheit unter allen Umständen verteidigen würden.

Eine solche Lage hält die Gefahr eines militärischen Konflikts wach. Will man jedoch keinen deutschen Friedensvertrag schließen, werden wir auch damit leben können.

Die Südvietnam und Korea betreffenden Probleme bedürfen der Lösung. Das sind aber verschiedenartige Probleme. Die Westmächte sagen gewöhnlich, dass die Probleme durch eine Stimmabgabe des Volkes gelöst werden müssen. Doch die Amerikaner lehnen es nach wie vor ab, allgemeine Wahlen in Südvietnam abzuhalten, wie sie das schon 1956 getan haben, obwohl sie nach internationalem Abkommen dazu verpflichtet sind.

Krag: Warum könnte man nicht sowohl in Deutschland als auch in Vietnam Wahlen durchführen?

Chruschtschow: Wir können für die Deutschen keine Entscheidungen treffen. Es ist ihre Sache, sich miteinander zu verständigen.⁴³⁸

Krag: Eine derartige Verständigung lässt sich auch nach Wahlen erzielen.

Chruschtschow: Und wer wird die Frage bezüglich der Wahlen entscheiden?

Krag: Das Volk entscheidet gewöhnlich durch Parlamentswahlen über seine Regierung, die in der Regel vier Jahre im Amt bleibt. Und danach geht die Macht wieder an das Volk zurück.

Chruschtschow: Wir sind auch für ein derartiges Vorgehen. In der DDR hat das Volk Ulbricht das Vertrauen ausgesprochen, in Westdeutschland wollte man aber Erhard als Kanzler haben. Und danach hat irgendwer erklärt, man brauche Wahlen. Demnach sollen die Amerikaner, Engländer, Franzosen und Russen diese Frage für die Deutschen entscheiden. Die Deutschen selbst haben uns aber darum nicht gebeten. Soll sich doch Ulbricht mit Erhardt verständigen. Erhardt lehnt dies jedoch ab; daraufhin erklärt auch Ulbricht, dass er das momentan nicht sehr brauche. Man darf nicht vergessen, dass Ulbricht große Erfahrung als Staatsmann hat. War er doch [schon] Abgeordneter des Reichstags.⁴³⁹

Krag: Mir haben Ulbrichts Reichstagskollegen erzählt, er sei auf dem äußerst rechten Flügel der deutschen Sozialdemokraten gewesen.⁴⁴⁰

Chruschtschow: Das weiß ich nicht, doch ich denke, dass die Sozialdemokraten ebenfalls Verstand besitzen. Es ist durchaus möglich, rechte Positionen fallen zu lassen: Der Übergang von dieser Position, das heißt von der Bourgeoisie, zu linken Positionen, das heißt zu Positionen der Vertretung der Interessen des Proletariats, ist durchaus möglich. In der Regierung der DDR gibt es eine Reihe früherer Sozialdemokraten. Einer von ihnen ist [Ministerpräsident] O[tto] Grotewohl.

Als ich im vergangenen Winter auf dem Parteitag der SED in der DDR war, habe ich mich mit einer Gruppe von Sozialdemokraten aus West-Berlin getrof-

⁴³⁸ Seit der Pariser Außenministerkonferenz der Vier Mächte 1949 stellte sich die UdSSR auf den Standpunkt, dass nur „die Deutschen selbst“, das heißt konkret die Vertretungen der beiden Teilgebiete, durch wechselseitige Übereinkunft die staatliche Einheit herbeiführen könnten.

⁴³⁹ Vor Hitlers Machtergreifung in der Zeit der Weimarer Republik.

⁴⁴⁰ Diese Annahme trifft nicht zu: Ulbricht gehörte der KPD an.

fen. Dazu gehörte eine ältere Frau, die mir sagte, dass sie und ihre Kollegen die DDR als ihre sozialistische Heimat betrachten.

Krag: Ihre Ausführungen interessieren mich sehr. Sie enthalten Einzelheiten, denen ich völlig zustimme: in Bezug auf die Befreiung der Kolonien [und] die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Entwicklung weiterzuführen. Es gibt jedoch andere Einzelheiten, denen ich nicht zustimme.

Die Lage in der DDR ist meiner Ansicht nach problematisch. Ich war in Berlin vor der Errichtung der „Mauer“, aber ich sehe keinen Grund, unsere Gespräche mit ausführlichen Erörterungen dieser Fragen zu belasten.

Ich glaube gern, dass es in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA Schwierigkeiten gibt. Doch ich bin ebenfalls von der Notwendigkeit überzeugt, die Kontakte zwischen der UdSSR und den USA aufrechtzuerhalten, darunter die persönlichen Kontakte zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und dem Präsidenten der USA. In solchen Verhandlungen könnte es schwierig werden, den Fragenkreis zu erweitern. Es ist aber die absolute Notwendigkeit festzuhalten, die Kontakte zu pflegen und die Verhandlungen fortzusetzen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen könnte ein Krieg, falls er entfacht werden sollte, den industrialisierten Teil der Welt vernichten. Deshalb kann und muss man die Schwierigkeiten überwinden und die Verhandlungen und Kontakte fortsetzen.

Ein kleines Land verfügt über einen geringen Einfluss, doch unsere Pflicht besteht darin, den beiden stärksten Großmächten nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse dieser zwei Großmächte [das Folgende] immer wieder zu sagen: Ein Krieg ist eine Katastrophe, die verhindert werden muss. Verglichen mit Krieg sind die Schwierigkeiten, die im Lauf von Verhandlungen auftreten könnten, von bedeutend geringerer Art. Diese lassen sich durchaus überwinden.

Chruschtschow: Ich stimme Ihnen zu. Angesichts der gegenwärtigen Bedingungen gilt es, die friedliche Koexistenz zu sichern; sie setzt aber Kontakte zwischen den Seiten voraus. Deshalb haben wir dem Abkommen hinsichtlich einer direkten Telefonleitung zwischen Moskau und Washington zugestimmt. Es wäre gut, sie nicht benutzen zu müssen.⁴⁴¹ Dieses Telefon gibt der ganzen Welt die gute Hoffnung, dass wir in einer kritischen Minute den Telefonhörer in die Hand nehmen, bevor auf den Knopf gedrückt wird.

Kennedy hat Vernunft bewiesen. Und Johnson glauben wir, dass auch er an den von Kennedy vertretenen Prinzipien festhalten wird.

Es ist unumgänglich, die konkreten heiklen Probleme zu lösen, um keine Leidenschaften zu entfachen. Wir und die Amerikaner haben in der Abrüstungsfrage verschiedene Ansichten. Das hinderte uns jedoch nicht daran, uns vertraulich

⁴⁴¹ Am 30. August 1964 hatten die USA und die UdSSR das Abkommen über den „heißen Draht“ geschlossen, das für den Fall akuter Krisen eine sofortige Fernsprechverbindung zwischen beiden Regierungschefs vorsah, die ihnen eine sofortige Verständigung darüber ermöglichen sollte, wie sich der Wechsel zum Krieg vermeiden lasse.

um eine Verständigung über eine Reduzierung der Rüstungsausgaben zu bemühen. Das ist ein sehr guter Vorschlag. Die Amerikaner reden vom Einfrieren der Raketen- und Atomrüstungen, während McNamara erklärt, dass die Amerikaner uns bei den Atombomben und Raketen überlegen sind. In diesem Fall müssen sie aufgrund des Gleichgewichtsprinzips einfrieren, und wir müssen unsere Reserven mobilisieren.

Unsere Ordnung ist fest wie Granit. Ihre Grundlage ist keinen Erschütterungen des Untergrunds ausgesetzt. Der Monopolkapitalismus [im Westen dagegen] durchlebt sein letztes Stadium. In den USA wird die Arbeiterklasse an die Macht gelangen. Dann werden zwischen der UdSSR und den USA freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden. Dazu wird es kommen. Ich kann nicht sagen, wann, aber es wird kommen. Dieser Prozess könnte stürmisch verlaufen.

Jetzt aber bleibt nichts anderes übrig, als mit den Waffen zu leben. Das ist eine gefährliche Situation. Doch es gibt keinen anderen Ausweg.

Die Amerikaner wollen nicht einmal Handel mit der UdSSR treiben. Ich bin davon überzeugt, dass Präsident Johnson gegen den Zustand ist, der im sowjetisch-amerikanischen Handel entstanden ist. Er begreift, wie absurd das ist. Die Regierung hätte eine Veränderung eingeleitet, doch dann würden [Barry] Goldwater, [Nelson] Rockefeller und einige andere⁴⁴² aufschreiben. Und damit ist zu rechnen, denn es stehen Wahlen bevor. Die Amerikaner haben sich verirrt und können den Ausweg nicht finden.

Der amerikanische Kommentator [Walter] Lippmann schätzt die Lage nüchtern ein und sagte unumwunden: Es ist dumm, dass die Amerikaner in Südvietnam stehen; sie müssen sich von dort zurückziehen. Ich glaube, dass auch Johnson so denkt. Doch wie kann man aus dieser Lage herauskommen? Sie ähnelt einem Sumpf, in den man keinen Fuß setzen darf, auch wenn im Sumpf Blumen locken.

Sie sind Sozialdemokrat, und ich bin Kommunist. Wir haben viele Punkte, in denen wir übereinstimmen, aber auch viele Meinungsverschiedenheiten. Trotzdem hindert uns das nicht daran, in Frieden zu leben.

Krag: Mit Letzterem bin ich mit Ihnen völlig einverstanden. Bezieht sich Ihre Bemerkung, dass die Verhältnisse in Ihrem Land fest wie Granit sind und die USA Schwankungen unterliegen, auf den ständigen Regierungswechsel in den USA?

Chruschtschow: Nicht nur darauf. Wichtig ist, welcher Art die Wahlplattform ist. Bei uns stützt sich diese Plattform auf das Volk. Darin liegt der Unterschied. Wir wissen, dass bei uns bei weitem nicht alles in Ordnung ist. Wir verstehen das und sprechen offen darüber. Sehen Sie sich den von unseren Freunden aus der DDR geschaffenen Film „Das Russische Wunder“ an. Das ist ein Diagramm dessen, was wir waren und was wir geworden sind. Und niemand zweifelt am Erfolg unserer Pläne, nicht einmal in den USA.

⁴⁴² Barry Goldwater und Nelson Rockefeller waren führende Politiker der Republikaner, die dem Demokraten Lyndon Johnson gegenüberstanden. Beide strebten die Kandidatur ihrer Partei bei den Präsidentschaftswahlen im November 1964 an. Goldwater, der weitaus radikalere Standpunkt vertrat als sein Rivale Rockefeller, gewann die Kandidatur, verlor aber dann die Wahlen.

Krag: Ich würde mir mit Vergnügen diesen Film anschauen, ich habe keinen Zweifel, dass darin die Wahrheit gezeigt wird.

Wenn Sie nach Skandinavien kommen, wäre es gut, wenn Sie sich einen ähnlichen Film anschauen würden, der zeigt, wie im Verlauf von 50–70 Jahren die Arbeiterklasse aus großer Armut zu einem gewissen Wohlstand gekommen ist und großen Einfluss auf ihr eigenes Geschick zu nehmen begonnen hat.

Unser Weg in die Zukunft ist anders als in der UdSSR. Die geschichtlichen Bedingungen für die Entwicklung unserer Länder waren unterschiedlich. Doch die Ergebnisse, die von den Völkern Schwedens, Norwegens und Dänemarks erreicht worden sind, sind nicht geringer als die Errungenschaften der Arbeiterklasse der UdSSR.

Chruschtschow: Und eben dem stimme ich nicht zu.

Krag: Lassen Sie uns nochmals darüber reden, nachdem Sie die Fakten kennen gelernt haben.

Chruschtschow: Dafür braucht man nicht nach Dänemark zu fahren. Das ist uns klar. Ohne Frage ist der Lebensstandard in diesen Ländern hoch. Wir haben Respekt vor dem Fleiß der Völker Dänemarks, Schwedens und Norwegens.

Es bleibt aber eine Tatsache, dass der Premierminister Norwegens, [Einar] Gerhardsen, uns seinerzeit bat, einen Auftrag für den Bau eines Wasserkraftwerkes für die UdSSR durch die Norweger zu vergeben, und dabei erklärte, die norwegischen Arbeiter würden sonst arbeitslos werden. Und wir haben diesen Auftrag vergeben. Aber nicht deswegen, weil wir nicht in der Lage gewesen wären, das Elektrokraftwerk selbst zu bauen. Das geschah aus Rücksicht auf die Lage der norwegischen Arbeiter.

Ich war auf der Baustelle für das Wasserkraftwerk von Borisoglebsk. Die Norweger bauen sehr gut, sie sind gute Fachleute. Doch sie plagt die Frage: Was wird man nach dem Ende der Bauarbeiten weiter machen? Bei meinem bevorstehenden Besuch [in Norwegen] wird Gerhardsen wahrscheinlich darüber sprechen, ob weitere Kraftwerke für uns gebaut werden können.

Wir haben den Finnen den Auftrag erteilt, ein Wasserkraftwerk auf unserem Territorium zu bauen. Wenn aber der Bau beendet sein wird, was werden sie dann machen, welche Perspektiven werden sie haben? Zum Arbeitsamt gehen?

Krag: Wenn Sie im Juni bei uns sein werden, werden wir Ihnen gerne die Stellen zeigen, an die sich die Arbeitslosen wenden, um sich registrieren zu lassen.

Chruschtschow erinnert daran, dass er seinerzeit gezwungen war, auf Arbeitssuche gehen zu müssen.⁴⁴³

Weiter sagte er: Die gleichen Bedingungen existieren auch in Ihrem Land. Sie sind nur ein wenig abgeändert, es besteht aber die gleiche Ausbeutung: Der Kapitalist hat alles und der Arbeiter nichts.

Krag: Bei uns arbeiten alle, und wir haben keine Arbeitslosigkeit.

⁴⁴³ Die Bemerkung bezieht sich auf seine Jugendzeit im Zarenreich.

Chruschtschow: Im vergangenen Herbst haben wir mit den Engländern einen Vertrag über die Lieferung von Schiffen von einer schottischen Schiffswerft abgeschlossen. Dieser Auftrag erlaubt es ihnen, die vorgesehene Schließung der Werft ein Jahr hinauszuschieben. Das ist der Kapitalismus. Wenn die Engländer uns einen Kredit für 10–15 Jahre geben, tun sie das nicht, weil es ihnen gut geht. Das ist nicht Hilfe für uns, sondern eine Notwendigkeit [für sie]. So sind die Widersprüche des Kapitalismus. Wir haben sie nicht. Wir haben ein großes Programm zum Aufbau des Kommunismus aufgestellt. Dieser Aufbau ist auch die Politik des Arbeiter- und Bauernstaates. Etwas Ähnliches können Sie mir in Dänemark nicht zeigen.

Wäre ich Premierminister von Dänemark, könnte es durchaus geschehen, dass es in Dänemark keine Kapitalisten gäbe, ich würde zeigen, was man dort machen kann.

Krag: Lassen Sie uns auf diese Frage nach Ihrem Besuch in Dänemark zurückkommen.

Chruschtschow: Ich habe Filme über Dänemark gesehen. Ich weiß, dass es ein wohlgeordnetes Land mit hoch entwickeltem landwirtschaftlichem Niveau ist. Wir haben aber die Revolution mit ungebildeten Bauern, mit dem Feudalismus auf dem Dorfe, durchgeführt.

Was wir mit den Genossenschaften⁴⁴⁴ erreicht haben, geschieht in den USA mittels der Konzentration des Kapitals. Wie viele Farmer gehen aber dort pleite! Wir beschreiten einen anderen Weg, wir haben es nicht leicht. Wir haben viele Schwierigkeiten, in 10 Jahren werden wir aber Dänemark in jeder Hinsicht überholt haben.

Krag: Dies freut mich. Ich wünschte, Sie könnten das noch schneller erreichen.

Chruschtschow: In einigen Dingen sind wir schon jetzt führend. Wir haben mehr Studenten. Ich habe keinen Zweifel, dass Sie viel Fortschrittliches haben. Die Schweden meinen beispielsweise, dass sie den höchsten Lebensstandard haben. Wir beneiden sie nicht, sondern wir freuen uns über ihre Erfolge. Unsere Leute haben ein weit höheres Klassenbewusstsein als die Leute im Westen.

Krag: Wir können nicht alle diese Probleme [während unseres Gesprächs] lösen. Ich würde jetzt gern über die Fragen des Handels reden, die in dem Gespräch am 20. Februar zur Sprache gekommen sind.

Chruschtschow: Der größte Fortschritt wurde bei der Frage der Aufträge für die Kühlschränke gemacht. Darüber verhandelt der Direktor der dänischen Firma in Moskau, hat aber offenbar gedacht, dass der hier weilende Premierminister Dänemarks Druck auf mich ausüben wird und dass wir ein Abkommen zu günstigen Bedingungen für die Dänen unterschreiben. Sagen Sie ihm: Er sollte das Abkommen unterschreiben. Denn die Differenz zwischen den Standpunkten beider Seiten ist sehr klein: Sie beläuft sich auf insgesamt 2 Millimeter. Der Direktor der Firma kann das Abkommen unterschreiben, wenn er es haben will.

⁴⁴⁴ Gemeint sind die Kollektivwirtschaften (Kolchosen).

Krag: Selbst über 2 Millimeter kann und muss man Verhandlungen führen.

Chruschtschow: Wir können davon ausgehen, dass man sich in dieser Frage einigen wird.

Die Antworten auf die anderen Fragen werden bei der Rückkehr von Ihrer Reise durch unser Land ausgearbeitet sein. Dann kann man darauf zurückkommen.

Zu den Fragen wegen der Saatkartoffeln, des anderen Saatguts und der Viehzucht habe ich eine Vorlage bekommen, der zufolge das für uns angeblich ohne Interesse ist, mich aber interessieren gerade diese Fragen. Wir sind jedoch nicht in der Lage, während Ihres Aufenthaltes Abkommen über diese Fragen abzuschließen. Man muss das an Ort und Stelle prüfen. Wir arbeiten mit unseren Methoden. T[rofim] D. Lyssenko⁴⁴⁵ ist es gelungen, einen Fettgehalt der Milch von 5% zu erzielen. Was Sie jedoch von den Kühen erzählt haben, deren Milch einen Fettgehalt von 6% hat, das werden wir gern übernehmen.

Krag: Ich bin damit einverstanden, nach meiner Reise durch die UdSSR auf diese Fragen zurückzukommen und bitte darum, diese [bis dahin] so weit wie möglich zu klären.

Chruschtschow: Wir werden das tun, aber, wie ich schon gesagt habe, wir werden aller Voraussicht nach jetzt noch kein konkretes Abkommen abschließen.

Krag: Es kann eine Übereinkunft darüber erzielt werden, dass wir sowjetische Experten bei uns empfangen.

Chruschtschow: Sie haben gesagt, dass Sie uns Anlagen für die Düngemittelproduktion liefern könnten. Wir haben bereits zwei Werke für die Produktion von Stickstoffdünger in Italien gekauft, aber wir würden uns gern auch die dänische Anlage ansehen. Sie müssen uns verstehen. Wir haben derzeit buchstäblich eine Flut von Angeboten aus Italien, Holland, England, Frankreich, Belgien, Japan. Daher müssen wir sie prüfen, vergleichen, bewerten. Würden die Dänen uns das Angebot machen, die Anlage früher und zu gleichen Bedingungen wie die Italiener zu liefern, würden wir diese Anlage bei Ihnen kaufen. Wir wollen doch mit Dänemark Handel treiben. Man muss dabei auch im Blick haben, dass die Sowjetunion ein Industrieland ist, das selbst Industrieanlagen herstellt.

In der zweiten Märzhälfte wird A[leksej] N. Kossygin⁴⁴⁶ nach Italien reisen, wo er auf Einladung der Italiener die Industrieausstellung in Genua eröffnen wird. Deswegen wäre es wünschenswert, mit den Dänen noch vor der Reise von A. N. Kossygin zu sprechen, um die dänischen und italienischen Angebote vergleichen zu können.

Krag: Wir hätten es gern, wenn die sowjetische Seite ihre Aufmerksamkeit der dänischen Firma „Haldor Topsoe“ zuwenden würde. Sie errichtet nicht nur

⁴⁴⁵ Als Agrarwissenschaftler formulierte Lysenko die Theorie, dass die Eigenschaften der Kulturpflanzen und anderer Organismen nicht auf die Gene zurückzuführen seien, sondern durch Umweltbedingungen bestimmt würden. Er überzeugte Stalin von dieser wissenschaftlich nicht haltbaren Auffassung und gewann damit in den Jahren von 1940 bis 1964 eine führende Stellung in der UdSSR.

⁴⁴⁶ Kosygin war damals Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission der UdSSR.

Düngemittelwerke, sondern bündelt und vermittelt technisches Wissen, auf dessen Grundlage die Italiener und Japaner ihre Werke bauen. Auf ihrem Gebiet ist sie das größte Unternehmen in der Welt. Ich denke, dass der direkte Kontakt mit dieser Firma dem sowjetischen Anlagenbau einen größeren Nutzen bringt als Kontakte mit den italienischen und japanischen Firmen.

Chruschtschow: Ich kenne diese Firma nicht. Sollen sich unsere Experten damit bekannt machen. Wir bevorzugen alles, was am neuesten, modernsten ist. Ich weiß auch nicht, ob Dänemark darauf eingehen wird, uns die gleichen Zahlungskonditionen einzuräumen, die uns Italien und England gewähren. Das wird eines der Kriterien bei der Vergabe der Aufträge sein. Wir sagen es offen: Wir wollen unsere Zahlungsbilanz nicht überschätzen und mehr abnehmen, als wir bezahlen können.

Krag: Gestern haben wir diese Frage besprochen. Die dänische Zahlungsbilanz hat auch ihre Probleme. Wir würden gern sowjetische Waren kaufen und parallel dazu unsere Waren verkaufen. Dänemark hat ein großes Interesse an sowjetischer Steinkohle und an Erdöl sowie an unraffiniertem Streuzucker. Wir haben ihn früher von der UdSSR gekauft. Je[ns] Kristensen kann diese Frage gegenüber N[ikolaj] S. Patolitschew⁴⁴⁷ ausführlicher darlegen.

Chruschtschow: Wir werden diese Frage prüfen.

Krag: Ich möchte eine Frage aufwerfen, welche die Vergangenheit berührt.

In Kopenhagen fanden vier Wochen lang Verhandlungen zur Regelung gegenseitiger Besitz- und Finanzansprüche statt, die mit dem Beitritt der baltischen Republiken zur UdSSR⁴⁴⁸ zusammenhängen. Die Verhandlungen wurden am 14. Februar abgeschlossen, wobei die Delegationen die Absicht hatten, ihre Regierungen zu konsultieren. Bis zum Abkommen hat nur wenig gefehlt. Ich schlage vor zu versuchen, diese Frage jetzt abzuschließen.

Chruschtschow: A[ndrej] A. Gromyko soll dieses Problem darlegen.

Gromyko: Die Verhandlungen sind durchgeführt worden, doch der Vorschlag der dänischen Seite hat uns nicht voll befriedigt. Offenbar werden jetzt unsere Vorschläge ausgearbeitet, und die entsprechenden sowjetischen Behörden prüfen die Frage jetzt. Wahrscheinlich wird man sich darauf einigen müssen, dass die Vertreter der Seiten nochmals zusammenkommen und die Verhandlungen fortsetzen.

Krag: Wird es eventuell möglich sein, den sowjetischen Gegenvorschlag zu erhalten, solange ich mich noch in der UdSSR aufhalte?

Chruschtschow: Wir sollten uns am besten nicht mit dieser Frage befassen, über die wir schon 20 Jahre sprechen. Lassen Sie uns [lieber] über Fragen verhandeln,

⁴⁴⁷ Sowjetischer Minister für Außenhandel.

⁴⁴⁸ In den geheimen Zusatzprotokollen zum deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 hatte Hitler Estland und Lettland sowie in einer weiteren geheimen Vereinbarung vom 28. September 1939 auch Litauen der UdSSR überantwortet. Daraufhin erzwang Stalin im Verlauf des folgenden Jahres schrittweise den – als freiwillig deklarierten – Beitritt der drei Staaten zur Sowjetunion.

die leichter zu entscheiden sind, etwa über [sowjetische] Aufträge für [die Lieferung von] Schiffe[n].

Die Frage der Besitzansprüche ist eine sehr alte Frage. Man mag fragen, wer wird schon mit Begeisterung Geld aus der Tasche holen, es hergeben und dabei „Hurra“ rufen.

Krag: Ich habe bestimmt damit gerechnet, dass Sie das heute tun. Die Sowjetunion hat die gleiche Frage bei Schweden und Norwegen wohlwollend entschieden, und es wäre zur Abrundung des Bildes nicht hinderlich, diese Frage auch mit Dänemark zu regeln.

Gromyko: Wir haben den Vorschlag unterbreitet, gegenseitig auf alle Ansprüche zu verzichten. Dies ist ein gerechter und vernünftiger Vorschlag.

Krag: Wir sind nicht dieser Auffassung. Aber wir erwarten mit großem Interesse Ihren Gegenvorschlag.

Chruschtschow: Anscheinend ist diese Frage noch nicht entscheidungsreif. Man muss ihr Zeit zur Reife lassen.

Krag: Das klingt für uns nicht überzeugend.

Chruschtschow: Ich will keine Verpflichtungen eingehen, die ich nicht erfüllen kann, und Sie bekommen dann eine schlechte Meinung von mir.

Diese Frage ist, wie man im Volke sagt, halbtot. Warten wir ab, bis sie ganz stirbt. Das wird man dann auch als Ausreifen der Frage bezeichnen.

Krag: Die beste Methode, eine Frage zum Abschluss zu bringen, besteht darin, sie zu lösen.

Chruschtschow: Geben Sie uns die Möglichkeit, diese Frage gründlicher zu prüfen. Wenn wir sie geprüft haben, werden wir unsere Auffassung darlegen, woraufhin Sie sie prüfen und Ihre Auffassung darlegen usw.

Krag: Wir werden das rasch tun.

Chruschtschow: Und das erwarten wir auch. Rechnen wir mal so: Nicht wir schulden Ihnen etwas, sondern Sie uns, und die Frage ist sofort beantwortet. Das ist eine alte Frage. Es ist sehr schwer, sich in ihr zurechtzufinden. Nicht alle früheren Eigentümer sind am Leben, es ist nicht bekannt, wo sich das Eigentum befindet, was sein Schicksal ist usw. Diese Frage ist kompliziert, aber unwichtig.

Lassen Sie uns unsere Beziehungen auf eine gute Grundlage stellen. Lassen Sie uns Schiffe bauen. Ich glaube ebenfalls, dass die dänische Kartoffel bei uns auf Interesse stößt.

Krag: Ich stimme zu, dass die lebendige Wirklichkeit besser ist als die tote Vergangenheit.

Chruschtschow: Wozu dann über eine tote Katze sprechen, wenn es lebendige Dinge gibt.

Krag: Die Katze ist aber nicht tot, sie miaut noch.

Chruschtschow: Wozu eine tote Ratte wiederbeleben, man muss sie am Schwanz packen und wegwerfen.

Krag: Es gibt noch eine kleine Frage. Von Zeit zu Zeit stellt sich die Frage von Reisen nach Dänemark seitens sowjetischer Staatsangehöriger und in die UdSSR seitens dänischer Staatsbürger, die Verwandte besuchen wollen. In der Regel werden diese Fragen in einem für uns wohlwollenden Sinne behandelt. Jetzt möchte ich auf einige Fälle zu sprechen kommen, die ergreifende Familienangelegenheiten betreffen. Ein Beispiel: Ein junger Däne hat eine sowjetische Staatsbürgerin geheiratet, sie mit in seine Heimat genommen, und nun würde er sich gern mit seiner Schwiegermutter treffen.

(Er übergibt N. S. Chruschtschow eine Liste [mit Namen] von dänischen und sowjetischen Staatsbürgern.)

Chruschtschow: Wir werden diese Fälle ernsthaft prüfen. Wir hatten ähnliche Fragen. Wir haben darüber entschieden.

Krag: Ich bedanke mich für das freundliche Entgegenkommen, diese Fälle zu prüfen, sowie für die Entscheidung von ähnlich gelagerten Angelegenheiten in der Vergangenheit.

Chruschtschow: Ich sehe, dass dies für uns eine kleine Frage ist, doch für die betroffenen Personen ist es eine große.

Weiter erzählt N. S. Chruschtschow Krag von einen Fall, der sich vor einiger Zeit zugetragen hat, als eine ältere Frau aus Lugansk nach Moskau kam und sich an ihn mit der Bitte wandte, ihr zu helfen, sich mit der Tochter zu versöhnen, mit der sie sich ständig über die Aufteilung der Wohnung streite. „Daraufhin“, so erinnert sich N. S. Chruschtschow, „habe ich zu ihr gesagt: Schämst du dich nicht? Habe ich nach deiner Ansicht etwa nichts anderes zu tun, als mich mit deinen Lappalien zu befassen?“

Wir werden diese Angelegenheiten ernsthaft prüfen.

Krag: Es gibt noch einige ähnliche Fälle, die aber nicht auf der Liste stehen. Unser Botschafter wird sich damit an das Außenministerium der UdSSR wenden. Unter anderem geht es um die Bitte, nach einem dänischen Staatsbürger Nachforschungen anzustellen, der in Deutschland südlich der dänischen Grenze wohnte und zum Dienst in der deutschen Armee gezwungen wurde. Seit dem Krieg gilt er als vermisst. Seine Verwandten haben sich an mich mit der Bitte gewandt, bei der Suche nach ihm behilflich zu sein.

Chruschtschow: Die Dokumente nehmen wir in Empfang, doch die Hoffnung, ihn zu finden, ist gering. Wir bekommen von den Italienern sehr viele derartige Auskunftersuche. Ich habe ihnen sogar gesagt: Als Sie uns angegriffen haben,⁴⁴⁹ haben Sie uns doch auch keine Liste von Soldaten übergeben, jetzt aber wollen Sie [von uns] Rechenschaft über alle Soldaten haben, die nicht aus dem Krieg zurückgekehrt sind. Ich vermute, wir haben sie getötet. Sie haben doch gewusst,

⁴⁴⁹ Dänemark hatte freilich – anders als Italien – nicht Krieg gegen die UdSSR geführt, sondern war von deutschen Truppen besetzt worden.

weshalb sie losmarschiert sind. Sie sind losgezogen, um uns zu töten. Auch die Deutschen haben an uns Auskunftsforderungen gestellt.

Krag: In dem speziellen Fall geht es um einen Dänen, der gegen seinen Willen zum Kriegsdienst gezwungen wurde.

Chruschtschow: Ich merke, dass Sie dem westlichen Geschwätz Glauben schenken, dass wir noch einige Personen als Kriegsgefangene festhalten. Wir halten keine Kriegsgefangenen zurück, und wir haben keine mehr. Wenn dieser Däne am Leben wäre, so wäre er zurückgekehrt.

In der DDR lebt ein ehemaliger Kriegsgefangener, Strube, er ist der Direktor eines Volksgutes.⁴⁵⁰ Ich betrachte ihn als meinen Freund. Er führt den Betrieb klug und auf hohem Niveau. In meinem Referat auf dem Dezember-Plenum des ZK der KPdSU habe ich ihn als Beispiel hingestellt und empfohlen, von ihm zu lernen. Das ist unsere Haltung gegenüber zurückgekehrten Kriegsgefangenen.

Krag: Ich bin von der Begründetheit Ihrer Worte überzeugt. Alles spricht dafür, dass der Däne gefallen ist, aber ich möchte den Verwandten gern antworten.

Chruschtschow: Wir können das einfach nicht wissen.

Die Deutschen sollten daraus Schlussfolgerungen ziehen. Ich bin in Wolgograd gewesen, ich habe die Kriegsgefangenen gesehen. Sie waren sehr erschöpft und sind vor Erschöpfung gestorben.⁴⁵¹

Krag: Mich interessiert sehr, mir alles anzusehen, was als Erinnerung an die Schlacht in Wolgograd überliefert ist. Nach meiner Ansicht waren die Schlachten vor Moskau 1941⁴⁵² und in Wolgograd 1942 zwei entscheidende Ereignisse des letzten Weltkrieges. Mir ist klar, dass diese Kämpfe das sowjetische Volk viele Opfer gekostet haben. Sie waren von entscheidender Bedeutung für den weiteren Kriegsverlauf.

Chruschtschow: Ich möchte etwas zur dritten Schlacht, zu der am Kursker Bogen sagen, die das Schicksal des Krieges entschied.⁴⁵³ Die Schlachten vor Moskau und

⁴⁵⁰ Otto Strube, bis zu seinem Tod 1964 Direktor des VEG Schwaneberg. Im Dokument lautet der Name fälschlich Strubbe.

⁴⁵¹ Gemeint ist die Schlacht von Stalingrad (später in Volgograd umbenannt). Im September 1942 stieß die 230 000 Mann starke 6. Armee der deutschen Wehrmacht in die Stadt vor. Im November wurde sie durch Unterbrechung ihrer überdehnten rückwärtigen Verbindungen eingeschlossen. Die im Dezember versuchte Entsatzoffensive scheiterte. Obwohl die Eingeschlossenen in einer aussichtslosen Lage waren und aus der Luft nur noch wenig, zuletzt überhaupt nicht mehr versorgt wurden, erhielten sie von Hitler den Befehl, unbedingt weiter Widerstand zu leisten. Am 2. Februar 1943 wurde die Kapitulation unvermeidlich. Die noch lebenden 110 000 Soldaten wurden in total erschöpftem Zustand gefangen genommen. Von ihnen kehrten nach dem Krieg nur 6000 in ihre Heimat zurück.

⁴⁵² Die Heeresgruppe Mitte der deutschen Wehrmacht setzte am 2. Oktober 1941 zum Vorstoß gegen Moskau an, geriet aber während der zweiten Monatshälfte ins Stocken und musste die Operation am 30. Oktober zunächst abbrechen. Mitte November ging sie erneut in die Offensive und drang zuletzt bis an den Rand der sowjetischen Hauptstadt vor, wurde aber durch eine groß angelegte Gegenoffensive der Roten Armee ab 5. Dezember weit zurückgeschlagen.

⁴⁵³ In der Schlacht bei Kursk standen 778 900 Mann mit 2450 Panzern und Sturmgeschützen auf deutscher Seite sowjetischen Streitkräften im Umfang von 1 910 350 Mann mit 4938 Panzern und Sturmgeschützen gegenüber. Die Truppen der Wehrmacht suchten die Verbände der Roten Armee im Kursker Bogen einzukesseln, mussten aber nach hohen Verlusten am 16. Juli durch die sowjetische Offensive bei Orël und wegen der amerikanisch-britischen Landung auf Sizilien (zu deren Abwehr Hitler mehr Soldaten einsetzen wollte) die Operation beenden.

von Wolgograd waren Abwehrschlachten. Die Deutschen meinten, sie hätten keine entscheidende Bedeutung gehabt, und sie hatten diese [auch] tatsächlich nicht. Nach diesen Schlachten hofften die Deutschen noch, die Initiative wiederzugewinnen. Vor Kursk wurden sie aber vernichtend geschlagen, und zwar im Sommer,⁴⁵⁴ und sie verloren alle Hoffnungen auf Wiedererringung der Initiative. Danach haben wir sie bis nach Berlin getrieben.

N. S. Chruschtschow erzählt Krag ausführlich von der Schlacht am Kursker Bogen und fügt hinzu: Die Deutschen sollten das nicht vergessen. Falls die BRD einen neuen Krieg entfesseln sollte, werden wir Westdeutschland in einer halben Stunde vernichten. Dazu ist nur die Zündung einer mächtigen Bombe erforderlich. [Gerhard] Schröder und [Kai-Uwe von] Hassel⁴⁵⁵ sollten das wissen. Adenauer hatte das verstanden.

Die Raketen mit atomaren Sprengköpfen kann man nicht vernichten, sie sind in der Erde vergraben. Auch wenn der Gegner einen [Erst-]Schlag gegen uns führt, werden wir dennoch die Möglichkeit zum Gegenschlag haben. Und unsere Raketen sind gut. Jetzt werden neue, bessere Raketen erprobt. Wie man so sagt: Gebe Gott, dass wir sie nicht einsetzen müssen. Als Fidel Castro in der UdSSR war,⁴⁵⁶ zeigte man ihm Raketen. Auf eine setzte er seine Unterschrift. Darauf sagte ich zu ihm, dass diese Rakete, wie ich hoffe, nicht gezündet wird. Sie wird am Standort veralten. Die Wissenschaftler liefern neue Raketenmodelle, das erfordert jedoch die Bereitstellung neuer Finanzmittel.

Krag: Man muss versuchen, einen Ausweg zu finden, um die Aufwendungen zu verringern.

Chruschtschow: Dazu habe ich 1959 in der UNO einen Vorschlag eingebracht.⁴⁵⁷ Wir brauchen keinen Krieg. Unsere Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Krieg bringt uns keinen Wohlstand. Wir glauben an unsere Kräfte.

⁴⁵⁴ Anders als bei herbstlichem Schlamm und kaltem Winter ließ sich die Niederlage im Sommer nicht auf Widrigkeiten des Wetters zurückführen.

⁴⁵⁵ Außen- bzw. Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland.

⁴⁵⁶ Fidel Castro besuchte die UdSSR im Mai 1963.

⁴⁵⁷ Chruschtschow benutzte die Gelegenheit seines Besuchs in den USA auf Einladung von Präsident Eisenhower zu einer Ansprache vor der Generalversammlung der UNO am 18. September 1959. Darin wandte er sich gegen den Krieg, der angesichts der vorhandenen „ungeheuerlichen Mittel der Zerstörung und Vernichtung“ fatale Folgen für die Menschheit hätte. Durch das Wettrüsten der Militärbündnisse sei eine „gefährliche Lage“ in der Welt entstanden. Er wies darauf hin, dass die UdSSR den Umfang ihrer Streitkräfte um über 2 Mio. Mann verringert habe, und setzte sich für eine totale Abrüstung innerhalb von vier Jahren ein, die unter „einer allumfassenden vollständigen Kontrolle“ durch ein internationales Kontrollorgan stattfinden solle. Zugleich lehnte er das amerikanische Konzept der Rüstungskontrolle ab. Seiner Stellungnahme zufolge sollten die Staaten nur mit leichten Schusswaffen ausgerüstete Polizeikräfte haben, welche die innere Ordnung und die persönliche Sicherheit ihrer Bürger gewährleisteten. Falls die Westmächte gegenwärtig nicht zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung bereit seien, sollten „Teilmaßnahmen“ durchgeführt werden: die „Schaffung einer Zone der Kontrolle und Inspektion bei Einschränkung der ausländischen Truppen auf dem Territorium der entsprechenden Staaten Westeuropas“, die „Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa“, den „Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium der europäischen Staaten und die Liquidierung der Militärstützpunkte auf fremdem Territorium“, der Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Pakts und ein Abkommen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen. Die UdSSR legte am nächsten Tag ein Abrüstungsprogramm dieses Inhalts vor.

Die Arbeiterklasse jedes Landes sollte ihr Schicksal selbst bestimmen. Wir werden Dänemark keinen Krieg erklären, um bei Ihnen den Sozialismus einzuführen.

Krag: Ich ziehe es vor, dass wir uns mit Saatkartoffeln und anderen friedlichen Dingen befassen.

Chruschtschow: Ja, das ist das Leben, das andere aber bringt den Tod. Wir treten für die friedliche Koexistenz nicht aus taktischen Gründen ein, sondern deswegen, weil wir sie wirklich wollen.

Krag: Ich meine auch, dass eben darin Ihre Interessen liegen. Sie gehen parallel zu unseren Interessen und zu den amerikanischen Interessen.

Von sowjetischer Seite waren bei der Unterredung zugegen: die Genossen A. A. Gromyko, N. S. Patolitschew, A[leksandr] L. Orlow, K[liment] D. Ljowytschkin, A[ndrej] Je. Kowaljow, G. A. Motschalow, N. A. Schtscheklein (als Dolmetscher).

Von dänischer Seite waren zugegen: der Generalsekretär des Außenministeriums Dänemarks, P[aul] Fischer, der Botschafter Dänemarks in der UdSSR, Ch[ristian] D. Holten-Eggert, der Leiter der Presse- und Informationsabteilung des Außenministeriums, K. Johansen [und] der stellvertretende Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenministeriums J. Kristensen, der Persönliche Referent des Premierministers, H. Jortdal, der zuständige Referent des Außenministeriums, H[enrik] H. Haxthausen, der Dolmetscher W. H. Friis.

Das Gespräch dauerte ungefähr drei Stunden.

Aufgezeichnet von G. Motschalow

Nicht korrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 65–81

*Gespräch Chruschtschows mit dem dänischen Ministerpräsidenten, Je[ns] O[tto]
Krag, am 27. Februar 1964*

Am 27. Februar fand ein Gespräch zwischen N. S. Chruschtschow und Krag statt.

Chruschtschow begrüßt Krag.

Krag: Wir sind sehr froh, dass Sie, Herr Ministerratsvorsitzender, gestern am Essen in der Botschaft Dänemarks teilgenommen haben und dass es zwischen uns ein so lebhaftes Gespräch gegeben hat. Ich denke, dass auch unsere Journalisten aufgrund der improvisierten Pressekonferenz von N. S. Chruschtschow einen Eindruck erhalten haben von der Dynamik, die für die Führung Ihres Landes charakteristisch ist.

Chruschtschow: Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Frage der befristeten Ein- und Ausreise einzelner Personen, die Sie in einem vorherigen Gespräche berührt haben,⁴⁵⁸ entschieden werden wird. Die genannten Personen können die Reise frei antreten.

⁴⁵⁸ Siehe das Gespräch am 21. Februar 1964 in diesem Band.

Was die zweite Frage betrifft: Bei den wechselseitigen Besitz- und Finanzansprüchen machen wir vielleicht eine Dummheit – ich weiß es nicht –, doch wir sind bereit, der dänischen Seite 350 000 Rubel zu zahlen, um auf diese Weise diesen Ansprüchen ein Ende zu machen. Falls Sie mit diesen 350 000 Rubel nicht einverstanden sind, lassen Sie uns die Sache um 100 Jahre verschieben.

Krag: Ist von einem Nettobetrag die Rede?

Gromyko: Das ist ein Pauschalbetrag, der gezahlt wird, um alles zu begleichen.

Chruschtschow: Das bedeutet, dass wir nach Zahlung dieses Betrags Ihnen nichts mehr schulden und Sie uns nichts. Womit Sie, wie Herr Kristensen sagt, wohl nicht einverstanden sind?

Ich muss sagen, dass es mir nicht leicht fällt, aus der Tasche 350 000 Rubel zu ziehen und mich davon zu trennen. Wenn ich das meinen Enkeln erzähle, so werden sie schlecht von mir denken. Aber ich werde es ihnen nicht erzählen.

Krag: Ich bin sehr froh, dass diese Frage jetzt geregelt ist. Sie ist jahrelang erörtert worden. Es wurden wochenlang Sitzungen abgehalten, Hoffnungen geweckt.

Ich vertage die Sache lieber nicht, sondern bringe sie zum Abschluss, auch wenn ich den Eindruck habe, dass der Entschädigungsbetrag nicht groß ist.

Chruschtschow: Man sagt bei uns im Volk: besser eine Meise in der Hand als ein Kranich am Himmel.

Krag: Und bei uns sagt man, ein Vogel in der Hand ist besser als zehn auf dem Dach, obwohl sie gut singen mögen.

Chruschtschow: Vom Gesang wird man nicht satt. Sogar einer Nachtigall kann man besser nach einem guten Frühstück lauschen.

Krag: Ich danke Ihnen für die Entscheidung in der Frage der Personen, die zu ihren Verwandten fahren. Das ist keine große Sache, aber es geht [hier] um Menschen, und wir sind sehr froh über die positive Entscheidung dieser Frage.

Chruschtschow: Ich mache es den Menschen gerne angenehm.

Krag: Das ist unsere Aufgabe. Ich bedanke mich gleichfalls für das Gespräch, das ich am 26. Februar mit N[ikolaj] S. Patolitschew hatte.

Mein Eindruck ist, dass sich der Handel zwischen unseren Ländern gut entwickelt. Wir rechnen damit, dass schon heute oder morgen unsere Vertreter in der Sowjetunion zwecks Verhandlungen über den Verkauf von Eiern eintreffen werden. Und wenn ich recht sehe, werden nach Dänemark sowjetische Spezialisten zu Verhandlungen über Saatgut, Sperma und die anderen Fragen kommen, über die wir schon gesprochen haben.

Chruschtschow: Ja, so wird es werden.

Krag: Von den Verhandlungen, die der Kapitalist Munk in Moskau führt, habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Sache in guten Händen liegt. Anscheinend bewegen sich auch die Verhandlungen mit Topsøe,⁴⁵⁹ der eine Firma zum Bau

⁴⁵⁹ Haldor Topsøe hatte seit 1940 Werke der chemischen Industrie aufgebaut.

von Anlagen für die Produktion von Düngemitteln hat. Topsøe ist ein bedeutender Ingenieur und Wissenschaftler.

Chruschtschow: Wir geben Dänemark den Vorzug, wenn es ein interessantes Angebot vorlegt.

Krag: Ich hoffe, dass Topsøe so ein Angebot macht. Er ist einer von denen, die sich auf diesem Gebiet am besten auskennen. Was unsere Bestellungen von Erdöl und Steinkohle in der UdSSR betrifft, so werden sie so erfolgen wie mit N. S. Patolitschew vereinbart.

Chruschtschow: Wir sollten, wie mir scheint, an die Zukunft unserer Beziehungen denken. In diesen Tagen haben wir eine Sache erörtert. Möglicherweise werden wir im Norden ein Werk zur Produktion von Stickstoffdünger auf der Grundlage von [Erd-]Gas bauen. Diese Düngemittel werden sehr billig sein, und wir werden mit dem Westen konkurrieren können. In diesem Gebiet sind bereits Lagerstätten von Kupfer, Nickel [und] Steinkohle erschlossen worden. Die Kohleflöze erreichen dort eine Mächtigkeit von 6 Metern. Dorthin wird eine 400 km lange Gaspipeline verlegt werden, und bis zum Meer sind es 90 km. Das Werk könnte speziell für den Export arbeiten. Das Meer friert zwar 8–9 Monate lang zu, aber man kann Lagerhallen bauen. Wir werden Ihnen und der DDR Düngemittel liefern können. Sie importieren doch Düngemittel?

Krag: Wir produzieren sie zum Teil selbst, und zum Teil importieren wir sie aus Norwegen, Chile [und] Marokko. Wir werden an Ihrem Angebot interessiert sein.

Chruschtschow: Wir werden Ihnen auf dem Seeweg den Stickstoffdünger und die Kalisalze liefern können.

Krag: Wir kaufen bei Ihnen schon jetzt eine erhebliche Menge Kalidünger.

Ich möchte Sie fragen, ob wir heute nach dem Mittagessen das Abkommen über die gegenseitigen Ansprüche unterzeichnen können?

Chruschtschow: Ich denke, wir können das [machen]. Das Abkommen muss nur noch formuliert werden.

Krag: Die Formalien lassen sich klären.

Chruschtschow: Mögen Ihre Vertreter und unser Außenministerium darüber nachdenken und entsprechende Vorschläge machen.

Krag: Man mag dann unsere Vertreter auch dafür kritisieren, dass der Entschädigungsbetrag viel zu klein ist.

Gromyko: Damit sind wir uns auch in dieser Frage einig geworden.

Chruschtschow: Wir könnten über die Lieferung fertiger Türen und Fensterrahmen aus der UdSSR nach Dänemark nachdenken. Ich rede deswegen davon, weil wir Waren finden müssen, um im Anschluss daran Dänemark mehr Aufträge erteilen zu können. Gen. Patolitschew muss daran denken, dass die dänischen Firmen bei uns mehr Werkzeugmaschinen kaufen. Sie kaufen jetzt Anlagen für

die Werkzeugmaschinenproduktion in Westdeutschland, England und anderen Ländern. Und Sie kaufen sie bei uns. Daran besteht bei Ihnen kein geringeres Interesse als bei uns. Nehmen wir zum Beispiel den Werftdirektor Herrn Munk. Warum sollten wir ihm keine Werkzeugmaschinen anbieten? Und dann könnten wir unsere Aufträge in Dänemark erhöhen.

Wir sollten ernsthaft gemeinsam prüfen, woher die gegenseitigen Zahlungsleistungen kommen sollen.

Krag: Legen Sie Ihre Angebote vor. Wir sind daran interessiert, gute Waren billig zu kaufen.

Chruschtschow: Unsere Werkzeugmaschinen sind gut, und sie erfreuen sich hoher Wertschätzung. Aber wir sind schlechte Händler. Die Engländer sagen: Liefern Sie uns mehr Werkzeugmaschinen. Die Werkzeugmaschinen sind gut, aber in ihrem Äußeren unansehnlich. (Ohne Farbe und andere künstlerisch-technische Hinzufügungen). Die Engländer sagen uns: Lassen Sie uns auf diesem Gebiet zusammenarbeiten. Auf diese Weise kann England mehr Aufträge [von uns] erhalten.

Darüber haben wir auch mit Präsident Kekkonen gesprochen, der ebenfalls an uns Kritik geübt hat, weil wir uns zu wenig darum bemühen, unsere Industrieanlagen im Ausland zu verkaufen. Wir haben praktisch [noch] nicht den psychologischen Zustand [der Zeit] hinter uns gelassen, als wir Ihnen landwirtschaftliche Erzeugnisse lieferten (etwa Ölpresskuchen). Jetzt denken wir daran, die Struktur des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR⁴⁶⁰ zu verbessern. Unser Ministerium ist mehr darauf ausgerichtet, Industrieanlagen zu kaufen statt zu verkaufen. Damit haben uns nicht befasst. Doch jetzt gilt es, Anlagen zu kaufen und zu verkaufen.

Ich möchte Ihnen auch Folgendes vorschlagen. Einen Teil jener Aufträge, den Ihre Firmen erhalten werden, können wir selbst unter Zugrundelegung der Firmenunterlagen ausführen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen. Eine französische Firma hat uns die Lieferung von 15 Chemiefabriken angeboten, und 50% der vorgesehenen Anlagen werden wir selbst herstellen.

Das Gleiche lässt sich mit den Dänen machen. Wenn Ihre Firmen unsere Aufträge zur Lieferung von Anlagen ausführen, machen sie nicht alles selbst, sondern geben einen Teil der Aufträge an andere Länder. Und Sie geben sie [dann] eben uns. Wir werden das aufgrund Ihrer Lizenzen und ihren Unterlagen produzieren. Das schlagen uns die Italiener und Franzosen vor. Lassen Sie uns das in dieser Frage auch mit Ihnen vereinbaren.

Krag: Ich denke, dass meine Leute alle diese wertvollen Vorschläge der sowjetischen Seite notiert haben. Ich habe keine weiteren Fragen.

Chruschtschow: Vielleicht verlängern Sie Ihren Aufenthalt hier noch um 10 Tage?

Krag: Ich würde das sehr gern tun, aber parlamentarische Dinge erfordern meine Anwesenheit zu Hause.

⁴⁶⁰ So im Dokument. Gemeint ist die Warenstruktur.

Chruschtschow: Ich würde Ihnen vorschlagen, mit uns ans Schwarze Meer, nach Pizunda, zu reisen. Mit uns werden A[nastas] I. Mikojan und K[liment] J. Woroschilow kommen. Ich denke, dort mit dem Premierminister Afghanistans⁴⁶¹ zusammenzutreffen.

Krag: Ich danke Ihnen für die herzliche Aufnahme und für die Gastfreundschaft. Meine Frau und ich würden sehr gern ans Schwarze Meer fahren. Aber wir haben eine „kleine“ politische Frage, die im Sommer entschieden werden muss. Es geht darum, dass wir Parlamentswahlen abhalten müssen. Nach den Wahlen habe ich mehr Möglichkeiten, darüber eine konkrete Verabredung zu treffen.

Chruschtschow: Und wann werden bei Ihnen die Wahlen sein?

Krag: Genau kann ich es nicht sagen, weil sie noch nicht terminiert sind.

Chruschtschow: Das heißt, es ist geheim?

Krag: Das ist nicht geheim. Es gibt einfach noch keinen Beschluss über das Datum der Wahlen, aber ich werde ihn fassen.

Chruschtschow: Halten Sie die Wahlen ab [und dann] kommen Sie.

Für heute haben auch wir keine weiteren Fragen.

Krag: Fischer macht darauf aufmerksam, dass das gemeinsame Kommuniqué miteinander abgestimmt ist. Aber vielleicht wäre es angebracht, [noch] den Punkt zur Unterzeichnung des Abkommens über die Regelung der Besitzansprüche hineinzunehmen.

Chruschtschow: Ich bin damit einverstanden.

Krag: Ich danke Ihnen für das gute und sachliche Gespräch.

Chruschtschow: Gestatten Sie mir, Ihnen meinerseits zu danken. Wir haben gute Gespräche gehabt. Es ist eine gute Grundlage für die Zukunft gelegt worden.

Krag: Einverstanden. Ich habe den Eindruck, dass sich die Basis für die Entwicklung unserer Beziehungen gefestigt hat.

Chruschtschow: Einverstanden. Diese Basis bedarf der Festigung, nicht der Schwächung.

Krag: Aufgrund meiner vielen Gespräche mit Ihrem Botschafter, K[liment] D. Ljowytschkin, den wir sehr schätzen, bin ich davon überzeugt, dass sich die guten Beziehungen zwischen unseren Ländern ausweiten werden.

Chruschtschow: Wir sind ebenfalls zufrieden mit der Tätigkeit Ihres Botschafters, weil er, wie mir scheint, seine Bemühungen auf die Festigung und Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern richtet.

Krag: Wir erwarten mit Ungeduld Ihren Besuch in Dänemark. Am Programm für Ihren Aufenthalt in Dänemark wird intensiv gearbeitet. Wenn Sie spezielle Wünsche haben, werden wir versuchen, sie in das Programm aufzunehmen.

⁴⁶¹ Mohammad Yusuf (1914–1998) war von 1963 bis 1965 afghanischer Regierungschef.

Chruschtschow: Dabei verlasse ich mich ganz auf Sie. Unser Botschafter kann solche Wünsche vortragen, weil er Ihr Land kennt. Ich dagegen kenne es [nur] wenig, und deswegen kann ich nichts Bestimmtes sagen.

Krag: In diesem Fall kann man sagen, dass sich die Sache in guten Händen befindet. Ich danke Ihnen nochmals für das angenehme Gespräch.

An dem Gespräch nahmen teil von sowjetischer Seite: die Genossen A[ndrej] A. Gromyko, N. S. Patolitschew, A[leksandr] L. Orlow, K. D. Ljowytschkin, A[ndrej] Je. Kowaljow, G. A. Motschalow, N. A. Schtscheklein (als Dolmetscher); von dänischer Seite: der Botschafter von Dänemark in der UdSSR, Ch[ristian] D. Holten-Eggert, der Generalsekretär des Außenministeriums Dänemarks, P[aul] Fischer, der Leiter der Presse- und Informationsabteilung des Außenministeriums K. Johansen, der Stellvertretende Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenministeriums Je[ns] Kristensen, der Persönliche Referent des Premierministers, H. Jortdal, der zuständige Referent des Außenministeriums, H[enrik] H. Haxthausen, der Dolmetscher W. H. Friis.

Das Gespräch dauerte 40 Minuten.

Aufgezeichnet von G. Motschalow

Nicht korrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 111-116

24. Bemerkungen Chruschtschows zum Instruktionsentwurf für das Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Italiens, notiert am 2. Mai 1964

Zur Frage der Einberufung der Konferenz [der kommunistischen Parteien]

Man muss die italienischen Genossen und die anderen, mit denen wir wegen dieser Frage zusammentreffen und korrespondieren, darauf aufmerksam machen, dass die Idee der internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien nicht von uns, sondern von China stammt, das von Vietnam, Albanien und Indonesien unterstützt wurde. Mithin haben nicht wir den Vorschlag als Erste unterbreitet, doch wir unterstützen, was damals von den chinesischen Genossen vorgebracht worden ist. Jetzt nehmen die Chinesen und dahinter die Vietnamesen und Indonesier eine andere Position ein, wobei die Änderung der Position [erst] in den letzten Tagen erfolgt ist. Und das ist natürlich nicht die Position der vietnamesischen und indonesischen Parteien, sondern der Führung der ChKP⁴⁶².

Es zeigt sich, wenn wir uns an die Chinesen mit dem Vorschlag wenden, die öffentliche Polemik einzustellen und sich Zeit zur Beseitigung oder Abschwächung der Differenzen⁴⁶³ zu nehmen, bemühen sie sich im Gegenteil um deren Verschärfung.

⁴⁶² Chinesische Kommunistische Partei.

⁴⁶³ Der Kernpunkt der Differenzen war der chinesische Vorwurf, die UdSSR betreibe eine revisionistische Politik: Sie verändere deren marxistisch-leninistische Grundlage und verrate damit den

Da sie der Einstellung der Polemik nicht zustimmen, wollen sie jetzt auch keine Einberufung der Konferenz. Es ist offensichtlich, dass dies sozusagen ein Schachzug ist, der sich auf gewisse eigene Ziele richtet. Im Grunde sehen sie, dass sie auf dieser Konferenz keine Mehrheit bekommen, sondern in einer eng begrenzten Minderheit verbleiben werden. Sie wollen jetzt keine Einberufung der Konferenz, aber das geschieht nicht zur Aussöhnung und Beseitigung der Differenzen, sondern zur Gewinnung von Zeit, um die Spaltertätigkeit in allen Parteien fortzusetzen und auf dieser Grundlage ihren Block zu schmieden.

Es ist klar, dass jetzt die Position der Abkehr von der internationalen Konferenz für die chinesischen Führer das Lebenselixier ist. Ihr Urteil lautet, dass hinsichtlich der Einberufung der Konferenz keine Übereinkunft besteht. Die Führer der ChKP wollen die Zeit nutzen, um das Verhältnis zwischen den Parteien, welche die Erklärungen von 1957 und von 1960⁴⁶⁴ unterschrieben haben, noch mehr zu erschüttern, heftiger ins Wanken zu bringen, Kräfte zu sammeln, einen Block zu schmieden, die Absplitterungen verschiedener parteifeindlicher Elemente zu ermutigen usw. Wie die Praxis gezeigt hat, spielt für die Chinesen die Quantität keine Rolle, für sie sind drei Personen bereits eine Partei. Die als Spalter oder wegen anderer Gründe aus der Partei ausgeschlossenen Personen werden von ihnen aufgesammelt und zur Partei erklärt.

Deswegen ist es nicht im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung, der Konferenz jetzt auszuweichen. Es geht nicht darum, die Einberufung der Konferenz zu forcieren, sondern darum, ihrer Abhaltung auf keinen Fall auszuweichen. Ihr auszuweichen ermuntert die Chinesen.

Wir nennen jetzt keine Zeit, dass sie [die Konferenz] unbedingt an einem bestimmten Datum durchgeführt werden muss, aber man sollte sie auch nicht hin-

Kommunismus, zu dem sich nur noch die ChKP mit den ihren Auffassungen folgenden Parteien bekenne.

⁴⁶⁴ Die in Moskau versammelten Vertreter kommunistischer Parteien gaben ohne chinesische und jugoslawische Beteiligung am 16. November 1957 zu Beginn einer viertägigen Konferenz eine Erklärung ab. Ausgehend von der Vorstellung, dass sich ihr politisch-gesellschaftliches System, der Sozialismus, auf dem Weg zum Sieg befinde, während der – als „Imperialismus“ bezeichnete – Westen im Niedergang begriffen sei, wurde die Politik beider Lager einander gegenübergestellt. Während die USA das Zentrum der „aggressiven Weltreaktion“ seien, den deutschen Militarismus zu neuem Leben erweckten und die Kriegsgefahr vergrößerten, praktizierten die kommunistischen Länder die Politik der friedlichen Koexistenz und festigten ihre Einheit und Zusammenarbeit auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus. Solange die Westmächte nicht zur Auflösung der Militärpakte bereit seien, müsse der Warschauer Pakt bestehen bleiben. Die – näher erläuterten – Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus hätten sich als richtig erwiesen und sollten auf der Basis des Marxismus-Leninismus unter Leitung der Partei weiterentwickelt werden. Die fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte der ganzen Welt müssten sich im Kampf gegen die von den Imperialisten ausgehende Kriegsgefahr zusammenschließen, und die sich in einer Reihe kapitalistischer Staaten bietenden Möglichkeiten, über Aktionseinheit und Volksfront die Macht zu erringen, sollten genutzt werden. Die Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung sei von ausschlaggebender Bedeutung. In der Erklärung, die eine zweite Beratung der mit der UdSSR im Einvernehmen stehenden kommunistischen Parteien am 6. Dezember 1960 in Moskau an die Öffentlichkeit richtete, hieß es, die mit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Epoche leite den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ein und sei „die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme“, der „sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen“, des „Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems“, des „Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus“ und des „Triumphs des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab“.

ausschieben. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es auf der Konferenz verschiedene Fragen geben kann. Wir sagen nicht, dass es unbedingt eine Trennung, einen Ausschluss geben muss. Unsere Partei hat nicht nur einmal erklärt, dass wir gegen einen Ausschluss aus der kommunistischen Bewegung und aus [der Gruppe] der sozialistischen Ländern sind. Welches Land sozialistisch ist und welches nicht sozialistisch ist – das wird nicht durch subjektive Festlegung bestimmt, sondern durch objektive Faktoren, aufgrund deren zu bestimmen ist, ob dieses Land sozialistisch oder kapitalistisch ist.

Es ist auch auf Folgendes hinzuweisen. Es gibt Informationen (wir können dies nicht kategorisch behaupten), aber alle Anzeichen sprechen dafür, dass die Chinesen mit den Vertretern der Parteien, die sie unterstützen, schon Zusammenkünfte durchgeführt haben und regelmäßig durchführen.

Seite 4, 1. Absatz, Endes des Absatzes.

Ergänzen: und des Friedensmanifestes.⁴⁶⁵ Die Chinesen haben das Manifest unterschrieben, und jetzt bekämpfen sie es.

⁴⁶⁵ Die Vertreter der mit der KPdSU übereinstimmenden kommunistischen Parteien wandten sich am 19. November 1957 am Ende ihrer Konferenz in Moskau mit einem Friedensmanifest an die „Arbeiter und Bauern“, „Männer und Frauen der Wissenschaft, Technik und Kultur“ und die „Menschen guten Willens aller Länder“. Darin hieß es, der Krieg sei „nicht unvermeidlich“. Dieser lasse sich verhindern; der Frieden könne „verteidigt und gefestigt werden“. Die „Arbeiter und Bauern Russlands“ hätten „unter Führung der Partei Lenins die Losung ‚Frieden‘ auf ihr Banner geschrieben“ und seien „ihr stets treu geblieben“. In den vierzig Jahren seines Bestehens habe „das Sowjetland allen Völkern den Weg zum Frieden“ gebahnt und strebe „allen Hindernissen, die die Imperialisten [im Westen] aufwürfen, nach friedlicher Zusammenarbeit mit den anderen Ländern unabhängig von deren Gesellschaftsordnung.“ Als weitere Teilnehmer „an diesem Kampf für den Frieden“ werden genannt die „Arbeiter der kapitalistischen Länder“ und die „fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt“ sowie die Kolonialvölker, die, von der Oktoberrevolution [in Russland] erweckt, das Joch der jahrhundertealten Abhängigkeit abgeschüttelt haben oder dabei sind, es abzuschütteln.“ Die Gefahr für den Frieden gehe aus „[v]on den kapitalistischen Monopolen, die am Kriege interessiert sind und die vom Kriege träumen, die sich an zwei Weltkriegen und am jetzigen Wettrüsten in unerhörter Weise bereicherten.“ In den Vereinten Nationen seien Vorschläge unterbreitet worden „zu den Problem der Einstellung des Wettrüstens und der Beseitigung der Atomkriegsgefahr, über die friedliche Koexistenz der Staaten und den Ausbau ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit als eines entscheidenden Faktors zur Herstellung des unerlässlichen Vertrauens zwischen den Staaten“. Diese entsprächen „den Lebensinteressen aller Völker“ und stießen „lediglich bei denen auf Widerstand, die an der Aufrechterhaltung der internationalen Spannungen interessiert sind.“ Weder die kommunistischen Parteien noch irgendein sozialistisches Land wollten ihr System anderen aufzwingen oder sich fremde Gebiete aneignen. Daher hätten sie keine „Beweggründe für die Entfesselung eines Krieges“. Sie seien „vom unausbleiblichen Sieg des Sozialismus fest überzeugt“, wüssten „jedoch, dass der Sozialismus nicht von außen her errichtet werden kann, dass er vor allem das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte innerhalb jedes Landes sein muss.“ Abschließend hieß es, der Friede könne „nur erhalten werden, wenn alle, denen er teuer ist, ihre Bemühungen vereinen, ihre Wachsamkeit gegenüber den Kriegsbrandstiftern verstärken und mit voller Klarheit erkennen, dass es ihre heilige Pflicht ist, den Kampf zum Schutze des immer noch bedrohten Friedens zu verstärken.“ Abschließend folgte der Appell, genau aufgelistete Forderungen zu erheben, die mit denen der UdSSR übereinstimmten. Unter Hinweis auf dieses Friedensmanifest richteten die genannten Parteien am 11. Dezember 1960 einen „Appell an die Völker der Welt“, angesichts der Gefahr einer mit gewaltigen Opfern verbundenen Kriegskatastrophe die Kommunisten in ihrem Kampf für den Frieden, für allgemeine Sicherheit und für die damit verbundenen sozialen Wohltaten zu unterstützen, denn diese hielten es für ihre „heilige Pflicht“, alles zu tun, „um die Menschheit vor den Schrecken eines modernen Krieges zu retten“. Den Völkern bleibe nur die Wahl: „friedliche Koexistenz und Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus oder mörderischer Kernwaffenkrieg!“

Das Manifest wurde auf Vorschlag der polnischen Genossen angenommen, wir haben die Polen unterstützt.

Man muss an diesem Manifest festhalten.

Seite 4, 4. Absatz.

Das nach oben stellen, Schlüsse ziehen, sagen:

Was ergibt sich denn daraus? Es zeigt sich, dass die Minderheit jetzt in ihrem Interesse keine Einberufung der Konferenz will. Sie haben den Vorschlag selbst gemacht, aber jetzt wollen sie nicht. Sie wollen Zeit gewinnen, um die anderen Parteien zu zersetzen.

Seite 5, 2. Absatz, 13. Zeile von oben.

Anstelle von „ungehindert“ sagen: „dort, wo sich ihnen die Möglichkeit zu spalten bietet“ usw.

Seite 5, am Ende des 2. Absatzes.

Früher haben die chinesischen Führer die Frage der Einberufung einer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien gestellt. Sobald sich aber das ZK der KPdSU dafür aussprach, eine Konferenz der Bruderparteien einzuberufen und sie in kürzester Frist einzuberufen, begannen sie die Sache so zu drehen, dass ihre Einberufung auf unbestimmte Frist verzögert werden sollte, um die Möglichkeit zur Fortsetzung ihrer Unterminierungsarbeit zu haben.

Eine solche Verzögerung ist nur für die Chinesen vorteilhaft. Sie sind sowohl gegen die Konferenz als auch gegen die Einstellung der Polemik. Wo aber ist die Logik? Wenn wir die Konferenz nicht vorbereiten, gehen wir an der Leine der Chinesen. Dann kommt es dazu, dass wir sie unterstützen und ihnen die Politik der Spaltung erleichtern, so als wären wir durch die Spaltung eingeschüchtert und fürchteten uns vor dieser Spaltung.

Wenn ihr daher gegen die Spaltung kämpfen wollt – und wir [unsererseits] wollen das – dann geht das nur, wenn es eine fest geschlossene, monolithische Mauer der kommunistischen Bewegung geben wird. Dann werden die Chinesen damit rechnen müssen, dass sie entweder isoliert sind oder auf die Mehrheit der kommunistischen Parteien Rücksicht nehmen müssen.

Die Fakten sprechen dafür, dass sie [die chinesischen Führer] dann zurückweichen und zu manövrieren beginnen, wenn sich die Bruderparteien aktiv gegen die Spaltertätigkeit der chinesischen Führer wenden.

Zudem ist ebenfalls zu sagen, dass die Führer der Kommunistischen Partei Chinas an der Aufrechterhaltung der Einheit nicht weniger interessiert sind als wir.

Seite 6, zum 5. Absatz.

Es ist zu sagen:

Bei der Vorbereitung einer neuen Deklaration oder Erklärung oder bei Korrekturen an der 1960 angenommenen Erklärung wäre unsere Partei natürlich der Ansicht, dass der Punkt zu Jugoslawien entweder völlig weggelassen oder eine andere Formulierung erhalten sollte (möglicherweise sollte man es [Jugoslawien] aber gar nicht erwähnen).

Wie es scheint, wäre es am annehmbarsten, eine knappe Erklärung zu verabschieden.

Seite 7, zum 4. Absatz. Es ist ungefähr Folgendes zu sagen:

Wir haben nicht die Absicht, die Tür zuzuschlagen, Bedingungen für einen Ausschluss zu formulieren, [aus der kommunistischen Bewegung] zu verstoßen, alle Fäden zu zerreißen.

Seite 7, 6. Absatz. Redaktionell ändern. Ungefähr so sagen:

Allein schon die Tatsache, dass es ein unterschiedliches Verständnis der Situation gibt, die von allen kommunistischen Parteien 1957 und 1960 gebilligt wurde, erfordert einen Meinungsaustausch zwischen den kommunistischen Parteien. Deswegen ist eine Konferenz fällig, sie ist unausweichlich. Die Frage des Zeitpunkts. Er ist so zu wählen, dass es am zweckmäßigsten und annehmbarsten sein wird.

Im Umlaufverfahren gebilligt am 03. 05. [19]64

Übermittelt von Gawrilowa an Pawlowa

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 568, Bl. 131-140

25. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 30. Mai 1964⁴⁶⁶

Chruschtschow: Erlauben Sie mir, Sie noch einmal zu begrüßen. Zuerst geben wir den Gästen das Wort.

Ulbricht: Danke für die Möglichkeit, mit Ihnen zu sprechen. Wir haben eine Reihe von Problemen, und mitunter muss man nach Moskau fahren, um sie zu erörtern. Das Leben schreitet voran und stellt neue Anforderungen.

Ich beginne mit den Fragen, welche die Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland betreffen. Aus unserem letzten Schreiben an Erhard⁴⁶⁷ ist ersichtlich, dass wir in Zukunft unseren Kampf gegen die Beteiligung der Bonner Regierung an den multilateralen Nuklearstreitkräften der NATO⁴⁶⁸ konzentrieren werden. Die Bonner Regierung rückt jetzt ihre Ansprüche an die erste Stelle, im

⁴⁶⁶ Die Aufzeichnung ist als streng geheim gekennzeichnet. Das Gespräch bildete den Auftakt der Beratungen der sowjetischen Seite mit der DDR-Regierungsdelegation, die vom 29. Mai bis 13. Juni 1964 auf Einladung des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR zu Besuch in Moskau weilte.

⁴⁶⁷ Ulbricht hatte Bundeskanzler Erhard am 6. Januar 1964 und nochmals am 26. Mai 1964 einen vertraglichen Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen vorgeschlagen. Die Bundesregierung hatte die Briefe ungeöffnet zurückgeschickt.

⁴⁶⁸ Die *Multilateral [nuclear] Force* (MLF) war ein politisches Projekt, mit dem die amerikanische Regierung den doppelten Zweck verfolgte, de Gaulles Vorwurf einer durch den Kernwaffenbesitz hergestellten Dominanz zu entkräften und den nicht-nuklearen Verbündeten, vor allem den Bundesrepublik, den Eindruck der nuklearen Beteiligung und Mitsprache zu vermitteln, ohne jedoch Kernkompetenzen der Kontrolle aus der Hand zu geben. Die MLF sollte aus nuklear bewaffneten Überwasserschiffen bestehen, die – anders als die kernwaffentragenden U-Boote der USA – von den Militärs im Kriegsfall als kaum überlebensfähig, mithin als wenig nützlich, betrachtet wurden. Aber darauf kam es in diesem Fall offenbar nicht an. Nach sowjetischer Darstellung lief das Vorhaben auf eine – den Frieden gefährdende – nukleare Ausrüstung der Bundesrepublik hinaus. Die UdSSR würde, so hieß es drohend, das nicht hinnehmen.

Namen von ganz Deutschland zu sprechen. Sie ist bereit, mit allen Ländern Verhandlungen zu führen außer mit der DDR.⁴⁶⁹

Wir stellen der Bonner Hallstein-Doktrin unsere Doktrin des Friedens entgegen. Diese Doktrin geht von der Anerkennung der auf dem Territorium Deutschlands bestehenden realen Verhältnisse und von der Notwendigkeit aus, das Völkerrecht und den Frieden durch die Anerkennung des Bestehens der zwei deutschen Staaten zu gewährleisten. In praktischer Hinsicht betreiben wir Maßnahmen wie Milderung der Spannungen, Verzicht auf atomare Bewaffnung in Deutschland, Einfrieren der Rüstungen und Reduzierung der Militärhaushalte der beiden deutschen Staaten. Wir kämpfen für die Anerkennung der Selbstbestimmung der zwei deutschen Staaten, der bestehenden deutschen Grenzen, der Gleichberechtigung der deutschen Staaten, für die Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen und die Bildung von gemeinsamen Kommissionen sowie für einen gesamtdeutschen Rat. Dieser Terminus ist ein neues Wort zur Bezeichnung des Begriffs „Konföderation“. Das Wort „Konföderation“ ist gegenwärtig für die Masse der Bevölkerung in Westdeutschland nicht attraktiv. Deswegen geben wir ihm die Form des aus gleichberechtigten Vertretern beider deutscher Staaten bestehenden gesamtdeutschen Rates. Auf der gleichen Linie liegt der Vorschlag hinsichtlich der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und der Vorbereitung eines Friedensvertrags mit der Umwandlung West-Berlins in eine freie neutrale Stadt.⁴⁷⁰

In voller Übereinstimmung mit Ihrem Friedensvertragsvorschlag setzen wir die Linie fort, die chauvinistische und revanchistische Politik der Bonner Regierung zu entlarven.

Vor einigen Monaten haben wir das so genannte „offene deutsche Gespräch“ begonnen. Dieses Gespräch wird jetzt mit progressiven Vertretern Westdeutschlands geführt. Das Gesamtdeutsche Jugendtreffen⁴⁷¹, das kürzlich stattgefunden hat, war der erste Höhepunkt im Rahmen dieser Politik. Das war ein Freund-

⁴⁶⁹ Der CDU-Politiker Gerhard Schröder, der 1961 Außenminister geworden war, suchte zu den osteuropäischen Volksdemokratien politische Kontakte zu knüpfen. Das war nur schwer mit der – 1955 gleichzeitig mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR festgelegten – „Hallstein-Doktrin“ zu vereinbaren. Ihr zufolge kamen solche Beziehungen allein zur Sowjetunion in Betracht, denn die Bundesrepublik müsse mit dieser als einer für Deutschland völkerrechtlich zuständigen Macht Kontakt halten, während alle anderen Staaten, welche die DDR anerkennen, als Widersacher des westdeutschen Anspruchs auf alleinige legitime, nämlich demokratische Vertretung des deutschen Volkes abzulehnen seien. Mit seinen Bemühungen wollte Schröder die DDR isolieren. Das Angebot der Beziehungsaufnahme war für die osteuropäischen Adressaten attraktiv, denn die Verbindung zur Bundesrepublik bot ihnen große wirtschaftliche Vorteile.

⁴⁷⁰ Aus dieser „Freien Stadt“ als neutralem Territorium sollten sowohl die Westmächte abziehen als auch die Bundesrepublik auf jede (unterstützende) Einflussnahme verzichten. Aufgrund des Friedensvertrags, der die Besatzungsrechte aufheben würde, sollten die Beschränkungen entfallen, welche die DDR bislang hinsichtlich der über ihr Gebiet verlaufenden Zugangswege West-Berlins zu beachten hatte. Mit anderen Worten: Die Geschicke der Stadt wären völlig dem SED-Regime überantwortet worden.

⁴⁷¹ Nachdem es 1950 und 1954 solche von der FDJ organisierte, von SED und KPD unterstützte Pfingsttreffen gegeben hatte, zu denen westdeutsche Jugendliche durch Schleusungsmaßnahmen in die DDR gebracht worden waren, fand das letzte, wieder zu Pfingsten veranstaltete „Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden und Völkerfreundschaft“ vom 16. bis 18. Mai 1964 mit 500 000 Teilnehmern lediglich in Ost-Berlin statt.

schaftstreffen der Jugend, bei dem es zu offenen Streitgesprächen, unter anderem zu spontanen Diskussionen auf den Straßen über alle Fragen gekommen ist: über die zwei deutschen Staaten, über die Wiedervereinigung usw. Nichts Negatives ist dabei passiert. Dies war ein großer Erfolg, wenn man berücksichtigt, dass von Westdeutschland und West-Berlin gut vorbereitete Personen geschickt worden sind. Doch es hat sich gezeigt, dass unsere Jugend stärker ist. Diese Veranstaltung war für uns ein wichtiger Gradmesser. Ihre Bedeutung besteht darin, dass es uns gelungen ist, eine erste Bresche in den Anspruch der BRD zu schlagen, im Namen von ganz Deutschland zu sprechen.

Natürlich überschätzen wir diese Dinge nicht. Der Umstand, dass der Lebensstandard in Westdeutschland 20 bis 25% höher ist als in der DDR, zeigt seine Wirkung. Bei unserem Lebensstandard haben wir eine Stabilisierung erreicht, in Westdeutschland aber steigt der Lebensstandard in letzter Zeit jährlich um etwa 3%. Wir übertreffen sie [die Westdeutschen] in allen ideologischen Fragen wie der des Friedens, des Bildungssystems und der Erziehung der Jugend usw., aber nicht bei der Wirtschaft.

Wie ist jetzt die Lage in den herrschenden politischen Kreisen Westdeutschlands? Dort richtet sich jetzt alles auf die Wahlen zum Bundestag aus. Mein Schreiben an Erhard zielte ebenfalls darauf ab, Einfluss auf die Wahlen von 1965 zu nehmen. Was können wir tun? Seit Brandts Besuch in den USA⁴⁷² hat die sozialdemokratische Führung damit begonnen, sich offen für die multilateralen Nuklearstreitkräfte der NATO auszusprechen. Das erschwert unsere Arbeit. Trotzdem bemühen wir uns um ein differenziertes Herangehen und bemühen uns im Lauf der nächsten Monate um eine Erneuerung des Besuchsabkommens für die West-Berliner Bevölkerung⁴⁷³ mit einigen Veränderungen von nicht grundsätzlicher Art.

Wichtig ist die Frage, wie der Schlag gegen die Hallstein-Doktrin zu führen ist. Wir begrüßen Ihre Weisungen an die sowjetischen Auslandsvertretungen, das Bemühen um diplomatische Anerkennung der DDR zu unterstützen. Zweifellos ist das Ansehen der DDR gestiegen. Wir bemühen uns, normale Beziehungen zu

⁴⁷² Brandt hatte bei seinem Besuch in den USA am 21. Mai 1964 ein Gespräch mit Präsident Lyndon B. Johnson, der auch drei Tage zuvor ihm zu Ehren ein Essen gegeben hatte. Weiter traf er unter anderem mit Außenminister Dean Rusk, Justizminister Robert Kennedy und Verteidigungsminister Robert S. McNamara zusammen. Am 15. Mai hielt er eine Rede vor der Foreign Policy Association.

⁴⁷³ Nachdem in Bonn Adenauer von Erhard als Bundeskanzler abgelöst worden war (von dem sich Chruschtschow die Einleitung einer außenpolitischen Umorientierung in sowjetischem Sinne erhoffte), hatte die DDR auf Betreiben der UdSSR am 17. Dezember 1963 mit dem West-Berliner Senat ein Passierscheinabkommen geschlossen, das der Bevölkerung der Stadt erstmals seit dem Bau der Mauer während der Weihnachts- und Neujahrszeit Besuche bei Verwandten und Freunden im Osten ermöglichte. Der Vereinbarung lag ein wechselseitiger Verzicht zugrunde, auf der Durchsetzung von Grundsatzstandpunkten zu bestehen. Die DDR ließ die Forderung nach Anerkennung ihrer strittigen Amts- und Staatsbezeichnungen fallen. Angesichts dessen, dass die westlichen Besatzungsmächte jede Tätigkeit von DDR-Staatsorganen auf West-Berliner Gebiet untersagt hatten, die Passierscheinanträge aber dort gestellt werden mussten, war der Senat dazu autorisiert worden, Passierscheinstellen zu akzeptieren, wenn diese angeblich aus Postbediensteten bestanden, so dass es sich offiziell nicht um DDR-Staatsorgane handelte. Obwohl die Antragstellung mit erheblichen Mühen – insbesondere zweimaligem langem Anstehen bei den Passierscheinstellen sowie Kontrollprozeduren an den Grenzübergängen – verbunden waren, machten 700 000 West-Berliner insgesamt 1,2 Mio. mal Gebrauch von der Möglichkeit des Besuchs im anderen Teil der Stadt.

einzelnen Mitgliedsstaaten der NATO herzustellen, um bei Reisen dorthin den „Travel Board“ in West-Berlin auszuschalten.⁴⁷⁴ Es ist notwendig, für die Liquidierung dieser Behörde zu kämpfen. Es gibt dazu Möglichkeiten, und bei Reisen unserer Vertreter nach Belgien sowie auch nach England ist es uns in einzelnen Fällen gelungen, ein Visum direkt auf den Flughäfen bei der Ankunft in diesen Ländern zu bekommen. Diese Linie muss auch künftig fortgeführt werden.

Große Bedeutung für die Politik der friedlichen Koexistenz Deutschlands werden die Ergebnisse unseres jetzigen Besuchs in der Sowjetunion haben. Die Bonner Regierung lehnt Verhandlungen mit uns ab und übt auf andere Staaten Druck aus, keine Beziehungen zur DDR aufzunehmen. CDU und SPD erklären, dass sie bereit sind, einen hohen Preis für die allmähliche Annexion der DDR⁴⁷⁵ zu zahlen. Brandt bereitet seinen Wahlkampf unter der folgenden Parole vor: „Die Bonner Außenpolitik ist realistisch. Im Zusammenhang mit den wachsenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern der Volksdemokratien wird die Sowjetunion in 5 bis 10 Jahren gezwungen sein, in der deutschen Frage Zugeständnisse zu machen“. Das ist der Grund, aus dem wir den Vorschlag unterbreitet haben, zwischen unseren Ländern [der DDR und der UdSSR] einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. In den Beziehungen zwischen unseren Ländern wird sich praktisch nichts ändern. Mit diesem Schritt wollen wir allen Spekulationen darüber entgegentreten, dass die DDR verkauft werden könnte. Wir wollen damit zugleich die Idee bekräftigen, dass die DDR und die BRD gleichberechtigte Staaten sind.

Ein solcher Vertrag hätte große Bedeutung auch für die Vorbereitung des Friedensvertrags. Der Friedensvertrag wird real werden, wenn die zwei deutschen Staaten gleichberechtigte Beziehungen [zueinander] herstellen. So ein Freundschaftsvertrag würde zeigen, dass es zur Regelung der Fragen von West-Berlin und der Verbindungen [zwischen der Stadt und Westdeutschland] der Herstellung normaler Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten bedarf. Es ist kaum daran zu denken, dass die Sowjetunion und die USA zu einer Übereinkunft über West-Berlin gelangen werden, wenn die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten nicht normalisiert werden. Das ist offensichtlich nicht möglich, und darum betrachten wir die Herstellung gewisser normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten als notwendig.

Der Druck auf die Vereinigten Staaten, der sich gegen die Verständigung mit der UdSSR über verschiedene Fragen richtet, kommt hauptsächlich aus Bonn. Die USA haben Andeutungen gemacht, die Bonner Regierung solle ihre Beziehungen zur DDR normalisieren, ohne sich auf eine offizielle Anerkennung einzulassen, doch Bonn geht darauf bislang nicht ein.

Eine andere Frage, die wir aufwerfen möchten, ist die nach einer gemeinsamen Erklärung der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages. Bis jetzt ist es nicht gelungen, dies zu verwirklichen, weil die rumänischen Genossen dagegen sind.

⁴⁷⁴ Wegen fehlender Beziehungen zu den Staaten im Westen musste die DDR Genehmigungen bei dieser aus der frühen Nachkriegszeit stammenden Besatzungsbehörde beantragen, wenn sie Funktionäre dorthin schicken wollte.

⁴⁷⁵ Dieser Aussage liegt die Vorstellung zugrunde, die Politik der Nichtanerkennung der DDR zielle auf Annexion ab.

Sie wollen noch vor den Verhandlungen wissen, worum es gehen soll. Offenbar ist es nötig, [zuerst] einen Entwurf dieses Dokuments auszuarbeiten, der zwischen den Außenministerien unserer [beiden] Länder abgestimmt ist, und danach schicken wir auf unsere Initiative hin diesen Entwurf an die Länder des Warschauer Vertrags.

Die nächste Frage betrifft die Vorbereitung der Konferenz der nicht-gebundenen Staaten.⁴⁷⁶ Wir haben über dieses Thema mit den jugoslawischen Genossen gesprochen. Sie sind der Meinung, dass man diese Konferenz nicht mit der deutschen Frage belasten sollte. Es wird daran gedacht, dass sich vielleicht ein Weg finden lässt, separate Erklärungen darüber abzugeben, dass eine Politik des Friedens und des Abbaus der Spannung die Herstellung normaler Beziehungen zu beiden deutschen Staaten seitens der nicht-gebundenen Staaten notwendig macht und dadurch die Entspannung und die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands fördert. Das wäre zu tun, weil einige nicht-gebundene Länder an der Ansicht festhalten, dass eine Anerkennung beider deutscher Staaten die Spaltung Deutschlands verstärken könnte.

Das sind unsere fundamentalen Probleme in den Fragen der Außenpolitik.

Chruschtschow: Ich möchte einige Erwägungen zu den Fragen darlegen, die Sie berührt haben. Wir stimmen den Vorstellungen zu, die Sie dargelegt haben. Wir meinen, dass der von Ihnen vorgeschlagene Freundschaftsvertrag für die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion von Nutzen sein wird. Wir haben uns mit Ihrem Entwurf vertraut gemacht. Wir sind grundsätzlich einverstanden. Doch haben wir einige Wünsche, die unserer Ansicht nach geeignet sind, den von Ihnen unterbreiteten Entwurf zu verbessern oder zu präzisieren. Ihr Entwurf ist so formuliert, dass das Potsdamer Abkommen völlig wegfällt. Auf diese Weise werden England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von den Verpflichtungen befreit, die ihnen Potsdam auferlegt hat.⁴⁷⁷ Das ist für uns günstig und zugleich ungünstig. Praktisch ergibt sich aus diesen Verpflichtungen wenig Vorteil. Trotzdem sind darin gewisse Ausgangspunkte enthalten, die für die Westmächte verbindlich sind. Offensichtlich sollte man die Westmächte jetzt nicht von diesen Verpflichtungen befreien. Zum Beispiel gibt es darin die Verpflichtung, dass Deutschland kein militaristisches Land⁴⁷⁸ sein darf. In den Potsdamer Vereinbarungen ist ebenfalls von der Notwendigkeit des Kampfes gegen

⁴⁷⁶ Gemeint sind die Mitglieder der Blockfreienbewegung, die sich auf der ersten Afro-Asiatischen Konferenz in Bandung vom 18. bis 24. April 1955 konstituiert hatte. Die dort versammelten Vertreter von 23 asiatischen und 6 afrikanischen Staaten bezeichneten ihre Länder erstmals als „Dritte Welt“ zur Unterscheidung vom Westen als erster Welt und vom sowjetischen Lager als zweiter Welt. Diese von Indien, Ägypten, Indonesien und Jugoslawien geführte Gruppe sah den Kampf gegen den Kolonialismus westlicher Mächte als ihre zentrale Aufgabe an und weckte damit bei Chruščev die Hoffnung auf ein „antiimperialistisches“ Bündnis gegen den Westen.

⁴⁷⁷ Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 vereinbarten die USA, Großbritannien und die UdSSR – Frankreich war nicht beteiligt – unter anderem die Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung Deutschlands. Diese Zielsetzung wurde von sowjetischer Seite seit der Pariser Konferenz der vier Außenminister im Sommer 1946 als Verpflichtung interpretiert, dort eine „antifaschistische Ordnung“ nach Art der Sowjetzone einzuführen.

⁴⁷⁸ Der ideologisch bestimmten sowjetischen Lesart zufolge, war der Militarismus ein kapitalistisches Phänomen. Der Aufbau bzw. die Existenz militärischer Streitkräfte in sozialistischen Staaten hatte daher von vornherein nichts mit Militarismus zu tun.

den Nazismus⁴⁷⁹ die Rede usw. Diese Punkte sind schon alt, aber die Westmächte befolgen sie trotzdem nicht. Nichtsdestoweniger ist es nicht unsere Sache, sie von diesen Verpflichtungen zu befreien. Wir gehen bei unseren außenpolitischen Schritten davon aus, dass die Westmächte den Verpflichtungen nachkommen müssen, die in den Potsdamer Vereinbarungen festgelegt worden sind. Das muss unserer Ansicht nach auch im Freundschaftsvertrag zum Ausdruck kommen. Wir müssen die Westmächte an ihre Verpflichtungen erinnern, in Deutschland keinen Militarismus zuzulassen. Das ist unsere grundlegende Bemerkung zu Ihrem Entwurf des Freundschaftsvertrags.

Wir meinen, dass so ein Vertrag nicht nur unter formalem Gesichtspunkt nützlich ist. Sie haben gesagt, dass der Vertrag praktisch nichts verändert. Ich glaube, dass dem nicht so ist. Der Vertrag ändert viel in den Beziehungen zwischen unseren Ländern. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Nicht von ungefähr hat Stalin Freundschaftsverträge mit den Polen, Tschechen und Bulgaren geschlossen, aber er hat so einen Vertrag nicht mit der DDR geschlossen. Stalin war offenbar der Ansicht, dass Deutschland keinen Krieg wert ist. Zwar betrachtete er die Deutsche Demokratische Republik als Gegenstand eines möglichen Kampfes, dachte aber letzten Endes, sie sei vielleicht außerstande, ihre unabhängigen Positionen zu behaupten. Die gleichen Ansichten vertrat auch Molotow mit großer Beharrlichkeit. Deswegen hat er, als er das Projekt des Warschauer Vertrags zur Beurteilung vorlegte,⁴⁸⁰ die DDR und Albanien nicht einbezogen. Und als er gefragt wurde, wieso er es so gemacht habe, antwortete Molotow, wir würden doch wegen der DDR und Albanien keinen Krieg führen. Natürlich hat Molotow hier die Worte Stalins wiederholt. Wenn wir also einen Freundschaftsvertrag schließen, verändert das die gesamte Lage wesentlich. Das wird auch auf grundlegende Veränderungen für die Deutsche Demokratische Republik hinauslaufen in dem Sinne, dass dies zur Erhöhung ihrer Rolle und zur Stärkung ihres internationalen Ansehens beitragen wird.

Derzeit machen die Vereinigten Staaten grundlegende Anstrengungen, um das Bündnis der sozialistischen Staaten zu erschüttern. Und bedauerlicherweise haben sie damit Erfolg.

Ulbricht: Ja, das ist so.

Chruschtschow: Nehmen Sie nur die Rumänen. Jetzt haben sie einen Vertrag mit Westdeutschland mit einer klaren Spitze gegen die DDR geschlossen.⁴⁸¹ Und das geschah durchaus nicht deswegen, weil sie die Bedeutung eines derartigen Vertra-

⁴⁷⁹ Der Nazismus bzw. Faschismus war nach sowjetischer Auslegung ebenfalls ausschließlich ein Phänomen, das auf dem westlichen Staats- und Gesellschaftssystem beruhte.

⁴⁸⁰ Nachdem die Westmächte auf der Londoner Neun-Staaten-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 generell die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO vereinbart und dann auf den Pariser Konferenzen vom 19. bis 23. Oktober 1954 die Details abschließend vertraglich festgelegt hatten, bereitete die UdSSR die Gründung des Warschauer Pakts vor.

⁴⁸¹ Am 17. Oktober 1963 wurde ein Abkommen über die Eröffnung einer westdeutschen Handelsmission in Bukarest abgeschlossen. Als Vertretung mit staatlichen Kompetenzen war sie der erste diplomatische Stützpunkt Bonns im Warschauer Pakt außerhalb der UdSSR. Demgemäß befasste sich ihr Personal anschließend nicht nur mit kommerziellen, sondern auch mit politischen Fragen wie insbesondere der Übersiedlung deutschstämmiger Bürger Rumäniens in die Bundesrepublik.

ges unterschätzt hätten. Das geschah völlig bewusst und sogar demonstrativ. Alles das begeistert den Westen. Der Westen ist der Ansicht, dass solche Erscheinungen vom Beginn des Zerfalls des sozialistischen Lagers zeugen. Er ist der Ansicht, dass die Prozesse, die in China, Jugoslawien, Rumänien ablaufen, klar zu seinem Vorteil sind. Deswegen wird der Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion unseren Druck auf den Westen verstärken. Ein derartiger Schritt macht unsere Bemühungen in dieser Richtung deutlich. Daher wird meiner Ansicht nach ein derartiger Vertrag nicht nur formal, sondern auch in der Sache sehr große Bedeutung haben. Ich habe Ihnen [damit] unsere Haltung zu dem Vertrag dargelegt.

Sie haben uns Ihre Vorschläge bezüglich einiger Maßnahmen vorgelegt, deren Verwirklichung Sie für notwendig erachten. Ich halte die Durchführung derartiger Schritte für nützlich.

Die Frage des Lebensstandards der Deutschen in West und Ost. Diese Frage ist sehr schwierig. Sie haben hier 25% genannt. Ich denke, Sie haben das bewusst getan und hatten [dabei] den zweiten, den wirtschaftlichen Teil Ihres Berichts im Blick. Das ist schlicht deutsche Schläue.

Ulbricht: Bedauerlicherweise steht diese Frage ständig auf unserer Tagesordnung.

Chruschtschow: Das ist richtig. Offenbar wird diese Frage nicht nur ein Jahr lang auf der Tagesordnung stehen. Wir haben die Frage unserer Entwicklung bis zum Jahr 1980 zur Diskussion gestellt. Doch auch danach werden wir noch viele Probleme haben, um die wir uns ernstlich kümmern müssen. Bei der Vorlage unseres Entwicklungsprogramms haben wir schließlich gesagt, dass mit seiner Verwirklichung nur die Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft geschaffen werden. Mithin steht uns auch nach Durchführung dieses Programms viel Arbeit bevor. Ich denke, wir sollten nicht den Kopf hängen lassen und die Sorge haben, dass wir arbeitslos werden. Uns steht eine große, schwere und interessante Arbeit bevor. Wenn Sie sich über Ihren Lebensstandard beklagen, was sollen wir erst sagen, da der Lebensstandard in unserem Land deutlich niedriger ist im Vergleich sowohl zum Westen als auch zu Ihnen. Insgesamt ist die Lage in der DDR ausgezeichnet. Als ich in Ägypten war, habe ich die Äußerungen von bürgerlichen Prominenten gelesen, die in westlichen Zeitungen geschrieben haben, dass es in der Deutschen Demokratischen Republik ein regelrechtes Wirtschaftswunder gibt.

Ulbricht: Das schreiben auch wir in unserer Propaganda und lancieren entsprechende Artikel im Westen. So kommt es, dass Sie zum Opfer unserer eigenen Propaganda geworden sind.

Chruschtschow: Ich schenke dieser Propaganda Glauben. Wenn Sie sagen, dass das Ihre Propaganda ist, dann verdient sie meiner Ansicht nach umso größeres Vertrauen. Es ist klar, dass sowohl Sie als auch wir noch viel tun müssen, doch bin ich der Ansicht, dass die von Ihnen genannte Zahl von 25% eindeutig übertrieben ist.

Jetzt zur Frage, wie der Kampf und die Propaganda erfolgen sollen. Wir sind der Ansicht, dass wir an diesen Fragen ständig arbeiten und diese Sache unablässig

sig erneuern und schärfen müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Umstand hinweisen. Meiner Ansicht nach ist es stets unsere wichtigste Aufgabe gewesen, dass die Deutsche Demokratische Republik Standfestigkeit erlangt. Wie Sie sich erinnern, haben wir vorgeschlagen, das mittels Abschluss des Friedensvertrages zu erreichen. Es ist uns nicht gelungen, den Friedensvertrag abzuschließen, dennoch haben wir die von uns gestellten Ziele erreicht. Wir haben das mittels der Schließung der Grenze [in Berlin] erreicht. Das hat die ganze Sache entschieden, zumal der Lebensstandard der Deutschen Demokratischen Republik sich tatsächlich vom Lebensstandard Westdeutschlands unterscheidet. Doch es geht nicht nur darum. Sogar wenn der Lebensstandard in beiden deutschen Staaten gleich wäre, hätten wir trotzdem einige Schwierigkeiten, da die Bourgeoisie zuweilen zu Tricks greift, die wir uns nicht erlauben können. Der Form nach sehen diese Tricks völlig demokratisch aus, und darin liegt ihre grundlegende Gefahr. Ich möchte hinzufügen, wären die Westmächte auf den Abschluss des Friedensvertrags mit der DDR eingegangen, hätten wir nicht, was wir jetzt haben, nachdem wir die Mauer in Berlin gebaut haben.⁴⁸² Die Sache ist die, dass die Westmächte ohnehin nicht auf die Schließung der Grenze eingegangen wären. Aber ohne die Schließung der Grenze bringt uns der Friedensvertrag nichts. Das Wichtigste ist für uns diese Mauer. Sie hat auch die innere Situation der DDR verändert. Ich möchte, dass Sie stets im Blick haben, was ich jetzt gesagt habe, zumal sich immer Leute finden, die darüber Spekulationen anstellen und sagen, die DDR und die Sowjetunion hätten, nachdem sie die Frage des Friedensvertrages gestellt haben, ihre Ziele nicht zu erreichen vermocht. Zu solchen Spekulationen können unsere Gegner greifen. [Walter] Lippmann hatte jedoch völlig recht, als er im Gespräch mit Adshubej sagte: Sie haben alles bekommen, was Sie erreichen wollten und außerdem haben Sie bei Kennedy ein Hühnerauge hinterlassen, auf das Sie treten können, wann immer Sie wollen. Und das ist vollkommen richtig. Jetzt hat Johnson (in seinem Naturell hat er etwas von einem Kommisskopf) auf Westdeutschland ziemlich brutal Druck ausgeübt, als er ihm den Rat gab, sich mit Moskau zu verständigen. Das ist starker Druck von seiner Seite. Das sät in der BRD Unsicherheit bezüglich der Politik der Amerikaner in der deutschen Frage. Wir glauben, dass wir bislang keine reale Hoffnung auf eine vertragliche Übereinkunft mit dem Westen in der deutschen Frage haben. Die Franzosen, vor allem de Gaulle, wollen offenbar, dass wir das unsererseits offen eingestehen und uns mit der Regelung der deutschen Frage nicht beeilen, sondern alles so lassen, wie es ist. Und de Gaulle hat grundsätzlich recht. Schließlich haben wir, als wir die Karte des Friedensvertrages ausgespielt haben, noch nicht gewusst, dass wir unsere Ziele erreichen können, ohne so einen Vertrag zu schließen.⁴⁸³ Ich erinnere mich, als ich diese Idee vortrug und zum Beispiel vorschlug,

⁴⁸² Die Schließung der innerstädtischen Grenze hätte sich nach Chruščëvs Ansicht erübrigt, wenn die Flucht aus der DDR stattdessen durch die Kontrolle des SED-Regimes über die Außenverbindungen West-Berlins gestoppt worden wäre.

⁴⁸³ Diese Feststellung geht insofern an der Wirklichkeit vorbei, als es Chruščëv im November 1958 und danach nicht nur darum ging, die Flucht aus der DDR zu unterbinden. Das weitergehende Ziel, die Westmächte aus West-Berlin zu vertreiben und die Stadt in den sowjetischen Machtbereich einzubeziehen (wobei nach ausdrücklichem Bekunden das kapitalistische System beibehal-

West-Berlin in eine neutrale Freie Stadt zu verwandeln, hatte Gen. W. Ulbricht einige Zweifel bezüglich dieses Projekts. Insbesondere sagte er damals, seinerzeit seien Hamburg und Danzig Freie Städte gewesen und das habe zu nichts Gutem geführt.⁴⁸⁴ Doch zu der Zeit, als wir den Vorschlag des Friedensvertragsabschlusses unterbreiteten, hatten wir keine andere Wahl. Wenn wir heute diesen Schritt analysieren, so müssen wir anerkennen, dass das richtig war. Wir werden auch heute den Kampf für den Abschluss eines Friedensvertrages fortsetzen, doch das Wichtigste ist für uns jetzt die innere Stabilisierung und wirtschaftliche Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

Ulbricht: Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie uns Ihren Standpunkt dargelegt haben. Was Ihre Bemerkung zu Potsdam betrifft, so ist diese Bemerkung absolut richtig. Wir sollten von den Potsdamer Vereinbarungen ausgehen, weil wir im östlichen Teil Deutschlands diese Vereinbarungen verwirklicht haben. Die Fragen des Kampfes gegen Militarismus und Nazismus spielten in Westdeutschland immer eine gewisse Rolle und spielen sie weiter, was uns die Möglichkeit verschafft, in der internationalen Arena bestimmte Kräfte für den Kampf gegen die Politik Bonns zu mobilisieren. Wir sind völlig damit einverstanden, Potsdam in den Freundschaftsvertrag aufzunehmen. Offensichtlich müssen unsere Außenministerien über diese Frage konkret verhandeln.

Was die 25% betrifft, so habe ich diese Frage in einen völlig anderen Zusammenhang gestellt. Diese Frage ist außerordentlich kompliziert. Derzeit lassen wir Westdeutsche in die DDR einreisen, aber wir lassen unsere Bürger nicht in die BRD fahren. Das ist sozusagen die Kehrseite der Mauer. Dies bereitet uns gewisse innere Schwierigkeiten. Hier haben wir zwei Argumente. Erstens, mit den Bürgern der DDR geht man in der BRD wie mit Objekten der [Straf-]Verfolgung um, denn nach den Bonner Gesetzen kann jeder Bürger der DDR in Westdeutschland wegen seiner Tätigkeit in der DDR zur Verantwortung gezogen werden. Wenn zum Beispiel ein Arbeiter aus der DDR nach Kiel fährt, kann er nach Bonner Gesetzen für Äußerungen gegen die Bonner Regierung, die er in der DDR gemacht hat, zur Verantwortung gezogen werden. Er kann verhaftet und vor Gericht gestellt werden. Der zweite Grund liegt im Lebensstandard. Der höhere Lebensstandard in der BRD versetzt Bonn in die Lage, nicht nur zu be-

ten werden dürfe), wurde erst im Oktober 1961 aufgegeben, nachdem die USA klar gemacht hatten, dass ihr die UdSSR im Falle eines globalen Krieges haushoch unterlegen wäre, so dass sie – und nicht etwa die amerikanische Seite – diesen zu fürchten habe. Erst seitdem hieß es im Kreml, dass man mit dem Mauerbau im Grunde schon alles erreicht habe. Dessen ungeachtet, erklärte es die sowjetische Führung noch bis Herbst 1963 lauthals für notwendig, dass West-Berlin eine „selbständige politische Einheit“ – eine Umschreibung der Freistadtforderung – werden müsse.

⁴⁸⁴ Die Freie Stadt Danzig wurde nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Deutschen Reich herausgenommen und als allein von Deutschen bewohntes Gebiet nicht dem neu geschaffenen Polen angegliedert, sondern einem Hochkommissar des Völkerbunds unterstellt, wobei man zugleich Polen einige Rechte in der Stadt zugestand. Der komplizierte Sonderstatus der Stadt gehörte zu den Problemen, mit denen Hitler 1939 den Angriff auf Polen begründete. Hamburg hatte wie viele andere deutsche Städte während vieler Jahrhunderte den Status einer Freien Reichsstadt und konnte ihn, abgesehen von wenigen Jahren in der Ära Napoleon I., so wie Bremen und Lübeck bis 1945 aufrechterhalten. Diese Sonderstellung im Rahmen eines größeren Ganzen hat niemals zu Problemen geführt.

trügen, sondern auch die Bürger der DDR in einzelnen Fällen zu korrumpieren. Daraus ergibt sich für uns eine starke innenpolitische Belastung.

Chruschtschow: Ich wollte keineswegs sagen, dass der Lebensstandard in der DDR höher ist als in der BRD.

Ulbricht: Ich bitte um Verständnis für unsere Lage. Die inneren Schwierigkeiten, über die ich gesprochen habe, sind sehr ernst. Es gibt ziemlich breite Kreise, die das nicht verstehen. Für uns besteht jetzt die Hauptfrage darin, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Jetzt ist der wichtigste Gradmesser nicht der Lebensstandard, sondern die Arbeitsproduktivität, und darin bleiben wir ebenfalls ernstlich hinter Westdeutschland zurück. Wenn Gen. L[othar] Bolz keine Bemerkungen zum ersten Teil unseres Gespräches hat, könnten wir zum zweiten, zum wirtschaftlichen Teil übergehen.

Bolz: Ich möchte lediglich darum bitten, so schnell wie möglich mit Gen. A[ndrej] A. Gromyko zusammenzutreffen, um mit der Arbeit zur endgültigen Abstimmung des Entwurfs des Freundschaftsvertrags zu beginnen, damit man ihn am Ende des Aufenthaltes unserer Delegation in der Sowjetunion unterzeichnen kann.

Chruschtschow: Gen. A. A. Gromyko hat bereits seine Bemerkungen zu dem von Ihnen vorgeschlagenen Entwurf vorgelegt. Sie können sich mit ihm jederzeit treffen und die Arbeit aufnehmen.

Ulbricht: Ich denke, wir können zum zweiten Teil übergehen. Uns ist es jetzt gelungen, eine Stabilisierung der Wirtschaft der DDR und ebenso einen gewissen Fortschritt auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Arbeit und der Leitung der Wirtschaft zu erzielen. Die von uns durchgeführte Reorganisation hat sich bewährt.⁴⁸⁵ Die Methoden der Wirtschaftsführung sind besser geworden. Nachdem wir die vereinigten Betriebe⁴⁸⁶ auf wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt haben, läuft die Sache anders. Damit haben wir das Leninsche Prinzip genau verwirklicht, dem zufolge die Konzerne auf der Grundlage des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten müssen.⁴⁸⁷ Ich denke, dass wir gegen Ende dieses Jahres die Arbeiten zur Reorganisation der Wirtschaftsführung abschließen werden.

Die von uns durchgeführte Reorganisation hat große Konsequenzen auch für die Landwirtschaft. Die Leitung der staatlichen Güter wird nach dem gleichen

⁴⁸⁵ Gemeint ist das unter der Leitung des Chefs der Staatlichen Plankommission, Erich Apel, ausgearbeitete Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL), das vom VI. Parteitag der SED im Januar 1963 gebilligt und vom Staatsrat der DDR am 15. Juli 1963 in Kraft gesetzt wurde. Diese Reform suchte bestimmte Elemente des Kapitalismus zum Zweck der Effizienzsteigerung nutzbar zu machen und begründete dies mit dem Hinweis auf die Neue Ökonomische Politik (Novaja ekonomičeskaja politika, NĖP), zu der sich Lenin 1921 entschlossen hatte, als der Kurs des Kriegskommunismus in die wirtschaftliche Katastrophe geführt hatte.

⁴⁸⁶ Die Vereinigung der Volkseigenen Betriebe (VVEB).

⁴⁸⁷ Lenin hatte das in einer Weisung an das Volkskommissariat für Finanzen der UdSSR vom 1. Februar 1922 für die Konzerne und Betriebe festgelegt, damit deren Leiter nicht als „komplette Idioten“ dastünden.

Prinzip erfolgen, das [auch] in der Industrie angewandt wird (d. h. die Vereinigung der staatlichen Güter [arbeitet] nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung). All das wird das bestehende System der Rechnungslegung erheblich einschränken. Alle diese wirtschaftlichen Prinzipien beginnen wir auch im Außenhandel einzuführen und ebenso im Binnenhandel. Wir denken daran, einen Kaufhauskonzern und ebenfalls ein zentrales Versandkaufhaus zu schaffen, das mit dem Konzern verbunden ist. Dies wird unsere Industrie dazu zwingen, qualitativ hochwertige Waren bereitzustellen. Jetzt haben wir alle nötigen Maßnahmen ausgearbeitet, die wir bis 1970 verwirklichen werden. Wir sind der Ansicht, dass sich die von uns auf dem Gebiet der Wirtschaft gefassten Beschlüsse bewährt haben. Wenn man sich die Bilanz des vergangenen Jahres anschaut, ist ersichtlich, dass die Gewinne bei den meisten Betrieben erheblich angewachsen sind, und verschiedene Betriebe, die früher subventioniert wurden, bringen jetzt Gewinn.

In der Landwirtschaft sind wir jetzt dazu übergegangen, ein Programm zur Entwicklung der Landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammen mit diesen Genossenschaften⁴⁸⁸ zu erarbeiten, d. h. wir setzen genau den gleichen Weg fort, den wir bisher gegangen sind. In besonders vorangeschrittenen Produktionsgenossenschaften setzt nun der Prozess der Spezialisierung und des Übergangs zu modernen Produktionsmethoden ein. Bei der Arbeit mit den Bauern besteht unsere Aufgabe jetzt hauptsächlich darin, sie von der Richtigkeit der von uns gestellten Aufgaben zu überzeugen. Wir haben keine Eile, und der Prozess verläuft insgesamt nicht schlecht.

Die Hauptschwierigkeiten sind deswegen entstanden, weil die Lieferverträge für dieses Jahr beispielsweise bei Fleisch und Butter [von den sozialistischen Ländern] nur zum Teil erfüllt werden. Die Schwierigkeit besteht darin, dass wir auf dem europäischen Markt schon jetzt keine Butter bekommen können. Vielleicht können wir sie in Neuseeland bekommen. Früher haben wir nie Butter auf dem kapitalistischen Markt gekauft. Der Mitteilung des Gen. Lomako entnehmen wir, dass wir 1964/65 [aus der UdSSR] 1 240 000 Tonnen Getreide, 78 000 Tonnen Fleisch, 54 000 Tonnen Butter und 4300 Tonnen Erdöl nicht geliefert bekommen. Das entspricht etwa dem Betrag von 870 Mio. Valuta-Mark. Bis jetzt wissen wir nicht, wie wir mit den Schwierigkeiten fertig werden sollen, die sich aus dem Lieferausfall ergeben. Mit französischen Firmen verhandeln wir über den Kauf von Getreide zu einem späteren Zeitpunkt, aber wie sich diese Frage 1964/65 lösen lässt, wissen wir noch nicht. Auf der Grundlage eigener landwirtschaftlicher Ressourcen können wir nicht viel machen. Jetzt haben wir das Plansoll erhöht. Aber Sie wissen, wie das läuft: Wir stellen die Aufgabe, aber vielleicht erfüllen die Menschen sie nicht. Wir haben ein Quantum Stickstoffdünger in der BRD gekauft, um schon in diesem Jahr den Ertrag zu steigern. Jetzt liefern sie uns 40 000 Tonnen Stickstoff. Dafür lassen wir ein paar politische Gefangene frei.⁴⁸⁹ Wir brauchen noch 60 000 Tonnen Stickstoff, und auch dafür reicht unser

⁴⁸⁸ Bei den Genossenschaften der DDR handelte es sich nicht um selbstbestimmte Zusammenschlüsse von Produzenten, sondern um Großbetriebe, die aufgrund zentraler Weisungen von Parteifunktionären geleitet wurden.

⁴⁸⁹ Das bezieht sich auf die Anfang der 1960er Jahre eingeleitete Praxis des Freikaufs politischer Gefangener durch die Bundesrepublik.

Vorrat an politischen Gefangenen aus. Es ist jedoch nicht klar, ob Westdeutschland darauf eingehen wird.

Mikojan: Sie [die Genossen in der DDR] haben von Castro gelernt, solche Geschäfte zu machen.

Ulbricht: Ja, das sind neue Methoden der Politik der friedlichen Koexistenz.

Chruschtschow: Sozusagen Austauschprodukte.

Ulbricht: Die grundlegende Frage ist für uns das Viehfutter. Deswegen sind wir gestern so sehr an dem von Ihnen erwähnten Eiweiß interessiert gewesen. Das ist die grundlegende Frage der Landwirtschaft. Wir haben Pläne zur Erhöhung der Produktivität der Viehzucht ausgearbeitet. Bei uns kommen jetzt auf 100 ha 75 Stück Rindvieh, aber wir müssen diese Zahl auf 100 Stück Rindvieh bringen.

Chruschtschow: Aber Sie produzieren doch auch Eiweiß, nämlich Harnstoff, für die Fütterung von Rindvieh.

Ulbricht: Aber dieses Eiweiß ist für Schweine ungeeignet.

Die zweite für uns wichtige wirtschaftliche Frage ist die der Förderung von Erdöl. Jetzt führt eine Reihe von Staaten Erkundungen nach Erdöl und Erdgas entlang der Nord- und Ostseeküste durch. Die Holländer haben große Vorkommen an Erdgas im Meer entdeckt, und die Westdeutschen bohren in der Ostsee an der Grenze zur DDR. Wir haben in der Uferzone, unweit von der Insel Rügen, ebenfalls Erdgas entdeckt. Wir führen bislang die Bohrungen nur in den oberen Schichten durch, aber die Westdeutschen stoßen bereits in die unteren Schichten vor.

Auf der Ebene der entsprechenden Organisationen haben wir mit der Sowjetunion darüber Verhandlungen geführt, dass sowjetische Brigaden auf dem Territorium der DDR Bohrungen in einer Tiefe bis zu 5000 Metern durchführen. Es scheint, dass schon eine vertragliche Übereinkunft darüber erzielt worden ist.

Jetzt ist eine neue Frage aufgekommen. Stoph hat gestern an Kossygin einen Brief geschickt mit der Bitte, uns in Fragen der Meeresbohrung zu helfen. Wir bitten darum, in die DDR Spezialisten für Meeresbohrung zu entsenden, welche die Gegebenheiten untersuchen und vorbereitende Arbeiten durchführen. Wir bitten um den Abschluss eines gesonderten Regierungsabkommens bezüglich dieser Hilfe.

Unter völkerrechtlichem Gesichtspunkt sehen wir hinsichtlich der Meeresbohrungen keine Schwierigkeiten. Wir sind an der Genfer Konvention über den Festlandsockel⁴⁹⁰ beteiligt, der zufolge jedes Land das Recht hat, Bodenschätze auf dem Meeresboden des zu ihm gehörenden Festlandsockels zu fördern, sofern die Wassertiefe nicht 200 Meter überschreitet. Die Wassertiefe in der Ostsee beträgt durchschnittlich 70 Meter. Deswegen muss die Abgrenzung des Festlandsockels Gegenstand einer vertraglichen Übereinkunft mit den Anrainerstaaten werden. Wir können praktisch bis zur Mitte der Ostsee bohren, und das reicht für uns aus.

⁴⁹⁰ Die internationale Konvention über den Festlandsockel (continental shelf) wurde am 29. April 1958 beschlossen und trat nach Ratifizierung durch die Teilnehmerstaaten am 10. Juni 1964 in Kraft.

Die Westdeutschen haben jetzt von den USA eine Anlage für Meeresbohrungen erhalten, die es erlaubt, bis zu einer Tiefe von 4000 bis 5000 Metern zu bohren.

Wir bitten darum, auch einer Gruppe unserer Ingenieure die Möglichkeit zu geben, sich auf die Ostsee zu begeben zur Erkundung von Fragen der Meeresbohrung. Wir wollen also, dass Ihre Spezialisten zu uns kommen zu Konsultationen, und unsere Spezialisten zu Ihnen kommen zum Studium.

Die nächste Frage betrifft die Atomkraftwerke. Derzeit wird die Masse der Kraftwerke bei uns mit Braunkohle betrieben, doch deren Vorräte werden um das Jahr 1980 herum zu Ende gehen. Wir werden zur Kernenergie übergehen müssen. Die notwendigen Rohstoffe (Uran) haben wir.⁴⁹¹

Die Bitte [ist], die Frage zu prüfen, ob die Sowjetunion nicht den Export standardisierter Atomkraftwerke vorbereiten könnte. Solche Kraftwerke werden wahrscheinlich auch andere Länder kaufen, nicht nur wir. Wir haben keine andere Option. Früher war man der Ansicht, dass die atomare Elektrizität zu teuer ist. Doch nach letzten Berechnungen westdeutscher Atomenergie-Spezialisten müssen die Kosten für diese Elektrizität nicht höher sein als bei herkömmlichen Wärmekraftwerken. Beim Elektrokraftwerk von Bayern liegen die Kosten beispielsweise bei 3,8 Pfennig pro Kilowattstunde. Die Engländer versichern ebenfalls, dass diese Energie nicht mehr so teuer ist.

Wir bitten Sie, diese Frage zu prüfen. Sie ist langfristiger Art, weil wir die Kader für diese Industrie erst noch ausbilden müssen. Jetzt sind wir dabei, mit Hilfe der Sowjetunion ein Atomkraftwerk für 70 000 kw zu errichten, doch wird es [nur] Versuchs- und Lehrcharakter haben.⁴⁹²

Ein wichtiges Problem ist die Frage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Im Bereich der Arbeitsproduktivität bleiben wir hinter Westdeutschland zurück. Zudem wächst bei uns der Arbeitskräftemangel. Wir müssen eine Automatisierung durchführen und eine hohe Arbeitsproduktivität erreichen. Doch allein können wir diese Fragen nicht bewältigen und daher bitten wir darum, uns die Möglichkeit zu geben, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Besonders gilt das für die Chemie und Mikroelektronik.

Wir verfügen über ein gewisses wissenschaftliches Potenzial, und wir könnten Teilfragen mit Erfolg lösen. Doch zur vollständigen Bewältigung reichen die wissenschaftlichen Kräfte bei uns nicht aus, etwa zur vollständigen Automatisierung der Chemieindustrie. Es ist notwendig, eine Arbeitsteilung zwischen unseren Ländern in diesem Bereich zu realisieren, so dass wir bestimmte Verfahren erarbeiten und anschließend Ihnen weitergeben und dass Sie andere Verfahren ausarbeiten und uns übergeben.

Ein erstes derartiges Abkommen ist bereits mit Gen. Lomako geschlossen worden. Es wurde vereinbart, dass wir bei Ihnen bestimmte Arten von Anlagen kaufen. Jetzt ist es nötig, diese Zusammenarbeit auf grundlegende Bereiche der wissenschaftlich-technischen Entwicklung auszudehnen.

⁴⁹¹ Das bezieht sich auf den – bis dahin der Nuklearrüstung der UdSSR dienenden – Uranbergbau im Erzgebirge, der unter sowjetischer Regie stand.

⁴⁹² Das Kernkraftwerk Rheinsberg im Bezirk Neubrandenburg ging 1966 ans Netz, 1990 wurde es abgeschaltet und anschließend zurückgebaut.

Die Frage der Erweiterung der Zusammenarbeit auf dem Feld der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit ist von größter Bedeutung. Sowohl Sie als auch wir kaufen in den kapitalistischen Ländern Lizenzen und Anlagen. Wenn aber die bei uns auf dieser Grundlage gebauten Fabriken in Betrieb genommen werden, ist diese Ausrüstung schon nicht mehr auf dem neuesten Stand, weil die Firmen, die sie uns verkauft haben, inzwischen die Technologie vervollkommen haben. Wir müssen erreichen, dass wir einen bestimmten Vorsprung bei unseren wissenschaftlich-technischen Forschungen haben. Sie werden das in einigen Bereichen machen und wir in anderen. Wir brauchen keine militärischen Geheimnisse und Heimlichtuereien. Es zieht uns auch nicht in den Kosmos.⁴⁹³ Uns interessieren derzeit nur die Fragen, die unsere Wirtschaft unmittelbar betreffen.

Ich werde Ihnen von unseren Spezialisten ausgearbeitete Unterlagen übergeben mit Vorschlägen zur Arbeitsteilung zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Feld der wissenschaftlichen Forschung. Darin werden folgende Bereiche vorgeschlagen: Elektronik, Quantenelektronik, Magnetaufzeichnungen, Rechenmaschinen, Mess- und Steuerungstechnik, organische Metallverbindungen und einige andere Fragen. Diese Fragen haben grundlegende Bedeutung; von ihnen hängt der Stand der Technik in der Welt ab, und unter unseren Bedingungen die Arbeitsproduktivität. Eine derartige Zusammenarbeit wird auch für die Sowjetunion von Nutzen sein, und unser wissenschaftlich-technisches Niveau wird sich dadurch erhöhen. Schließlich müssen wir miteinander die USA und Westdeutschland einholen.

Die organisatorischen Voraussetzungen für eine derartige Zusammenarbeit mit der UdSSR sind bei uns geschaffen worden; bestimmte Wissenschaftlergruppen wurden ausgewählt und die konkreten Ausrichtungen für diese Zusammenarbeit festgelegt.

Erlauben Sie auf die Probleme des Perspektivplans zurückzukommen. Sie haben den Vorschlag gemacht, die Pläne bis 1970 aufeinander abzustimmen. Das war auch mit Blick auf unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten richtig. Wir brauchen eine gewisse Zeit, um das nötige wissenschaftlich-technische Niveau zu erreichen. Einen diesbezüglichen Entwurf unseres Plans haben wir übermittelt.

Unsere Bitte an Sie ist, schon jetzt die grundlegenden Fragen zu entscheiden, die im Zusammenhang mit der Abstimmung der Pläne stehen, damit wir unseren Perspektivplan ausarbeiten könnten. Wir wissen, dass bei Ihnen der Plan bis 1970 noch nicht abgeschlossen ist, doch wir hätten gern Klarheit in den für uns wichtigen Fragen.

Ich will darauf hinweisen, dass uns die für 1964–1965 abgestimmten Plankennziffern, die uns Gen. Lomako übermittelt hat, sehr bei der Aufstellung unserer Pläne geholfen haben. Wir sind ebenfalls dankbar für die Terminverschiebungen, die bei einigen Positionen in unserem Interesse vorgenommen worden sind.

Chruschtschow: Sie wollen, dass ich Ihnen eine klare Antwort auf Fragen gebe, bei denen wir selbst keine völlige Klarheit haben. Das ist unsere Vorsicht: ein

⁴⁹³ Sowjetische Bezeichnung für das Weltall.

Ergebnis der Lebenserfahrung. Unser Gosplan⁴⁹⁴ hat früher den sozialistischen Ländern sehr leicht Indulgenzen⁴⁹⁵ erteilt. Es wäre nicht schlecht gewesen, wenn er diese Torheiten im eigenen Namen gemacht hätte, aber er tat es im Namen der sowjetischen Regierung. Im Ergebnis sah es so aus, als ob die sowjetische Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfülle. Als wir mit der Zusammenstellung unserer Entwürfe begannen, stellte sich heraus, dass die von Gosplan gegebenen Zusagen nicht zueinander passen, und so stehen wir wie Vertragsbrüchige da. Doch was die sozialistischen Länder als unsere Verpflichtungen betrachteten, waren in Wirklichkeit nur leere Worte. Die Freunde⁴⁹⁶ aber hielten das für eine Art Wechsel. Besonders viele Unannehmlichkeiten hat uns Sasjadko⁴⁹⁷ gemacht. Er ist ein Draufgänger und zudem war er selten nüchtern. Doch wir müssen uns in die Lage unserer Freunde versetzen und ihnen die grundlegenden Prognosen geben, damit sich die Entwicklung unserer Wirtschaft mit der Entwicklung ihrer Wirtschaften verbindet. Anderenfalls können sie sich nicht entwickeln. Man muss jetzt die ungefähren [Plan-]Ziffern bis 1970 festlegen. Wir arbeiten sie jetzt aus, um die deutschen Genossen irgendwie zu informieren. Doch das sind insgesamt nur Prognosen, solange wir den Plan nicht verabschiedet haben.

Ulbricht: Gen. Apel legt unsere ergänzenden Überlegungen bezüglich des Plans dar.

Apel: Gen. Ulbricht hat bereits über die Grundfragen bei der Ausarbeitung unseres Plans gesprochen. Gen. Chruschtschow hat recht, weil man die einzelnen Positionen noch nicht exakt festlegen und auf dieser Grundlage eine Gesamtbilanz erstellen kann. Wir müssen aber den Perspektivplan für die DDR aufstellen, damit unser Volk diese Perspektive sieht und sich an ihrer Verwirklichung beteiligt. Dafür benötigen wir die grundlegenden Daten über die sich wechselseitig ergänzenden Kennziffern unserer Volkswirtschaften.

Wir haben jetzt die Konzeption für die Hauptbereiche der Wirtschaft der DDR ausgearbeitet. Jetzt muss man das mit Ihren Plänen verknüpfen. Im Juli 1963 fand die erste Konsultation mit der Staatlichen Planungsbehörde der UdSSR statt, bei der wir darum gebeten haben, uns orientierungsdienliche Daten zu geben. Vor dem jetzigen Besuch der Sowjetunion hat Genosse Ulbricht ergänzende Unterlagen geschickt, und wir möchten dazu die Ansicht von der Staatlichen Planungsbehörde der UdSSR erfahren.

Wir haben den Plan mit großer Vorsicht ins Gleichgewicht gebracht. Wir haben den Produktionszuwachs nicht erhöht; er beläuft sich auf durchschnittlich 5% jährlich. Doch ist die politische Lage die, dass seit dem VI. SED-Parteitag⁴⁹⁸, der die Aufgabe gestellt hat, einen Perspektivplan für die DDR aufzustellen, schon eineinhalb Jahre vergangen sind, und wir unserer Bevölkerung konkreter

⁴⁹⁴ Staatliche Planungsbehörde der UdSSR.

⁴⁹⁵ Mit diesem Ausdruck im Dokument sind Genehmigungen zur Nichterfüllung von Verpflichtungen gemeint.

⁴⁹⁶ Übliche Bezeichnung für die regierenden Kommunisten in den verbündeten Ländern.

⁴⁹⁷ Aleksandr Fëdorovič Zasjad'ko war von 1958 bis 1962 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und anschließend für kurze Zeit Vorsitzender des Staatlichen Wirtschaftswissenschaftlichen Rates beim Ministerrat der UdSSR.

⁴⁹⁸ Der VI. Parteitag der SED fand vom 15. bis 21. Januar 1963 statt.

sagen müssen, welche Perspektiven wir in der Wirtschaft haben. Dabei gehen wir von den vereinbarten Beschlüssen des RGW⁴⁹⁹ aus, dass bis Mitte 1965 ein gemeinsamer Plan bis zum Jahr 1970 auszuarbeiten ist.

In den von uns übergebenen Unterlagen wird das Problem der Energiebilanz dargelegt. Die sowjetischen Genossen haben uns über die hierbei schwierige Lage in der UdSSR, vor allem im europäischen Teil, informiert. Wir sind Ihnen für die diesbezügliche Hilfe dankbar, dass Polen uns im Rahmen des Reexports auch nach 1965 3,3 Mio. Tonnen Steinkohle pro Jahr liefern wird. Das ist eine große Hilfe, weil sonst unsere Bilanz nicht aufgehen würde.

Allerdings werden uns auch bei dieser Sachlage 4,5 Mio. Tonnen Steinkohle fehlen.

Bis 1970 planen wir keine ernsthaften Veränderungen weder bei der alten Chemie noch bei der Energiewirtschaft. Die Braunkohle werden wir vollständig nutzen und ihren Abbau von 200 bis 330 Mio. Tonnen pro Jahr steigern. Doch ist zu berücksichtigen, dass dabei die Kapitalinvestitionen für jede geförderte Tonne Kohle zunehmen, weil die Bedingungen für den Abbau schwieriger werden. Mit der Karbid-Chemie werden wir ebenfalls weiter machen, obwohl das auch teuer wird. Das Kombinat „Buna“ zum Beispiel ist jetzt völlig automatisiert, trotzdem liegen dort die Selbstkosten der Produkte vier Mal höher als in Westdeutschland, das auf der Grundlage von Erdöl arbeitet. Aber da kann man nichts machen.

Das Erdölproblem beabsichtigen wir durch die Erschließung von eigenem Erdöl und Erdgas zu lösen. Die Prognosen sind in dieser Hinsicht noch unsicher. Auf Empfehlung der sowjetischen Genossen haben wir festgeschrieben, bis 1970 700 000 Tonnen eigenes Erdöl zu fördern. Hierzu gibt es verschiedene Meinungen, manche sagen, man könnte auch eineinhalb Millionen Tonnen fördern. Bislang wissen wir lediglich, was uns diese Erkundungen kosten. Doch wie viel Erdöl wir dann bekommen, ist ungewiss.

An den alten chemischen Verfahren halten wir fest. Wir werden für die Chemie eineinhalb Mio. Tonnen Braunkohlenteer im Jahr produzieren. Doch muss man in der Chemie auf Erdöl umstellen. Daher bitten wir Sie, die Kennziffern zu akzeptieren, die von Gen. Ulbricht genannt worden sind.

Bei den Polen haben wir darum gebeten, uns an die Erdgasleitung anzuschließen, aber sie haben nicht zugestimmt.

Chruschtschow: Die Polen bauen jetzt ein Werk zur Produktion von 100 000 Tonnen Stickstoffdünger aus Erdgas.

Apel: Wir haben ebenfalls bei den Engländern auf Kredit eine Anlage zur Produktion von Stickstoffdünger aus Erdöl gekauft. Sie wird in Schwedt errichtet.⁵⁰⁰ Aber 1966/67 werden wir die Kredite bezahlen müssen.

Wir sind dankbar für die kürzlich vorgenommene Abstimmung der Positionen auf dem Gebiet des Maschinenbaus. Das ist ein kompliziertes Problem, weil unser Maschinenbau ein recht breites Profil hat. Wir haben jetzt die gegenseitigen

⁴⁹⁹ Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die zentrale ökonomische Institution auf östlicher Seite.

⁵⁰⁰ Das Erdölverarbeitungs- und Erdgaswerk Schwedt in der Uckermark wurde 1964 in Betrieb genommen und mit Erdöl aus dem Gebiet Tjumen/Westsibirien beliefert. Der Bau der erforderlichen 5000 km langen Pipeline war Ende 1963 abgeschlossen worden.

Lieferungen auf diesem Gebiet annähernd aufeinander abgestimmt. Wir hoffen, dies wird uns helfen, zur Automatisierung der Produktion überzugehen.

In den übergebenen Unterlagen werden ebenfalls Gedanken dazu geäußert, wie sich der Frachtverkehr zwischen der DDR und der Sowjetunion organisieren lässt. Wir verändern den Plan unserer Kapitalinvestitionen und werden jetzt Fährschiffe für den Seeverkehr mit der UdSSR bauen.

Ulbricht: Gestern haben Sie eine wichtige Bemerkung gemacht über die Möglichkeit, den Dnjepr-Ostsee-Kanal⁵⁰¹ für den Frachtverkehr zu nutzen.

Apel: Der Transit durch Polen entspricht schon nicht mehr den Erfordernissen unseres Frachtverkehrs. Das hängt nicht am guten Willen der Polen, weil Polen tatsächlich ein Flaschenhals ist und so einen Güterstrom nicht bewältigen kann. Die Flusskanäle in Polen lassen sich ebenfalls nicht nutzen, weil sie nur mit Schiffen von bis zu 4 Tonnen Lastgewicht befahren werden können.

Das grundlegende Problem für uns sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wir haben einen Brief des ZK der KPdSU zu dieser Frage bekommen und ihn durch unser Politbüro beantwortet. Das ZK der SED und unseren Staatsapparat haben wir darüber nicht informiert.

Wir erhöhen zwar unsere landwirtschaftliche Produktion, aber wir werden uns nicht ganz selbst versorgen können. Wir bitten, uns zu unserer Orientierung mitzuteilen, mit welchen Mengen an Getreide, Fleisch und Butter wir in Zukunft rechnen können. Dementsprechend werden wir unsere Valuta-Pläne aufstellen.⁵⁰² Einen anderen Ausweg gibt es nicht, weil wir fast keine Möglichkeiten haben, Erzeugnisse unserer Maschinenbauindustrie in den kapitalistischen Ländern abzusetzen. Wir arbeiten Pläne zur Steigerung des Exports von Kalisalzen aus. Einen anderen Rohstoff haben wir nicht. Künftig müssen wir 70% dieser Käufe mit Erzeugnissen des Maschinenbaus bezahlen.

Chruschtschow: Zu den einzelnen Fragen werden die grundlegenden Antworten nicht von mir, sondern von den Genossen Lomako und Lessetschko gegeben werden, vielleicht in Gesprächen mit den angereisten deutschen Genossen. Ich meine aber, dass wir schon jetzt die grundlegende Ausrichtung für die Erörterung dieser Fragen umreißen müssen.

Erstens, die Frage der Atomkraftwerke. Die Sache ist die, dass uns die Atomkraftwerke, die wir nach dem heutigen Stand der Technik bauen, keinen Gewinn bringen. Bisher erzeugen sie eine weit teurere Elektrizität als die Wärmekraftwerke. Wir werden unseren Atomexperten den Auftrag erteilen, uns einen Bericht darüber vorzulegen, welche Konstruktion die Westdeutschen und Engländer beim Bau der Atomkraftwerke verwenden. Die Atomkraftwerke sind nicht mehr geheim, und die Amerikaner und Engländer erlauben uns jetzt den Zutritt zu ihren Atomkraftwerken, so dass diese Frage zu klären sein wird. Unsere Wissenschaftler arbeiten momentan an einer neuen Konstruktion zur Gewinnung

⁵⁰¹ Anscheinend war der Kanal vom Dnepr zum polnischen Bug gemeint, der freilich keinen Schifffahrtsweg zur Ostsee eröffnete, sondern in Brest am Bug endete. Von dort erfolgte der Weitertransport auf der Schiene.

⁵⁰² Pläne für Ankäufe auf dem Weltmarkt, für die – notorisch knappe – „Valuta“ (Westwährung) benötigt wurde.

von Atomstrom, und wenn diese wissenschaftlichen Arbeiten erfolgreich abgeschlossen sind, wird die von den Atomkraftwerken erzeugte Elektrizität uns billiger kommen als die von den Wärmekraftwerken erzeugte Elektrizität. Doch vorerst ist das alles noch Sache der Zukunft. Die Elektrizität, die wir zurzeit mit unseren Atomkraftwerken erzeugen, kommt teurer als die Elektrizität aus den Wärmekraftwerken. Und bislang wissen wir nicht, wann diese Experimente unserer Wissenschaftler abgeschlossen sein werden. Unsere Wissenschaftler arbeiten jetzt am Problem der schnellen Neutronen. Es geht darum, dass bei unseren jetzigen Atomkraftwerken das Uran nicht vollständig verbrennt. Wenn eine neue Konstruktion ausgearbeitet ist, werden die Elektrokraftwerke rentabler werden. Aber vorerst müssen wir die gebrauchten Brennstäbe auf Halde legen im Blick darauf, dass es vielleicht gelingt, sie künftig wieder zu verwenden. Mithin sind die Atomkraftwerke natürlich eine Sache mit Perspektive, aber vorerst müssen wir uns auf den Bau von Atomkraftwerken nach der alten Bauart einstellen, und wir führen nur den Bau der Atomkraftwerke zu Ende, in die schon große Mittel investiert worden sind. Ich denke, dass wir schon bei unserer nächsten Zusammenkunft auf diese Frage zurückkommen können. Bis dahin werden wir schon genau wissen, welche Konstruktion die Engländer und Westdeutschen dem Bau ihrer Kraftwerke zugrunde legen. Ich denke, dass sie die gleiche Konstruktion verwenden wie wir. Mithin ist diese Frage sehr kompliziert. Wir haben zwar in die Beschlüsse des XX. Parteitages hineingeschrieben, dass in unserem Land Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1,5 Mio. kWh errichtet werden. Doch jetzt haben wir, wie ich schon gesagt habe, den Bau von Atomkraftwerken eingestellt. Die Sache ist die, dass die Beschlüsse des XX. Parteitages auf der Grundlage der unrichtigen Informationen Malenkows, des damaligen Ministers für Kraftwerke,⁵⁰³ gefasst wurden. Jetzt denken wir abzuwarten, bis die Wissenschaftler für uns neue Konstruktionen ausarbeiten. Zwar sind sich unsere Wissenschaftler sicher, dass dieses Problem sich lösen lässt, aber wir denken vorerst nicht daran, ihnen dafür Geld zu geben.

Jetzt zur Frage der Planung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit, insbesondere im Bereich der Automatik und Elektronik. Ich glaube, dass diese Frage richtig gestellt ist und dass wir ständigen Kontakt halten müssen in diesem Bereich, doch nur bis zu einem gewissen Grad. Warum stelle ich diese Frage so? Die Sache ist die, dass wir bei uns die Bearbeitung fast aller wichtigen Probleme parallel durchführen. Das kostet uns zwar mehr, aber dafür werden die Probleme viel schneller gelöst. Diese Methode verwenden wir in besonders großem Umfang auf dem Gebiet der militärischen Thematik. Etwa beim Raketenbau gab es bei uns von Anfang an mehrere [Konstruktions-]Büros, die parallel gearbeitet haben. Nicht alle Büros haben Erfolge erzielt, ein Teil der Büros musste geschlossen werden. Doch als Resultat dieser parallelen Entwicklungsarbeit haben

⁵⁰³ Georgij Maksimilianovič Malenkov, der beim Tode Stalins der führende ZK-Sekretär der KPdSU gewesen war und dann zum Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR avancierte, wurde danach von Parteichef Chruščëv zunehmend von der Macht verdrängt. Anfang 1955 musste er sich mit dem Posten des Ministers für Kraftwerke und Elektrizität begnügen. Nachdem er sich Mitte 1957 einer innerparteilichen Fronde angeschlossen hatte, die mit dem Versuch scheiterte, Chruščëv zu stürzen, verlor er am 29. Juli 1957 neben der Mitgliedschaft im obersten Führungsgremium, im ZK-Präsidium der KPdSU, auch seinen Ministerposten.

wir jetzt die Rakete. Zwar stehen wir jetzt vor dem quälenden Problem, alle Konstruktionsbüros für den Raketenbau zu vereinigen. Natürlich wollen sie keinen derartigen Zusammenschluss. Doch eine große Anzahl von Konstruktionsbüros zu belassen, wäre Verschwendung, und wir müssen offensichtlich diese Arbeit ihrer Vereinigung erledigen. Einige Genossen, die in diesem Bereich arbeiten, sind jetzt überheblich geworden und wollen sich gegenseitig nicht akzeptieren. Trotzdem werden alle Konstruktionsbüros im Bereich des Raketenbaus vereinigt werden. Sie sehen an diesem Beispiel, wie kompliziert die Frage der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit selbst in den Grenzen eines Landes ist. Diese Frage ist noch viel komplizierter, wenn mehrere Länder beteiligt sind. Lassen Sie uns Geduld und Verständnis für diese Frage haben. Lassen Sie uns jetzt das tun, was getan werden kann, und dort, wo es konkrete Schwierigkeiten gibt, lassen Sie uns an diesen Fragen parallel arbeiten. Und das umso mehr, als innerhalb jedes Landes unausweichlich viel parallele Arbeit gemacht wird. So eine Lage haben wir bei uns zwischen den einzelnen Republiken und selbst im Rahmen einer [einzigen] Verwaltung.

Will man die Fragen der Koordination nehmen, entstehen viele Probleme erst im Laufe der Zusammenarbeit. Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel nennen. Wir haben Polen den Bau des Flugzeugs AN-2 übertragen. Als wir Polen den Bau des Flugzeugs übertrugen, haben wir zugleich den Preis für den Export festgelegt. Und jetzt liefern sie uns [immer noch] diese Flugzeuge zu dem von uns genannten Preis, obgleich seit der Übertragung [der Aufgabe zum Bau] schon sehr viel Zeit vergangen ist. Damals entsprach der von uns genannte Preis ungefähr den Weltmarktpreisen, die Franzosen zum Beispiel liefern Flugzeuge dieses Typs zu einem ähnlichen Preis. Das Flugzeug, von dem ich spreche, haben wir hauptsächlich in der Landwirtschaft eingesetzt, und als wir den massenhaften Bau von Werken zur Produktion von Mineraldünger aufnahmen, ist bei uns natürlich ein großer Bedarf an derartigen Flugzeugen entstanden. Unsere Staatliche Planungsbehörde hat aber damals diese Frage nicht bis zu Ende durchdacht. Der Chef der Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte hat unsere Aufmerksamkeit auf dieses Problem gelenkt. Er schrieb an das ZK einen Brief, in dem er mitteilte, dass die Polen uns diese Flugzeuge zu einem Preis von 63 000 Rubel liefern, und von unseren Fabriken können wir aber die gleichen Flugzeuge zu einem mehr als 2mal niedrigeren Preis bekommen. Ich könnte das verstehen, wenn wir nicht in der Lage wären, solche Flugzeuge selbst zu bauen. Doch es handelt sich um sowjetische Flugzeuge, die nach unseren Entwürfen gebaut werden, und die Polen tun das in ihren Fabriken. Als Gen. W[ładysław] Gomułka in Moskau war, haben wir ihm gesagt, dass wir bis 1965 unsere vertraglichen Verpflichtungen erfüllen und die Flugzeuge kaufen, danach gehen wir aber dazu über, diese Flugzeuge in sowjetischen Fabriken zu bauen. Mit Gen. W. Gomułka haben wir nicht über die Frage des Preises gesprochen, damit er nicht denkt, es gehe uns nur um den Preis. Wir selbst haben damals diesen Preis vorgeschlagen, aber in den letzten 10 Jahren hat eine bedeutende technische Entwicklung stattgefunden, und jetzt ist dieser Preis nicht mehr gerechtfertigt. So ein Flugzeug kostet jetzt 28-29 000. Wieso sollen wir denn 63 000 bezahlen? Überhaupt ist eine derartige Kooperation eine sehr törichte Kooperation. Was ergibt sich denn da? Wir haben den Polen den Bau des Flugzeugs

übergeben, aber außer uns kauft niemand bei den Polen das Flugzeug. Die Polen möchten die Produktion dieses Flugzeugs ausweiten. Doch wir gehen darauf nicht ein. Auf der anderen Seite können wir nicht verlangen, dass sie uns diese Flugzeuge für 28 000 Rubel verkaufen. Es ist durchaus möglich, dass die Polen die Flugzeuge nicht zu diesem Preis bauen können. Schließlich ist unsere Luftfahrtindustrie viel leistungsfähiger. Sie produzieren die Flugzeuge in Einzelstücken. Genau die gleiche Situation entstand auch beim Bau von Hubschraubern. Es war so, dass wir an die Polen die Lizenz zum Bau von Hubschraubern vergeben haben und unsererseits die Forschungsarbeit an der Verbesserung der Konstruktion von Hubschraubern fortgesetzt haben. Früher konnte ein Hubschrauber vom Typ „MI-4“ 10–12 Personen tragen, und jetzt trägt er 20 Personen. Es handelt sich also faktisch um einen neuen Hubschrauber. Dessen ungeachtet bauen ihn die Polen weiter auf der Grundlage der alten Lizenz, wobei sie die Resultate unserer wissenschaftlichen Forschungsarbeit zur Verbesserung der Konstruktion dieses Hubschraubers nutzen. Ich bin der Ansicht, dass wir diese Praxis überprüfen müssen. Wenn ein Land eine Maschine kauft, muss es auch die wissenschaftliche Forschungsarbeit finanzieren. Wir müssen wissenschaftliche Forschungsarbeit leisten, weil wir andernfalls veraltete Maschinen bekommen würden.

Ulbricht: Ich stimme Ihnen völlig zu. Wer die Produktion von Maschinen übernimmt, muss auch die Arbeiten zu ihrer Vervollkommenung übernehmen.

Chruschtschow: Die Kapitalisten machen es richtig. Sie kaufen zugleich Maschine und Lizenz. Damit bezahlen sie die geistige Energie, die für den Bau dieser Maschine aufgewandt worden ist.

Wir müssen Schluss machen mit der Kooperation von der Art, die ich gerade angesprochen habe. Andernfalls werden unsere Interessen allzu stark leiden. Bei den Polen Flugzeuge zu kaufen, ist auch schon deswegen für uns unvorteilhaft, weil wir jetzt für ihre Produktion große freie Kapazitäten haben. Schließlich schränken wir den Bau von Militärflugzeugen ein und richten das Hauptaugenmerk auf die Raketen.

Insgesamt bin ich, um die Sache zu resümieren, der Ansicht, dass wir es uns erlauben können, im Bereich der wissenschaftlichen Forschungen parallel zu arbeiten, aber nur bis zu einer bestimmten, vernünftigen Grenze. Aus diesem Grund trete ich für enge Kontakte in der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit ein.

Die Frage der Abstimmung unserer Pläne bis 1970. Sie haben uns entsprechende Unterlagen an Gosplan unterbreitet. Doch die Unterlagen Ihrer Staatlichen Plankommission⁵⁰⁴ sind keine Gedichte Puschkins, und sie zu verstehen, ist sehr schwer. Daher schlage ich vor, dass Gen. Apel diese Frage mit Gen. Lessetschko bespricht.

Jetzt die Frage hinsichtlich der Prognosen in der Landwirtschaft. Wir verstehen die Lage der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei. Das sind zwei Republiken, die sich nicht selbst aus der eigenen Agrarproduktion versorgen können. Daher sind wir bereit, unsere materiellen Möglichkeiten zu prüfen, um zu sehen, ob wir Ihnen irgendwie helfen können. Das ist

⁵⁰⁴ Die Staatliche Plankommission beim Ministerrat der DDR.

die eine Seite des Problems. Doch andererseits sind die DDR und die ČSSR industriell hoch entwickelte Länder und könnten mit ihrer industriellen Produktion den internationalen Markt erreichen. Warum beispielsweise gehen Sie uns an die Gurgel und verlangen [von uns] Baumwolle, während es auf dem kapitalistischen Markt ein Überangebot an Baumwolle gibt, und zumindest Ägypten und Algerien könnten Ihnen diese Baumwolle verkaufen. Genauso verhält es sich mit Ihren Forderungen nach Lieferungen von Fleisch. Sie müssen dazu auf den afrikanischen Markt, auf den lateinamerikanischen Markt gehen. Man kann ebenfalls auf den europäischen Markt gehen, aber Sie werden da auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, insofern Sie es mit entwickelten Ländern zu tun haben und Sie nicht immer Absatz für Ihre Produktion finden.⁵⁰⁵ Anders steht es mit Brasilien und Argentinien. Hier werden Sie immer Käufer für ihre Maschinen finden und im Austausch das von Ihnen benötigte Fleisch bekommen. Ich bin der Ansicht, Ihre Staatliche Plankommission muss diese Frage aufmerksam untersuchen und aktiv nach Absatzmärkten für die Industrieprodukte der DDR suchen, um im Austausch auf diesen Märkten landwirtschaftliche Produkte zu erhalten. Schließlich erhalten Sie bei uns die landwirtschaftlichen Produkte nicht umsonst. Sie bezahlen dafür. Sie können diese Produkte auch auf anderen Märkten kaufen. Das ist eine Frage der Anpassung. Sie haben sich schon an unsere Nachfrage angepasst, jetzt müssen Sie sich an die Nachfrage anderer Länder anpassen. Die DDR und die ČSSR können nur als Handel treibende Staaten bestehen, sie können nicht mit ihren inneren Ressourcen auskommen. Zudem ist die Politik der Selbstversorgung eine überaus unvernünftige Politik. Jetzt driften die Rumänien politisch dorthin ab. Das ist meiner Meinung nach jedoch eine Kinderkrankheit. Man kann sich nicht erfolgreich entwickeln, wenn man Naturalwirtschaft betreibt.

Die nächste große Frage ist die Frage des Erdöls. Es versteht sich, dass Sie die teure Energiewirtschaft aufgeben und moderne Energieträger, zum Beispiel Erdöl, verwenden müssen. Kürzlich traf ich mit Ben Bella⁵⁰⁶ zusammen, und er weiß nicht, wohin mit seinem Erdöl. Warum treten Sie nicht in Kontakt zu Ben Bella und kaufen bei ihm Erdöl. Algerien hat Bedarf an modernen Maschinen, und Sie brauchen Erdöl oder Erdgas. Außerdem könnten Sie Algerien die Waren des täglichen Bedarfs anbieten, die es derzeit in Frankreich kauft.

Ulbricht: Wir haben versucht, uns an Ben Bella zu wenden, aber er zeigte kein sonderliches Interesse, den Handel mit uns auszuweiten. Er tat dies offenbar aus politischen Gründen, die uns bisher nicht ganz klar sind. Wir denken, dass am ehesten Bonn auf ihn Druck ausgeübt hat.

Chruschtschow: Ich habe mit Ben Bella über diese Frage gesprochen und ihn gefragt, warum er denn kein Erdöl an die DDR verkauft. Er antwortete, dass Algerien der DDR gern Erdöl liefern würde. Ich denke, dass wir Ben Bella einen entsprechenden Brief schreiben könnten, in dem wir auf unsere Gespräche mit den deutschen Genossen hinweisen und ihm vorschlagen, Ihnen Erdöl zu liefern.

⁵⁰⁵ Die in der DDR (wie auch in den anderen sozialistischen Staaten) produzierten Waren genügten zumeist den Qualitätsansprüchen der entwickelten Industrieländer nicht und waren daher dort schwer verkäuflich.

⁵⁰⁶ Ahmed Ben Bella, Präsident von Algerien.

Mikojan: Algerien könnte Ihnen das Erdöl auf dem Seeweg liefern. Das wäre außerdem auch billig.

Chruschtschow: Die Algerier haben auch Eisenerz, welches sie nicht verkaufen können. Wir kaufen von ihnen Eisenerz, das wir nicht brauchen. Wir kaufen das Erz, um ihnen zu helfen. Die DDR könnte ebenfalls von Algerien Eisenerz kaufen und es auf dem Seeweg transportieren.

Ulbricht: Wir werden diese Fragen prüfen.

Chruschtschow: Algerien ist gegenwärtig in einer katastrophalen Lage hinsichtlich des Absatzes von Eisenerz. Die Franzosen lehnen es aus politischen Gründen ab, bei ihnen Eisenerz zu kaufen. Wenn Sie wollen, können wir Ben Bella schreiben, Sie seien interessiert, nicht nur Erdöl, sondern auch Eisenerz zu kaufen.

Ulbricht: Diese Frage bedarf der Prüfung. Wir müssen konkret wissen, was für ein Erdöl das ist und ob unsere Anlagen es verarbeiten können.

Chruschtschow: In diesem Jahr wird in Algerien die Erdölförderung ungefähr 27 Mio. Tonnen betragen, und im nächsten Jahr werden es 45 Mio. Tonnen sein. Aus diesem Grund wäre Ben Bella am Verkauf von Erdöl interessiert, zumal er jetzt große Schwierigkeit beim Absatz hat. Wir haben Angaben von Agenten über Vorbereitungen der Franzosen auf Wirtschaftsverhandlungen mit Algerien. Aufgrund dieser Angaben sind uns die Maßnahmen bekannt, welche die Franzosen planen, um auf Algerien Druck auszuüben. Wir haben Ben Bella davon in Kenntnis gesetzt. Ich habe ihn dabei gefragt, ob diese Angaben für ihn von Interesse sind. Er hat geantwortet, diese Informationen seien sehr interessant und entsprächen völlig der tatsächlichen Lage. Der von mir erwähnte Druck besteht darin, den Ankauf von Erdöl und Erdgas in Algerien zu verweigern. Natürlich ist Ben Bella daran interessiert, Erdöl und Erdgas gerade an die Franzosen zu verkaufen. Und er hat völlig recht. Er kann es sich nicht erlauben, die wirtschaftlichen Verbindungen zu Frankreich abzurechen. Doch er könnte gleichzeitig einige Millionen Tonnen Erdöl auch an die DDR verkaufen. Er hat jetzt große Schwierigkeiten auch mit dem Absatz anderer Waren. Zum Beispiel weiß er nicht, wohin mit dem Wein. Sie könnten ihm vorschlagen, von ihm Wein zu kaufen und dazu ebenfalls Erdöl und Eisenerz. Generell gebe ich Ihnen den Rat, Algerien ernsthafteste Aufmerksamkeit zu widmen. Das umso mehr, als wir Algerien helfen wollen. Sie könnten Algerien ebenfalls helfen, wobei Ihre Hilfe darin zum Ausdruck kommt, dass Sie von Algerien die Waren kaufen werden, die Sie benötigen.

Ulbricht: Wir haben versucht, zu Ben Bella Kontakt aufzunehmen und haben zu diesem Zweck Gen. O[tto] Winzer dorthin geschickt, aber Ben Bella hat so gut wie nicht mit ihm gesprochen. Wir glauben, dass die ganze Sache daran liegt, dass Bonn und Paris auf Ben Bella ernstlichen Druck ausüben.

Mikojan: Algerien hat Schwierigkeiten, gegenwärtig enge politische Beziehungen zu Ihnen zu knüpfen,⁵⁰⁷ aber es könnte mit Ihnen wirtschaftliche Beziehungen aufnehmen.

⁵⁰⁷ Anspielung auf die Bonner Hallstein-Doktrin, der zufolge die Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch dritte Staaten als „unfreundlichen Akt“ betrachten und darauf entsprechend reagieren wollte.

Ulbricht: Wir sind jetzt in Algerien mit unserer Handelsvertretung tätig. Doch das genügt offensichtlich nicht, und wir sollten vielleicht einen speziellen Vertreter der Staatlichen Plankommission dorthin schicken.

Chruschtschow: Ich stimme Ihnen darin zu, dass sowohl Bonn als auch Frankreich Druck auf Ben Bella ausüben. Lassen Sie also auch uns auf ihn Druck ausüben. Er bekommt viel von uns. Ich bin der Ansicht, dass wir von ihm Erdöl für die DDR bekommen können. Algerien verkauft an England und Frankreich ebenfalls Flüssiggas. Es könnte dieses Gas auch an Sie verkaufen. In Algerien gibt es große Erdgaslagerstätten. Doch möglicherweise wird man Sie bitten, ihnen beim Bau der Erdölleitungen Hilfe zu leisten.

Ich bin auch der Ansicht, dass unsere Genossen gemeinsam über folgende Frage nachdenken sollten. Sie haben gesagt, dass Sie jetzt sehr an Stickstoffdünger interessiert sind. Vielleicht regeln wir diese Frage so, wie wir sie mit den Polen geregelt haben, dabei ging es allerdings um die Produktion von Kalidünger. Vielleicht wäre es sinnvoll, wir würden eine Fabrik zur Produktion von Stickstoffdünger in Weißrussland oder in Leningrad bauen und Ihnen dann diesen Dünger auf dem Wasserweg liefern. Mir scheint, das wäre billiger, als wenn Sie Stickstoffdünger bei sich auf der Basis unseres Erdöls produzieren würden. Doch man muss alles durchdenken und alles sorgfältig durchrechnen. Ich denke, falls Leningrad oder Weißrussland in dieser Hinsicht überlastet sind, könnten wir so eine Fabrik an der Wolga errichten und Ihnen Dünger liefern, indem wir das wiederhergestellte Wolga-Marien-Kanalsystem⁵⁰⁸ benutzen, zumal sich der granulierten Minerale Dünger ebenso einfach wie Getreide verladen und transportieren lässt. Mir scheint, man sollte diese Frage prüfen.

Die Frage der Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Lassen Sie uns darüber nachdenken, welches Quantum Erzeugnisse wir für Sie abzweigen können. Nehmen wir zum Beispiel Butter. Wir sollen Ihnen 42 000 Tonnen liefern. Sie wollen von uns mindestens 27 000 Tonnen bekommen, doch wir können nicht mehr als 15 000 Tonnen liefern. Wenn Ihnen das zu wenig ist, müssen Sie nach Möglichkeiten suchen, diese Butter auf dem kapitalistischen Markt zu bekommen. Mehr Butter haben wir nicht.

Ich habe bereits davon gesprochen, dass wir in den nächsten drei bis vier Jahren gewisse Schwierigkeiten bei der Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben. Aber nach 1970 werden wir Absatzmärkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse suchen. Doch bis 1970 werden wir eine vorsichtige Politik betreiben und keinerlei Verpflichtungen eingehen, um nicht in so eine Lage zu geraten wie im vergangenen Jahr. Deswegen bleibt Ihnen bis 1970 nichts anderes übrig, als bei den Kapitalisten landwirtschaftliche Erzeugnisse zu kaufen. Für dieses Jahr wird eine recht gute Ernte prognostiziert, doch wir haben die Absicht, alle Überschüsse als Reserve zurückzulegen. Wir können es uns nicht erlauben, dass sich noch einmal eine Lage wie im vergangenen Jahr wiederholt. Wir hatten eine enorme Großzügigkeit an den Tag gelegt, aber diese

⁵⁰⁸ Es verbindet die Wolga mit der Neva. Der Marienkanal wurde bereits 1711 von Peter I. entworfen, aber erst 1799–1808 erbaut. Zum diesem System gehören der Belozersk-Kanal, der Onega-Kanal und der Svir-Kanal.

Großzügigkeit erwies sich als Torheit. Alle sozialistischen Länder sind auf den kapitalistischen Markt gegangen. Es ist verständlich, wenn die Tschechen oder Sie auf den kapitalistischen Markt gehen. Wenn wir aber auf dem kapitalistischen Markt Getreide kaufen, ist das eine Schande. Wir verstehen Ihre Interessen und die Interessen der Tschechen, und wir werden uns bemühen, Ihnen bei den Industriewaren auszuhelfen, doch werden wir alle landwirtschaftlichen Überschüsse als Reserve zurücklegen. Das ist natürlich ein teures Vergnügen, aber wir haben keinen anderen Weg.

Ulbricht: Wir haben dafür Verständnis.

Chruschtschow: Stellen Sie sich vor, was wäre gewesen, wenn diese Krise 1962 ausgebrochen wäre. In was für eine Lage wären wir geraten? Die Amerikaner hätten sich über uns lustig gemacht. Haben Sie deshalb Verständnis für unsere Lage und setzen Sie uns nicht unter Druck. Denn wenn wir auf die Reserven verzichten, bedeutet das, dass wir uns selbst bestehlen.

Apel: Was aber die Lieferung von Butter betrifft, so muss man irgendeinen Übergang zum nächsten Jahr finden. Jetzt ist es für uns zu spät, auf den kapitalistischen Markt zu gehen.

Chruschtschow: Ich habe Sie vorher gewarnt. Ich habe davon schon im letzten Jahr gesprochen, und danach extra einen Brief geschickt. Allem Anschein nach haben wir Sie einfach daran gewöhnt, dass wir zwar reden und nochmals reden, aber schließlich doch etwas geben. Aber jetzt geben wir nichts. Sie erhalten doch von uns keine Geschenke, sondern Sie kommen als Kaufleute.

Ulbricht: Jetzt ist der Absatz von Werkzeugbänken sehr schwierig.

Chruschtschow: Dann bauen Sie solche Werkzeugbänke, die gekauft werden. Die Koreaner haben uns eindeutig veraltete Werkzeugmaschinen von sehr schlechter Qualität angeboten und waren sehr beleidigt, als wir es ablehnten, sie zu kaufen. Das verpflichtet uns, unser technisches Niveau anzuheben. Na, wie ist es, habe ich gut gesprochen?

Ulbricht: Zumindest ist jetzt alles klar.

Chruschtschow: Und ich habe von Ihnen auch keinen Beifall erwartet. Ich kenne doch meine Zuhörer.

Zum Abschluss des Gesprächs wurde vereinbart, die Frage der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung bei der nächsten Zusammenkunft zu erörtern. Das Gespräch dauerte drei Stunden.

Aufgezeichnet von W. Koptelzew und W. Popow
(jeweils eigenhändige Unterschrift)
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 558, Bl. 154–188

26. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 2. Juni 1964

Nach dem Austausch der Begrüßungen sieht *H. Wilson* auf dem Tisch von *N. S. Chruschtschow* ein großes [Stück] Glas und fragt, woher das ist.

Chruschtschow sagt, das ist kein Glas, sondern ein großer künstlicher Kristall. In der Vergangenheit haben die Versuche zu keinem Erfolg geführt, und erst jetzt ist es sowjetischen Wissenschaftlern gelungen, einen reinen Kristall ohne Beimischungen herzustellen, der für die optische Industrie äußerst wichtig ist.

Auf die Frage *Wilsons*, ob dieses Rohmaterial für Film- und Fotoapparaturen eingesetzt wird, gibt *N. S. Chruschtschow* eine bejahende Antwort und fügt scherzhaft hinzu, als man ihm diesen Kristall auf den Tisch gelegt habe, sei das wohl nicht das einzige Exemplar gewesen, und die Wissenschaftler hätten sicher einen recht großen Vorrat von diesem wertvollen Material für optische Geräte.

Wilson sagt, er und seine Kollegen sind *N. S. Chruschtschow* sehr dankbar dafür, dass er es einrichten konnte, sie zu empfangen. Sie sind sich darüber klar, dass *N. S. Chruschtschow* jetzt nach der Reise in den Mittleren Osten⁵⁰⁹ sehr beschäftigt ist. In diesem Zusammenhang möchte er die Gründe erläutern, aus denen ihn die Labour-Delegation gebeten hat, das Treffen zu organisieren.

Als wir uns das letzte Mal getroffen haben, d. h. vor einem Jahr, fährt *H. Wilson* fort, war die Welt auf dem Weg zum Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche.⁵¹⁰ Seitdem hat sich der auf die Verringerung der Spannungen ausgerichtete Impuls, der aufgrund der Unterzeichnung des Vertrages entstanden war, stark abgeschwächt, und es steht zu befürchten, dass er völlig verloren geht. Gestern Vormittag haben wir ein höchst nützliches und konstruktives Gespräch mit A[ndrej] A. Gromyko gehabt und versucht, Bereiche zu ermitteln, in denen jeweils ein schneller Erfolg erzielt werden könnte. Wir würden gern die Meinung *N. S. Chruschtschows* zur internationalen Lage hören und erfahren, in welchen Bereichen der internationalen Politik seiner Ansicht nach damit zu rechnen ist, dass sich so schnell wie möglich ein Fortschritt bei der weiteren Verringerung der Spannungen erzielen lässt.

Chruschtschow: Da Sie nun mal unsere Meinung zur internationalen Lage hören wollen, gehe ich auf das wichtigste und recht leicht zu lösende Problem ein, [das sich] leicht [lösen lässt] unter der Voraussetzung, dass sich die westlichen Politiker von den Illusionen verabschieden, die sie selbst geschaffen haben. Es handelt sich um das deutsche Problem, das, wie man sagen kann, gleichzeitig sowohl leicht als auch schwierig und wirkungsvoll ist. Leicht zu lösen ist es deswegen, weil dazu von keiner der Seiten irgendwelche Zugeständnisse erforderlich sind.

⁵⁰⁹ Anlässlich des Abschlusses der ersten Baustufe am Assuan-Staudamm, der mit sowjetischer Hilfe errichtet wurde, war Chruščëv vom 9. bis 25. Mai 1964 zu einem Staatsbesuch in Ägypten. – Was in Deutschland als Naher Osten bezeichnet wird, heißt in Großbritannien Mittlerer Osten.

⁵¹⁰ Die USA, Großbritannien und die UdSSR schlossen am 25. Juli 1963 ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche mit Ausnahme der unterirdischen Tests.

Wir müssen nur die Situation fixieren, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist und die jetzt schon 19 Jahre lang andauert. Unserer Ansicht nach kann kein einziges anderes Problem erfolgreich geregelt werden, solange die deutsche Frage nicht abschließend geregelt ist. Gegenwärtig haben die Westdeutschen schon 12 Divisionen, wobei wir nicht wissen, ob sie sich mit dem jetzigen Stand der Streitkräfte zufrieden geben. Sie werden wohl eher den Ausbau ihrer militärischen Stärke weiter forcieren. Doch das wird natürlich eine entsprechende Gegenwirkung hervorrufen. Wenn der Friedensvertrag unterschrieben wird, werden die revanchistischen und militaristischen Kreise Westdeutschlands gezwungen sein, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Vertrag von den Mächten unterschrieben ist, die gegen Deutschland gekämpft haben, das wird dann ein Vertrag sein, in dem die durch unsere gemeinsamen Anstrengungen erzielten Ergebnisse bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands fixiert sein werden. Bleibt dieses Problem ungelöst, wird die Lösung aller anderen Probleme aufgehalten werden. Es ist bekannt, dass sich alle verantwortlichen Politiker im Westen darüber klar sind, dass sich die Ziele, die sich gewisse einflussreiche Kreise Westdeutschlands stellen, nicht erreichen lassen. Das gesteht sich selbst Adenauer ein. Das ist den Engländern, Franzosen und Amerikanern völlig klar. Den Engländern ist das nicht nur klar, sondern sie wollen auch keine Vereinigung Deutschlands. Genau das Gleiche lässt sich von den Franzosen und Amerikanern sagen. Ich würde sogar sagen, dass auch die Westdeutschen eine Vereinigung nicht besonders wollen, da in diesem Fall die Christdemokraten in eine ausgesprochen schwere Lage geraten und die Macht verlieren könnten. Adenauer versteht das gut. Deswegen reißt er sich nicht um die Wiedervereinigung, sondern redet lediglich von ihr und bedient dabei die nationalistischen Gefühle der Deutschen. Man sollte meinen, dass auch Willy Brandt diese Frage nüchtern begreifen müsste. Und wenn man an ihm etwas kratzt und ihm sozusagen in die Seele hineinschaut, wird man sehen, dass auch er begreift, wie hoffnungslos die Politik der Ultimaten bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Die Labour-Politiker sind kluge Leute, aber auch sie machen in dieser Frage Dummheiten. Was kann man denn in diesem Fall von den Konservativen erwarten? Oder sind Sie sich mit ihnen in dieser Frage einig? Sie stehen wohl in dieser Frage auf dem gleichen Standpunkt wie sie, sozusagen ein Paar von zwei Stiefeln. Sie trinken zwar Whisky, aber, wie uns bekannt ist, trinken Sie ihn in Maßen, ohne dabei den Verstand zu verlieren. Ist denn daran zu denken, dass die DDR der Liquidierung ihrer sozial-politischen Errungenschaften zustimmt? Natürlich stimmt sie dem nicht zu. Wer kann sie denn zum Verzicht auf ihre Errungenschaften zwingen? Schließlich entwickelt sich die Wirtschaft der DDR, die innere Lage ist gefestigt, die außenpolitische Stellung ist gut. Was die militärische Seite betrifft, so ist die Zeit vorbei, als man mit anderen Völkern aus der Position der Stärke heraus reden konnte, wie das Dulles und Adenauer getan haben.

Derzeit nähren einige [Leute] die Illusion, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass sich im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz die Bindungen zwischen den Ländern des Warschauer Paktes und allen sozialistischen Ländern abschwächen, weswegen der Westen sich gewisse Hoffnungen machen könne. Ich würde sagen, dass die friedliche Koexistenz tat-

sächlich Auswirkungen hat, insofern die Kriegsgefahr jetzt nicht so offen zutage tritt. In Wahrheit schwächen sich die Bindungen zwischen den Ländern der NATO ab, und das Bündnis wird in seinem Fundament erschüttert. Was die sozialistische Staatengemeinschaft betrifft, so haben wir trotz Differenzen in Fragen der Taktik oder der Theorie eine gemeinsame Basis – das ist der Aufbau des Kommunismus, insofern sich die kommunistischen Parteien und die sozialistischen Länder die gemeinsame Aufgabe stellen, den Sozialismus und die kommunistische Gesellschaft zu errichten.

Dabei darf man auch den Umstand nicht aus den Augen verlieren, dass der entscheidende Faktor – die zur Führung eines [nuklearen] Gegenschlags erforderliche militärische Stärke – aufseiten der UdSSR vorhanden ist. In dieser Hinsicht hat sich nichts geändert. Wir verfügen über die Möglichkeit, Europa einseitig zu vernichten,⁵¹¹ und das bedarf keines Beweises. Leute, die nachdenken und die heutigen Errungenschaften der Militärtechnik kennen, begreifen das sehr gut. Ich will hier niemandem Angst machen. Wir waren immer Gegner einer Politik der Einschüchterung und werden es bleiben. Ich stelle mir in aller Nüchternheit vor, dass kein Schlag von uns ohne Antwort bleiben würde. Das ist für mich klar. Aber auch die anderen sollten sich dessen bewusst sein, dass auch für sie ein Schlag nicht ohne Folgen bleiben wird. Wir drohen niemandem mit Stärke. Der Westen aber will uns mit Stärke drohen und uns die Zustimmung zur Liquidierung der DDR entreißen. Das sind törichte Hoffnungen, das ist eine törichte Politik. Am vernünftigsten wäre es für uns alle, dieses Kettenglied herauszunehmen, und dann bricht die militärische und revanchistische Kette von selbst auseinander. Ich habe dabei die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages und die Reduzierung der Streitkräfte im Auge. In diesem Fall meine ich nicht die Nuklearraketen. Das zu machen ist sehr schwer, fast unmöglich. Man kann aber darüber sprechen, die konventionellen Waffen und Streitkräfte anfangs um 1/3, danach um die Hälfte und danach auch um 2/3 zu reduzieren.⁵¹² Wir haben da-

⁵¹¹ Die Drohungen, mit denen Chruščëv der Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrags Nachdruck verlieh, der die Präsenz der Westmächte in Berlin beenden und der DDR die Zugangswege zu den Westsektoren überantworten sollte, beruhten auf der Fähigkeit der UdSSR, mit ihren kontinental-strategischen Kernwaffen die westeuropäischen Länder zu vernichten, ohne dass diese umgekehrt Schläge gegen die Sowjetunion führen konnten. Wie aus Protokollen in vorausgegangenen Bänden dieser Dokumentation hervorgeht, wies er westliche Gesprächspartner nachdrücklich auf diesen Tatbestand hin, um sie davon zu überzeugen, dass ihrer Seite keine andere Möglichkeit bleibe, als sich den Forderungen zu beugen. Damit suchte er die – für ihn missliche – Tatsache zu überspielen, dass die UdSSR global-strategisch weit unterlegen war und deswegen im Falle eines nuklearen Konflikts weit schlimmere Folgen zu befürchten hatte als die westliche Führungsmacht. Der Versuch misslang jedoch: Im Oktober 1961 war er genötigt, von dem angedrohten einseitigen Abschluss des Friedensvertrags abzurücken, und ein Jahr später sah er sich dazu veranlasst, seine Raketen aus Kuba abzuziehen. Vor dem Hintergrund der gegen Westeuropa gerichteten nuklearen Drohungen Chruščëvs war es kein Zufall, dass sowohl Großbritannien als auch Frankreich jeweils den Aufbau einer nationalen Kernwaffenmacht beschlossen, die der UdSSR zwar weit unterlegen waren, aber ihnen die Fähigkeit verschaffte, die Sowjetunion empfindlich zu treffen und damit deren Drohungen mit einer Gegendrohung zu kontern.

⁵¹² Nach dem Urteil westlicher Militärs lief das auf die Beseitigung der Fähigkeit der NATO zur Verteidigung Westeuropas hinaus. Ihre Truppen seien nur wenig stärker, als zur Minimalabdeckung des Territoriums nötig sei, das sie verteidigen sollten. Würden diese Streitkräfte wesentlich reduziert, wäre diese Abdeckung nicht mehr gegeben, so dass Lücken entstünden. Im Osten dagegen sei die Lage völlig anders, weil man zum einen mehr Verbände an vorderer Front besitze und zum anderen die geballte Macht der UdSSR im Rücken habe, während die USA durch den Atlantik von ihren europäischen Verbündeten getrennt seien.

mit keine Schwierigkeiten. Wenn wir das machen, werden dadurch die beiden Lager im Verhältnis zueinander nicht schwächer, da das bestehende Kräftegleichgewicht nicht verletzt wird. Das Kräftegleichgewicht wird nicht angetastet werden, weil diese Maßnahmen nicht die nuklearen Raketenwaffen einschließen. Aber solche Waffen können beide Seiten zerstören. Sie wissen, dass wir in ausreichendem Maße solche Möglichkeiten besitzen, und wir wissen, dass auch die USA diese Möglichkeiten besitzen. Wir befinden uns, grob gesprochen, unter dem Schutz der Nuklearwaffe.⁵¹³ Die Nuklearwaffe ist nur dazu geeignet, ein Land zu vernichten, nicht aber, es zu erobern. Zur Eroberung eines Landes ist die Infanterie nötig, und deswegen geht es darum, die konventionellen Streitkräfte zu reduzieren. Man könnte meinen, dass die Sache klar wäre. Aber dennoch begreifen Sie es nicht. Worin besteht denn in diesem Fall der Unterschied zwischen [Lord] Home⁵¹⁴ und Wilson? Gar keiner.

Ich möchte wiederholen, dass die deutsche Frage die Hauptfrage ist. Wenn wir uns mit kleinen Fragen befassen, so werden wir sozusagen Flöhe fangen, das führt aber zu nichts. Da haben wir beispielsweise Konsularabkommen mit den USA unterschrieben. Die haben natürlich eine gewisse Bedeutung, aber man sollte ihre Bedeutung nicht überschätzen. Solange wir in der grundlegenden Frage der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages keine Entscheidung treffen, wird bei uns nichts zustande kommen. Wir werden weiter auf einem Pulverfass leben und uns gegenseitig Angst machen, aber das kann tragisch enden, denn wenn man sich gegenseitig Angst macht, kann man leicht die letzte Hemmschwelle überschreiten.

Ich habe nicht vor, über Laos zu sprechen, und habe auch nicht vor, mich zu Kuba zu äußern. Diese Fragen sind klar. Ich kann lediglich bemerken, dass Kuba ein unabhängiger Staat ist, der in Übereinstimmung mit den Wünschen seines Volk leben will und der das Recht hat, seine Souveränität zu verteidigen. Hier gibt es keine Fragen. Jedwede Bedrohung seiner Souveränität ist eine Aggression, für die man die Verantwortung zu übernehmen hat.

Es ist längst an der Zeit anzuerkennen, dass die Kolonialpolitik gescheitert ist und ihre Restbestände so rasch wie möglich zu beseitigen sind. Ich habe gehört, dass konservative Kreise in England meine Äußerungen über Aden⁵¹⁵ mit Miss-

⁵¹³ Nach dieser – insbesondere auch im Westen herrschenden – Vorstellung hielt das Risiko, dass ein Krieg zwischen Ost und West zum nuklearen Schlagabtausch mit vernichtenden Konsequenzen führen konnte, die andere Seite vom Krieg ab.

⁵¹⁴ Lord Home, Außenminister der damaligen konservativen britischen Regierung. Als er später die Nachfolge Harold Macmillans als Premierminister antrat, verband sich damit das Erfordernis der Mitgliedschaft im Unterhaus. Daher verzichtete er auf die Lordschaft und hieß von da an Sir Alec Douglas-Home.

⁵¹⁵ Die Stadt Aden an der Südwestspitze der arabischen Halbinsel und am Eingang des Roten Meeres war von 1937 bis 1963 britische Kronkolonie, während das Hinterland und einige vorgelagerte Inseln den Status eines britischen Protektorats hatten. Als sich die Briten zurückzogen, vereinbarten sie vertraglich, dass sie die zivile Präsenz aufrechterhalten und im Bedarfsfalle wieder Truppen entsenden könnten. Chruščëv hatte am 11. Mai vor dem ägyptischen Parlament gesagt, er habe Verständnis für die Forderungen der Völker nach Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte im Nahen Osten – in Aden, Libyen und Cypern. Auch sei das Verlangen nach Auflösung der räuberischen Verträge berechtigt, die England den Völkern im Nahen Osten aufzuzwingen habe und welche die Besetzung fremder Territorien durch die englische Armee vorsähen. Am 20. Mai hatte Chruščëv im Gouverneurspalast in Kairo erklärt, England habe zwar kein echtes In-

billigung aufgenommen haben. Ich muss gestehen, dass ich in dieser Angelegenheit überhaupt nichts Neues gesagt habe, sondern nur das wiederholt habe, was wir 1956 gegenüber Eden geäußert hatten. Wenn Sie an der Regierung sein werden, holen Sie sich die Aufzeichnung dieses Gesprächs aus dem Archiv und lesen Sie sie aufmerksam durch. Wir haben damals Eden empfohlen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der Region auf der Basis der Gleichberechtigung aufzubauen und über das Erdöl eine Übereinkunft auf privat-kommerzieller Grundlage zu suchen. England braucht Erdöl, und Aden muss es verkaufen. Und daran ist nichts Anstößiges, die Beziehungen sollte man auf der Grundlage des Handels und nicht des Kolonialismus aufbauen. Ziehen Sie Ihre Truppen aus Aden ab und lassen Sie dort nur Ihren Handelsvertreter, und dann wird niemand etwas Schlechtes über Sie sagen. Wir unterstützen den Kampf der Völker gegen den Kolonialismus, sei es der englische, französische, holländische oder der belgische Kolonialismus.

Wilson: Herr Chruschtschow, Ihre Worte in Bezug auf das Gleichgewicht des Schreckens sind eine in höchstem Maße realistische Einschätzung der Lage, und wir stimmen ihr zu. Es ist allen klar, dass die UdSSR und die USA, die über thermonukleare Waffen verfügen, sich gegenseitig vernichtende Schläge versetzen könnten. Wer das nicht begreift, lebt im „Paradies der Dummköpfe“. Dulles' Zeiten, als man [im Westen] von massiver nuklearer Vergeltung und von einem einseitigen nuklearen Sieg sprach, sind für immer vorbei.⁵¹⁶ Ich kenne keinen führenden Staatsmann im Westen, dem das nicht bewusst wäre. Und das schafft auf seine Weise ein Element der Stabilität, zwar eine labile, aber immerhin [überhaupt] eine Stabilität, in deren Rahmen der Osten und der Westen andere, nicht-nukleare Probleme erörtern könnten, seien es das Fangen von Flöhen oder ernsthaftere Fragen.

Chruschtschow bemerkt scherzhaft, dass Flöhe lästig sind, sie muss man fangen und vernichten, aber man kann mit ihnen leben.

*Walker:*⁵¹⁷ Aber ohne sie wäre das Leben angenehmer.

teresse an Aden, benötige es aber als Stützpunkt zur Kontrolle über die Ölregionen der arabischen Halbinsel. Da es in Aden auch Leute gebe, die mit den Kolonialherren kollaborierten, könnten die Briten ihre Präsenz auf Verträge stützen. Die Kolonialherren hätten das arabische Volk gespalten und raubten es dadurch aus. Deswegen trete die UdSSR ein für die arabische Einheit.

⁵¹⁶ Damals beruhte die westliche Abschreckung auf der Drohung, auf jeden Angriff der UdSSR mit „massiver Vergeltung“ (massive retaliation) zu reagieren, das heißt, er sollte sofort mit dem Einsatz aller Kernwaffen beantwortet werden. Dem lag die Annahme zugrunde, dass die UdSSR dem wenig entgegenzusetzen habe und damit zuverlässig von jeder militärischen Aktion gegen die Verbündeten der USA abgeschreckt werde. Kennedy ersetzte das Konzept durch die Strategie der „flexiblen Erwidern“ (flexible response). Danach sollten etwaige Angriffe grundsätzlich mit konventionellen Mitteln abgewehrt werden. Nur notfalls, wenn die Aufrechterhaltung der Verteidigung auf andere Weise nicht mehr zu gewährleisten sei, sollten taktische Kernwaffen zum Einsatz kommen, die nur Zerstörungen auf dem Gefechtsfeld, also nicht auf sowjetischem Gebiet, anrichten würden. Damit wurde nicht nur verstärktes Gewicht auf den Aufbau konventioneller Streitkräfte gelegt (was höhere Rüstungskosten bedeutete), sondern in der Sicht der Westeuropäer, vor allem der sich an vorderster Front befindenden Westdeutschen, verband sich damit die Gefahr eines Nuklearkrieges, der nur das eigene Territorium verwüsten würde – eine Perspektive, die keine Gewähr für eine zuverlässig kriegsverhütende Abschreckung biete.

⁵¹⁷ Gordon Walker, Führungsmittglied der Labour Party.

Wilson: Ein Konsularabkommen ist ein wertvoller Schritt vorwärts ebenso wie ein Kulturabkommen, aber das alles löst nicht die Grundprobleme, wie Sie, Herr Chruschtschow, vollkommen richtig gesagt haben. Im Übrigen hoffe ich, dass wir ebenfalls mit Ihnen ein Konsularabkommen unterzeichnen könnten, das im Zusammenhang mit dem erweiterten Umfang unseres Handels durchaus wünschenswert wäre.

Chruschtschow: Wir sind zur Erörterung aller Fragen bereit, die gegenseitig von Vorteil sind.

Wilson: Ich möchte gern auf die von Ihnen zuerst genannte Frage, nämlich die deutsche Frage, eingehen. Wir haben über diese Frage vor einem Jahr mit Ihnen gesprochen. Mir scheint, dass die Haltung des Westens und des Ostens in Bezug auf die Frage über Berlin und über den Friedensvertrag keine Veränderung erfahren hat. Wie ich schon A. A. Gromyko gesagt habe, ist die bestehende Lage die Quelle einer großen potenziellen Gefahr. Es ist gut, dass beide Seiten Zurückhaltung an den Tag legen, und die bestehende Lage ist zwar unbefriedigend, aber doch besser als eine Krise.

Der Standpunkt der Labour Party zur deutschen Frage ist klar dargelegt worden, und er hat sich nicht geändert. Wir in England und auch die USA denken nicht an eine Regelung dieser Frage mit Hilfe von Gewalt. Die Argumente von Dulles⁵¹⁸ sind tot, und erst in der letzten Woche habe ich in einem gemeinsamen Fernsehinterview mit Fulbright⁵¹⁹ und Nixon⁵²⁰ genau das Gleiche erklärt. Was die Labour Party betrifft, hat ihre Politik schon immer darin bestanden, die revanchistischen Elemente im Leben Deutschlands zu zügeln. Wir haben eine absolut kompromisslose Haltung dahingehend eingenommen, dass Deutschland in keiner Weise Zugang zu Nuklearwaffen erhalten soll.

Sie haben völlig recht, wenn Sie davon sprechen, dass Spannungen zwischen Ost und West durch das Vorhandensein allzu vieler Streitkräfte in Europa hervorgerufen werden, und dass die Gefahr eines zufälligen Kriegausbruchs besteht, dem stimmen wir zu. Daher betonen wir auch im Rahmen der gegenwärtigen Deutschland-Politik von West und Ost die Bedeutung der Durchführung umfassender Maßnahmen zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Verbindung mit einvernehmlichen Abrüstungsmaßnahmen im Bereich der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Wir haben den Plan meines Nachfolgers⁵²¹ erörtert, der vor fünf Jahren vorgelegt wurde und die Bezeich-

⁵¹⁸ Unter Präsident Eisenhower hatte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles erklärt, es gelte, durch eine „Politik der Stärke“ den Kommunismus „zurückzurollen“, ohne freilich jemals die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dass dies mit Gewalt, durch Krieg geschehen solle.

⁵¹⁹ Senator J. William Fulbright (1905–1995) war ein führender Politiker der amerikanischen Demokraten und nahm als Vorsitzender des Senate Foreign Relations Committee von 1959 bis 1974 großen Einfluss auf die Außenpolitik der USA.

⁵²⁰ Richard M. Nixon (1913–1994), führender Politiker der amerikanischen Republikaner, 1953 bis 1961 unter Eisenhower Vizepräsident, 1960 sehr knapp gegen Kennedy gescheiterter Präsidentschaftskandidat. Später – im November 1968 – gewann er die Wahlen, so dass er doch noch Präsident wurde.

⁵²¹ So fälschlich im Dokument. Gemeint ist Wilsons Vorgänger als Vorsitzender der Labour Party, Hugh Gaitskell, der seit 1955 Oppositionsführer im Unterhaus gewesen und im Januar 1963 überraschend gestorben war.

nung „Gaitskell-Plan“ erhalten hat. Mit den nötigen Änderungen bleibt dieser Plan unsere Politik.⁵²² Zugleich haben wir eindeutig erklärt, dass wir für den „Rapacki-Plan“ in seiner jetzigen Form als Diskussionsgrundlage sind. Dieser Plan führt zu einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und zu einer bedeutenden Reduzierung der konventionellen Streitkräfte. Als ersten Schritt unterstützen wir den „Gomułka-Plan“,⁵²³ der vorsieht, das bestehende Niveau der thermonuklearen Rüstungen einzufrieren. Ich muss sagen, fährt H. Wilson fort, dass Gordon Walker und ich im Januar d.J. eine ähnliche Idee vorgetragen haben, der Plan Gomułkas jedoch erst im März bekannt gegeben wurde. Aber wir werden nicht darüber streiten, wem die Autorschaft dieses Plans gehört.

Wir glauben, die beste Art und Weise, die durch den Moskauer Vertrag⁵²⁴ eingeleitete Bewegung vorwärts aufrechtzuerhalten, wäre ein Vorgehen in eben diese Richtungen. Darin besteht übrigens ein Teil unserer Antwort auf die Frage nach dem Unterschied zwischen [Lord] Home⁵²⁵ und uns. Es ist bekannt, dass Labour immer für eine Verdünnung der [Streit-]Kräfte eingetreten ist, die Konservativen diese Idee jedoch abgelehnt haben. Wir können uns mithin auch dann vorwärts bewegen, wenn die Lage in der deutschen Frage unverändert bleibt.

Chruschtschow sagt, er möchte anmerken, dass wir den polnischen Vorschlag stets unterstützt haben und es begrüßen werden, wenn die Labour Party, ist sie erst einmal an der Regierung, wieder auf diese Frage zurückkommt.

Wilson bemerkt, dass sich damit schon ein wichtiger Ausgangspunkt abzeichnet, an dem Einvernehmen besteht.

Ich möchte auch auf die anderen von Ihnen angesprochenen Fragen eingehen, fährt H. Wilson fort, insbesondere auf die Laos-Frage. Ich muss sagen, dass wir mit A. A. Gromyko ein fruchtbares Gespräch gehabt haben. Zwar ist unsere Einschätzung der Lage verschieden – wir geben den Rechten die Schuld am Umsturzversuch und halten die Kräfte des Pathet Lao, die kürzlich militärische Aktionen eingeleitet haben, ebenfalls für schuldig – es ist nicht wichtig, wer schuld ist, sondern was der [weitere] Verlauf der Aktionen sein wird.⁵²⁶ In dieser Hinsicht sind wir mit Ihnen einer Meinung. Unsere beiden Länder wollen Laos neutral, unabhängig und frei von auswärtiger Einmischung sehen. A. A. Gromyko und wir waren uns darüber einig, dass dies am besten eine von Souvanna

⁵²² Gaitskell hatte Außenminister Adam Rapacki, den Autor des – am 2. Oktober 1957 von Polen erstmals vorgelegten und später von der UdSSR unterstützten – nach ihm benannten Plans zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, dem danach veränderte Varianten folgten, in Warschau mehrfach aufgesucht und daraufhin 1959 einen damit weithin übereinstimmenden eigenen Plan formuliert. In der NATO stießen diese Vorschläge auf Ablehnung, weil sie dem Konzept, bei Gefährdung der konventionellen Verteidigungsfront in Mitteleuropa notfalls Kernwaffen einzusetzen, den Boden entzogen und zudem die östliche Seite dadurch begünstigten, dass diese ihre nuklearen Gefechtsfeldwaffen faktisch weniger weit zurückzuziehen haben würde als der Westen.

⁵²³ Plan des polnischen Parteichefs Władysław Gomułka in Ergänzung des Vorschlags von Rapacki.

⁵²⁴ Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche vom 25. Juli 1963.

⁵²⁵ Lord Home war britischer Außenminister und repräsentierte damit die konservative Regierung, zu der die Labour Party in Opposition stand.

⁵²⁶ In Laos befanden sich die auf die USA ausgerichtete Gruppierung (in Wilsons Diktion die „Rechten“), der kommunistische Pathet Lao (der vor allem vom Nachbarland Nordvietnam militärisch unterstützt wurde) und die Neutralisten im Konflikt. Phasen des scheinbaren Einvernehmens und des offenen Bürgerkriegs lösten einander ab.

Phouma⁵²⁷ geführte Regierung erreichen könnte. Wir unterstützen die Idee, die Konferenz der 14 Staaten in Genf unter der Präsidentschaft Englands und der Sowjetunion einzuberufen.⁵²⁸ Unserer Ansicht nach kann die Diskussion mit Laos beginnen, und wenn wir [damit] Erfolg haben, könnten wir danach zu anderen Problemen Indochinas übergehen.

Hinsichtlich Kubas habe ich den Eindruck gewonnen, dass nach der Rede Fulbrights⁵²⁹ sich die Haltung der Amerikaner in dieser sensiblen Frage etwas verändert hat. Kuba bleibt für die Amerikaner ein kompliziertes Problem, insbesondere in einem Wahljahr. Man muss hinzufügen, dass wir immer auf unserem Recht bestanden haben, mit allen [Ländern] Handel zu treiben und in dieser Frage keinem Druck nachzugeben.

Ich möchte auf Aden und den Mittleren Osten eingehen. Wir haben die Rede N. S. Chruschtschows, in der von Aden die Rede ist, sowie den vollständigen Bericht über sein Gespräch mit Eden 1956 gelesen. Wir stimmen Ihnen völlig zu, dass das Erdöl Gegenstand kommerzieller Verhandlungen sein muss. Und wenn wir in der Sowjetunion Erdöl kaufen – diese Frage haben wir heute mit N[ikolaj] S. Patolitschew⁵³⁰ besprochen – werden wir das ebenfalls auf kommerzieller Grundlage tun, nicht aufgrund einer imperialistischen Politik. Genau das Gleiche lässt sich auch hinsichtlich der Lieferung von Erdöl aus anderen Regionen der Welt sagen.

Jetzt zu den Stützpunkten. Seinerzeit habe ich gesagt, dass Stützpunkte in moralischer wie militärischer Hinsicht schwer zu rechtfertigen sind, wenn dafür keine volle Zustimmung der Bevölkerung vor Ort besteht. Ich möchte hinzufügen, dass die Labour Party es nicht für wünschenswert hält, Verhandlungen über Stützpunkte nur deshalb zu führen, um sich Erdöl zu sichern.

Wir sind der Ansicht, dass England im Mittleren Osten und in Ostafrika eine wichtige Rolle spielen muss, zum Beispiel in Kenia und in Tanganjika, wo kürzlich unser Eingreifen auf Einladung der jeweiligen Regierung nützlich und nötig gewesen ist.⁵³¹ Operationen dieser Art von unseren Stützpunkten aus kann man auch in Zukunft durchführen, aber selbstverständlich nur dann, wenn man uns

⁵²⁷ Souvanna Phouma (1901–1984), laotischer Prinz, Führer der neutralistischen Gruppierung.

⁵²⁸ Vom 16. Mai 1961 bis zum 23. Juli 1962 waren in Genf die Vertreter von 14 westlichen, kommunistischen und blockfreien Staaten – darunter die USA, die UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Süd- und Nordvietnam – zur Laos-Konferenz zusammengekommen und hatten nach langem Hin und Her die Beendigung des Bürgerkriegs und die Bildung einer Allparteien-Regierung mit dem neutralistischen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma an der Spitze vereinbart.

⁵²⁹ Der demokratische Senator William Fulbright hatte am 25. März 1964 im amerikanischen Senat eine realistischere Außenpolitik gefordert, die nicht wie bisher vielfach auf Mythen beruhen dürfe. In Bezug auf Kuba nannte er drei Optionen. Die erste, Invasion und Besetzung der Insel, wäre unverantwortlich, weil sie UNO-Recht verletze und Konsequenzen in Lateinamerika haben würde. Die zweite Möglichkeit, das bisherige Bemühen um den Sturz des Castro-Regimes durch wirtschaftlichen und politischen Boykott, sei gescheitert, weil man die UdSSR nicht an Lieferungen nach Kuba hindern könne, ohne damit einen Nuklearkrieg zu riskieren. Deswegen bleibe nur die Hinnahme der Existenz des Castro-Regimes als eine zwar unangenehme, aber nicht gefährliche Sache, solange die anderen Nationen der westlichen Hemisphäre gemäß dem Vertrag von Rio zu Kuba Abstand hielten. Man müsse sich klar darüber sein, dass das Castro-Regime fortbestehen werde, aber kein unüberwindliches Hindernis für die Politik der USA bilde.

⁵³⁰ Nikolaj Semënovič Patolitschew (1908–1989), sowjetischer Außenhandelsminister.

⁵³¹ Es ging um die Beendigung ethnischer Konflikte in diesen Ländern.

darum bittet. Zugleich haben wir mehrfach betont, dass man mit den unabhängigen Regierungen der entsprechenden Länder eine vertragliche Vereinbarung hinsichtlich solcher Art von Stützpunkten treffen muss. Die Labour Party hat in Bezug auf viele Seiten der Politik der konservativen Regierung in diesen Regionen Zweifel, beispielsweise gegenüber der Südarabischen Föderation⁵³² und bezüglich des Prozesses der demokratischen Umwandlung in dieser Föderation. Zu allen diesen Fragen haben wir unseren Standpunkt schon dargelegt.

Ich möchte Ihnen sagen, fährt H. Wilson fort, dass wir Ihre Erklärung begrüßt haben, die Sie bei Ihrem Besuch in Ägypten dazu abgegeben haben, dass Sie gegen die Schaffung eines nuklearen Potenzials im Nahen und Mittleren Osten sind. Ich weiß, dass diese Erklärung der sowjetischen Politik entspricht, die Weiterverbreitung der Nuklearwaffe zu verhindern. Wir sehen sie [die Erklärung] als wichtigen Appell auf dem Feld der internationalen Beziehungen.

Abschließend möchte ich bemerken, dass, wie Ihre Reise in den Mittleren Osten gezeigt hat, ein Land [dort] nur dann mit Wohlwollen rechnen kann, wenn es zu zeigen vermag, dass es die Erfolge selbst errungen hat und den anderen auf dem Feld der Wirtschaftsentwicklung und der Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung hilft. Die Ereignisse in Assuan waren ein Triumph der Sowjetunion. In dieser Frage haben Dulles und Eden sozusagen „den Dampfer verpasst“, und wir müssen Sie einholen.

Bei unserem Treffen mit A[nastas] I. Mikojan, sagt H. Wilson weiter, habe ich schon die Frage gestellt, ob eine gemeinsame Durchführung irgendeiner Maßnahme seitens der Sowjetunion und Englands wünschenswert wäre, die nicht nur die Möglichkeit der wettbewerblichen Koexistenz zeigen, sondern auch Perspektiven einer auf Zusammenarbeit gegründeten Koexistenz eröffnen würde.

Chruschtschow: Ich freue mich, dass Sie unser Bemühen um Anhebung des Lebensstandards des ägyptischen Volkes so hohen Wert beimessen. Waren Sie, Herr Wilson, schon einmal in Assuan?

Wilson antwortet, dass er noch nicht in Assuan gewesen ist, dafür seien aber einige seiner Freunde schon dort gewesen.

Chruschtschow sagt, dass man die Großartigkeit des Assuan-Staudammes nur dann richtig würdigen kann, wenn man dort gewesen ist, erst dann kann man begreifen, wie wichtig das Wasser für die Menschen ist. Uns hat es gefreut, als man uns gesagt hat, dass die Sowjetunion dort eine gute Sache gemacht hat.

Was jedoch den Vorschlag betrifft, den Sie vorgetragen haben, müssen wir uns, so glauben wir, vorher über die grundlegenden internationalen Fragen verständigen, und danach unsere gemeinsamen Bemühungen auf die Hilfe für die Völker richten, die sie benötigen. Das wird nur möglich sein, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, die derzeit offensichtlich noch nicht herangereift sind. Wir und Sie gehen verschieden an die Frage der Hilfeleistung heran. Das Monopolkapital will den Ländern beim Aufbau ihres eigenen Industriepotenzials keine

⁵³² 1962 bildeten 15 britische Protektorate im Süden der arabischen Halbinsel eine Südarabische Föderation. Als sich diese im November 1967 auflöste, entstand die Volkdemokratische Republik Jemen, deren Unabhängigkeit von Großbritannien anerkannt wurde.

Hilfe leisten. Und das ist auch verständlich. Wie können die Amerikaner Ägypten beim Aufbau eines Hüttenwerkes Hilfe gewähren, wenn sie selbst nicht wissen, an wen sie den Stahl absetzen können.

Walker bemerkt, sowohl England als auch die Vereinigten Staaten wie ebenso die Sowjetunion haben Indien beim Bau von Hüttenwerken Hilfe geleistet.

Chruschtschow: Sie haben einmal Hilfe geleistet, danach aber eine solche Hilfe abgelehnt. Die Amerikaner sagen jetzt, dass sie, auch wenn sie einigen Ländern weiter helfen werden, dies nur auf privatkapitalistischer Grundlage tun werden.

Walker sagt, dass eine Labour-Regierung Englands nicht so vorgehen wird.

Chruschtschow: Wir werden sehen, was Sie tun, wenn Sie die Regierung bilden. Denn wir wissen doch, dass Sie das eine sagen, aber das andere tun.

Walker: Sie werden es sehen.

Chruschtschow zeigt auf J[ohn] Slater und sagt scherzhaft: Sie können uns Bergleute⁵³³ wohl gar hinters Licht führen, denn Sie sind schließlich ein gefährliches Volk.

Doch ich möchte, dass Sie vorwärts gehen und die Wichtigkeit der Regelung der deutschen Frage begreifen, die früher oder später geregelt werden wird. Wenn die deutsche Frage keine Regelung mittels Übereinkunft findet, wird sie auf andere Weise geregelt werden. Wir glauben, dass der Sozialismus kraft seines Beispiels das Volk in Westdeutschland dazu bewegen wird, die kapitalistische Ordnung zu beseitigen und in ihrem Land den Sozialismus aufzubauen. Damit haben wir einen Ausweg, aber Sie haben keinen.

Wilson sagt, dass Labour mit den Kommunisten im Blick auf eine friedliche Entwicklung konkurrieren werden.

Chruschtschow: Also eine Entwicklung einleiten, um den Monopolkapitalismus zu stärken? Was für Sozialisten sind Sie dann noch?

Wilson sagt, dass er N. S. Chruschtschow das Labour-Programm zuschicken kann. Wir haben unsere Probleme, die wir nicht unterschätzen. Meinen Sie, Herr Chruschtschow, sagt er weiter, dass eine Aussicht darauf besteht, den „Gomułka-Plan“ in nächster Zeit erörtern zu können?

Chruschtschow antwortet, man solle nicht aufschieben, was schon jetzt dem Volk Nutzen bringt. Deswegen sind wir zur Diskussion dieser Frage bereit, falls die Westmächte ebenfalls dazu bereit sind.

Wilson sagt, es gibt zwei Fragen, bei denen sich schon heute ein gewisser Fortschritt erzielen lässt. Erstens ist dies das Einfrieren des Niveaus der thermonuklearen Waffen und die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Mitteleuropa („Gomułka-Plan“) und zweitens ein internationales Abkommen über die

⁵³³ Um seine der marxistisch-leninistischen Ideologie entsprechende proletarische Herkunft zu betonen, nannte sich Chruščëv gerne einen Bergmann, nachdem er in früher Jugend einmal in einer Zeche gearbeitet hatte.

Nichtweitervergabe der Kernwaffen. Halten Sie die Verwirklichung dieser Vorschläge für realistisch?

Chruschtschow: Sie kennen unseren Standpunkt zu diesen Fragen, wir sind für ihre Erörterung und für die Erzielung eines Abkommens. Wir glauben, das wäre ein vernünftiger Schritt vorwärts unter der Voraussetzung, dass bei der Regelung dieser Fragen das bestehende Kräfteverhältnis nicht verändert wird.

Wilson sagt, dass dies eine absolut notwendige Bedingung ist.

Chruschtschow: Wir begreifen nicht, wieso sich die Westmächte gegen diese Vorschläge wenden. Offenbar ist Dulles in den Köpfen einiger Politiker immer noch lebendig. Schließlich ist das doch die gleiche Politik der Stärke.

Wilson: Ich denke, dass dies das Ergebnis der Opposition seitens der BRD ist.

Chruschtschow: Da sehen Sie, wie Deutschland, das wir zusammen mit Ihnen zerschlagen haben, Sie jetzt an der Nase herumführt. Sie schwimmen im Fahrwasser der Politik der Militaristen aus Westdeutschland.

Wilson: Ich denke das nicht. Wir bemühen uns sehr um die Regelung der Streitfragen. Die Labour-Regierung wird dem mehr Aufmerksamkeit zuwenden als die Konservativen. Wir meinen, dass der Abschluss eines Abkommens zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen ein unaufschiebbares Problem ist. A. A. Gromyko hat im Gespräch mit uns auf die bilaterale Erörterung dieser Frage zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten hingewiesen. Könnten Sie vielleicht dazu etwas sagen?

Chruschtschow: Aber ich würde Ihnen noch gern etwas zu Deutschland sagen. Nachdem wir damals die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrags gestellt und West-Berlin als Splitter in unserem Körper bezeichnet haben, weil diese Stadt sozusagen eine Einladung zu subversiver Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder war, hat sich die Lage jetzt mit der Befestigung der Grenze zwischen West-Berlin und der DDR geändert. Wenn jetzt [noch] West-Berlin ein Splitter [im Auge] ist, dann nicht für uns, sondern für den Westen. Für uns hat diese Frage an Schärfe verloren. Obwohl es [West-Berlin] die Anbahnung normaler Beziehungen zwischen uns weiter behindert, haben wir den Imperialisten die Klauen schon gestutzt, die sie über West-Berlin zu uns ausgestreckt hatten. Das ist für uns ein großer Sieg. Auf dem Weg nach West-Berlin müssen Sie nach wie vor DDR-Territorium überqueren, und dort können Sie stecken bleiben.⁵³⁴ Daher ist es notwendig, das deutsche Problem zu lösen, diesen Sumpf trocken zu legen, andernfalls werden Sie wie Frösche darin hocken und versacken. Wir Bergleute sind aber gegen das Wasser, wir haben es gerne, wenn's trocken ist.

Wilson sagt, dass die Berlin-Frage tatsächlich ihre Schärfe verloren hat, auch wenn es keine Regelung gibt. Wie schon wiederholt erklärt wurde, ist der Standpunkt von Labour wie folgt: den Status quo beibehalten und anderen die eigene Linie nicht mit Gewalt aufzwingen.

⁵³⁴ Das heißt: nicht durchgelassen werden.

H. Wilson sagt weiter, dass er nochmals auf die Lage im Mittleren Osten zurückkommen möchte, und erinnert daran, dass die Labour Party für die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen [auch] in anderen Regionen der Welt außer Europa eintritt. Eine solche Region könnte Afrika sein. A. A. Gromyko hat uns gestern gesagt, und ich denke, dass er den offiziellen Standpunkt der Sowjetregierung in dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat, dass man auch den Mittleren Osten zur kernwaffenfreien Zone machen könnte. Als flankierende Maßnahme könnten die Lieferungen von konventionellen Waffen in diese Region unter Kontrolle gestellt werden.

In der Labour Party herrscht große Sorge im Zusammenhang mit der privaten Lieferung von Waffen in viele Länder der Welt. Wir wissen, dass die Sowjetunion nicht damit befasst ist. Wir möchten jedoch ein Verbot des privaten Handels mit veralteten Waffen erreichen, etwa durch den Abschluss einer Konvention im Rahmen der UNO. Der private Waffenhandel stellt eine große Gefahr dar. Eben davon hat sich [US-]Präsident Johnson leiten lassen, als er den Vorschlag unterbreitete, veraltete Bomber zu vernichten [statt sie weiterzugeben]. Es ist notwendig, dem Weiterverkauf von Waffen durch ein Land an ein anderes Land ein Ende zu machen.

Chruschtschow: Der Waffenhandel ist ein kompliziertes Problem. Wir haben es schon 1956 bei unserem Besuch in England angesprochen. Doch die englische Regierung hatte damals unsere Vorschläge nicht angenommen. Sie empfahl uns, keine Waffen zu verkaufen, setzte aber ihrerseits den [Waffen-]Handel fort. Dieses Problem wurde auf der Pressekonferenz in London angesprochen, und ich habe es damals erläutert.

Walker sagt, wenn Labour an der Macht wäre, würden sie sich für den Abschluss eines Abkommens über die Begrenzung der Waffenlieferungen in den Mittleren Osten einsetzen; weil dieser auch so ohnehin schon eine Region mit großen Spannungen ist, wo die Gefahr besteht, dass Waffenlieferungen von beiden Seiten zu einer Eruption führen.

Wilson: Was Sie uns gerade über Ihre Verhandlungen in London 1956 gesagt haben, ist von großem Interesse. Die Konservativen haben ja die Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten bis zur Suez-Krise fortgesetzt, als die Sowjetunion zur gleichen Zeit die Einstellung derartiger Lieferungen vorgeschlagen hat. Die Labour Party hat, wenn sie an die Macht kommt, die Absicht, diese Politik zu ändern.

Chruschtschow bemerkt, dass die sowjetische Seite in den Verhandlungen mit der englischen Regierung auch davon gesprochen hat, dass keine sonstigen Länder Waffen etwa an die Türkei oder den Iran verkaufen sollen.

Wilson sagt, dass Labour als Oppositionspartei keine Verhandlungen mit Regierungen anderer Staaten führen kann, aber wir halten den Abschluss eines internationalen Abkommens über die Kontrolle der Waffenlieferungen in bestimmte Regionen, besondere Israel und Ägypten, für richtig.

Wenn Herr Chruschtschow nichts einzuwenden hat, sagt er weiter, möchte ich noch eine andere Frage ansprechen. Ich meine damit die Aufstellung von [Streit-]

Kräften im Rahmen der UNO zur Aufrechterhaltung des Friedens. Wir meinen, dass England eine gewisse Rolle bei der Aufrechterhaltung des Friedens spielen sollte, entweder im Rahmen der UNO oder im Rahmen des Commonwealth. Es könnte seine konventionellen Streitkräfte in jenen Regionen einsetzen, wo es Unruhen gibt, und das selbstverständlich nur mit dem Einverständnis der jeweiligen Regierungen. Wir haben im Parlament vorgeschlagen, einen Teil der in der BRD stationierten englischen Truppen gerade für derartige Streitkräfte zu verwenden.

Chruschtschow sagt, dass dies eine Frage ist, die eine gründliche Prüfung erfordert. Wir sind generell skeptisch gegenüber dem Einsatz von ausländischen Truppen auf sogenannte „Bitten von Regierungen“ hin. Das führt gewöhnlich zur Stärkung der konservativen Kräfte im Innern dieses oder jenes Landes. Es stellt sich auch die Frage, ob nicht Ihr Vorschlag einen Anklang an die Fragestellung Kennedys während unserer Verhandlungen in Wien enthält. Er betonte damals die Notwendigkeit, den „Status quo“ in der Welt zu gewährleisten. Er war aber [dabei] der Ansicht, dass einige Staaten „zu Hilfe“ kommen könnten, wenn irgendwelche Kräfte im Innern dieses oder jenes Landes den Wechsel ihrer Regierung oder die Änderung ihrer Politik anstreben. Diese Theorie hatte eine offensichtlich reaktionäre Ausrichtung, und wir konnten ihm nicht zustimmen. Ich habe ihm damals gesagt, dass die USA seinerzeit gegen England für ihre Befreiung gekämpft haben, und sie hatten dazu das volle Recht.

Wilson: Mit Unterstützung Frankreichs.

Chruschtschow sagt, dass die Schaffung der „Heiligen Allianz“⁵³⁵ zur Bekämpfung der revolutionär gesinnten Massen in ihrem Kern dem ähnlich ist, was Kennedy sagte.

Wilson sagt, dass die Politik der Konservativen, wie er meint, eher in der Unterstützung einer „Heiligen Allianz“ besteht als in der Zustimmung zu den Veränderungen, die heute in der Welt vor sich gehen. Insoweit hier die Frage subversiver Handlungen angesprochen worden ist, sagt er weiter, so möchte ich bemerken, dass sich derzeit die Chinesen damit befassen.

Chruschtschow: Ich muss sagen, dass sich Kennedy damals geirrt hat. Ich habe ihn damals gefragt, was ein Volk machen kann, wenn das Regime verfault ist, ob dann das Volk das Recht auf Revolution hat. Kennedy bezeichnete das alles als „subversive Handlungen“. Das ist der Standpunkt von Dulles. Wir wenden uns gegen den Export der Revolution und gegen den Export der Konterrevolution, erkennen aber das Recht des Volkes an, die bestehende Ordnung zu verändern. Die Politik des Exports der Konterrevolution ist noch während der Intervention Englands, Deutschlands, Japans, der Vereinigten Staaten und anderer Mächte ge-

⁵³⁵ Auf dem Wiener Kongress 1815 formierten die drei konservativen Großmächte des Ostens – Österreich, Russland und Preußen – die Heilige Allianz mit dem erklärten Ziel, die „Revolution“, das heißt die auf liberale Veränderungen ausgerichteten Kräfte, zu bekämpfen.

scheitert, die uns zu ersticken suchten.⁵³⁶ Wir haben sie alle zu des Teufels Großmutter geschickt. Ich bitte, mir diesen recht kräftigen Ausdruck zu verzeihen.

Wilson: Ich hätte genau das gleiche gesagt. Ernest Bevin,⁵³⁷ der ebenfalls kräftige Ausdrücke liebte, organisierte einst den Streik der Hafenarbeiter, der die Ausweitung der Intervention gegen Sowjetrußland verhinderte.

Chruschtschow bemerkt, dass er damals an der Südfront gekämpft hat. Wir hatten damals keine [Uniform-]Mäntel, aber es war uns gelungen, ein Vorratslager der Weißgardisten zu erobern, und darin gab es englische [Uniform-]Mäntel. Die englischen [Uniform-]Mäntel waren von guter Qualität.

Wilson sagt, dass sich der Handel mit Wolle- und Textilerzeugnissen zwischen England und Rußland im Grunde erst nach dem Krimkrieg⁵³⁸ zu entwickeln begonnen hat. Nach dem Krieg hörten einige hochgestellte Persönlichkeiten Rußlands von der guten Qualität der englischen [Uniform-]Mäntel und erteilten große Aufträge für Wollerzeugnisse in der Stadt, in deren Nähe er, Wilson, wohnt.⁵³⁹

Als in der englischen Presse die Mitteilung über unsere bevorstehende Reise in die Sowjetunion erschien, sagt Wilson weiter, schrieb mir einer meiner Wähler, ein alter Mann, einen Brief. Er hatte seinerzeit an der Intervention gegen Sowjetrußland teilgenommen und kämpfte auf der Seite der Weißgardisten. Einmal fiel ihm im Gefecht mit den Rotarmisten das Banner eines Truppenteils von ihnen in die Hände, und jetzt hat er uns gebeten, dieses Banner zusammen mit einigen wertvollen Dingen, die offenbar aus einer russischen Kirche geraubt worden waren, an die Sowjetunion zurückzugeben und sie an ein Museum zu geben. Wir beabsichtigen, diese Reliquien den Vertretern der sowjetischen Parlamentsdelegation beim Essen morgen Abend auszuhändigen.

Chruschtschow bemerkt, dass es erfreulich ist zu hören, dass in den Köpfen der Engländer ein Wertewandel stattfindet.

Walker: Mir ist klar, dass die Frage des Exports der Revolution und der Konterrevolution kompliziert ist. Unser Problem ist, dass Indien zum Beispiel England

⁵³⁶ In den Jahren des russischen Bürgerkriegs, welcher der kommunistischen Machtergreifung in der Hauptstadt folgte, entsandten die genannten Staaten kleine Truppenkontingente, die jedoch kaum in die Kämpfe eingriffen und sich 1920 nach dem Sieg der „Roten“ über die „Weißen“ zurückzogen.

⁵³⁷ Der britische Gewerkschaftsfunktionär Ernest Bevin war, als die Labour Party im Sommer 1945 in London an die Macht kam und sie bis Herbst 1951 behielt, Außenminister. Als er gesehen hatte, wie Stalin mit Polen umging, war er schon 1945 zum scharfen Gegner der UdSSR geworden und bemühte sich ab 1946/47 energisch um den Aufbau einer Einheitsfront gegen die Expansion der sowjetischen Macht.

⁵³⁸ Der Krimkrieg (1853–1856) wurde zwischen dem Russischen und Osmanischen Reich geführt, an dessen Seite Frankreich, Großbritannien und das Königreich Sardinien (die Keimzelle Italiens) kämpften. Nach dem Fall der Festung Sevastopol musste sich Rußland geschlagen geben und die Niederlage mit dem Friedensvertrag von Paris am 30. März 1856 besieghen.

⁵³⁹ Im Krimkrieg trugen die britischen Truppen zwei neu entworfene Uniformteile aus Wolle: die Raglanärmel, benannt nach Feldmarschall Lord Raglan, dem damaligen Oberbefehlshaber der britischen Truppen, und die Cardigan-Strickjacke, benannt nach General James Thomas Brudenell, Earl of Cardigan.

um militärische Hilfe gegen China bitten könnte. Eine ähnliche Bitte könnte auch von Malaysia kommen. Von unserer Seite wird das keine Ausübung irgendeiner Kontrolle sein, sondern eine Hilfeleistung an junge unabhängige Staaten, die uns darum bitten.

Wilson sagt, dass er N. S. Chruschtschow nicht die Zeit stehlen möchte und dankt dafür, dass N. S. Chruschtschow wiederum, wie schon im vergangenen Jahr, bereit gewesen ist, die Labour-Delegation zu empfangen. Er hofft, noch ein Treffen mit N. S. Chruschtschow in Zukunft zu haben, wenn er, *Wilson*, nach Moskau bereits in einer anderen Eigenschaft kommt, wenngleich, so ergänzt er, das nicht so sehr von Labour als vielmehr von den englischen Wählern abhängen wird. Im vergangenen Jahr habe ich, wie Sie sich erinnern, die Frage angesprochen, dass es wünschenswert wäre, regelmäßig in jedem Jahr Treffen der Führer der Länder der Welt abzuhalten, und ich möchte das heute gerne erneuern.

Chruschtschow: Ich habe schon gesagt, dass dieser Vorschlag richtig ist, er kann nur von Nutzen sein. Es ist lediglich erforderlich, Treffen dieser Art richtig zu verstehen und einzuschätzen, sie nicht kleinzureden, sich aber auch keinen Illusionen hinzugeben, sondern sie einfach als nützlich zu betrachten.

Wilson sagt, dass er diesen Worten N. S. Chruschtschows zustimmt.

Chruschtschow bemerkt, dass er ein paar Worte zu Malaysia sagen möchte. Dem, was heute hier zu der Frage gesagt worden ist, haftet der Geruch des Kolonialismus an, weil dabei in Wahrheit Regierungen von Strohmännern benutzt werden, die um irgendwelche „Hilfe“ bitten. Das ist faktisch eine alte Geschichte. W[ladimir] I. Lenin hat seinerzeit über den Export von Revolution und Konterrevolution geschrieben. Zum Beweis, dass er Recht gehabt hat, führe ich folgendes Beispiel an. Sie haben gesagt, dass China die Revolution exportieren will. Nehmen Sie Südvietnam und Südkorea. Diese beiden Staaten waren von den USA besetzt, wobei die Chinesen sowohl in Korea als auch in Vietnam Einfluss haben. In Südvietnam brennt der Boden unter den Füßen der Okkupanten, in Südkorea jedoch spazieren die Okkupanten bislang in aller Ruhe durch die Städte. Ich denke nicht, dass China nur für den Aufstand in Südvietnam und gegen einen derartigen Aufstand in Südkorea sein kann. Und das illustriert in aller Deutlichkeit, dass der Wunsch allein zu wenig ist, die Bedingungen müssen auch objektiv reif sein. In Südvietnam bestehen derartige Bedingungen, in Südkorea jedoch sind sie nicht herangereift, auch wenn sie natürlich auch dort heranreifen werden. Vom Standpunkt der richtigen Strategie und vom Standpunkt der Interessen der Völker muss man die Sache so anpacken, dass der Boden unter den Füßen der Okkupanten in dem einen wie dem anderen Land brennt. Das wäre eine richtige Strategie, und die Chinesen begreifen das. Aber solche Dinge sind kein Ergebnis bloßen Wünschens. Das ist auch eine Bestätigung der Leninschen These von der Unmöglichkeit des Exports von Revolutionen und Konterrevolutionen. Die Geschichte hat das bestätigt.

Wilson sagt, dass die Labour Party die Lage in Vietnam anders einschätzt, obwohl Labour sich mehrfach gegen eine Verlagerung der militärischen Aktionen auf das Territorium Nordvietnams gewandt hat, und fügt hinzu, dass er in dieser

Frage heftigen Streit mit Nixon gehabt hat. Was Korea betrifft, so ist die Lage dort anders in dem Sinne, dass es nach dem Krieg⁵⁴⁰ in zwei Teile gespalten blieb und die Bevölkerung die Grenze nicht passieren darf.

Wilson äußert gegenüber N. S. Chruschtschow nochmals seinen Dank für das Gespräch und sagt, dass sie sich, wie er denkt, noch viele Male treffen werden.

Chruschtschow bemerkt, dass ein Regierungswechsel eine rein innere Angelegenheit ist und wir möchten uns da nicht einmischen. Ich kann nur sagen, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass wir nach den Wahlen [in Großbritannien], wenn die neue Regierung gebildet wird – welche, weiß ich nicht – garantieren, dass diese Regierung unsere aufrichtigen Glückwünsche erhält.

Vor dem Abschied sagt *H. Wilson* zu N. S. Chruschtschow, er möchte eine Frage wegen N. Whitehead stellen und wissen, mit wem er Chruschtschows Ansicht nach diese Frage besprechen kann.

Chruschtschow antwortet, dass diese Frage mit dem Außenministerium der UdSSR zu besprechen ist.

Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Es waren anwesend von englischer Seite: N. Gordon Walker, M[ichael] Stewart, J[oseph] Slater, D[avid] Ennals und J. Harris; von sowjetischer Seite: Ja[n] W. Pejwe, W[assilij] W. Kusnezow, A. F. Sasikow, W. L. Schwelow, I. A. Kulikow.

Aufgezeichnet von Ju[rrij] Winogradow und Je. Rogow

Durchgesehen von W. W. Kusnezow

Von A[leksej] Roschtschin an O[leg] A. Trojanowski weitergeleitet

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 554, Bl. 134–155

27. Bemerkungen Chruschtschows zum Entwurf einer vertraulichen Botschaft an den Präsidenten der USA, Lyndon B. Johnson, diktiert am 3. Juni 1964⁵⁴¹

Nachdem Chruschtschow die Position der Westmächte in Berlin weder durch Androhung eines einseitig mit der DDR geschlossenen Friedensvertrags noch durch Ausübung von Druck an den Zugangswegen der Westsektoren zu erschüttern vermocht hatte, suchte er ab Ende 1963 sein Ziel mit Entspannungsappellen an die amerikanische Adresse zu erreichen. Am 31. Dezember 1963 richtete er ein Schreiben an alle Staats- und Regierungschefs, in dem er sein Engagement für die Festigung des Friedens betonte und die Anerkennung der bestehenden Grenzen zum Angelpunkt der Weltpolitik erklärte. Damit verknüpfte er die Forderungen nach Liquidierung der Kolonialherrschaft und der Militärstützpunkte auf frem-

⁵⁴⁰ Im Korea-Krieg von 1950 bis 1953 errang keine Seite den Sieg. Daher wurde die Waffenstillstandslinie zur Grenze, entlang derer das Land geteilt blieb.

⁵⁴¹ Der Text liegt nur in einem sehr schlechten Durchschlag des maschinenschriftlichen Manuskripts vor, so dass er sich stellenweise nur unvollständig entziffern lässt.

dem Territorium. Mit der territorialen Frage verbinde sich bis zu einem gewissen Grade auch das Problem der Vereinigung Deutschlands, Koreas und Vietnams als der Länder, die „in der Nachkriegszeit in zwei Staaten mit unterschiedlichem sozialem System geteilt worden waren“. Ihr Streben nach Vereinigung müsse „selbstverständlich Verständnis finden und respektiert werden“. Das „Problem der Wiedervereinigung“ müsse natürlich „von den Völkern dieser Staaten und ihren Regierungen selbst gelöst werden“ – mithin „ohne Druck von außen“, „ohne Okkupation“ und unter Verzicht auf die Anwendung von Gewalt. Speziell auf die Lage in Deutschland bezogen sich die Ablehnung der „Forderungen der revanchistischen Kreise einiger Staaten, die während des Zweiten Weltkriegs Aggressoren waren,“ und der Hinweis auf die „besondere Gefahr für die ganze Menschheit“, die sich daraus ergebe, „dass ein bewaffneter Konflikt wegen der Grenzen“ dort, von wo schon zwei Weltkriege ihren Anfang genommen hätten und wo „gegenwärtig massenweise Truppen und Waffen von Staaten konzentriert sind, die den beiden bedeutendsten einander gegen überstehenden militärischen Gruppierungen angehören.“ Zur Abwendung der drohenden Gefahr wurde ein internationaler Vertrag vorgeschlagen über den Verzicht auf „Anwendung von Gewalt zur Lösung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen“ mit dem Ziel, die „territoriale Unantastbarkeit“ der Staaten zu gewährleisten.⁵⁴² Am 18. Januar 1964 reagierte US-Präsident Lyndon B. Johnson mit einer Verbalnote an Chruschtschow. Darin begrüßte er den zum Ausdruck gebrachten Willen zur Erhaltung und Stärkung des Friedens, wandte sich aber gegen eine Behandlung der deutschen Frage. Die USA hätten „sich zur Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes verpflichtet“. Statt gegenseitig die „wohlbekannten Meinungsverschiedenheiten zu unterstreichen“, solle man sich lieber in Bereichen um Übereinstimmung bemühen, in denen sie möglich sei. Es folgte eine lange Liste von Vorschlägen, was dafür in Betracht kommen könnte. Johnson legte dabei vor allem Wert auf Beratungen über Einzelprobleme der Abrüstung und auf das Prinzip, dass jedes Vorgehen auf friedliche Weise, ohne Anwendung von Gewalt erfolgen müsse. Chruschtschow ging nicht darauf ein. In den anschließend ausgetauschten persönlichen Verbalnoten schälten sich als Themen, über die man miteinander reden könnte, Produktionseinschränkungen für militärisch verwendbares Plutonium und Uran-235 und eine Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie, insbesondere zur Entsalzung des Meerwassers, heraus.⁵⁴³ Chruschtschow hielt trotzdem an der Absicht fest, das amerikanische Interesse an Entspannungsfortschritten zur Durchsetzung seiner Ziele in Deutschland und Berlin zu nut-

⁵⁴² Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an alle Staats- und Regierungschefs, 31. 12. 1963, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Serie IV, Band 9, S. 1070–1079.

⁵⁴³ Oral Message From President Johnson to Chairman Khrushchev, March 9, 1964, in: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1964–1968, Vol. XI: Arms Control and Disarmament, Department of State Publication 10423, Washington 1997, S. 38–40; Oral Message From President Johnson to Chairman Khrushchev, April 17, 1964, ebd., S. 46; Oral Message From Chairman Khrushchev to President Johnson, April 17, 1964, ebd., S. 47–50; Oral Message From Chairman Khrushchev to President Johnson, April 20, 1964, ebd., S. 50–53; Oral Message From President Johnson to Chairman Khrushchev, May 1, 1964, ebd., S. 54–56.

*zen. Als ihm das Außenministerium einen Entwurf zur Beantwortung der letzten Verbalnote Johnsons vorlegte, formulierte er dazu seine Gedanken.*⁵⁴⁴

Ich bin mit diesem Schreiben, mit dem Text, einverstanden. Ich halte es für notwendig, [ihn] um die deutsche Frage zu ergänzen. Zu ergänzen in dem Sinne, wie ich es gestern Wilson gegenüber dargelegt, und wie ich es Witson⁵⁴⁵ gesagt habe. Ich habe das ihnen ungefähr so gesagt. Ich habe das genauso mit diesem Argument gesagt. Ich weiß nicht, wie das aufgezeichnet worden ist, dort haben Winogradow und Wawilow die Aufzeichnungen gemacht. Ungefähr so.

Herr Präsident, Sie haben eine Grundsatzfrage angesprochen. Wir halten die Regelung der deutschen Frage für eine grundlegende Frage, weil sie sozusagen die Quelle aller Spannungen und gefährlichen Erscheinungen ist – das ist die deutsche Frage. Warum die deutsche Frage? Weil gerade die ungelöste deutsche Frage uns zwingt, die Streitkräfte der einen Seite gegen die andere Seite zu konzentrieren. Wenn die deutsche Frage gelöst wäre, dann wäre weder von Ihrer Seite noch von der unseren eine so gewaltige Menge an Truppen und Waffen erforderlich, wie sie jetzt John und Iwan gegeneinander richten.

Wenn diese Frage gelöst werden kann, damit die Menschen der ganzen Welt erleichtert aufatmen können ohne die Sorge, wenn sie sich ins Bett legen, dass sie am nächsten Morgen nicht [wieder] aufstehen können, dass ein Krieg ausbricht. Wenn es so wie jetzt weiter geht, ist kein Ende abzusehen. In einer Zeit, in der jeder Staatsmann mit der Verantwortung für die Erhaltung des Friedens belastet ist, kann er [das] leicht begreifen und das richtige Verständnis finden und folglich aus diesem richtigen Verständnis den Schluss ziehen, wie die Frage zu lösen ist.

Wir und Sie haben gemeinsam mit unseren Armeen gegen Hitler gekämpft und den Sieg errungen. Das war nicht nur ein Triumph der Völker, die gegen Hitlerdeutschland gekämpft haben, sondern das war [auch] ein Triumph aller Völker der Welt. Aber jede Seite (ich habe dabei die kapitalistischen und die sozialistischen Länder im Auge) hat natürlich ihr eigenes Verständnis, wie sich nach ihrer Ansicht die Geschehnisse nach der Niederlage⁵⁴⁶ Deutschlands entwickeln sollte und in welche Richtung die Staatlichkeit in Deutschland zu gestalten ist.

Lassen Sie uns offen reden. Sowohl Roosevelt als auch Truman und andere waren der Ansicht, dass Deutschland kapitalistisch war und auch nach seiner Niederlage kapitalistisch bleiben sollte – nur die Leute, die Deutschland regiert haben, werden ausgetauscht. Ich halte es sogar für möglich, dass sie nicht einmal die Hoffnung ausgeschlossen haben, auch die in diesem Krieg ausgebluteten, geschwächten und wirtschaftlich zerstörten Länder würden die Hoffnungen eini-

⁵⁴⁴ Nach amerikanischer Angabe wurde in der Verbalnote an Johnson vom 5. Juni 1964, als deren Ergänzung Chruščëvs oben wiedergegebene Aufzeichnung gedacht war, nur auf die Frage möglicher Reduzierungen der ausländischen Truppen in Deutschland Bezug genommen. Demnach fanden diese Überlegungen in der dem amerikanischen Präsidenten übermittelten Verbalnote keinen Niederschlag. Auch wenn daher anzunehmen ist, dass sie nicht gegenüber den USA verwendet wurden, sind sie ein wichtiges Zeugnis für Chruščëvs Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage, an der er bis zum Ende seiner Amtszeit festhielt, sowie der Art und Weise, wie er sie trotz allen Fehlschlägen weiter zur Geltung zu bringen suchte.

⁵⁴⁵ Der Namen lässt sich nicht sicher feststellen; er könnte auch Bitson lauten. Mit wem außer Harold Wilson Chruščëv am 2./3. Juni 1964 noch gesprochen hat, lässt sich nicht ermitteln.

⁵⁴⁶ Chruščëv verwendet hier den Ausdruck *razgrom*, was zugleich Zerschlagung bedeutet.

ger dem kapitalistischen System ergebener Leute nähren. Doch die Geschichte hat sozusagen anders entschieden.

Ich verheimliche nicht, dass wir als Kommunisten natürlich darauf gehofft hatten, dass die Entwicklung Deutschlands, des Staatsganzen sich in die bessere Richtung entwickeln würde. Und die bessere Richtung – das ist die Richtung in unserem Verständnis, das heißt in die sozialistische Richtung.

Sowohl die eine als auch die andere Seite hatte das Recht auf [ihre] Überlegungen und auf [ihre] Hoffnungen.

Jetzt sind 19 Jahre [seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs] vergangen. Wir sind schon keine zwei Seiten mehr [*fünf Wörter unleserlich*] Staatlichkeit. Wir stellen jetzt einfach die entstandenen Verhältnisse fest. Aus dem deutschen Reich haben sich zwei Staaten gebildet mit nicht nur verschiedenen, sondern auch absolut gegensätzlichen sozial-politischen Verhältnissen. Westdeutschland ist erstarkt und gewinnt als kapitalistischer und aggressiver Staat im Sinne revanchistischer Tendenzen und dergleichen eine gefährliche militaristische, aggressive Macht. Die Deutsche Demokratische Republik ist entstanden und entwickelt sich, und [sie] entwickelt sich erfolgreich. Ich unterstreiche: erfolgreich, damit keine Illusionen aufkommen und man sich keinem Wunschdenken hingibt, damit die Wirklichkeit richtig eingeschätzt wird. Sie [die DDR] entwickelt sich als sozialistischer Staat und kommt recht gut in dieser Entwicklung voran.

Wenn die andere Seite den Mut hätte, ihre Voreingenommenheit und ihre irrealen, illusorischen Hoffnungen aufzugeben, die Gegenwart nüchtern zu betrachten und die künftige Entwicklung richtig zu sehen, dann müsste sie für die Zukunft eintreten, damit sich diese Zukunft nicht verfinstert und in einer noch schlimmeren Katastrophe endet als die, welche das Hitler-Regime hervorgerufen hat und Hitler, als er den Weltkrieg entfesselt hat – man müsste den Friedensvertrag unterschreiben.

Wir schlagen in diesem Vorschlag nichts vor, was eine der Seiten etwas von dem verlieren ließe, was sie heute hat. Einige sagen (die Westdeutschen, die Revanchisten), dass sie deswegen die Deutsche Demokratische Republik verlieren, dass sie verlieren, was sie gar nicht haben. Und wenn noch 100 Jahre vergehen, wenn eine andere Zeit kommt [und] die kapitalistische Welt noch besteht, werden sie trotzdem nicht erlangen, was sie möchten.

Ja, um es so auszudrücken, die Wiedervereinigung Deutschlands in einem Staat ist weder bei den herrschenden Kreisen Großbritanniens, noch Frankreichs oder der Vereinigten Staaten von Amerika beliebt. Und wenn dieser Standpunkt der revanchistischen Kräfte Westdeutschlands unterstützt wird, dann nur aufgrund der Spannungen, die hauptsächlich zwischen unseren Staaten entstanden sind, und weil man wünscht, in diesem Sinne den Sieg aus der Position der Stärke heraus zu erringen, wie es Dulles und Adenauer genannt haben. Sie haben damit begonnen, Kurs auf Westdeutschland zu nehmen, es zu bewaffnen und zur Aufrüstung anzuspornen. Und jetzt brütet man noch die Idee aus, zwischenstaatliche atomare Streitkräfte zu schaffen.⁵⁴⁷

⁵⁴⁷ Die *Multilateral [Nuclear] Force* (MLF) war ein Projekt, das in Europa, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, den Aufbau nationaler Kernwaffenstreitkräfte verhindern sollte. Im Kreml

Das alles wird nicht zur Verringerung der Spannungen gemacht, sondern zur Stärkung und zur Beschwichtigung der deutschen revanchistischen militaristischen Kräfte. Deswegen früher oder später, wenn es uns gelingt, die durch die Spannungen erzeugte Katastrophe abzuwenden, und davor ist niemand gefeit, und diese Katastrophe bemächtigt sich der Köpfe der Menschen rechtzeitig [*drei Wörter unleserlich*], dann ist es nötig, müssen wir dies machen, die Kräfte sammeln, um so eine Katastrophe auszuschließen, es ist erforderlich, die entstandene Situation nüchtern und realistisch einzuschätzen.⁵⁴⁸

Und welcher Mut ist [dazu] nötig? Ich würde sagen, sowohl ein großer als auch ein kleiner. Der große [Mut] ist unter dem Gesichtspunkt der Vernunft und der Verantwortung. Und der kleine liegt darin, das Bestehende zu fixieren, das erfordert weder von der einen noch der anderen Seite Opfer oder Verluste; im Gegenteil wäre die Errungenschaft der einen wie der anderen Seite die Festigung des Friedens, eine Reduzierung der Streitkräfte und von Sonstigem, eine Abschwächung der Spannung, die Beseitigung der Last des Wettrüstens und eine Wohltat, die allen Menschen in der Welt zugute käme.

Die Hauptsache bei dieser Frage ist eigentlich, wie ich glaube, schon entschieden, aber nicht begriffen worden von denen, die es begreifen und daraus Schlussfolgerungen ziehen müssten. Die Hauptsache ist, dass alle Länder und sogar so ein hoffnungsloser Fall wie Adenauer anerkennen, dass es unmöglich ist, die deutsche Frage auf militärischem Wege zu entscheiden. Mittels Krieg darf diese wichtige Frage nicht entschieden werden. [*vier Wörter unleserlich*], wie [*ein Wort unleserlich*] im Weltall. Durch Kriege [*zwei Wörter unleserlich*] Wettstreit bewaffneter Provokationen, Aufhäufung von Streitkräften [*drei Wörter unleserlich*].

[*Zwölf Wörter unleserlich*], die letzten Endes eine Spannung herbeiführen kann, die eine Katastrophe entfesseln kann.

Doch jetzt ist es das Wichtigste an dem ganzen Spiel, dass sich die deutsche Frage nicht mit einer Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik regeln lässt, mit ihrem Verschlingenwerden und der Schaffung eines einheitlichen deutschen kapitalistischen Staates. Das ist unmöglich. Wir sind dagegen. Und wenn [*ein Wort unleserlich*] diejenigen, die eine moralische Unterstützung zur Begründung und Erreichung dieses Ziels suchen, indem sie es mit der richtigen und edlen Parole des allen Nationen zustehenden Rechtes auf Selbstbestimmung und auf nationale Einheit auf dieser Grundlage bemänteln, dann begreifen sogar diejenigen, die das vorgetragen haben und formulieren, dass sich das nicht auf den vorliegenden Fall anwenden lässt, weil das hier keine Vereinigung von Nationen ist. Hier handelt es sich um zwei Nationalstaaten. Das ist richtig. Aber diese zwei Nationalstaaten sind getrennt auf sozial-politischer Grundlage, und das ist heutzutage die Hauptsache. Daher lassen sich die Menschen der Deutschen Demokratischen Republik nicht davon überzeugen, dass sie auf ihre sozia-

lehnte man den Plan ab, weil man davon eine Verbreitung und Stärkung der Kernwaffenrüstung im Westen und eine Beteiligung Westdeutschlands an der nuklearen Macht befürchtete.

⁵⁴⁸ Diese teilweise unverständlichen Satzbrocken stehen so im russischen Originaltext, soweit er zu entziffern ist.

listischen Errungenschaften verzichten und sich der Deutschen Demokratischen Republik⁵⁴⁹ anschließen sollen, wo der Kapitalismus herrscht, wo alles das herrscht, wogegen wir, die Kommunisten, kämpfen. Und jetzt sprechen nicht nur die Kommunisten, sondern auch die meisten Länder der Welt davon, dass sich die Geschichte in Richtung Sozialismus entwickelt. Das sagen sogar hochrangige Leute unbeabsichtigt in den Vereinigten Staaten. Das Wort Sozialismus verstehen sie nicht, aber der Sozialismus ist schon so populär geworden, dass Herr Harriman sagt, dass man sich ein neues Wort ausdenken muss, weil der Kapitalismus zum Schreckgespenst und zum Synonym für Imperialismus und Kolonialismus geworden ist. Gar nicht zu reden von den Ländern, die sich jetzt von der kolonialen Sklaverei befreien; sie sprechen fast ausnahmslos davon, dass sie sich darum bemühen werden, ihre Staaten auf sozialistischer Grundlage zu entwickeln.

Wie können Sie denn wollen, dass die Deutsche Demokratische Republik, welche die Süße der freien, nicht aufgezwungenen Arbeit geschmeckt hat, die ihre Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete organisiert, freiwillig mit dem Verzicht auf all das einverstanden sein soll? Das ist doch eine Illusion. Eine Illusion von Leuten, die mit allen Fasern der Seele das Neue, das Sozialistische, das Antikapitalistische hassen und weiter durch die Brille der alten Zeit sehen, dass nur ein System, nämlich das kapitalistische, ein legitimes Recht auf Herrschaft in der ganzen Welt hat. Das ist von den Völkern Russlands widerlegt, und mit großem Erfolg widerlegt worden dadurch, dass sie ihre Entwicklung gezeigt haben auf wirtschaftlichem, politischem, sozialem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet.

Das ist eine umfangreiche Beurteilung. Ich mache das und bitte im Voraus um Verständnis dafür. Ich möchte, dass dies verstanden wird.

Wenn wir erkennen, dass dies mit Waffengewalt nicht zu regeln ist, und weiter, dass die Menschen der Deutschen Demokratischen Republik nicht davon zu überzeugen sind, auf den Sozialismus zu verzichten, sie werden darauf nicht eingehen, welchen Ausweg gibt es dann noch? Dann bleibt nur ein Ausweg: der Geschichte die Vollendung zu überlassen und uns die Unterzeichnung des Friedensvertrags.

In diesem Friedensvertrag schlagen wir vor, nicht nur die Möglichkeit der Wiedervereinigung dieser Staaten auf der Grundlage einer Übereinkunft zwischen den Regierungen dieser deutschen Staaten vorzusehen. Aber solange diese Übereinkunft über eine völlige Verschmelzung aussteht, möge man verbindende Klammern schaffen zur Herstellung von Handelskontakten, Kulturbeziehungen und dergleichen. Die Deutsche Demokratische Republik hat [schon] früher durch ihren Staatschef Ulbricht die Bildung einer Konföderation vorgeschlagen.⁵⁵⁰

⁵⁴⁹ So irrtümlich im Dokument; gemeint ist natürlich der westliche Gegenstaat Bundesrepublik Deutschland.

⁵⁵⁰ Ulbricht hatte den Standpunkt, dass eine Konföderation beider deutscher Staaten der richtige Weg zur Wiedervereinigung sei, erstmals öffentlich am 30. Dezember 1956 in einem Leitartikel des zentralen Parteiorgans „Neues Deutschland“ vertreten. Auf der Grundlage eines Projekts, das im Außenministerium der UdSSR ausgearbeitet worden war, schlug die DDR am 26. Juli 1957 eine

Wir unsererseits als Kriegsteilnehmer werden hineinschreiben, dass wir dazu beitragen werden, dass bei gegenseitigem Einvernehmen und unter Berücksichtigung der Interessen des einen und des anderen deutschen Staates eine Regelung zustande kommt, so dass ein einheitlicher deutscher Staat, das heißt ein friedliebender Staat, geschaffen wird, wie es sich aus dem Potsdamer Abkommen ergibt.⁵⁵¹

Ich habe das gestern [Harold] Wilson in gewissem Maße gesagt, aber nicht so ausführlich. Das habe ich Wilson⁵⁵² und anderen gesagt. Das soll jetzt wiederholt werden.

Das ist also die Rede, der rote Faden.

Aus dem russischen Originaltext übersetzt
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 645, Bl. 201–207

28. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 11. Juni 1964⁵⁵³

Ulbricht: Vor allem möchte ich Ihnen für die mir gewährte Möglichkeit danken, Sibirien zu besuchen. Unsere Reise war in jeder Hinsicht wunderbar und hat uns sehr viel gegeben, denn wir haben jetzt eine zutreffende Vorstellung von den Entwicklungsperspektiven dieser Region erhalten. Alle Begegnungen waren sehr freundschaftlich. Ich möchte mich ebenso nochmals bei unserem verdienstvollen Exkursionsleiter, Gen. A[nndrej] P. Kirilenko, bedanken. So ist also insgesamt alles sehr gut verlaufen.

Chruschtschow: Ich bedauere es sehr, dass Sie mich nicht mit auf diese Reise genommen haben. So eine Reise wäre sehr nützlich und angenehm gewesen. Aber da kann man nichts machen, Arbeit ist eben Arbeit. Lassen Sie uns jetzt zu den Fragen übergehen, die wir zu besprechen haben.

Ulbricht: Erstens möchte ich die Frage des Abschlusses des Freundschaftsvertrags ansprechen. Gestern haben wir mit den Genossen über diese Frage gesprochen. Wenn es von Ihrer Seite keine Bemerkungen zum Vertragsentwurf gibt, kann man sagen, dass zwischen uns in dieser Frage völlige Einigkeit besteht. Wir

Konföderation vor, die, wäre sie zustande gekommen, als erstes Ergebnis die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik herbeigeführt hätte. Die staatliche Vereinigung, um die es angeblich ging, wäre in jeder Einzelheit ausdrücklich von der Zustimmung des SED-Regimes abhängig gemacht worden. Die Erzielung solchen Einvernehmens mit der Bundesrepublik war auf keinen Fall zu erwarten, wie Chrusčëv selbst wiederholt intern erklärt hat.

⁵⁵¹ Nach sowjetischer Interpretation sah das Potsdamer Abkommen mit den beiden angelsächsischen Mächten vom 2. August 1945 für Deutschland eine politische Neuordnung vor, wie sie dann lediglich von der UdSSR in ihrer Zone durchgesetzt wurde. Demnach entsprach nur die DDR dem bei Kriegsende zum Ausdruck gebrachten Willen der Siegerstaaten.

⁵⁵² Im russischen Originaltext steht hier: Witson. Da niemand mit diesem Namen zu ermitteln ist, dürfte damit Wilson gemeint sein.

⁵⁵³ Die Aufzeichnung ist als streng geheim gekennzeichnet. Die Unterredung betraf in erster Linie den Abschluss des Freundschafts- und Beistandsvertrages der UdSSR mit der DDR am folgenden Tag, der bei den Beratungen ab 29. Mai vereinbart worden war.

haben einige Bemerkungen, die den Stil betreffen, aber das hat keine entscheidende Bedeutung.

Chruschtschow: Wir haben keinerlei Bemerkungen zum Vertragsentwurf.

Ulbricht: Wir sind Ihnen sehr dafür zu Dank verbunden, dass damit volles Einvernehmen über die Vertragsfrage erzielt ist.⁵⁵⁴ Wir meinen, dass der Vertrag einen großen Einfluss auf die gesamte internationale Lage ausüben wird. In erster Linie zielt dieser Vertrag darauf ab, die Hallstein-Doktrin zu erschüttern und zu zerbrechen. Aber der Vertrag wird auch andere wichtige politische Folgen haben. Ich denke morgen darüber in meiner Rede bei der Zusammenkunft zu sprechen.

Chruschtschow: Ich werde ebenfalls in meiner Rede auf die Bedeutung des Vertrags eingehen. Meinerseits messe ich diesem Vertrag außerordentlich große Bedeutung bei. Der Vertrag wird zum nächsten Schlag gegen die Revanchisten Westdeutschlands werden. Ich würde ebenso sagen, dass dieser Vertrag auch zum Schlag gegen die Vereinigten Staaten von Amerika werden wird, da die DDR derzeit das einzige sozialistische Land ist, mit dem wir kein unmittelbares Beistandsabkommen haben.⁵⁵⁵ Es ist notwendig, auch den Hintergrund zu berücksichtigen, vor dem der Abschluss dieses Vertrages erfolgt: die internationale Entspannung und die Schwächung der Bindungen⁵⁵⁶ sowohl zwischen den Staaten des sozialistischen Lagers als auch zwischen den Ländern der NATO. Es ist doch kein Geheimnis, dass Bonn große Hoffnungen auf eine Schwächung der Bindungen zwischen den sozialistischen Staaten und auf eine Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages setzt. Ein Zeugnis dafür ist das unrichtige Verhalten

⁵⁵⁴ Der am folgenden Tag, dem 12. Juni 1964, abgeschlossene Vertrag der UdSSR und der DDR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit verpflichtete beide Seiten dazu, gemäß den Forderungen in der vorangegangenen Berlin-Krise „unbeirrt für die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf seiner Grundlage ein[zu]treten.“ Bis zum Friedensvertrag sollte die östlicherseits postulierte Verantwortung der drei Westmächte für die „Verwirklichung der Forderungen und Verpflichtungen“ fortbestehen, die „im Potsdamer Abkommen und in anderen internationalen Abkommen zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und zur Verhinderung einer deutschen Aggression übernommen“ worden seien. Beide Seiten bekräftigten auch den Willen, „auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Lösung grundlegender internationaler Probleme zu fördern wie die allgemeine und vollständige Abrüstung“, und die „feste Entschlossenheit“, die „Unantastbarkeit“ der Grenzen der DDR als „eine[n] der Grundfaktoren der europäischen Sicherheit“ zu gewährleisten. „Im Falle eines bewaffneten Überfalls“ auf eine der vertragschließenden Seiten werde man „sofortigen Beistand erweisen“. West-Berlin sollte „als selbständige Einheit“ betrachtet werden, und es bestand Übereinstimmung darüber, dass „die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates nur durch gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen beiden souveränen deutschen Staaten erreicht werden kann.“

⁵⁵⁵ Die DDR war der einzige Gefolgschaftsstaat der UdSSR, der mit ihr keinen bilateralen Bündnisvertrag hatte. Alle anderen hatten solche Verträge schon seit den 1940er Jahren. Die DDR war lediglich am multilateralen Warschauer Pakt vom 14. Mai 1955 beteiligt, dessen Bestimmungen den zu leistenden Beistand weniger präzise fassten und damit mehr Interpretationsspielraum ließen. Im Falle der DDR war der Schutz vor äußeren Feinden durch die Sowjetunion faktisch sicher gewährleistet durch die massive Präsenz ihrer Truppen und die enge Verflechtung der ostdeutschen NVA mit ihnen. Für den Fall eines Krieges, den nach amtlicher These allein durch eine Aggression des westlichen Gegners hervorgerufen werden konnte, war ein sofortiger Vorstoß in die Tiefe des NATO-Territoriums vorgesehen.

⁵⁵⁶ Der hier verwendete Begriff *svjazi* lässt sich mit „Bindungen“ oder auch „Verbindungen“ übersetzen.

Rumäniens, das, zurückhaltend gesagt, mehr daherredet als handelt. Dieser Standpunkt Rumäniens⁵⁵⁷ lässt das imperialistische Lager unvermeidlich Mut schöpfen. Ich möchte Ihnen noch von einem Fall erzählen. Als Gen. A[leksej] N. Kossygin⁵⁵⁸ unlängst in Indien war, hat ihm Rusk⁵⁵⁹ etwa Folgendes gesagt: Seien Sie unbesorgt, wir denken nicht daran, Rumänien von Ihnen loszureißen. Das ist doch eine Frechheit, wenn der Vertreter des imperialistischen Lagers uns hinsichtlich der Aktivitäten eines der sozialistischen Länder zu beruhigen sucht. Offenbar haben die Rumänen bereits irgendetwas gegenüber den Amerikanern ausgeplaudert, denn Rusk würde wohl kaum so sprechen, wenn er dazu keinen Grund hätte. Die Amerikaner wollen uns beruhigen, da sie befürchten, dass es wegen Rumänien zu einer Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kommen könnte. Über das unrichtige Verhalten Rumäniens haben wir Hinweise⁵⁶⁰ auch aus anderen Quellen erhalten, zum Beispiel von unseren tschechoslowakischen Freunden. Unlängst sprach Harriman⁵⁶¹ mit dem Botschafter der ČSSR, und in diesem Gespräch schlug er vor, eine tschechoslowakische Delegation in die USA zu schicken. Harriman sagte, dass die amerikanische Seite bereit wäre, diese Delegation in der gleichen Weise zu empfangen wie die rumänische Delegation. Das alles zeigt, dass die Amerikaner aus den unrichtigen Aktionen Rumäniens den Schluss gezogen haben, dass der Zerfalls- und Auflösungsprozess der Organisation des Warschauer Vertrages schon begonnen hat. Sie glauben, dass sie ihre Politik ohne Rücksicht auf das Bestehen des Warschauer Vertrages, sozusagen individuell betreiben können. Daher glauben wir, dass sich Bonn Ihnen gegenüber dreister aufführen wird als uns gegenüber; es wird vielleicht versuchen, eine verbindlichere Politik [uns gegenüber] zu betreiben. In diesem Zusammenhang ist der Freundschaftsvertrag für uns sehr vorteilhaft, da er alle unsere Bindungen, darunter auch die militärischen, aufrechterhält. Und das ist die Hauptsache. Nach Abschluss des Vertrages wird den reaktionären revanchistischen Kräften Westdeutschlands klar werden, dass selbst dann, wenn Rumänien den Warschauer Vertrag verlässt, das in militärischer Hinsicht überhaupt nichts ändert. Wir werden nach wie vor an der Grenze stehen gegen unsere gemeinsamen Feinde. Der Vertrag wird eine gewaltige politische Bedeutung haben, da er zu einer noch größeren Stabilisierung der Lage in der DDR beitragen und die Hoffnungen der revanchistischen Kreise in Bonn und in den USA ver-

⁵⁵⁷ Seit 1961 hatte Rumänien begonnen, die bis dahin sehr engen Bindungen an das sowjetische Lager zu lockern. Im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe lehnte es Chruščëvs Plan einer ökonomischen Arbeitsteilung ab, dem zufolge es keine Schwerindustrie haben, sondern auf die Lieferung von Agrarprodukten an die Partnerstaaten beschränkt werden sollte, und bemühte sich verstärkt um eine Ausweitung der Handelsbeziehungen mit dem Westen, vor allem mit den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Zudem sah die kommunistische Führung in Bukarest ihre Eigenständigkeit durch die zunehmend enge militärische Zusammenarbeit im Warschauer Pakt und durch Manöver auf rumänischem Territorium bedroht, bei denen unter anderem dessen Wiederbesetzung im Kriegsfall – also der sowjetische Zugriff auf das Staatsgebiet – geübt wurde.

⁵⁵⁸ Aleksej Nikolaevič Kosygin, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

⁵⁵⁹ Dean Rusk, amerikanischer Außenminister.

⁵⁶⁰ Eigentlich: Signale.

⁵⁶¹ W. Averell Harriman war seit der Amtszeit von Präsident Roosevelt als Demokrat in führenden Positionen der amerikanischen Politik tätig. Seit April 1963 bekleidete er den Posten des Staatssekretärs für politische Angelegenheiten.

ringern wird. Auf diese Weise sind wir der Ansicht, dass der Freundschaftsvertrag nicht nur formal, sondern auch der Sache nach für uns wichtig sein wird.

Ich möchte Sie über die Kontakte unterrichten, die derzeit bei uns mit Westdeutschland zustande kommen. Nach uns vorliegenden Informationen will Erhard jetzt einige Schritte unternehmen, die zur Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen beitragen würden. Die Bonner Regierung schickte zum Beispiel einen westdeutschen Journalisten nach Moskau, der für uns nur insofern von Interesse ist, weil er im Namen Erhards spricht.⁵⁶² Bonn möchte, dass Adshubej nach Westdeutschland kommt. Adshubej soll als Journalist kommen, auf Einladung des westdeutschen Journalistenverbandes. Der Kern dieses Vorschlags besteht jedoch darin, dass Erhard sich mit Adshubej treffen und ihm irgendetwas für die sowjetische Regierung übergeben möchte. Wir besitzen Informationen darüber, dass es zunächst um meinen Gegenbesuch in Bonn geht.⁵⁶³ Wir haben beschlossen, Adshubej in die BRD zu schicken mit dem Ziel, dass er sich den Vorschlag der westdeutschen Regierung anhört. Auch aus anderen Quellen haben wir Kenntnis von der Absicht Bonns, die Taktik uns gegenüber etwas zu verändern. Der Adjutant des westdeutschen Militärattachés in London hat sich zum Beispiel an unseren Militärattaché mit der Bitte gewandt, der sowjetischen Regierung mitzuteilen, dass die Regierung der BRD ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern wünsche. Im Verlauf des Gesprächs hat er den Vorschlag seiner Regierung, Chruschtschow möge zu einem Gegenbesuch nach Westdeutschland fahren. Er hat auch gesagt, falls dieser Besuch aus irgendeinem Grund nicht möglich wäre, ließe sich vielleicht als vorbereitender Schritt der Besuch des Außenministers oder die Reise einer Parlamentsdelegation verwirklichen.

Mikojan: Die Westdeutschen haben gleichfalls vorgeschlagen, dass Gen. A. N. Kossygin oder Gen. N[ikolaj] S. Patolitschew⁵⁶⁴ im Zusammenhang mit der Hannover-Messe die BRD besuchen.

Chruschtschow: Wir haben diesen Vorschlag seinerzeit abgelehnt. Was die Gespräche des Adjutanten des westdeutschen Militärattachés in London anbelangt, so haben wir unseren Militärattaché beauftragt, ihm zu antworten. Wir erwägen generell die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland zu verbessern. Wir weisen aber darauf hin, auf welcher Grundlage die Normalisierung unserer Beziehungen vorgenommen werden kann. Wir sagen, dass die Verbesserung der Beziehungen nur dann vorgenommen werden kann, wenn Bonn Nüchternheit beweist und die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik anerkennt. Alles das, was ich Ihnen gesagt habe, halten wir

⁵⁶² Gemeint ist Heinz Lathe, der freilich weder nach Moskau geschickt worden war noch im Namen des Bundeskanzlers sprechen konnte. Er bemühte sich vielmehr aus eigenem Antrieb um Adžubejs Besuch, um, wie er hoffte, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion entscheidend zu verbessern.

⁵⁶³ In Bonn war im Laufe der Zeit mehrfach von einer sowjetischen Erwidern von Adenauers Moskau-Besuch im September 1955 die Rede gewesen. Angesichts des stets schlechten Standes der Beziehungen war es jedoch noch nicht dazu gekommen.

⁵⁶⁴ Nikolaj Semënovič Patolicev, sowjetischer Außenhandelsminister.

vorerst geheim, um nicht die Kanäle zu zerstören, über die die Informationen zu uns gelangen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an Folgendes erinnern. Der Botschafter der BRD in Moskau⁵⁶⁵ hat darum gebeten, ihn zu empfangen, und dabei darauf hingewiesen, dass er einen speziellen Auftrag von Erhard hat. Ich habe entschieden, ihn am Samstag zu empfangen, wenn Sie abgereist sind. Vielleicht wäre es günstiger gewesen, ihn zu empfangen, solange Sie noch hier sind; wir wissen jedoch nicht, was genau er uns übermitteln möchte. Deswegen ist es vielleicht doch zweckmäßiger, ihn nach Ihrer Abreise zu empfangen. All das spricht dafür, dass in Bonn vielleicht eine Situation entsteht, die Erhard dazu veranlasst, Wege zur Verständigung mit uns und zur Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen zu suchen. Auch in diesem Zusammenhang wird der Vertrag [mit der DDR] einen geeigneten Beitrag dazu leisten, unbegründete Illusionen der westdeutschen Regierung zu zerstören. Morgen werde ich in meiner Rede auf der Zusammenkunft in diesem Sinne Stellung nehmen, d. h. ich werde sagen, dass Bonn in Bezug auf die DDR keinerlei Hoffnungen haben sollte. Andererseits werde ich auf die Bereitschaft hinweisen, unsere Beziehungen zu Westdeutschland zu verbessern.

Ulbricht: Nach unserer Einschätzung geht die Bonner Regierung davon aus, dass die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie dem Westen die Möglichkeit zu einer Offensive gibt. Das ist einer der Gründe, aus denen ich mich während meiner Reise durch Sibirien sehr viel mit der für Deutschland bestimmten Propaganda zu den Entwicklungsperspektiven der UdSSR und der sozialistischen Länder befasst habe. Wir müssen diese Seite unserer Tätigkeit verstärken, weil die Bevölkerung des Westens einem bestimmten Einfluss ausgesetzt ist, da in ihren Zeitungen nur über die Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern geschrieben wird.

Die Bonner Regierung ist zurzeit mit taktischen Manövern im Blick auf die Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. Alles, was Erhard tut, dient diesem Zweck. Das ist vollkommen natürlich, weil jede kapitalistische Regierung vor den Wahlen Manöver durchführt. Erhard versucht nicht nur in die Länder der Volksdemokratie, sondern auch in die DDR vorzudringen. Dabei geht es nicht um Einzelmaßnahmen, sondern um reale und weitreichende Pläne. Uns ist das alles bekannt. Zu uns ist in dieser Frage nicht nur ein Agent von ihrer Seite gekommen, sondern dutzende.

Was gibt es in dieser Hinsicht Neues? Zu uns kommen zunehmend Vertreter der Großindustrie der BRD. Unlängst war zum Beispiel der Vertreter des Bundes der Industriellen der BRD⁵⁶⁶ bei uns und wollte mit der DDR Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit führen. Die Vertreter dieser Industriellenkreise sind mit der verknöcherten Politik Bonns nicht einverstanden. Sie sind

⁵⁶⁵ Horst Groepper (1909–2002) war von 1962 bis 1966 Botschafter in der UdSSR.

⁵⁶⁶ Diese Formulierung ist etwas unscharf. Gemeint ist der 1949 gegründete Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dessen erster Präsident von 1949 bis 1971 Fritz Berg war. Der Bund der Industriellen war 1895 gegründet worden und vereinigte sich 1919 mit dem Centralverband deutscher Industrieller zum Reichsverband der Deutschen Industrie.

gegen eine Politik des militärischen Risikos und glauben, durch Anwendung einer flexiblen Taktik gegenüber den sozialistischen Ländern in den Osten eindringen zu können. Sie tun das auf verschiedene Weise. Manchmal ist es sogar schwierig zu verfolgen, wo sie ihre Hebel ansetzen. So wollen sie Verhandlungen mit unseren Verbänden der Volkseigenen Betriebe führen, sie direkt, sozusagen auf der Ebene der Konzerne, führen. Beispielsweise sind Vertreter des Konzerns AEG gekommen und haben vorgeschlagen, mit uns eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit aufzubauen. Früher sind sie lediglich als Geschäftsleute aufgetreten und haben Handel vorgeschlagen, jetzt aber schlagen sie einen Austausch von Dokumenten vor. Auf diese Weise wollen sie sich Zugang verschaffen zur Führung unserer Industrie. Mit genau den gleichen Vorschlägen haben sich Firmenvertreter von Siemens, Klöckner und anderen an uns gewandt. Sie suchen diese Kontakte, um nach Stützpunkten für sich in der DDR vorzufühlen.

Wir unsererseits greifen ihnen gegenüber zu größeren Manövern. Sie haben zu verstehen gegeben, dass sie uns wirtschaftliche Zugeständnisse machen, wenn wir auf politische „Erleichterungen“ in der DDR eingehen. Sie habe uns 500 Mio. Mark dafür angeboten. Wir aber haben gesagt, solange sie nicht 2 Mrd. Mark anbieten, werden wir überhaupt nicht über dieses Thema sprechen. Doch wir sagen ihnen nicht, worüber wir sprechen werden, wenn sie auf unsere Bedingung eingehen.

Gemäß der 1960 im Rahmen des Handelsabkommens zwischen der BRD und der DDR erzielten vertraglichen Vereinbarung haben wir die Verpflichtung übernommen, eine Autobahnbrücke über die Grenze nach Westdeutschland zu bauen. Wir bauen sie bis jetzt nicht. Wir haben erklärt, dass wir damit einverstanden sind, das zu tun, aber den Vertrag über den Bau müssen die Vertreter der Ministerien für Verkehrswesen unterzeichnen. Bereits ein ganzes Jahr lang werden Gespräche darüber geführt, wer dieses Dokument unterzeichnen soll. Es wird offenbar bald ein Kompromiss zur Entscheidung dieser Frage gefunden werden. Bei der Unterzeichnung wird die Formel „im Auftrag der zuständigen Einrichtungen“ Anwendung finden.⁵⁶⁷ Falls wir uns darauf einigen, versprechen sie, uns auf der Grundlage der für das Jahr 1964 abgeschlossenen Verträge 100 000 Tonnen Stickstoff zu liefern. Wir haben ihnen erklärt: Liefern Sie den Stickstoff und zeigen Sie Ihren guten Willen. Und sie haben schon vorab 40 000 Tonnen geliefert. Wir haben unsererseits gleichfalls „guten Willen“ gezeigt und zwei bei uns inhaftierte politische Gefangene entlassen.

So stehen die Dinge. Dieses neue Konzept des Lavierens von Westdeutschland ist natürlich gefährlich. Der Vertreter des Bundes der Industriellen der BRD hat unumwunden erklärt, dass sie für die Aufnahme von Beziehungen mit der DDR ohne deren förmliche Anerkennung sind, um anschließend den Wettbewerb zwischen der BRD und der DDR aufzunehmen. Ihrer Ansicht nach ist die BRD [dazu] stark genug und wird diesen Wettbewerb gewinnen. Es ist zu berücksichtigen, dass diese Vertreter der Industriellen grundsätzlich im Namen von Erhard auftreten. Wir werden mit ihnen auf dieser Grundlage Verhandlungen

⁵⁶⁷ Damit ließ sich die Anerkennung des Vertragspartners DDR umgehen, zu der die Bundesrepublik nicht bereit war.

gen führen und sehen, was dabei herauskommt. Man muss auf Stärke mit Stärke antworten.

Unser Gegner entfaltet mithin eine große Offensive. Wir haben bereits Gegenvorschläge unterbreitet, und Erhard wird bis zu den Wahlen nicht auf ihre Annahme eingehen. Er wird nicht flexibler werden, da die CDU beschlossen hat, sich auf den Wahlkampf unter dem Banner des Revanchismus vorzubereiten. Die rechte Führung der SPD unterstützt sie dabei. In einigen zweitrangigen Fragen kann Erhard jedoch Zugeständnisse machen. Er hat jetzt zum Beispiel sein Einverständnis gegeben, dass der West-Berliner Senat das Recht hat, mit der Regierung der DDR über Passierscheine für die West-Berliner zu verhandeln. Früher ist er dagegen gewesen. Nunmehr erklären sie sich unter dem Druck der Bevölkerung damit einverstanden, obgleich sie keine Wiederholung des Textes des Dezember-Abkommens⁵⁶⁸ zulassen wollen.

Wir führen über diese Frage Verhandlungen mit dem [West-Berliner] Senat und rechnen damit, dass sich der Druck der Bevölkerung West-Berlins verstärken wird und dass sie⁵⁶⁹ das Abkommen unterzeichnen werden.⁵⁷⁰ Wegen des Aufenthaltes unserer Postangestellten in West-Berlin werden sie sich nicht dazu entschließen, das Vertragswerk zum Scheitern zu bringen. Es ist offensichtlich, dass Erhard in diesen kleinen Fragen einige Zugeständnisse machen wird, um mit eben diesen Zugeständnissen den Wahlsieg zu erringen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage haben wir an Sie nur eine einzige Bitte. Wir sind mit der Reise Adshubejs in die BRD einverstanden, bitten Sie aber, angesichts dessen, dass dort 1965 Wahlen stattfinden werden, keine Schritte in dem Sinne zu unternehmen, dass der CDU der Sieg bei diesen Wahlen ermöglicht wird. Wir bemühen uns unsererseits, den Einfluss auf die westdeutsche Bevölkerung zu verstärken. Im Zusammenhang mit dem kürzlich abgehaltenen Deutschland-Jugendtreffen⁵⁷¹ haben wir eine Reihe von Forderungen aufgestellt, deren Durchsetzung für die Jugend der BRD vorteilhaft wäre. Und das hat seine Wirkung gezeigt. D[as] h[eißt], in den Fragen, bei denen wir stärker sind, werden wir aktiv werden. Wir tun das hauptsächlich über die Massenorganisationen und nicht über Regierungskanäle, und das läuft nicht schlecht.

Was den Austausch von Besuchen zwischen der UdSSR und der BRD betrifft, so meint man in Bonn, dass es für Erhard unzweckmäßig wäre, nach Moskau zu

⁵⁶⁸ Gemeint ist das am 17. Dezember 1963 abgeschlossene erste Abkommen über die Ausgabe von Passierscheinen an die West-Berliner zum Besuch des Ostteils der Stadt während der Weihnachts- und Neujahrszeit, das dadurch möglich wurde, dass man die strittigen Amts- und Dienstbezeichnungen offen ließ. Aus westlicher Sicht war der Umstand problematisch, dass die Ausgabe durch DDR-Beauftragte in West-Berlin erfolgte. Um eine Ausdehnung der ostdeutschen Staatsgewalt zu verhindern, hatten die drei westlichen Besatzungsmächte ihr Veto eingelegt, als die DDR 1961 nach dem Bau der Mauer in den Westsektoren Ausgabestellen einrichten wollte. Bei den Verhandlungen im Dezember 1963 wurde das Problem dadurch entschärft, dass als Personal der Ausgabestellen Postangestellte aus der DDR eingesetzt wurden, die nicht als Staatsbedienstete firmierten.

⁵⁶⁹ So im Dokument.

⁵⁷⁰ Es folgten drei weitere Abkommen analogen Inhalts. Die Verhandlungen über das fünfte Abkommen scheiterten im Dezember 1966 an der Forderung der DDR, die beiderseitigen Amtsbezeichnungen nach ihren Vorstellungen festzulegen. Daraufhin gab es bis zum Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 keine Besuchsregelungen mehr.

⁵⁷¹ Vom 16. bis 18. Mai 1964 fand in Ost-Berlin ein gesamtdeutsches Jugendtreffen mit 700 000 Teilnehmern statt.

fahren. Sie sind dagegen und deswegen sondieren sie auch, ob man es nicht so machen kann, dass Chruschtschow nach Bonn kommt. Aber praktisch glaubt man in Bonn nicht einmal selbst an so eine Möglichkeit. Daher richtet man sich jetzt in Bonn darauf aus, in diesem Sommer eine Bonner Parlamentsdelegation in die Sowjetunion zu schicken. Diese Delegation wird Sondierungen vornehmen, und danach werden sie ihre Taktik festlegen. Das sind unsere Informationen, die wir aus Bonn erhalten haben. Den gleichen Informationen zufolge wird die Delegation aus Vertretern aller drei Parteien bestehen; sie beabsichtigt, mit der sowjetischen Regierung Verhandlungen auf den Weg zu bringen.

Chruschtschow: Wir stimmen mit dem überein, was Sie dargelegt haben. Der westdeutsche militärische Vertreter in London hat uns gesagt, dass sich in der Politik der BRD in Bezug auf die UdSSR und die DDR der vom Westen, d. h. den USA, ausgeübte Druck negativ auswirkt. Wir haben ihm zur Übermittlung an die westdeutsche Regierung geantwortet, dass nach unseren Informationen die Lage eine andere ist. Was die Verbesserung der Beziehungen der BRD zur UdSSR betrifft, hat Johnson der Regierung der BRD empfohlen, mehr Nüchternheit und Verständigung zu zeigen.⁵⁷² Diese Erklärung Johnsons ist für uns nützlich und sehr schädlich für Westdeutschland. Deswegen ist sie auch in der westdeutschen Presse auf scharfe Kritik gestoßen.

Ich stimme Ihrer Einschätzung zu, dass sie manövrieren und dabei von Wahlkampfüberlegungen ausgehen. Das ist doch auch charakteristisch. Westdeutschland sieht sich jetzt gezwungen, den Weg der Spannungsverringering zu beschreiten. Üblicherweise haben die Westdeutschen im Zusammenhang mit Wahlen immer die Spannungen verschärft und sich mit Drohungen befasst. Jetzt ist die Situation so, dass sie dazu genötigt sind, mit der bestehenden Lage und unserer Macht zu rechnen. Wir meinen, dass darin das Neue [liegt].

In den USA beabsichtigt Johnson offenbar, gegen Goldwater,⁵⁷³ der eine reaktionärere Linie verfolgt, auch mit einer liberalen Plattform aufzutreten. Das alles ist unser Erfolg. Wir meinen, dass man nicht den uns angebotenen Kontakten ausweichen sollte. Denn das ist doch für uns von Vorteil. Wenn wir aber ausweichen werden, so sieht das so aus, als ob wir Angst hätten.

Ulbricht: Wir setzen uns ebenfalls für Kontakte ein. Im Herbst vergangenen Jahres ist ein Interview mit mir im „Stern“, einer der größten westdeutschen

⁵⁷² In dem am 3. Mai 1964 veröffentlichten Interview mit dem Chefredakteur der Illustrierten „Quick“, Karl-Heinz Hagen, erklärte der amerikanische Präsident unter anderem, die USA würden im Verhältnis zur UdSSR auch künftig jeden Weg zum Frieden erproben. „Wir werden beweglich bleiben. Schließlich stehen wir mit unseren Füßen ja nicht im Beton. Das sollten die Deutschen auch nicht tun.“ Wenn es um den Frieden gehe, fügte er hinzu, „werden wir den Russen auf halbem Wege entgegenkommen – uns sogar mehr als auf halbem Weg, wenn es nötig ist.“ Er habe Bundeskanzler Erhard bei dessen Besuch gesagt: „Versetzen Sie sich mal in die Lage der Russen. Versuchen Sie, ihre Gefühle zu verstehen. Die machen sich wegen der Deutschen Sorgen, und das ist verständlich. Die Russen haben Furcht.“ Er habe ihn gebeten, „alles zu versuchen, um mit den Russen ein besseres Verhältnis zu bekommen und vor allem ihre Sorgen zu zerstreuen.“ Natürlich sei er, Johnson, für die deutsche Wiedervereinigung, nicht jedoch für Verhandlungen mit Ostdeutschland und nicht für ein kommunistisches Deutschland, sondern für Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, Westdeutschland und den Vereinigten Staaten.

⁵⁷³ Barry Goldwater, bei den Wahlen im November 1964 Präsidentschaftskandidat der Republikaner.

Illustrierten, veröffentlicht worden,⁵⁷⁴ das den Grundstein für das sogenannte „offene deutsche Gespräch“ gelegt hat. Der Redakteur,⁵⁷⁵ der das Interview mit mir gemacht hat, ist mit Erhard gut bekannt, sie sind sogar Nachbarn. Alles, was ich ihm gesagt habe, hat er am nächsten Tag Erhard übermittelt. Erhard hatte bezüglich der Veröffentlichung des Interviews in Westdeutschland keine Bedenken. Denn das war doch ein Risiko für einen Redakteur. Erhard rechnete damals damit, dass er weiter manövrieren könne. Aber bald darauf fand der Parteitag der CDU statt⁵⁷⁶ und legte ihn auf die revanchistische Richtung fest.

Noch vor dem Parteitag wandte sich ein Abgesandter Erhards an uns und wollte Verhandlungen führen. Der Parteitag kam dann aber dazwischen. Jetzt kam dieser Mann wieder zu uns und wollte wissen, wie sich das durch den Parteitag entstandene „Missverständnis“ korrigieren lasse. Sollen sie jetzt unseren Vertrag durchlesen, und wir werden sehen, was sie [dazu] sagen.

Das alles zeigt, dass die jetzige Situation überaus kompliziert ist und dass im Lager des Gegners ständig Schwankungen vor sich gehen. Die Sache ist die, dass die Führung der SPD die CDU unterstützt. Wenn die SPD auf Erhard Druck ausüben würde, ließe sich unsere Politik mit mehr Erfolg durchführen. Es wäre wichtig, dann, wenn Sie mit Erhard das Gespräch führen, Ihrerseits Kontakte zu den Sozialdemokraten suchen, insbesondere zur Gruppe um Brandt. Das ließe sich über die Bonner Parlamentsdelegation machen. Dann wird Brandt unter dem Druck der Massen auf Zugeständnisse eingehen, wie er das bei der Unterzeichnung des Berliner Abkommens getan hat. Er hat buchstäblich aus Angst vor Bonn gezittert,⁵⁷⁷ aber trotzdem die Weisung gegeben, das Passierscheinabkommen zu unterzeichnen. Das heißt, man muss sowohl mit der CDU als auch mit der SPD zugleich verhandeln, um die rechten Kräfte in der Sozialdemokratie zu zügeln.

Chruschtschow: Mithin gestaltet sich die Lage günstig. Es ist zu berücksichtigen, dass wir China haben und jetzt auch Rumänien. Aber selbst vor diesem Hintergrund überbewertet der Gegner nicht die Erscheinungen und Schwierigkeiten innerhalb des sozialistischen Lagers und will mit uns in Kontakt treten. Der Vertrag, den wir abschließen, wird unsere Positionen noch mehr verstärken.

Ulbricht: Den vorgeschlagenen Entwurf des Kommuniqués haben wir an alle Mitglieder unserer Delegation verteilt, wir haben ihn erörtert, und alle sind mit ihm voll einverstanden. Es ist ein hervorragendes Dokument. Er [der Vertrag] wird sich nicht nur auf die DDR, sondern auch auf die anderen Länder der Volksdemokratie auswirken.

Sicher, die Beziehungen zwischen den Ländern der Volksdemokratie sind ein kompliziertes Problem. Sie haben Bemerkungen zum Warschauer Vertrag gemacht. Wir sind uns völlig der jetzigen Lage bewusst und sehen, dass in einigen

⁵⁷⁴ Das Interview erschien Anfang Dezember 1963 unter dem Titel „Ulbricht möchte mit Erhard sprechen“.

⁵⁷⁵ Jochen Steinmayr, stellvertretender Chefredakteur des „Stern“.

⁵⁷⁶ Der 12. Bundesparteitag der CDU fand vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover statt.

⁵⁷⁷ Zu dieser Darstellung steht die Tatsache in Widerspruch, dass die Regierung in Bonn mit dem Abschluss des Passierscheinabkommens ausdrücklich einverstanden war.

Ländern der Volksdemokratie eine gewisse Lähmung und Passivität in Bezug auf den Warschauer Vertrag eingetreten ist.

Chruschtschow: Ich würde nicht sagen, dass dies einige Länder sind. Es ist Rumänien. Rumänien hat keine gemeinsame Grenze mit kapitalistischen Ländern, und seine Grenze zum Meer hoffen sie durch die Freundschaft mit Amerika zu schützen. Deswegen treiben sie eine Politik der Nichtbeteiligung am Warschauer Vertrag, sie stärken ihn nicht, sie erschüttern ihn sogar. Ihre Kontakte zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte⁵⁷⁸ sind ebenfalls sehr schwach. Aber das, was ich zu Rumänien gesagt habe, kann ich zum Beispiel nicht über die PVR [Polnische Volksrepublik]⁵⁷⁹ sagen. Die Polen haben vor Westdeutschland Angst. Die Tschechen ebenso. Kádár versteht diese Frage ebenfalls gut. So dass nur von Rumänien die Rede sein kann.

Ulbricht: Bei Rumänien ist die Frage klar. Was die anderen Länder betrifft, ist bei Gomulka auch alles klar. Mit Kádár habe ich unlängst während meiner Reise dorthin Gespräche geführt, und er hat eine sehr gute Erklärung abgegeben.⁵⁸⁰ Doch in der Bevölkerung dieser Länder, vor allem bei einem großen Teil der Intelligenz, gibt es gewisse Veränderungen. Bei ihnen wird die Ansicht geäußert, dass momentan nur die DDR die Gefahr des westdeutschen Revanchismus überschätzt. Sie sagen, dass es auch in der BRD gute, ungefährliche Leute gibt. Was aber die Führung dieser Länder betrifft, so ist deren Standpunkt richtig.

Chruschtschow: Wenn Sie glauben, dass es derartige Leute gibt, dann würde auch ich beanspruchen, zu ihnen gezählt zu werden. Ich sage das in dem Sinne, dass wir in unseren Reden aus taktischen Erwägungen tatsächlich die reale Gefahr, die von Westdeutschland ausgeht, überbewertet haben. Warum sage ich das? Selbstverständlich nicht deswegen, weil die Revanchisten klüger geworden sind, sondern deswegen, weil die Versuche Westdeutschlands, jetzt einen Krieg vom Zaun zu brechen, einem Selbstmord gleich käme, selbst dann, wenn es nicht selbst den Krieg begänne, sondern irgendwen zu kriegerischen Handlungen anspornen würde. Und die Westdeutschen verstehen das gut. Selbst Adenauer sagte vor zwei bis drei Jahren: Bin ich denn wahnsinnig, einen Krieg anzufangen; schließlich weiß ich, wenn Westdeutschland einen Krieg entfachen würde, ginge es so gleich unter. Angesichts dieser Umstände ist die Frage, ob Rumänien eine aktive oder passive Rolle in der sozialistischen Staatengemeinschaft spielt, für das Kräfteverhältnis praktisch ohne jede Bedeutung.

Ulbricht: Nach dem Abschluss des Freundschaftsvertrages wird die Haltung Rumäniens unter militärischem Gesichtspunkt überhaupt keine Bedeutung haben.

Chruschtschow: Wenn die Westmächte damit einverstanden wären, die NATO zu beseitigen, könnten wir an die Beseitigung des Warschauer Vertrages herangehen.

⁵⁷⁸ Der sowjetische Marschall Andrej Grečko befahl von 1960 bis 1967 die Streitkräfte des Warschauer Pakts.

⁵⁷⁹ So die im Dokument verwendete amtliche sowjetische Bezeichnung.

⁵⁸⁰ Ulbricht war vom 6. bis 12. Mai 1964 in Budapest. Der ungarische Parteichef János Kádár identifizierte sich in einer Erklärung mit den Deutschland- und Berlin-Forderungen der SED.

Er war auch früher von keiner besonderen Bedeutung, jetzt spielt er schon gar keine entscheidende Rolle mehr. Solange zwischen der Sowjetunion und der DDR ein völliges Einvernehmen besteht und die sowjetischen Truppen in der DDR stehen, ändert sich am realen Kräfteverhältnis überhaupt nichts. Lediglich ein Abzug unserer Truppen vom Territorium der DDR würde die Lage insgesamt verändern. Alles, was ich gesagt habe, habe ich nicht für die Propaganda gesagt. Darüber muss man auch nicht mit den Vertretern der anderen sozialistischen Länder reden, insbesondere nicht mit den Polen. Ich bin zur Jagd nach Polen gefahren und habe dort mit den polnischen Genossen ein wenig erfreuliches Gespräch gehabt. Damals hat Gomułka in Bezug auf die Taktik gegenüber der Haltung der Chinesen etwas geschwankt. Ich kann nicht sagen, dass Gomułka tatsächlich geschwankt hat an dem Punkt, der die Argumentation der Chinesen betrifft. Er ist jedoch dafür eingetreten, gegenüber der ChVR [Chinesischen Volksrepublik]⁵⁸¹ eine Politik der Beschwichtigung zu betreiben, obwohl er mit uns in allen wichtigen Punkten völlig einverstanden war. Damals habe ich ihm noch vorgeworfen, dass er sein Land faktisch den Chinesen für die ungehemmte Propaganda zur Verfügung gestellt hat. Er aber hat gesagt, wir sollten diese Propaganda ignorieren und nicht darauf reagieren. Unser Gespräch ist letztlich sehr heftig gewesen, und Gomułka hat offenbar gespürt, dass ich sein Land mit einem Gefühl der Bitterkeit verlasse. Vielleicht hat ihn dies dazu bewogen, im April dieses Jahres zu uns in die Sowjetunion zu kommen, obgleich überhaupt kein Anlass zu einem Treffen bestand und zumal weder ich noch er dafür Zeit hatten. Er beharrte trotzdem darauf, in die Sowjetunion zu kommen, und sei es auch nur für zwei bis vier Tage. Und als er gekommen ist, war es schon ein anderer Gomułka, durchaus nicht der, der er bei der Jagd in Polen gewesen war. Wir sind nicht einmal auf unser unangenehmes Gespräch bei der Jagd zu sprechen gekommen. Sowohl die Erklärungen als auch das Kommuniqué wie auch die Reden bei diesem letzten Besuch Gomułkas in der UdSSR – alles ist ohne jegliche Komplikationen verlaufen. Das war nach allem Anschein darauf zurückzuführen, dass die Chinesen über die Albaner in Polen eine Oppositionspartei gegründet haben, die sich gegen Gomułka gewandt hat. Gomułka hat sich gezwungen gesehen, seine Haltung gegenüber der Tätigkeit der Chinesen in seinem Land zu verändern. Das Leben selbst hat ihm eine gute Lehre erteilt. Die Parteiversammlungen, die in Polen vor dem Parteitag durchgeführt wurden, sind auf einem guten Niveau verlaufen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf eine Begebenheit eingehen, die sich während meiner Jagdreise nach Polen zugetragen hat. Die polnischen Genossen haben mit mir eine heftige Diskussion geführt, wobei mich besonders aggressiv ein Mensch attackiert hat, der mir damals unbekannt war. Später hat man mir gesagt, dass dies ein naher Freund Gomułkas, der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, ist. Im folgenden Gespräch mit mir ist Gomułka für ihn eingetreten und hat gesagt, dass das ein sehr guter Mensch ist. Ich habe ihm geantwortet, dass er vielleicht tatsächlich ein guter Mensch ist, aber das, was er damals in der Diskussion gesagt hat, hat mir nicht gefallen. In der Diskussion habe ich diesem Freund Gomułkas sogar gesagt: Vielleicht schlagen Sie vor, den

⁵⁸¹ So die im Dokument verwendete amtliche sowjetische Bezeichnung.

Warschauer Vertrag zu liquidieren? Vielleicht meinen Sie, dass man die sowjetischen Truppen aus der DDR abziehen muss? Dann sagen Sie das direkt, zumal uns die Truppen in der DDR viel kosten und das für uns ein ziemlich teures Vergnügen ist. Jedoch hat Cyrankiewicz da sofort gesagt, man sollte die Truppen nicht abziehen und alles so lassen, wie es ist.

Ulbricht: Cyrankiewicz denkt die ganze Zeit über an die Grenzen der PVR.

Chruschtschow: In dieser Diskussion habe ich den Polen gesagt, dass sie mich zur Geisel der Stadt Szczecin⁵⁸² gemacht haben. Es ging darum, dass man mich zum Ehrenbürger dieser Stadt machte. Angesichts der internationalen Lage war ich jedoch kein Ehrenbürger, sondern vielmehr eine Geisel. Ich habe das im Scherz, aber recht böse gesagt, und meiner Ansicht nach haben mich die polnischen Genossen verstanden. Im Juli reise ich auf Einladung Gomulka nach Polen, obwohl es mit meiner Zeit sehr schwierig ist. Ende August werde ich in der ČSSR aus Anlass des Jahrestages des slowakischen Aufstandes⁵⁸³ sein. Somit hat es in der PVR eine Zeitlang recht starke Schwankungen in der Frage der Taktik gegenüber den Chinesen gegeben. Doch jetzt haben sich die Polen, wie mir scheint, von den Schwankungen befreit.

Ulbricht: Wir haben mit den Polen genau die gleichen Diskussionen gehabt, als ich mit einer Partei- und Regierungsdelegation dorthin gereist bin.⁵⁸⁴ Gomulka war gegen eine offene Polemik mit den Chinesen. Wir haben uns dann doch verständigt. Aber die ideologischen Fragen sind dort sehr kompliziert. Eine ernste Lehre war ihm der Brief der 34 polnischen Kulturschaffenden.⁵⁸⁵ Das ist durchaus keine Kleinigkeit. Jetzt versteht er diese Fragen besser. Es ergab sich so, dass in Berlin Havemann auftrat,⁵⁸⁶ in Prag tritt eine ganze Meute auf und in Warschau sind es diese 34 Kulturschaffenden. Das alles ist zweifellos eine koordinierte, vom Westen gesteuerte und von Bonn direkt geleitete Kampagne. Abgesandte Bonns kamen im Fall Havemann zu uns. Ich habe die Anweisung gegeben, ihnen zu antworten: „Wenn Sie wollen, nehmen Sie Havemann mit, entweder nach Bonn oder direkt nach Washington“. Danach haben sie sich beruhigt.

⁵⁸² Die Zugehörigkeit Szczecins, des früheren Stettin, stand sogar nach der sowjetischen Eroberung noch nicht endgültig fest: Die Stadt liegt mit ihrem Hauptgebiet nicht nur westlich der als Grenze vorgesehenen Oder, sondern hatte auch im Sommer 1945 zeitweilig eine deutsche Verwaltung. Mit seiner Ehrenbürgerschaft sah sich Chruščëv zum Bürgen dafür gemacht, dass die Stadt nicht etwa wieder den Deutschen übergeben werden würde.

⁵⁸³ Der slowakische Aufstand brach am 29. August 1944 als Reaktion auf die Besetzung der Slowakei durch die Wehrmacht aus. Das Datum ist seitdem Nationalfeiertag.

⁵⁸⁴ Vom 25. bis 30. September 1963.

⁵⁸⁵ Am 14. März 1964 richteten 34 polnische Intellektuelle ein Schreiben an die kommunistische Partei, in dem sie sich gegen die Zensur wandten und ein Recht auf öffentliche Kritik, freie Diskussion und sachliche Information forderten.

⁵⁸⁶ Als Professor für Physikalische Chemie hatte Robert Havemann, seit den frühen 1930er Jahren ein überzeugter Kommunist, der in vielen Funktionen der DDR tätig gewesen und 1959 mit dem Nationalpreis ausgezeichnet worden war, im Wintersemester 1963/64 an der Ost-Berliner Humboldt-Universität Vorlesungen über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ gehalten. Darin hatte er Kritik an ideologischen Festlegungen und politischen Herrschaftspraktiken der SED geübt. Mit der Begründung, er sei „unter der Flagge des Kampfes gegen den Dogmatismus“ vom Marxismus-Leninismus abgewichen, wurde ihm daraufhin am 12. März 1964 vom Rat der Universität die Lehrbefähigung entzogen.

In Polen gab es ebenfalls einen großen Streit, und Gomułka war gezwungen, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben das jedoch nicht gemacht. Er war zu organisatorischen Maßnahmen gezwungen, weil er früher keine ausreichende ideologische Arbeit geleistet hat. Jetzt muss er die Reden oder die journalistische Tätigkeit direkt verbieten. Bei uns gibt es das aber nicht. Er selbst hat die Sache so weit kommen lassen, weil er zu Beginn nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat.

Gerade deswegen ist das [jetzt] ausgearbeitete Kommuniqué von sehr großer Bedeutung. Das wird für alle eine generelle Lektion sein, die auf alle Grundfragen eine Antwort gibt. Politisch-ideologische Fragen darf man nie sich selbst überlassen, weil einen das dann teuer zu stehen kommt. Hier ist im Kommuniqué klar gesagt, was für eine Politik zu verfolgen ist, und deswegen schätzen wir dieses Dokument sehr.

Chruschtschow: Lassen Sie uns nun zu den Wirtschaftsfragen übergehen. Sollen uns die Genossen Lomako und Apel über die Ergebnisse ihrer Verhandlungen berichten.

(Vortrag der Genossen Lomako⁵⁸⁷ und Apel⁵⁸⁸)

Chruschtschow: Wie ich dem Vortrag entnehme, können wir den deutschen Genossen 1970 7,5 Mio. Tonnen Erdöl geben, sie bitten aber um 10 Mio. Tonnen. Wir haben hier die Meinungen ausgetauscht und entschieden, dass wir unsere Ziffer um 1 Mio. Tonnen erhöhen können. Das heißt, wir können 1970 8,5 Mio. Tonnen Erdöl an die DDR liefern. Gegenwärtig können wir keine großen Verpflichtungen eingehen. Bis 1970 bleibt jedoch noch sehr viel Zeit, und ich denke, dass man nochmals auf diese Frage zu sprechen kommen kann. Denn man kann nie wissen, was in der bis 1970 verbleibenden Zeit geschieht. Vielleicht erschließen wir neue Erdöllagerstätten und wir werden Sie dann von uns aus bitten, uns 20 Mio. Tonnen abzukufen. Heute aber wollen wir uns an unser Wort halten. Was das Erdöl betrifft, so meine ich, dass Sie reale Chancen haben, Erdöl in Algerien zu kaufen. Wir haben Ben Bella bereits ein Chiffretelegramm geschickt, auf das er bis zum 10. Juni zu antworten versprach. Bis jetzt hat er noch keine Antwort gegeben, jedoch war seine erste Reaktion nach Mitteilung unseres Botschafters positiv. Wir haben Ben Bella in unserem eigenen Namen geschrieben, um Sie damit in keiner Weise zu verpflichten. Zum Beispiel haben wir geschrieben, die deutschen Genossen könnten bei ihm Erdöl, Eisenerz und Wein kaufen. Eisenerz und Erdöl brauchen Sie, aber was den Wein betrifft, so ist das Ihre Sache. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen vertraulich Folgendes mitteilen. Derzeit führen wir mit den Franzosen Verhandlungen, um bei ihnen Anlagen für die Chemieindustrie zu kaufen. Es handelt sich um sehr umfangreiche Aufträge, und die Franzosen zeigen an den Verhandlungen ein großes Interesse. Sie meinen zwar, dass die sowjetische Delegation die Verhandlungen nicht mit vollem Ernst, sondern zwecks Ausübung von Druck auf Italien, Japan und Eng-

⁵⁸⁷ Pëtr Fadeevič Lomako, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der UdSSR.

⁵⁸⁸ Erich Apel, Leiter der Wirtschaftskommission beim ZK der SED.

land führt. Daher denken wir daran, unsere Delegation in Frankreich zu verstärken, indem wir Genossen A. N. Kossygin dorthin schicken. In den Verhandlungen haben die Franzosen angedeutet, dass sie den Bezug von Erdöl aus der Sowjetunion erhöhen könnten. In diesem Fall kämen sie aber nicht umhin, den Bezug von Erdöl aus Algerien zu verringern. Damit gerät Algerien in eine höchst schwierige Lage und das wird dazu beitragen, dass Algerien Ihnen sehr gern Erdöl verkaufen wird. Deswegen meine ich, unter wirtschaftlichem und politischem Gesichtspunkt wäre es sehr nützlich, von Algerien Erdöl zu kaufen. Die DDR ist ein Industrieland, und den Kauf von Erdöl könnten Sie dazu benutzen, um überhaupt auf dem Markt Algeriens aufzutreten. Somit glauben wir, dass Sie tatsächlich eine große Menge an Erdöl brauchen, die wir liefern können, doch gegenwärtig wollen wir Ihnen gar nichts versprechen.

Ich möchte ebenso, dass Sie unsere Haltung in Bezug auf die Lieferung von Getreide und Fleisch kennen. Bei Getreide können wir Ihnen momentan überhaupt nichts sagen, außer dem, was in unserem Brief vom Februar d.J. gesagt worden ist. Im vergangenen Jahr haben wir uns im Zusammenhang mit der Missernte so die Finger verbrannt, dass wir sie jetzt in Wasser tauchen müssen. Damit nicht genug, dass wir bei den kapitalistischen Ländern eine große Menge an Getreide zu kaufen gezwungen waren, wir sind jetzt genötigt, auch noch Fleisch zu kaufen. Und das ist verständlich: Wegen Futtermangel haben wir das Vieh geschlachtet, und jetzt sind wir gezwungen, Fleisch auf dem kapitalistischen Markt zu kaufen. Wenn wir in diesem Jahr eine gute Ernte haben, wird sich das nicht früher als Ende 1965 oder Anfang 1966 auswirken. So dass wir uns, was das Getreide betrifft, mit allen Mitteln gegen Sie verteidigen werden. Und alle Überschüsse werden wir in Vorratslagern einlagern. Wenn die vorhandenen Vorratslager nicht ausreichen, werden wir neue bauen.

Ulbricht: Zum Vorschlag in Bezug auf das algerische Erdöl. Wir werden unsere Delegation nach Algerien schicken, um zu prüfen, was das für ein Erdöl ist, wie die Transportbedingungen sind usw. Wir sind, wie auch Sie, politisch an der Entwicklung von Beziehungen zu den arabischen Ländern interessiert. Hier stimmen wir überein.

Zur Erdölmenge. Seit 1960 wird in unseren Perspektivplänen beständig nur eine Ziffer hinsichtlich der Gesamtmenge an Erdöl genannt, die wir 1970 benötigen: 14 Mio. Tonnen. Diese Menge umfasst die eigene Förderung und den Import, die verbleibende Menge entfällt auf sowjetische Lieferungen. Unter dem Aspekt unserer Planung können wir diese Menge von 14 Mio. Tonnen nicht verringern, weil sie den Bedürfnissen einer normalen Entwicklung unserer Wirtschaft entspricht.

Es sind zwei Wege möglich zur Erleichterung der Erdölsituation. Erstens, die raschere Erschließung von eigenem Erdöl durch Tiefenbohrungen. Zweitens, mit den arabischen Ländern verhandeln und klären, was man von dort auf Dollarbasis importieren kann. Das alles ist nicht sehr einfach. Das sowjetische Erdöl hat eine einheitliche chemische Zusammensetzung. Wenn aber Erdöl aus vielen Ländern importiert wird, kann das die Anlagen unserer chemischen Werke beschädigen. Gegenwärtig bekommen wir Erdöl aus der Sowjetunion, aus Öster-

reich, der VAR [Vereinigte Arabische Republik]⁵⁸⁹ und Albanien. Jetzt ist die Rede von algerischem Erdöl. Aber die Frage ist, was das für ein Erdöl ist. In jedem Fall brauchen wir 14 Mio. Tonnen. Selbst wenn wir uns mit den arabischen Ländern einigen, kommen diese 14 Mio. Tonnen nicht zusammen. Mithin werden wir auf günstigere Ergebnisse der nachfolgenden Verhandlungen mit der Sowjetunion hoffen.

Ich möchte gern einige Bemerkungen prinzipiellen Charakters zu den Lieferungen aus der UdSSR in die DDR machen. Nach der jetzigen Reise durch Ihr Land sehen wir den tatsächlichen Stand der Entwicklung. Vor einiger Zeit haben Sie die Frage aufs Tapet gebracht, Halbfabrikate aus der UdSSR in die DDR zu liefern. Das ist richtig. Aber momentan haben wir zu Ihnen eine Differenz von sechs Jahren. Das, was wir jetzt brauchen, können Sie erst in sechs Jahren liefern. Es ist möglich, dass wir uns mit dieser Einschätzung irren. Deswegen sind wir gezwungen, jetzt selbst einige Betriebe zu bauen, auch wenn das in Anbetracht unserer Bedingungen unrentabel ist. Wir haben zum Beispiel kürzlich eine Papierfabrik gebaut. Es wäre natürlich besser gewesen, wenn wir von Ihnen gleich Zellulose erhalten würden, und nicht Holz, wie das jetzt der Fall ist.

Ich schlage vor, dass unsere Plankommissionen diese Frage erörtern. Denn Sie bauen doch auch Papierfabriken, weil Sie wenig Papier haben. Aber wir brauchen auch viel Papier, vor allem für die auf die BRD ausgerichtete Propaganda; wir haben keinen anderen Ausweg gehabt, als eine eigene Fabrik zu bauen. Einiges läuft bei uns unrentabel. Wenn sich unsere Plankommissionen aber miteinander einigen, könnten wir auf einige Kapitalinvestitionen im Land verzichten, falls wir die Gewissheit haben, dass wir 1970 von Ihnen entsprechende Halbfabrikate bekommen können.

So schätzen wir die Perspektiven ein.

Ich möchte Sie sehr bitten, noch einmal zu schauen, ob es vielleicht doch möglich wäre, die Erdöllieferung bereits 1968 auf 8,5 Mio. Tonnen zu erhöhen.

Wir danken den sowjetischen Genossen für das während der Verhandlungen gezeigte Verständnis für unsere Bitten. Das alles ist normal. Wir haben beide Schwierigkeiten, die eher normale Entwicklungsprobleme sind, und sie wird es immer geben, selbst bei einem höheren Entwicklungsniveau. Gestern habe ich auf der Beratung unserer Delegation direkt gesagt, dass dies alles keine Schwierigkeiten sind, sondern ein Zeichen dafür, dass mit der Weiterentwicklung der Volkswirtschaften unserer Länder neue Probleme auftreten; es besteht die Gefahr von neuen Disproportionen. Deswegen ist die Perspektivplanung die Grundfrage.

Chruschtschow: Ich bin mit Ihrem Vorschlag einverstanden. Sollen unsere Plankommissionen sich damit befassen. Wie ich bereits gesagt habe, können wir gegenwärtig keine großen Verpflichtungen eingehen. Versuchen Sie, in Algerien oder sonst wo noch Erdöl zu bekommen. Wenn sich bei uns irgendeine Möglichkeit ergibt, werden wir selbstverständlich noch einmal auf diese Frage zurückkommen.

⁵⁸⁹ Kurzlebiger Zusammenschluss von Ägypten und Syrien.

Ulbricht: Ich möchte mit Ihnen auch die chinesische Frage erörtern. Im Gespräch mit Kádár sagte ich ihm, dass wir den Vorschlag begrüßen, eine Redaktionskommission in der Zusammensetzung der Kommission von 1960 für die Vorbereitung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen. Wir halten die Einberufung einer Redaktionskommission für unabdingbar. In diesem Zusammenhang hätte ich gern Ihren Standpunkt erfahren.

Chruschtschow: Ich kann Sie über meine kürzlichen Gespräche mit Tito informieren. Wir haben jetzt einen Brief an die Chinesen vorbereitet, den wir ihnen bald zuzuschicken gedenken. Über die Frage mit den Chinesen haben wir in der Zeit gesprochen, als sich Ihre Delegation in Sibirien befand. Im Wesentlichen läuft unsere Haltung darauf hinaus, dass wir auch weiter die Einberufung einer Konferenz propagieren. Wir meinen, dass so eine Konferenz nützlich sein wird. Schließlich haben die Chinesen als erste den Vorschlag gemacht, eine Konferenz einzuberufen, jetzt aber, da sie sehen, dass sie sich keine Mehrheit sichern können, versuchen sie, die Einberufung einer Konferenz hinauszuschieben und Zeit zu gewinnen, um ihre Spaltertätigkeit innerhalb der kommunistischen und Arbeiterparteien zu betreiben. Deswegen entlarven wir die Chinesen, da sie selbst von ihrem früheren Vorschlag Abstand nehmen.

Wie ist die Lage in der kommunistischen Welt insgesamt? Wir haben einen Brief von den italienischen Genossen bekommen. Im Prinzip verurteilen sie die Chinesen wegen ihrer Haltung. Meiner Ansicht nach begreifen sie aber nicht ganz richtig, dass es notwendig ist, die Konferenz einzuberufen. Sie glauben, dass die Einberufung der Konferenz die Spaltung der kommunistischen Bewegung fixieren würde. Zum Ende des Briefes schreiben die italienischen Genossen aber, dass sie, falls die Konferenz einberufen wird, daran teilnehmen werden. Unlängst haben uns die jugoslawischen Genossen einen Brief geschickt. Ihr Brief ist der Antwort der Italienischen Kommunistischen Partei sehr ähnlich, allerdings mit der Ausnahme, dass die Jugoslawen nicht direkt schreiben, dass sie an der Beratung teilnehmen werden. In ihrem Brief schreiben die jugoslawischen Genossen, dass jede Partei die Propaganda gegen China führen und die richtige Richtung einschlagen sollte. Mit einem Wort: Die jugoslawischen Genossen wollen eine Einheitsfront gegen die Chinesen schaffen, ohne ein spezielles Treffen durchzuführen. Wir sind einverstanden, was die Schaffung einer Einheitsfront gegen die Chinesen betrifft, und wir machen das [auch]. Andere Parteien leisten eine ähnliche Arbeit. Aber im Unterschied zu den Jugoslawen meinen wir, dass es notwendig ist, eine Konferenz durchzuführen. Man kann doch die Konferenz auf unterschiedliche Weise durchführen. Man kann sie so gestalten, dass man die Chinesen von der kommunistischen Bewegung trennt, man kann dies aber auch nicht so tun. Wir meinen, dass es notwendig ist, die Konferenz so durchzuführen, dass die Tür für China offen bleibt. Es ist nicht unbedingt nötig, China aus der einheitlichen kommunistischen Bewegung auszuschließen. Das darf nicht geschehen. Die Aufgabe der Konferenz wird darin bestehen, die Dokumente von 1960 durchzugehen und alles zu bestätigen, was seine Gültigkeit behält, und das neu zu formulieren, was seine Bedeutung verloren hat. Wir brauchen doch die Konferenz nicht nur wegen der Haltung der Chinesen. Seit 1960 ist eine erhebliche Zeit vergangen,

und man muss eine Bilanz der vor sich gegangenen Entwicklung ziehen. Als Tito hier war, sagte ich ihm das, und er stimmte mir zu. Es ist auch anzunehmen, dass die Italiener uns ebenfalls zustimmen, auch wenn sie im Blick auf die Einberufung der Konferenz eine eher passive Rolle spielen. Ich kann derzeit nicht sagen, wie die Haltung aller Parteien zu dieser Frage ist, zum Beispiel die der Polen.

Andropow: Ich habe mit den polnischen Genossen gesprochen. Sie treten dafür ein, die Einberufung der Konferenz nicht zu forcieren, aber eine Redaktionskommission aus Vertretern der 26 kommunistischen Parteien einzuberufen. Die rumänischen Genossen sind natürlich dagegen.

Ulbricht: Die Hauptsache ist die Einberufung einer Vorberatung der Redaktionskommission von Vertretern der 26 kommunistischen Parteien.

Chruschtschow: So sieht die Situation insgesamt aus. Ich habe mit Tito über unsere Meinungsverschiedenheiten mit dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens gesprochen. Mir scheint, dass er diese Frage richtig versteht. Was den jugoslawischen Weg des Aufbaus des Sozialismus betrifft, hat er gesagt, dass es überhaupt keinen Sonderweg gibt. Es gibt einfach einige Besonderheiten, die es in jedem Land gibt, und wir stimmen ihm [darin] zu. Ich habe auch an der Haltung der Jugoslawen Kritik geübt, sich nicht am Block der sozialistischen Länder zu beteiligen. Tito hat die Richtigkeit meiner Worte anerkannt und mir eine mehr oder weniger annehmbare Antwort gegeben. Von seinem richtigen Verständnis dieser Frage zeugt auch seine Rede vor der UNO,⁵⁹⁰ für die ihn die Amerikaner sehr scharf kritisiert haben. Im Verlauf des Gesprächs haben auch wir das jugoslawische Programm kritisiert, doch Tito hat uns geantwortet, dass das Programm des Bundes der Kommunisten nicht für die Ewigkeit bestimmt ist und dass diese Frage überprüft werden kann, wenn der nächste Parteitag einberufen wird. Wir haben Tito darauf aufmerksam gemacht, dass die jugoslawische Presse eine etwas andere Haltung in dieser Frage einnimmt. Darauf hat er mir zur Antwort gegeben, dass nicht alles seiner Kontrolle unterliege. Er hat jedoch versprochen, auf dem Parteitag Stellung zu nehmen und dort die Änderung des bestehenden Programms zur Diskussion zu stellen. Insgesamt scheint mir, dass er jetzt alle diese Fragen richtig versteht. Offenbar ist die ganze Sache die, dass es im Bund der Kommunisten starke Meinungsverschiedenheiten gibt. Die Partei hat sich in den letzten Jahren gehen lassen, und es haben sich Kräfte formiert, die sich gegen eine derartige Haltung Titos wenden.

⁵⁹⁰ In der Rede vor der UNO-Generalversammlung am 22. Oktober 1963 hatte sich der jugoslawische Partei- und Staatschef scharf gegen das Wettrüsten als eine unproduktive Unternehmung gewandt, an der nur diejenigen interessiert seien, die darin investiert hätten. Die Theorie, dass nur ein umfassendes Waffenarsenal den Frieden gewährleiste, laufe darauf hinaus, dass es letzten Endes zu Krieg und Verwüstung kommen müsse. Eine solche Haltung sei unannehmbar. Das sogenannte Gleichgewicht der Angst verliere zunehmend an Berechtigung. Der kalte Krieg und der Rüstungswettlauf hätten weithin Fortschritte bei der Entkolonialisierung und bei der Emanzipation der neuen Staaten verhindert sowie fortschrittliche Tendenzen in anderen Teilen der Welt gehemmt. Die Völker könnten nicht durch Einflüsse von außen daran gehindert werden, sich das soziale und politische System einzurichten, nach dem sie aufgrund ihrer geschichtlichen Entwicklung verlangen. Solche Prozesse könne man allenfalls abbrem sen – und das sei offensichtlich keinen Krieg wert. Der einzig mögliche Weg sei die Anerkennung der Existenz verschiedenartiger Gesellschaftssysteme und die Anbahnung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen ihnen.

Ulbricht: Unlängst war eine jugoslawische Parlamentsdelegation unter der Leitung von Kardelj⁵⁹¹ bei uns. Tito bat mich sehr, sie zu empfangen und den wirtschaftlichen Fragen das Hauptaugenmerk zu schenken. Ich habe Kardelj empfangen und mit ihm nur über die bilateralen Beziehungen zwischen unseren Ländern gesprochen. Unsere Beziehungen mit Jugoslawien entwickeln sich gut, und die wirtschaftliche Zusammenarbeit gestaltet sich aktiv. Ich wollte jedoch nicht über Parteiangelegenheiten mit den Jugoslawen reden.⁵⁹² Ich bin diesen Fragen aus dem Weg gegangen und habe ihnen gesagt, dass ich ihr Programm nicht mit ihnen diskutieren möchte, weil das überhaupt nichts bringt. Das Gespräch ist insgesamt gut verlaufen. Die einzige Divergenz bestand darin, dass Kardelj es abgelehnt hat, die Grenze der DDR in Berlin zu besuchen. Aber das ist seine Sache. Die Beziehungen insgesamt entwickeln sich nicht schlecht, obgleich auf der Parteiebene unsere Beziehungen recht schwach sind. Auf der staatlichen Ebene entwickeln sie sich völlig normal. Unser Botschafter⁵⁹³ stellte Tito die Frage, wann er meine Reise nach Jugoslawien für möglich halte. Meiner Ansicht nach könnte man solch eine Reise im Frühjahr 1965 durchführen. Die politische Situation, die sich bis dahin herausgebildet hat, wird offenbar so eine Reise begünstigen. Die Jugoslawen entsenden jetzt in die DDR sehr viele Delegationen, welche die Fragen der Organisation der Leitung, wirtschaftliche Fragen, Fragen der Bildung usw. studieren. Unsere Diskussionen mit den Jugoslawen verlaufen insgesamt normal.

Chruschtschow: Bei Titos letztem Aufenthalt in der Sowjetunion gab es, wie ich schon gesagt habe, zwischen uns keine strittigen Fragen. Ich habe ihm sogar vorgeschlagen, sich zur Erklärung von 1960⁵⁹⁴ zu äußern. Ich sagte ihm zwar, dass diese Erklärung doch die Kritik an Jugoslawien enthält. Er hätte sich nichtsdes-

⁵⁹¹ Edvard Kardelj, Slowene, seit 1930 Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, seit 1940 Mitglied des Politbüros, 1948–1953 Außenminister, 1963–1967 Präsident des Parlaments (Skupština), hatte den Ruf des Theoretikers der jugoslawischen Partei.

⁵⁹² In diesem Bereich gab es gravierende Differenzen.

⁵⁹³ Eleonore Staimer, von 1958 bis 1966 Leiterin der Gesandtschaft und danach bis 1969 Botschafterin in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.

⁵⁹⁴ In der Erklärung der kommunistischen Parteien vom 6. Dezember 1960, an der die jugoslawische Seite nicht beteiligt war, hieß es, das „Hauptergebnis“ der vergangenen Jahre sei in Bestätigung der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus „das stürmische Wachstum der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Weltsystems, der aktive Prozess des Zerfalls des Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung, das Anwachsen der Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt und die weitere Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems“. Immer stärker trete „das Übergewicht der Kräfte des Sozialismus über den Imperialismus, der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges“ zutage. Der Imperialismus wolle jedoch „seine Positionen halten“, sabotiere die Abrüstung, suche „den ‚kalten Krieg‘ zu verlängern und auf jede Weise zu verschärfen“ und bereite „hartnäckig einen neuen Weltkrieg vor“. Deswegen sei es geboten, „dass die sozialistischen Länder, die internationale Arbeiterklasse, die nationale antiimperialistische Bewegung, alle friedliebenden Staaten, alle Friedenskämpfer ihre Bemühungen immer fester vereinigen und immer entschlossener handeln, um den Krieg abzuwenden“. Das Leben erfordere „den weiteren Zusammenschluss aller revolutionären Kräfte zum Kampfe gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, für den Sozialismus.“ Der „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ sei der „Hauptinhalt“ der jetzigen, durch die Oktoberrevolution in Russland 1917 eingeleiteten Epoche, die bezeichnet wird als „die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab“.

totrotz zu allen Fragen der Erklärung mit Ausnahme des von mir angeführten Punktes äußern können. Die Chinesen beschuldigen uns gegenwärtig des Revisionismus in dem Sinne, dass wir nicht gegen Jugoslawien auftreten. Wenn man das alles berücksichtigt, dann wäre ein Auftreten Jugoslawiens im Sinne der Erklärung von 1960 für die kommunistischen Parteien im Kampf gegen die Chinesen eine sehr große Hilfe. Tito versprach mir, im Sinne der Erklärung von 1960 aufzutreten, allerdings in einer recht vorsichtigen Form. Und ich verstehe ihn. Es wird ihm nicht leicht fallen, das zu tun.

Ulbricht: Das ist richtig. Alles das, was sie damals zum Beispiel über die DDR sagten, war unrichtig. Nun aber kommen sie in die DDR und studieren die Ergebnisse eben der Politik unserer Partei, die sie früher kritisiert haben.

Chruschtschow: Die Politik im sozialistischen Lager darf jetzt keinem Ritterturnier ähneln, bei dem der Sieger dem Besiegten den Fuß auf die Brust setzte. Man muss denen, die dazu den Wunsch haben, die Möglichkeit zum Ausbruch aus dem Kreis geben, in den sie selbst sich begeben haben.

Neulich war auch eine rumänische Delegation bei uns.⁵⁹⁵ Wir haben mit den Rumänen die Meinungen ausgetauscht, und im Verlauf dieses Austauschs haben sie nicht erklärt, dass sie uns nicht zustimmen. Aber wir wissen doch, was für eine Propaganda die Rumänen gegen uns machen. Sie verhalten sich so, dass ihr Verhalten einfach schwer zu verstehen ist. Als Ch[ivu] Stoica zu mir zum Gespräch kam, versuchte er mich zu umarmen. Aber ich weiß, welche Gemeinheiten er hinter meinem Rücken von sich gibt. Er hat mich zur Jagd eingeladen und an frühere Begegnungen erinnert; ich aber habe ihn angeschaut und mich gewundert, wie ein Mensch zu gleicher Zeit derart Verschiedenes sagen kann.

Ulbricht: Es ist vermutlich gefährlich, mit ihm auf die Jagd zu gehen.

Chruschtschow: Und ich habe auch nicht vor, zu ihnen zu kommen. Am 20. August sollte ich in Rumänien sein. Aber es versteht sich, dass ich jetzt nicht selbst hinfahren werde. Wir haben fast [schon] entschieden, Gen. N[ikolaj] W. Podgornyj dorthin zu schicken, aber in Anbetracht der Propaganda gegen uns werde ich mir das noch einmal überlegen. Vielleicht wird auch Gen. Podgornyj nicht dorthin fahren. Man darf doch nicht so tun, als ob wir die feindliche Propaganda in Rumänien nicht sehen und hören würden.

Die Rumänen kritisieren gegenwärtig den RGW scharf.⁵⁹⁶ Das ist doch ganz und gar schwer zu verstehen. Denn der RGW ist nicht nach der kommunistischen, sondern nach der nationalen Idee geschaffen worden. Der RGW fasst keine verpflichtenden Beschlüsse, sondern befasst sich nur mit der Abstimmung [von Beschlüssen] auf der Basis des bilateralen Vertragsverhältnisses. Das machen

⁵⁹⁵ Das bezieht sich vermutlich auf den Besuch einer rumänischen Parteidelegation bei Chruščëv in seinem Urlaubsort Gagra am Schwarzen Meer am 15. und 16. März 1964, um Gespräche über Fragen der Einheit im sozialistischen Lager zu führen.

⁵⁹⁶ Im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe suchte Chruščëv die beteiligten Länder zu einer Arbeitsteilung zu bewegen, die Rumänien die Funktion eines Rohstoff- und Lebensmittellieferanten für die industriell entwickelten Mitgliedsstaaten zugewiesen hätte. Mit dieser Festlegung war man in Bukarest nicht einverstanden, sondern bestand auf dem Aufbau einer nationalen Schwerindustrie. Seitdem war das Verhältnis zur UdSSR und den ihren Standpunkt vertretenden sozialistischen Ländern generell gestört.

auch die Kapitalisten, wobei das nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb eines Staates geschieht. Die rumänische Delegation war in Leningrad und hat dort Gespräche mit den Leningrader Genossen geführt. Man muss sagen, dass die Leningrader Organisationen damals nicht über die Haltung der Rumänen informiert waren. Deswegen war es natürlich, dass im Verlauf des Gesprächs die Leningrader Delegationsmitglieder gefragt haben, wie die sowjetische Anlage arbeitet, die Leningrad Rumänien geliefert hat. Nach einer Pause antworteten die Rumänen: „schlecht“. Die Leningrader fragten sie, welche Anlage sie denn meinen. Und als die Rumänen antworteten, dass in irgendeinem Aggregat der Kompressor schlecht arbeitet, stellte sich heraus, dass es in diesem Aggregat überhaupt keinen Kompressor gibt. So dass das eine grundlose Beschuldigung war.

Ulbricht: So eine Kampagne betreiben sie auch auf ihren Parteiversammlungen.

Chruschtschow: Wir wissen das. Wir sind gut informiert. Sie betreiben die Kampagne nicht nur auf den Parteiversammlungen, sondern auch in Gesprächen mit den Botschaftern der kapitalistischen Länder. Die Botschafter sagen sehr richtig, dass die Entwicklung, die jetzt in Rumänien vor sich geht, Nationalkommunismus ist. Und sie haben recht. Die Rumänen treten für den Sozialismus ein, sie sind aber gegen Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern. Solch eine Denkart ist primitiv. Die Rumänen meinen, dass ihnen, falls sie ihren Zwist mit der Sowjetunion vor der ganzen Welt demonstrieren, die Kapitalisten auf einem großen Tablett alles servieren, was die Rumänen nur brauchen. Das ist aber ein Fehler. Die Kapitalisten können überhaupt nichts verschenken. Philanthropie ist ihnen nicht eigen.

Ulbricht: Die Rumänen denken, dass sie bei den Kapitalisten das Modernste und das Neueste finden.

Chruschtschow: Die Amerikaner boten den Rumänen 7 Mio. Dollar für fünf Jahre an. Das ist doch aber eine winzige Zahl. 7 Mio. könnte auch die DDR Rumänien geben. Die rumänischen Genossen haben also Brei im Kopf. Ich habe Tito gesagt, dass er bei ihnen jetzt als die einzige Autorität gilt und dass er versuchen sollte, auf sie Einfluss zu nehmen.

Ulbricht: Die Schwierigkeit unserer Position im RGW besteht darin, dass wir Rumänien vorerst nicht in vollem Maße die Ausrüstungen geben können, die es braucht. Deswegen glauben die Rumänen, dass die sozialistischen Länder ihnen nicht zu helfen vermögen und dass allein die Kapitalisten sie retten können. Doch vergessen sie, dass sich 1970 die Lage verändert haben wird. Wir benötigen nur Zeit.

Chruschtschow: Die Jugoslawen leisten uns momentan eine sehr große Hilfe, wobei sie ihrerseits an Kontakten zu uns interessiert sind.

Unter den Bedingungen einer gewissen internationalen Entspannung beeilen sich gegenwärtig alle Länder, ihre Wirtschaft zu entwickeln, und das wirkt wie ein Sumpf. Jedes Land ist bestrebt, von den anderen [Ländern] alles abzuwickeln, was nur möglich ist. Ich denke, dass in dieser Hinsicht nur die Deutschen eine Ausnahme bilden. Wir selbst bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Deswegen müssen wir offenbar durch diesen Rausch gehen, von dem die sozia-

listischen Länder erfasst sind. Das Bestreben, die Wirtschaft zu entwickeln, ist eine gute Sache, in der Praxis führt das aber zur Schwächung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern.⁵⁹⁷ Ich meine, dass, wenn diese Welle abebbt, die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf einer neuen Grundlage noch stärker werden wird.

Ulbricht: Bei diesen nationalistischen Ansichten spielt der Einfluss der bürgerlichen Ideologie eine große Rolle. In diesen Ländern nehmen die, welche aus bürgerlichen Kreisen kommen, wichtige Positionen in einer Reihe von Branchen ein, zum Beispiel im Außenhandel, im Staatsapparat usw. Bei uns in der DDR ist die Lage anders aufgrund dessen, dass die reaktionären Kräfte nach Westdeutschland abgewandert sind. Anfangs hatten wir es schwer, weil es an qualifizierten Kadern mangelte, doch haben wir es jetzt leichter, weil wir diese unzuverlässigen Elemente losgeworden sind, bei uns fand sozusagen eine Selbstreinigung statt. Was die anderen Vertreter der bürgerlichen Kräfte betrifft, ist es gelungen, sie umzuorientieren und im Rahmen der Nationalen Front zusammenzuschließen.⁵⁹⁸

Aber die anderen Länder der Volksdemokratie kommen nicht umhin, ständig ihre Politik mit der Bourgeoisie zu koordinieren. Eine gewisse Rolle spielt dort auch die Theorie des ideologischen Selbstlaufs.⁵⁹⁹ Alles das schwächt die Stellung der Parteien der Arbeiterklasse. Uns zwingt Westdeutschland dazu, auf der Hut zu sein. Aber bei den Rumänen ist alles ruhig, und eine bestimmende Rolle spielen die Wirtschaftszahlen.

Man muss deutlich machen, dass die ideologische Arbeit eine große Rolle spielt. Und wir müssen die eigene Arbeit verstärken, weil das Auswirkungen auch auf die anderen sozialistischen Länder hat.

In den Fragen der Ideologie haben wir mit der Sowjetunion keine Streitpunkte, und es herrscht völlige Klarheit. Zum Beispiel besuchte Scholochow kürzlich die DDR.⁶⁰⁰ Seine Auftritte waren richtig und halfen uns gut in der Arbeit mit der Intelligenz. Dagegen hatten wir mit einigen Schriftstellern aus den Ländern der Volksdemokratie unangenehme Diskussionen.

Als wir durch Sibirien gereist sind, konnten wir uns davon überzeugen, dass die Parteiorganisationen auf dem Gebiet der Ideologie und der Kultur eine große Arbeit leisten. In dieser Frage stimmen wir völlig überein. Wir, die DDR, brauchen keine abstrakte Kunst, weil sie in West-Berlin im Überfluss vorhanden ist. Die Fragen der ideologischen Arbeit gehören somit zu den Grundfragen unserer Zusammenarbeit.

⁵⁹⁷ Dem liegt der Tatbestand zugrunde, dass aufgrund der inhärenten Innovationsschwäche des sozialistischen Systems (die weder Chrusčëv noch Ulbricht erkannten) moderne Technik nur im Westen zu haben war. Das hatte zur Folge, dass die sozialistischen Länder zum Schaden der Kooperation im RGW ein sehr großes Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit westlichen Staaten, nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, hatten.

⁵⁹⁸ Die bürgerlichen Parteien wurden noch vor Gründung der DDR zur Beteiligung an der Nationalen Front gezwungen, die von der SED beherrscht wurde.

⁵⁹⁹ Lenin hatte den Selbstlauf als ein Verhalten definiert, das die kommunistische Partei keinesfalls dulden dürfe. Sie müsse stattdessen als Avantgarde der Arbeiterklasse die Dinge aktiv in die Hand nehmen und in die richtige Richtung lenken.

⁶⁰⁰ Er hielt sich vom 25. Mai bis 6. Juni 1964 in der DDR auf.

Mikojan: Wenn Sie Meinungsverschiedenheiten mit Bruderparteien in Fragen der Kulturpolitik haben, so wäre es angebracht, mit ihnen Aussprachen zu suchen und entsprechende Abkommen abzuschließen.

Chruschtschow: In letzter Zeit erlangt Maurer⁶⁰¹ in Rumänien einen ständig wachsenden Einfluss. Maurer ist kein Kommunist, sondern einfach ein liberaler Politiker. Als [Gheorghiu-]Dej verurteilt wurde,⁶⁰² war Maurer an dem Prozess als Rechtsanwalt beteiligt. Und er ist nach wie vor ein bürgerlicher liberaler Rechtsanwalt geblieben. An sich ist er ein sehr sympathischer Mensch. Mir war es immer angenehm, mit ihm zusammenzukommen. Das bedeutet aber noch nicht, dass man so einem Menschen die Ausrichtung des politischen Kurses anvertrauen kann. Es ist bezeichnend, dass in Rumänien, als Maurer von seinem großen Einfluss Gebrauch zu machen begann, sogleich alle nationalistischen und bürgerlichen Elemente auflebten. Kirchenkreise in Rumänien unterstützen diese Kampagne aktiv. Dabei drängt sich die ganze Zeit der Gedanke einer Neigung der rumänischen Kultur zu den Kulturen der westlichen Länder auf, besonders zu Frankreich. Das geht bis zu Kuriositäten. Zum Beispiel bezog sich der Handelsminister Rumäniens bei seiner kürzlich gehaltenen Rede auf der Internationalen Handelskonferenz in Genf⁶⁰³ ständig auf die Reden des rumänischen Außenministers Titulescu⁶⁰⁴ vor dem Zweiten Weltkrieg, er lobte die Weitsicht dieses Ministers und vergaß völlig, um welchen Minister welcher Regierung es sich handelte. Wenn sich aber die Sache so weiter entwickelt, können sich die rumänischen Vertreter bald darauf einigen, die Äußerungen Antonescus⁶⁰⁵ zu loben, der von der Notwendigkeit sprach, gegen Russland Krieg zu führen. Ich muss jedoch anerkennen, dass die rumänischen Genossen trotz ihres Nationalismus überzeugte Kommunisten sind, die aufrichtig in ihrem Land den Sozialismus aufbauen wollen.

Ulbricht: Ich möchte Ihnen, Nikita Sergejewitsch, noch einmal für die uns gewährte Möglichkeit danken, mit Ihnen zusammenzukommen und mit Ihnen zu sprechen.

Das Gespräch dauerte 2 Stunden 30 Minuten.
Aufgezeichnet von W. Koptelzew und W. Popow
(jeweils eigenhändige Unterschrift)
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 558, Bl. 190-220

⁶⁰¹ Ion Gheorghe Maurer, 1958 bis 1961 Präsident der rumänischen Nationalversammlung, danach bis März 1974 Vorsitzender des Ministerrats.

⁶⁰² Gheorghe Gheorghiu-Dej wurde 1933 in einem Prozess wegen Organisierung eines Eisenbahnstreiks verurteilt.

⁶⁰³ Welthandelskonferenz der UNO mit Beteiligung von 77 Staaten vom 23. März bis 16. Juni 1964. Auf der Grundlage ihrer Beratungen fasste die UNO-Generalversammlung am 30. Dezember 1964 den Beschluss zur Gründung der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development).

⁶⁰⁴ Nicolae Titulescu (1882-1941) war mit einer Unterbrechung von wenigen Tagen von Oktober 1932 bis August 1936 Außenminister des Königreiches Rumänien.

⁶⁰⁵ General, ab 1941 Marschall Ion Antonescu war von 1940 bis zu seinem Sturz und seiner Verhaftung aufgrund des Staatsstrechs am 23. August 1944 rumänischer Ministerpräsident. Am 17. Mai 1946 wurde er als Kriegsverbrecher zum Tod verurteilt; das Urteil wurde am 1. Juni 1946 vollstreckt.

29. Stellungnahmen Chruschtschows während des Besuchs in Dänemark vom 16. bis 21. Juni 1964

*Bemerkungen Chruschtschows vom 14. Juni 1964
zu den Entwürfen für die Reden in Dänemark (Auszüge)⁶⁰⁶*

[...]

Auf dem von der Regierung gegebenen Essen

S. 2, 3. Absatz,⁶⁰⁷ nach den Worten: „und die dänischen Einkäufe zu diversifizieren ...“ ist zu sagen:

Vor noch nicht allzu langer Zeit betrachtete Dänemark landwirtschaftliche Produkte als die wichtigste Importware aus der Sowjetunion. Ich denke, dass wir auch künftig, nach einer gewissen Zeit, Ihre Bedürfnisse an diesen Waren befriedigen werden können. Aber die Sowjetunion hat jetzt eine leistungsstarke Industrie geschaffen und stellt viele verschiedenartige Maschinen und Geräte her. Wenn Sie daher unter den von unserer Industrie produzierten Waren welche finden, an denen Sie interessiert sind, [so bedeutet das,] je mehr Sie davon kaufen werden, desto mehr wird das zur Förderung unseres Handels beitragen, d. h. Sie verschaffen uns die Möglichkeit, mehr von Ihren herkömmlichen Produkten zu kaufen.

S. 3, 3. Absatz.

Nach den Worten „Beendigung des Wettrüstens“ ist hinzuzufügen „Auflösung der Militärblöcke“.⁶⁰⁸

S. 4, 1. Absatz.⁶⁰⁹

Nach den Worten „in der Festigung des Friedens im Norden Europas“ hinzufügen „und die Schaffung der Bedingungen für eine noch stärkere Festigung der

⁶⁰⁶ Die – nur Formalien betreffenden – Bemerkungen zu den Begrüßungsworten bei der Ankunft in Kopenhagen am 16. Juni 1964 und den Ausführungen in der Landwirtschaftsschule in Dalum am 18. Juni 1964 (die jeweils als außenpolitische Stellungnahmen unwichtig sind) werden nicht wiedergegeben.

⁶⁰⁷ Chruschtschow würdigte in seiner Tischrede einleitend die „offenen Gespräche“ mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister Dänemarks vor eineinhalb Monaten in der UdSSR, die dabei in vielen Fällen gefundene „gemeinsame Sprache“ und das abschließend unterzeichnete gemeinsame Kommuniqué, und fügte hinzu, seitdem seien mehrere sowjetische Wirtschaftsdelegationen nach Dänemark gereist.

⁶⁰⁸ Weiter verlieh Chruschtschow der Überzeugung Ausdruck, dass das sozialistische System für die Werktätigen die größten Wohltaten gewährleiste und dass ihm die Zukunft gehöre. Das zeige sich etwa an den großen Erfolgen, welche die UdSSR in kurzer Zeit errungen habe. Die Geschichte werde die Auseinandersetzung entscheiden. Ungeachtet der unterschiedlichen Auffassungen gebe es ein gemeinsames Ziel: den Kampf für die Wahrung des Friedens, für die Verhinderung eines neuen Krieges. Das Leben mache die Liquidierung des Wettrüstens, eine allgemeine und vollständige Abrüstung und eine Regelung der deutschen Frage auf der Grundlage der Tatsache nötig, dass es zwei deutsche Staaten gebe. Der Hinweis auf das Erfordernis der Auflösung der Militärblöcke war in der Rede nicht enthalten.

⁶⁰⁹ Die vorherigen Absätze enthalten die Aussagen, dass Dänemark in der UdSSR einen treuen und zuverlässigen Verbündeten im Kampf um den Weltfrieden habe, dass den skandinavischen Ländern keine Gefahr vom Osten drohe und dass der dänische Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen aufseiten der Sowjetunion hohe Wertschätzung als Beitrag zur Sache des Friedens erfahre.

freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Dänemark sowie mit der ganzen Welt“.

[...]

Auf der Versammlung der „Gesellschaft Dänemark-UdSSR“
und der Studentenvereinigung

S. 2, 1. Absatz, 3. Zeile von oben.

Das Wort zu erteilen: sagen: des dänischen und sowjetischen Volkes.

S. 2, 2. Absatz.

Hier könnte man sagen, wie viele Studenten es in Moskau gibt.

Die Formulierung „Wir haben mehr Studenten... als Bewohner in Ihrem Land“ ist zu streichen.

S. 5, 1. Absatz, 1. Zeile von oben

Ist zu sagen: „und auf anderen Gebieten der Landwirtschaft“.

S. 5, 3. Absatz

Nach den Worten: „holen wir die USA ein“ hinzufügen: „und warnen die Vereinigten Staaten, dass wir unter Beibehaltung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen den Wettbewerb führen wollen, dass die Zeit nicht fern ist...“⁶¹⁰.

S. 5, 6. Absatz

Anstelle von „wir haben der Menschheit den Weg in den Kosmos gebahnt“ sagen: „Unser Land ist der Pionier bei der Eroberung des Kosmos.“

S. 6, 3. Absatz. Die Zahlen sind zu präzisieren.

S. 7, zum 1. Absatz. Ich würde das so sagen:

Ich habe Ihnen von den Erfolgen der Sowjetunion berichtet.⁶¹¹ Das ist der ganzen Welt bekannt. Und deswegen werden Sie nicht meinen, dass ich zu Ihnen gekommen bin, um kommunistische Propaganda zu betreiben. Allen ist bekannt, dass der große Lenin, der an der Spitze unserer Kommunistischen Partei stand, unseren sowjetischen Staat geschaffen hat. Und jetzt wird alle Arbeit unter der Führung der Leninschen Kommunistischen Partei geleistet.

Deswegen ist ein derart stürmisches Wachstum der Wissenschaft, der Kultur und der Wissenschaft möglich geworden, und dies eingedenk der Tatsache, dass

⁶¹⁰ Der Satz wurde in der – dann am 19. Juli 1964 gehaltenen – Rede so fortgesetzt: ...wenn die Vereinigten Staaten uns den ersten Platz überlassen müssen, den sie schon mehr als 80 Jahre lang einnehmen.

⁶¹¹ Chruschtschow hatte von der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft gesprochen, die kein Selbstzweck sei, sondern der Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung diene, und ausgeführt, dass, nachdem es vor der Revolution in Russland etwa 80% Analphabeten gegeben habe, jetzt die Hälfte der Berufstätigen eine mittlere oder höhere Bildung habe. Die UdSSR verfüge über „eine ganze Armee von Wissenschaftlern und hochqualifizierten Ingenieuren aller Fachrichtungen“. Weiter hob er hervor, ein Schwerpunkt liege auf der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen. In den letzten Jahren seien fast so viele Wohnungen gebaut worden wie in den USA, England, Frankreich und Italien zusammen. Dazu kämen ein sechs- bis siebenständiger Arbeitstag, der kostenlose Gesundheitsdienst sowie Sanatorien und Ferienstätten, die größtenteils von der öffentlichen Hand finanziert würden.

Russland nach der sozialistischen Revolution ungebildet, ein Land der Bastschulhe war; und jetzt hat es die Fortschritte in kurzer Zeit, weniger als das Leben einer Generation, gemacht und belegt bei der industriellen Produktion den zweiten Platz in der Welt und ist zum Pionier bei der Eroberung der kosmischen Weiten geworden... Wir sind stolz darauf und schreiben das unserem sozialistischen System, der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre zu.

Ich denke, dass Sie mich richtig verstehen und mich nicht verurteilen und nicht glauben, dass ich Propaganda treibe. Aber wenn Sie nach meiner Absicht fragen, so sehe ich es als die heilige Pflicht jedes Menschen an, das zu propagieren, was er für sich selbst als heilig und als nützlich für alle Menschen der Erde betrachtet.

Man kann sagen:

Ihre Gesellschaft gründet sich auf kapitalistischer Grundlage, in Ihrem Land ist die Regierung sozialdemokratisch. Bei uns aber gehören der Gesellschaft und der Regierung Menschen an, die sich auf die Standpunkte der kommunistischen Weltanschauung stellen. Aber dies hindert uns nicht daran, in Frieden und Freundschaft zu leben und vor den Völkern durch konkrete Dinge und Handlungen die Vorzüge dieses oder des anderen gesellschaftlichen und staatlichen Systems zu demonstrieren.

S. 8, 2. Absatz, 4. Zeile von oben. Sagen: „die Militärbündnisse zu beseitigen“.

S. 8, 2. Absatz, Ende des Absatzes. Wie folgt sagen: „einen Vertrag darüber abschließen, so dass Streitfragen nicht mittels Krieg, sondern durch Verhandlungen entschieden werden“.⁶¹²

S. 9, zum 1. Absatz.⁶¹³ Sagen: Vorerst werden die Überreste des Zweiten Weltkrieges nicht beseitigt werden, d. h. kein Friedensvertrag mit den zwei real bestehenden deutschen Staaten wird unterzeichnet werden; das wird stets ein Herd gesellschaftlich-politischer Entzündungen sein, was die Anhäufung von Waffen und die Konfrontation der Armeen der einen Staatengruppe gegen die andere fördern wird.⁶¹⁴

S. 10, 3. Absatz. Nach den Worten: „damit Ihr Land aus der NATO austritt“ sagen: „obwohl, wenn es das machen würde, dies ein sehr nützlicher Beitrag zur Gewährleistung des Friedens wäre“.⁶¹⁵

⁶¹² Es ist nicht klar, worauf sich diese Aussage beziehen sollte, denn dieser Teil des Textes wurde vor der Rede nochmals völlig umgearbeitet. Chrusčëv sprach sich unter anderem für eine „allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle“ aus und ließ die Bereitschaft auch zu anderen – seit langem von der Sowjetunion ständig geforderten – Regelungen erkennen wie eine Liquidierung der Militärblöcke, die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt, die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen, eine Reduzierung der Militärausgaben, den Abzug der auf fremden Territorien stationierten Streitkräfte und die Errichtung von Kontrollposten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen.

⁶¹³ Darin war die Rede von Deutschland als einem „der wichtigsten Probleme zur Gewährleistung des Friedens in Europa“.

⁶¹⁴ In der dann gehaltenen Rede heißt es weiter, deswegen müsse man so bald wie möglich den Friedensvertrag schließen und die Tatsache des Bestehens beider deutscher Staaten anerkennen.

⁶¹⁵ In der vorgetragenen Fassung äußerte Chrusčëv die Zuversicht, dass sich früher oder später die Vernunft durchsetzen werde (anschließend die nachstehende, für das Ende des Absatzes vorgesehene Aussage).

Die Worte „wie auch in der gegenwärtigen Etappe... Ihr Land im Warschauer Vertrag“ sind zu streichen.

S. 10, 3. Absatz, am Ende des Absatzes sagen:

„Wenn schließlich doch die Länder zu einem gesunden Verstehen gelangen und sie sie [die Militärblöcke] beseitigen, dann löst sich die Frage für die daran beteiligten Länder von selbst“.

S. 12, 2. Absatz, 1. Zeile. Anstelle von „für die Sowjetunion“ ist zu sagen: „für die Völker der Sowjetunion“.

S. 12, 3. Absatz. *A[ndrej] A. Gromyko*. Vielleicht kann man sagen: „wenn auch die anderen Nuklearmächte [das⁶¹⁶] akzeptieren ...“ *N. S. Chruschtschow* stimmt zu.

Auf dem Treffen mit Vertretern der Geschäftskreise Dänemarks

S. 2, 3. Absatz, Ende des Absatzes. Die Worte „und Schiffe auf Unterwasserflügeln“ sind zu streichen.

S. 3, 2. Absatz. Nach den Worten „Sie wissen, dass wir für eine sehr breite Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eintreten“ sagen: „weil, sobald sich der Handel und auf seiner Grundlage das Industriekapital herausgebildet hatte, auch ohne vertragliche Absprache zwischen den Ländern eine Art Arbeitsteilung eingesetzt hat und einzelne Staaten begonnen haben, sich auf die Produktion von bestimmten Typen von Maschinen, Geräten, Werkzeugen usw. zu spezialisieren. Und das schafft bessere Möglichkeiten zur Konzentration der technischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit und zur Verbesserung der jeweiligen Produktion dieses oder jenes Landes; und auf dieser Grundlage ist es für jedes Land von Vorteil, die Produkte seiner Arbeit auszutauschen und durch die Nutzung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik generell Maschinen zu erhalten, die den modernen Anforderungen entsprechen.“

S. 3, 3. Absatz. *A. A. Gromyko*: sagen: „die das Ziel einer sowohl bilateralen als auch multilateralen Regelung haben“.⁶¹⁷ *N. S. Chruschtschow* stimmt zu.

S. 3, zum 4. Absatz. *A. A. Gromyko*: „Das Wesen unserer Politik auf der Konferenz besteht darin, künstlich geschaffene Hindernisse und Diskriminierungen zu beseitigen“⁶¹⁸ – das muss man sagen. *N. S. Chruschtschow* stimmt zu.

⁶¹⁶ D. h. die Verpflichtungen, die mit einer kernwaffenfreien Zone verbunden sind. Die beiden Absätze, an deren Ende dies gesagt werden sollte, sind zwar in der Endfassung enthalten, wurden dann aber handschriftlich durchgestrichen.

⁶¹⁷ In der am 20. Juni 1964 gehaltenen Rede bezog sich Chrusčëv auf die Konferenz über Fragen des Handels und der Entwicklung, die kurz zuvor in Genf stattgefunden hatte. Die UdSSR habe eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die sowohl auf eine bi- als auch multilaterale Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit abzielten. „Die Verwirklichung dieser Vorschläge könnte eine Entscheidung bezüglich der Schwierigkeiten herbeiführen, die gegenwärtig den internationalen Handel stagnieren lassen.“

⁶¹⁸ Das richtete sich vor allem gegen die COCOM-Regeln, welche die NATO-Länder dazu verpflichteten, keine „strategisch wichtigen“ Güter an kommunistische Staaten zu liefern.

Auf der Arbeiterversammlung der Werft „Burmeister und Wain“⁶¹⁹

S. 1, 2. Absatz. Statt „es ist traurig, sich [von dem Schiff] zu trennen,“ ist zu sagen: „es stimmt froh, dass das von Menschenhand geschaffene Schiff die Ozeane durchpflügen wird“.

S. 2, 3. Absatz. Nach dem Wort „gestiegenen“ hinzufügen „auch künftig ständig steigenden“.

Statt der Wörter „aller dieser Länder“ sagen: „für viele dieser Länder“.

S. 3, zum 2. Absatz. Sagen: „Diese Frage ist strittig, aber bei einigen Fragen lassen wir das zu. Diese Frage ist strittig, weil wir nicht nur die Höhe des Lohnes messen, sondern sehr große Mittel in den gesellschaftlichen Fonds abführen: für die soziale Versorgung, für die Bildung usw. Alles das muss man noch zu dem Lohn dazurechnen. Vorerst werden wir nicht über diese Frage streiten“.

S. 3, nach dem 4. Absatz. Sagen: „Es sollte nicht vergessen werden, dass wir als Erste das Banner des Kampfes für die neue, politische Umgestaltung der Gesellschaft gehisst haben, und dass wir der einzige proletarische sozialistische Staat in einem kapitalistischen Umfeld waren, dem vom ersten Tag seines Bestehens an der Krieg erklärt wurde. Das hat uns genötigt, große Mittel für die Schwerindustrie zu verausgaben, weil die Schwerindustrie die Grundlage der Verteidigung ist. Jetzt leben wir aber in einer anderen Zeit, wir haben andere Möglichkeiten, und jetzt gewinnen wir auch in dieser Frage an Stärke, und wir werden Ihnen zeigen, wo die Harke hängt. Haben Sie Geduld, und geben Sie uns die Möglichkeit, das in der Praxis zu zeigen“.

S. 4, 3. Absatz. Die Worte „als die ganze Bevölkerung Ihres Landes“ sind zu streichen.

S. 5, zum 4. Absatz. Sagen: „Die Frage der sozial-politischen Ordnung ist Sache jedes Landes selbst, und das ist der Kampf im Innern eines jeden Landes. Aber die Frage der Gewährleistung der friedlichen Koexistenz betrifft die Staaten und Völker der ganzen Welt, und alle Länder der Welt sind an der Wahrung des Friedens, an der friedlichen Koexistenz interessiert“.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 492, Bl. 1-8

*Rede N. S. Chruschtschows auf einer Versammlung mit Arbeitern der Werft
„Burmeister & Wain“ in Dänemark am 20. Juni 1964*

Geehrter Herr Premierminister⁶²⁰ Krag!

Geehrte [Herren] Minister!

Geehrte Leiter der Firma!

Liebe Freunde und Genossen!

⁶¹⁹ Hierzu siehe das anschließend wiedergegebene Dokument.

⁶²⁰ Krag war zwar dänischer Ministerpräsident, doch Chruščëv nannte Regierungschefs zumeist Premierminister. Das galt auch für ihn selbst als Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR.

Wir sind an dem Tag zu Ihnen auf die Werft gekommen, als das Ergebnis großer Mühe seitens der Arbeiter, Techniker und Ingenieure Ihrer Firma, das Schiff „Skasotschnik Andersen“⁶²¹, seinen Namen erhalten hat. Ich gratuliere allen sehr, die am Bau dieses Schiffes mitgearbeitet haben. Eine derartige Zeremonie ist stets sehr feierlich und ergreifend.

Allen unseren Freunden und Genossen, die dieses Schiff gebaut haben, möchte ich versichern, dass es in zuverlässige und arbeitsame Hände von sowjetischen Matrosen kommt und seinen Dienst zum Wohle der sowjetischen Menschen versehen wird. Unsere Seeleute, die auf ihm ihren Dienst versehen werden, werden sich an die versierten dänischen Schiffbauer in Dankbarkeit erinnern. Denn für die Seeleute wird dieses Schiff zu einer zweiten Heimat werden.

In der Sowjetunion ist in den Jahren der Sowjetmacht eine moderne Seehandelsflotte geschaffen worden. Besonders schnell hat sich die Handelsflotte im letzten Jahrzehnt entwickelt; in diesen Jahren hat sich ihre Frachtkapazität um das 2,5fache vergrößert. Heute gehört unsere Flotte zu den modernsten Flotten in der Welt: Über 70% ihrer Schiffe sind jünger als 10 Jahre.

Unser Land braucht eine große und moderne Seehandelsflotte, um den gestiegenen und ständig steigenden Umfang der Außenhandelstransporte zu bewältigen. Die Sowjetunion unterhält gegenwärtig mit 91 Ländern der Welt Handelsbeziehungen; und für viele dieser Staaten übernehmen sowjetische Schiffe den Transport diverser Güter. Erfolgreich entwickelt sich der Umschlag zwischen den Häfen der UdSSR und den Häfen Dänemarks, Schwedens und Norwegens.

Ich habe häufig Reden vor den unterschiedlichsten Zuhörern zu halten. Mit besonders großem Vergnügen spreche ich vor Arbeitern, vor denen, die mit ihrer Hände Arbeit die materiellen Werte der Gesellschaft schaffen. Als einem, der selbst aus dem Arbeitermilieu kommt, gefällt es mir sehr, mit einer der fortschrittlichsten Abteilungen der dänischen Arbeiterklasse, mit dem Kollektiv Ihres Unternehmens, zusammenzukommen und zu sprechen.

Wir Kommunisten meinen, dass die Arbeiterklasse die fortschrittlichste und die revolutionärste Klasse der Gesellschaft ist. Am Beispiel unseres Landes und der anderen sozialistischen Länder sieht die ganze Welt, welche Erfolge ein Staat erringt, in dem die Macht dem werktätigen Volk gehört, in dem die Arbeit den Platz und die Würde eines jeden Menschen in der Gesellschaft bestimmt.

Die Arbeiterklasse Dänemarks besitzt reiche Erfahrungen im Kampf um ihre Rechte, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung der Arbeit, für eine bessere soziale Absicherung. Die dänischen Werktätigen können zu Recht auf einige ihrer Errungenschaften auf diesem Gebiet stolz sein, die sie als Ergebnis ihres langen und beharrlichen Kampfes erzielt haben. Und uns, Ihre Gäste, freut es, Ihre Erfolge und Errungenschaften zu sehen.

Das Unterpfand für neue Erfolge im Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen und für den Frieden und sozialen Fortschritt ist die Einheit der Arbeiterklasse und die Geschlossenheit aller ihrer Reihen und Massenorganisationen.

⁶²¹ Märchenerzähler Andersen. – Der Däne Hans Christian Andersen (1805–1875) wurde durch seine 168 Märchen weltberühmt.

Ich glaube, dass auch Sie, die Arbeiter Dänemarks, sich über die Arbeitserfolge des sowjetischen Volkes freuen. In den 47 Jahren der Sowjetmacht haben wir viel erreicht, um das Leben der Menschen zu verbessern. Als unser Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei mit dem großen Lenin an der Spitze die Macht in seine Hände nahm, war die Wirtschaft Russlands im Vergleich zu der der entwickelten Länder Europas zurückgeblieben. Unser Land wurde damals als das Russland der Bastschuhe, als ein Land des Hungers und der Barfüßigen, bezeichnet. Jetzt aber ist die Sowjetunion, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, die zweite Großmacht in der Welt.

Ich denke, dass mittlerweile viele [Leute] begreifen, dass das „Russische Wunder“ nur auf der Grundlage der sozialistischen Ordnung möglich wurde. Und es ist kein Zufall, dass die Länder, die sich vom Kolonialjoch befreit haben, den Weg des Sozialismus gewählt haben, weil sich nur im Sozialismus in kürzester Frist ein Aufschwung der Wirtschaft und des Wohlergehens des Volkes erreichen lässt.

Wir brauchen Frieden, um das große Prinzip des Kommunismus, „von jedem nach seinen Fähigkeiten, für jeden nach seinen Bedürfnissen“, zu verwirklichen. Folglich sind wir Kommunisten an einem stabilen und dauerhaften Frieden in der Welt interessiert. Aber folgt denn daraus, dass diejenigen, die nicht die kommunistischen Anschauungen teilen, unbedingt den Krieg wollen? Ganz und gar nicht.

Die Frage der sozialpolitischen Ordnung in jedem Land ist eine innere Angelegenheit des Volkes dieses Landes. Die Sicherung des Friedens auf der Erde und der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung sind aber eine gemeinsame Angelegenheit der Staaten und Völker der ganzen Welt; alle Länder der Welt sind an der Aufrechterhaltung eines stabilen Friedens auf Erden interessiert.

Die Kernwaffe unterscheidet nicht nach Klassen und Parteien. Und da dies so ist, sollten sowohl die Sozialdemokraten als auch die Liberalen und die Konservativen daran interessiert sein, den Frieden in der Welt zu bewahren. Die Pflicht der Werktätigen aller Länder, die den fortschrittlichsten und bewusstesten Teil der Gesellschaft bilden, ist es, alles zu tun, um einen Weltkrieg zu verhüten.

Der Weg zum stabilen Frieden und zur internationalen Entspannung führt über ein besseres gegenseitiges Verstehen der Völker, über ein gegenseitiges Vertrauen, über die Entwicklung gegenseitiger Kontakte und Beziehungen auf allen Gebieten. Und wenn der Besuch des Premierministers von Dänemark, Herrn Krag, in der Sowjetunion und unser Besuch in Ihrem Land zum besseren Verständnis zwischen unseren Ländern beitragen und eine Verbesserung der sowjetisch-dänischen Beziehungen bewirken können, dann können wir und Ihr Premierminister sagen, dass wir uns nicht umsonst besucht, sondern unsere Arbeit gemacht haben.

Aber es wäre nicht richtig zu meinen, dass die Entwicklung des gegenseitigen Verstehens zwischen zwei Ländern, zwischen zwei Völkern, nur eine Angelegenheit von Staatsmännern und Diplomaten ist. Nein, wir treten für einen regen Umgang der einfachen Menschen der Sowjetunion und Dänemarks miteinander und für Kontakte auf der Ebene von Parteien und gesellschaftlicher Organisatio-

nen ein. Deshalb würden wir die Anbahnung von Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Entwicklung der Beziehungen der gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen begrüßen. Von großer Bedeutung ist der weitere Ausbau der Kontakte zwischen den sowjetischen und dänischen Arbeitern.

Den Prinzipien der internationalen Solidarität der Werktätigen waren wir immer treu und werden wir [weiter] treu bleiben. Wir erinnern uns sehr gut daran, dass seinerzeit die Arbeiter der ganzen Welt sich für den Schutz der jungen Sowjetrepublik, der die Intervention drohte, unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland“ eingesetzt haben.

Die sowjetischen Menschen erinnern sich daran, wie die Dockarbeiter die Verschiffung der für die Intervention bestimmten Waffen und Truppen verweigert, wie die Arbeiter Geld gesammelt haben, um dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der Welt zu helfen. Die sowjetischen Menschen werden für diese freundschaftliche Unterstützung in den für unser Land schweren Jahren immer dankbar sein.

Die Zeiten haben sich jetzt geändert. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben sich in eine mächtige Kraft verwandelt und leisten den Arbeitern anderer Länder und allen Völkern, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, Hilfe und Unterstützung.

Ich lüfte kein großes Geheimnis, wenn ich sage, dass wir, als wir in Moskau mit den Vertretern Ihres Unternehmens die Verträge zum Bau von Schiffen unterzeichnet haben, nicht nur von wirtschaftlichen Erwägungen ausgegangen sind. Natürlich war das von großer Bedeutung. Doch zusammen mit den anderen Überlegungen haben wir auch den Umstand berücksichtigt, dass es dem dänischen Schiffbau an Aufträgen mangelte und dass das Fehlen von Aufträgen zu einem Abbau der Beschäftigung, zur Arbeitslosigkeit führen kann, d. h. sich negativ auf die Lage der Arbeiter und ihrer Familien auswirken kann.

Sie wissen sicherlich, dass zwischen der Sowjetunion und Dänemark ein Abkommen mit einer Laufzeit von 6 Jahren über den Bau von 23 Kühlschiffen abgeschlossen wurde. Davon wird ein erheblicher Teil auf Ihren Werften gebaut werden.

Die Schiffe, die von Ihrer Werft aus ihren Weg antreten, werden unter der Flagge verschiedener Länder der Welt fahren. In dieser Tatsache spiegelt sich der internationale Charakter des werktätigen Menschen wider. Und alle arbeitenden Menschen sind daran interessiert, damit die Früchte ihrer Arbeit der edlen Sache des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern dienen.

Lassen Sie uns nochmals dem Schiff „Skasotschnik Andersen“ eine glückliche Fahrt wünschen. Wir wünschen allen friedlichen Schiffen, die Sie mit Ihren Händen auf diesen Werften bauen, eine glückliche Fahrt!

Möge sich die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Dänemark zum Wohle der Völker unserer Länder, zum Wohle des Friedens in der ganzen Welt entwickeln und festigen!

Abweichungen vom Text der Rede, die N. S. Chruschtschow auf der Versammlung mit Arbeitern der Werft „Burmeister und Wain“ am 20. Juni 1964 gehalten hat

Zu Beginn der Rede

Ich möchte, damit man mich richtig versteht, in einem gewissen Maße von dem Verfahren abweichen, welches ich befolgen sollte, indem ich die Gelegenheit nutze, dass ich mich auf einer besonderen Zusammenkunft befinde. (Äußerungen der Zustimmung. Beifall).

Ich habe einen ausgearbeiteten Text für meine Ansprache an Sie, er entspricht sozusagen der bei meiner Stellung üblichen internationalen Etikette, er beginnt damit, dass ich mich an den Premierminister, dann an den Minister, dann an den Firmenchef usw. wende, d. h. ich fange an, wie es gemäß den Regeln der Etikette richtig ist. Gestatten Sie mir, von diesem Text abzuweichen, ich möchte, dass Sie mir das verzeihen und meine Lage verstehen.

Ich möchte mich jetzt auf eine andere Weise und in einer anderen Form an die Arbeiter wenden, ich wende mich an die Arbeiter, indem ich nicht sage meine Herren Arbeiter, sondern meine Genossen und Freunde, meine Freunde in der Sache und im Beruf. (Äußerungen der Zustimmung. Beifall).

Ich denke, Herr Munk wird mich richtig verstehen und mich nicht verurteilen. Obgleich Sie ein Kapitalist sind und ich ein Premierminister bin, bin ich trotzdem ein früherer Arbeiter geblieben und bin auch heute noch einer von denen, doch mit Ihnen habe ich Geschäftsbeziehungen. (Äußerungen der Zustimmung. Beifall).

Genossen und Freunde, erlaubt mir den Hut aufzusetzen, weil Eure Sonne mir nicht gar so sehr imponiert. (Heiterkeit. Beifall).

Jetzt wende ich mich an den geehrten Premierminister, Herrn Krag, an den geehrten Minister, an die geehrten Firmenchefs, und, wie ich bereits eingangs gesagt habe, an meine Freunde, die Arbeiter, weil das sich aus meiner Weltanschauung ergibt.

Alles, was wir sehen, ist durch die Hände der Arbeiter geschaffen worden; alles, womit wir uns ernähren, ist geschaffen worden mit den Händen der Arbeiter und den Händen der Bauern. Und die Kapitalisten leben ebenfalls deswegen, weil die Arbeiter Werte schaffen und sie ernähren. (Heiterkeit. Beifall). Deswegen gibt es ohne die Mühe der Arbeiter, ohne die Mühe der Bauern, ohne die Mühe der Intelligenz kein Leben. Ich grüße die, welche die Mittel schaffen, welche die Quelle des Lebens, alles Lebens und alles Vernünftigen sind. (Äußerungen der Zustimmung. Beifall).

Wir sind an dem Tag zu Ihnen auf die Werft gekommen, als (und weiter im Text [des Redemanuskripts])

Am Ende des 4. Absatzes, der mit den Worten endet: „... freut es, Ihre Erfolge und Errungenschaften zu sehen“.

Ich denke, es wird mir keine Vorwürfe einbringen, wenn ich den Anspruch erhebe, dass ich Kommunist bin. (Äußerungen der Zustimmung. Beifall). Meiner Ansicht nach weiß die ganze Welt, dass ich Kommunist bin. Zudem mache ich mir auch die Verhältnisse Ihres Landes zunutze, dass die Kommunistische Partei

bei Ihnen einen legalen Status besitzt, und ich denke, dass hier, auf dieser Versammlung, nicht wenige Kommunisten dabei sind. Und außerdem würde mir meine Stellung als Staatsmann und als Ihr Gast Unantastbarkeit auch dann verschaffen, wenn es bei Ihnen antikomunistische Gesetze gäbe; Sie haben nicht das Recht, mit mir deswegen so umzugehen.⁶²²

Verzeihen Sie mir diese Abweichung, aber ich wollte gern von meinem Recht Gebrauch machen, so zu sprechen, wie ich denke. (Heiterkeit. Äußerungen der Zustimmung. Beifall).

Das Unterpfand für neue Erfolge im Kampf... und weiter im Text [des Redemanuskripts].

Einschub auf Seite 6 nach den Worten: „...auf Ihren Werften gebaut werden“.

Jetzt, Herr Munk, bitte ich Sie, mir zu verzeihen, Sie und ich sind alte Bekannte, wir haben seit langem miteinander zu tun, aber jetzt halten Sie sich die Ohren zu und tun Sie so, als ob Sie nicht hören, was ich jetzt sage. (Heiterkeit. Beifall). Denn ich spreche doch jetzt als Arbeiter zu Arbeitern, nur unter uns.

Ich erinnere mich an die Zeit, als ich in einem Werk gearbeitet habe. Das war vor nicht allzu langer Zeit. Zuerst arbeitete ich in einem Werk für Maschinenbau, das dem deutschen Eigentümer Bosse, der Gesellschaft Bosse & Hönefeld, gehörte. Das war im Jahr 1909 – ist also gar nicht so lange her. (Heiterkeit).

Ich nahm die Arbeit auf, und Bosse & Hönefeld zahlten mir 25 Kopeken pro Tag, ein ganzes Jahr lang arbeitete ich für diesen Lohn. Und der Arbeitstag begann damals um 6 Uhr in der Früh und endete um 6 Uhr am Abend, mit einer Pause von 30 Minuten für das Frühstück und 1 Stunde für das Mittagessen. [Es gab] keine Gewerkschaften, keinen Arbeitsschutz, [es herrschte] sozusagen die völlige Willkür der Herrn Bosse und Hönefeld.

Jetzt ist es natürlich anders. Mit euch redet der Eigentümer, der hier „nicht anwesend“ ist (Heiterkeit. Beifall), jetzt anders. Deswegen rede ich so frei zu Euch. (Heiterkeit. Beifall).

Aber wir haben damals auch Mittel gefunden, für die Rechte der Arbeiter zu kämpfen. Und wir Arbeiter haben uns gefreut, wenn irgendwo ein neues Werk, eine neue Schachanlage errichtet wurde.

Ich habe damals im Donbass⁶²³ gearbeitet. Das ist ein Gebiet der Kohlebergwerke, ein [Stein]kohlerevier. Wir haben ganz andere Interessen als die Eigentümern gehabt, welche die Fabriken und Bergwerke geschaffen haben, wir haben es aber auch als in unserem Interesse liegend angesehen, dass es mehr Werke, mehr Gruben gab, denn je mehr Gruben, desto mehr Beschäftigung und desto weniger Arbeitslosigkeit. Wenn es große Aufträge gibt und die Auftragsbücher gefüllt sind, ist es leichter, für seine Rechte gegen die Eigentümer zu kämpfen. (Heiterkeit. Beifall).

Wir haben damals richtigerweise für die Streiks gegen den Eigentümer einen Zeitpunkt gewählt, als er große und eilige Aufträge hatte, er musste sie erfüllen, und da haben wir unsere Forderungen an ihn gestellt. (Belebung. Beifall). Denn wenn wir bei rückläufiger Industrie und bei fehlenden Aufträgen unsere Forde-

⁶²² So im Dokument.

⁶²³ Das Industrierevier Doneckij Bassejn (Donezbecken) im Osten der Ukraine.

rung vorgebracht und mit Streiks gedroht hätten, hätte der Eigentümer gesagt: Streikt doch, ich habe sowieso keine Aufträge, sehr gut, der Betrieb kann ruhen, und ich werde euch keinen Lohn zahlen.

Deswegen haben wir schon damals herausgefunden, Herr Munk, wann es für uns günstiger ist, Streiks gegen Sie zu organisieren. Und jetzt verstehen sie diese Frage besser als ich. (Heiterkeit. Beifall).

Aber ich bin nicht hierhergekommen, um bei Ihnen Streiks zu organisieren (Heiterkeit), sondern ich bin hier als Gast des Premierministers und als ein Teil der Geschäftsbeziehungen mit Ihnen und mit Ihren Geschäftsleuten. Es ist darum eine interne Frage, wann ihr streikt und wann nicht gestreikt werden soll, das betrifft mich jetzt nur als früheren Arbeiter. Das ist eure innere Angelegenheit. Und jetzt werde ich meine Rede auf einer anderen Ebene abschließen. (Belebung. Beifall). Ich denke, dass es sicherlich die Funktion der Genossen ist, die jetzt hier stehen, sich mit der Organisation der Arbeiter zu beschäftigen. (Belebung. Beifall).

Und gegenwärtig sind wir mit unseren Wirtschaftsbeziehungen zufrieden, wir haben eine Vereinbarung getroffen und haben gute Geschäftsbeziehungen und gute Perspektiven.

Unser Land befindet sich in einem so großen Aufschwung, dass es Ihrem Land volle Auftragsbücher auch auf lange Sicht gewährleisten kann. Alles hängt von der Qualität der Produkte und vom Geschick Ihrer Geschäftsleute ab. Wenn sie uns das Fell auf vernünftige Weise abziehen, aber nicht bis auf die Knochen, damit es wieder nachwachsen kann, dann werden wir Ihnen Aufträge geben. Wenn sie aber geizen und von dem Fell auch noch das Fleisch abziehen wollen, dann bekommen sie keine Aufträge. (Heiterkeit. Beifall) Einstweilen verlaufen die Geschäfte auf einer Ebene, welche die Interessen der einen und der anderen Seite berücksichtigt.

Die Schiffe, die von Ihrer Werft aus den Weg antreten.... Und weiter im Text [des Redemanuskripts].

Am Ende der Rede

Danke für die Aufmerksamkeit. Und ich bitte, mir die Freiheiten zu verzeihen, die ich mir in meiner Rede genommen habe. Ich denke, Sie werden richtig verstehen, dass ich sie im Interesse eines besseren gegenseitigen Verstehens und besserer Kontakte gemacht habe.

Noch einmal danke. (Stürmischer, anhaltender Beifall).

Auf Wiedersehen, Genossen!

Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 492, Bl. 108-113

Gespräch Chruschtschows mit Ministerpräsident J[ens] O[tto] Krag nach Unterzeichnung des sowjetisch-dänischen Kommuniqués am 20. Juni 1964

Nach Unterzeichnung des sowjetisch-dänischen Kommuniqués am 20. Juni (Kopenhagen, Christiansborg) wurden N. S. Chruschtschow und J. O. Krag von Vertretern der Fernsehgesellschaft gebeten, ein paar kurze Erklärungen zum Kommuniqué und zu den Verhandlungsergebnissen für die Fernsehzuschauer und die Radiohörer abzugeben.

Sogleich nach Unterzeichnung des sowjetisch-dänischen Kommuniqués richtete ein bei der Unterzeichnungszeremonie anwesender ausländischer *Journalist* an N. S. Chruschtschow die Frage:

Ich möchte Herrn Chruschtschow fragen, mit wem er jetzt ebenfalls ein derartiges Kommuniqué unterzeichnen möchte?

Chruschtschow: Mit wem?... Wiederholen Sie... Wie?

Gromyko: Mit wem, mit welchem Land, möchten Sie ebenso ein derartiges Kommuniqué unterzeichnen.

Chruschtschow: Darüber habe ich nicht nachgedacht. Ich bin damit zufrieden, dass wir gute, angenehme Treffen und Verhandlungen gehabt und ein Kommuniqué verfasst haben, das uns zufrieden stellt, sowohl die eine als auch die andere Seite. Der Inhalt des Kommuniqués – gedulden Sie sich etwas, es kommt die Zeit, es wird veröffentlicht werden, und alle können sich damit vertraut machen.

Danach wandte sich ein *Vertreter* der dänischen Fernsehgesellschaft an N. S. Chruschtschow und J. O. Krag mit der Bitte, ihre Eindrücke mitzuteilen. (Nachfolgend wird die Aufzeichnung des Dialogs zwischen N. S. Chruschtschow und J. O. Krag wiedergegeben).

Chruschtschow: Der offizielle Besuch, zu dem ich auf die liebenswürdige Einladung des Ministerpräsidenten Dänemarks hin gekommen bin, ist beendet. Soeben haben wir das gemeinsame Kommuniqué unterzeichnet. Alle Fragen, die für Menschen guten Willens von Interesse sind, die auf den Positionen der Erhaltung des Friedens auf der Erde und der friedlichen Koexistenz stehen, werden Befriedigung empfinden, wenn sie dieses Kommuniqué lesen.⁶²⁴

Meine weiteren Wünsche und die meines Landes lauten, die sich gut entwickelnden Beziehungen fortzusetzen und die freundschaftlichen Traditionen und Besuche aufrechtzuerhalten, um sie nicht zu schwächen und damit diese guten Beziehungen [weiter] wachsen.

Morgen verlassen wir Dänemark übervoll mit Gefühlen der Sympathie vonseiten des dänischen Volkes und der Regierung. Und wir haben gute Gespräche mit Geschäftsleuten gehabt.

Ich möchte meinen aufrichtigsten Dank dem dänischen Volk, den Arbeitern Dänemarks, den Bauern, den Ingenieuren, der Intelligenz und dem Ministerpräsidenten übermitteln, der neben mir sitzt, und ich hoffe, dass er jetzt zu uns, in unser Land kommen wird. Das wird von Nutzen sein.

Danke für alles Gute, was ich in Dänemark gesehen und erlebt habe und für die Bekundung von Sympathie gegenüber unserem Land. Wir werden auch weiter alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Frieden auf Erden zu bewahren und die freundschaftlichen Beziehungen mit Dänemark zu festigen.

Auf Wiedersehen. Ich wünsche Ihnen Erfolge, Wohlergehen und jedem Gesundheit.

Krag: (Übersetzung). Herr Chruschtschow, ich möchte Ihnen danken für Ihren Besuch in Dänemark. Ich möchte Ihnen danken für die gute Stimmung und Ihre

⁶²⁴ Falsch fortgesetzter Satz im Text des Dokuments.

große Ausdauer, wenn man das umfangreiche Programm bedenkt, das wir Ihnen zugemutet haben.

Ihr Besuch in unserem Land ist die Fortsetzung meines Besuches bei Ihnen im Februar und des Besuches von Ministerpräsident Hansen⁶²⁵ 1956 in Ihrem Land. Ich meine, dass diese gegenseitigen Besuche dazu beigetragen haben, den Handel zwischen unseren Ländern zu erweitern und das gegenseitige Verständnis der Ansichten zu fördern, auch wenn diese Ansichten in bestimmten wichtigen Bereichen nicht übereingestimmt haben.

Unser Ziel ist die Erhaltung des Friedens und ein besseres Verstehen unter den Völkern. Ich glaube, dass Ihre Reise nach Stockholm und Oslo diesen Zielen dienen wird, und ich möchte Ihnen eine glückliche Reise wünschen.

Chruschtschow: Danke. Aber lassen Sie mich trotzdem die Bilanz präzisieren, die wir mit Ihnen haben. Sie haben gesagt, dass der frühere Ministerpräsident [bei uns] war. Das stimmt. Dass Sie bei uns waren und ich Sie getroffen habe – das alles ist richtig. Lassen Sie uns jetzt die Bilanz ziehen: Ich war bei Ihnen, und nun sind Sie am Zuge. (Einsetzende Heiterkeit).

Krag: Ich erinnere mich, dass Sie mich eingeladen haben, ans Schwarze Meer zu kommen. Ich glaube, dass das eine ernst gemeinte Einladung war.

Chruschtschow: Wie können Sie es wagen zu denken, dass ich Sie nicht im Ernst eingeladen habe? (Einsetzende Heiterkeit). Wie können Sie Ihren Gast kränken? (Einsetzende Heiterkeit). Nun, ich will beim ersten Mal nicht gleich gekränkt sein, weil meine aufrichtige Einladung so aufgefasst worden ist. Und wenn Sie dann mit Ihrer Gattin und den Kindern gekommen sind, werde ich diese mir zugefügte Kränkung vergessen. Aber solange Sie nicht Ihr Versprechen einlösen, zu uns zu kommen, werde ich mich daran erinnern. (Einsetzende Heiterkeit).

Krag: Ich werde mich sehr freuen, am Schwarzen Meer zu weilen. Aber ich hoffe, ich rechne damit, dass Sie, Herr Chruschtschow, mit Ihrer Frau, mit den Kindern, Enkeln und Urenkeln die Stadt ... ⁶²⁶ besuchen können. Dort habe ich meine Datscha. Und Jütland ist ein wichtiges Gebiet Dänemarks, das Sie leider nicht besuchen konnten.

Chruschtschow: Gut, danke. Doch seien Sie mit Ihren Einladungen vorsichtig: Wenn Sie mich mit meiner ganzen Familie einladen, und wenn ich alle meine Kinder, alle meine Enkel und alle meine Urenkel mitnehme, müssen Sie aber sehen, dass es Ihnen nicht zur Last fällt, so eine große Familie zu empfangen. (Einsetzende Heiterkeit).

Krag: In Dänemark gibt es jemanden, der hat ein Haus aus Plastik erfunden, und wir werden es so machen, dass er so ein Haus bei uns auf den Platz stellt.

⁶²⁵ Hans Christian Svane Hansen, so wie Krag Sozialdemokrat, von 1955 bis zu seinem Tod 1960 dänischer Ministerpräsident. Im russischen Original wird als Vorname fälschlich Chose angegeben, was vielleicht José heißen soll.

⁶²⁶ Auslassung im Text des Dokuments.

Chruschtschow: Nun, ich warne Sie einfach vor den Schwierigkeiten, die auf Sie zukommen können, aber wie Sie damit zurechtkommen werden, das ist schon Ihre Sache. (Einsetzende Heiterkeit).

Ich möchte Sie gern einladen, zu uns zu kommen. Wir haben im Sommer auf der Krim und im Kaukasus sehr schöne Orte.

Über uns sagt man im Westen, dass dies ein Land der Sklaven des Kommunismus ist. Ich hätte es sehr gern, dass Sie sich anschauen, wie die Sklaven des Kommunismus in ihrer sozialistischen Sklaverei leben.

Krag: Ich begreife gut, dass dies nur die Antwort darauf ist, was Sie gesehen haben. Sie haben gesehen, wie die dänischen Sklaven des Kapitalismus leben und wie sie bei uns ihr Leben fristen.

Chruschtschow: Das ist nicht ganz so. Sie leben gut im kapitalistischen System, aber lassen Sie uns den Disput, wenn Sie unseren Disput auf diese Ebene stellen wollen, nicht beim Abschied führen, sondern lassen Sie uns diesen Disput bei dem nächsten Treffen fortsetzen. Und danach werden sich die Leidenschaften abkühlen, und dann werden Sie vielleicht unsere Bestrebungen etwas besser verstehen.

Das, was jetzt der Westen, [was] Dänemark lebt – seine Ordnung⁶²⁷, das ist schließlich der Tribut an die Vergangenheit, und es [Dänemark] bewegt sich vorwärts,⁶²⁸ und bei dieser Bewegung spürt es die ganze Zeit die Bremse des Kapitalismus. Wir aber, das Land der Sowjets, haben uns von diesen Bremsen befreit und bewegen uns mit kosmischer Geschwindigkeit vorwärts, hin zur großen kommunistischen Zukunft.

Krag: Ich habe nicht erwartet, dass dieser Austausch von Liebenswürdigkeiten in eine große ideologische Diskussion mündet.

Chruschtschow: Sie haben mich herausgefordert, und ich antworte.

Krag: In diesem Fall möchte ich gerne etwas dazu sagen. Sind Sie davon überzeugt, dass es richtig sein wird, Dänemark als kapitalistisches Land zu bezeichnen? Das ist ein sehr allgemeiner Begriff. Aber natürlich würden wir gerne mehr produzieren. Nun gut, lassen Sie uns diese Diskussion am Schwarzen Meer fortsetzen.

Chruschtschow: Ja. Aber trotzdem möchte ich Ihnen antworten, oder lassen Sie uns ans Schwarze Meer fahren.

Sehen Sie, Dänemark ist ein klassisches kapitalistisches Land mit einem breit [gefächerten] demokratischen Staatssystem. Und klassisch ist es deswegen, weil es hier die Klasse der Kapitalisten gibt, welche die Produktionsmittel, die Banken beherrschen und alles, was die Kapitalisten so beherrschen,⁶²⁹ und es gibt die Arbeiter, die gar nichts beherrschen, außer dass sie ihre Arbeitshände haben und

⁶²⁷ Im Russischen steht hier das Wort *stroj*, das sich auch mit Aufbau, Struktur oder [Staats- und Gesellschafts-]System übersetzen lässt.

⁶²⁸ So im Dokument.

⁶²⁹ So im Text des Dokuments.

arbeiten und dafür einen Arbeitslohn bekommen. Und das ist eben das System des Kapitalismus, und auf diesem System beruhen die Beziehungen unter den Menschen in Ihrem Land.

Und das Land, das eine sozialdemokratische Regierung hat, ist ein Land mit einer breiten Demokratie. Aber das ändert nichts am Charakter der [Staats- und Gesellschafts-]Ordnung. In wessen Händen sich die Produktionsmittel und die Banken befinden, davon hängt auch ab, wie man das Land nennt: Entweder ist dieses Land kapitalistisch, oder dieses Land ist sozialistisch.

Nicht ich habe mir das ausgedacht. Das hat Karl Marx gesagt, und Lenin hat das weiter entwickelt, und ich lebe mit dieser wissenschaftlichen Begriffsbestimmung, was Sozialismus ist und was Kapitalismus.

Krag: Als Ministerpräsident von Dänemark kann ich nicht im Namen nur einer Partei sprechen, sondern ich muss im Namen von ganz Dänemark sprechen. Aber wenn es mir in dieser Diskussion gestattet ist, mich als Sozialdemokrat zu äußern, so denke ich, dass es in Ihrer Analyse einzelne richtige Gesichtspunkte gibt. Sogar in Dänemark gibt es nach wie vor Überreste der Klassenunterschiede. Wir arbeiten daran, diese Unterschiede zu beseitigen, zum Beispiel dadurch, dass der Jugend das gleiche Recht auf den Erwerb von Bildung gewährleistet wird unabhängig davon, aus welcher sozialen Schicht sie kommt; oder dass allen alten Leuten gleiche Rechte eingeräumt werden, damit es keine Unterschiede zwischen ihnen gibt. Aber in anderen Bereichen liegt noch viel vor uns Sozialdemokraten.

Aber Ihre Analyse, so scheint mir, beruht, verzeihen Sie, dass ich dies so sage, auf einer veralteten Ideologie. Das, was Marx schrieb, und das, was Lenin sagte, war zu Beginn dieses Jahrhunderts richtig. Die nachfolgende Entwicklung der Technik und die soziale Absicherung haben völlig neue Grundlagen der Gesellschaft geschaffen.

Dänemark ist genauso ein modernes, entwickeltes Land wie die Sowjetunion. Wir, die Sozialdemokraten, meinen, dass wir in ebensolchem Umfang diesen Fortschritt gemacht haben wie Sie in Ihrem Land.

Chruschtschow: Sehen Sie, lieber Gastgeber und Ministerpräsident, Ihr Land ist, ich sagte das schon, ein sehr reiches Land mit einem hohen Lebensstandard und sehr demokratisch, Sie haben die demokratischste Regierungsform unter den kapitalistischen Ländern; ich werde nicht sagen, wer welche hat, ja, offensichtlich gibt es auch andere. Aber Sie sagen, dass unsere Begriffe, die von Karl Marx und von Lenin in die Theorie eingefügt wurden, dass sie veraltet sind, dass sie sich auf das vergangene Jahrhundert beziehen, das haben Sie offenbar...⁶³⁰. Sie sollten nochmals Karl Marx und Lenin lesen und gut [darüber] nachdenken, wieso die Wissenschaft, die Technik, ihre Entwicklung nicht die soziale Lage der Menschen ändern, die leben...⁶³¹. Deswegen bleibt, solange sich die Produktionsmittel in den Händen einer kleinen Handvoll Menschen befinden, demzufolge das System kapitalistisch, welchen Stand Wissenschaft und Technik auch

⁶³⁰ Unvollendeter Satz im Text des Dokuments.

⁶³¹ Unvollendeter Satz im Text des Dokuments.

haben mögen, weil die Menschen, die in der Mehrheit keine Produktionsmittel haben, gezwungen sind, zu dieser Handvoll zu gehen und zu deren Bedingungen zu arbeiten.

Krag: Ich glaube nicht, dass Sie Recht haben. Aber lassen Sie uns den Wettbewerb auf friedlichem Feld fortsetzen, und die Geschichte wird, wie Sie schon zuvor mehrfach gesagt haben, über uns ihr Urteil fällen. Und ich möchte sagen, lieber Gast, dass Sie ebenso wie auch ich sich dem Gericht der Geschichte unterwerfen werden.

Chruschtschow: Nein, ich habe viele Male gesagt, und ich wiederhole es, dass der beste Richter die Geschichte ist, und diese Geschichte redet schon mit lauter Stimme. Auf welchem Niveau war Dänemark 1917, und auf was für einer Stufe stand Russland? Na, ich denke, dass Sie jetzt die eingetretenen Veränderungen bemerken. Wodurch [kamen sie zustande]? Sind wir etwa klüger als die Leute in Dänemark? Nein. Alle Völker, alle Nationen sind gleich begabt. Und auch bei Ihnen gibt es natürlich einen Bodensatz – es gibt Dummköpfe und von diesem Bodensatz heben sich die Klugen ab, auch wir haben diesen Bodensatz. Doch im Grunde sind die Völker gleich. Wieso sind wir so aktiv hervorgetreten? Nicht aufgrund biologischer Besonderheiten unseres Volkes, sondern aufgrund der sozialen Ordnung. Und das ist eben das Urteil der Geschichte. Nun, es ist noch nicht endgültig für gewisse Leute, die sich der Anerkennung der Überlegenheit des Sozialismus widersetzen. Wir sind bereit, auch weiterhin Geduld zu haben. Uns bleibt auch kein anderer Ausweg. Wir werden doch den Streit nicht im Zweikampf entscheiden, wie das früher in der Zeit der Ritter üblich war. Wir werden doch unseren Streit darüber, welche Ordnung besser ist, nicht mit Krieg entscheiden, und in diesem Krieg geht dann das eine wie das andere zugrunde. Das ist töricht. Und so werden wir in einen Wettstreit miteinander eintreten.

Wir kaufen bei Ihnen Schiffe; Sie bauen gute Schiffe. Sie haben gute Butter. Eine hervorragende Landwirtschaft. Eine gute Arbeit Ihrer Wissenschaftler, sie haben sehr gute Sorten von Nutzpflanzen gezüchtet, sie haben sehr gute Rinderrassen gezüchtet. Und ich habe ein Geschenk bekommen, und ich denke, dass dies besondere Exemplare sind. Und in diesen Fragen haben Sie jetzt ein höheres Niveau erreicht als wir.

Sehen Sie, was wir, die Kommunisten, für objektiv urteilende Leute sind. Seien auch Sie, die Sozialdemokraten, objektiv. (Einsetzende Heiterkeit.)

Ich sage und betone, dass wir dies bei uns im Wettstreit mit Ihnen tun werden. Wir haben also große Möglichkeiten. Kommen Sie zu uns ans Schwarze Meer. Dort werden wir im Meer schwimmen, uns in Badehosen hinlegen und weiter diskutieren und die Diskussion ohne Leute nebenan, ohne Zuschauer fortsetzen. Dort werden wir möglicherweise heftigere Diskussionen haben, ohne Beachtung diplomatischer Delikatesse, aber freundschaftlich. Ich lade Sie nicht deswegen immer wieder ein, damit wir, wenn Sie kommen, es Ihnen zeigen. Nein. Wenn Sie kommen, dann werden wir unsere freundschaftlichen Gespräche fortsetzen, die ich mit Ihnen gehabt habe, sehr gute, ich bin zufrieden. Ich glaube, mit so einem kapitalistischen Land, wie Sie, kann man in Nachbarschaft und Freundschaft

leben und gegenseitig die Erfahrung nutzen zum allgemeinen Wohle unserer Völker.

Krag: Ich möchte sagen, dass Herr Chruschtschow und ich während seines Besuchs viele Gespräche gehabt haben, und wir führen, wie alle hier Anwesenden sehen können – aber unsere nächsten Gespräche werden ohne Zuschauer sein – immer aufrichtige Gespräche. Das werden wir auch künftig tun.

Wir werden weiter Ihre vorzügliche Steinkohle, den Koks, die Erdölprodukte und das Schnittholz kaufen. Unsere Volkswirtschaft gibt uns ebenfalls die Möglichkeit, die Zeit abzuwarten und zu schauen, was die Geschichte sagen wird.

Ich werde mich freuen, diesen [Meinungs-]Austausch mit Ihnen am Ufer des Schwarzen Meeres fortzusetzen.

Chruschtschow: Danke, dass Sie von der Natur geschenkte Produkte, doch nicht Produkte von Hirn und Menschenhand bekommen wollen. Bislang nennen Sie Erdöl, Kohle, Holz usw. Es wird die Zeit kommen, verehrter Herr Ministerpräsident Krag, und Sie werden hinter unseren Maschinen, unseren Geräten her sein.

Krag: Wir werden uns gern mit Ihren Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Technik und der Industrie bekannt machen.

Chruschtschow: Lassen Sie unser Gespräch ebenso freundschaftlich beenden, wie wir es bei meiner Ankunft begonnen haben. Und Sie haben da anscheinend Gläser mit Sekt vorbereitet. Es wäre doch sicher bedauerlich, wenn wir uns verabschiedeten und sie nicht geleert hätten. Lassen Sie uns daher unsere fruchtbaren Gespräche heute beenden, und trinken wir auf die Gesundheit unserer Völker, auf die Freundschaft zwischen unseren Völkern.

Krag: Ich hoffe, dass Ihr Besuch in Norwegen und Schweden ebenso erfolgreich wie hier in Dänemark werden wird.

Chruschtschow: Danke für die guten Wünsche. Ich bin auch dieser Ansicht. Ich glaube, dass es genauso werden wird, weil wir zwischen Norwegen und der Sowjetunion, zwischen der Sowjetunion und Schweden nichts haben, was uns trennen und entzweien könnte. Und die Verschiedenheit der Systeme unserer Staaten – das ist kein Gegenstand des Streits.

Niederschrift aufgrund der
Tonbandaufzeichnung

Nicht korrigiertes Stenogramm
Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 492, Bl. 149–158

30. Chruschtschows Rede auf der Versammlung des Außenpolitischen Instituts im Volkshaus in Oslo am 30. Juni 1964 (Auszug)

Nach einem Rückblick auf Vorgänge der Geschichte, die das Bestehen großer Gemeinsamkeiten von Russland und Norwegen belegen sollten, wandte sich Chruschtschow Problemen der Gegenwart zu.

Die Traditionen der gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern sind nicht nur auf den Weiten des Meeres, sondern auch zu Lande stark. Schon viele Jahre sind das sowjetische Murmansk und das norwegische Kirkenes durch Bande herzlicher Kameradschaft miteinander verbunden. Und unlängst nahm in der Nähe von Kirkenes am Grenzfluss Pasvik ein Wasserkraftwerk den Betrieb auf, das von Ingenieuren, Technikern und Arbeitern Norwegens gebaut wurde. Die Turbinen und andere Anlagen für das Wasserkraftwerk wurden in Leningrad hergestellt. Das ist eine gute kameradschaftliche Zusammenarbeit im Dienste des Friedens. Jetzt werden Verhandlungen geführt, an diesem Fluss ein zweites Elektrokraftwerk unter Beteiligung norwegischer Firmen zu bauen.

Es ist klar, dass es für die weitere Entwicklung der gegenseitig nützlichen Verbindungen noch viele ungenutzte Möglichkeiten gibt.

Nehmen wir nur die Erforschung und Erschließung des Polargebietes, der Arktis und der Antarktis. Sowjetische und norwegische Wissenschaftler haben bei der Erforschung dieser Regionen große Erfolge erzielt. Eine Bündelung der Bemühungen unserer Länder könnte die Erforschung wichtiger, aber noch ungeklärter Probleme beschleunigen, die Ergebnisse der Forschung in der Praxis anwenden und sie schneller in den Dienst für unsere Völker stellen.

Man könnte auch an eine Bündelung der Bemühungen um engere Zusammenarbeit unserer Länder bei der Erforschung und der wirtschaftlichen Erschließung Spitzbergens, bei der Erkundung und Förderung dortiger mineralischer Rohstoffe, zum Beispiel Erdöl, denken. Uns scheint, dass dies für beide Seiten von Vorteil und durchaus möglich wäre, vor allem wenn man bedenkt, dass sich unsere Länder seit jeher an der Nutzung der Naturreichtümer dieser Region beteiligen.

Freunde!

Diese Zusammenkunft wurde vom Außenpolitischen Institut organisiert. Und das ist gut.⁶³² Offenbar haben die Organisatoren unserer Zusammenkunft ins Auge gefasst, dass ich mit den Anwesenden meine Vorstellungen zu einigen außenpolitischen Fragen teile. Ich denke, sie sind davon ausgegangen, dass es beim gegenwärtigen Stand der Dinge in der Welt etwas zu besprechen und ernsthaft zu durchdenken geben sollte.

Ich werde offen reden, weil Sie Ihrerseits verstehen, dass unsere Zusammenkunft in diesem Fall am nützlichsten und gehaltvollsten ist. Aber verübeln Sie es mir dann auch nicht, wenn manches nicht allen schmecken wird. Denn die Wahrheit ist manchmal bitter.

Man muss sagen, dass schon in meinen ersten Gesprächen mit den staatlichen Führern Ihres Landes klar geworden ist, dass es zwischen unseren Ländern viele

⁶³² Dieser kurze Satz wurde handschriftlich eingefügt statt der ursprünglichen Formulierung: „Und mir scheint, dass dies kein Zufall ist“.

Berührungspunkte gibt. Das betrifft den wechselseitigen Wunsch, in Frieden zu leben, zwischen unseren Ländern Kontakte und wechselseitiges Verständnis zu entwickeln [sowie] neue Wege und Mittel für die Entspannung herauszufinden.

Es ist allgemein bekannt, dass die Sowjetregierung als allein annehmbare und vernünftige Prinzipien der internationalen Beziehungen in der gegenwärtigen Epoche die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Struktur betrachtet. Es geht darum, dass die Staaten nicht nur auf den Krieg als Mittel zur Regelung von Streitfragen verzichten, sondern auch die Beziehungen zueinander auf eine friedliche und gerechte Grundlage stellen. Derzeit gibt es auf unserem Planeten keine großen militärischen Konflikte zwischen den Staaten.⁶³³ Aber wer ist in der Lage, eine Garantie dafür zu geben, dass es auch morgen und übermorgen und für alle Zeiten so sein wird. Niemand!

Und auch heute gibt es in der Welt recht viele Orte, wo Blut vergossen wird, wo wichtige Fragen des Kampfes um Unabhängigkeit und Souveränität und für das Recht der Völker, das Leben so zu gestalten, wie sie es wollen, ungelöst bleiben.

Nehmen Sie zum Beispiel den Kampf in Südvietnam, in Laos, die Lage in Südkorea, den Kampf der Zyprioten für die Unabhängigkeit ihres Landes, den Befreiungskampf im Kongo und in einer Reihe von Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.⁶³⁴

Und kann man es denn als normal ansehen, dass die Souveränität der Republik Kuba Angriffen seitens der Vereinigten Staaten von Amerika ausgesetzt ist, die sich das Recht nehmen wollen, sich in die inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen [und] den Luftraum dieses heldenhaften Landes zu verletzen.

Das alles spricht dafür, dass alle Völker, sowohl von großen als auch kleinen Staaten, unermüdlich für die Schaffung eines sicheren und gerechten Friedens kämpfen müssen.

Man muss erreichen, dass alle Staaten Positionen der friedlichen Koexistenz beziehen, dass alle ungelösten internationalen Probleme nicht mittels Gewalt, nicht durch Waffengeklirr gelöst werden, sondern in einer friedlichen und ruhigen Atmosphäre am Verhandlungstisch. Nur so lässt sich einer zuverlässigen Garantie für die Abkehr vom Krieg Dauer verleihen.

Manchmal wird der sowjetischen Regierung vorgeworfen, dass sie im Kampf für die Festigung des Friedens allzu drängend und ungeduldig ist, dass sie sich nicht mal zeitweilig mit bestehenden Anomalien der internationalen Lage abfinden möchte. Offenbar wollen die, welche die Politik der sowjetischen Regierung so beurteilen, die harte Realität unserer Zeit nicht wahrhaben. Schließlich ist jeder Tag, der für die Sache des Friedens nutzlos vertan wird, gewollt oder un-

⁶³³ Der Ost-West-Konflikt, den Chruščëv keineswegs in Abrede stellte, war nach sowjetischer Ansicht kein Konflikt auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern betraf die gesellschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Als Prinzip, das sich zwar speziell auf das Verhältnis zwischen Ost und West bezog, aber ausdrücklich nur für den zwischenstaatlichen Bereich gelten sollte, war die friedliche Koexistenz in diesem Zusammenhang irrelevant.

⁶³⁴ Diese Konflikte, die zu „nationalen Befreiungskriegen“ erklärt wurden, hatten nach sowjetischer Ansicht keinen Bezug zur friedlichen Koexistenz, weil es sich nicht um Kriege handelte, in denen sich Staaten aus den Lagern des Sozialismus und des Kapitalismus gegenüberstanden.

gewollt ein Zugeständnis an den heutigen Moloch des Krieges, der darauf aus ist, viele Millionen Menschenleben als Opfer entgegenzunehmen.

Folglich sind die beharrlichen Bemühungen der Sowjetunion um friedliche Entscheidung der internationalen Probleme vollauf gerechtfertigt. Die Sache des Friedens kann man nicht mit Erfolg krönen, wenn man sie nicht mit ganzer Leidenschaft, mit vollem Herzen betreibt, wenn man gegenüber Leichtgläubigen und gar notorischen Kriegstreibern und Gegnern der internationalen Entspannung keine Duldsamkeit an den Tag legt. Schließlich sind dem Abschluss des Moskauer Vertrags über das Verbot der Kernwaffenversuche, dem Abkommen von UdSSR und USA über das Verbot des Abschusses nuklearer Waffenträger in den Weltraum, den Beschlüssen von Sowjetunion, USA und Großbritannien zur Verringerung der Produktion spaltbaren Materials zu Kriegszwecken und einigen anderen nützlichen Schritten⁶³⁵ bekanntermaßen langwierige und mitunter auch schwierige Verhandlungen vorausgegangen.

Als Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion hatte ich Gelegenheit, viele Länder zu besuchen – nahe und ferne Länder, im Süden und im Norden, solche, die Blöcken angehören, und solche, die eine blockfreie Politik betreiben. Und ich kann voller Gewissheit sagen, dass überall in der Welt das Vertrauen in die sowjetische Außenpolitik unablässig wächst.

Die sowjetische Regierung bemüht sich mit nicht nachlassender Beharrlichkeit um die Lösung eines so grundlegenden Problems wie die vollständige und allgemeine Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle.⁶³⁶ Das ist, wenn Sie so wollen, der Königsweg zum Frieden, durch dessen Beschreitung die Völker sich für immer von den Kriegen und den Bedrohung des Krieges befreien werden. Doch während wir uns dieses große Ziel setzen, messen wir auch der Liquidierung einzelner Knoten der internationalen Spannung und der Kriegsherde außerordentliche Bedeutung bei. Wir halten es für notwendig, die Dinge nicht beiseite zu schieben und schon jetzt einen realen Beitrag zum Fundament des von den Völkern zu errichtenden Friedensgebäudes zu leisten.

Was liegt denn jetzt in dieser Hinsicht nahe? Die sowjetische Regierung setzt sich ein für den Rückzug aller auf fremden Territorien stationierten ausländischen Truppen bis zu den eigenen nationalen Grenzen. Stimmen Sie doch zu, dass eine Lage, in der fast zwei Jahrzehnte nach Kriegsende Staaten nach wie vor Truppen Tausende Meilen von ihren Grenzen entfernt unterhalten, von Grund auf nicht normal ist. Und je früher wir mit diesem gefährlichen Anachronismus

⁶³⁵ Alle diese Vereinbarungen wurden in der Zeit nach der Kuba-Krise geschlossen, als Chruščëv nicht länger darauf bestand, dass ohne eine Regelung der Berlin- und Deutschland-Frage in seinem Sinne keine Übereinkunft in Betracht komme. Davon ausgenommen waren die Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UNO, in denen die UdSSR Forderungen erhob, die auf Veränderung der Lage in Deutschland ausgerichtet waren, und die mithin letzten Endes dem gleichen Ziel dienen sollten wie der verlangte Friedensvertrag.

⁶³⁶ Der sowjetische Vorschlag vom 16. März 1962 sah als Endstadium nach einer Reihe vorher durchzuführender Maßnahmen die totale Abschaffung aller militärischen Verbände und Rüstungen vor. Es sollte dann nur noch Polizeikräfte zur Wahrung der innerstaatlichen Ordnung geben. Werde dieser Zustand erreicht, sei die UdSSR bereit, alle gewünschten Inspektionen und Kontrollen zuzulassen. Ihre negative Haltung gegenüber derartigen – als unannehmbare „Spionage“ bezeichneten – Überprüfungsmaßnahmen war ein Haupthindernis für die Erzielung von Übereinkünften.

Schluss machen, desto besser. Doch wenn die Westmächte jetzt noch nicht zu einer so radikalen Regelung bereit sind, ist die sowjetische Regierung damit einverstanden, auf der Basis von Gegenseitigkeit für den Anfang wenigstens eine Reduzierung der ausländischen Truppen auf fremden Territorien durchzuführen und danach schrittweise die Sache auch bis zu ihrem vollständigen Abzug fortzusetzen.

Und wie viele andere Möglichkeiten sind noch ungenutzt, die es ermöglichen würden, den „Kalten Krieg“ Schritt für Schritt aus seinen Bastionen zu verdrängen und durch Einnahme einer [Kampf-]Linie nach der anderen den Frieden und die Sicherheit der Völker zu festigen.

Hierzu [gehören] auch der Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages, die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen der Welt, die Beendigung der unterirdischen Kernwaffenversuche, das Verbot der Weitergabe todbringender Atomwaffen, die Verhinderung von Überraschungsangriffen und anderes!

Es ist längst Zeit, den Knoten der Widersprüche⁶³⁷ zu zerschlagen, der an der Regelung der deutschen Frage hindert. Wenn man eine zuverlässige Gewährleistung der europäischen Sicherheit anstrebt, wenn man tatsächlich die allgemeine und vollständige Abrüstung will, ist es notwendig, den Friedensvertrag mit den zwei deutschen Staaten abzuschließen. Die zwei deutschen Staaten existieren real, und real denkende Politiker müssen dieses Faktum berücksichtigen. Andernfalls kann es, wie eine Thrombose in einem lebenden Organismus, jederzeit irreparable Komplikationen hervorrufen.

Die Unterzeichnung dieses Vertrages würde den aggressiven Kräften in Westdeutschland die Möglichkeit nehmen, aggressive revanchistische Stimmungen anzuheizen. In diesem Zusammenhang möchte ich die norwegischen Freunde, die so wie die Völker der Sowjetunion unter der faschistischen Okkupation zu leiden hatten und denen große Opfer von den Hitler-Barbaren zugefügt wurden, darauf aufmerksam machen, dass die Revanchisten, die Befürworter der internationalen Spannungen und kriegesischen Abenteuer, auch jetzt ziemlich aktiv auftreten.

Nehmen Sie nur die jüngste Erklärung Adenauers. Sie ist übrigens beileibe nicht die erste dieser Art. Adenauer erklärt nicht mehr und nicht weniger, als dass man mit der „Sowjetunion abrechnen“ müsse.⁶³⁸ Aber was heißt das? Ein Appell, Krieg gegen die Sowjetunion anzufangen? Folglich denkt Adenauer da-

⁶³⁷ In der Philosophie Hegels, deren Denkweise Karl Marx übernahm, als er sie, wie er erklärte, inhaltlich „vom Kopf auf die Füße“ stellte, galt die Welt der Ideen als die wahre Wirklichkeit. Diese wurde daher mit Begriffen der Logik beschrieben. In der marxistisch-leninistischen Terminologie hat „Widerspruch“ daher die Bedeutung „Konflikt“.

⁶³⁸ Vermutlich handelt es sich um die Rede vor dem Industrieclub und dem Deutsch-französischen Kreis in Düsseldorf am 23. Juni 1964. Damals sagte Adenauer: „In der Tat, meine Damen und Herren, die einzige reelle Möglichkeit, mit Sowjetrußland ohne einen Krieg fertig zu werden, besteht darin, dass man ihm unter der Bedingung wirtschaftlicher Hilfe anbietet, dass es seine Aggressionspolitik radikal ändert.“ Chruščëv ist übrigens selbst von dem Vorwurf abgerückt, Adenauer habe mit der UdSSR „abrechnen“ wollen und dabei an einen Krieg gedacht, als er wenig später, am 8. Juli 1964, im Gespräch mit dem niederländischen Außenminister Luns (siehe Dokument Nr. 31 in diesem Band) ausführte, sogar Adenauer habe inzwischen erkannt, „dass der bewaffnete Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten unmöglich ist“.

ran, die Völker in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu stürzen, doch jeder, der nicht den Verstand verloren hat, begreift, dies würde unvermeidlich bedeuten, die Menschheit in einen Weltkrieg zu stürzen.

Es ist bemerkenswert, dass der Kanzler außer Diensten diese offen provozierende Erklärung während unserer Reise durch die skandinavischen Länder abgegeben hat. Ich denke aber, dass er in Skandinavien keine Unterstützung bei seinem Bemühen finden wird, mit der „Sowjetunion abzurechnen“. Das ist, gelinde gesagt, nicht so leicht, wie Adenauer offenbar denkt. Hitler wollte auch mit der „Sowjetunion abrechnen“, und es ist bekannt, womit das geendet hat. Man kann derartige Erklärungen Adenauers nur damit erklären, dass er ein abgedankter Kanzler ist und in diesem Zusammenhang unverantwortliche Erklärungen in Umlauf setzen kann.

Kürzlich ist die Sowjetunion mit der Initiative hervorgetreten, strittige Territorial- und Grenzfragen zwischen den Staaten friedlich, ohne Anwendung von Gewalt zu regeln. Wir sind davon überzeugt, dass diese und andere Vorschläge von uns keine schlechte Grundlage für die Ausarbeitung wechselseitig annehmbarer Vereinbarungen im Interesse des allgemeinen Friedens schaffen. Zugleich ist die sowjetische Regierung bereit, jedwede friedliebende, auf die gleichen edlen Ziele ausgerichtete Initiative anderer Staaten zu prüfen, von wem sie auch ausgehen mag.

Ich habe schon in verschiedenen Zusammenhängen Gelegenheit gehabt, über die Lage im Norden Europas zu sprechen. Man muss zugeben, dass die Lage in dieser Region verglichen mit anderen Regionen der Welt ruhiger ist. Ein wichtiger Faktor, der die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im Norden Europas gewährleistet, ist die aktive friedliebende Politik Finnlands. Eine nicht geringe Rolle spielt dabei die von Schweden verfolgte Politik der Neutralität. Wir glauben, dass dazu auch die Haltung Norwegens und Dänemarks beiträgt, keine Kernwaffen und ausländische Truppen in ihren Ländern zu dislozieren und sich nicht am Aufbau multilateraler Nuklearstreitkräfte⁶³⁹ zu beteiligen. Dies alles schafft reale Voraussetzungen für die Festigung des Friedens in dieser Region.

Wir begrüßen jeden Schritt von staatlichen Akteuren der nordischen Länder, der auf die weitere Festigung des Friedens in dieser Region ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang muss an den so genannten Undén-Plan⁶⁴⁰ und den kürzlich unterbreiteten Vorschlag Präsident Kekkonens über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa⁶⁴¹ erinnert werden. Nüchterne Gedanken zur Errichtung von atomwaffenfreien Zonen sowohl in Europa als auch in anderen Teilen des Erdballs äußern viele staatliche Führer, unter anderem treten dafür auch die englischen Labour-Politiker ein.

⁶³⁹ Die *Multilateral Force* (MLF) – eine mit Kernwaffen ausgestattete, gemeinsam von westeuropäischen Ländern zu bemannende Überwasserflotte – war ein NATO-Projekt, das diese, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, vom Aufbau nationaler Nuklearstreitkräfte abhalten sollte. Im Kreml lehnte man den Plan ab, weil man davon eine Verbreitung und Stärkung der Kernwaffenrüstung im Westen und eine Beteiligung Westdeutschlands an der nuklearen Macht befürchtete.

⁶⁴⁰ Der schwedische Außenminister Östen Undén schlug im Herbst 1961 vor, einen Klub der kernwaffenfreien Staaten zu bilden. Die Mitgliedsländer sollten sich verpflichten, sich nicht am Atomrücken zu beteiligen und auch keine Atomwaffen fremder Staaten auf ihren Territorien zu stationieren.

⁶⁴¹ Der finnische Staatspräsident Urho Kekkonen formulierte am 25. August 1963 vor der Paasikivi-Gesellschaft in Helsinki den Plan, in Nordeuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten. Kekkonen stützte sich dabei auf den Undén-Plan.

Wenn keines der aneinander grenzenden Länder Schritte unternimmt, die zu Misstrauen und zur Verschärfung der Lage in dieser Region führen, können die Völker der jeweiligen Länder ruhiger und ohne Sorge um die Zukunft leben.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die kürzlichen NATO-Manöver in den nördlichen Regionen Norwegens fast unmittelbar an unserer gemeinsamen Grenze erinnern. Als die NATO-Generäle direkt an den Grenzen zur Sowjetunion eine Schlacht inszenierten, haben sie sogar versucht, die Komödie der Verteidigung Norwegens gegen einen Angriff aus dem Osten aufzuführen. Ich sage Ihnen im Vertrauen: Uns beunruhigen weder die militärischen Provokationen der NATO-Generäle noch ihre Prahlerei mit ihrer Erfahrung bei der Beherrschung der Waffen. Wie man so sagt, jeder Fuchs lobt seinen eigenen Schwanz. (Heiterkeit. Beifall⁶⁴²).

Ich kann mit voller Verantwortung sagen, dass die Sowjetunion gegenüber Norwegen keine niederträchtigen Pläne hat, wie das so mancher darzulegen versucht.

Die Versuche, die Fabel einer scheinbaren Bedrohung Norwegens aus dem Osten zu verbreiten, sind nicht neu. Als sich England auf den Krimkrieg vorbereitete, verbreiteten die Engländer Gerüchte, dass Russland angeblich beabsichtige, einen eisfreien Hafen im Norden Norwegens zu erobern. Die norwegischen und schwedischen Staatsmänner⁶⁴³ bewiesen damals Weisheit und Weitsicht und sind nicht auf die [Zeitungs-]Ente Palmerstons hereingefallen. Später haben sich sogar die norwegischen Historiker über diese Geschichte amüsiert. Und jetzt etwas Interessantes: Unlängst las ich in Ihren Zeitungen, dass Chruschtschow angeblich beabsichtigt, während seines Besuches von der norwegischen Regierung – was glauben Sie wohl – eisfreie Häfen zu fordern. (Heiterkeit). Das zeigt nur, dass es auch früher Leute gab, denen gute Beziehungen zwischen unseren Ländern missfielen, und es gibt sie auch heute, doch was sie sich ausdenken, ist nicht überzeugend.

Schenken Sie solchen [Zeitungs-]Enten keinen Glauben. Wir wollen, dass die sowjetisch-norwegische Grenze wirklich eine Grenze des Friedens wird. Und eben deshalb treten wir für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Ihrem Norden und unseren Nordregionen ein.

Wir richten unsere Bemühungen darauf aus, die Lage im Norden Europas zu verbessern, das Vertrauen in die Beziehungen zwischen den Ländern dieser Region zu stärken und auf diese Weise jede Möglichkeit für das Entstehen eines Konflikts in dieser Region auszuschließen.

Wir sind natürlich der Ansicht, dass es dem Frieden im Norden Europas dienlich wäre, wenn Norwegen und Dänemark nicht an militärische Verpflichtungen mit Staaten gebunden wären, die keinen Bezug zu dieser Region haben. Wir meinen, dass die Beteiligung solcher Länder wie Norwegen oder Dänemark an den militärischen Plänen der Westmächte auf ein zufälliges Zusammentreffen von Umständen zurückzuführen ist.⁶⁴⁴ Wir verstehen, dass Norwegen, wie jedes

⁶⁴² Handschriftlich hinzugefügt.

⁶⁴³ Norwegen gehörte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zu Schweden.

⁶⁴⁴ Vermutlich ist das eine vorsichtige Anspielung auf die Tatsache, dass Stalins Politik Ende der 1940er Jahre in Westeuropa als gravierende Bedrohung wahrgenommen wurde, gegen die man sich durch ein Bündnis mit den USA schützen müsse.

andere Land auch, eine zuverlässige Gewährleistung seiner Sicherheit braucht. Unser Standpunkt ist, dass die zuverlässigste Sicherheitsgarantie für Länder wie Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland eine beiderseits, – von den Westmächten wie auch von den sozialistischen Ländern – anerkannte Politik der Neutralität ist. Eine solche Politik wäre eine Garantie dafür, dass die Länder Nordeuropas in dem Fall, dass ein militärischer Konflikt ausbräche, vor den vernichtenden Wirkungen der modernen Rüstung geschützt wären. Ein international anerkannter Neutralitätsstatus der Staaten Nordeuropas wäre für die Völker der skandinavischen Länder und für die Stärkung der Sache des Friedens insgesamt natürlich sehr vorteilhaft.

Die Skandinavier müssen, wie man so sagt, nicht weit gehen, um Beispiele zu finden. Die Neutralitätspolitik Schwedens und Finnlands sind dafür eine hinlänglich anschauliche Bestätigung. Man sagt, dass es zum Beispiel kein Zufall ist, dass Schweden beim Lebensstandard in Europa den ersten Platz einnimmt und dass sich Finnland in den letzten Jahren unter Ausnutzung der Vorteile seiner Neutralitätspolitik sowohl in industrieller Hinsicht als auch bei der Verbesserung der Lebenslage seines Volkes schnell entwickelt.

Wir beabsichtigen nicht, Norwegen Ratschläge darüber zu erteilen, wie es seine Außenpolitik gestalten soll. Dies zu entscheiden, fällt selbstverständlich dem Storting und der Regierung Norwegens zu. Wir haben nur in aller Offenheit unsere Einschätzung der neuen Tendenzen im internationalen Leben darlegen und die Notwendigkeit unterstreichen wollen, dass die Staaten ihr Vorgehen nicht mit den Verpflichtungen von gestern, sondern mit den Erfordernissen der Gegenwart und der Zukunft in Einklang zu bringen haben.

In dem Bestreben, den Frieden zu festigen, gibt es heute für die Initiativen eines jeden Landes, einer jeden Partei, eines jeden Menschen einen Platz. Und als die norwegische Regierung den Beschluss gefasst hat, auf ihrem Territorium keine Atomwaffen zu stationieren und auf die Beteiligung an den Plänen zur Schaffung von Atomstreitkräften der NATO zu verzichten, war das ihr Beitrag zur Sache des Friedens. Zugleich wären Sie wohl beleidigt, wenn jemand sagen würde, damit seien die Möglichkeiten Norwegens völlig ausgeschöpft, für den Frieden zu kämpfen.

Nehmen Sie ein so vielversprechendes Phänomen der letzten Zeit wie die Politik des gegenseitigen Beispiels. Ist diese Politik denn etwa ein Monopol nur der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens? Es ist klar, dass sie das nicht ist. Länder wie Norwegen können immer die Politik des gegenseitigen Beispiels anwenden, um andere Mächte zu guten Taten anzuspornen.

Chruschtschow beendete seine Rede mit der Bekanntgabe, dass die UdSSR Orden an sechs Norweger – Ragnar Gulbrandsen, Ingrid Gulbrandsen, Jalmar Madsen, Sufus Neverlund, Bjarne Halvorsen und Ruald Pedersen – verliehen hat.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 500, Bl. 41–51
(vollständiger Text: Bl. 35–53)

31. Gespräch Chruschtschows mit dem niederländischen Außenminister, Joseph Luns, am 8. Juli 1964

Verteilt an die Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU, die Kandidaten des Präsidiums des ZK der KPdSU und die Sekretäre des ZK der KPdSU

*Unterliegt der Rückgabe an das ZK der KPdSU (Allgemeine Abteilung, 1. Sektor)
Nr. P 1143*

Nach der gegenseitigen Begrüßung überreicht J. Luns N. S. Chruschtschow ein Erinnerungsgeschenk – Landkarten von Gebieten Russlands, die im 16. Jahrhundert von einem bekannten holländischen Kartographen angefertigt wurden.

Chruschtschow dankt Luns für das Geschenk und sagt, dass er sich freut, ihn kennen zu lernen und ihm zuzuhören.

Luns antwortet, dass er sich über die Möglichkeit freut, die Sowjetunion zu besuchen, das Land, mit dem die Niederlande seit dem 16. Jahrhundert gute Beziehungen unterhalten. Er fügt hinzu, dass er sehr stolz darauf ist, dass er der erste Außenminister der Niederlande ist, der nach Russland gereist ist.

Chruschtschow sagt, dass er sich freut, Luns zu begrüßen und beglückwünscht ihn zu diesem Vorrang. Aber ich möchte dennoch, fährt N. S. Chruschtschow fort, etwas vorwurfsvoll bemerken, dass Sie, obgleich die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern einige Jahrhunderte umfasst, offenbar kein Vertrauen zu unserer Ordnung empfunden und keine Minister zu Begegnungen mit uns geschickt haben.

Luns antwortet, falls es tatsächlich so sei, diskriminiere Holland zumindest nicht die unterschiedlichen Systeme, denn Minister seien beim Zaren nicht nach Russland gereist. Ich bin sozusagen der erste Mohikaner,⁶⁴⁵ fügt er scherzhaft hinzu.

Chruschtschow sagt, man könne da nur den Mut von Luns begrüßen.

Luns äußert die Hoffnung, dass der Besuch N. S. Chruschtschows in den skandinavischen Ländern angenehm und interessant, aber nicht zu anstrengend war. Die Holländer haben alle Reiseetappen N. S. Chruschtschows mit großem Interesse im Fernsehen verfolgt.

Chruschtschow sagt, dass die Reise in der Tat äußerst interessant war, und wenn solche Besuche interessant und nützlich sind, kommt auch keine Müdigkeit auf.

Luns stimmt N. S. Chruschtschow zu und sagt, dass er sich, was ihn betrifft, schon nach nur einem Tag Aufenthalt in Moskau viel besser fühlt.

Chruschtschow wiederholt, dass der Besuch in Skandinavien interessant war und dass er über die Gespräche befriedigt ist, die er mit den Führungen der drei Länder geführt hat; er ist über alles befriedigt, was er gesehen hat, und insbesondere über die Herzlichkeit, mit der das Volk die sowjetischen Gäste empfangen hat.

⁶⁴⁵ Anspielung auf das Buch „Der letzte Mohikaner“ von James Fenimore Cooper, das lange Zeit eine überall von Jugendlichen gelesene Indianergeschichte war.

Das ist auch begreiflich, fährt er fort, schließlich wollen alle Menschen Frieden, wollen die geschäftlichen Zusammenarbeit und die Kontakte vertiefen.

Luns stimmt den Worten N. S. Chruschtschows völlig zu. Die niederländische Regierung, fährt er fort, teilt diese Gefühle und unternimmt alles Erdenkliche, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und große Möglichkeiten für die Festigung eines sicheren Friedens zu schaffen. Die Holländer wissen, dass nicht zuletzt dank der beispiellosen Tapferkeit des sowjetischen Volkes und seiner Armee die Niederlande ihre Freiheit wiedererlangen konnten, und wir sind uns bewusst, welch große Rolle die Sowjetunion im vergangenen Krieg gespielt hat. Das werden wir nie vergessen. In Holland gab es während des Krieges viele sowjetische Kriegsgefangene – Russen, Ukrainer und Angehörige anderer Nationalitäten. Sie erhoben sich im Lager zum Kampf gegen die Nazis, und dabei sind viele von ihnen [den Kriegsgefangenen] umgekommen. An dem Ort, wo sie gekämpft haben, steht zum Gedenken an sie ein Monument. Das holländische Volk wird sie nie vergessen, wie es auch nicht die russischen Soldaten vergisst, die 1799 zusammen mit den Engländern geholfen haben, Holland vor Napoleon zu retten.⁶⁴⁶

Chruschtschow dankt J. Luns für die an die Sowjetunion und an unser Volk gerichteten guten Worte.

Luns sagt weiter, wie er beobachtet hat, besteht in der Sowjetunion Sorge in Bezug auf den Vorschlag der Regierung der USA an einige ihrer Verbündeten, multilaterale Atomstreitkräfte aufzustellen.⁶⁴⁷ Er schlägt N. S. Chruschtschow vor, sich den Standpunkt der Regierung der Niederlande zu dieser Frage anzuhören.

Chruschtschow bemerkt, dass er J. Luns mit Interesse zuhören wird.

Luns sagt, dass die Regierung der USA Anfang des vergangenen Jahres der Regierung der Niederlande den Vorschlag unterbreitet hat, sich an den Sondierungskonsultationen zur Aufstellung von multilateralen Atomstreitkräften zu beteiligen. Dieser Vorschlag war eine Reaktion auf die Entscheidung Frankreichs, eine eigene Atomwaffe zu schaffen. Die Niederlande, fährt J. Luns fort, haben es abgelehnt, sich an diesen Konsultationen zu beteiligen, weil die Regierung der USA erklärt hat, dass davon auszugehen ist, dass die Beteiligung an den Konsultationen in hohem Maße auch auf die anschließende Beteiligung an den internationalen Atomstreitkräften hinausläuft. Damit haben die Niederlande zunächst den Vorschlag der USA abgelehnt. Im Mai letzten Jahres habe ich mit Präsident Kennedy und Außenminister⁶⁴⁸ Rusk gesprochen und dabei erklärt, dass Hol-

⁶⁴⁶ Russland gehörte damals zu der Koalition, die gegen Frankreich Krieg führte, zog sich freilich wenig später daraus zurück.

⁶⁴⁷ Die *Multilateral [Nuclear] Force* (MLF) war ein amerikanisches Projekt, das den kontinental-europäischen Verbündeten das Gefühl der nuklearen Mitsprache verschaffen und sie – zunächst Frankreich, auf längere Sicht auch die Bundesrepublik – vom Aufbau eines eigenen Kernwaffenarsenals abhalten sollte. Im Kreml lehnte man den Plan ab, weil er auf nukleare Proliferation hinauslaufe und den Westdeutschen den Zugang zu Kernwaffen öffne.

⁶⁴⁸ Im russischen Original steht – in unzutreffender Übersetzung der amerikanischen Amtsbezeichnung Secretary of State – Staatssekretär.

land sich genau deswegen nicht an den Konsultationen beteiligen möchte, es will sich vielmehr nicht die Hände binden lassen und selbständig, nach eigenem Ermessen über eine Beteiligung an den geplanten Streitkräften entscheiden.

Chruschtschow bemerkt, dass dies eine vernünftige Haltung ist, obgleich die Ablehnung, sich daran zu beteiligen, natürlich nicht in kategorischer Form ausgesprochen, sondern mit bestimmten Bedingungen verknüpft wurde. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Regierung der Niederlande auch künftig eine vernünftige Politik verfolgt mit dem Ziel, nichts zu tun, was eine Bedrohung für den Frieden heraufbeschwören könnte.

Luns dankt *Chruschtschow* für die hohe Wertschätzung der Haltung der Regierung der Niederlande und sagt dann, dass nach dieser ursprünglichen Ablehnung, sich an den Konsultationen zu beteiligen, neue Ereignisse eingetreten sind. Nach den von Holland gegenüber den Vereinigten Staaten geltend gemachten Vorstellungen ließ die Regierung der USA die Bedingung fallen, dass die Beteiligung an den Konsultationen über die Beteiligung an den multilateralen Atomstreitkräften vorentscheidet. Und die USA erklärten sich zweitens damit einverstanden, dass es im Verlauf der Konsultationen allen Beteiligten freisteht, ihre eigenen Vorschläge zu unterbreiten oder Einwände gegen die amerikanischen Vorschläge vorzubringen. Angesichts dessen, dass die Regierung der USA auf jegliche Vorbedingungen verzichtete, haben sich die Niederlande im Juli letzten Jahres den laufenden Konsultationen angeschlossen.

Chruschtschow sagt, dass der Eindruck entsteht, als ob auch die USA keine besondere Begeisterung für die Idee der Aufstellung multilateraler Atomstreitkräfte empfinden, sondern nur etwas finden wollen, um Westdeutschland Grenzen zu setzen und ihm das Streben nach eigenen Atomstreitkräften auszutreiben. So jedenfalls begründen sowohl der Präsident als auch Rusk ihr Vorgehen gegenüber der sowjetischen Regierung. N. S. *Chruschtschow* bemerkt, dass er das J. *Luns* vertraulich sagt.

Denn die Vereinigten Staaten brauchen im Grunde genommen keine multilateralen Atomstreitkräfte, fährt N. S. *Chruschtschow* fort. Die USA sind in Bezug auf diese Art Waffen stark genug. Hier möchte ich Sie auf ein neues Phänomen aufmerksam machen: Die USA, dieses mächtige Land, das eine völlig ausreichende Nuklearmacht besitzt, will trotzdem die Aufstellung multilateraler Atomstreitkräfte erreichen, um Westdeutschland mit hineinzuziehen und ihm damit die Möglichkeit zur Aufstellung eigener Nuklearstreitkräfte zu nehmen. Das lässt uns vermuten, dass sich sogar die USA vor Westdeutschland zu fürchten beginnen. Dass Westdeutschland, wenn es will, eigene Kernwaffen schaffen könnte, ist unstrittig. Heutzutage ist jedes Land dazu in der Lage, das ein hinreichend entwickeltes Wirtschaftspotenzial besitzt. Und auch Holland könnte das machen, weil es eine hinreichend entwickelte Industrie [und] gute Wissenschaftler hat.

Luns stimmt N. S. *Chruschtschow* zu.

Chruschtschow fügt hinzu, auf diese Weise ergibt sich, dass die Sorge der USA richtig ist, der Weg aber, den sie zur Beseitigung dieser Gefahr gewählt haben, ist

nicht richtig. Die sowjetischen Vorschläge sind besser geeignet und würden die Lösung der Probleme gewährleisten, die den USA Sorge machen. Vor allem ist es nötig, den Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und die Existenz der zwei deutschen Staaten und des unabhängigen West-Berlin anzuerkennen. Jetzt zweifelt niemand daran, dass der bewaffnete Weg zur Vereinigung der zwei deutschen Staaten unmöglich ist. Davon hat sogar Adenauer gesprochen. Der deutsche Friedensvertrag fordert von niemandem irgendein Opfer und verschafft niemandem irgendwelche Prämien. Jeder bleibt, wie man so sagt, bei dem, was er hat.

Früher, fährt N. S. Chruschtschow fort, waren die offenen Grenzen für die Deutsche Demokratische Republik ein wesentliches Ärgernis, weil sie keine Möglichkeit hatte, ihre innere Lage voll unter Kontrolle zu nehmen. Jetzt ist das alles mit der Errichtung der Mauer in Berlin korrigiert worden. Natürlich können Sie und ich zu dieser Mauer eine unterschiedliche Haltung einnehmen, aber wie man es auch halten mag, das ist eine Grenze. Sie können sie charakterisieren wie Sie wollen, und wir haben unsere eigene Charakteristik. Das ändert nichts an der Lage. So bezeichnen Sie ebenfalls Ihre Länder als die „freien“, und die unseren sind Ihrer Ansicht nach die „unfreien“. Na, und wir glauben, dass es genau umgekehrt ist. Und was folgt daraus? Trotzdem reisen Sie, die Vertreter der „freien“ Länder recht frei in unsere „unfreien“ Länder. Ja, und auch wir reisen aus unseren freien Ländern in Ihre unfreien Länder.

Kurz gesagt, der vernünftigste Ausweg ist, den Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Und wenn jemand uns dadurch eine Unannehmlichkeit zu bereiten sucht, dass er die Unterschrift unter diesen Vertrag verweigert, dann hat dieser Versuch auch eine Kehrseite. Der Abschluss des deutschen Friedensvertrages ändert doch nichts an der Lage, die bereits besteht. Doch unter moralischem Gesichtspunkt würde ein gewaltiger Schritt vorwärts getan werden. Ich bin sicher, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass wir uns, wenn der Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wäre, mit den Westmächten auf eine Reduzierung der Streitkräfte einigen könnten, die sich auf ausländischen Territorien befinden. Wir wären zum Beispiel damit einverstanden, unsere in Deutschland und Ungarn stationierten Truppen um die Hälfte oder sogar um zwei Drittel zu reduzieren, natürlich unter der Bedingung, dass auch die andere Seite das Gleiche tut.

Das wäre natürlich eine sehr große Sache im Sinne eines Anfangs für die Vereinbarung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Insgesamt ist zu sagen, dass bei den Abrüstungsverhandlungen kein Fortschritt ohne Regelung der deutschen Frage möglich ist. In dieser Hinsicht erinnert die deutsche Frage an einen Igel, der, wenn man ihn in die Hand zu nehmen versucht, sich zu einer Kugel zusammenrollt und seine Stacheln in alle Richtungen ausstreckt. Sobald man ihn aber loslässt, läuft er sofort weg. So ist es auch bei der Abrüstung. Sobald davon die Rede ist, stellt sich sofort der Igel in den Weg, und dieser Igel ist der deutsche Friedensvertrag.

Luns bittet, ihm zu erlauben, seine Gedanken als Antwort auf die Ausführungen N. S. Chruschtschows darzulegen.

Die niederländische Regierung, sagt er, teilt die Sorgen der sowjetischen Regierung in Bezug auf die Weiterverbreitung der Kernwaffe. Wir sind entschieden

dagegen, dass andere Länder, darunter auch Deutschland, diese Waffe in ihre Verfügungsgewalt bekommen. Die niederländische Regierung wird diese Waffe nie selbst herstellen und ist deswegen mit dem Beschluss Frankreichs unzufrieden, ein eigenes Nuklearpotenzial zu schaffen. In dieser Frage stimmt unser Standpunkt offenbar mit dem Standpunkt der sowjetischen Regierung überein.

Chruschtschow bemerkt, dass er das mit Befriedigung hört.

Luns sagt weiter, dass nach den Äußerungen von Johnson und Rusk bei der niederländischen Regierung hinsichtlich der multilateralen Atomstreitkräfte der gleiche Eindruck entstanden ist wie bei der sowjetischen Regierung. Auf jeden Fall wird die niederländische Regierung nach dem Ende der jetzt laufenden Konsultationen durch keine Verpflichtungen gebunden sein und in der Frage der multilateralen Atomstreitkräfte einen selbständigen Beschluss fassen.

Weiterhin bemerkt *Luns*, er möchte, dass die sowjetische Regierung volle Klarheit über den Standpunkt seiner Regierung in der Frage der multilateralen Atomstreitkräfte hat. Deshalb möchte er N. S. Chruschtschow ein Aide-Mémoire folgenden Inhalts übergeben:

„Der niederländischen Regierung ist die bisweilen auftretende Sorge gut bekannt, die multilateralen Atomstreitkräfte, deren Projekt gegenwärtig von einer Reihe von Staaten geprüft wird, könnte vielleicht eine verschleierte Art sein, die Kernwaffe an jene Länder weiterzugeben, die sie bislang nicht besitzen. Der Grund für diese Sorge beruht offenbar auf einem Missverständnis, das hinsichtlich des Charakters und der Organisation der möglichen multilateralen Nuklearstreitkräfte entstanden ist.

Es ist richtig, dass die Macht, welche die Ausrüstung mit der Kernwaffe durchführt, sie in die Verfügungsgewalt der multilateralen Nuklearstreitkräfte gibt, doch wird kein Teilnehmer der multilateralen Atomstreitkräfte über das Recht verfügen, allein über den Einsatz dieser Waffe zu entscheiden. Auf diese Weise führen die multilateralen Nuklearstreitkräfte nicht dazu, dass die Kernwaffe in die Verfügungsgewalt einzelner Länder gerät. Eine Verwendung im Kampf ohne spezielle Erlaubnis oder die Offenlegung der taktisch-technischen Daten der Waffe der multilateralen Atomstreitkräfte wird in gebührender Weise durch strenge Sicherheitsvorkehrungen verhindert. Die multilateralen Nuklearstreitkräfte können zum Einsatz nur aufgrund einer entsprechenden Entscheidung des Führungsorgans kommen, dem alle Teilnehmer als Mitglieder angehören. Die Prozedur für diesen Beschluss ist noch nicht im Detail vereinbart, dafür wird zumindest das Einverständnis der Vereinigten Staaten von Amerika und zweifellos auch das Einverständnis zumindest der meisten anderen beteiligten Länder benötigt. Alle anderen Kontrollmaßnahmen im Rahmen der Bemühungen um die europäische Einheit können nur im allgemeinen Einvernehmen aller Seiten verwirklicht werden, und sie würden natürlich die politische Entwicklung in Europa vorherbestimmen einschließlich der Zusammenführung der heute unabhängigen nationalen Nuklearmächte im Rahmen der multilateralen Nuklearstreitkräfte.

Die Frage lautet nicht, ob multilaterale Nuklearstreitkräfte geschaffen werden sollen oder nicht, sondern ob man multilaterale Nuklearstreitkräfte oder alterna-

tive Instrumente schaffen soll, um das gegenwärtig empfundene politische und militärische Bedürfnis nach Kernwaffen im Arsenal der NATO zu befriedigen. Man geht davon aus, dass multilaterale nukleare Streitkräfte mit gemischtem Personal und gemeinsamer Kontrolle ein recht sicheres Instrument sind und dass sie in geringstmöglichem Umfang der Gefahr des Zerfalls infolge politischen Drucks auf nukleare Teilverbände ausgesetzt sind, die der Verfügung und der Kontrolle einzelner Länder unterstehen. Ohne eine Vereinbarung über die Schaffung von multilateralen Nuklearstreitkräften kann beispielsweise der Druck leicht zunehmen, der sich auf die Verwirklichung neuer nationaler Programme und den Abschluss bilateraler Abkommen zwischen einzelnen europäischen Ländern richtet.“

Ergänzend zum Aide-Mémoire sagte J. Luns, dass die Konsultationen zur Schaffung der multilateralen Atomstreitkräfte allem Anschein nach nicht früher als gegen Ende dieses Jahres, und vielleicht auch erheblich später, abgeschlossen werden. Unlängst haben die Engländer neue Vorschläge zu dieser Frage eingebracht, die jetzt sorgfältig geprüft werden. Mithin wird die niederländische Regierung, fährt er fort, nicht vor die Notwendigkeit gestellt sein, früher als in einem halben Jahr einen Beschluss zu fassen. Und bekanntlich gehen im Parlament wie in der Öffentlichkeit die Ansichten in Bezug auf die Schaffung der multilateralen Nuklearstreitkräfte recht stark auseinander.

Die holländischen Militärexperten messen multilateralen Atomstreitkräften keine besondere Bedeutung bei,⁶⁴⁹ doch unter politischem Aspekt können sie dazu beitragen, dass andere Länder kein unabhängiges Kernwaffenpotenzial aufbauen, was möglicherweise mit katastrophalen Folgen verbunden wäre.

Chruschtschow antwortet, dass Luns den Standpunkt der sowjetischen Regierung in dieser Frage sicher gut kennt und es daher nicht nötig ist, ihn nochmals darzulegen.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass Präsident Eisenhower, als ich 1959 mit ihm gesprochen und seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt habe, dass Westdeutschland verstärkt aufrüstet und die stärkste Armee in Westeuropa aufstellt, geantwortet hat: „Aber was sollen wir denn tun? Wenn Westdeutschland nicht aufrüstet und bedeutende Summen ausgibt, werden wir einfach nicht in der Lage sein, mit ihm zu konkurrieren“. Wie Sie sehen, wurde das recht offen gesagt, und ich würde sagen: zynisch.

Luns bemerkt lachend, dass dies noch nicht die am meisten überraschende Äußerung Eisenhowers ist.

Chruschtschow sagt, dass auch er alles Mögliche von Eisenhower und über Eisenhower zu hören bekommen hat.

Luns sagt, es ist gut, dass in den USA alle vier Jahre die Wahl eines neuen Präsidenten stattfindet.

Chruschtschow antwortet, dass Eisenhower jedoch noch bei Weitem nicht das schlechteste Exemplar ist, das es in Amerika gibt.

⁶⁴⁹ Die MLF war als Überwasserflotte gedacht, deren Überlebensfähigkeit im Kriegsfall zweifelhaft war.

Luns nickt als Zeichen der Zustimmung zur Bemerkung N. S. Chruschtschows energisch mit dem Kopf.

Sodann wendet er sich der deutschen Frage zu und sagt, dass N. S. Chruschtschow absolut recht hat, wenn er betont, dass dies die wichtigste Frage in der Welt ist, zumindest aber in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Ländern.

Erstens, fährt er fort, möchte ich gern den Standpunkt der niederländischen Regierung hinsichtlich der Vereinigung Deutschlands darlegen. Man sagt oft, dass Holland angeblich einer der entschiedensten Verfechter der Wiedervereinigung Deutschlands ist. Ich möchte darüber sprechen, was die niederländische Regierung in Wirklichkeit darüber denkt.

Wir sind uns bewusst, dass die Wiedervereinigung Deutschlands im Augenblick nicht aktuell ist, und unter den derzeitigen Umständen lässt sich dieses Problem nicht lösen. Unserer Ansicht nach ist die Wiedervereinigung Deutschlands der Endpunkt eines langen Weges, und bevor dies geschieht, muss sehr viel geschehen. Doch zugleich glauben wir, dass die Spaltung Deutschlands, auch wenn sie noch für eine recht lange Zeit unausweichlich ist, künstlichen Charakter hat sowohl aus der Sicht der Bewohner von Ostdeutschland als auch aus der Sicht der Bevölkerung von Westdeutschland. Daher fällt es der niederländischen Regierung überaus schwer, Formulierungen zuzustimmen, die diese Spaltung nur legalisieren und verewigen können. Insgesamt befürwortet die niederländische Regierung im Blick auf alle Länder das Prinzip der Selbstbestimmung, was von uns beispielsweise im Fernen Osten gezeigt worden ist.⁶⁵⁰

Was den Friedensvertrag mit Deutschland betrifft, fährt Luns fort, so tragen die vier Hauptmächte – die Sowjetunion, die USA sowie England und Frankreich – zweifellos die Hauptverantwortung, und sie müssen die konkreten Bestimmungen des Friedensvertrags formulieren. Die Niederlande haben an dieser Frage natürlich Interesse und vertreten in dieser Hinsicht einen eigenen Standpunkt.

Obleich der Abschluss des Friedensvertrags zweifellos ein großer Schritt in Richtung Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen wäre und zur Lösung des Abrüstungsproblems und anderer Fragen beitrüge, beurteilt die niederländische Regierung dennoch die Möglichkeit wenig optimistisch, den Friedensvertrag in nächster Zeit abzuschließen. Dabei wiederhole ich, dass wir die Wiedervereinigung Deutschlands nicht als Angelegenheit der nahen Zukunft ansehen, aber die Verewigung der Spaltung Deutschlands auf der Grundlage eines Friedensvertrages wird bedeuten, dass eine Wiedervereinigung überhaupt unmöglich wird.

Inzwischen sehen wir mit Befriedigung den Fortschritt, der bei der Regelung einer Reihe wichtiger, wiewohl nicht erstrangiger Fragen erzielt wurde. Dazu gehören das Abkommen über das Verbot der Nuklearversuche,⁶⁵¹ das derzeit außer

⁶⁵⁰ Damit ist der Konflikt zwischen Indonesien und den Niederlanden wegen Westirian (der Westhälfte von Neu-Guinea) und dessen Regelung durch den beiderseitigen Vertrag vom 15. August 1962 gemeint, durch den dieses Gebiet Indonesien übergeben wurde.

⁶⁵¹ Gemeint ist der Moskauer Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser vom 5. August 1963.

Frankreich, China und Madagaskar alle Länder unterzeichnet haben, die Vereinbarung über die Einrichtung einer direkten Leitung zwischen Moskau und Washington, die Unterzeichnung des Konsularabkommens zwischen der UdSSR und den USA usw. Die niederländische Regierung ist der Ansicht, dass Abkommen über zweitrangige Fragen von großer Bedeutung sind für die Verbesserung der allgemeinen politischen Atmosphäre in der Welt.

Die Niederlande geben derzeit bei einem Gesamtbudget von 13 Mrd. Gulden 2 Mrd. 400 Mio. Gulden für Verteidigungszwecke aus. Aus diesem Grund würden wir selbstverständlich jeden Schritt, selbst einen bescheidenen, in Richtung Abrüstung begrüßen.

Chruschtschow antwortet, dass der Standpunkt der sowjetischen Regierung zur Frage der deutschen Friedensregelung gut bekannt ist, und es besteht keine Notwendigkeit, ihn nochmals darzulegen.

Jedoch möchte ich, fährt er fort, Ihre Aufmerksamkeit auf den Widerspruch lenken, der in Ihrem Standpunkt liegt. Sie wollen die Wiedervereinigung Deutschlands haben, aber weder die Sowjetunion noch eine der anderen Mächte haben und hatten jemals Verpflichtungen in Bezug auf eine Wiedervereinigung Deutschlands. Wenn Sie nun sagen werden, dass es doch in der DDR keine Möglichkeit für eine freie Willensäußerung gibt, dass es dort sowjetische Truppen usw. gibt, so lassen Sie uns das überprüfen. Lassen Sie uns den Friedensvertrag unterschreiben und alle ausländischen Truppen aus Deutschland abziehen. Und danach sollen sie sich selbst einigen.⁶⁵² Schließlich hat Ulbricht die Bildung einer gesamtdeutschen Konföderation vorgeschlagen.⁶⁵³ Mithin beabsichtigt niemand, sich in die Angelegenheiten der Deutschen einzumischen und schon gar nicht die Spaltung Deutschlands zu verewigen. Der beste Weg zur Vereinigung liegt in der vollständigen Beseitigung der ausländischen Einmischung durch den Abzug aller ausländischen Truppen vom deutschen Territorium.

Luns sagt, dass ihm diese Haltung der Sowjetunion bekannt ist, er aber darin so etwas sieht wie einen Teufelskreis. Will man dem Abschluss des Friedensvertrages mit den zwei Deutschlands zustimmen, dann wird sich daraus ergeben, dass die rechtliche Frage schon im Voraus festgelegt ist, denn das Bestehen zweier deutscher Staaten wird zur rechtlichen Tatsache werden. Wenn der eine deutsche Staat sich weigert, sich mit dem anderen zu vereinigen, wird das auch die Verewigung der Spaltung bedeuten.

Dabei, fährt *Luns* fort, möchte ich jetzt nicht auf die Gründe der Spaltung eingehen, denn ich verstehe sie gut. Und ich bin nicht hier, um irgendwas für die

⁶⁵² Seit 1948 vertrat die UdSSR den Standpunkt, die Wiedervereinigung sei Sache allein der beiden deutschen Seiten. Das lief darauf hinaus, jeden Schritt des Zusammenkommens von der Bereitschaft des SED-Regimes abhängig zu machen.

⁶⁵³ Ulbricht hatte den Standpunkt, dass eine Konföderation beider deutscher Staaten der richtige Weg zur Wiedervereinigung sei, erstmals öffentlich am 30. Dezember 1956 in einem Leitartikel des zentralen Parteiorgans „Neues Deutschland“ vertreten. Auf der Grundlage eines Projekts, das im Außenministerium der UdSSR ausgearbeitet worden war, schlug die DDR am 26. Juli 1957 eine Konföderation vor, die, wenn sie zustande gekommen wäre, als erstes Ergebnis die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik herbeigeführt hätte. Die staatliche Vereinigung, um die es der Erklärung zufolge ging, wäre in jedem Detail ausdrücklich von der Zustimmung des SED-Regimes abhängig gemacht worden.

Deutschen zu erbitten. Wir verstehen die Gefühle der Sowjetmenschen gut, die so viel im Zweiten Weltkrieg durchgemacht haben. Schließlich haben auch wir 280 000 Tote zu beklagen, und wir verstehen gut, was das bedeutet. Dennoch können wir der Verewigung der Spaltung Deutschlands nicht zustimmen, die für jedes Land unnatürlich ist. Ich hoffe, dass wir in dem Maße, wie die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA und den anderen Ländern sich verbessern, doch noch zu einer gegenseitig annehmbaren Vereinbarung kommen.

Chruschtschow sagt im Scherz, dass man diese Frage wohl vorerst beiseitelegen oder, wie das die Ministerpräsidenten üblicherweise tun, an die Außenminister zur Prüfung weiterleiten kann.

Gromyko bemerkt, dass die Außenminister die Frage ihrerseits den Experten zur Prüfung übergeben werden.

Luns antwortet, dass die Außenminister sie nach dieser Prüfung an die Ministerpräsidenten zurückgeben werden.

J. Luns dankt sodann N. S. Chruschtschow für das Gespräch und für den offenen Gedankenaustausch und fügt hinzu, solange er sich in der Sowjetunion aufhalte, stehe er N. S. Chruschtschow voll zur Verfügung für den Fall, dass N. S. Chruschtschow dieses Gespräch fortzusetzen wünscht.

Chruschtschow sagt, dass er sich freut, J. Luns kennengelernt und die Ansichten mit ihm ausgetauscht zu haben. Wir haben, fährt er fort, mit Holland keine Streitigkeiten. Die geschäftlichen Beziehungen entwickeln sich gut. Im vergangenen Jahr habe ich eine Chemiefabrik besucht, für die holländische Firmen die Ausrüstung geliefert hatten. Die Fabrik arbeitet gut. Und zurzeit führen wir mit holländischen Firmen Verhandlungen, und wir sind bereit, die Zusammenarbeit zu Bedingungen des gegenseitigen Vorteils fortzusetzen.

Luns bemerkt, dass die holländische Regierung am 13. Mai dieses Jahres erneut vorgeschlagen hat, den Versuch zu machen, einen Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und den Benelux-Ländern zu formulieren und abzuschließen. In dieser Frage gibt es gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Grundlage, auf der dieser Vertrag abgeschlossen werden könnte. Derzeit finden zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg Konsultationen statt, und der Sowjetunion wird wohl voraussichtlich bald eine Antwort gegeben werden.

J. Luns bringt die Hoffnung auf Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen seinem Land und der Sowjetunion zum Ausdruck, weil augenblicklich der Anteil der UdSSR am gesamten Handelsumsatz der Niederlande allzu klein ist und insgesamt nur 86 Mio. Gulden bei einem Gesamtvolumen von 19 Mrd. Gulden im Jahr ausmacht.

Damit geht das Gespräch zu Ende, und J. Luns dankt N. S. Chruschtschow nochmals für die ihm gebotene Möglichkeit, mit ihm zusammenzukommen.

An dem Gespräch nahmen teil, von niederländischer Seite: der Botschafter der Niederlande in der UdSSR E[duard] Star Busmann, der Generalsekretär des Außenministeriums der Niederlande S. D. van Tuyll van Serooskerken, der Leiter der Europaabteilung des Außenministeriums R[obbert] Fack, der Leiter des

politischen Departements L. Hudhart, der Sekretär des Ministers für Sonderaufträge Jakob de Hoop Scheffer; von sowjetischer Seite waren anwesend: Außenminister A[ndrej] A. Gromyko, der Botschafter der UdSSR in den Niederlanden I[wan] I. Tugarinow, der Leiter der 1. Europa-Abteilung des Außenministeriums W[assilij] F. Grubjakow.

Aufgezeichnet von W[iktor] Suchodrew
Von Chruschtschow nicht durchgesehen
Übersetzt aus dem russischen Originaltext
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 575, Bl. 65–76

32. Gespräch Chruschtschows mit dem Außenminister von Großbritannien, Richard Austen Butler, am 28. Juli 1964 (Auszug)

Nachdem die Unterhaltung zunächst die vorangegangene dreiwöchige Reise Butlers durch die UdSSR, die britische Ausstellung in Moskau und wirtschaftliche Fragen zum Thema gehabt hatte, wandte sie sich politischen Fragen zu.

[...]

Butler sagt, dass sich die Situation in den internationalen Angelegenheiten nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags über das teilweise Verbot der Kernwaffenversuche⁶⁵⁴ etwas gebessert hat, und bittet N. S. Chruschtschow um Darlegung seiner Überlegungen darüber, welchen Weg man weiter einschlagen solle. In diesem Zusammenhang, bemerkt Butler, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die englische Regierung beabsichtigt, gemeinsam mit anderen Regierungen den Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags zu würdigen.

Chruschtschow antwortet, solange die deutsche Frage nicht gelöst ist, wird die Lage in der Welt gespannt bleiben. Man muss die deutsche Frage entscheiden, sagt er. Ich muss sagen, dass dies nicht irgendeine Bitte von unserer Seite ist. Wir möchten, dass die Westmächte endlich begreifen, dass die bestehende Lage nicht nur für uns, die Kommunisten, unbefriedigend ist, sondern auch für Sie, die Kapitalisten, auch wenn Sie immerhin sagen können: „Für uns ist alles gut, was den Kommunisten Sorge macht“. Ich möchte nochmals betonen, dass wir an der Entscheidung der deutschen Frage kein größeres Interesse haben als Sie, und sie muss auf einem einzigen Weg entschieden werden: durch Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Wenn Sie mir gegenüber von so genannten „freien Wahlen“ in ganz Deutschland reden, antworte ich Ihnen: Bitteschön, wir sind dafür. Doch ist dazu nötig, dass sich die bestehenden deutschen Regierungen unmittelbar darüber verständigen. Und wie Sie verstehen, ist das nicht realistisch.

⁶⁵⁴ Am 25. Juli 1963 hatten die USA und die UdSSR ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche abgeschlossen, bei dem die Amerikaner auf Ausklammerung der unterirdischen Tests bestanden hatten mit der Begründung, ohne – von sowjetischer Seite abgelehnte – Inspektionen vor Ort sei deren zuverlässige Feststellung nicht möglich.

Westdeutschland hat heute 12 Divisionen, es ist bereits stärker als Großbritannien und Frankreich. Aber das macht uns keinen Eindruck, jedenfalls keinen größeren Eindruck als den westlichen Ländern. Wie bekannt, haben wir in der DDR 0,5 Mio. Mann unserer Truppen; wir haben ebenfalls Raketen auf unserem Territorium zur Unterstützung dieser Truppen. Wenn wir den Friedensvertrag abschließen, wird das die Voraussetzungen für die Reduzierung aller Truppen schaffen, die auf fremden Territorien stationiert sind, und danach auch für ihren Rückzug hinter die eigenen nationalen Grenzen.

Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, dann werden beispielsweise die Abrüstungsverhandlungen keine Ergebnisse bringen, im Gegenteil, die bestehende unbefriedigende Lage kann nur zur weiteren Verschärfung des Rüstungswettlaufs führen.

In Genf werden gegenwärtig Verhandlungen über die Verschrottung der veralteten Bomberflotte geführt. Das ist doch aber Unfug und keine ernst zu erörternde Frage. In der Sowjetunion werden veraltete Bomber dann verschrottet, wenn es uns nützt. Genauso verfahren offenbar auch die anderen Länder. Und wenn nicht, heißt das nur, dass sie viel Geld aus ihrem Budget aus dem Fenster werfen. Die Amerikaner wollen aber die Verschrottung der veralteten Bomber feierlich vollziehen, sozusagen in Anwesenheit von Fotografen und von Vertretern aller Länder. Aber das ist doch einfach nur eine Komödie, und wir haben nicht die Absicht, uns daran zu beteiligen. So stehen die Dinge auf dem Gebiet der Abrüstung.

Ich wiederhole, der grundlegende Stein des Anstoßes in dieser Frage sind die Westdeutschen, ist die deutsche Frage.

Butler fragt, ob N. S. Chruschtschow an die Möglichkeit glaubt, ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu erreichen. Wir in England glauben daran und würden gern einen Fortschritt in dieser Frage erzielen, fügt er hinzu.

Chruschtschow sagt, dass die sowjetische Regierung zugestimmt hat, Verhandlungen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu führen. Wir sind aber der Ansicht, dass die Schaffung von gemischten Nuklearstreitkräften durch die Westmächte⁶⁵⁵ gerade zur Verbreitung von Kernwaffen führt.

Butler antwortet, er möchte die Versicherung abgeben, dass die englische Regierung erstens noch keinen Beschluss gefasst hat, sich den multilateralen Nuklearstreitkräften anzuschließen, und zweitens nicht der Ansicht ist, dass die Schaffung solcher Streitkräfte zur Weitergabe von Kernwaffen an andere Länder führt. In England glaubt man, dass die Großmächte das Vetorecht in der Frage der Weiterverbreitung von Kernwaffen haben müssen.

Chruschtschow: Wir kennen diesen Standpunkt, aber wir glauben nicht, dass derartige Zusicherungen eine ausreichende Garantie sind.

⁶⁵⁵ Die *Multilateral [Nuclear] Force* (MLF) war ein amerikanisches Projekt, das den kontinental-europäischen Verbündeten das Gefühl der nuklearen Mitsprache verschaffen und sie – zunächst Frankreich, auf längere Sicht auch die Bundesrepublik – vom Aufbau eines eigenen Kernwaffenarsenals abhalten sollte. Im Kreml lehnte man den Plan ab, weil er auf nukleare Proliferation hinauslaufe und den Westdeutschen den Zugang zu Kernwaffen öffne.

Butler sagt, wenn der Sowjetunion die Zusicherung hinsichtlich des Vetorechts gegeben und dann ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen abgeschlossen wird, wäre das allein schon eine Garantie gegen die Weitergabe von Kernwaffen im Rahmen der multilateralen Nuklearstreitkräfte. Mit anderen Worten, fährt er fort, wenn wir so ein Abkommen abschließen, sperren wir sozusagen das Pferd in den Pferdestall, bevor es ausbrechen kann.

Chruschtschow wiederholt, dass die Sowjetunion im Prinzip zugestimmt hat, Verhandlungen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu führen, allerdings unter der Voraussetzung, dass jedes erzielte Abkommen erfüllt wird und dass keine Hintertüren für seine Verletzung in der Art der multilateralen Nuklearstreitkräfte geschaffen werden.

Butler sagt, dass dies eine sehr interessante Erklärung ist und dass er die Erörterung dieser Frage mit A[ndrej] A. Gromyko fortsetzen möchte.

Chruschtschow äußert seine Zustimmung dazu.

Butler sagt, dass er den Nahen und Mittleren Osten und einige andere Regionen erwähnen möchte, wo es sehr wichtig ist, die Verbreitung von Kernwaffen zu unterbinden. Im Nahen Osten gibt es gegenwärtig keine Kernwaffen, aber wenn sie dorthin gelangen, kann das zu traurigen Ergebnissen führen. Er fragt sodann N. S. Chruschtschow, ob er während seines Besuchs in der V[ereinigten] A[rabischen] R[epublik]⁶⁵⁶ bemerkt hat, dass im Nahen und Mittleren Osten eine Anhäufung von Waffen stattfindet.

Chruschtschow antwortet, dass die Sowjetunion auf dem Standpunkt nicht nur der Nichtverbreitung, sondern auch der Vernichtung der Kernwaffen stand und steht. Was den Nahen und Mittleren Osten betrifft, so hat sich dort viel Zündstoff angesammelt, und es kann zu einer Explosion kommen.

Butler: Unsere Aufgabe ist es zu versuchen, eine derartige Entwicklung der Ergebnisse zu verhindern, weil das in unserem gemeinsamen Interesse ist.

Chruschtschow: Natürlich. Wir sind für den Frieden und nicht für den Krieg. Die Sowjetmenschen wollen eine Verbesserung ihrer Lage durch friedliche Arbeit und nicht durch Raubzüge erreichen.

Butler: Darin stimmen wir mit Ihnen vollkommen überein. Stimmt die sowjetische Regierung, fragt er weiter, denn dem Vorschlag von Präsident Johnson zu, die Mittel zum Erwerb von Kernwaffen einzufrieren.

Chruschtschow: Aber wie soll das in der Praxis gemacht werden? Wir sehen keinen praktischen Weg, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Er erfordert die Einführung einer Kontrolle, doch wir sind gegen eine derartige Kontrolle, die eine Variante der Spionage ist. Die Mittel zum Erwerb von Kernwaffen einzufrieren,

⁶⁵⁶ Die Vereinigte Arabische Republik war 1958 durch den Zusammenschluss Syriens mit Ägypten entstanden, der jedoch 1961 beendet wurde. Ägypten behielt jedoch diesen Staatsnamen bis 1972 bei. Chruščëv war vom 9. bis 25. Mai 1964 in Ägypten aus Anlass des Abschlusses der ersten Baustufe am Assuan-Staudamm, der mit Hilfe der UdSSR errichtet wurde.

ist eine wenig wirksame Abrüstungsmaßnahme, bietet aber große Möglichkeiten zur Spionage. Das würde ganz einfach heißen, dass wir unser ganzes Land für internationale Spione öffnen müssten. Nehmen wir zum Beispiel den Fall an, man sagt uns, auf der anderen Seite habe man Informationen, dass in der und der Gegend der Sowjetunion Raketen stationiert sind. Was können wir in so einem Fall tun? Die Inspektoren hereinlassen und ihnen alle Möglichkeiten zur Spionage geben? Nur unter der Voraussetzung der [vollständigen] Abrüstung werden alle Möglichkeiten zur Durchführung der Kontrolle geschaffen. Ich wiederhole, solange es kein Abkommen über [volle] Abrüstung gibt, können wir der Kontrolle nicht zustimmen.

Butler sagt, dass man die Abrüstung etappenweise durchführen und zugleich die Kontrolle einführen könnte.

Chruschtschow: Ich bin dafür; wenn ein Abrüstungsabkommen erzielt wird und wir mit der Abrüstung anfangen, dann wird man sich auch über die Kontrolle einig werden können.

Gromyko bemerkt, so ein Verfahren ist auch in den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vorgesehen.

Chruschtschow erinnert daran, dass die sowjetische Regierung schon im Mai 1955 ihre Abrüstungsvorschläge⁶⁵⁷ an England gerichtet hat. In diesen Vorschlägen wurde die Frage von Kontrollposten an den Hauptverkehrsstraßen, auf den Flugplätzen, in den Seehäfen und an den Eisenbahnknotenpunkten angesprochen. Sie hatten den Zweck, es keinem Land zu ermöglichen, seine Truppen heimlich in einer bestimmten Region zu konzentrieren. Wir halten auch jetzt an diesem Vorschlag fest.

Butler antwortet, dass nach Ansicht der englischen Regierung der sowjetische Vorschlag eines Instruments der Mindestabschreckung⁶⁵⁸ („Nuklearraketenschirm“), der in der ersten Etappe verwirklicht werden sollte, auf alle drei Etappen ausgedehnt werden sollte. Dann wären die Verhandlungen in Genf nicht so ergebnislos und könnten auf eine praktische Grundlage gestellt werden.

⁶⁵⁷ Am 10. Mai 1955 hatte die UdSSR den Entwurf einer internationalen Konvention über Rüstungsbeschränkung und Atomwaffenverbot vorgelegt. Darin wurde neben anderen internationalen Maßnahmen die Liquidierung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte auf dem Gebiet anderer Staaten gefordert. Das lief auf die Beseitigung der gegen die UdSSR gerichteten militärischen Abwehrfront und auf das Ende US-Präsenz außerhalb des amerikanischen Kontinents hinaus. Zugleich wollte die UdSSR in Deutschland ihre politische Position und den Zustand der Zweistaatlichkeit dadurch aufrechterhalten, dass die Besatzungsmächte dort weiterhin kleinere Truppenverbände stationieren sollten. Auf diese Weise wäre die Sowjetunion zur militärisch beherrschenden Macht auf dem gesamten europäischen Kontinent geworden, ohne die Kontrolle über die DDR aufzugeben und ein Risiko in Bezug auf ihr kommunistisches Regime einzugehen. Zu Verhandlungen über einen Vertrag, der unter anderem darauf abzielte, waren die Westmächte nicht bereit gewesen.

⁶⁵⁸ Für den russischen Terminus *sderživanie* bzw. *sderživat'* (Verbform) wird zum Zweck der Verständlichkeit das funktionale Äquivalent „Abschreckung“ verwendet, während er häufig auch mit „Zügelung“ wiedergegeben wird, also als Bemühen, den Gegner von aggressivem Vorgehen „abzuhalten“, ihn daran zu „hindern“. Weil nach der ideologisch bestimmten Überzeugung des Kremls die sozialistischen Staaten aufgrund ihres politischen Systems unter allen Umständen „friedliebend“ waren, ging es ausschließlich darum, dem Westen die ihm zugeschriebene Aggressionslust zu verwehren.

Vor dem Krieg, sagt Butler weiter, habe ich als Juniorminister⁶⁵⁹ im englischen Außenministerium gearbeitet. Damals war ich über das Ausbleiben von Ergebnissen bei den Abrüstungsverhandlungen tief enttäuscht. Ich bin der Ansicht, wir müssen jetzt unbedingt Ergebnisse erzielen und dürfen die Abrüstungsverhandlungen nicht zum [bloßen] Theater machen.

Gromyko bemerkt, dass da offenbar ein Missverständnis vorliegt. Die sowjetische Regierung hat vorgeschlagen, nicht nur für das erste, sondern auch das zweite und dritte Stadium einen Nuklearraketenschirm zu schaffen.

Butler sagt, dass *Gromyko* in dieser Frage recht hat, aber die englische Regierung ist im Prinzip der Meinung, dass die Erreichung eines Minimalabschreckungsinstruments ein allmählicher Prozess sein sollte, beginnend mit der ersten Etappe, weil es notwendig ist, das Kräftegleichgewicht im nuklearen Bereich aufrechtzuerhalten.

Chruschtschow sagt, dass die sowjetische Regierung ebenfalls für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts eintritt. Gegenwärtig ist eine große Menge an strategischen Kernwaffen angehäuft worden. Unter dem Schutz dieser Waffen könnten die konventionellen Streitkräfte reduziert werden. In diesem Fall würden die strategischen Kernwaffen beibehalten werden und als eine Art Abschreckungsinstrument während der gesamten Abrüstungsperiode dienen. Nach Abschluss des Abrüstungsprozesses würden diese Kernwaffen vernichtet werden.

Butler: Mithin sehen Sie sowohl die Vernichtung der Kernwaffen als auch eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte vor?

Chruschtschow antwortet bejahend und sagt, dass es in dieser Frage angebracht wäre, mit einer Reduzierung der zahlenmäßigen Stärke der auf fremden Territorien stationierten ausländischen Truppen um die Hälfte den Anfang zu machen. Danach könnten diese Truppen nochmals um $\frac{1}{4}$ reduziert werden, und danach könnte man sie völlig auf das eigene nationale Territorium zurückziehen.

Wenn man sich anschaut, sagt N. S. Chruschtschow weiter, wer das Hindernis bei der Verwirklichung dieses Vorschlags ist, dann sieht man, dass dies die Westdeutschen sind, die gegenwärtig England und die USA hinter sich herziehen. Ich denke, dass Frankreich wahrscheinlich darauf eingehen würde, weil die französische Regierung insgesamt eine etwas unabhängigere Politik treibt.

Butler bemerkt, er denke nicht, dass de Gaulle sich auf eine Reduzierung oder Verschrottung seiner Kernwaffen einlassen werde.

Chruschtschow: Die Frage der Kernwaffen ist eine andere Angelegenheit, lassen Sie uns jetzt nicht darauf eingehen. Übrigens hat de Gaulle nur sehr wenige Kernwaffen.

Sollen doch die UdSSR, die USA, England und Frankreich die in ihrem Besitz befindlichen Atomwaffen behalten, aber die Truppen dieser Mächte, die sich zum

⁶⁵⁹ Das entspricht dem Staatssekretär in deutschen Ministerien.

Beispiel in Deutschland befinden, sollen in ihre eigenen Territorien zurückgezogen werden. So ein Schritt wäre ein großer Sieg für die Sache des Friedens und würde weder die eine noch die andere Seite schwächen, da ja die strategischen Atomwaffen bleiben würden. Was die sowjetische Regierung betrifft, so ist sie bereit, darauf einzugehen.

Butler fragt, ob an eine Reduzierung auch im nuklearen Bereich gedacht ist.

Chruschtschow antwortet, wenn eine Übereinkunft über die Reduzierung der Truppen und über ihren anschließenden Abzug erzielt würde, könnte man sich auch über die Reduzierung und danach auch Verschrottung der Kernwaffen verständigen. Doch lassen Sie uns die Dinge realistisch betrachten, fährt er fort. Angesichts der bestehenden Situation, da Frankreich und China einen besonderen Standpunkt beziehen, werden wir wohl kaum in der Lage sein, über diese Frage ein Abkommen zu erzielen. Ich möchte übrigens bemerken, wir sollten uns keine Illusionen bezüglich Chinas machen, es wird unbedingt versuchen, seine eigenen Kernwaffen zu produzieren. Das sollte uns aber nicht daran hindern zu versuchen, ein Abkommen über den Rückzug der ausländischen Truppen hinter ihre eigenen Grenzen zu erzielen, und die Kernwaffen werden für eine gewisse Zeit die Funktionen der Einschüchterung⁶⁶⁰ und der Abschreckung erfüllen. Daher sind wir am 31. Dezember 1963 auch mit einem Dokument über die friedliche Regelung von Territorial- und Grenzstreitfragen an die Öffentlichkeit getreten. Wenn dieser Vorschlag angenommen und in einem Vertrag fixiert worden wäre, hätte man die ausländischen Truppen abziehen und reduzieren können, wobei die Kernwaffen unter diesen Umständen sogar eine positive Rolle gespielt hätten. Wenn aber irgendwer versucht hätte, den Vertrag zu brechen, so hätte ihn als Aggressor der Nuklearschlag getroffen.

Butler fragt nochmals, ob dabei das nukleare Gleichgewicht aufrechterhalten werden würde.

Chruschtschow: Offensichtlich ja, wenn man an die bestehende Lage realistisch herangeht. De Gaulle hat beispielsweise das Abkommen über die Einstellung der Atomtests nicht unterschrieben. Mehr noch, Premierminister Pompidou⁶⁶¹ ist abgereist, um zu überprüfen, wie es um die Vorbereitungen zu den französischen Atomversuchen steht.

Butler bemerkt im Scherz, dass dies offenbar ein geeignetes Betätigungsfeld für einen Premier ist.

Chruschtschow sagt weiter, dass es sich auch China zur Aufgabe gemacht hat, sich eigene Kernwaffen zu schaffen, und offenbar ist es dazu in der Lage.

Butler fragt, wie rasch China das zustande bringen wird.

⁶⁶⁰ Dieser Ausdruck bezieht sich nur auf die westliche Abschreckung, der eine offensiv bedrohende Zielsetzung zugeschrieben wurde. Diese Sicht ergab sich aus der Überlegung, dass sie von vornherein nicht defensiv ausgerichtet sein könne, weil sie sich gegen das „friedliebende“ sozialistische Lager richte, von dem der Westen mithin keine Gefahr zu befürchten hatte.

⁶⁶¹ Georges Pompidou (1911–1974) leitete von 1962 bis zum Rücktritt von Staatspräsident de Gaulle 1969 die französische Regierung.

Chruschtschow: Diese Frage lässt sich schwer beantworten. Ich bin persönlich sogar überrascht, dass sich China bislang noch keine eigene Kernwaffe verschafft hat; es hat dazu alle Möglichkeiten.

Butler sagt, dass die englische Regierung das deutsche Problem nicht mit Gewalt lösen möchte, und die Westmächte könnten der Sowjetunion die Zusicherung geben, dass sie nicht den Versuch machen werden, es mit Gewalt zu lösen.

Chruschtschow: Ich verstehe Sie und glaube sogar an die Aufrichtigkeit Ihrer Erklärung. Aber wenn das so ist, warum hält man dann an diese Frage, die doch klar und eindeutig sein müsste, eine brennende Lunte? Die Westmächte täuschen mit ihren Reden über die Einheit Deutschlands lediglich das deutsche Volk usw. Lassen Sie uns unsere Hände in Unschuld waschen und den [Friedens-]Vertrag abschließen und hineinschreiben, dass wir an der Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates mitwirken und in diesem Sinne alles tun, was in unserer Macht steht. Doch die Verantwortung für die Errichtung dieses Staates sollte bei den Deutschen liegen.⁶⁶²

Die Westdeutschen zwingen Ihnen den Gedanken auf, und Sie akzeptieren ihn, dass angeblich irgendwelche Verpflichtungen der vier Mächte bestehen, die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Aber das steht nirgends, weder im Potsdamer Abkommen noch in irgendwelchen anderen Abkommen. Die Vereinigung Deutschlands ist eine innerdeutsche Angelegenheit. Sie wissen doch gut, dass es keine derartigen Abkommen gibt, und wenn Sie sie haben, dann zeigen Sie sie uns, wir haben sie nicht.

Butler: Wir glauben an das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, d. h. an das Recht des deutschen Volkes, selbständig seine Zukunft zu bestimmen.

Chruschtschow: Richtig, wir sind ebenfalls dafür, und mögen die Deutschen selbst diese Frage regeln. Aber die Truppen schicken und den Deutschen sagen: Bestimmt selbst, sonst werden wir euch vernichten – das ist überhaupt keine Selbstbestimmung.

Was heißt Selbstbestimmung nach dem Verständnis des Westens? Nach dem Verständnis der Westmächte heißt das, die legitime Regierung der DDR zu stürzen und ihre Bürger zu zwingen, für Adenauer zu stimmen. Doch die Bevölkerung der DDR will das nicht. Wir stimmen ihr zu und unterstützen sie dabei. Wir würden eher begrüßen, wenn die Westdeutschen ihre kapitalistische Regierung stürzen und bei sich einen sozialistischen Staat errichten würden. Sie wollen das Gleiche hinsichtlich der DDR, nur umgekehrt.

Lassen Sie uns die Dinge realistisch betrachten. Sie wollen keine Liquidierung des Kapitalismus in der BRD, und wir wollen keine Liquidierung des Sozialismus in der DDR. Ihre Sympathien gehören Erhard, die unseren Ulbricht. Wir stehen an unterschiedlichen Polen, und das ist selbstverständlich so, weil wir Kommunisten sind, und Sie sind Konservativen. Bei Ihnen lässt man die Kommunisten nicht ins Parlament, und bei uns lässt man die Konservativen nicht auf [die

⁶⁶² Seit Ende der 1940er Jahre wehrte die UdSSR die Forderung nach einer Vier-Mächte-Vereinbarung über gesamtdeutsche freie Wahlen ab mit der Erklärung, die Deutschen müssten selbst über ihre Einheit entscheiden, und daher sollten beide Staaten darüber Verhandlungen aufnehmen.

Entfernung] eines Kanonenschusses an unseren Obersten Sowjet heran. Aber das heißt nicht, dass wir mit Ihnen nicht auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz⁶⁶³ zusammenarbeiten wollen.

Butler fragt im Scherz: Ich hoffe, Ihre Worte heißen nicht, dass die Konservativen dann [wenn sie näher kommen] erschossen werden?

Chruschtschow erwidert ebenfalls im Scherz, dass die Konservativen uns lieber nicht zu nahe kommen, und wenn sie herkommen, dann kann vielleicht auch geschossen werden. Das Wichtigste ist, dass man die ideologischen Meinungsverschiedenheiten auf keinen Fall in unsere zwischenstaatlichen Beziehungen hineintragen darf.

Butler: Dem stimme ich zu.

Chruschtschow sagt, dass die deutsche Frage auf realer Grundlage geregelt werden muss und es dabei keine Naivität geben darf. Die Engländer halten sich doch nicht für naive Leute?

Im Zweiten Weltkrieg meinte Hitler ebenfalls, dass sich die sowjetische Regierung nur mit Bajonetten hält. Berühre sie, sagte er, und sie fällt auseinander wie ein Koloss auf tönernen Füßen. Die Geschichte und das Leben haben jedoch gezeigt, dass dies keineswegs so war. Obwohl es Hitler gelang, dicht besiedelte und industriell entwickelte Gebiete unseres Landes zu besetzen, haben wir ihn dennoch kaputt geschlagen. Das geschah, weil das sowjetische Volk für seine Heimat, für sein Land gekämpft hat. Mithin wäre es besser, die Frage der Freiheit, von der Sie gesprochen haben, in Ruhe zu lassen, beiseite zu lassen.

Butler fragt, ob denn jetzt mit einer Übereinkunft über die Schaffung irgendeines Instruments zur Regelung der deutschen Frage zu rechnen sei. Als ich vor dem Parlament sprach, sagt er weiter, habe ich vorgeschlagen, in einem Komitee zusammenzukommen, zunächst vielleicht auf der Ebene der Stellvertretenden Außenminister, zur Erörterung der Zukunft Deutschlands und zwecks Fortschritten bei der Regelung dieser Frage. Wir möchten gern einen Fortschritt in der deutschen Frage erzielen; wir sind der Fragen leid, in denen es über lange Zeit hinweg zu keiner Entscheidung kommt.

Chruschtschow erwidert, dass dieser Vorschlag völlig unannehmbar ist, weil das Prinzip, das ihm zugrunde liegt, nicht richtig ist. Dritte Länder dürfen nicht über das Schicksal anderer Völker entscheiden. Der beste Vorschlag ist der zur Schaffung einer deutschen Konföderation, der von W[alter] Ulbricht unterbreitet wurde.⁶⁶⁴ Die Regierung dieser Konföderation muss auch die Fragen entschei-

⁶⁶³ Die friedliche Koexistenz war nach sowjetischer Auffassung das Prinzip, das den Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zugrunde gelegt werden müsse. Sie war daher maßgebend für das zwischenstaatliche Verhältnis zwischen Ost und West, in dem der beiderseitige „ideologische“ Gegensatz keine Rolle spielen dürfe. Dagegen müsse, wie intern ständig betont wurde, der Imperativ des Klassenkampfes die „gesellschaftlichen“ Auseinandersetzungen innerhalb der Staaten bestimmen.

⁶⁶⁴ Ulbricht hatte den Standpunkt, dass eine Konföderation beider deutscher Staaten der richtige Weg zur Wiedervereinigung sei, erstmals öffentlich am 30. Dezember 1956 in einem Leitartikel des zentralen Parteiorgans „Neues Deutschland“ vertreten. Auf der Grundlage eines Konzepts, das im

den, die beide deutsche Staaten betreffen. Sollen sie doch in Kontakt treten und die Verantwortung für das Schicksal Deutschlands übernehmen. Die Bildung eines Komitees dieser Art unterstützen wir.

Wenn man realistisch urteilt, gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass sich BRD und DDR natürlich nicht über die Einheit verständigen können. Aber was ist daran schlecht? Ist denn England so sehr daran interessiert, wird es unter dem Fehlen der deutschen Einheit leiden? Deutschland war bis Bismarck geteilt. Churchill trat im letzten Krieg ebenfalls für die Teilung Deutschlands ein.⁶⁶⁵ Er lebt noch, und Sie können ihn selbst danach fragen. Übrigens ist Churchill unser Gegner, aber er ist ein sehr kluger Mann, und wir zollen ihm Anerkennung.

De Gaulle tritt ebenfalls für die Teilung Deutschlands ein. Bei unserem Treffen sagte er mir: Gegenwärtig ist Deutschland in zwei Teile geteilt, es wäre gut, wenn es in drei Teile geteilt wäre, weil Frankreich gegen eine Vereinigung Deutschlands ist. Sie haben Ostdeutschland, sagte mir damals de Gaulle, und wir Westdeutschland; lassen Sie unser Deutschland in Ruhe und wir lassen Ihr Deutschland in Ruhe. Er nannte das die Wahrung des Kräftegleichgewichts, und wir haben ihm zugestimmt.⁶⁶⁶

Manchmal sagt man uns, dass die Sowjetunion für die Verewigung der Spaltung Deutschlands ist. Das ist nicht wahr. Wenn es den Deutschen selbst gelingt, über die Vereinigung zu einer Übereinkunft zu gelangen, na, das ist dann ihre Sache. In den deutschen Friedensvertrag könnte sogar ein Artikel aufgenommen werden, in dem es hieße, dass die vier Mächte den zwei deutschen Staaten beim Erreichen der Einheit helfen werden.

Butler fragt, warum denn dann die sowjetische Regierung dies nicht auf vierseitiger Grundlage erreichen will.

Außenministerium der UdSSR ausgearbeitet worden war, schlug die DDR am 26. Juli 1957 eine Konföderation vor, die, wenn sie zustande gekommen wäre, als erstes Ergebnis die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik herbeigeführt hätte. Die staatliche Vereinigung, um die es der Erklärung zufolge ging, wäre in jedem Detail ausdrücklich von der Zustimmung des SED-Regimes abhängig gemacht worden.

⁶⁶⁵ Auf den Konferenzen im Herbst 1943 sprachen sich die UdSSR und die angelsächsischen Mächte gemeinsam für eine Zerstückelung Deutschlands aus, um seine Schwäche auf Dauer zu gewährleisten, waren sich jedoch nicht darüber einig, wie das im Einzelnen geschehen sollte. Auf der Konferenz in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 erhob nur noch Stalin diese Forderung, der weder Churchill noch Roosevelt zustimmten.

⁶⁶⁶ Chruschtschows Äußerung bezieht sich auf das Gespräch mit de Gaulle am 24. März 1960. Dabei führte der französische Staatspräsident aus, nach dem Zweiten Weltkrieg sei es sein Hauptziel gewesen, ein Wiedererstehen des zentralisierten Staates in Deutschland zu verhindern. Daher habe er eine Konföderation für richtig gehalten, doch Stalin habe diese Vorstellungen abgelehnt und stattdessen den mächtigen Ostblock geschaffen. Das habe – zumal angesichts des bestehenden Systemgegensatzes – in Frankreich das Gefühl der Bedrohung geschaffen und zur Annäherung an Deutschland geführt, das zwar wirtschaftlich wieder erstarke, aber zu politisch aggressiven Bestrebungen außerstande sei. Die Notwendigkeit dazu ergebe sich aus der europäischen Lage; es gehe Frankreich um ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa. Deutschland werde durch die feste Bindung an Frankreich ruhig gestellt. Das Verhältnis beruhe nicht auf uneingeschränktem französischem Vertrauen, sondern auf lagebedingtem Interesse. Die Vereinigung habe für Paris keine Eile, werde aber irgendwann kommen (siehe das sowjetische Protokoll in Band 2 dieser Dokumentation auf S. 308–312, 316 f.). Für einen so sehr in nationalen Kategorien denkenden Politiker wie de Gaulle war es unvorstellbar, dass die Deutschen als große Nation auf Dauer von der Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit abgehalten werden könnten. Chruschtschew war natürlich damit nicht einverstanden gewesen.

Chruschtschow: Welches Recht haben wir, Ulbricht und Erhard vorzuschreiben, wie sie ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln haben? Niemand gab weder Ihnen noch uns dieses Recht. Das ist eine innere deutsche Angelegenheit.

Butler: Aber die vier Mächte bleiben doch [beteiligt]?

Chruschtschow: Die vier Mächte haben die Verpflichtung übernommen, darüber zu wachen, dass Deutschland nicht aufrüstet. Sie [an Butler gewandt] rüsten aber die BRD auf, die schon 12 Divisionen hat, und die deutschen Panzer üben auf Manöverplätzen in England. Ist das etwa keine Verletzung der vierseitigen Abkommen? Nehmen wir das Potsdamer Abkommen und schauen nach, welche Rechte sich daraus für die vier Mächte ergeben. In diesem Abkommen heißt es nicht, dass wir die Verpflichtung übernehmen, einen einheitlichen deutschen Staat zu schaffen. Ja, und das hätte auch gar nicht gesagt werden können, weil es damals noch keine zwei deutschen Staaten gegeben hat.

Butler: Aber wir haben doch, wie es scheint, 1955 seitens der Vier Mächte die Erörterung der Fragen vereinbart, welche die Vereinigung Deutschlands betreffen.⁶⁶⁷

Chruschtschow: Wir sprechen doch auch jetzt über diese Frage; und früher haben wir darüber gesprochen, wobei die Sowjetunion nicht wenige unterschiedliche Vorschläge unterbreitet hat.

Stellen wir uns doch mal diese Extremsituation vor: Die vier Mächte haben die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates vereinbart. Sofort stellt sich die Frage nach der sozio-ökonomischen Ordnung dieses Staates. Die Westmächte werden dann sagen, dass sie kapitalistisch sein muss, wir aber werden sagen, dass sie sozialistisch sein muss. Was soll weiter geschehen? Nehmen wir weiterhin an, wir haben vereinbart, dass dieser Staat kapitalistisch sein soll. Die Regierung der DDR wird natürlich Einspruch erheben. Sollen wir dann mit Krieg gegen sie vorgehen?

Butler sagt, der Ausweg wäre die Bildung einer Koalitionsregierung.

Chruschtschow: Vielleicht, aber wer wird in diesem Fall Ministerpräsident? Stellen Sie sich auch die andere Situation vor: Wir haben die Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Staates in Deutschland vereinbart, und die BRD wendet sich dagegen. Was sollen wir dann [machen], müssen wir dann gegen die Westdeutschen Krieg führen und sie zur Annahme dieses unseres vierseitigen

⁶⁶⁷ Die Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich erzielten bei ihrer Erörterung der Fragen Deutschlands und der europäischen Sicherheit auf der Genfer Konferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 keinerlei Einvernehmen, gaben jedoch zum Schluss eine Erklärung ab, der zufolge sie ihre gemeinsame Pflicht zur Regelung der deutschen Frage und der Wiedervereinigung Deutschlands anerkannten und übereingekommen waren, dass „die Regelung der deutschen Frage und der Wiedervereinigung Deutschlands vermittle freier Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit“ erfolgen müsse. Darüber sollten die Außenminister der Vier Mächte im Herbst beraten. Auf der Rückreise von Genf nach Moskau machte Chruščëv Station in der DDR und erklärte dort in einer öffentlichen Stellungnahme, die Wiedervereinigung sei allein Sache der Deutschen. Die „sozialen Errungenschaften“ dürften dabei keinesfalls preisgegeben werden.

Beschlusses zwingen? Sie werden uns dann zu Recht fragen: Auf welcher Grundlage maßt ihr euch dieses Recht an? Und tatsächlich, welches Recht haben wir, den Deutschen unsere Entscheidung aufzuzwingen? Stellen Sie sich nur vor: Irgendwelche vier Mächte würden zusammenkommen und entscheiden, England zu verurteilen, weil es ein kapitalistisches Land ist, und fordern, dort den Sozialismus zu proklamieren. Schließlich kann derartige Fragen doch nur das englische Volk selbst entscheiden, und niemand anders.

Die vernünftigste Regelung der deutschen Frage ist die, den Friedensvertrag unter Anerkennung der faktisch bestehenden Lage abzuschließen und die Frage der Vereinigung der Entscheidung der deutschen Staaten selbst zu überlassen. Dabei verliert keiner etwas, und keiner bekommt etwas. Gewinnen aber werden alle, weil internationale Spannung abnimmt und man sich der Reduzierung der Streitkräfte zuwenden kann. Die deutsche Frage, das ist die grundlegende Frage. Keine Reduzierung der Rüstungen und keine Abrüstung wird es geben, solange der deutsche Friedensvertrag nicht abgeschlossen wird. Die bestehende Lage gleicht einer Eiterbeule, und diese Eiterbeule muss man heilen.

Butler sagt, der Vorschlag der Westmächte, gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, war ein Versuch zur Lösung des deutschen Problems.

Chruschtschow: In der Frage der Wahlen haben Sie, die Engländer, einen merkwürdigen Standpunkt. In Deutschland sind Sie für allgemeine Wahlen, in Vietnam und in Korea sind Sie gegen solche Wahlen. Sie machen offenbar irgendwelche Unterschiede zwischen Wahlen und Wahlen. Übrigens haben Sie und wir seinerzeit ein Dokument unterzeichnet, in Vietnam innerhalb von zwei Jahren Wahlen durchzuführen.⁶⁶⁸

Trevelyan bemerkt, wie es scheint, wurden in Vietnam schon allgemeine Wahlen durchgeführt.

Gromyko bemerkt, dass in Vietnam keine Wahlen abgehalten worden sind.

Chruschtschow sagt, dass die UdSSR und Frankreich für die Abhaltung der Wahlen in Vietnam eintreten.

Butler: England hat mehr als irgendein anderes Land dafür getan, um in der Welt freie Wahlen durchzusetzen. Es hat vielen Völkern die Freiheit gegeben, die sich früher in kolonialer Abhängigkeit befunden haben, und hat ihnen das Stimmrecht gegeben. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, bemerkt Butler, dass Gespräche über den Kolonialismus nicht mehr aktuell sind.

Chruschtschow: Sie haben nicht wenig getan, aber es gibt weiter Überreste des Kolonialismus. Wir schimpfen auf Sie und werden so lange weiter auf Sie schimpfen, bis der Kolonialismus vollständig beseitigt ist.

⁶⁶⁸ Nach der Niederlage Frankreichs gegen die kommunistisch geführte Aufstandsbewegung Vietnam hatten auf der internationalen Indochina-Konferenz vom 26. April bis 21. Juli 1954 die Teilnehmer – dazu gehörten auch die UdSSR, die Volksrepublik China, die USA und Großbritannien – unter anderem die Aufteilung Vietnams in einen kommunistischen Norden und einen westlich orientierten Süden beschlossen und zugleich festgelegt, dass dort innerhalb von zwei Jahren Wahlen zur Wiederherstellung der Einheit stattfinden sollten. Die Weigerung im Süden verhinderte die Abhaltung der Wahlen.

Gromyko bemerkt scherzhaft, dass es der englischen Regierung sonst einfach langweilig werden wird.

[...]

Das folgende Gespräch betraf Einzelheiten der politischen Entwicklungen in Vietnam, Laos und Kambodscha.

Die Unterredung dauerte insgesamt eine Stunde und 50 Minuten. Auf britischer Seite waren zugegen der britische Botschafter in Moskau, Humphrey Trevelyan, der stellvertretende Außenminister H[arold] [Anthony] Caccia, dessen Mitarbeiter A. D. Wilson, Butlers Persönlicher Sekretär J. N. Henderson und der 1. Sekretär der britischen Botschaft in Moskau, Orchard; auf sowjetischer Seite Außenminister A. A. Gromyko, der Botschafter der UdSSR in Großbritannien, A[leksandr] A. Soldatow und der Leiter der 2. Europäischen Abteilung des Außenministeriums, A[leksej] A. Roschtschin.

Aufgezeichnet von W[iktor] Suchodrew und Je. Rogow

Handschriftlich von W. Suchodrew unterzeichnet

Von Chruschtschow nicht durchgesehen

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 554, Bl. 163–177
(vollständiger Text Bl. 158–182)

Abkürzungsverzeichnis

ADAV	– Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
BDI	– Bundesverband der Deutschen Industrie
BRD	– Bundesrepublik Deutschland
CDU	– Christlich-Demokratische Union
CENTO	– Central Treaty Organisation
ChVR	– Chinesische Volksrepublik
CIA	– Central Intelligence Agency
COCOM	– Coordinating Committee for Multilateral Export Controls
CSU	– Christlich-Soziale Union
DDR	– Deutsche Demokratische Republik
DRV	– Demokratische Republik Vietnam
ENDC	– Eighteen Nations Disarmament Committee
EWG	– Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	– Food and Agriculture Organisation
FDJ	– Freie Deutsche Jugend
FDP	– Freie Demokratische Partei
FLN	– Front de libération nationale
FNLA	– Frente Nacional de Libertação de Angola
Gen.	– Genosse
GOËLRO	– Gosudarstvennyj plan ëlektrifikacii Rossii
KGB	– Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti
KPD	– Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	– Kommunistische Partei der Sowjetunion
KVDR	– Koreanische Volksdemokratische Republik
LDP	– Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MLF	– Multilateral Nuclear Force
NATO	– North Atlantic Treaty Organization
NDPD	– Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NËP	– Novaja ëkonomičeskaja politika
NÖSPL	– Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NVA	– Nationale Volksarmee
PVR	– Polnische Volksrepublik
RGANI	– Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii
RGW	– Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAR	– Südafrikanische Republik
SBZ	– Sowjetische Besatzungszone
SED	– Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	– Section française de l'Internationale ouvrière
SPD	– Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TASS	– Telegrafnoe agentstvo Sovetskogo Sojuza
TNT	– Trinitrotoluol
UdSSR	– Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNCTAD	– United Nations Conference on Trade and Development
UNO	– United Nations Organization
U.S.	– United States
USA	– United States of America

VAR	– Vereinigte Arabische Republik
VEB	– Volkseigener Betrieb
VEG	– Volkseigenes Gut
VVEB	– Vereinigung der Volkseigenen Betriebe
ZK	– Zentralkomitee

Dokumenten- und Literaturverzeichnis

1. Kuba-Krise

Unveröffentlichte Dokumente

- Dlja tt. Kuznecova i Zorina, kopija tov. Mikojanu. Prodiktovano N. S. Chruščëvym 5 nojabrja 1962 g. (Für die Gen. Kuznecov und Zorin, Kopie an Gen. Mikojan. Diktirt von N. S. Chruščëv am 5. November 1962), RGANI, f. 52, op. 1, d. 600, Bl. 9–13
- Pis'mo tov. N. S. Chruščëva tov. A. I. Mikojanu. Proekt pis'ma, prodiktovannyj N. S. Chruščëvym 15 nojabrja 1962 g. Utverždënnij tekst. Napravleno 15 nojabrja 1962 g. (Schreiben von Gen. N. S. Chruščëv an Gen. A. I. Mikojan. Entwurf des Schreibens, diktirt von N. S. Chruščëv am 15. November 1962. Gebilligter Text. Abgeschickt am 15. November 1962), RGANI, f. 52, op. 1, d. 600, Bl. 44–49
- Tovarišču Mikojanu A. I. Prodiktovano N. S. Chruščëvym 21 nojabrja 1962 g. (An Gen. Mikojan A. I. Diktirt von N. S. Chruščëv am 21. November 1962), RGANI, f. 52, op. 1, d. 600, Bl. 61–67
- Ukazanija dlja tov. Mikojana A. I. Prodiktovano N. S. Chruščëvym 9 nojabrja 1962 g. (Für Gen. Mikojan A. I. Diktirt von N. S. Chruščëv am 9. November 1962), RGANI, f. 52, op. 1, d. 600, Bl. 15–39
- Zamečanija k proektu Zajavlenija Sovetskogo pravitel'stva o Kube. Prodiktovano N. S. Chruščëvym 15 fevralja 1962 g. (Bemerkungen zum Entwurf der Erklärung der sowjetischen Regierung zu Kuba. Diktirt von N. S. Chruščëv am 15. Februar 1962), RGANI, f. 52, op. 1, d. 600, Bl. 1–5

Veröffentlichte Dokumente

- Cold War International History Project (CWIHP) Bulletin on the Cuban Crisis, December 2012 [Dokumente aus den Archiven zahlreicher Länder, im Internet verfügbar]
- Documents on the Cuban Missile Crisis, http://www.gwu.edu/~nsarchiv/cuba_miss_cri/docs.htm
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS) 1958–1960, Vol. VI: Cuba. Department of State Publication 9855, Washington/DC 1991
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS) 1961–1963, Vol. X: Cuba 1961–1962. Department of State Publication 10409, Washington/DC 1997
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS) 1961–1963, Vol. XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath. Department of State Publication 10410, Washington/DC 1996
- Mikoyan, Sergo: The Soviet Cuban Missile Crisis. Castro, Mikoyan, Kennedy, Khrushchev, and the Missiles of November, ed. by Svetlana Savranskaya, Washington/DC – Stanford/CA 2012

Rüster, Bernd (Hg.): Verträge und Deklarationen über den Festlandsockel (Continental Shelf). Dokumente, hg. im Auftrag des Instituts für internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg, des Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel und des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen, Frankfurt am Main 1975

Erinnerungen

Chruščëv, S[ergej]: Kubinskij raketnyj krizis. Sobytiya počti vyšli iz-pod kontrolja Kremlja i Belogo doma (Die Kuba-Krise. Die Geschehnisse gerieten fast aus der Kontrolle des Kremls und des Weißen Hauses), in: *Meždunarodnaja žizn'*, 5/2002, S. 57–79

Gribkow, Anatolij I.: Im Dienste der Sowjetunion. Erinnerungen eines Armeegenerals, Berlin 1992, S. 243–346 (Dokumentenanhang auf S. 479–526)

Gribkov, A. I. (Hg.): U kraja jadernoj bezdny. Iz istorii Karibskogo krizisa 1962 g. Fakty. Svidetel'stva. Ocenki... (Am nuklearen Abgrund. Aus der Geschichte der Karibik-Krise. Fakten. Zeugnisse. Bewertungen...), *Mežregional'naja asociacija voinov-internacionalistov Firma „Strojkompleksservis“* (Interregionale Assoziation der internationalistischen Veteranen der Firma „Strojkompleksservis“), Moskau 1998

Kornienko, G. M.: Novoe o Karibskom krizise (Neues über die Karibik-Krise), in: *Meždunarodnaja žizn'*, 5–6/1991, S. 77–92

Sudoplatow, Pawel Antoljewitsch / Sudoplatow, Anatolij: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf 1994

Trojanovskij, O.: Karibskij krizis – vzgljad iz Kremlja (Die Karibik-Krise – Blick aus dem Kreml), in: *Meždunarodnaja žizn'*, 3–4/1992, S. 169–179

Sekundärliteratur

Biermann, Harald: Die Kuba-Krise: Höhepunkt oder Pause im Kalten Krieg? in: *Historische Zeitschrift* Bd. 273 (2001), S. 637–673

Filippovych, Dimitrij N. / Uhl, Matthias (Hg.): Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kuba-Krise, München 2005

Fursenko, A. A.: *Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka* (Russland und die internationalen Krisen. Die Mitte des XX. Jahrhunderts), Moskau 2006

Fursenko, Aleksandr / Naftali, Timothy: „One Hell of a Gamble“. Khrushchev, Castro and Kennedy 1958–1964, New York – London 1997

Fursenko, Aleksandr / Naftali, Timothy: *Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary*, New York – London 2006

Gibney, Frank: Geheime Aufzeichnungen. Der Fall Penkowskij, in: *Die lautlose Macht. Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart – Zürich – Wien 1985, S. 189–215

Husain, Aiyaz: Covert Action and US Cold War Strategy in Cuba, 1961–62, in: *Cold War History*, Vol. 5, No. 1, February 2005, S. 23–53

Schechter, Jerrold L. / Deriabin, Peter S.: Die Penkowskij-Akte. Der Spion, der den Frieden rettete, Frankfurt/Main – Berlin 1993

Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München 2008

2. Chruschtschows letzte Zeit an der Spitze der UdSSR Oktober 1962 bis Oktober 1964

Unveröffentlichte Dokumente

Aktenvermerk über die erste Konsultation am 18. 7. 1963 von 10.00 bis 11.30 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, SAPMO-BArch, DY 30/3512, Bl. 267–278

Aktenvermerk über die Beratung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der [ost-]deutschen und der sowjetischen Delegation zu den Moskauer Konsultationen am 18. 7. 1963 von 15.00 bis 18.30 Uhr [im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR], SAPMO-BArch, DY 30/3512, Bl. 292–331

Arbeitsnotizen. Erwägungen, die während der Konsultation [der Außenministerien von UdSSR und DDR am 18. 7. 1963 morgens] zum Ausdruck gebracht wurden], SAPMO-BArch, DY 30/3512, Bl. 281–291

[Aufzeichnung des DDR-Außenministeriums über den Meinungsaustausch zwischen der UdSSR und den USA über die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Nicht-Weitergabe von Kernwaffen], 12. 6. 1963, SAPMO-BArch, DY 30/3663, Bl. 199–205

Aussprache Chruschtschows mit Vertretern der Bevölkerung Westberlins am 18. 1. 1963, SAPMO-BArch, DY 30/3512, Bl. 6–30

Dopolnenie k reči na mitinge v Berline 2 ijulja 1963 g. Prodiťtovano N. S. Chruščevym 30 ijunja 1963 g. (Ergänzung zur Rede auf der Versammlung in Berlin am 2. Juli. Diktiert von N. S. Chruščev am 30. Juni 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 491, Bl. 23–26

Dopolnenie k vystupleniju na vstreče s predstaviteljami delovych krugov Danii, sdelannoe N. S. Chruščevym vo vremja vystuplenija 20 ijunja 1964 goda (Ergänzung zur Stellungnahme auf der Zusammenkunft mit Vertretern der Geschäftskreise von Dänemark, die von Chruschtschow während der Stellungnahme am 20. Juni 1964 vorgenommen wurden), RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 135–136

Dossier [der 1. Europäischen Abteilung des MfAA der DDR] über die sowjetische Haltung zur Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkrieges in der Zeit vom 22. 1. bis 10. 3. 1963, 11. 3. 1963, PA-MfAA, A 592, Bl. 80–85

Erste Gedanken [des Ministerbüros Winzer] zu den Arbeitsnotizen [nach den Konsultationen der Außenministerien von UdSSR und DDR am 18. 7. 1963], 20. 7. 1963, PA-MfAA, C 848/75, Bl. 212–248

Entwurf³⁷⁰. Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Parteiinternes Material, SAPMO-BArch, DY 30/IV 1/VI 8, Bl. 1–158

Entwurf (überarbeitete Fassung) [der Abt. Grundsatzfragen des ZK der SED]. Zum Problem der Überreste des zweiten Weltkriegs und der durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR entstehenden neuen Lage, 26. 3. 1963, DY 30/3512, Bl. 41–55

Instrukcija po rabote pograničnyh kontrol'no-propusknyh punktov Marienborn i Novaves (Instruktion für die Tätigkeit der Übergangskontrollpunkte Marienborn und Babelsberg), erstellt von Generalleutnant Ariko, gebilligt vom Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Armeegeneral Jakubovskij, 17. 10. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 24, Bl. 34–41

³⁷⁰ Archiviert wurden nur Entwürfe von Reden und Stellungnahmen, die anschließend gebilligt und verwendet worden waren.

- I. Il'ičëv [Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums] an [Außenminister] A. A. Gromyko, 16. 5. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 23, Bl. 22 f
- Iz zapisi besedy Pervogo sekretarja CK KPSS, Predsedatelja Soveta Ministrov SSSR N. S. Chruščëva s prem'er-ministrom Ė. O. Kraga, 21 fevralja 1963 g. (Aus der Niederschrift des Gesprächs des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR N. S. Chruschtschow mit Premierminister [sic] E[rnst] O[tto] Krag, 23. Februar 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 559, Bl. 66–70
- K voprosu o dostupe graždan FRG v Demokratičeskij Berlin (Zur Frage des Zugangs der BRD-Bürger zum Demokratischen Berlin [Sowjetsektor von Berlin]) [Ausarbeitung der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums], 23. 5. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 23, Bl. 24–27
- K voprosu o zamene flaga NATO v Zapadnom Berline flagom OON (Zur Frage der Ersetzung der NATO-Flagge in West-Berlin durch die UNO-Flagge) [Ausarbeitung der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums], 31. 3. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 22, Bl. 119–121
- Materialy k besede s tov. V. Ul'brichtom (Materialien für das Gespräch mit Gen[osse] W. Ulbricht), 5. 8. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 23, Bl. 154–156
- Na sobranii Obščestva družby meždu Daniej i SSSR i Studenčeskogo obščestva 19 ijunja 1964 goda (Auf der Versammlung der Gesellschaft für Freundschaft zwischen Dänemark und der UdSSR und der Studentenvereinigung am 19. Juni 1964), RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 76–83
- Osnovnoe položenie o svobodnom transite graždanskich lic i gruzov v Vol'nyj gorod Zapadnyj Berlin i iz nego po territorii GDR [Entwurf] (Grundlegende Bestimmung bezüglich des freien Transits von Privatpersonen und Gütern in die Freie Stadt West-Berlin und von dort aus über das Territorium der DDR), 7. 1. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 24, Bl. 17–20
- P. Abrasimov (Botschafter der UdSSR in der DDR) an I. I. Il'ičëv (Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums), 15. 6. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 2, p. 61, d. 23, Bl. 53 f
- P. Abrasimov (Botschafter der UdSSR in der DDR) an (Außenminister) A. A. Gromyko, 28. 6. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 2, p. 61, d. 23, Bl. 96–105
- Postanovlenie CK KPSS: O priëme v CK KPSS delegacii Ital'janskoj kompartii (Beschluss des ZK der KPdSU: Zum Empfang der Delegation der Italienischen Kommunistischen Partei im ZK der KPdSU), o.D. [28. 8. 1963 oder wenig später], RGANI, f. 52, op. 1, d. 568, Bl. 122–130
- Pozicija SSSR po voprosu o prebyvaniju inostrannyh vojsk v Zapadnom Berline (Die Position der UdSSR in der Frage des Aufenthalts ausländischer Truppen in West-Berlin) [Wiedergabe der sowjetischen Stellungnahmen von Juni 1961 bis Dezember 1962, zusammengestellt und bewertet von der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums], 10. 6. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 61, d. 23, Bl. 50–52
- Priëm tov. Chruščëvym N. S. Posla PNR Ė. Pšulkovskogo 26 dekabreja 1963 goda (Empfang des Botschafters der Polnischen VR E. Przymkowski durch Gen. Chruščëv N. S. Am 26. Dezember 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 576, Bl. 139–143
- Protokol'naja zapis' peregovorov meždu partijno-pravitel'stvennymi delegacijami Sovetskogo Sojuza i NR Bolgarii (Protokollarische Aufzeichnung der Verhandlungen zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der VR Bulgarien), 18. 2. 1964, RGANI, f. 52, op. 1, d. 550, Bl. 46–57
- Reč' [Chruščëva] po pribytii v Kopengagen (Rede [Chruschtschows] bei der Ankunft in Kopenhagen), 16. 6. 1964, RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 9–12

- Referat des Genossen Walter Ulbricht, VI. Parteitag [der SED, 15.–21. 1. 1963]: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, SAPMO-BArch, DY 30/IV 1/VI 9, Bl. 1–70
- Soobraženija N. S. Chruščěva vyskazannye tov. Podgornomu N. V. k besede s tov. Georgiudež 22 maja 1963 goda (Überlegungen von N. S. Chruščěv zum Ausdruck gebracht gegenüber Gen. Podgornij N. V. bezüglich des Gesprächs mit Gen. Gheorghiu-Dej am 22. Mai 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 576, Bl. 148–154
- V. Bykov (Botschaft der UdSSR in der DDR): Vključenje Zapadnogo Berlina v meždunarodnye dogovory i soglašenje FRG (Die Einbeziehung West-Berlins in die internationalen Verträge und Vereinbarungen der BRD), 17. 4. 1963, AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 26, d. 15, Bl. 18–90
- Vermerk über eine Aussprache zwischen dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Gen. Abrassimow, und Gen. Staatssekretär Winzer am 18. 2. 1963, PA-MfAA, Bl. 80–96 / SAPMO-BArch, DY 30/3512, Bl. 32–40
- Vystuplenie N. S. Chruščěva na obedě, ustraivaemom pravitel'stvom Danii 17 ijunja 1964 goda (Stellungnahme von N. S. Chruščěv auf dem von der Regierung Dänemarks gegebenen Essen am 17. Juni 1964), RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 25–32
- Vystuplenie tov. N. S. Chruščěva na sobranii Obščestva „Danija-SSSR“ i studenčeskogo obedinenija 19 ijunja 1964 goda (Stellungnahme von Gen. N. S. Chruščěv auf der Versammlung der Gesellschaft „Dänemark-UdSSR“ und der Studentenvereinigung am 19. Juni 1964), RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 61–75
- Vystuplenie tov. N. S. Chruščěva na vstreče s predstaviteljami delovych krugov Danii 20 ijunja 1964 g. (Stellungnahme von Gen. N. S. Chruščěv bei der Zusammenkunft mit Vertretern der Geschäftskreise Dänemarks am 20. Juni 1964), RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 126–134
- Vystuplenie tov. N. S. Chruščěva v sel'skochozjajstvennoj škole v Dalume 18 ijunja 1964 goda (Stellungnahme von Gen. N. S. Chruščěv in der Landwirtschaftsschule Dalum [Dänemark] am 18. Juni 1964), RGANI, f. 52, op. 1, d. 492, Bl. 33–45 / 46–60
- Zamečanja N. S. Chruščěva k proektu ukazanij dlja besedy s F. Kastro 6 sentjabrja 1963 g. (Bemerkungen von N. S. Chruščěv zum Entwurf der Anweisungen für das Gespräch mit F. Castro am 6. September 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 573, Bl. 112
- Zamečanja N. S. Chruščěva k proektu ukazanij sovposlu v FRG dlja besedy s Krollem 17 ijunja 1963 goda (Bemerkungen von N. S. Chruščěv zum Entwurf der Anweisungen an den sowjetischen Botschafter in der BRD für das Gespräch mit Kroll am 17. Juni 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 216 f
- Zapis' besedy na zavtrake, ustroennom amerikanskim poslom F. Kolerom 3 dekabrja 1962 goda. Iz dnevnika V. S. Seměnova (Aufzeichnung des Gesprächs bei dem vom amerikanischen Botschafter F. Kohler veranstalteten Frühstück am 3. Dezember 1962. Aus dem Tagebuch von V. S. Seměnov), AVPRF, f. 0129, op. 46, p. 346, d. 12, Bl. 100–112
- Zapis' besedy N. S. Chruščěva s Predsedatelem Ital'janskogo senata g-nom Česare Merdzagora 28 avgusta 1963 goda (Aufzeichnung des Gesprächs von N. S. Chruščěv mit dem Vorsitzenden des italienischen Senats, Hr. Cesare Merdzagora am 28. August 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 568, Bl. 117–120
- Zapis' besedy Predsedatelja Soveta ministrov SSSR N. S. Chruščěva s poslom FRG Ch. Grepperom 9 marta 1963 goda (Aufzeichnung des Gesprächs des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR N. S. Chruščěv mit dem Botschafter der BRD H. Gröpper am 9. März 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 177–193
- Zapis' besedy s členom Politbjuro CK SEPG Ė. Chonekerom. Iz dnevnika Posla SSSR v GDR P. A. Abrasimova (Aufzeichnung des Gesprächs mit dem Mitglied des Politbüros

- der SED E. Honecker. Aus dem Tagebuch des Botschafters der UdSSR in der DDR P. A. Abrasimov), 31. 12. 1962, RGANI, f. 5, op. 49, d. 574, Bl. 7–10
- Zapis' besedy s predsdatelem gosudarstvennogo soveta GDR tov. V. Ul'brichtom 26 ijulja 1963 goda. Iz dnevnika V. S. Semënova (Aufzeichnung des Gesprächs mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Gen. W. Ulbricht am 26. Juli 1963. Aus dem Tagebuch von V. S. Semënov), AVPRF, f. 0742, op. 8, p. 59, d. 4, Bl. 8–11
- Zapis' besedy tov. N. S. Chruščëva s poslom Vengrii v SSSR tov. G. Revesom, 4 fevralja 1963 g. (Aufzeichnung des Gesprächs von Gen. N. S. Chruščëv mit dem Botschafter Ungarns in der UdSSR Gen. G. Revesz am 4. Februar 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 555, Bl. 9–12
- Zapis' besedy tov. N. S. Chruščëva s vengerskoj partijno-pravitel'stennoj delegaciej ot 10 ijulja 1963 g. (Aufzeichnung des Gesprächs von Gen. N. S. Chruščëv mit der ungarischen Partei- und Regierungsdelegation vom 10. Juli 1963), RGANI, f. 52, op. 1, d. 555, Bl. 20–34

Veröffentlichte Dokumente (einschl. offiziöser sowjetischer Stellungnahmen)

- Adschubej, Alexej: Wir sahen Westdeutschland, München 1964
- [Abrasimov, Pëtr:] Die Deutschen und ihr Selbstbestimmungsrecht, in: Deutsche Außenpolitik, 5/1963, S. 355–365
- Adenauer, Konrad: „Seid wach für die kommenden Jahre“. Grundsätze – Erfahrungen – Einsichten, hg. von Anneliese Poppinga, Bergisch Gladbach 1997
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hg. vom Institut für Zeitgeschichte München/Berlin, Band 1963, München 1994
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hg. vom Institut für Zeitgeschichte München/Berlin, Band 1964, München 1995
- Aussprache Chruschtschows mit Vertretern der Bevölkerung Westberlins, in: Neues Deutschland, 23. 1. 1963
- Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf 1998
- Chruščëv, N. S.: Sovremennoe meždunarodnoe položenie i politika Sovetskaja Sojuza (Die gegenwärtige internationale Lage und die Politik der Sowjetunion), in: Pravda, 13. 12. 1962
- Chruschtschow, N. S.: Für den Sieg der Vernunft über die Kräfte des Krieges! Reden, Schriften, Interviews zur Außenpolitik 1963, [Ost-]Berlin 1964
- Documents Diplomatiques Français, hg. von Ministère des Affaires Étrangères. Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, 1955 Bde. I und II, Annexes I und II (1987); 1956 Bde. I und II, Annexes I und II (1988); 1957 Bde. I und II, Annexes I und II (1989); 1958 Bde. I und II, Annexes I und II (1990)
- Documents on British Policy Overseas, Series III, Vol. VI/6: Berlin in the Cold War, 1948–90 (edited by Patrick Salmon, Keith A. Hamilton, and Stephen Robert Twigge), Whitehall Histories: Foreign and Commonwealth Office Publications, London 2009
- Documents on Germany 1944–1985, Department of State Publication 9446, Washington 1985
- Dokumente zur Abrüstung 1917–1976, [Ost-]Berlin 1978
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Bände 8/2 – 10/2, Frankfurt/Main 1977–1980
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bände XI, XII, [Ost-]Berlin 1965, 1966

- Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Band 3, [Ost-]Berlin 1968
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1961–1963, Vol. VI: Kennedy – Khrushchev Exchanges. Department of State Publication 10338, Washington/DC 1996
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1961–1963, Vol. VII: Arms Control and Disarmament, Department of State Publication 10242, Washington 1995
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1961–1963, Vol. XIII: Western Europe and Canada, Department of State Publication 10087, Washington 1994
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1961–1963, Vol. XVI: Eastern Europe; Cyprus; Greece; Turkey, Department of State Publication 10090, Washington 1994
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1961–1963, Vol. XV: Berlin Crisis, 1962–1963, Department of State Publication 10089, Washington 1994
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1964–1968, Vol. XI: Arms Control and Disarmament, Department of State Publication 10423, Washington 1997
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), Series 1964–1968, Vol. XV: Germany and Berlin Arms Control and Disarmament, Department of State Publication 10588, Washington 1999
- Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien [angenommen am 19. November 1957 auf der Beratung in Moskau], hg. vom ZK der SED, Abteilung Agitation und Propaganda, Leipzig 1957
- Fursenko, A. A. (Hg.): Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964. Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy (Die Archive des Kreml. Das Präsidium des ZK der KPdSU 1954–1964. Manuskripte von Protokollniederschriften. Stenogramme), Moskau 2003
- Kennedy, John F.: Rede in der American University in Washington/DC, 10.6.1963, in: Czempiel, Ernst-Otto / Schweitzer, Carl-Christoph (Hg.): Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumentation, Bonn 1987 (2. Aufl.), S. 277–283
- Kosthorst, Daniel: „Sie sind ein Opfer unserer Propaganda“. Die letzten Gespräche Ulbrichts mit Chruschtschow 1964 in Moskau. Eine Dokumentation, in: Deutschland Archiv, 6/1996, S. 872–887
- Mahnke, Hans-Heinrich (Hg.): Beistands- und Kooperationsverträge der DDR, Köln 1982
- Mensing, Hans Peter (Bearb.): Adenauer, Teegespräche 1961–1963, Berlin 1992
- Reiman, Michal / Lunák, Petr (Hg.): Studená válka 1954–1964. Sovetské dokumenty v českých archivech (Der Kalte Krieg 1954–1964. Sowjetische Dokumente in tschechischen Archiven), Brunn 2000
- Rössel, Uta / Seemann, Christoph (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 15 (1964), München 2005
- Rschewski, Juri: Westberlin – ein Gebilde sui generis, Moskau o. D. [1966/67]
- Spločnosť i solidarnosť – naš deviz. Reč' N. S. Chruščěva (Geschlossenheit und Solidarität ist unsere Devise. Die Rede von N. S. Chruschtschow [im Gouverneurspalast in Kairo]), in: Izvestija, 21. 5. 1964
- Stoecker, Helmut (Hg.): Handbuch der Verträge 1871–1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, [Ost-]Berlin 1968

- „Ukrepljat’ delo mira, razvivat’ sotrudničestvo!“ Otvety Predsedatelja Soveta Ministrov SSSR N. S. Chruščëva na voprosy glavnykh redaktorov gazet „Pravda“ i „Izvestija“ („Die Sache des Friedens festigen, die Zusammenarbeit entwickeln!“ Die Antworten des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruščëv, auf die Fragen der Chefredakteure der Zeitungen „Pravda“ und „Izvestija“), in: Pravda / Izvestija, 15. 6. 1963
- Vysockij [Beleckij], V. N.: Zapadnyj Berlin i ego mesto v sisteme sovremennykh meždunarodnykh otnošenij (West-Berlin und sein Platz im System der gegenwärtigen internationalen Beziehungen), Moskau 1971
- Wegweiser zu Frieden und stabiler Sicherheit in Europa. Der Freundschaftsvertrag DDR-UdSSR vom 12. Juni 1964. Reden und Dokumente, hg. von Nationale Front des Demokratischen Deutschlands, o. O. [Ost-Berlin] 1964

Memoiren und Erinnerungsberichte

- Adschubej, Alexej: Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow, Berlin 1990
- Aleksandrov-Agentov, A. M.: Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A. A. Gromyko, pomoščnika L. I. Brežneva, Ju. V. Andropova, K. U. Černenko i M. S. Gorbačëva (Von [Madame] Kollontaj bis zu Gorbatschow. Erinnerungen des Diplomaten und Beraters von L. I. Breshnew, Ju. V. Andropow, K. U. Tschernenko und M. S. Gorbatschow), Moskau 1994
- Ausland, John C.: Kennedy, Khrushchev, and the Berlin Crisis 1961–1964, Oslo 1996
- Bol’sakov, G.: Gorjačaja linija. Kak dejstvoval sekretnyj kanal Džon Kennedi – Nikita Chruščëv (Der heiße Draht. Wie der geheime Kanal John Kennedy – Nikita Chruschtschow funktionierte), in: Novoe vremja, 20. 1. 1989, S. 38–40
- Chruščëv, N. S.: Vremja, ljudi, vlast’ (Zeit, Menschen, Macht), Bände 2–4, Moskau 1994
- Chruščëv, Sergej: Nikita Chruščëv: Krizisy i rakety. Vzglyad iznutri (Nikita Chruschtschow: Krisen und Raketen. Blick von innen her), Bd. 1, Moskau 1994 (deutsche Übersetzung: Chruschtschow, Sergej: Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über meinen Vater, Klitzschen 2003)
- Chruščëv, Sergej: Roždenie sverchderžavy. Kniga ob otce (Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über den Vater), Moskau 2000
- Dobrynin, Anatoly: In Confidence. Moscow’s Ambassador to America’s Six Cold War Presidents (1962–1986), Seattle 2001
- Falin, V. M.: Bez skidok na obstojatel’sstva. Političeskie vospominanija (Ohne Rücksichten auf die Umstände. Politische Erinnerungen), Moskau 1999
- Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main – [West-]Berlin 1979
- Grinevskij, Oleg: Tysjača odin den’ Nikity Sergeeviča (Die 1001 Tage des Nikita Sergejewitsch), Moskau 1998
- Gromyko, A. A.: Pamjatnoe (Denkwürdiges), 2 Bde., Moskau 1990 (2. erw. Aufl.)
- Khrushchev, Sergei: Mein Vater, Nikita Chruščëv, über John F. Kennedy, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščëv, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 579–594
- Kvicinskij, Julij: Vremja i slučaj. Zametki professionala (Zeit und Zufall. Notiz[en] eines berufsmäßigen [Diplomaten]), Moskau 1999

- Mikojan, Anastas: Tak bylo. Razmyšlenija o minuvšem (So war es. Reflexionen über das Vergangene), Moskau 1990
- Orlov, A.: Tajnaja bitva sverchderžav (Der geheime Krieg zwischen den Supermächten), Moskau 2000
- Osterheld, Horst: „Ich gehe nicht leichten Herzens...“ Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1987 (2. Aufl.)
- Osterheld, Horst: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Bundeskanzleramt, Düsseldorf 1992
- Plück, Kurt: Der schwarz-rot-goldene Faden. Vier Jahrzehnte erlebter Deutschlandpolitik, Bonn 1996
- Suchodrev, Viktor: Jazyk moj – drug moj, Moskau 2009

Sekundärliteratur

- Alisch, Steffen: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bund und Fall der Berliner Mauer, Stamsried – München 2004
- Barron, John: Von Schwalben umschwirrt. Der Fall Dejean, in: Die lautlose Macht. Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart – Zürich – Wien 1985, S. 17–41
- Bezborodov, Aleksandr: Raketen, Atomwaffen, Rüstung. Der militärindustrielle Komplex der Sowjetunion unter Nikita Chruščev, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 355–372
- Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn 1997
- Egorova, Natal'ja: Chruščevs „Atomdiplomatie“. Interne sowjetische Vorschläge zur Abrüstungsfrage und zur Einstellung der Atomwaffentests im Vorfeld des Wiener Gipfels, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 335–353
- Filitov, A. M.: Sovetskij Sojuz i „novaja vostočnaja politika“ FRG (Die Sowjetunion und die „neue Ostpolitik“ der BRD), in: Cholodnaja vojna i politika razrjadki: diskussionnye problemy, hg. vom Institut vseobščej istorii RAN, Moskau 2003, S. 172–174
- Filitov, A. M.: Germanija v sovetskom vnešnepolitičeskom planirovanii 1941–1990 (Deutschland in der sowjetischen außenpolitischen Planung 1941–1990), Moskau 2009
- Freedman, Lawrence: Kennedy's Wars. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam, New York – Oxford 2000
- Freedman, Lawrence: Kennedy, Bush and Crisis Management, in: Cold War History, Vol. 2, No. 3, April 2002, S. 1–14
- Fursenko, A. A.: Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka (Russland und internationale Krisen. Mitte des XX. Jahrhunderts), Moskau 2006
- Fursenko, Aleksandr / Naftali, Timothy: Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006
- Gotto, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey, Rudolf / Repgen, Konrad (Hg.): Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 35–40
- Haslam, Jonathan: Near and Distant Neighbours. A New History of Soviet Intelligence, Oxford/UK 2015

- Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart – Wiesbaden 1984
- Ibrahim, Salah Kamel: Grundelemente und Bedingungsfaktoren der ägyptischen Außenpolitik (1952–1970) unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen Ägyptens zur Sowjetunion während des Nahostkonflikts. Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Bonn 1979
- Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962–1972, Berlin 1997
- Klehr, Harvey / Haynes, John Earl / Andersen, Kyrill: The Soviet World of American Communism, New Haven – London 1998
- Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Adenauer und Erhard, [West-]Berlin 1998
- Kosthorst, Daniel: Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2/1996, S. 257–293
- Koza, Ingeborg: Deutsch-sowjetische Kontakte in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur 1963–1967. Eine Untersuchung zu den auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2002
- Krüger, Dieter: Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991, Fulda 2013
- Krüger, Joachim (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China. Erinnerungen und Untersuchungen, Münster 2002
- Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989, Berlin 1999
- Küstters, Hanns Jürgen: Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/1992, S. 483–542
- Küstters, Hanns Jürgen: Die Reaktionen der Bundesregierung und des Senats von Berlin auf die Berlin-Krise, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 719–734
- Lappenküper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, München 2008
- Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995
- Lemke, Michael: Ein Ausweg aus der Krise? Der Plan einer ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsgemeinschaft als Systemkonkurrenz zum innerdeutschen Handel, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster 2003, S. 248–265
- Lindemann, Mechthild: Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius, Rainer (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 45–96
- Lüthi, Lorenz M.: The Sino-Soviet Split. Cold War in the Communist World, Princeton – Oxford/UK 2008
- Mahncke, Dieter: Berlin im geteilten Deutschland, München – Wien 1973
- Mark, David E.: Einstellung der Kernwaffenversuche. Probleme und Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen, Frankfurt/Main – [West-]Berlin 1965
- Maslow, Sergej: Die Sowjetunion und die Kongokrise 1960 bis 1964, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 274–296

- Mayer, Frank A.: Adenauer and Kennedy. A Study in German-American Relations, 1961–1963, Houndmills – London 1996
- Meißner, Werner (Hg.): Die DDR und China 1949 bis 1990. Politik – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung, Berlin 1995
- Mueller, Wolfgang: The Soviet Union and Austria, 1955–1991, in: Suppan, Arnold / Mueller, Wolfgang (Hg.): Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989, Wien – Berlin 2009, S. 256–289
- Münger, Christof: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963, Paderborn 2003
- Nakath, Detlef: Zur politischen Bedeutung des Innerdeutschen Handels in der Nachkriegszeit (1948/49–1960), in: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 221–244
- Pausch, Ilse Dorothee: Im Sog der Entspannungspolitik. Die USA, das Teststopp-Abkommen und die Deutschland-Frage, in: Blasius, Rainer (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 118–153
- Pavlenko, Ol'ga: Zwischen Pragmatismus und Ideologie. Der sowjetisch-amerikanische Verhandlungsprozess in der Chrusčev-Ära, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chrusčev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 253–286
- Petrov, Nikita: Die Rolle des KGB in der Außenpolitik der UdSSR in den 1950er Jahren und zur Zeit der Berlin-Krise, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chrusčev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 303–314
- Roesler, Jörg: „Mitteleuropas“ Wirtschaft zwischen Ost und West, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chrusčev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 93–104
- Ruggenthaler, Peter / Knoll, Harald: Nikita Chrusčev und Österreich. Die österreichische Neutralität als Instrument der sowjetischen Außenpolitik, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chrusčev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 759–807
- Schoenborn, Benedikt: Bargaining with the bear: Chancellor Erhard's bid to buy German unification 1963–64, in: Cold War History, Vol. 8, No. 1, February 2008, S. 23–53
- See, Jennifer W.: An Uneasy Truce: John F. Kennedy and Soviet-American Détente, 1963, in: Cold War History, Vol. 2, No. 2, January 2002, S. 161–194
- Taubman, William: Khrushchev. The Man and his Era, New York – London 2003
- Wenger, Andreas: Living with Peril. Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons, Lanham – Boulder – New York – Oxford/UK 1997
- Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006 (russ. Ausgabe: N. S. Chrusčëv i berlinskij krizis 1958–1963 gg, Moskau 2007)
- Wettig, Gerhard: Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren in Chrusčevs Berlin-Krise 1958–1962, in: Schöpfer, Gerald / Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Wirtschaft – Macht – Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert. Festschrift für Stefan Karner, Graz 2012, S. 105–116
- Wettig, Gerhard: Chrusčev und die Berliner Mauer. Forderung nach einem Friedensvertrag 1961–1963, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chrusčev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 641–680
- Wettig, Gerhard: Chrusčevs außenpolitisches Weltbild. Leitvorstellungen in der Berlin-Krise, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chrusčev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 287–301

- Wettig, Gerhard: Im Namen von Frieden und Freundschaft. Chruščevs Konzept der inter-systemaren Kommunikation, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 373–386
- Wettig, Gerhard: Die UdSSR und die Berliner Mauer. Der lange Weg vom ersten Ultimatum 1958 zur Konfliktentschärfung 1971/72, in: Deutschland Archiv, 1/2011, S. 5–14
- Wettig, Gerhard: Ulbricht, die UdSSR und die Vier-Mächte-Rechte in Berlin 1963–1971, in: Michael Lemke (Hg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln 2006, S. 47–64
- Wölbern, Jan Philipp: Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014
- Zubok, Vladislav M.: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/N.C. 2007

Personenregister

- Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch (Abrasi-
 mov, Pëtr Andreevič) 10, 187, 191
 Abusch, Alexander 14
 Adams, John Quincy 142
 Adenauer, Konrad 4, 7, 11, 13, 23f., 31, 42,
 45f., 55f., 58, 61, 63, 65, 68, 72–74, 77,
 94f., 97, 104, 137, 140, 162, 164–166, 171,
 173–175, 177, 181, 185, 188–191, 193,
 196f., 200–202, 207, 218, 224, 230, 258,
 270, 293, 310f., 316, 322, 355f., 362, 374
 Adoula, Cyrille 210
 Adshubej, Aleksej Iwanowitsch (Adžubej,
 Aleksej Iwanovič) 6, 15f., 167, 275, 316,
 319
 Adshubej, Rada Nikititschna (Adžubej,
 Rada Nikitična) 232
 Aleksejew, Aleksandr Iwanowitsch (Alek-
 seev, Aleksandr Iwanovič) 54
 Aleninkow, O. (Aleninkov, O.) 196
 Andersen, Hans Christian 340
 Andropow, Jurij Wladimirowitsch
 (Andropov, Jurij Vladimirovič) 329
 Antonescu, Ion 334
 Apel, Erich 277, 282, 284, 287, 291, 325
 Ascare-Addo, Edmund 235
 Atatürk, Mustafa Kemal 109, 113
 Attlee, Clement 106
 Ausland, John C. 1

 Badr, Muhammad al- 139
 Bahr, Egon 190
 Bange, Oliver 1
 Bebel, August 128
 Beitz, Berthold 54–69
 Bjelochwostikow, Nikolaj Dmitrijewitsch
 (Belochwostikov, Nikolaj Dmitriewič)
 81
 Ben Bella, Ahmed 47f., 50f., 235, 288–290,
 325
 Benediktow, Iwan Aleksandrowitsch
 (Benediktov, Ivan Aleksandrovič) 19
 Ben Khedda, Benyoucef 47
 Berg, Fritz 317
 Berija, Lawrentij Pawlowitsch (Berija,
 Lavrentij Pavlovič) 20, 110, 233
 Bernstein, Eduard 129
 Beuve-Méry, Hubert 170
 Bevin, Ernest 305
 Bismarck, Otto von 129, 376
 Bogomolow, Aleksandr Jefremowitsch
 (Bogomolov, Aleksandr Efremovič) 203
 Bolz, Lothar 184, 277
 Brandt, Willy 4, 12, 14, 104, 145f., 175,
 178, 190f., 194, 270f., 293, 321
 Breshnew, Leonid Iljitsch (Brežnev, Leonid
 Il'ič) 16, 48
 Brudenell Earl of Cardigan, James Thomas
 305
 Budjonnyj, Semjon Michailowitsch (Budën-
 nyj, Semën Michajlovič) 124, 163
 Bulganin, Nikolaj Aleksandrowitsch (Bul-
 ganin, Nikolaj Aleksandrovič) 233
 Busmann, Eduard Star 367
 Butler, Richard Austen 368–379
 Bykowski, Walerij Fjodorowitsch (Bykovs-
 kij, Valerij Fëdorowitsch) 116

 Caccia, Harold Anthony 192, 379

 Castro, Fidel 1f., 9, 47–53, 83, 141f., 258,
 279, 299
 Chamberlain, Neville 74
 Che Guevara, Ernesto 10
 Chou En-Lai 47
 Chruschtschowa, Nina Petrowna
 (Chruščëva, Nina Petrovna) 231
 Churchill, Sir Winston 19, 30, 46, 106,
 193, 218, 376
 Clay, Lucius D. 72f., 247
 Cooper, James Ferimore 359
 Cousins, Norman 87, 121, 157, 182
 Couve de Murville, Maurice 226
 Cyrankiewicz, Józef 324

 Dean, Arthur 10, 28, 78f., 86, 192, 221,
 270, 315
 Dehler, Thomas 196, 198–203
 Dejean, Maurice 169–173, 180f., 183, 216,
 219f., 223, 226–231
 Diefenbaker, John 17
 Dölling, Rudolf 186
 Dokutschajew, Ilja Igorewitsch (Dokučae-
 w, Il'ja Igorevič) 216, 226
 Driberg, Tom 30

- Dulles, John Foster 22, 29, 106, 120, 131, 232f., 293, 296f., 300, 302, 304, 310
- Eden, Anthony 45, 59, 90, 92f., 103, 106, 121, 218, 296, 299f.
- Eisenhower, Dwight D. 45, 59, 74, 79, 85, 95, 106, 120, 122, 161, 232f., 235, 258, 297, 364
- Engels, Friedrich 128f., 131
- Ennals, David 84, 116, 124, 307
- Erhard, Ludwig 4-6, 13, 15f., 175, 207, 248, 268, 270, 316-321, 374, 377
- Erlander, Tage 36-38
- Erler, Fritz 191
- Fack, Robbert 367
- Fanfani, Amintore 56
- Faruk I., König 48
- Feuerbach, Ludwig 128
- Fischer, Paul 235, 243, 259, 263f.
- Friedrich II., König 223
- Friis, W. H. 243, 259, 264
- Fulbright, J. William 297, 299
- Gaitskell, Hugh 297f.
- Gaulle, Charles de 11, 23f., 31, 42, 45-47, 52, 56, 58f., 62, 77, 96, 98, 151, 161f., 164-166, 168, 171-177, 179-181, 183, 188f., 196f., 200f., 208, 211, 219f., 222-224, 226-231, 233, 235, 245f., 268, 275, 372f., 376
- Gawrilowa, N. (Gavrilova, N.) 144, 169, 268
- Gheorghiu-Dej, Gheorghe 334
- Gerhardsen, Einar 36-38, 181, 251
- Giscard d'Estaing, Valéry 216-226
- Gogol, L. N. (Gogol', L. N.) 41
- Gogol, Nikolaj Wassiljewitsch (Gogol', Nikolaj Vasil'evič) 143
- Goldwater, Barry 234, 250, 320
- Gollan, John 97, 109
- Gomułka, Władysław 140, 286, 298, 301, 322-325
- Gorbach, Alfons 2
- Gretschko, Andrej Antonowitsch (Grečko, Andrej Antonovič) 322
- Groepper, Horst 15f., 317
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch (Gromyko, Andrej Andreevič) 2, 12, 22, 32, 35, 41, 78, 82, 84, 98, 102, 105, 117, 183f., 186, 188f., 192, 195f., 243, 254f., 259-261, 264, 277, 292, 297f., 302f., 338, 346, 367f., 370-372, 378f.
- Grotewohl, Otto 127, 248
- Grubjakow, Wassilij Fjodorowitsch (Grubjakov, Vasilij Fëdorovič) 183, 231, 368
- Gulbrandsen, Ingrid 358
- Gulbrandsen, Ragnar 358
- Gürsel, Cemal 113, 115f.
- Gussew, Fjodor Tarasowitsch (Gusev, Fëdor Tarasovič) 31
- Haekkerup, Per Christen 203-209
- Hagen, Karl-Heinz 320
- Hallstein, Walter 13, 15, 269f., 289, 314
- Halvorsen, Bjarne 358
- Hansen, Hans Christian Svane 237, 241, 347
- Harriman, Averell 189, 312, 315
- Harris, J. 307
- Hassel, Kai-Uwe von 258
- Hassan II., König 210
- Hatta, Mohammed 53
- Havemann, Robert 324
- Haxthausen, Henrik H. 243, 259, 264
- Hearst, William J. 21
- Heath, Edward 192
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 128, 162, 214, 227, 355
- Helbich, Hans-Martin 144-146
- Henderson, J. N. 379
- Herter, Christian 232
- Herwegh, Georg 129
- Hitler, Adolf 23, 55, 74f., 81, 94f., 110, 126f., 130, 133f., 148, 158, 165, 179, 197, 199, 200, 224f., 228, 248, 254, 257, 276, 293, 309f., 355f., 375
- Ho Chi Minh 3, 220
- Holten-Eggert, Christian D. 209, 243, 259, 264
- Hoop Scheffer, Jakob de 368
- Horthy, Miklós 81
- Hudhart, L. 368
- Inönü, Ismet 113, 115f.
- Johannes XXIII., Papst 81, 87, 121, 157, 182
- Johansen, K. 243, 259, 264
- Johnson, Lyndon B. 13, 210, 232, 243, 245, 249f., 270, 275, 303, 307, 308 (oder 309 - Schriftänderung), 320, 363, 370
- Jortdal, H. 243, 259, 264
- Joseph II., Kaiser 223
- Kádár, János 322, 328
- Kaganowitsch, Lasar Moissejewitsch (Kaganovič, Lazar' Moiseevič) 233
- Kardelj, Edvard 330
- Karjalainen, Ahti 36-41
- Katharina II., Kaiserin 223
- Kautsky, Karl 129

- Kekkonen, Urho 36–38, 40f., 203, 209–215, 262, 356
- Kennedy, John F. 2, 9, 12f., 23–25, 32, 39, 42, 44, 46, 59, 72, 74, 77, 79, 86f., 99, 110, 117–122, 135–137, 149, 151, 153, 157, 162–165, 167, 171, 176, 182, 184, 189, 191, 196, 205, 210, 232, 234, 243, 245, 247, 249, 275, 296, 304, 360
- Kennedy, Robert 270
- Kerenskij, Aleksandr Fjodorowitsch (Kerenskij, Aleksandr Fëdorovič) 239
- Khemisti, Mohammed 49
- Kirilenko, Andrej Pawlowitsch (Kirilenko, Andrej Pavlovič) 313
- Knox, William Edward 27f.
- Kohler, Foy D. 87, 121, 157, 182
- Konew, Iwan Stepanowitsch (Konev, Ivan Stepanovič) 247
- Koptelzew, Walentin Aleksejewitsch (Koptel'cev, Valentin Alekseevič) 291, 334
- Korutürk, Fahri 114
- Koslow (Kozlov), Ingenieur 70
- Kossygin, Aleksej Nikolajewitsch (Kosygin, Aleksej Nikolaevič) 16, 117, 216, 253, 279, 315f., 326
- Kosthorst, Daniel 6
- Kotow, M. G. (Kotov, M.G.) 215
- Kowaljow, Andrej Jefimowitsch (Kovalëv, Andrej Efimovič) 81f., 209, 236, 243, 259, 264
- Kowaljowa (Kovalëva), Ehefrau von Michel Tatu 170
- Kowrigin, M. (Kovrigin, M.) 114
- Krag, Jens Otto 14, 39, 181, 208, 232–264, 339, 341, 343, 345–351
- Kratenko, Iwan Markowitsch (Kratenko, Ivan Markovič) 114
- Kreisky, Bruno 2
- Kristensen, Jens 243, 254, 259f., 264
- Krjukow, Fjodor Dmitrijewitsch (Krjukov, Fëdor Dmitriewič) 125
- Kroll, Hans 2, 4, 68
- Krotkow, Jurij Wassiljewitsch (Krotkov, Jurij Vasil'ewič) 226
- Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred 54
- Kulikow, I. A. (Kulikov, I. A.) 307
- Kunze, Gerhard 5
- Kusnezow, Wassilij Wassiljewitsch (Kuznecov, Vasilij Vasil'ewič) 78, 86, 307
- Laniel, Joseph 220
- Lassalle, Ferdinand 129
- Lathe, Heinz 6, 316
- Lemke, Bernd 1
- Lenin, Wladimir Iljitsch (Lenin, Vladimir Il'ič) 19, 21f., 74, 79, 97f., 109, 112, 127, 131–134, 137, 143, 152f., 208, 214, 217, 227, 233, 264–266, 277, 301, 306, 324, 330, 333, 336f., 341, 349, 355
- Leonow, Nikolaj Sergejewitsch (Leonov, Nikolaj Sergeevič) 54, 83
- Lessetschko, Michail Awksentjewitsch (Lesečko, Michail Avksent'ewič) 284, 287
- Leskinen, Väinö 212f.
- Ljowytschkin, Kliment Danilowitsch (Lëvyčkin, Kliment Danilovič) 209, 241, 243, 259, 263f.
- Liebknecht, Karl 128–130
- Liebknecht, Wilhelm 128f.
- Lippmann, Walter 167, 250, 275
- Lloyd, Selwyn 106
- Loikkanen, Kustaa 41
- Lomako, Pjotr Fadejewitsch (Lomako, Pëtr Fadeevič) 278, 280f., 284, 325
- Lord Home ([später als Premierminister:] Douglas-Home, Sir Alec) 10, 105f., 192–196, 295, 298
- Lord Palmerston 357
- Lord Raglan 305
- Lovett, Robert A. 18
- Lumumba, Patrice 235
- Luns, Joseph 355, 359–367
- Lutz, Carl 81
- Luxemburg, Rosa 129f., 181
- Lyssenko, Trofim Denisowitsch (Lysenko, Trofim Denisovič) 70, 253
- Macmillan, Harold 29, 46, 56, 59, 85, 104, 106, 121f., 176, 189, 295
- Madsen, Jalmar 358
- Mahnke, Hans-Heinrich 6
- Makarios III., Erzbischof 235
- Malenkow, Georgij Maksimilianowitsch (Malenkov, Georgij Maksimilianovič) 233, 285
- Malik, Jakow Aleksandrowitsch (Malik, Jakov Aleksandrowič) 36
- Malinowskij, Rodion Jakowlewitsch (Malinowskij, Rodion Jakowlewič) 105, 163
- Malraux, André 211
- Mao Tse-tung 177
- Marshall, George F. 17f., 57, 73
- Marx, Karl 19, 21f., 76, 79, 127–133, 152, 162, 201, 214, 227, 264f., 301, 324, 330, 337, 349, 355
- Maurer, Ion Gheorghe 334
- McCloy, John J. 204
- McNamara, Robert S. 45, 163, 250, 270
- Mendès-France, Pierre 220

- Mikojan, Anastas Iwanowitsch (Mikojan, Anastas Iwanovič) 2, 10, 84, 107, 263, 279, 289, 300, 316, 334
- Mikojan (Schreibweise im Buchtitel: Miko-
yan), Sergo 2
- Mironowa, Soja Wassiljewna (Mironova,
Zoja Vasil'evna) 196
- Mollet, Guy 231
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch
(Molotov, Vjačeslaw Michajlovič) 110,
113f., 116, 233, 273
- Monroe, James 142
- Montgomery, Bernard 123, 233
- Morgenthau, Henry 30
- Motschalow, G. A. (Močalov, G. A.) 259,
264
- Munk, Werftdirektor 235, 260, 262, 343,
344, 345
- Mustafajew, Imam Daschdemir ogli (Mus-
tafaev, Imam Dašdemir ogly) 116
- Nagib, Muhammad 48
- Napoleon I., Kaiser 208, 223, 276, 360
- Nasser, Gamal Abdel 48, 52, 139, 235
- Nasution, Abdul Haris 53
- Neporoshnij, Pjotr Stepanowitsch
(Neporožnij, Pëtr Stepanovič) 39f.
- Neverlund, Sufus 358
- Niedhart, Gottfried 1
- Nilsson, Torsten 69–82
- Nixon, Richard M. 297, 307
- Novotný, Antonín 140
- Oldenburg, Olsen 209
- Ollenhauer, Erich 190f.
- Olsen, dänischer Diplomat 209
- Orchard, britischer Botschaftssekretär 379
- Orlow, Aleksandr Leonidowitsch (Orlov,
Aleksandr Leonidovič) 209, 259, 264
- Paasikivi, Juho Kusti 212f., 356
- Patolitschew, Nikolaj Semjonowitsch
(Patoličev, Nikolaj Semënovič) 84, 107,
117, 119, 216, 221, 254, 259–261, 264, 299,
316
- Pawlow, Jurij (Pavlov, Jurij) 36, 47, 109,
125
- Pawlow, S. (Pavlov, S.) 231
- Pawlowa (Pavlova) 268
- Pedersen, Ruald 358
- Pejwe, Jan Woldemarowitsch (Pejve, Jan
Voldemarovič) 114, 307
- Pieck, Wilhelm 126f., 129
- Podgornyj, Nikolaj Wiktorowitsch (Pod-
gornyj, Nikolaj Viktorovič) 155, 331
- Pollitt, Harry 239
- Pompidou, Georges 172, 373
- Poniatowski, Józef Antoni 223
- Poniatowski, Michel K. 216, 223
- Poniatowski, Stanisław August 223
- Popow, W. (Popov, V.) 191, 291, 334
- Puschkin, Aleksandr Sergejewitsch (Puškin,
Aleksandr Sergeevič) 287
- Rapacki, Adam 89f., 159, 298
- Raschidow, Scharaf Raschidowitsch
(Rašidov, Šaraf Rašidovič) 83
- Reimann, Max 127, 132
- Roberts, Sir Frank 1, 18, 27, 32
- Rockefeller, Nelson 250
- Rogow, Je. (Rogov, E.) 307, 379
- Roosevelt, Franklin D. 17, 30, 309, 315,
376
- Roschtschin, Aleksej Aleksandrowitsch
(Roščin, Aleksej Aleksandrowič) 307,
379
- Rowan, Carl Thomas 210
- Rubakin, Nikolaj Aleksandrowitsch (Ru-
bakin, Nikolaj Aleksandrowitsch) 125
- Rudnjow, Konstantin Nikolajewitsch
(Rudněv, Konstantin Nikolaevič) 108,
221, 230
- Rusk, Dean 10, 28, 32, 192, 205, 221, 270,
315, 360f., 363
- Ryshow, Nikita Semjonowitsch (Ryžov,
Nikita Semënovič) 114
- Sacharow, Aleksej Wassiljewitsch (Zacharov,
Aleksej Vasil'evič) 41
- Sacharowa, A. (Zacharova, A.) 146
- Sallal, Abdullah al- 139
- Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch (Zamja-
tin, Leonid Mitrofanovič) 196
- Sasikow, Fjodor Stepanowitsch (Sazikov,
Fëdor Stepanovič) 84, 116
- Sasikow, A. F. (Sazikov A. F.) 307
- Sasjadko, Aleksandr Fjodorowitsch
(Zasjad'ko, Aleksandr Fëdorovič) 282
- Savranskaya, Svetlana 2
- Schadrin, M. (Šadrin, M.) 82
- Schmid, Carlo 191
- Scholochow, Michail Aleksandrowitsch
(Šolochov, Michail Aleksandrowič) 125,
333
- Schröder, Gerhard 54, 258, 269
- Schtscheklein, Nikolaj Arsentjewitsch
(Ščeklein, Nikolaj Arsent'evič) 209, 236,
243, 259, 264
- Schwezow, W. L. (Švecov, V. L.) 307
- Sékou Touré, Ahmed 52
- Semjonow, Wladimir Semjonowitsch
(Semënov, Vladimir Semënovič) 15

- Sergera, Jorge 47, 50f.
 Sholtowskij, Iwan Wladislawowitsch
 (Žoltovskij, Ivan Vladislavovič) 70
 Slater, Joseph 84, 116, 124f., 301, 307
 Smirnow, Andrej Andrejewitsch (Smirnov,
 Andrej Andreevič) 14
 Smith, Arnold 17–36
 Soboljow, Arkadij Aleksandrowitsch
 (Sobolëv, Arkadij Aleksandrovič) 196
 Soldatow, Aleksandr Aleksejewitsch
 (Soldatov, Aleksandr Alekseevič) 10,
 107, 196, 379
 Sorin, Walerian Aleksandrowitsch (Zorin,
 Valerian Aleksandrovič) 158, 204
 Souvanna Phouma 298f.
 Spaak, Paul-Henri 29, 37, 147–169, 176,
 181, 190, 206
 Spiridonow, Iwan Wassiljewitsch (Spirido-
 nov, Ivan Vasil'evič) 114, 116
 Staimer, Eleonore 330
 Stalin, Iossif Wissarionowitsch (Stalin, Iosif
 Vissarionovič) 17, 19–21, 23, 30f., 33,
 52, 56, 58f., 70, 72, 74, 94, 102, 110, 112,
 116, 126, 148, 172, 193, 199, 223, 233,
 238–240, 253f., 273, 285, 305, 357, 376
 Steinmayr, Jochen 321
 Stewart, Michael 307
 Stoica, Chivu 331
 Stoph, Willi 57, 64, 279
 Strauß, Franz Josef 98
 Strube, Otto 257
 Suchodrew, Wiktor Michailowitsch (Su-
 chodrev, Viktor Michajlovič) 368, 379
 Sudoplatow, Pawel Anatoljewitsch (Sudo-
 platov, Pavel Anatol'evič) 82
 Sukarno, Achmed 53f.
 Sulman, Rolf 82, 211
 Sulzberger, Cyrus 1
 Svartz, Nanna 82
 Syschtschikow, Ju. T. (Syščikov, Ju. T.) 226

 Tanner, Väinö 213
 Tatu, Michel 170
 Terechow, Wladislaw (Terechov, Vladislav)
 69
 Tereschkowa, Walentina Wladimirowna
 (Tereškova, Valentina Vladimirovna) 137
 Thälmann, Ernst 126, 129f.
 Thomas, Peter 192
 Thorndike, Andrew 138
 Thorndike, Annelie 138
 Tito, Josip Broz 328–332
 Titow, Fjodor Jegorowitsch (Titov, Fëdor
 Egorovič) 83
 Titulescu, Nicolae 334
 Topsøe, Haldor 253, 260f.
 Trevelyan, Sir Humphrey 42–47, 87, 121,
 157, 182, 192, 378f.
 Trojanowskij, Oleg Aleksandrowitsch (Tro-
 janovskij, Oleg Aleksandrovič) 236, 307
 Trotzki, Lew Dawidowitsch (Trockij, Lev
 Davidovič) 233
 Truman, Harry S. 193, 309
 Tschechow, Anton Pawlowitsch (Čechov,
 Anton Pavlovič) 167
 Tschjornyj, O. (Černyj, O.) 183
 Tugarinow, Iwan Iwanowitsch (Tugarinov,
 Ivan Ivanovič) 368
 Tuyl van Serooskerken, S. D. van 367

 U Thant, Sithu 2, 189
 Ulbricht, Walter 2f., 5f., 11, 14f., 25, 63,
 73, 97, 126–129, 132–134, 152, 184–191,
 198, 207, 225, 248, 268–291, 313–334, 366,
 374f., 377
 Undén, Östen 356
 Ürgüplü, Suat Hayri 112, 114–116

 Vanamo, Jorma 41
 Vandenberg, Arthur H. 18

 Walker, Gordon 84, 86, 88, 90, 92, 96–99,
 104–106, 108, 296, 298, 301, 303, 305, 307
 Wallenberg, Raoul 81f.
 Wawilow (Vavilov) 309
 Wehner, Herbert 191
 Wells, Herbert Georg 208f., 217
 Wettig, Gerhard 2, 4f.
 Whitehead, N. 123f., 307
 Wilson, A. D. 379
 Wilson, Harold 30, 84–109, 116–125, 181,
 190, 234, 292–307, 309, 313
 Winogradow, Sergej Aleksandrowitsch
 (Vinogradov, Sergej Aleksandrovič) 216
 Winogradow, Jurij (Vinogradov, Jurij) 307,
 309
 Winzer, Otto 15, 289
 Wirth, Joseph 165
 Wysotin, Wladimir Grigorjewitsch (Vysotin,
 Vladimir Grigor'evič) 114

 Yahya, Ahmad ibn 139
 Yusuf, Mohammad 263

 Zahir Schah, Mohammed 115
 Zetkin, Clara 129
 Zilliacus, Conny 30
 Zola, Émile 125

